

Arbeiterpolitik



November 1948 – Juli 1950

Mit einer Einleitung
der Gruppe Arbeiterpolitik 1975

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht			III		
Vorwort			XIII		
1948	November	Nr. 1	Warum »Arbeiterpolitik«? (I)	1	1
			Die Lehren von Stuttgart	4	4
			August Thalheimer	6	6
	Dezember	Nr. 2	Sechs Monate nach der Währungsreform	1	9
			Der Kampf in Deutschland in einer neuen Phase	2	10
			Warum »Arbeiterpolitik«? (II)	7	15
1949	Januar	Nr. 1	Lenin, Liebknecht, Luxemburg	1	17
			Der Kampf gegen die Demontagen	2	18
			Musterbeispiel der Klassenjustiz	2	18
			Die Lehren der Gemeindewahlen	6	22
	Februar	Nr. 2	Zur Klarstellung	1	25
			Das Ruhrstatut (I)	1	25
			Wirtschaftsdemokratie oder Produktionskontrolle?	4	28
			Das Berliner Wahlergebnis	5	29
	März	Nr. 3	Lohnerhöhung und Preisdruck!	1	33
			Proletarische Abwehrfront gegen kapitalistische Klassenjustiz	3	35
			Der Lastenausgleich — ein geplatzter Schwindel	4	36
			Das Ruhrstatut (II)	6	38
			Der Weg der SP Bayerns 1948	7	39
			Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion zur Rettung der Wirtschaft vor der kapitalistischen Anarchie (I)	8	40
			Die Lage der Hamburger Hafenarbeiter	11	43
			Einst und jetzt	12	44
			Eine Arbeiterpartei	12	44
			Westliche Demokratie	12	44
	1. Mai	Nr. 4	1. Mai	1	45
			Gewerkschaftsfraktionen — Zellen der Gewerkschaftseinheit	2	46
			Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf?	3	47

		Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion zur Rettung der Wirtschaft vor der kapitalistischen Anarchie (II)	6	50
		Der Betrug mit dem »Mitbestimmungsrecht« (Arbeiterkorrespondenz)	8	52
		Aus der Arbeiterbewegung	12	56
Ende Mai	Nr. 5	Von Potsdam zum Atlantikpakt	1	57
		Zwangsarbeit im demokratischen Westen	1	57
		Besatzungsstatut schafft Klarheit: Nur das Proletariat befreit Deutschland	3	59
		Die Bodenreform in der Ostzone	6	63
		Der Reformismus entlarvt sich (Arbeiterkorrespondenz Württemberg)	8	64
		Kapitalistische Tatsachen	12	68
Ende Juni	Nr. 6	Zur Pariser Außenministerkonferenz	1	69
		Der Kampfwille der Arbeiter wächst (Arbeiterkorrespondenz Hamburg)	2	70
		Für ein proletarisches Arbeitsbeschaffungsprogramm	5	73
		Die moralische Aufrüstung der SPD	5	73
		Proteste und Kampf gegen die Demontagen	6	74
		Neue KPD-Parolen	7	75
		Der 1. Mai in Wuppertal (Arbeiterkorrespondenz)	11	79
		Marshall-Hilfe	12	80
		Einst und jetzt	12	80
Mitte Juli	Nr. 7	Nachlese zur Pariser Konferenz	1	81
		Deutsche Demokratie	4	84
		Zur Praxis der »nationalen Front«	5	85
		Dafür ist Geld da . . . und dafür kein Geld, jedoch Gummiknüppel	5	85
		Die Bundestagswahlen	6	86
		Gesundung des deutschen Kapitalismus — auf Kosten der deutschen Arbeiter	7	87
		Der Berliner Eisenbahnerstreik	8	88
		Betriebsräte verhandeln mit der Ostzone (Arbeiterkorrespondenz Salzgitter)	10	90

		Belgisches Militär gegen streikende deutsche Arbeiter	11	91
		Notizen aus der Arbeiterbewegung	12	92
Mitte August	Nr. 8	Nach den Wahlen: Schafft die proletarische Klassenfront!	1	93
		Demontage ohne Ende	1	93
		Karl Marx und die »Mitbestimmung« des Dr. Karl Hinkel	2	94
		Vollbeschäftigung und Erwerbslose	6	98
		Finanzierungsmethoden der Nazis	7	99
		Flüchtlingsparteien?	8	100
		Entlassung und Lohndruck im Bremer Hafen (Arbeiterkorrespondenz Bremen)	8	100
		Westdeutsche Demokratie 1949	10	102
		Enttäuschung, Widerstandswille, Führungslosigkeit (Bericht aus Berlin und der Ostzone)	11	103
		Völlig auf den Hund gekommen!	14	106
		Wuppertaler Nachspiel (Arbeiterkorrespondenz)	16	108
Ende September	Nr. 9	Was lehren uns die Wahlen?	1	109
		Westdeutscher Gewerkschaftsbund — Arbeitsgemeinschaft- oder Klassenkampf-Organisation	2	110
		Das Hamburg der Arbeiter nach den Wahlen (Korrespondenz)	2	110
		Gewerkschaftspolitische Bemerkungen	7	115
		Zwei Abstimmungsergebnisse (Arbeiterkorrespondenz Bayern)	8	116
		Dafür ist Geld da	9	117
		Demontage der Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter (Arbeiterkorrespondenz)	11	119
		Lehren des Kampfes gegen die Demontagen	12	120
		Merkwürdige Vorschläge von Gewerkschaftssekretären (Arbeiterkorrespondenz)	13	121
		Warnung vor den »freien Kommunisten«	14	122
		Die SPD im Urteil ihrer Presse und ihrer Bundesgenossen	14	122

		In Westdeutschland geht's aufwärts . . .	16	124
Ende Oktober	Nr. 10	Abwertung	1	125
		Die Bolschewisierung der KPD	1	125
		Betrachtung zum 3. Bundestag des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden (Arbeiterkorrespondenz)	6	130
		»Zur Krise des Marxismus«	6	132
		Laßt die Rechte nicht wissen, was die Linke tut!	10	134
		Die Gewerkschaftsführung lernt nichts zu (Arbeiterkorrespondenz Hannover)	11	135
		Krise in Westberlin — Mißtrauen gegen Nationale Front (Arbeiterkorrespondenz aus Berlin und der Ostzone)	12	136
		Herrn Adenauers gehorsame Opposition	16	140
		Zweimal KPD-Parteivorstand und Wahlergebnis	16	140
		Zweierlei Maß	16	140
		Presse-Splitter	16	140
	Nr. 11	Internationale Streiflichter	1	141
		Gute Regie in München	3	143
		Aufstiegsbarometer Erhardscher Wirtschaftspolitik	3	143
		Doppel-Regierungen	8	148
		Trotzki — der Vater der Volksfront	10	150
		Die KPD wird bolschewisiert und schreitet von Sieg zu Sieg (Arbeiterkorrespondenz Hamburg)	13	153
		Verschärfte Ausbeutung!	13	153
		Pressefreiheit mit Maulkorb und Verbotspeitsche	16	156
Mitte Dezember	Nr. 12	Es geht um mehr als um parlamentarische Spielregeln!	1	157
		Der neue Raubzug	3	159
		32 Jahre Sowjet-Union	6	162
		»Ungeahnte Möglichkeiten des Aufstiegs«	10	166
		Kampf der Arbeiter — Feuerwehrarbeit Böcklers (Arbeiterkorrespondenz)	11	167
		Sind Pieck und Reimann Kriegshetzer?	12	168

		Aus der Arbeiterbewegung	12	168
		Betriebsratswahl bei Opel Rüsselheim	12	168
		Nach der Bildung der Ostregierung (Arbeiterkorrespondenz aus der Ostzone)	13	169
		Die Parteiführung zerschlägt die KPD (Korrespondenz Hamburg)	14	170
1950	1. Januarhälfte	Nr. 1 Solidarität mit Salzgitter	1	173
		Die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945	2	174
		Der Internationale Bund freier Gewerkschaften	3	175
		Zu Stalins 70. Geburtstag	6	178
		Christlich-demokratischer Steuerwucher	9	181
		Arbeitsdienst droht	11	183
	2. Januarhälfte	Nr. 2 Bonn »regiert« auf Kosten der Arbeiter!	1	189
		Der Konflikt Stalin—Tito und die deutschen Werktätigen	9	190
		USA-Fraktion in der SPD	4	192
		Lenin, Liebknecht, Luxemburg	4	192
		Unternehmer und Mitbestimmungsrecht	9	197
	1. Februarhälfte	Nr. 3 Steigendes Elend — abwartende Haltung der Bevölkerung im Salzgittergebiet	1	201
		Das Saargebiet und die deutschen Arbeiter	1	201
		Reimann auf der 4. Parteivorstands- sitzung der KPD	2	202
		Der Ausweg für die Berliner Arbeiter	3	203
		Stalin als Außenpolitiker (1. Teil)	8	208
	2. Februarhälfte	Nr. 4 Lohnbewegung im Bergbau und Mitbestimmungsrecht	1	213
		China und die SU	3	215
		Rings um die chinesische Revolution	3	215
		Bayrische Politik 1950	6	218
		Stalin als Außenpolitiker (2. Teil)	8	220
		Die Wurzeln der Politik der KPD	10	222
		Aus der Arbeiterbewegung	16	228
	1. Märzhälfte	Nr. 5 Die englischen Wahlen	1	229
		Stalin als Außenpolitiker (3. Teil, Schluß)	1	229

		SED-Kampagne gegen die bürgerlichen Parteien	4	232
		Gewerkschaftswahlen in der Ostzone	6	234
		Auf dem Wege zur »Partei neuen Typus«	9	237
		Solinger Arbeiterbrief	11	239
		Der Währungsschnitt der Kapitalisten	12	240
		Kapitalistische Planung	12	240
		»Kein Anlaß zur Besorgnis«	13	241
		Der englische Reformismus	13	241
		Soziale Marktwirtschaft	14	242
		Aus der Arbeiterbewegung	14	242
		Hedler und seine Wegbereiter werden von proletarischer Klassenkraft vernichtet	15	243
	2. Märzhälfte	Nr. 6 Sturm über Salzgitter	1	245
		2,3 Millionen Arbeitslose	2	246
		Ist die deutsche Arbeiterklasse wehrlos?	5	249
		Ruhe vor dem Sturm (Arbeiterkorrespondenz)	9	253
		SED-Führung und Nachwuchs	12	256
		Aus der Arbeiterbewegung	14	258
		Einige Lehren aus Salzgitters Existenzkampf	15	259
	1. Aprilhälfte	Nr. 7 Betriebsrätewahl 1920—1950	1	261
		Republikenschutzgesetz in Sicht	1	261
		2 Spitzenleistungen des DGB-Vorstandes	3	263
		Milliardenprofite und Millionengeschenke	6	266
		Freiheit für Alfred Schmidt!	9	269
		Vertrag China—SU	11	271
		Lieber barfuß als Gesinnungswechsel	11	271
		Das Wichtigste	12	272
		Ostzonale Souveränität	12	272
		Westdeutsche Freiheit	12	272
		Wahnsinn als Methode	12	272
		Amerikanischer Rekord	14	274
		Aus der Arbeiterbewegung	14	274
	2. Aprilhälfte	Nr. 8 Manöver im kalten Krieg	1	277

		Remilitarisierung	2	280
		Wohin treiben wir?	5	283
		Die Arbeitslosigkeit der kapitalistischen Welt steigt	8	286
		Fleischverbrauch in Deutschland	9	287
		3 Meldungen um den Brotpreis	9	287
		Beherrschte Arbeiterklasse (Arbeiterkorrespondenz aus der Ostzone)	10	288
		Gewerkschaftswahlen in der Ostzone versackt (Arbeiterkorrespondenz)	11	289
		Freie Meinungsäußerung in der SED	11	289
		Keine Konzession an die Westmächte	12	290
		Wirtschaftsplanung in der Ostzone (I)	12	290
		Aus der Arbeiterbewegung	14	292
1. Maihälfte	Nr. 9	Macht den 1. Mai wieder zum Kampftag!	1	295
		Aus der Geschichte des 1. Mai	2	296
		Wie kämpft die Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg	4	298
		Wirtschaftsplanung in der Ostzone (II)	6	300
		»Theoretische« Begründung der Nationalen Front	9	303
		KPD und Gewerkschaften	13	307
		Jugoslawien auf dem Wege zum Sozialismus	15	309
2. Maihälfte	Nr. 10	Geschäft mit Kriegsgefangenen	1	311
		Fritz Sautter gestorben	1	311
		SPD und Republikenschutzgesetz	2	312
		Die Hilfs- und Solidaritätsaktionen für Salzgitter	3	313
		Wo stehen und wohin gehen unsere Gewerkschaften?	5	315
		Zwei Manifeste	7	317
		Amerikanische Demokratie	10	320
		Sind KPD und SED kommunistisch?	11	321
		Stefan Heymann hilft die Kirchen füllen	14	324
1. Junihälfte	Nr. 11	Die Londoner Konferenzen	1	327
		Gefährliche Bundesgenossen	2	328

		Samariterhilfe genügt nicht	5	331
		Hoffnungsvolles Zwischenspiel	5	331
		Sünden der Vergangenheit	6	332
		SPD schützt Monopolkapitalismus	7	333
		Kommunisten und Friedensbewegung	10	336
		Zur Ökonomie der Nationalen Front	11	337
		Höhere Nationale-Front-Strategie (Arbeiterkorrespondenz aus der Ostzone)	13	339
		Kurt Müller verhaftet und ausgeschlossen	14	340
		Neue »Erfolge« der KP (Arbeiterkorrespondenz)	15	341
		Gelähmte Arbeiterklasse (Arbeiterkorrespondenz)	15	341
2. Junihälfte	Nr. 12	West- und Ostzonenbürokraten vereint gegen Salzgitter-Betriebsrat!	1	343
		Wie Herr Kubel Salzgitter sanieren will	2	344
		Der Hamburger SPD-Parteitag (I)	2	344
		Gegen die reformistischen Demonteuere der Gewerkschaften!	5	347
		Antikommunistische Hysterie in Düsseldorf	7	349
		Kampf der Bürokratenwirtschaft	8	350
		Konsequenzen der Ostzonen-Bodenreform	8	350
		Die Wahrheit über China	10	352
		Die Spekulation auf die russischen Bajonette	11	353
		Merkwürdiger Burgfrieden (Arbeiterkorrespondenz)	11	353
		Wehret den Anfängen der faschistischen Horden!	12	354
		Duisburger Kupferhütte — Beispiel der Warnung?	12	354
		Das Pfingsttreffen der FDJ in Berlin	15	357
		Geplatzer Propagandaschwindel	16	358
1. Julihälfte	Nr. 13	Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen: Bourgeoisie festigt sich	1	359
		Salzgitter gegen die Demontage der Gewerkschaften	1	359
		Eine erste Schwalbe	3	361

		Der Hamburger Parteitag der SPD (II)	4	362
		Deutschlands Weg zur Einheit	6	364
		Statt höherem Lohn — papierne Mitbestimmung	9	367
		Zerrbild einer leninistischen Partei (I)	10	368
2. Julihälfte	Nr. 14	Hände weg von Korea!	1	375
		Dauererwerbslosigkeit — Riesenprofite (Arbeiterkorrespondenz Berlin)	2	376
		Arpo-Kommentar	4	378
		Der Hamburger SPD-Parteitag (III)	5	379
		Zerrbild einer leninistischen Partei (II)	8	382
		»Was die Partei sagt, gilt«	9	383
		Zweierlei Sabotage	10	384
		Der DGB verhandelt, die Unternehmer rüsten zum Klassenkrieg	12	386
		Bonner Augenwischerei	14	388
Anhang: Broschüre (Anfang Oktober 1949)		Offene Worte an Kommunisten		
		Das Wahlergebnis	1	391
		Die Niederlage von 1933	2	392
		Die neo-faschistische Gefahr	4	394
		Sowjetische Außenpolitik — 1917 und heute	5	395
		Oder-Neiße-Linie und die Vertreibung der Sudetendeutschen	6	396
		Gefahren für die Sowjetunion	8	398
		Die politische Diskussion und Wendung der KPD-Führung 1945	10	400
		Kommunistische Gewerkschaftsarbeit	11	401
		Für den Wiederaufstieg der Kommunistischen Bewegung in Deutschland	12	402

Der Wunsch, die Nachkriegsjahrgänge der »Arbeiterpolitik« neu zu drucken, wird schon seit einigen Jahren an die Gruppe »Arbeiterpolitik« herangetragen. Unter allen Zeitschriften, die nach dem 2. Weltkrieg in den damaligen westlichen Besatzungszonen, der heutigen BRD, erschienen sind und einen Leserkreis auch in der von der Roten Armee besetzten Zone fanden, nimmt die »Arbeiterpolitik« nach Auflage und Umfang sicherlich einen der letzten Plätze ein. Das Bedürfnis, die älteren Jahrgänge der »Arbeiterpolitik« neu herauszubringen, zeigt jedoch, daß ihre Qualität die Quantität vieler linker Zeitschriften überlebt hat. Die Nachfrage ist Ausdruck des wachsenden politischen Interesses für die Probleme der kommunistischen Bewegung im allgemeinen und – im vorliegenden Fall – der Periode nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland mit der militärischen Besetzung im besonderen.

Die Periode, die dieser Nachdruck umfaßt bzw. ihr von 1945–1948 vorausgeht, ist das Bindeglied, das den historischen Zusammenhang zwischen der lähmenden Niederlage der kommunistischen Bewegung Deutschlands durch den Sieg des Nationalsozialismus 1933, der ihr folgenden Periode der Illegalität und unserer Gegenwart herstellen muß. Denn die kommunistische Bewegung selbst unterliegt einer widerspruchsvollen Entwicklung; bis zu ihrem endgültigen Sieg durchläuft sie Perioden des Aufstiegs und des Niedergangs. Aus jeder Niederlage entsteht von Neuem unter dem Zwang der historischen Entwicklung die Notwendigkeit für Kommunisten, sich die Fähigkeiten anzueignen, die den objektiven Anforderungen gerecht werden. Diese bestehen darin, der Arbeiterklasse auf dem Weg des Kampfes und des schließlichen Sieges über das kapitalistische System zu helfen. Daher wird es notwendig, Einblick in diese Periode zu vermitteln, in der die Überlebenden aus der Illegalität, den Konzentrationslagern und Gefängnissen wie der politischen Emigration (soweit sie nach Deutschland zurückkehrten) sich im Rahmen der vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten an die Aufgabe machten, die Grundlagen für den Wiederaufstieg der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu legen. Es waren nur wenige von denen übriggeblieben, die in der Weimarer Republik aus der KPD wegen ihres Kampfes gegen die ultralinke Politik der Partei- und Kominternführung ausgeschlossen wurden, sich für die Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr einsetzten und sich als Ausgeschlossene in der KPD-Opposition (KPD-O) zusammenschlossen.

Ist die »Arbeiterpolitik«, wie manche meinen, die Fortsetzung dieser KPD-O? Nein und Ja! Nein, weil auch die KPD-O die kampflose Niederlage der deutschen Arbeiterklasse 1933, die Zerschlagung der kommunistischen Massenpartei und Massenbewegung (Arbeitersport, Arbeiterhilfe, Rote Hilfe, Roter Frontkämpferbund etc.), den Sieg des Nationalsozialismus nicht aufhalten konnte und das Schicksal der gesamten Arbeiterbewegung teilen mußte. Nur Kleinbürger, die die Geschichte nicht als eine Geschichte von Klassenkämpfen betrachten, können glauben, daß das, was nach der Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 in Deutschland unter fremder militärischer Oberhoheit an »Arbeiterbewegung« entstand, die Fortsetzung der 1933 vernichteten und untergegangenen sein könnte. Diese Illusion zeigte sich auch darin, daß mancher alte Sozialdemokrat 1945 im Parteikontor erschien und die fehlenden Beitragsmarken

für die verfloßenen 12 Jahre nachzahlen wollte. Die Arbeiterbewegung war für diese Genossen zu reiner Tradition erstarrt, und 12 Jahre Faschismus hatten sie zwar viel erfahren, aber wenig erkennen lassen.

Den Parteien und Gewerkschaften von 1945 fehlten die Wurzeln in der Bewegung der proletarischen Massen. Die Bewegung wurde vorgetäuscht, weil sie gar nicht erst zur Entwicklung kommen sollte. Es fehlte die Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit, mit der kampflosen Niederlage der deutschen Gewerkschaften und Arbeiterparteien 1933. Es blieb der Gruppe »Arbeiterpolitik« vorbehalten, klarzulegen, warum der Reformismus der Sozialdemokratie zum Untergang führen mußte und die ultralinke Politik der KPD die Niederlage nicht verhindern konnte. Die Politik der Sozialdemokratie seit 1919 hatte dem Faschismus in Deutschland aus Furcht vor der sozialen Revolution den Weg geebnet. Die ultralinke Politik der KPD machte diese unfähig, die Masse der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die soziale Revolution, d. h. für den Kommunismus, zu gewinnen.

Die Periode, in der die kommunistische Opposition den Kampf gegen die Irrtümer der »großen Parteien« und großen Apparate von SPD, KPD und Gewerkschaften führte, für die Einheitsfront zwischen KPD und SPD unter Ausklammerung der politischen Meinungsverschiedenheiten sich einsetzte, war mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus abgeschlossen. Die warnende kritische Stimme der KPD-O wurde von den Apparaten und der Autorität der russischen Kommunisten übertönt, als es noch Zeit war, auf sie zu hören. Das, was die »Bolschewisierung« der KPD genannt wurde, hatte seine Ursache darin, daß die deutsche Revolution von 1919 – im Gegensatz zur russischen Oktoberrevolution – mit einer Niederlage der revolutionären Arbeiter geendet hatte. Das gab der russischen Partei ein so großes Übergewicht gegenüber allen anderen kommunistischen Parteien, daß sie die eigenen Wurzeln der revolutionären sozialistischen Bewegung in Deutschland fast erstickt hätte. Der Sieg in Rußland und die Niederlage in Deutschland wurden auf verschiedene Taktik und Führerqualitäten zurückgeführt, nicht aber auf verschiedene Ausgangsbedingungen des Kampfes um die politische Macht.

Auch heute noch, über 40 Jahre nach der Katastrophe von 1933, drückt sich der Kommunismus in der Kritik an den bestehenden Parteien und Gewerkschaften und der bestehenden Gesellschaftsordnung aus. Sie bildet die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterbewegung sich den Weg zu ihrem Wiederaufstieg aus der tiefen, langen Verfallsperiode der letzten 40 Jahre bahnt. Insofern ist die Gruppe »Arbeiterpolitik« die Fortsetzung der KPD-Opposition und ihrer Vorgänger, der alten Sozialdemokratie und der in ihrem Schoß entstandenen kommunistischen Bewegung. Die verschiedenen Organisationsformen spiegeln verschiedene Etappen der revolutionären Bewegung in Deutschland wider seit Marx und Engels. In allen diesen Etappen hat sich die Methode des wissenschaftlichen Sozialismus bestätigt, auch dann, wenn in bezug auf das Tempo der historischen Entwicklung Irrtümer möglich waren.

Am 15. 5. 1945 schrieb Brandler aus Havanna an deutsche Freunde zu den brennenden Fragen der Bewegung, u. a. zu der Frage, warum das deutsche Proletariat nicht aus eigener Kraft die Naziherrschaft abschüttelte:

»Mittlerweile ist der Krieg mit Deutschland zu Ende. Die Nazis haben bis zuletzt die Macht in den Händen gehalten, und auf Befehl der Nazis kapitulierten die Truppen und ließen wie eine Hammelherde von den Russen zu den Amerikanern und Engländern.

Du suchst eine Erklärung für das Ausbleiben des Aufstandes und schreibst: ‚Der Terror der Gestapo überbot alles Dagewesene . . . Und doch ist bewiesen, daß unter den schwierigsten Umständen und Terror der Gestapo eine gute illegale Arbeit geleistet worden ist.‘ Beide Bemerkungen sind richtig, aber ich glaube nicht, daß sie ausreichend erklären, weshalb es zu keinem Aufstand kam.

Ein Aufstand ist an gewisse Vorbedingungen gebunden, von denen die drei wichtigsten sind: 1. die allgemeine politische Lage muß so sein, daß die große Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr gewillt ist, unter den vorhandenen Lebensbedingungen zu leben, 2. die Macht der herrschenden Klasse muß erschüttert sein, 3. es muß ein führender Kern vorhanden sein, der fähig ist, die Massen zum Kampf vorzubereiten und gegen die schwankende herrschende Klasse zu führen. Wenn eine dieser Voraussetzungen fehlt, ist der Aufstand von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Schwätzer von der Schuld der deutschen Bevölkerung sollten einmal die konkrete Lage Deutschlands unter der Hitler-Herrschaft unter obigen Gesichtspunkten prüfen. Sie werden das nicht tun. Deshalb müssen wir es.

Kein Zweifel, daß entscheidende Teile der Werktätigen, besonders im letzten Jahr des Hitler-Regimes, es haßten wie nur irgendein anderes von der Kriegsmaschine Hitlers unterworfenen Volk. Aber damit dieser Haß in Kampfkraft umgewandelt werden konnte, mußte ein Ziel vorhanden sein, für das es lohnt, zum bewaffneten Aufstand zu schreiten. Zum Beispiel wie in Frankreich, Norwegen, Jugoslawien die nationale Befreiung. Ein solches Ziel der Aufständischen ist auch Vorbedingung, um die Macht der herrschenden Klasse zu erschüttern. Die Organisierung der Kampfbereitschaft der Massen und die Zersetzung der Macht der herrschenden Klasse stehen miteinander in Verbindung wie die Flüssigkeit in kommunizierenden Röhren. In dem Maße, in dem sie in der einen Röhre steigt, fällt sie in der anderen und umgekehrt.

Die Forderung der bedingungslosen Unterwerfung nicht nur Hitlers und seiner Hintermänner, sondern des ganzen deutschen Volkes konnte kein solches Ziel sein. Für die Zerstückelung Deutschlands, für die Wiedergutmachung der Verbrechen der Regierung, die man im Aufstand stürzen will, die Entwaffnung der Aufständischen nach dem Sieg wie in Griechenland und Italien, sind keine Ziele, für die man Massen zum Aufstand bringen kann. Die Kriegsgegner des deutschen Imperialismus, die Feinde unseres Hauptfeindes, wollten gar keinen siegreichen bewaffneten Aufstand, dessen Ziel nur die sozialistische Revolution hätte sein können. Was sie wollten, war Quisling-Hilfe. Es ist kein Zufall, daß diese Losung von Roosevelt geprägt und durchgesetzt wurde. Der amerikanische Imperialismus, der keine besonderen Interessen in Europa vertritt, sondern nur die Konkurrenz des deutschen Imperialismus vernichten will, will auch die deutsche Revolution verhindern oder vernichten. Churchill und Stalin waren gegen die Formel Roosevelts aus entgegengesetzten Gründen. Der englische Imperialismus wollte sich die Hände freihalten zur Zusammenarbeit mit Teilen der geschlagenen deutschen Bourgeoisie, Stalin, um bessere Manövierrmöglichkeiten bei den deutschen Werktätigen zu behalten. Die Abhängigkeit beider von der amerikanischen Hilfe veranlaßte sie, sich Amerika zu fügen. Ich möchte mit diesen Hinweisen die Auffassung widerlegen, daß der Nazi-Terror ausgereicht hat, einen Aufstand zu verhindern. Wenn ein positives Ziel vorhanden gewesen wäre, das den Massen Rettung bot, wäre auch die Armee davon ergriffen worden, und das war allerdings Vorbedingung für einen Erfolg. Daß Stalin ›ehrlich‹ gegen die deutsche Revolution wirkte, ist klar, denn er weiß, den einfachen Soldaten kann man nicht für die Ziele der Alliierten zum Aufstand bringen, noch dazu, wenn man ihm als Führer Generale, SS-Offiziere und Pfaffen auf die Nase setzt, die ihr Antinazi-Heldentum erst in der

Gefangenschaft entdeckten.¹ Er wußte genau, daß es im modernen Krieg zwar eine gewisse Kameradschaft des gemeinen Soldaten mit einer kleinen Gruppe von Frontoffizieren niederer Grade gibt, aber die Etappenschweine, zu der der gemeine Soldat alle höheren Offiziere über die Kompanie hinaus zählt, haßt er.«

In demselben Brief wird Stellung genommen zur Sowjetunion wie folgt:

»... Das Gerede vom Sowjet-Imperialismus ist gedankenloses Geschwätz. Es gibt keinen Sowjet-Imperialismus. Was ist Imperialismus? Die schärfste Konzentration der privatkapitalistischen Produktion in nationalen und übernationalen Monopolen. Umwandlung des Bank- und Finanz-Kapitals und Aufteilung des Weltmarktes in Einflußsphären dieses Monopolkapitals. Das Mittel dazu ist der Kapitalexport und der Zweck, die Welt kapitalistisch auszubeuten. Zur Sicherung dieser Ausbeutung bedient sich das Monopolkapital seiner nationalen Staatsgewalt, um neue Einflußsphären zu erobern oder alte, die rebellieren, zu unterwerfen. Das ist der geschichtliche Inhalt der beiden Weltkriege. Der Zweite Weltkrieg hat durch die Einbeziehung der Sowjetunion einen Doppelcharakter erhalten. In der Sowjetunion gibt es keinerlei imperialistische Triebkräfte. Es gibt keine privatkapitalistischen Monopole, sondern Staatssozialismus. Deshalb besteht kein Bedürfnis zur Kapitalausfuhr zwecks Beherrschung fremder Märkte und Völker, um sie auszubeuten. Die Schwätzer vom Sowjet-Imperialismus meinen die Machtpolitik der Sowjetunion. Nur Kindsköpfe, die sich vielleicht für Sozialisten halten und voraussetzen, daß ein sozialistischer Staat in der blauen Luft ihrer Einbildung wirken kann, oder imperialistische Demagogen können der Sowjetunion verargen, daß sie Machtpolitik treibt. Machtpolitik treibt die Sowjetunion nicht aus freien Stücken oder Machtwahn einer Person wie Stalin – sondern ist die Form des Existenzkampfes der Sowjetunion mit der kapitalistischen Umwelt.

Von 1917 bis 1921 hatte die Machtpolitik des Sowjetstaates die Form des Bürgerkriegs gegen den inneren Klassenfeind und des Krieges gegen die Interventionstruppen der Deutschen, Franzosen, Engländer, Tschechoslowaken, Polen und Japaner, die teils in Verbindung mit der inneren Konterrevolution, teils auf eigene Faust die Sowjetmacht vernichten wollten. Nach siegreicher Beendigung des Bürgerkriegs und imperialistischer Intervention nahm die Machtpolitik des Sowjetstaates die Form der Einschaltung in das diplomatische Intrigenspiel an, in der sich die Machtpolitik der kapitalistischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg abspielte. Das Ziel der Einschaltung des Sowjetstaates war: Koalitionsbildung gegen sich zu verhindern, die Gegensätze im Lager der imperialistischen Staaten auszunützen und Bündnisse und Kompromisse mit allen abzuschließen, die dazu bereit waren und diesem Zweck zu dienen schienen. Die ersten waren das Bündnis mit dem geschlagenen Deutschland und dann mit dem unbefriedigten Sieger, dem Italien Mussolinis. Bei allen diesen Bündnissen und Kompromissen zu Lenins Zeiten ist niemand über den Charakter derselben getäuscht worden. Noch ist von den kommunistischen Parteien der Länder, mit denen der Sowjetstaat solche Kompromisse abgeschlossen hat, verlangt worden, den Kampf gegen ihre Bourgeoisie abzuschwächen. Die KI suchte die Auswirkungen dieser Staatspolitik den Massen wahrheitsgemäß zu erklären, nicht als Ausfluß irgend welcher Sympathien der Sowjetunion mit der Weimarer Republik oder dem italienischen Faschismus oder einer Anpassung an diese, sondern als zwangsläufige Notmaßnahme, wie die Unterschrift unter den Brest-Litowsker Vertrag, die Einführung

¹ Hier wird auf die Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ in Moskau bezug genommen. Das NKFD stand unter Leitung von Pieck, Ulbricht u. a. und rekrutierte seine Mitglieder aus kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren.

der Neuen Ökonomischen Politik oder die Konzession an ausländische Kapitalisten als Kompromisse, Folgen des Schwächezustandes des Sowjetstaates wegen seiner Isolierung. Die Parole war: wir sind gezwungen und bereit, solche Preise zu zahlen, um damit einige Jahre Ruhe für den sozialistischen Aufbau zu erkaufen.

Unter Stalin hört der Zwang, Machtpolitik mittels Kompromissen und faulen Bündnissen zu treiben, nicht auf. Was aufhörte, war das offene Eingeständnis der Zwangsläufigkeit solcher Maßnahmen. Anstelle der marxistisch-leninistischen kritischen Analyse trat der Bluff und die Prahlerei.

Als die Sowjetunion in den Völkerbund eintrat, den sie und die Komintern vordem als das diplomatische Werkzeug der Siegerstaaten wahrheitsgemäß kritisiert hatte, wurde das nicht als ein jetzt zweckmäßiger Kompromiß dargestellt, der der Sowjetunion ermöglichte, statt mit einzelnen imperialistischen Staaten mit der Gesamtheit zu diplomatisieren, sondern als ein erster Sieg der Anerkennung der Gleichberechtigung der S. U. mit den Imperialisten. Um salonfähig zu werden, hätte Lenin keinen Kompromiß abgeschlossen. Die Kommunistische Internationale und die Kommunistischen Parteien wurden die Lautsprecher dieser neuen Linie.

Beim Abschluß des Bündnisses mit dem Frankreich Laval² wurde die KPF militär- und regierungsfromm. Statt das Bündnis durch gesteigerten Kampf um die Macht gegen die französische Bourgeoisie für die Sowjetunion wertvoll zu machen, wurde es durch den Volksfrontschwandel der KPF entwertet.

Bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges war die Verteilung der internationalen Kräfteverhältnisse sicherlich nicht so, daß die Sowjetunion als Staat mit ihren Mitteln für die spanische Revolution hätte eintreten können, wie das die Hitler und Mussolini für die Konterrevolution taten. Das hätte die Sowjetunion in den Krieg mit Hitler und Mussolini gestürzt, und die französischen, englischen und amerikanischen Imperialisten hätten Hitler und Mussolini gegen die Sowjetunion bereitwilligst unterstützt. Sie hätten es dann nicht einmal mehr zu tarnen brauchen, wie die Unterstützung von Franco. Statt den Massen die Schwäche der Position des Sowjetstaates zu erklären, wurde geprahlt und geblufft. Stalin entdeckte, daß in Spanien nicht unter der sozialistischen Fahne gekämpft werden könne, sondern der Kampf auf die Verteidigung der Republik beschränkt werden müsse. Die Kommunistische Internationale beschränkte sich nicht darauf, diese neue Weisheit Stalins zu propagieren, sondern unterstützte die gewaltsame Unterdrückung der fortgeschrittensten revolutionären Kräfte in Spanien, Rückgängigmachung der Kollektivisierung, Unterdrückung der POUM³ usw. Aber der Sieg dieser neuen Linie war so groß, daß damit auch der Kampfkraft zur Rettung der Republik das Genick gebrochen wurde. Das Geschenk, das Stalin für sein Wohlverhalten von den englischen, französischen und amerikanischen Imperialisten erwartete, blieb aus. Stalins Spanienpolitik wurde mit München quittiert.⁴ Getäuscht wurden nicht die Imperialisten, sondern die Werktätigen. Niemand kann heute behaupten, daß bei einer konsequenten kommunistischen Politik in

² Laval, ein ehemaliger Radikalsozialist, war 1935 Ministerpräsident der Regierung Frankreichs, die das französisch-russische Bündnis abschloß. Nach dem Fall von Paris war er Ministerpräsident der Vichy-Regierung unter Petain als Staatspräsident, die mit den Nationalsozialisten kollaborierte. 1945 wurde er von den Franzosen zum Tode verurteilt.

³ POUM – Partido Obrero de Unificación Marxista, Arbeiterpartei der marxistischen Einheit.

⁴ Durch das Münchner Abkommen (1938) lieferten die Westmächte (England und Frankreich) die Tschechoslowakei praktisch an die Nationalsozialisten aus, indem sie die Annektion der CSR vereinbarten. Das Sudetengebiet kam zum Deutschen Reich. Böhmen und Mähren wurden Protektorat und die Slowakei ein »selbständiger« Staat, vom Deutschen Reich abhängig.

Spanien der Sieg errungen worden wäre. Aber eins ist klar: Eine Niederlage in einem Kampf mit sozialistischen Zielen und Kampfmethoden, der alle Energien entfaltet und eingesetzt hätte, hätte nicht die deprimierenden Folgen gehabt, wie der Verrat der kommunistischen Fahne, die alle sozialistisch-revolutionären Kräfte der Welt fest in den Händen der Komintern und der Sowjetunion glaubten. Stalin hat in Spanien die Politik der Menschewiki von 1917 angewandt, er hat »vergessen«, daß mit dem Bürgertum und bürgerlichen Zielen man nicht einmal die bürgerliche Republik erkämpfen oder verteidigen kann.

Dann kam der Krieg. Wir hielten das Bündnis des Sowjetstaates mit Hitler für zwangsläufig gegenüber der Politik der französischen und englischen Imperialisten. Ich glaube auch nicht, daß vom Standpunkt der sozialistischen Revolution etwas dagegen einzuwenden ist, daß unter den gegebenen Machtverhältnissen die Sowjetunion die Bindung Hitlers im Westen ausnutzte, um sich in Finnland, den baltischen Randstaaten, Polen und Rumänien der Barrieren zu entledigen, die die imperialistischen Siege im Ersten Weltkrieg gegen die Sowjetunion aufgerichtet hatten. Jetzt in den Endkämpfen gegen Hitler nutzt die Sowjetunion die Bindung der militärischen Kräfte Englands und Amerikas aus, um sich im Balkan, Ungarn, Österreich festzusetzen. Aber es ist lächerlich zu glauben, der englische und amerikanische Imperialismus findet sich mit dem Vorschieben der russischen Einflußsphäre ab durch die Erklärung der offiziellen Vertreter der Sowjetunion, das bürgerliche Eigentum und die bürgerliche Demokratie nicht anzutasten. Für die Imperialisten bedeutet Schutz dem bürgerlichen Eigentum und der bürgerlichen Demokratie ihr Recht, diese Gebiete zu ihren Märkten und Profitquellen zu machen. Die Hinderung an diesen heiligen Rechten ist für sie Hochverrat. Die Fortsetzung des Krieges gegen Japan und die Friedensbedürfnisse der Massen in Amerika und England machen einen sofortigen Krieg gegen die Sowjetunion unwahrscheinlich. Aber mit der Rede Churchills ist der Kampf um und in den russischen Einflußsphären erklärt – begonnen hat er schon früher, in Griechenland, Italien usw.

Der Verzicht auf die sozialistische Fahne beraubt die Sowjetunion im ideologischen Kampf um neue Einflußsphären der stärksten Machtmittel. Die Phrase Stalins über das siegreiche Ende des tausendjährigen Kampfes der Slaven gegen die Germanen steht ungefähr auf der gleichen Höhe wie Hitlers Tausendjähriges Reich, das trotz Anwendung der grauenvollsten Gewalt gegen das eigene Volk – die Konzentrationslager sind an Hunderttausenden Deutschen erprobt worden, ehe sie gegen Kriegsgefangene verwandt wurden – sich nur zwölf Jahre halten konnte.

Wie können in den neuen russischen »befreundeten Staaten« sowjetfreundliche Regierungen an der Macht erhalten werden, wenn die SU nicht gewillt ist, durch Förderung der sozialistischen Revolutionäre, dort wo die inneren Klassenverhältnisse sie erfordern, wirken lassen will? Natürlich nur mit Polizei und Militärgewalt. Stalin hat »vergessen«, daß man mit Bajonetten allerlei machen kann, nur nicht darauf sitzen. Gewalt ist die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft. Gewalt im Dienste des historischen Fortschritts ist progressiv, nicht weil sie Gewalt ist, sondern nur und insoweit sie dem Fortschritt dient. Das Umgekehrte beweist nicht zuletzt die deutsche Hitler-Episode.

Wir revolutionären Sozialisten unterscheiden uns von den Pazifisten durch die Erkenntnis, daß die Revolution nicht ohne Gewalt, nicht ohne Töten von Menschen, die sich der Revolution entgegenstellen, möglich ist. Aber wir sozialistischen Revolutionäre unterscheiden uns von den Gewaltanbetern dadurch, daß wir jedes Menschenleben heilig halten – auch das der Gegner –, denn die Schonung der Freunde ist kein Verdienst, auch Hitler hat ja »nur« seine Gegner gemordet. Diese revolutionäre Moral verlangt von der revo-

lutionären Praxis, daß sie die Gewaltanwendung auf das Mindestmaß beschränkt. Das ist keineswegs unrealistischer Edelmut, sondern eine starke Waffe der revolutionären Sozialisten. Das Ziel ist erreicht, wenn der Gegner gezwungen ist, den Kampf aufzugeben. Man kann nicht alle totschiessen, die zu Beginn der sozialistischen Revolution gegen sie kämpfen. Der revolutionäre Terror ist unvermeidlich, um den konterrevolutionären Terror zu vernichten. Aber sobald das Ziel erreicht ist, muß der ehemalige Gegner durch positive Taten neutralisiert, ausgesöhnt und zuletzt gewonnen werden. Das Ergebnis einer solchen Praxis ist der beste Gradmesser für den Reifegrad der revolutionären Verhältnisse und die Qualitäten der revolutionären Führung.

Als die »Arbeiterpolitik« erstmalig erschien, gab es in Deutschland noch keine BRD und keine DDR, sondern es herrschten auch nach außen hin für jedermann sichtbar die Militärkommandanten mit Besatzungstruppen und die von ihnen geduldeten oder zugelassenen Parteien und Regierungen. Der Morgenthau-Plan der USA, demzufolge Deutschland zum Agrarstaat ohne industrielle Basis, der sich selbst zu versorgen hatte, verfallen sollte, wich allmählich dem Versuch der westlichen Imperialisten unter Führung der USA, die Sowjetunion aus den im Krieg gegen den deutschen Imperialismus eroberten Gebieten hinauszudrängen, notfalls mit militärischen Mitteln. Zu diesem Zweck mußte die BRD als Vorposten des Kampfes gegen den Kommunismus, gegen die SU und die sozialistischen Länder industriell aus- und aufgebaut werden. Mit USA-Kapital unter militärischem »Schutz« der USA (Marshall-Plan-Hilfe) und mit Hilfe der deutschen Parteien, Gewerkschaften und Regierung kam diese BRD kapitalistisch wieder zur Blüte und wurde militärisch aufgerüstet. Das brachte für die deutschen Arbeiter in den westlichen Besatzungszonen einen hohen Lebensstandard in einer mit modernsten Produktionsmitteln an Stelle der zerstörten ausgestatteten Industrie. Das bildete die Grundlage für ein kleinbürgerliches Dasein, das kleinbürgerliches Denken für die Jahre der kapitalistischen Expansion zur Folge hatte.

Sozialistische oder revolutionäre Ideen, daß der Kapitalismus durch die Arbeiterklasse abgeschafft werden müsse, fanden in den Massen keinen Boden, die Werktätigen waren für die bürgerliche Ordnung. Von diesem kleinbürgerlichen Überbau verdeckt, entwickelten sich Parteien, Gewerkschaften und »Demokratie«, jedoch auf Grundlagen, die nach dem 2. Weltkrieg von außen aufgezwungen, aber nicht erkämpft worden waren. Es bedurfte erst neuer Krisenerscheinungen am Ende der kapitalistischen Nachkriegsblüte, um das Bedürfnis nach Gewerkschaften nicht nur als Rechtsschutzorganisationen, Tarifvertragsparteien und Sozialpartner, sondern auch als Kampfinstrumente gegen Unternehmerangriffe zu wecken. Es bedurfte des Endes des »Wirtschaftswunders«, der Wirtschaftsstockung, um – wie von uns festgestellt – den bis dahin verborgenen Unterbau sichtbar werden zu lassen: Daß nämlich diese Demokratie in der BRD nicht das Produkt einer bürgerlichen Revolution ist, diese Gewerkschaften und Arbeiterparteien nicht als Waffen im Kampf gegen die Unternehmerherrschaft nach 1945 entstanden sind und daß diese nach 1945 entstandene Gesellschaftsordnung nur unter dem Schutz durch den US-Imperialismus existenzfähig ist.

Jedoch muß hier auf eine der wenigen Ausnahmen aus diesen Jahren eingegangen werden, die unsere allgemeine Feststellung nicht außer Kraft setzen. Wir meinen den Kampf der Reichswerke-Arbeiter in Salzgitter-Lebenstedt gegen die Demontagen ihrer Arbeitsplätze durch die englische Besatzungsmacht. Dieser Widerstandskampf findet in dem vorliegenden Jahrgang der »Arpo« als für die damaligen westlichen Besatzungszonen wichtigstem gewerkschaftlichen und politischen Ereignis seinen Nieder-



Der Kampf gegen die Demontage der Salzgitter-Reichswerke erreichte im März 1950 seinen Höhepunkt. Diese Aufnahme vom 6. 3. 1950 zeigt den Moment, in dem gerade eines der vier 40 m hohen Demontage-Gerüste umgestürzt wird. Im Vordergrund sind einige Winden zu sehen, die ebenfalls unbrauchbar gemacht wurden.

schlag. Die Gewerkschaftsführungen erwiesen sich in dem Widerstandskampf der Reichswerke-Arbeiter nicht als Führung der Arbeiter, sondern als Bremser, und mußten erst von den Arbeitern und ihren Organen zur Unterstützung des Kampfes gezwungen werden. Der Widerwille der Gewerkschaftsführung gegen die eigene Abwehraktion der Salzgitterarbeiter, die über die Grenzen Deutschlands hinaus wegen des kämpferischen Einsatzes Aufsehen erregte, drückte sich auch in den verschiedenen Ausschlußverfahren und Maßregelungsversuchen gegen die führenden Funktionäre der Arbeiter dieses Gebietes aus. Dieselben Arbeiter jedoch, die die Kraft hatten, den

Kampf gegen die Besatzungsmacht und ihre Demontagekolonnen mit bloßen Händen aufzunehmen und mit Erfolg zu führen, hatten schließlich auch die Kraft, diese Maßregelungsversuche der Gewerkschaftsführung abzuschlagen. Der Widerstand der Arbeiter gegen die Demontage und die Ausschlußversuche der Gewerkschaftsführung konnten von der Gruppe »Arbeiterpolitik« nur deswegen geführt werden, weil sie als einzige politische Gruppe seit 1945 die Unterordnung unter die politische Kontrolle der Besatzungsmächte abgelehnt und die Forderung auf Räumung Deutschlands von allen fremden Truppen erhoben hatte.

Um anderen Darstellungen zu diesem Thema, die die Rolle der SPD und der Gewerkschaftsführung in dieser Bewegung entstellen, entgegenzutreten, bringen wir den nachfolgenden »Tatsachenbericht« aus der Feder eines der damals führenden Arbeitervertreter:

Tatsachenbericht

Über die Maßregelung der Koll. Wegener / Söchtig durch den Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Metall.

Die Maßregelung der beiden Oben genannten, welche vom Vorstand ausgesprochen wurde, lautet:

1 Jahr Versammlungs- u. Redeverbot sowie 1 Jahr Funktionsentzug (bis zum 17.5.51).

In der Begründung wurde behauptet, daß Wegener/Söchtig interne, gewerkschaftliche Angelegenheiten des Unternehmers unterbreitet hätten. Diese Behauptung der Gewerkschaftsbürokratie ist erstunken und erlogen. Folgender, tatsächlicher Sachverhalt liegt dem zugrunde:

Differenzen des Betriebsrats mit dem Arbeitsdirektor hatten zu ständigen Spannungen geführt, die irgendwie bereinigt werden mußten. Der Betriebsrat hat deshalb in einem Schreiben Anfang Dezember 49 dem Vorstand der IG Metall vorgeschlagen (auch vorher bereits schon in Besprechungen auf diesen Tatbestand hingewiesen), diese Angelegenheit intern und elegant zu lösen.

Obwohl diesem bekannt war, daß die Bestellung eines Vorstandsmitglieds (Arbeitsdirektor) durch den Aufsichtsrat akut war, hat der Vorstand auf unser Schreiben überhaupt nicht reagiert, sondern versucht, den Betriebsrat vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die beiden Betriebsratsvorsitzenden Wegener/Söchtig waren an Beschlüsse des Gesamtbetriebsrats gehalten und teilten deshalb dem Aufsichtsrat der Reichswerke bezügl. der Neubestellung seine Bedenken mit. Diese wurden dann in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats zum Ausdruck gebracht. Wir waren hierzu besonders dadurch veranlaßt, weil 2 Tage vor der Aufsichtsratssitzung die Gewerkschaftsbürokratie versuchte, uns zu überrompeln. Im Prinzip geht es doch um die Frage, ob der Betriebsratsvorsitzende in seiner Handlungswiese souverän ist oder aber, ob dieser unter dem Diktat der Gewerkschaftsbürokratie seine Arbeit durchführen muß.

Erwähnenswert - nach Auffassung der Gewerkschaftsbürokratie - kam hinzu, daß Wegener/Söchtig bereits einmal eine Höhe betr. der seinerzeitigen Weise zur ostzonalen Wirtschaftskommission erteilt bekommen hatten. Dieses wurde im 2. Verfahren noch besonders vorgehalten. Tatsache ist, daß die Verhandlungen mit der ostzonalen Wirtschaftskommission heute einen Umsatz von 7 Millionen aufweisen. Dies alles hat aber die Gewerkschaftsbürokratie nicht gehindert, uns hieraus einen schweren Vorwurf zu machen.

Die tatsächlichen Hintergründe dieses gesamten Verfahrens sind natürlich ganz andere, nämlich, die gegensätzlichen Auffassungen zwischen

Betriebsrat und Gewerkschaftsbürokratie in der Frage der Demontage. Es ist hinlänglich bekannt, daß die Gewerkschaftsführung alles versucht hat, den Kampf gegen die Demontage zu sabotieren, wo sie nur konnte. Die Tatsache, daß es trotzdem gelang, den Kampf gegen die Demontage in einer Form zu führen, die nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Weltöffentlichkeit Aufsehen erregte, hat die gesamte Gewerkschaftsbürokratie in Harnisch gebracht. Schon seit meinem damaligen Auftreten auf dem Bundeskongreß in Recklinghausen, in welchem ich mich gegen die Demontage in allen Zonen wandte und Böckler im Schlußwort über mich herfiel und mir nationale Tendenzen vorwarf, zeigte zumindest damals schon der Gewerkschaftsbürokratie, daß hier grundsätzliche Auffassungen in der Frage der Demontage sich gegenüberstanden. Und weil wir nicht bereit waren, vor ihnen zu kapitulieren, suchten sie einen formellen Grund, um gegen uns vorzugehen.

In der Vertreterversammlung der IG. Metall, Watenstedt-Salzpitter, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Maßnahmen des Vorstandes der IG. Metall. 30 Kollegen haben aus Protest die Delegierten-Versammlung verlassen. Der Rest von etwa 50-60 Kollegen hat dann in einer Entschliessung den Beschluß des Vorstandes einstimmig zurückgewiesen. =

bedr. d. Endbeschluss auf dem 5. 6. 54

Unsere weiteren Maßnahmen werden folgende sein: Durchführung von Funktionär-Besprechungen und Relegschafts-Versammlungen, in welchen durch Resolutionen und Entschliessungen gegen die Maßnahmen des Vorstandes protestiert wird. Am kommenden Montag, dem 11.6., werden wir mit dieser Versammlungs-Kampagne beginnen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Mehrheit unserer Kollegen hinter uns steht und sich mit uns in der Haltung dieser Frage solidarisch erklärt.

Darüber hinaus müssen wir alles versuchen, um über den örtlichen Rahmen hinaus die Angelegenheit zu verbreiten. Es ist erforderlich, Betriebsräten und anderen gewerkschaftlichen Körperschaften Informationen über den tatsächlichen Sachverhalt zuzuleiten, um hierdurch eine breitere Basis zu schaffen, soweit es oben unsere Kräfte erlauben. Ich trafe mich mit der Absicht, das Material zusammenzustellen und dann an verschiedene Stellen - soweit Möglichkeit vorhanden - zu verschicken.

Zur Charakteristik der Haltung des Vorstandes der IG. Metall möchte ich noch bemerken, daß die Nominierung Wepeners als Aufsichtsratsmitglied annulliert wurde, obwohl ein einstimmiger Beschluß des Gesamtbetriebsrats vorlag. Nach der Neuwahl des Betriebsrats ist Wepener wieder als 2. Vorsitzender in überwältigender Mehrheit gewählt worden und in der ersten Betriebsratssitzung wurde Wepener wiederum einstimmig als Kandidat für die Aufsichtsratsfunktion benannt. Aber auch jetzt hat es die Gewerkschaftsbürokratie nicht für notwendig befunden, diesen Beschluß des Betriebsrats zu sanktionieren.

Ich glaube, dieser Sachverhalt zeigt ganz eindeutig, daß es der Bürokratie darauf ankommt, den Betriebsrat zu strangulieren. Zwar hat die Bürokratie sich etwas über die Haltung des FDGB gegenüber den Betriebsräten in der Ostzone zugute getan (s. Bildung von Gewerkschaftsgruppen und Ausschaltung der Betriebsräte in der Ostzone). Aber wie wir feststellen können, ist es hier nicht anders! Man darf sagen, "gleiche Brüder, gleiche Kappen".

Es ist natürlich selbstverständlich, daß wir gegen diesen Beschluß des Vorstandes an den Beschwerde-Ausschuß Berufung eingelegt haben. Aber wir betrachten es mehr als eine formelle Angelegenheit. Wir sind überzeugt, daß sie alles versuchen werden, uns im Laufe dieses Jahres auf formellem, bürokratischem Wege zu erledigen. Entscheidend für uns ist, daß die Arbeiter im Betriebe über den tatsächlichen Sachverhalt aufgeklärt werden und die Haltung der Bürokratie gebrandsmarkt wird. In diesem Sinne versuchen wir die ganzen Dinge voranzutreiben.

Durch die Versammlungs-Kampagne ist es mir nicht möglich, jetzt schon nach Stuttgart zu kommen. Sobald diese beendet ist, komme ich sofort.

Herslichen Gruß!

Erklärung an die Belegschaft

" S ö c h t i g a m t s e n t h o b e n "

" I h r e r F u n k t i o n e n e n t h o b e n "

Unter diesen Schlagzeilen greift die örtliche Presse einen gewerkschaftsinternen Vorgang auf, der die zuständigen Stellen seit Februar d.J. beschäftigt hat.

Im Februar 1950 beantragte ein Mitglied des Vorstandes der IG-Metall ein Feststellungsverfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gegen uns. Es wurde uns zum Vorwurf gemacht, daß wir den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten gegenüber (2 Tage vor einer angesetzten Aufsichtsratssitzung) schriftlich Bedenken gegen die Besetzung einer Vorstandsposition erhoben haben.

Diese Stellungnahme war aber durch Beschluß des gesamten Betriebsrats zustande gekommen und wir waren als die Vorsitzenden verpflichtet, ihn nach außen zu vertreten. Der Betriebsrat sah sich zu diesem Vorgehen gezwungen, da seitens des Vorstandes der IG-Metall auf seit Dezember 1949 vorliegende Anträge des Betriebsrates nicht eingegangen wurde.

Eine ordentliche Behandlung der Differenzen in der monatelangen Zwischenzeit hätte das Schreiben an den Aufsichtsrat wahrscheinlich unnötig gemacht.

Unser Verhalten und Vorgehen war vollkommen gerechtfertigt und notwendig, da damit lediglich ein unbestreitbares Recht des Betriebsrates wahrgenommen wurde. Den Vorwurf gewerkschaftsschädigenden Verhaltens und die Unterstellung der Weitergabe interner Gewerkschaftsangelegenheiten weisen wir entschieden zurück, da davon überhaupt nicht die Rede sein kann.

Das Verfahren fand jetzt mit der Entscheidung des Vorstandes, uns für 1 Jahr sämtlicher gewerkschaftlicher Funktionen zu entheben und uns für 1 Jahr Versammlungs- und Redeverbot für gewerkschaftliche Versammlungen aufzuerlegen, seinen Abschluß.

Die uns nach unserer Reise zur Deutschen Wirtschaftskommission der Ostzone erteilte Rüge hat nach Mitteilung des Vorstandes der IG-Metall bei dieser Entscheidung zu einer erschwerenden Beurteilung geführt.

Wir haben gegen den Vorstandsbeschluß beim Verbandsausschuß der IG-Metall Berufung eingelegt.

In den ab 12.d.M. durchzuführenden ordentlichen Vierteljahresversammlungen werden wir Gelegenheit haben, den Forderungen der Kollegen auf näheren Aufschluß in dieser ganzen Angelegenheit nachzukommen. Inzwischen bitten wir alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen Disziplin zu bewahren, ihre Pflichten der Gewerkschaftsorganisation gegenüber nach wie vor zu erfüllen und nicht diesen Vorgang zum Anlaß zu nehmen, der Gewerkschaftsorganisation den Rücken zu kehren.

Der Bestand und die Stärke der Organisation muß auf alle Fälle gewahrt bleiben.

Watenstedt, den 7.6.1950

gez. Söchtig gez. Wegener

Der Leser wird in der »Arpo« bis 1950 vergeblich nach einem Impressum suchen, wenn man absieht von der 2. Nummer, in der ein Impressum erscheint, das in Wirklichkeit keines war. In Nummer 3 wurde es wieder fallengelassen. Die »Arbeiterpolitik« hat als einzige Arbeiterzeitung nach dem 2. Weltkrieg – von den bürgerlichen Blättern ganz zu schweigen – auf die von den Militärbehörden vorgeschriebene Lizenzierung (unter die jede politische Tätigkeit in Wort und Bild fiel) »verzichtet«, weil sie es ablehnte, sich der von den Militärbehörden und ihren Institutionen ausgeübten Kontrolle und Zensur zu unterwerfen. Das hatte nicht nur Schwierigkeiten politischer, sondern auch technischer Art zur Folge.³ Papier (das ja den Lizenzzeitungen zugeteilt wurde), Satz und Druck dieses Jahrganges zeigen das. Diese politische Haltung entsprach nur kommunistischen Grundsätzen, daß Kommunisten allein von den Interessen der Arbeiterklasse und ihres Befreiungskampfes ausgehen und nicht von fremden. In Nummer 2 der »Arpo« wird der Leser diese Feststellung in einem anderen Zusammenhang finden, der damals zur »Klarstellung« in der Öffentlichkeit notwendig war. Mögen es politische Abenteurer oder von bestimmten Gegnern der kommunistischen Bewegung vorgeschobene oder subventionierte Mittelsmänner gewesen sein, so wurde versucht, die politische Autorität, den guten Namen der KPD-O aus der Weimarer Zeit und der Illegalität zu nutzen und daraus Kapital zu schlagen, indem sie ihre Parteigründungen als KPD-O oder Kommunistische Opposition bezeichneten. Auch bemühten sich die Führungen der SPD, der KPD wie auch der Gewerkschaften, ehemalige oppositionelle Kommunisten in ihre politische Tätigkeit einzuspannen. Da die offiziellen lizenzierten Neugründungen nicht auf der Initiative von Arbeitern beruhten, scheiterten sie allesamt. Daß die Gruppe »Arbeiterpolitik« die Lizenzierung ablehnte, war Ergebnis der politischen Selbstverständigung, die der Herausgabe der gedruckten »Arpo« voranging. Alles, was die Gruppe »Arbeiterpolitik« politisch leistete, und alles, was sie gedruckt und abgezogen herausgab, hat sie bis auf den heutigen Tag aus eigener Kraft – sowohl politisch wie materiell – geleistet. Damit hat sie eine der wichtigsten Erfahrungen aus dem Niedergang der kommunistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg zur Grundlage ihrer politischen Tätigkeit gemacht. Diese Erfahrung besteht darin, daß die materielle Unterstützung der KPD durch die russische Partei und die Kommunistische Internationale die Entwicklung der eigenen Kräfte mehr negativ als positiv beeinflußt hat.

Wer waren diese Kommunisten, deren Namen unter keinem Artikel zu finden sind, die hinter dieser Zeitung als dem Ergebnis ihrer gemeinsamen politischen und theoretischen Anstrengungen standen? In Bremen und Hamburg arbeiteten die früheren Freunde der KPD-O zuerst größtenteils in der KPD. Im Ruhrgebiet hatten in Solingen, Gevelsberg, Düsseldorf, Duisburg, Köln, Essen und anderen Städten einige der alten Genossen überlebt (manche von ihnen überlebten das Ende der Naziherrschaft nur kurz infolge der im Gefängnis und KZ erlittenen Erkrankungen). Viele von ihnen waren ausgebombt, evakuiert und nicht zurückgekehrt, viele hatten den größten Teil ihrer Familie im Bombenkrieg verloren, andere waren dienstversetzt und noch in Kriegsgefangenschaft. Rein materiell war die Schwierigkeit der Kontaktaufnahme groß. In Nürnberg waren Karl Grönsfelder und seine Frau noch am Leben, in Braunschweig,

³ Es sei hier erwähnt, daß in der „Einheit“ (der vom Parteivorstand der SED herausgegebenen „theoretischen Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus“) Professor Werner Krauss aus Marburg nach einem Fingerzeig auf die „hektographierten und ohne Druckortangabe gedruckten Broschüren der kommunistischen Oppositionsgruppe Thalheimer-Brandler“ schrieb: „Handelt es sich doch um eine Sammlung scheinradikaler Parolen ... Solche Parolen kann auch kein Wehrwolf mehr überrunden ...“



Salzgitter und anderen Städten dieses Gebietes gab es schwache Kontakte. In Stuttgart war neben einer Reihe der alten oppositionellen Gewerkschafter, vor allem aus dem Metallarbeiterverband, auch Berta Thalheimer, die Schwester August Thalheimers, trotz aller physischen und materiellen Erschöpfung bereit, die politische Arbeit wieder aufzunehmen. Sie hat jahrelang für die »Arbeiterpolitik« verantwortlich gezeichnet und bis zu ihrem Tode bei der Gruppe gestanden.

Berta Thalheimer 1952/53 auf einer Veranstaltung der Gruppe Arbeiterpolitik in Stuttgart.

Brief Berta Thalheimers
an Heinrich Brandler.

Stuttgart, 3. Okt. 48.

Hieber Heinz! Wann erfolgte
Augusts Tod?

Durch Deinen Brief erfuhr ich zuerst von Augusts Tod. Diese unerwartete Nachricht erschütterte mich auf's Tiefste. Hatte ich immer noch gehofft, August könnte bald ausreisen und wir sehen uns bald.

Und nun dieses harte Nein vom Schicksal.

Für unsere Sache ist das ein schwerer Schlag. Und auch sonst ist es traurig, daß in der allgemeinen geistigen Verwirrung dieser klaren marxistische Kopf, nicht mehr zu vernehmen ist.

Es ersuchte dringendst seine Rückkehr nach hier, um hier zu wirken und seine literarischen Arbeiten fortzuführen und zum Abschluss zu bringen.

Glaube mir, ich wie auch Freunde
geben ^{uns} alle Mühe, um seine
Rückkehr möglich zu machen.

Aber nicht nur die Bureaucratie und die
allgemeine Festigung der bürgerlichen
Kräfte, sondern ebenso die Arbeiter -
parteien tragen ihrer gerüttelt Schuld,
dieser an der Unmöglichkeit der Rück-
kehr von St. Ich kann das durch Einzel-
heiten nachweisen. Wäre August vor
einem Jahr zurückgekehrt, so wäre
diese Katastrophe nicht erfolgt. Ob-
wohl wie eigentlich Krauske fürchte
er doch die Unterwühlung seiner
Lebenskräfte. Schrieb er doch ein mal
länger wie bis 48 kann er nicht auf
Lila bleiben.

Für uns beide ist es besonders schwer.
Als halbe Kinder entwickeln ^{aus und ich} ~~wir~~ ~~aus~~
und zusammen zum Sozialismus und stets
auch, oft wenn wir zeitweise keine
Führung hatten, entwickeln wir
uns nach derselben Richtung. So
gehörte der eine zum Leben des andern.
Und es ist mir auch klar, was du

an August verloren hast, Ihr
Unvergleichlichen. Ihr ergänzt einander
so glücklich. Das Bild, als Ihr 33 auf
der Flucht vor meiner Thüre standet,
habe ich nie vergessen: Im Grunde war
auch ich sehr einsam und kloppte so
auf eure Rückkehr.

Man fühlt sich so machtlos, als einzelner
Mensch, gegen die mannigfaltigen
Mächte, die so brutal herrschen und
wirken. Menschen, die einander
Stitze und Trost sein könnten sind
durch die Zeitverhältnisse getrennt, aus-
einandergerissen.

Hast du bereits Schritte unternommen, um
Augusts hinterlassene Manuskripte
sicher zu stellen? Reizig, du mußt alles
tun, um dich gesund und arbeitsfähig
zu erhalten. Du hast so große Aufgaben
vor dir. Man wartet so sehr auf die
Abhandlung über die S. U.

Ich habe hier einen Verleger, der bereit
ist eine kleinere Sache von Aug. heraus-
zugeben. Aug. wollte zu diesem Zweck
in Essay-Form eine kleinere Arbeit
verfassen, etwa so, über die revolutionäre

Kunst und den revolutionären Künstler.
Ich will nehmen an, daß die Arbeit
durchgeführt ist und will mich an
Bläne wenden.

Was eine große philosophische Arbeit be-
trifft, so wußte ich jetzt niemand, der
sie herausgeben könnte. Wie arm sind
wir doch auch geistig geworden!

Ich will daran gehen, Schriften, Reden,
Briefe auszugraben, eventuell zu einer
Biografie. Was meinst Du dazu?

Was ich habe, ist freilich unvollständig.
Weißt Du, daß Parnschock in Holland noch
lebt? Eine Zeitschrift brachte kürzlich einen
Artikel den ich Dir schicken will. Über
seine Entwicklung die Jahre herein bin ich
nicht sicher. Aber ich habe noch in Erinnerung,
daß er früher philos. einziger genannt und
genannt hatte. Was meinst Du, könnte er evtl.
als Herausgeber der philos. Arbeiten in Göttinger?
Diese Frage selbst Du nur als äußerster
Gedanken wertw. Was ich mit Deiner Rückkehr
güte die Freunde dort und laß' Dir sehr
freundschaftlich die Hand drücken. (Berta

In Berlin war die Gruppe ebenso wie in Sachsen und Thüringen bis in die letzten Kriegstage trotz Illegalität politisch intakt geblieben. Im Saargebiet und Frankfurt hatte eine Reihe alter Freunde überlebt. Eine weitergehende Darstellung der damaligen organisatorischen Verbindungen soll hier mit Rücksicht auf die noch lebenden Freunde einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, ebenso die Darstellung der Arbeit in der Ille-



August Thalheimer nach 1945
am Strand von Havanna.

galität der Nazizeit. Keiner der Überlebenden hat sich jedoch Illusionen gemacht, daß es eine leichte Aufgabe sei, in Deutschland wieder die Fundamente der kommunistischen Bewegung zu legen. Waldemar Bolze, den die materiellen und physischen Bedingungen der politischen Emigration hart mitgenommen hatten, drückte die Aufgabe, vor der die politische Emigration 1945 stand, in einem Brief folgendermaßen aus: »Die Zukunft, die in unserer Heimat winkt, wird an Bitterkeit noch unsere Emigrationszeit übertreffen. Mit dem Wegräumen des materiellen Trümmerhaufens werden wir fertig werden. Darum ist die kleinere Sorge. Aber den ideellen Trümmerhaufen zu liquidieren, das wird Schweiß kosten. Doch eine Gewißheit bleibt: Nicht nur geschlagene Generäle, auch geschlagene Völker und Klassen lernen guts. (26. 2. 1945)

Während die politische Emigration der SPD und KPD sich Gedanken über die Besetzung und Verteilung von Posten im besiegten, von fremdem Militär besetzten »demokratischen« Deutschland machte, stand für die alten Kommunisten aus der KPD-O die Frage nach der Schaffung von revolutionären Kadern. Ihr Ziel war es vor allem, unter den jüngeren Arbeitern Kader zu schaffen, die die von ihnen begonnene Tätigkeit weiterführen konnten. Nur wenige von ihnen erlebten die Periode des Wiedererwachens des Interesses für den Kommunismus, die Tatsache, daß jüngere Kommunisten diese Aufgaben übernehmen.

An dieser Stelle ist es angebracht, einige Worte denen zu widmen, denen die Gruppe »Arbeiterpolitik« noch heute besonders verpflichtet ist auf Grund ihrer politischen Lebensarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung. Zunächst August Thalheimer, dessen Rückkehr nach Deutschland von den Besatzungsmächten verzögert und damit verhindert wurde, weil seine Anwesenheit unerwünscht war. Er starb in Havanna am 20. 9. 1948 und liegt dort begraben, wo auch der »erste Dichter des deutschen Proletariats« und Freund von Marx und Engels, Georg Weerth, sein Ende fand. August Thalheimer, dessen grundlegender theoretischer Beitrag für die sozialistische und kommunistische Bewegung in Deutschland und darüberhinaus seit 1914 von einer Bedeutung ist, die heute erst wenige in ihrer ganzen Weite begreifen, hat in seinen letzten Jahren noch mitgewirkt, die politischen Grundlagen zu schaffen, die schließlich das Fundament der

Heinrich Brandler 1949 auf einer
Schulungsveranstaltung der
Gruppe Arbeiterpolitik
in Hamburg.



Gruppe und Zeitung »Arbeiterpolitik« wurden und bis heute blieben. Es wird eine zusätzliche Aufgabe der Gruppe »Arbeiterpolitik« sein, in einer besonderen Ausgabe die Vorläufer der »Arpo« herauszugeben, unter denen unter anderem die zunächst von Thalheimer und Brandler gemeinsam und nach der Abreise Brandlers von Thalheimer allein verfaßten »Internationalen monatlichen Übersichten« einen wesentlichen Platz einnehmen. Einige Arbeiten aus dieser Zeit sind als Broschüren erschienen und einem weiteren Kreis bereits bekannt.⁶

Unter den politischen Emigranten, die schließlich nach langen Mühen nach Deutschland zurückkehren konnten und eine wesentliche Rolle für die »Arbeiterpolitik« spielten, war schon während seines Zwischenaufenthaltes in England Heinrich Brandler, der bis 1967 (mit Ausnahme der Jahre 1956 bis 1960) in der »Arbeiterpolitik« mit Artikeln zur weltpolitischen Lage und zur russischen Frage wesentlich mitarbeitete. Die Frage unserer Stellung zur SU, die in einem Teil Deutschlands als Besatzungsmacht auftrat und daher starke negative Einflüsse auf die deutsche Arbeiterklasse hatte, war für die kommunistische Bewegung in Deutschland von entscheidender Bedeutung. Nicht wenige ehemalige Kommunisten scheiterten an dieser Frage und traten den Weg zurück in den bürgerlichen und reformistischen Sumpf an. Die grundsätzliche Klärung der russischen Frage für die kommunistische Bewegung in Deutschland kann in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden, sie hat heute für uns als Kompaß in den verwirrenden politischen Weltereignissen eine fundamentale Bedeutung. Unsere Aufgabe ist es, dieses Erbe so zu verwalten, daß es für die kommunistische Bewegung Zinsen bringt.

Der folgende Bericht schildert eindrucksvoll das Wiedersehen eines Genossen mit Waldemar Bolze:

»Begegnung mit Waldemar 1945

Nach 5jähriger Isolierung von unseren Freunden (Kriegsgefangenschaft) kehrte ich Ende April 1945 nach Paris zurück. Ich traf keinen der älteren Genossen mehr an,

⁶ Siehe die Liste der Veröffentlichungen der Gruppe »Arbeiterpolitik«



Waldemar Bolze 1949 auf einer Schulungsveranstaltung der Gruppe Arbeiterpolitik in Hamburg.

brachte aber in Erfahrung, daß Waldemar Bolze in Sisteron, einem kleinen Bergnest in den Basses Alpes⁷ hause, einer der wenigen, der den Verfolgungen der Gestapo entgangen war. Meinen Entschluß, ihn sobald als möglich aufzusuchen, konnte ich schnell realisieren. Ein Betreuungsoffizier gab mir auf mein Bitten einen Transportschein nach Sisteron, und ich machte mich nach vorheriger brieflicher Anmeldung auf den Weg zu Waldemar. Unsere Wiedersehensfreude war getrübt durch die Trauer um unsere Freunde, die dem Wüten der Nazis zum Opfer gefallen waren.

Waldemar verdankte nur einem außerordentlichen Glücksfall, daß er am Leben geblieben ist. Das französische Internierungslager, in dem er sich mit vielen deutschen Emigranten zuletzt befand, wurde plötzlich von der Gestapo umstellt und alle Insassen nach Deutschland abtransportiert. Waldemar war im Lager mit einer Tischlerarbeit beschäftigt. Die Schergen vermuteten in ihm einen französischen Handwerker und ließen ihn als Einzigen zurück.

Er arbeitete dann in Sisteron als Gehilfe bei einem Tischler unter sehr schlechten Bedingungen, die den Keim zu seiner späteren Krankheit legten. Seine Freizeit und die Nächte benutzte er dazu, um die abgerissenen Verbindungen zwischen den einzelnen Genossen wiederherzustellen und ihnen mit seinen reichen Erfahrungen zu helfen, sich politisch zu orientieren und die Probleme, die sich nach dem Zusammenbruch des Naziregimes ergaben, zu erkennen. Diese Arbeit nahm seine ganze Kraft in Anspruch.

Nach einigen Stunden angeregter Aussprache zeigte er mir einen Stoß von Zeitungen, die er durcharbeiten, und eine Anzahl Briefe, die er beantworten müsse. Gleich wollte er sich wieder auf seine Arbeit stürzen. Meine Bemerkung, daß ich nicht seiner schönen Augen wegen nach Sisteron gekommen sei, sondern um ihn auszuquetschen, um mich zu orientieren, wandelten rasch seinen Vorsatz. Die wenigen Tage, davon zwei Feiertage, die wir zusammen waren, widmete er mir ganz. Unermüdet und geduldig beantwortete er alle meine Fragen, zeigte mir die Briefe, die sich auf politische Fragen bezogen und seine Antworten dazu und versuchte mir alles zu geben, was ich brauchte. Er erzählte mir von seinen Erlebnissen und auch von seinen Erfahrungen mit den französischen KP-Genos-

⁷ Departement im französischen Jura.

sen, mit denen er dort in Verbindung war und denen er manche Hilfe gab. Als ich mich dann zum Schluß am Bahnhof von Waldemar verabschiedete, hatte ich das Gefühl, nach langer Seereise wieder festen Boden unter den Füßen zu haben».

Zu den wesentlichen Fragen der kommunistischen Bewegung in Deutschland gehörte immer die Gewerkschaftsfrage. In einem Brief vom 15. Mai 1945 schrieben Brandler und Thalheimer aus Cuba an deutsche Freunde zur Frage der in den Besatzungszonen neugegründeten Gewerkschaften: »Diese Gewerkschaften sind keine wirklichen Gewerkschaften, sondern Karikaturen von Gewerkschaften, wie ihr selbst am besten wißt . . . Nutzt auch diese Karikaturen von Gewerkschaften aus, soweit sich in ihnen irgendwelche Möglichkeiten bieten, um die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu bessern und um ihr Ohr zu gewinnen. Um die eigenen wirtschaftlichen und Klasseninteressen wirklich zu vertreten, braucht es aber wirklich selbständiger und kämpfender gewerkschaftlicher Organisationen, selbständig gegenüber den Besatzungsbehörden, selbständig gegenüber den Unternehmern. Diese aber können, solange Deutschland von fremden Regierungen verwaltet wird, nur illegale Kaderorganisationen sein. Laßt euch nicht verleiten von veralteten Organisationsformen und Traditionen.«

Es würde zu weit führen, in diesem Zusammenhang auf die Gewerkschaftsfrage in aktueller Sicht einzugehen. Jedoch dürfte so viel klar sein, daß das, was hier über Gewerkschaftspolitik revolutionärer Arbeiter gesagt wird und was zum Beispiel in Salzgitter in den Demontagekämpfen realisiert wurde, nichts mit den jetzt in der BRD von verschiedenen linken Gruppen verbreiteten und vorgeschlagenen Rezepten und Empfehlungen zu tun hat. Das, was 1945 mit der Methode des Marxismus grundsätzlich erarbeitet wurde, findet heute, wo der Purpur infolge des beginnenden wirtschaftlichen Niederganges abfällt, erneut seine Bestätigung. Der soziale Klimbim des Wirtschaftswunders und die Sozialpartnerschaft der kapitalistischen Aufstiegsperiode hatten es nur zeitweilig verbergen können.

Es hieße nur die halbe Wahrheit sagen, wenn an dieser Stelle jene Personen verschwiegen würden, die – von den politischen und menschlichen Eigenschaften jener alten Kommunisten beeindruckt – zunächst zur Gruppe »Arbeiterpolitik« kamen, jedoch ohne eigene Tradition in der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands, ohne die harte Schule der Illegalität und der Konzentrationslager waren. Sie verließen die Reihen der Gruppe wieder in der schwierigsten Periode der kommunistischen Bewegung, um in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung oder mit ihrer Hilfe den eigenen individuellen Aufstieg »erfolgreich« zu vollziehen an Stelle des mühsamen, langen Marsches des Wiederaufbaues der kommunistischen Bewegung. Schon Friedrich Engels hat in einem Brief an Bebel (20. 6. 1873) festgestellt: »Die Bewegung des Proletariats macht notwendigerweise verschiedene Entwicklungsstufen durch; auf jeder Stufe bleibt ein Teil der Leute hängen und geht nicht weiter.« Wir betrachten dies als den Ausleseprozeß in der kommunistischen Bewegung. Die kommunistische Bewegung geht aus derlei Rückschlägen dadurch gestärkt hervor, daß andere neue Kräfte an deren Stelle treten und den Weg fortsetzen. Wir werden bei der Neu-Herausgabe weiterer Jahrgänge der »Arbeiterpolitik« auf die Streitfragen zurückkommen. Denn die politischen Streitfragen in der Gruppe sind für den Leser heute noch interessant, nicht die Personen.

Gruppe Arbeiterpolitik, Frühjahr 1975.

Arbeiterpolitik

Nr. 1

Ende November 1948

Preis -,30 DM

Warum „Arbeiterpolitik“?

Das in diesem Blatt veröffentlichte Material will vom Standpunkt des revolutionären Marxismus und Kommunismus aus die Probleme der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung behandeln mit dem Ziel, der handelnden klassenbewußten Arbeiterchaft Deutschlands Gesichtspunkte für ihren Kampf zu geben.

1. Die Befatzungsmächte
Die Weilmächte

Drei Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges ist die Lage Deutschlands und insbesondere der Arbeiterklasse trostloser denn je zuvor. Vor allem die deutsche Arbeiterklasse ist zum Hauptopfer der Entwicklung der letzten 15 Jahre geworden. Aus Angst vor der deutschen und ihren eigenen Arbeiterklassen haben die westlichen Bourgeoisien Hitler aktiv und passiv unterstützt, bis er jenes Maß an Kraft erreichte, welches ihm ermöglichte, zum zweiten Weltkrieg anzutreten. Es war dies kein „Fehler“ der Politik der westlichen Bourgeoisien, wie sie heute weiszumachen suchen, sondern die Konsequenz ihrer Politik, die die innere Klassenverwandtschaft zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus klar hervortreten läßt, zum Unterschied von den banalen sozialdemokratischen Redensarten vom „autoritären“ - demokratischen Gegensatz. Mit der militärischen Niederlage brach nicht nur der Nazi-imperialismus zusammen, sondern auch der eng mit ihm verbundene Staatsapparat. Die bis dahin erfolgten sozialen Umschichtungen, die weitgehende Vernichtung des Mittelstandes, die Proletarisierung der überwältigenden Masse der Nation, der moralische und materielle Bankrott der deutschen herrschenden Klassen - all das erzeugte ein Verhältnis der Klassen innerhalb der deutschen Gesellschaft, in dem einem Sieg der proletarischen Revolution keine entscheidenden inneren Kräfte mehr im Wege standen. Deutschland war und ist überreif für den Sozialismus. Der Sieg des Nationalsozialismus hat gerade wegen seiner sozialdemagogischen Maske bewiesen, daß der Sozialismus bereits mit der Kraft eines gesellschaftlichen Vorurteils in den Köpfen der werktätigen Massen steckt. Aber Deutschland ist nicht Rumänien oder Bulgarien. Wirtschaftlich, politisch und klassenmäßig ist Deutschland das Herz des alten Kontinents. Geht Deutschland zum Sozialismus über, so kann es nicht lange dauern, bis ganz Europa mit dem Kapitalismus Schluß macht. War die Verkürzung dieses Überganges eines der Hauptziele der westlichen Bourgeoisien seit dem ersten Weltkrieg, hatte es zur Unterstützung Hitlers geführt, so ist die gegebene Form der Fortsetzung der gleichen Politik in einer Epoche, in der ausreichende innere Kräfte nicht mehr vorhanden sind, um allein mit der Arbeiterklasse Deutschlands fertig zu werden - die Befetzung des Landes durch Truppen des kapitalistisch-imperialistischen Westens. Der historische Sinn dieser Befetzung liegt demnach in der direkten und aktiven Unterdrückung der deutschen proletarischen

Revolution. Der Klasseninhalt der Befetzung ergibt sofort einen wesentlichen Schluß: Die deutschen herrschenden Klassen sind eingedenk der Tatsache, daß der Befetzungsabzug Kräfte freimachen würde, die sie nicht meistern könnten, an einem Aufhören der Befetzung nicht interessiert. Sie machen gemeinsame Sache mit dem westlichen Sieger, der seinerseits die Klassenstellung der deutschen Bourgeoisie als die seines Büttels stärkt und festigt (Währungsreform, Marshallplan usw.).

2. Die Befetzungsmächte
Die Sowjetunion

Die gemeinsame Befetzung Deutschlands ist das Ergebnis, des gemeinsam von imperialistischen Staaten und einer sozialistischen Macht geführten Krieges. Die SU hat als sozialistische Macht kein Interesse an der künstlichen Aufrechterhaltung der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaft. Aber ausgehend von dem feststehenden Entschluß der imperialistischen Sieger, Deutschland zu besetzen, mußte sie sich an der Befetzung beteiligen, um einen größtmöglichen Teil des Landes den imperialistischen Mächten als Aufmarschgebiet und Kraftreservoir zu entziehen. Die Verschiedenheit westlicher und östlicher Befetzungszwecke findet ihren schlagendsten Ausdruck in der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft im Westen und in der Vernichtung der alten herrschenden Klassen im östlichen Befetzungsgebiet. Diese Einwirkung der Befetzungsmächte auf die inneren Klassenverhältnisse liefert der deutschen Arbeiterklasse die Richtschnur zur Einschätzung des internationalen Mächttekampfes, wie er sich auf deutschem Boden abspielt. Dieser Mächttekampf wider spiegelt auf der Ebene internationaler Auseinandersetzungen den Klassenkampf zwischen Arbeiterchaft und Kapitalismus, wobei die SU gegenüber den Anglo-Amerikanern als sozialistische Macht den historischen Fortschritt vertritt. Im weltumspannenden Kampf gegen den Imperialismus muß die SU die Unterstützung der deutschen als Teil der internationalen Arbeiterklasse finden.

Wenn dies heute in Deutschland nicht der Fall ist, so Infolge der besonderen Methoden, mit denen die sowjetische Befetzung dem deutschen Proletariat gegenübertritt. Es sind dies die Abtrennung und Ausplünderung von bedeutenden Teilen Deutschlands, die Ausweisung der Bevölkerung, die Beschlagnahme eines erheblichen Teils der laufenden Produktion für die SU, die Demontagen usw. Nichts leichter als „Kritik“ dieser Methoden wie sie von der Sozialdemokratie und anderen Knechten des Kapitals im Namen der „Freiheit“, „Demokratie“, „Menschlichkeit“ und anderer schöner Dinge vorgenommen wird. Die klassenbewußten Arbeiter aber müssen Klarheit darüber gewinnen, daß diese Methoden nicht das Werk blutrünstiger Bösewichte sind, sondern Folgen der qualvollen, entbehrungsreichen, 30-jährigen Geschichte der ersten proletarischen Revolution, die in einem äußerst rückständigen Lande, auf sich alleingestellt, mit der gigantischen Aufgabe der Schaffung einer großindustriellen Grundlage und der gleichzeitigen Rüstung gegen einen übermächtigen Feind fertig zu werden hatte. Diese Methoden waren und sind der Preis, den die Werktätigen der SU zu zahlen haben, um die Anschläge des angreifenden Imperialismus abzuwehren. Haben sich nun derartige Methoden einmal historisch herausgebildet, so ist es klar, daß ihre Träger sie nicht mit dem Überschreiten der Landesgrenzen abwerfen, sondern

daß sie für sie vielmehr Allgemeingültigkeit besitzen. Sofern diese Methoden in den besonderen russischen Verhältnissen wurzeln, sofern sind sie Gift für die proletarische Bewegung des hochindustrialisierten Westens. Sie müssen hier das Proletariat in Gegensatz zur SU bringen. Dieser Gegensatz ist einer der der Dialektik der Geschichte innewohnenden Widersprüche. Nur seine Überwindung wird eine neue, höhere Stufe sozialistischer Kultur schaffen. Aber zu dieser Überwindung ist es notwendig, daß die deutsche Arbeiterklasse als selbständige Kraft ihre eigenen Methoden, ihren Weg zum Sozialismus organisiert und durchsetzt.

3. Ist bürgerliche Demokratie in Deutschland möglich? Soweit darunter nicht das demokratische Getue, die demokratische Maske verstanden wird, sondern die bürgerliche Demokratie, darf folgendes nicht außer Acht gelassen werden: Die bürgerliche Demokratie ist eine historisch gegebene Herrschaftsform der Kapitalisten, deren materielle Grundlage in der Möglichkeit besteht, die Arbeiter durch kleine Zugeständnisse zu ködern, sie ihren revolutionären Zielen durch eine gewisse Besserung ihrer Lebenshaltung abtrünnig zu machen. Es ist die typische Herrschaftsform des aufsteigenden Stadiums des Imperialismus. Daher sind die alten und bedeutendsten Demokratien räuberische Kolonialmächte (England, Holland, Frankreich, Belgien). Die Voraussetzung der Demokratie im Mutterland ist das Auspressen kolonialer Überprofite.

Diese besondere Herrschaftsform des Kapitals ist nicht länger aufrecht zu erhalten, sobald die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage ist, den Arbeitern Zugeständnisse in ihrer Lebenshaltung zu machen. Dieser Punkt war in Deutschland in der großen Weltwirtschaftskrise erreicht und seine Folge der Übergang der herrschenden Klassen zum Faschismus. Will jemand behaupten, daß es den Besatzungsmächten oder der deutschen Bourgeoisie heute möglich ist, den Arbeitern eine erträgliche Lebenshaltung zu gewähren? Sollte sich jemand finden, der derartigen Hirngespinnsten nachläuft, so weisen wir darauf hin, daß in allen großen kapitalistischen Ländern der Nachkrieg den verstärkten Kapitalangriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse gebracht hat, daß aus der inneren Gesetzmäßigkeit der Entwicklung dieser Länder das Kapital den Angriff gegen die demokratischen Errungenschaften der Arbeiterklasse führt (Antistreikgesetzgebung, Kommunistenverfolgung usw.) und führen muß, weil es immer weniger in der Lage ist, den Arbeitern eine erträgliche Existenz zu gewähren.

Bürgerliche Demokratie ist in Deutschland unmöglich. Die „Demokratisierung“ durch die Besatzungsmächte ist der scheinheilige Vorwand für die tatsächlich bestehende Militärdiktatur. Entweder verfault Deutschland am verkommenen Kapitalismus oder es ringt sich zum Sozialismus durch.

4. Die Arbeiterparteien
Die SPD ihrem Wesen und ihrer ganzen Vergangenheit nach ist sie die konsequente Vertreterin der bürgerlichen Demokratie, was auch offenes konterrevolutionäres Auftreten (1918-1923) einschließt. Da aber bürgerliche Demokratie immer kapitalistische Klassenherrschaft ist, muß sie zum gefügigen Werkzeug der herrschenden Klassen werden. In Deutschland ist die kapitalistische

Klassenherrschaft heute nur durch fremde Bajonette aufrecht zu erhalten – sie wird daher zum Agenten der westlichen Befatzungsmächte. In einem Blatt ihrer englischen Gefinnungsgenossen wurde von ihr gefagt: Nach dem ersten Weltkrieg war sie im Dienste des deutschen, nach dem zweiten Weltkrieg steht sie im Dienste fremder Generalstäbe.

5. Die Arbeiterpateten Die KPD

Allgemein gesprochen ist sie ideologisch, politisch und materiell aufs Engste mit den Interessen der Sowjetbürokratie verbunden. Sie ist ihr verlängerter Arm in Deutschland. Sie ist demnach nicht fähig, die besonderen Interessen der deutschen Arbeiterklasse den gegenwärtigen besonderen Interessen der SU gegenüber zu vertreten. Dies ist augenfällig in der Sowjetzone, wo sie zur Beamtenclique verknöchert ist, der die Masse der werktätigen Bevölkerung feindlich gegenübersteht. In den Westzonen ist sie eine Sektierergruppe, der neben der aus der Stalinhörigkeit sich ergebenden Unfähigkeit zur selbständigen Lösung der Probleme, die blinde Verteidigung der Ötizonenzustände wie ein Mühlrad um den Hals hängt. Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben ihren Bankrott aufs Neue gezeigt. Und nichts ist bezeichnender für diese Partei als die am nächsten Tage erfolgte Versicherung, sie werde ihre Politik nicht ändern. (Die Fortsetzung erfolgt in nächster Nr.)

Die Lehren von Stuttgart

Die Stuttgarter Massendemonstration gegen die Preissteigerungen und ihre Urheber ist die größte Aktion seit der Währungsreform. Sie hat bei den Arbeitern Freude und Sympathie, bei der deutschen und alliierten Bourgeoisie Beforgnis und Angst ausgelöst. – Die Aktion ging aus von den Metallarbeitern, denen die Industriellen Lohnerhöhungen von 10 v. H. für Männer und 8 v. H. für Frauen angeboten hatten – schamloser Hohn bei heutigen Preisen und Profiten. Die Erbitterung wurde gesteigert durch die neuen Steuern. Gegen diese wendet sich eine Resolution der Stuttgarter Metallbetriebsräte, die die Verbundenheit mit den schwer leidenden Berliner Arbeitern ausdrückt und fortfährt:

„Wir betrachten die Berliner Arbeiter als wichtigen Teil der deutschen Arbeiterklasse. Trotzdem lehnen wir die vom Wirtschaftsrat geplante Sondersteuer für die Berlin-Hilfe auf entschiedenste ab, weil wir nicht gewillt sind, den kalten Krieg der Befatzungsmächte auch noch zu finanzieren. Eine solche Maßnahme würde zu einer einseitigen politischen Propaganda ausgenützt, welche eine Verhärfung der bereits vorhandenen Gegensätze bedeuten würde, ohne eine wirkfame Hilfe zu leisten. Die Not in Berlin wurde durch die gegenfälligen Auffassungen der Befatzungsmächte hervorgerufen und kann erst durch die Räumung Berlins und darüber hinaus ganz Deutschlands endgültig beseitigt werden.“

Wie berechtigt die Forderung auf Räumung Deutschlands ist, bewies diese Demonstration. Auf Drängen der Betriebsräte fand am 22. 10. eine Versammlung der BRVoritzenden Groß-Stuttgarts statt, auf der ein führender Gewerkschaftler aus Frankfurt zugab, daß die Geschäften 3 Jahre gemeinsam (mit den Kapitalisten) am Neuaufbau unserer (!) Wirtschaft gearbeitet haben. Diese Politik gemeinsamer Arbeit habe sich als trügerisch erwiesen. Heute sei klar zu erkennen, daß diese Entwicklung von bestimmten Kreisen gut vorbereitet sei. – Das ist die völlige Bankrotterklärung der Gewerkschaftsführung. Da sie 3 lange Jahre die falsche Front, die der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, bezogen hat, können wir ihr heute und solange kein Vertrauen schenken, bis sie beweist, daß sie die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum aufgibt und den Weg des konsequenten Klassenkampfes geht.

Es gibt einen und nur einen Internationalismus der Tat: das ist die mit voller Hingabe geführte Arbeit für die Fortführung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, Sympathisieren und materielle Hilfe) desselben Kampfes, derselben Kampfrichtung und nur einer solchen in allen Ländern ohne Ausnahme.

Alles andere ist Schwindel und verlogene Sentimentalität.

Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, 1917

Deshalb haben sich die BRVorstände auf dieser Versammlung nicht mit den radikalen Worten begnügt, sondern neben einer Resolution, die die Räumung Deutschlands verlangt, die Demonstration und die Schaffung eines BRAusdrusses beschlossen. Es ist sehr gut, daß das Mißtrauen der organisierten Arbeiter gegen ihre Führung organisierten Ausdruck findet im BRAusdruck und nicht zu unzufriedener Gleichgültigkeit führt.

Genossen! Zur erfolgreichen Herausgabe und Sicherung der „Arbeiterpolitik“ brauchen wir eure volle Mitarbeit.

1. Bringt eure kritischen Anmerkungen zu Papier.
2. Berichtet uns über alle wichtigen Vorgänge im Leben der Arbeiter und der Arbeiterbewegung. Auch wenn nicht alles veröffentlicht werden kann, dient es der Redaktion als Grundlage für ihre Arbeit.
3. Kritik und Berichte erreichen uns über die Verteiler der „Arbeiterpolitik“.
4. Sorgt für umgehende Bezahlung und Abrechnung jeder Nummer. Helft uns mit Spenden!

Redaktion und Verlag „Arbeiterpolitik“

Was aber haben die Reformisten, die zugeben vor der Währungsreform geirrt zu haben, nun seit dem 20. 6. getan? - Angefangen haben sie mit Tarnows Vorschlag des Zwangsparens. Dann kam die Ermahnung zur Käufermoral - an die Arbeiterfrauen. Dann kam der Käuferstreik. Er kann in jedem Falle nur begrenzte Wirkung erzielen. Aber so dilettantisch, wie er durchgeführt wurde, mußte er ergebnislos verpuffen. Im September hat der DGB beschlossen, zusammen mit Industrie und Handel Preiskontrollausdrüsse zu bilden. Das hieß den Bod zum Gärtner machen. Von der Durchführung hat man bis heute nichts gemerkt.

So doktert die Gewerkschaftsführung seit der Währungsreform herum und kommt zu keinem Ergebnis, während die Preise immer höher klettern, der freie, d. h. Schwarze Markt ganz offen blüht, die Bourgeoisie sich alles leisten kann, die Arbeiter aber bei vollen Schaufenstern hungern. Man vertröstet die Arbeiter von Woche zu Woche. Warum das? - Prof. Ehrhardt, Frankfurter Wirtschaftsminister und zielbewußter Sachwalter der deutschen Kapitalisten, erklärte am 25. September:

„Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften haben Übereinstimmung ergeben darüber, daß keine größeren Lohnbewegungen entfacht werden sollten, um allgemein die Löhne

August Thalheimer Geboren am 18. 3. 1883 ist August Thalheimer am 19. 9. 1948 in Cuba an Herzschlag verstorben. Mit kalter Berechnung haben ihm die patentierten Vertreter der „Menschenwürde“ und ihre Lakaien die Rückkehr in die Heimat unmöglich gemacht, die er 1933 unter dem Naziterror verlassen mußte. Nicht von ungefähr hat unläugst der englische „Sozialist“ Prof. B. Russell davon spintiliert, „daß es wahrscheinlich keinen Marxisten mehr in der Welt geben würde, wenn die deutsche Regierung nicht Lenin 1917 die Rückkehr nach Rußland erlaubt hätte.“ Die blasse Furcht, und ihre Unfähigkeit, den lebendigen Marxisten zu widerlegen, die vergebliche Hoffnung, den deutschen Arbeitern die Waffe der marxistischen Kritik vorzuenthalten, hat die Ordnungshüter dazu bewogen, August Thalheimer das elementarste Menschenrecht, die Rückkehr in die Heimat, zu verweigern.

Die deutsche Arbeiterklasse trifft ein unerfetzbarer Verlust durch den Tod eines ihrer Besten. Er hat auf die glänzende Laufbahn, die ihm als Wissenschaftler offenstand, verzichtet und sich dem proletarischen Befreiungskampf gewidmet. Zusammen mit Rosa Luxemburg hat er sich dem Reformismus entgegengestellt, der die 2. Internationale zum Abgrund führte, und im Spartakusbund die Grundlage für die KPD schaffen helfen, die als einzige aus eigener Kraft entstandene Landesfektion neben der russischen den Grundstein für die 3. Internationale bilden konnte. Unter Thalheimers und Brandlers Leitung hat sich die junge KPD durch eine zielklare, von Lenin unterstützte Politik so entwickelt, daß sie sich 1923 ernsthaft die Frage der Machteroberung stellen konnte. Der willkürliche Eingriff der russischen Führung, aus der Lenin inzwischen ausscheiden mußte, hat den Aufstieg der KPD in ununterbrochenen Abstieg bis zur Niederlage von 1933 verwandeln helfen.

Thalheimer und Bandler haben sich 1923 aus übertriebener Organisationsdisziplin, in der sich von jeher die Stärke und Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt hat, dem Diktat der russischen Führung gefügt, wie

den Preisen anzugleichen. Man werde das Augenmerk darauf richten, die Preise auf das Niveau herabzudrücken, das dem heutigen nominalen Lohnstandard entspreche.“

Aber Erhard und die mit ihm übereinstimmenden Gewerkschaftsführer wissen so gut wie wir, daß das heute unmöglich ist.

Jedoch geht aus anderen Äußerungen Böcklers und Böhms hervor, daß ein ernsthafter Kampf nicht beabsichtigt ist, nur Scheinkämpfe, um die erbitterten Massen zu beruhigen oder ihre Kampfkraft zu verzetteln. Böhm erklärte, bei der kommenden Aktion sei dafür gesorgt, daß niemand sie politisch mißbrauchen könne. Aber nachdem der Lohnkampf alleine nicht mehr genügt, weil die Kapitalisten und ihre Frankfurter Behörden alle Lohnerhöhungen illusorisch machen, muß der Kampf auf die politische Ebene emporgehoben werden. Die außerparlamentarische Kampfkraft der Arbeiterklasse muß eingesetzt werden, um unsere nackte Existenz zu sichern. – Böhm sagte ferner am 27. 10.: „... man wünsche keinen wochenlangen Generalstreik. Es sei an befristete Arbeitsniederlegung allergrößten Ausmaßes gedacht.“ Damit sagen die Bossen den Unternehmern und der Militärregierung: Habt keine Angst. Wir streiken nur kurze Zeit. – Das bedeutet der Bewegung von Anfang an den inneren Wert des Druckes auf das Kapital zu nehmen.

vorher Luxemburg und Liebknecht aus Disziplin vor der Trennung von den Reformisten zurückgedreht waren. Als die katastrophalen Folgen der rullischen Einmischung den deutschen Arbeitern klar wurden, hat sich August Thalheimer mit der KPO offen gegen den Strom gestellt. Was er seit 1928 geschaffen hat, hat die Entwicklung als richtig erwiesen. Er hat das Wesen des Faschismus klar herausgearbeitet, hat in der proletarischen Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik und den damit verbundenen revolutionären Übergangslösungen den Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und des Sieges über den Faschismus gewiesen.

Ebenso hat er auf die Frage der Stellung der Arbeiterklasse in diesem Kriege, in dem das sozialistische Rußland im Bunde mit den imperialistischen Mächten kämpfen mußte, klar aufgezeigt, wie die Arbeiterklasse der demokratischen Länder zugleich gegen Hitler und ihre eigene Bourgeoisie kämpfen mußte, statt sich durch die opportunistische Lobung von der „Einheit der 3 Großen“ irreführen zu lassen.

Bis zuletzt hat er an einem größeren Werk über die heute brennende Rußlandfrage gearbeitet, um das leichtfertige Geschwätz vom „roten Imperialismus“ in seiner ganzen Nichtigkeit bloßzulegen. Dank seiner meisterhaften Beherrschung der materialistisch-dialektischen Forschungsmethode hat er die eigenartige Entwicklung Rußlands und die Ursachen seiner Unzulänglichkeiten

Von dieser Willenlosigkeit, Unfähigkeit und Feigheit der Böckler, Böhm, Freitag hebt sich wohlthuend ab der immer wieder manifestierte Kampfwille der deutschen Arbeiterklasse. Wir denken an die spontanen Streiks gegen die Demontage, die jetzt im Westen zu Erfolgen geführt haben, an die Proteststreiks gegen den Preiswucher und die Frankfurter Wirtschaftspolitik, vor allem aber an den Stuttgarter Streik.

Uns kann nicht stören, daß dabei einige Scheiben zerbrochen wurden. Kann das der Militärregierung solche Sorgen machen, nachdem sie Millionen Scheiben systematisch hat zerstören lassen? Sie hat nichts unternommen gegen den schamlosen Wucher, gegen die Vergeudung der knappen Baustoffe für die Einrichtung von Luxusläden, gegen die Produktion teuerster Luxuswaren in einer Zeit, wo der vordringlichste Bedarf der Werktätigen nicht gedeckt werden kann. Sie hat die letzten Spargroschen der Millionen Werktätigen und Rentner brutal vernichtet, hat den kleinen Schwarzmarkthandel ihrer Soldaten geduldet und die großen Fischzüge ihrer Kapitalisten gefördert. Sind diese paar Schaufenster wirklich Sache der Militärregierung? - Nun, sie macht sich eben Sorgen, daß die Arbeiter weitergehen und damit der Profit gefährdet werden könnte, an dem jetzt auch amerikanische Kapitalisten beteiligt sind.

So unnütz wir und die Stuttgarter Arbeiter das Zerbrechen einiger Fenster Scheiben erachten, so wenig kann sich unser Protest gegen diese unbedeutenden Entgleisungen richten. Wir unterstreichen die Worte der Bielefelder Konferenz von Gewerkschaftsfunktionären: „Wenn es bei diesen Kampfmaßnahmen zu Zwischenfällen kommt, liegt die Schuld ausschließlich bei der Frankfurter Verwaltung.“ Wir protestieren gegen die Einmischung der Befehlsmacht in unsere Demonstrationen, gegen die Anwendung von Tanks, Tränengas, Gewehrkolben gegen unbewaffnete friedliche Arbeiter. Die Straße gehört den deutschen Arbeitern. - Nachdem jetzt die Befähigung ihre wirkliche Rolle hier enthüllt hat, muß die Forderung der Stuttgarter Arbeiter überall erhoben und unterstützt werden: Räumung Deutschlands! Nehmt überall Solidaritätserklärungen mit den Stuttgarter Arbeitern an!

aufgezeigt, damit die Proletarier sich überzeugen können, daß sie die SU trotz allem als Fautpfand der sozialistischen Weltrevolution verteidigen müssen.

Alle Diffamierungsmethoden der russischen Parteiführung haben August Thalheimer keinen Augenblick in seiner Arbeit irremacht, die er leitete, um die deutsche Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission reif zu machen. Die deutschen Arbeiter, denen er die Treue gehalten hat bis an sein Grab im bitteren Exil, werden zwischen ihren Freunden und Feinden umso sicherer zu unterscheiden wissen, je mehr sie im Kampf den Wert der Waffe des Marxismus erkennen werden, an deren Reinhaltung und Schärfung August Thalheimer unablässig gearbeitet hat.

Aber die beste Solidarität ist, wenn wir die Stuttgarter nicht allein lassen in ihrem Kampf. Wir müssen ihnen folgen in ihrem und unserem Interesse. Als erstes muß der Kampf um höhere Löhne ernsthaft und kompromißlos geführt werden. Heute weiß jedoch jeder, daß das nicht genügt. Der Lohnkampf muß ergänzt werden durch eine wirksame Preiskontrolle. Diese kann nur organisiert werden von den Betriebsräten und Gewerkschaften, die die Produktionskosten kennen, zusammen mit den Konsumvereinen und Hausfrauen, die die Verkaufspreise und Geschäftspraxis der Händler kennen. Weder Industrielle noch Händler noch Behörden gehören dazu. Sie haben alle genug Zeit gehabt, ihre Kunst zu zeigen. Die Kontrollorgane müssen sich das Recht zur ungehinderten Kontrolle und zum Eingreifen nehmen, auf das Polizei und Behörden verzichtet haben. Das Ziel dieser Arbeit kann nicht sein, die Zusammenarbeit oder die Mitbestimmung, sondern die Kontrolle der Produktion und ihre Verteilung durch proletarische Kontrollorgane. Die Kontrolle, was produziert wird und zu welchen Kosten, und die Veröffentlichung dieser Controllergebnisse ist der erste Schritt zur Beseitigung der Schwarzmarkthändler und Luxuswarenproduzenten und -käufer. Der nächste Schritt muß sein, daß für dauernd die Produktion der Luxuswaren verhindert wird. Das ist wichtiger als einige schnell reparierte Scheiben.

Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteiern müssen wir fordern, sofort jede Zusammenarbeit mit der CDU in Parlamenten, „Regierungen“ Frankfurter Behörden einzustellen.

Schluß mit jeder Einmischung der Befatzungsmächte. Räumung Berlins und Deutschlands.

Um diese wichtigen Forderungen verwirklichen zu können, dürfen wir uns nicht auf die Gewerkschaftsführung verlassen, sondern müssen auch hier den Stuttgarter Weg beschreiten. Schaffung von Betriebsräteauschüssen in jeder Stadt, die die Wünsche und Stimmungen der Belegschaften vertreten gegenüber den Gewerkschaften und den Unternehmern. Die ehrlichen Gewerkschaftsführer können darin nur eine Stärkung der Front gegen die Kapitaloffensive sehen. Wer dagegen ist, macht sich verdächtig.

Die Belegschaft von Schule, Hamburg-Hamm erhob am 11. Oktober die Forderung nach einer monatlichen Betriebsrätevollversammlung. Das muß von allen Arbeitern und Betriebsräten aufgenommen und schnellstens in die Tat umgesetzt werden. Diese Vollversammlung wählt dann ihren Betriebsräteauschuß. Ähnliche Ansätze und Stimmungen gibt es überall. Sie müssen zusammengefaßt und organisiert werden.

Die Zeit drängt. Die Kapitaloffensive bedroht unsere Existenz. Der Vorprung der Preise vor den Löhnen wird immer größer. Der Kampfwille der Arbeiter ist da. Aber wir müssen uns selbst die Führung geben, die die kommenden schweren Kämpfe organisieren kann:

Eine starke Betriebsrätebewegung!

Arbeiterpolitik

Nr. 2

Ende Dezember 1948

Preis -,30 DM

Sechs Monate nach der Währungsreform

Seit der Durchführung der Währungsreform ist genügend Zeit verstrichen, um ihre Bedeutung vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zusammenzufassen. Zählen wir zunächst ihre hauptsächlichsten Merkmale auf.

Die erste einschneidende Maßnahme war die Anrechnung der Kopfquote auf die Sparguthaben. Das war die völlige Enteignung der letzten Ersparnisse der werktätigen Bevölkerung. Dagegen kommen die besitzenden Klassen in den Genuß der Umrechnung von 1 : 16. Sie verlieren ihr Geldkapital nicht vollständig. Aber das Geldkapital ist nur ein geringfügiger Teil ihres Besitzes. Der entscheidende Teil des Vermögens der deutschen Bourgeoisie lag in Sachwerten, vor allem in gehorteten Waren. Schwatze die Sozialdemokratie nach Kriegsende davon, daß es keine Bourgeoisie mehr gebe, weil der Krieg den deutschen Kapitalismus stark zur Ader ließ, so zeigten die wohlgefüllten Schaufenster und Warenlager nach der Währungsreform, wo eine jahrelange Hortung die den Arbeitern abgepreßte Mehrwertmasse versteckte. Damit kommen wir zum zweiten wichtigen Punkt. Die von der Bourgeoisie jahrelang mit wertlosen RM-Löhnen bezahlten Waren werden nach der Währungsreform gegen DM abgestoßen. Auf diese Weise gelingt es, einen erheblichen Teil des Vorwährungsreformprofits in DM zu realisieren. Drittens verschwindet die Bewirtschaftung, und die offene Inflation setzt ein.

Zum Vergleich die Entwicklung des Geldumlaufs drei Monate nach der Rentenmark-Einführung und drei Monate nach der DM-Schaffung.

1923/24 Gesamter Geldumlauf	1948 Notenumlauf
30. 11. 1923 1,488 Milliarden	30. 6. 1948 2,174 Milliarden
29. 2. 1924 2,633 „	15. 9. 1948 5,053 „

Man beachte, daß die Währungsoperation 1923/24 das gesamte Reichsgebiet umfaßte, 1948 dagegen nur die drei Westzonen. 1923 war das Ende, 1948 ist der Anfang der offenen Inflation. Die Inflation ist das bewährteste Mittel aller Bourgeoisien der Welt, um die Reallöhne der Arbeiter zu drücken und die Profite zu erhöhen. Die Inflation in Westdeutschland zeigt allerdings einen Unterschied. Die Aufblähung des Notenumlaufs erfolgt nicht über die Bezahlung der Staatsausgaben mittels Notenpresse, sondern über die „Erftausstattung“ der öffentlichen Institutionen (Gemeinden, Länder usw.) und Kreditanstalten mit Geld. Ein Unterschied in der Methode, aber mit gleicher Wirkung!

Welches ist die Bedeutung dieser Maßnahmen, welches sind die Beweggründe, die hier um einen Teil des Programms der kapitalistischen

Befugismächte in Deutschland, deren allgemeines Ziel die Errichtung eines Schutzwalles und eines Aufmarschgebietes gegen die SU und ihre Einflußsphäre ist. Konkret heißt das: Stabilisierung des Kapitalismus in Westdeutschland. Klassenmäßig ist das nur durchzuführen, durch eine Stärkung der deutschen Bourgeoisie, die der gegebene Bundesgenosse der Befugung in Westdeutschland ist. Die deutschen Kapitalisten unterwerfen sich unter Verzicht auf ihre nationale Selbständigkeit dem anglo-amerikanischen Kapital. Dieses fördert die Klasseninteressen seines deutschen Büttels. Vom Arbeiterstandpunkt ist dieses Verhältnis des eigenen zum Befugungskapitalismus ein Klassenbündnis, dessen Kosten die deutsche Arbeiterklasse in Form verschärfter Ausbeutung zu tragen hat. Diese verschärfte Ausbeutung ist die Grundlinie der Entwicklung seit der Währungsreform.

Die Währungsgefesse sahen u. a. vor, daß der Lohn des ganzen Juni in DM zu zahlen sei. Dieser bescheidene, als Ausgleich für die unermeßlichen Warenhortungen der Kapitalisten gedachte Vorteil, wurde den Arbeitern von einer beträchtlichen Anzahl von Unternehmern vorenthalten. Sofort nach der Währungsreform setzte eine Erweiterung der Produktion ein, die heute etwa doppelt so hoch ist, wie im April 1948. Das bedeutet bessere Kapazitätsausnutzung, somit vermehrte Profite. Ferner wurde die tatsächlich gearbeitete Zeit erhöht, der Druck auf die Akkordläufe verschärft, billige Frauenarbeit vermehrt eingesetzt, die übertariflichen Löhne abgebaut usw. Der Kapitalangriff brachte den Unternehmern bei im ganzen gleichbleibenden Löhnen und rasch ansteigenden Preisen eine durchschnittliche Erhöhung der Produktivität um volle 30 v. H. Dieser Goldregen hat aber keineswegs die unerfättliche Profitgier der deutschen Kapitalisten zu stillen oder ihre guten Wohnheiten zu ändern vermocht. Ganz im Gegenteil bläht sich die Brust im Schutze einer liebevollen Befugung. Ging der überwältigende Teil der Umsätze vor der Währungsreform schwarz vor sich, so hat sich jetzt nichts daran geändert. Ein führendes westdeutsches Unternehmerblatt schätzt - und nennt diese Schätzung selbst vorsichtig - daß 50 v. H. aller Umsätze schwarz d. h. ohne Zahlung der Umsatzsteuer getätigt werden, woraus sich infolge der Progressivität der Einkommensteuer ergibt, daß an die 80 (achtzig!) v. H. der Einkommensteuer unterschlagen werden. Nur der Arbeiter kann seine Steuern nicht hinterziehen. Auf seine Schultern werden alle nur erdenklichen Lasten abgewälzt, während ein schwarzendes Unternehmerpack ungehoren gewaltige Reichtümer anhäufen kann.

Der Kampf um Deutschland in einer neuen Phase

Die Pläne und Parolen der Siegermächte haben sich von Potsdam bis heute gründlich gewandelt. Verstummt ist die Parole von der Kollektivschuld aller Deutschen. Wie ein Märchen erscheint die Kontroverse Byrnes - Molotow: Byrnes hatte auf der Viermächtekonferenz im Juli 1946 25 Jahre Kontrolle der Entmilitarisierung Deutschlands gefordert, Molotow forderte 40 Jahre. Byrnes war damit einverstanden. General König hatte sogar 50 - 60 Jahre

Befugung verlangt. Heute wetteifern die Vertreter der 4 Mächte um die Gunst der Deutschen mit Vorschlägen auf Räumung Deutschlands.

An diesen Tatsachen ermesse man den Wert der üblichen Beruhigungspillen, die Politikanten jeder Schattierung den Arbeitern verabreichen wollen mit der Behauptung, die Not käme daher, daß „wir“ den Krieg verloren hätten. Desungeachtet ist die Lösung des Problems der Steuerhinterziehung, die die Bürgerpresse vor schlägt, bezeichnend für die Unverschämtheit und das wachsende Selbstvertrauen dieser Burden. Sie fordern Steuerfenkung oder, wie es heißt, einen „vernünftigen und moralischen (!) Steuertarif“ um „dem anständigen Kaufmann die Rückkehr zur vollen Buchführung zu ermöglichen.“ Bei dieser Moral kann man sich ein Bild vom „Lastenausgleich“ machen, dessen Grundlage bekanntlich Selbstentäußerung des Vermögens sein soll.

Was haben die „berufenen Vertreter“ der Arbeiterklasse, in erster Linie die Gewerkschaften getan, um der erdrückenden Belastungslawine Einhalt zu gebieten? Die Antwort ist einfach: nichts, oder besser gesagt, sie haben den Unternehmern geholfen. Bezeichnend war die Äußerung des sattfam bekannten Tarnow, nichts wäre gefährlicher, als Lohnkämpfe. Die Gewerkschaftsführung setze damit nur die Linie fort, die sie vor der Währungsreform eingeschlagen hatte: als Handlanger der Befassung die Arbeiterklasse zu leithammeln. Getreu dieser Auffassung hat sie jeden bürgerlichen Blödsinn nachgeplappert, der die Arbeiter von ihren eigentlichen Aufgaben ablenkt. So u. a. den frommen Wunsch, die Preise „müßten“ sinken, was in diesem Zusammenhang nur der negative Ausdruck des Satzes ist, die Löhne dürfen nicht steigen. Oder etwa der „Käuferstreik.“ Da die Arbeiter kaum in der Lage sind die unentbehrlichsten Lebensmittel zu kaufen, würde Käuferstreik hier ganz einfach Hungerstreik bedeuten, eine Idee, von der wir den Böcklers bei ihrem vielfachen Einkommen eines Arbeiters empfehlen, anzufangen.

Wie wir schon vor der Währungsreform sagten, wird die latente Not der Werktätigen akut werden. Dadurch werden die Arbeiter zur Abwehr getrieben. Entscheidend für ihren Erfolg ist, wie sie sich hierbei anstellen. Bei dieser Gelegenheit ist es notwendig, den Generalstreik vom 12. 11. 1948, der seinesgleichen seit 25 Jahren in Deutschland nicht mehr fand, kritisch zu beleuchten. Dieser von der Gewerkschaftsführung angeführte Aktion gingen

Entsprechend dem Beschluß der Warthauer Konferenz formulierte die Tägliche Rundschau, Organ der SMA, am 24. 5. 1948 als erste die neuen Ziele der SU: „Friedensvertrag mit Deutschland und Abzug der Befassungstruppen innerhalb eines Jahres.“ Sehr verspätet folgte Ende Oktober General Robertson mit dem offenen Eingeständnis, die Räumung wäre die vernünftigste Lösung. Er wurde aber offiziell desavouiert. Inzwischen haben führende Auslandszeitungen den gleichen Weg vorgeschlagen. Walter Lippmann setzte sich in der „New York Herald Tribune“ sogar für eine geordnete Wiederbewaffnung der deutschen Reichswehr ein. Geleitet vom Kokurrenztreiben gegen die Politik der Russen sagte Lippmann:

„Sollten die Russen wirklich wie in Nordkorea mit der Zurückziehung ihrer Armee aus Ostdeutschland beginnen bzw. den Rückzug aller alliierten Armeen vorschlagen, so dürften Marshall und Bewin zweifellos entschieden aus dem Gleichgewicht geworfen und ernstlich in Verlegenheit gebracht werden. Es könnte dies das entscheidende Ereignis im sogenannten kalten Krieg um das Schicksal Europas sein. Diejenige Seite nämlich, die zuerst einen militärischen Rückzug vorschlägt, wird nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osteuropa und

eine Reihe örtlicher Preiswucherdemonstrationen voraus, deren bedeutendste in Stuttgart zu Zusammenstößen zwischen Besatzungstruppen und Arbeiterschaft führte. Auf der einen Seite stimmten die Gewerkschaftsmitglieder über ihre Führung ab, indem die Beitragszahlungen fühlbar nachließen, auf der anderen machte sich die wachsende Erbitterung der Massen in Demonstrationen Luft, so daß die Gewerkschaftsböden ein Sicherheitsventil öffnen mußten, um die Wut der werktätigen Massen auf ungefährliche Weise zu kanalisieren. Sie trafen strenge Maßnahmen um gleichzeitige Demonstrationen zu verbieten, die unentbehrlich sind, um der Aktion den erforderlichen Nachdruck zu verliehen. Ein wichtiger Grund der Streikauslösung war die Tatsache, daß die tonangebenden Amerikaner die Gewerkschaftsvertreter aus allen Ämtern und Verwaltungsteilen verdrängen und sich vornehmlich auf direkte Vertreter der deutschen Bourgeoisie stützen. Die um ihre Pfründe bangenden Böden mußten daher beweisen, daß sie zu irgend etwas gut sind, und haben - obgleich von Natur aus verhandlungslüftern - ungeachtet der laufenden Verhandlungen den Streik ausgelöst. In richtiger Erkenntnis des Charakters der Gewerkschaftsführung hat die Besatzung, die zunächst jeden politischen Streik unterlagte - und der Streik war ohne Zweifel ein solcher - diesen stillschweigend genehmigt, und es auf keine Kraftprobe ankommen lassen.

in den meisten anderen Ländern einen bedeutenden politischen Vorteil über die andere Seite erringen."

Diese Räumungspapole 1948 unterstreichen die Richtigkeit der marxistischen Analyse, die wir 1945 in den „Grundlinien der Weltpolitik“ gaben. Wir folgerten, daß das Besatzungsregime in Deutschland das 1000-jährige Reich an Lebensdauer nicht übertreffen werde. Die russische Führung ist wie die anderen Siegermächte erst unter dem Druck der unlösbar gewordenen Widersprüche zu dieser Einsicht gekommen. Das zeigt, wie sehr sie unfähig geworden ist, die gesellschaftliche Entwicklung marxistisch einzuführen und daraus eine richtige Politik abzuleiten. Weil die Russen entscheidende Grundzüge des proletarischen Internationalismus aufgegeben haben um augenblicklicher Vorteile willen (Oder-Neiße-Linie, Reparationen) konnten sie die Sympathie und freiwillige Unterstützung der deutschen Werktätigen nicht gewinnen und müssen heute an dem Wettlauf um unsere Gunst teilnehmen.

3 1/2 Jahre war die deutsche Arbeiterklasse das wehrlose Opfer einer Politik, die ein hochindustrialisiertes Land in ein dahinvegetierendes Agrarland zu überwandeln wollte. Dieser wannwichtige Veruch ist geche tert. Damit ist auch die tiefe Absicht undurchführbar geworden, das deutsche Proletariat an der Durchführung seiner Aufgabe - an der proletarischen Revolution - zu hindern.

Die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft ist bankrott. Sie vegetiert nur auf den Krücken der Besatzungsmächte. Zwar wird das deutsche Kapital durch die Besatzungspolitik in mancher Hinsicht gehemmt, aber es fürchtet doch die Räumung mehr, als es davon zu erhoffen wagt. So schreibt die Hamburger Freie Presse: „Wir können den Abzug der Besatzungstruppen gar nicht wünschen. Dieses fremde Element ist heute notwendig, um das eigene Lebenslement zu schützen.“ Nach dem militärischen Eingreifen in Stuttgart beteuerte diese Zeitung den „christlichen Willen, mit der Besatzungsmacht eine gemeinsame Front gegen diese Elemente zu bilden.“ Die deutsche Bourgeoisie weiß, daß sie aus eigener Kraft nicht die Arbeitermassen hindern kann, von den Produktionsmitteln Besitz zu ergreifen. Auch keine SPD-Regierung

Das aufgestellte 10-Punkte-Programm enthält den altbekannten „reformistischen Kohl. Zunächst Tarnows geliebte Demokratisierung der Wirtschaft und dann einen Katalog von guten Ratsschlägen an Polizei und Staatsgewalt, die schiebenden und wuchernden Böfewichte nun endlich zu bestrafen, Tarnow hat offenbar noch immer nicht begriffen, das ein kapitalistisches Unternehmen keine parlamentarische Schwatzbude ist, sondern daß der hier maßgebliche Gesichtspunkt der der Erzielung des größtmöglichen Profits ist. Die internationalen und deutschen Erfahrungen haben bewiesen, daß Gewerkschaftsvertreter in den Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung entweder kapitalistische Politik mitmachen oder als fünftes Rad am Wagen mitgeschleift werden. Desgleichen besteht die Aufgabe der Staatsgewalt und der Polizei im Schutze der besitzenden Klassen und ihrer Interessen. Von den patentierten Pfeilern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen erwirken zu wollen, ist ungeschickter Betrug an den darbenenden Werktätigen. Der bezeichnende Grundton des 10-Punkte-Programms ist, das die Arbeiter es den Gewerkschaftsbözen überlassen mögen für ihre Interessen zu sorgen und ja nicht in den Lauf der Dinge selbst einzugreifen. Jedoch liegt gerade hier der Hund begraben. Wenn nicht die Arbeiter selbst ihre Forderungen erkämpfen, dann können sie niemals Erfolg haben. Was not tut ist der Einsatz der geballten Macht der Arbeitermassen. Und dieser Einsatz muß ausgerichtet werden auf die Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung durch die Betriebsräte und nicht durch die Gewerkschaftsbürokraten.

wäre heute imstande, wie 1918 den Kapitalismus zu retten. Daher ist die deutsche Bourgeoisie bereit zum Verzicht auf nationale Selbständigkeit, um wenigstens einen Anteil am Profit zu sichern.

Die offiziellen Sprecher Englands und Amerikas haben eindeutig ihre Entschlossenheit erklärt, Deutschland jetzt nicht zu räumen. Aber ihre Politik von 1948 muß das Gegenteil dessen erreichen, was die Weltmächte in Potsdam beabsichtigten. Dort wollte man Deutschland als Weltmarktkonkurrenten für immer aushalten und vor dem deutschen Proletariat die Barriere zum Schutz des Kapitalismus wiedererrichten, die mit dem Sturz des Naziregimes zerbrach.

Aber diese 2 Aufgaben widersprechen einander. Ein konkurrenzfähig gemachter deutscher Kapitalismus kann nur seine verelendeten Lohnklaven zum Kampf um den Sozialismus zwingen. Andererseits muß ein restaurierter deutscher Kapitalismus zum Konkurrenten für seine kapitalistischen Nachbarn werden.

Der Versuch, den deutschen Kapitalismus im Schwebезustand zwischen Leben und Sterben zu halten, hat Deutschland zu einem Fäulnisherd gemacht, der den kranklichen Weltkapitalismus tödlich infizieren könnte. So müssen die Weltmächte dem geschlagenen Gegner wieder foviell bewegungsfreiheit gewähren, daß er ein brauchbarer Bundesgenosse gegen eine akutere Gefahr werden kann.

Trotz der Unfähigkeit der russischen Führung, durch eine internationalistische Politik für den Sozialismus zu werben, wird der Lebensraum des Weltkapitalismus immer enger dank der eigenen Kraft der ausgebeuteten Klassen und Kolonialvölker. Das bürgerliche China bricht zusammen. Ganz Süd- und Ostasien meutert. Die großen ehemaligen Kolonien Englands und die Agrarländer Südamerikas entwickeln sich zu Industriestaaten und damit zu Konkurrenten auf dem schrumpfenden Weltmarkt. In dem unüberbrückbaren Gegensatz SU - USA spiegelt sich die Zuspitzung der Weltlage für den Kapitalismus.

Nur durch den direkten Eingriff der Betriebsräte wird es möglich sein, die Industriellen zu zwingen Produkte zu liefern, die dem Massenbedarf entsprechen. Und wenn die Kapitalisten zu heulen beginnen, daß „wir“ den Krieg verloren hätten und arm geworden sind, dann muß die Öffnung der Geschäftsbücher verlangt werden, um die riesigen Gewinne und Steuerhinterziehungen aufzudecken.

Trotz der unabweisbaren Notwendigkeit, der Gewerkschaftspolitik einer erbarmungslosen Kritik zu unterziehen, wäre nichts verkehrter als die Schlußfolgerung, dem Streik hätte keine Folge geleistet werden sollen. Denn was die Bonzen beabsichtigten und was der Generalstreik wirklich bedeutete, sind zwei verschiedene Dinge. Maßgebend war, daß nach 12 Jahren Nazidiktatur, 6 Jahren Krieg und 3 Jahren Hunger dem deutschen Arbeiter praktisch vordemonstriert wurde, welche gigantische Macht er in seinen Händen hielt. Es gilt nicht sich gegen die Entfaltung der proletarischen Kampfkraft zu wenden, weil die Gewerkschaftsbonzen zum Streik aufriefen, sondern im Gegenteil diese Entfaltung in den richtigen Bahnen gegen Gewerkschaftsbonzen, Bourgeoisie und Befatzung voran zu treiben.

Nach der Niederlage in China und der daraus folgenden Schwächung der östasiatischen Position konzentrieren die USA ihre Anstrengungen jetzt auf Westeuropa, das noch immer über die Hälfte der industriellen Weltkapazität verfügt.

In diesem Rahmen der strategischen Vorbereitungen muß man die alliierte Politik in Deutschland sehen. Zur Befreiung Deutschlands vom Naziregime gehörte die gut vorbereitete Befatzung. Es muß bei einer Räumung die Abrechnung des Proletariats mit seinen Kapitalisten verhindert werden. Dem deutschen Kapitalismus werden die Zügel etwas gelockert. Deutsche Treuhänder sollen die Ruhrkohle verwalten. Die 65 Figuren in Bonn werden angepöfien, weil die Fabrikation der deutschen Verfassung zu viel Zeit braucht, zugleich bringen die Militärgouverneure ihre Verfassungsgrundätze in Erinnerung. Die Unternehmervverbände khiben wie Pilze aus der Erde. Westdeutschland wird für seine „selbständige“ Mitgliedschaft in der Westunion präpariert, deren militärische Organisation fieberhaft aufgebaut wird. Über die Westdeutschland zugedachte Rolle sagte Dr. Kogon, Schufdhnigg-Faldhst und KZler, am 24.11.:

„Eine neue deutsche Armee sei in den Westzonen im Entstehen begriffen. Bei den Sitzungen des Kongresses der föderalistischen Friedensunion (!) in Rom sei die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands als Folge einer Remilitarisierung der Ostzone am meisten diskutiert worden. Die Logik der Entwicklung gehe mit Unterstützung der Atlantikmächte in dieser Richtung. Im Ausland vertrete man offen die Ansicht, deutsche Soldaten würden zur Verteidigung Westeuropas dringend benötigt.“

Diese Sicherungen bereiten die Westmächte für eine eventuelle spätere Räumung vor. Die innerpolitischen Wirkungen werden die deutschen Arbeiter immer stärker spüren. Diese Politik wird den Westmächten sehr erleiditert durch die kurzfristige Politik der SU. Nur wenn die Russen die Räumung nicht als diplomatisches Manöver, sondern als uneingeschränktes Recht der deutschen Arbeiter betrachten, können sie den Vorsprung sichern, den die zeitige Erhebung der Räumungsforderung ihnen gibt.

Den deutschen Arbeitern bleibt die Aufgabe, den Interessenkonflikt der Befatzungsmächte zu ihrem Nutzen auszuwerten. Außer ihnen gibt es keine Kraft, die konsequent und kompromißlos für die Räumung Deutschlands von allen Befatzungstruppen kämpfen kann.

Warum „Arbeiterpolitik“?

(Fortsetzung von Nr. 1)

6. Die Aufgaben der revolutionären Kräfte in Deutschland

Allgemein ausgedrückt, handelt es sich um die Erringung des Sieges des Sozialismus und die Schaffung der hierzu erforderlichen Voraussetzungen. Dieser Sieg ist unter der Befetzung Deutschlands durch die westliche Konterrevolution unmöglich. Er wird andererseits verhindert, solange das Andauern der sowjetischen Befetzung durch die ihr eigentümliche Methoden die Masse der Werktätigen in die Arme der Anglo-Amerikaner treibt, obgleich die Rote Armee durch Liquidierung der alten herrschenden Klassen bedeutende Vorarbeit in dieser Richtung leistet. Daher muß die nächste grundlegende Etappe der proletarischen Revolution die Räumung Deutschlands von allen Befetzungsmächten sein. Die deutsche Bourgeoisie opfert beim Zusammenstoß der nationalen Interessen des deutschen Volkes mit ihren eigenen Klasseninteressen die nationalen Volksinteressen zu Gunsten ihrer eigenen Klasseninteressen. Wie drei Jahre politische Entwicklung beweisen, unterwirft sie sich ihren Klassengenossen - den imperialistisch-kapitalistischen Siegermächten. Sie kommt als führende Kraft im Kampfe zur Abschüttelung des Joches der Fremdherrschaft nicht in Frage. Damit fällt der Arbeiterklasse die Führung in diesem Kampfe zu. Dieser Kampf um die nationale Befreiung kann aber nur Durchgangsstation zur Erreichung des großen Klassenzieles des Proletariats sein: der sozialistischen Gesellschaft. Indem das Proletariat für seine nationale Selbstbestimmung kämpft, kämpft es für den Sozialismus; kämpft es für den Sozialismus, so muß es für die nationale Unabhängigkeit kämpfen.

Die Bildung der modernen Nation ist das geschichtliche Ergebnis der Klassenkämpfe der Bourgeoisie gegen den Feudalismus. Die Nation ist der historisch gegebene Kampfboden des Proletariats. Zerstückt diesen Kampfboden, und ihr zerstückt die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Die deutschen Arbeiter fordern daher einen Frieden ohne Reparationen und Gebietsabtretungen, d.h. die Rückgängigmachung der Annexion deutschen Gebiets im Namen des sozialistischen Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Die deutsche Arbeiterklasse fordert vom internationalen Proletariat Unterstützung für diesen Teilkampf für den Sieg des Sozialismus im Weltausmaß. Dem deutschen Proletariat beweist jeder Tag deutlicher, das es im gewaltigen internationalen Klassenkampf in Europa die strategische Schlüsselstellung einnimmt. Siegreiche Revolutionen westlich und südlich Deutschlands würden vom anglo-amerikanischen Kapital erdrückt, fänden sie nicht die tatkräftige Hilfe der deutschen Arbeiterklasse. Andererseits bedarf eine proletarische Revolution in Deutschland des Schutzes und der Rückendeckung seitens der westeuropäischen Arbeiterschaft.

Ferner muß die internationale Arbeiterklasse sehen, daß die deutschen Arbeiter im Namen des proletarischen Internationalismus die Legende von ihrer Kriegsschuld oder Mitschuld am Naziregime als Zweckflüge ablehnen, die letzten Endes ihrer und der anderen Arbeiter Knechtung dient.

In diesem allgemeinen Rahmen ergibt sich für die Arbeiterklasse Deutschlands folgendes:

IN DEN WESTZONEN:

1. Kampf gegen den mit der Währungsreform verschärft einsetzenden Kapitalangriff, für Verteidigung der Lebenshaltung der Arbeiter.
2. In der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der kapitalistischen Gesellschaft wird der reine Lohnkampf zu einer Waffe mit stumpfer Schneide. Mit ihm muß die politische Demonstration und der Kampf zur Organisierung der Arbeiterkontrolle der Produktion seitens der Betriebsräte verbunden sein. Dies ist die schärfste Waffe gegen die Demontagen und die Ausplünderung Deutschlands.
3. Kampf gegen die Politik der besatzungshörigen Gewerkschaftsböden.
4. Gegen die Eingliederung in das amerikanische Westeuropa.
5. Das Anprangern der bestehenden Parteien als machtlose Agenten und Werkzeuge der Besatzungsmächte, als Verräter und Diener der Fremdherrschaft. Insbesondere muß von den Arbeiterparteien gefordert werden, die demonstrative Demission ihrer Vertreter aus allen öffentlichen Ämtern zu veranlassen. „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

IN DER OSTZONE:

1. Scharfes Abgrenzen von den gegenrevolutionären Gegnern der Besatzungsmacht, worunter auch die SPD, deren Ziel die Wiedereinführung der alten, entgelneten herrschenden Klassen sein muß, gehört.
2. Hier sind die klassenmäßigen Voraussetzungen für den Sozialismus gegeben. Es gilt durch Kampf für proletarische Demokratie und gegen den bürokratischen Zentralismus die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Dazu gehört die Organisation der Produktion und Verteilung durch die Arbeiterschaft bzw. ihre Organe.
3. Schärfster Kampf gegen die SED-Hanswurste, deren Satrappenrolle und Quislingpolitik der Arbeiterschaft womöglich noch abträglicher ist als die ihrer westlichen Kollegen.

Soll die deutsche Arbeiterklasse in dem Elend der Gegenwart und in den heraufziehenden welterschütternden Stürmen, Revolutionen und Kriegen nicht hilf- und führerlos dastehen, soll sie bewußt ihre Aufgaben und ihrer Zukunft angemessene Rolle spielen, so müssen sich jene Kräfte zusammenschließen, die gewillt sind, eine Vorhut der Klasse zu schaffen. Dazu sind die alten Arbeiterparteien nicht mehr fähig. Es wird die Aufgabe der vorliegenden Zeitschrift sein, diesen Kräften Weg und Ziel zu weisen, ihre Erfahrungen zu sammeln und zu verwerten und die jeweiligen Etappen des internationalen Klassenkampfes kritisch zu beleuchten.

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 1

Ende Januar 1949

Preis -,30 DM

Lenin
Liebknecht
Luxemburg

Drei unbeirrbar Vorkämpfer des proletarischen Internationalismus hat die Weltarbeiterklasse an ihnen verloren. Unersetzt blieb bis heute ihr Verlust. Ohne zielklare Führung ist sie heute wieder in einer Lage, in der alles vom planmäßig geleiteten Einsatz ihrer unermesslichen

Kräfte abhängt. Lenins Lebenswerk, die III. Internationale, ist im zweiten Weltkrieg zugrunde gegangen.

Luxemburgs und Liebknechts Werk war die Schaffung einer selbständigen, auf den Erfahrungen des Klassenkampfes im eigenen Lande begründeten kommunistischen Partei. Alle übrigen, bei der Gründung der III. Internationale mitwirkenden Linksparteien, waren erst als Folge des siegreichen russischen Oktober ins Leben getreten.

„Die internationalen Interessen der Arbeiterklasse gehen in jedem Falle allen nationalen Interessen voraus,“

das war die Losung Liebknechts und Luxemburgs, die übereinstimmte mit Lenins Auffassung, der nach 1918 schrieb:

„Wir mußten in der Epoche des Friedens von Brest-Litowsk gegen den Patriotismus angehen. Wir sagten: Wenn Du ein Sozialist bist, so muß Du alle Deine patriotischen Gefühle im Namen der Weltrevolution zum Opfer bringen, die kommen wird, die noch nicht da ist, an die Du aber glauben mußt, wenn Du ein Internationalist bist.“

Proletarischer Internationalismus bedeutet aber keineswegs die Aufhebung, sondern umgekehrt die Anerkennung der nationalen Selbständigkeit.

Die Unterordnung aller Landesaktionen unter das russische Führungsmonopol in der Komintern hat ihren Lebensnerv zerfnitten. Vor allem war die am weitesten entwickelte deutsche KP dadurch gehindert, ihre reichen, selbständig gemachten Erfahrungen auf dem Gebiete der Einheitsfront und der Gewerkschaftsarbeit weiter zu entwickeln und - wie unter Lenins Führung bis zum III. KI-Kongreß 1921 - der ganzen Internationale dienbar zu machen. Lenins russische Erben konnten nicht einsehen, daß jede westeuropäische und besonders die deutsche KP vor einer viel komplizierteren Aufgabe stand als die Bolschewiki bis 1917. Auf das Niveau der russischen Erfahrungen hatte sich die junge KPD bereits bis zur Gründung der III. Internationale hinaufgearbeitet. Höher hinaufsteigen konnte sie nur auf Grund eigener Erfahrungen. Soweit sich daraus ein unvermeidbarer - aber nur taktischer und vorübergehender - Gegensatz mit den russischen Erfahrungen ergab, konnte und mußte dieser in einer höher liegenden Synthese seine Lösung finden. Allerdings nur dann, wenn auf beiden Seiten die Fähigkeit zur Anwendung der materialistisch-dialektischen Methode vorhanden war.

Mangelnde Erkenntnisfähigkeit hat Lenins nur russisch denkende Erben zu der Auffassung gebracht, daß jede Kritik ihrer begrenzten russischen Erfahrungen nur von rückwärts, d. h. nur vom sozialdemokratischen Standpunkt und niemals von vorwärts, d. h. vom selbstarbeiteten kommunistischen Standpunkt ausgehen könne.

Die russischen Führer fürchteten die vermeintliche Gefahr der Zurüdführung der III. in die Fehler der II. Internationale durch die Vertreter neuer kritischer Gedanken und verkannten ihre eigene Schwäche, dem lebhaftig noch existierenden Reformismus innerhalb der Arbeiterbewegung nicht mit überlegenem politischem Rüstzeug entgegentreten zu können (weil sie diesen ja aus eigener Erfahrung niemals kennengelernt hatten). Daher haben sie jede positive Kritik in der Internationale unterdrückt, haben deren Träger durch ebenso willfähige wie unfähige und verantwortungslose Dummköpfe ersetzt, haben die Politik aller kommunistischen Sektionen den Interessen des russischen Arbeiterstaates untergeordnet und damit den leitenden Gedanken Lenins, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu Gunsten des „Sowjet-Patriotismus“ preisgegeben. Daran mußte die III. Internationale zerfallen.

Der Weg zur Schaffung einer wirklichen Internationale kann nur über die Schaffung selbständiger Landesparteien führen. Es gilt das Werk der drei großen Vorkämpfer des proletarischen Internationalismus von den Schlacken zu reinigen und unzerstörbar aufzubauen.

Der Kampf gegen die Demontagen

Der Sofortbefehl und seine Vorgeschichte

Konkurrenzkampfes zwingen die Vertreter aller kapitalistischen Regierungen, jede bestehende oder neu entstehende Konkurrenzgefahr mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Demontage deutscher Produktionsanlagen ist eines dieser Mittel.

Der Sofortbefehl zur Demontage vom 15.12.48 an die I. G. Metall kommt von der Militärregierung eines Landes, an dessen Spitze Sozialisten stehen. Unter ihrer Führung versucht England mit allen Mitteln sein wirtschaftliches Gleichgewicht wiederzugewinnen. Schrumpfung des Weltmarktes und Verdrängung des

Musterbeispiel der Klassenjustiz

Die mächtige Demonstration der Stuttgarter Werktätigen am 28. Oktober 1948 hatte ein sehr lehrreiches Nachspiel vor dem Militärgericht – allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Vier junge Arbeiter waren des Aufruhrs und der Aufforderung zum Widerstand angeklagt. Es konnten ihnen weder Steinwürfe noch Aufhebung der Bevölkerung oder Gewalttätigkeit gegen die Polizei nachgewiesen werden. (Die Gewaltanwendung der Militärpolizei gegen die Demonstranten gehört zur demokratischen Ordnung.)

Das Gericht verurteilte Mokros zu zehn Jahren Zuchthaus, weil er „eine Philosophie vortrete, die sich außerhalb der Gesetze stelle und die Fähigkeit habe, Menschen zu führen“, also weil er Kommunist ist. Batzner erhielt wegen Aufwiegelung der Bevölkerung zwei Jahre Gefängnis, obwohl er eine Sprachförderung hat. Der einzige Belastungszeuge war der

Es widerspricht aller menschlichen Vernunft. Das haben unverdächtige Zeugen ausgesprochen, z. B. Expräsident Hoover in seinem Bericht vom März 1947: „Der Abtransport und die Zerstörung von Fabrikanlagen mit Ausnahme ausgeprägter Rüstungswerke – sollte aufhören. Es war eine Illusion zu glauben, man könne Deutschland zu einem Hirtenland machen. Auch die Angst vor dem deutschen Kriegspotential war eine Illusion. Fast jede Industrie der Welt ist Kriegspotential im modernen Krieg.

Der Schweizer Professor Röpke erklärte nach der Währungsreform: „Es versteht sich von selbst, daß es wider jede Vernunft wäre, die von keinem Einflüchtigen mehr verstandene Industriedemontage fortzusetzen.

Aber alle theoretischen Vernunftgründe einzelner Kapitalanwälte ändern nichts an der Tatsache, daß der Kapitalismus als Ganzes unvernünftig, un-menschlich handeln muß. Wirklich vernünftig und menschlich handeln können nur noch die Arbeiter.

Sie haben am 28. 7. 1948 in zweistündigem Proteststreik von achttausend Mann die Einstellung der Demontage des Hüttenwerks Dortmund-Hörde erzwungen. Damit retten sie die 5-m-Grobbledistraße, die einmalig in Europa ist, vor der Vernichtung. Die Militärregierung setzt die Demontage fort.

Am 19. 10. haben sich in den Rheinischen Röhrenwerken in Mühlheim/Ruhr einige hundert Arbeiter vor die Maschinen gestellt und dadurch eine Demontagekolonne von 40 Mann zum Abzug bewogen. Der in dieser Form erstmalig im Ruhrgebiet durchgeführte Protestschritt hat keine Zwischenfälle ausgelöst. – Am 21. 10. weigerten sich 177 Arbeiter des Bochumer Vereins die Demontage von u.a. 10 Hochöfen zu beginnen, ebenso die Arbeiter der dortigen Gelsenkirchener, der größten Europas.

Die Belegschaft der Firma Geldbach in Gelsenkirchen. Hersteller von Flanschen für den Bergbau, hat trotz ausdrücklichen Demontagebefehls bis zum 30. 11. die Produktion noch nicht eingestellt. Die Belegschaft arbeitet trotz englischer Drohungen, jeden zu verhaften, der das Werk beträte. Da der Firmeninhaber auf englischen Befehl das Werk verschlossen und den Strom abgestellt hatte, verschaffte sich die Belegschaft Zugang zum Werk und arbeitete wieder.

Dieser wachsende Widerstand, nicht die Denk- und Bittschriften der deutschen Wirtschafts- und Gewerkschaftsführer haben die Diskussionen der Westmächte

Luxuswaranhändler und Schieber Stahl, wegen Bewirtschaftungsvergehen mehrfach vorbestraft. Auch er, dessen Schaufenster zertrümmert worden waren, konnte nicht behaupten, daß Bätner einen Stein geworden habe. Aber Bätner sei zwei Tage zuvor beim Einkauf mit ihm in Diskussion gekommen wegen der hohen Preise seiner Waren. Zwei weitere Angeklagte erhielten zwei und ein Jahr Gefängnis.

Ein juristischer Kommentar erübrigt sich. Das Militärgericht hat sich gar nicht die Mühe einer rechtlichen Begründung gemacht. Es wollte den Stuttgarter Arbeitern für ihre Demonstration einen Denkkzettel geben.

Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen, die Demokratie und Grundrechte des Individuums in Erbpacht haben, hätten jetzt Gelegenheit ihre Grundsatzfestigkeit zu beweisen und zu zeigen, daß sie gegenüber ihrer hiesigen Befehlsmacht denselben Mut aufbringen wie gegenüber der fernen Sowjetmacht anlässlich des Schreckensurteils in Berlin vom

über das Ausmaß der Demontage hervorgerufen, die zur Bildung der Humphrey-Kommission führten. An den Demontagen festhalten, sie nur soweit einschränken, daß die deutschen Arbeiter nicht zur Massenrebellion getrieben werden, das war der Zweck der Kommission. Bei dieser Gelegenheit hat sich auch das Fehlen der Einheit im westlichen Lager offenbart. In den kapitalstarken USA treten einflußreiche Gruppen für die Einschränkung der Demontage ein. Im kapitalschwachen Frankreich verlangen alle Kapitalisten ohne Umschweife ihre rückichtslose Durchführung. England steht in der Mitte.

Um die deutschen Arbeiter gefügig zu machen, bedient sich die englische Arbeiterregierung der deutschen Gewerkschaftsführer. In klassischer Weise macht sie ihnen den Wert des Mitbestimmungsrechts klar, indem sie ihnen durch den Militärgouverneur befiehlt: „Sie werden alle notwendigen Schritte unternehmen, die gewährleisten, daß die Arbeit in allen zu demontierenden Betrieben weitergeht.“ Damit kein Zweifel übrig bleibt, werden sie gefragt: „Sind Sie sich über die Bedeutung dessen, was ich gesagt habe, klar?“ Als Zucker für die bittere Pille wird hinzugefügt: „Es ist mir klar, daß sich die Gewerkschaft in diesem Punkte in einer schwierigen Lage befindet.“

Die Antwort der Gewerkschaft Die IG. Metall betont in ihrer Erklärung, daß sie mit den Protestaktionen vor und während der Sprengung der Torpedoverluchsanstalt in

Eckernförde nichts zu tun habe. „Sie sieht sich außerstande, nach Erfaß des Befehls in der Angelegenheit noch tätig zu sein. Wir erwarten von unseren Mitgliedern Verständnis für unsere Haltung. Eine weitere Verantwortung muß der Vorstand der Organisation ablehnen.“ Am 8.1.1948 hatte der Bund geschrieben: „Kollegen und Freunde! Die Gewerkschaft kann keinen von Euch dazu bestimmen, den eigenen Arbeitsplatz zu demontieren. Sie könnte es auch dann nicht, wenn es ihr etwa befohlen werden sollte.“

In dieser Frage, in der es um das Schicksal der deutschen Arbeiter und ihrer Arbeitsplätze geht, erklärt sich die Gewerkschaft außerstande, noch tätig zu sein. Sie läßt die Arbeiter allein, nachdem sie sie indirekt zur Verweigerung

September 1948. Die SPD-Preße hat geschwiegen. Die süddeutsche Gewerkschaftspreße ebenfalls. Der „Bund“ raffte sich immerhin soweit auf, sich „aus menschlichen, politischen und juristischen Gründen dagegen zu wenden“, betonte aber gleichzeitig sein Abrücken von den „Gewalttätigkeiten“. Es ist der einzige Protest, er klingt anders als der „Auffrei des Entsetzens und leidenschaftlichen Protestes“ derselben Zeitung drei Monate zuvor. Die überparteiliche Stuttgarter Zeitung hatte „weder Sympathie noch Bedauern“. Auch die KPD hat geschwiegen, weil sie schweigen muß: Sie hatte das Terrorurteil von Berlin gebilligt, das die Russen nachher revidiert haben. Gleich nach den völlig wahllosen Verhaftungen in Stuttgart war die KPD von den Verhafteten abgerückt. Jetzt hatte sie nur zu bemängeln, daß die Befehlsmacht eingegriffen und das Feld nicht den deutschen Polizeikräften überlassen habe!

Der Feigheit der KPD steht der Bekennernut dieser jungen Arbeiter gegenüber. Der 24-jährige Mokros erklärte: „Ich bin das erste Opfer des Kapitalismus. Der Kapitalismus wird bald bankrott machen. Ich bin sicher, daß ich keine zehn Jahre älter werde.“ Soldien Mut vermischen wir bei den beiden kommunistischen Redakteuren, die vor einigen Monaten vor Gericht standen.

der Demontage aufgefordert hatte. Während die Arbeiter kämpften, bettelten die Bonzen um das Arbeitsrecht in den Demontageauschüffen. Sie „protestierten“ durch Abbruch der persönlichen Beziehungen zum Besatzungspersonal. Die Kapitulation der Gewerkschaftsführer ist vollständig. Sie gehorchen - wenn auch widerwillig - in der Illusion, damit die Gewerkschaften zu retten. Vor einem eventuellen Verbot durch die Militärregierung können die Gewerkschaften so gerettet werden. Das stimmt - aber um den Preis, daß sie sich selbst umbringen. Denn mit dem befohlenen Verzicht auf den konsequenten Kampf gegen Lohndruck, Preiswucher, kapitalistische Wirtschaftsfabotage verzichten die Gewerkschaften auf die Erfüllung ihrer elementarsten Aufgaben, berauben sie sich selbst ihres Inhalts, machen sich selbst überflüssig und bereiten den eigenen Zusammenbruch vor - wie 1933.

Die SPD schweigt sich aus. Sie hat ihre ganze Kampfkraft gegen die russischen Demontagen verbraucht. Während die Arbeiter streiken, führen die Minister die Befehle der Besatzungsmächte aus.

Die KPD protestiert nicht im Westen, die Belastung mit der russischen Reparationspolitik hindert sie daran. Als verlängerter Arm dieser unseligen und den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus hohnsprechenden Besatzungspolitik ist sie zur Ohnmacht verurteilt. Wie soll sie gegen den Demontagewahn im Westen kämpfen, wenn die Russen die Demontageliste der Westmächte kritisieren, weil sie statt 1977 nur 681 Betriebe enthalte?

Die deutsche Kapitalistenklasse muß schweigen. Zum wirklichen Kampf gegen die Demontage müßte sie an die Hilfe der deutschen Arbeiter appellieren. Aber sie weiß genau, daß die Arbeiterklasse, einmal mobilisiert, auch mit der parasitären Existenz ihrer deutschen Ausbeuter Schluß machen wird. Daher findet sie sich mit ihrer kümmerlichen Zwischenmeisterrolle ab.

Die Lehren für die deutschen Arbeiter und Gewerkschaftsführer - insbesondere im Novemberprotest - haben die Siegermächte überzeugt, daß sie diese Führer beliebig ausdialten und dennoch bis zum letzten ausnützen können. Vor der Novemberaktion sagte der Hamburger Gewerkschaftsführer Kummernuß als Erwiderung auf das

Die unerhörte Schärfe des Urteils, das völlige Fehlen von Beweisen, selbst im Sinne der bürgerlichen Gesetze, das Wohlverhalten der öffentlichen Meinung, werfen ein Schlaglicht auf den Charakter der westdeutschen Demokratie. Die lizenzierten Parteien und Zeitungen haben völlige Freiheit der Kritik - an der Sowjet-Union. Nur solange sie wesentliche Kritik an den hiesigen Besatzungsmächten unterlassen oder unterbinden, genießen sie volle Bewegungsfreiheit.

Durch den Druck der allgemeinen Proteste wurde die sowjetische Militärverwaltung gezwungen, ihr Terrorurteil gründlich zu revidieren (von 25 auf 1 Jahr mit Bewährungsfrist). Das Gleiche muß in Stuttgart erreicht werden. Auf allen Arbeiterversammlungen muß die Forderung erhoben werden: Sofortige Freilassung aller Verurteilten von Stuttgart! Diese jungen Arbeiter dürfen nicht der Klassenjustiz zum Opfer fallen und nicht alleine gelassen werden. Freiheit für die Stuttgarter Arbeiter! Dieser Ruf muß den Militärregierungen entgegengehalten. - Organisiert überall die Annahme von Protestresolutionen!

geplante Antistreichgefetz: „Die Gewerkschaften würden auch in der Lage sein, illegal ihre Ziele zu verwirklichen.“ Mander Arbeiter hat diese radikalen Reden ernst genommen. Aber die Militärregierungen haben ihren wahren Wert richtig erkannt. So konnte der Sofortbefehl zustande kommen.

Die Arbeiter haben sich überzeugen können, daß Erfolge im Kampf gegen die Demontage möglich sind. Die Erfolge könnten größer sein, wenn die ganze Kraft der Gewerkschaften eingesetzt würde. Das müssen die Gewerkschaftsmitglieder überall verlangen und dabei die Forderung verbinden, daß ihre Funktionäre sofort alle Befehlsempfängerposten zu verlassen haben.

Die Arbeiter können sich nicht mit der Haltung ihrer Führer abfinden, die angeblich die Gewerkschaften vor einem Verbot schützen soll. Denn dieser Schutz ist der Anfang vom Ende der Gewerkschaften. Die deutschen Arbeiter haben in 12 Jahren Sozialistengefetz trotz Bismarck und Puttkammer mit Hilfe ihrer kleinen illegalen Gewerkschaften erfolgreiche Streiks geführt. Sie werden Mittel und Wege finden, um die bei allen Werktätigen bestehende Solidarität mit den Demontageverweigerern zu organisieren und zu tätiger Unterstützung zu entwickeln.

Ebenso ist es notwendig und möglich, eine bessere Verbindung der Betriebe untereinander zu schaffen. Solange sich nur die einzelne bedrohte Betriehschaft zur Wehr setzt und alle anderen warten, bis sie selbst an der Reihe sind, solange kann die Kampfkraft der Klasse nicht eingesetzt werden. Nur in dem Maße, wie die deutschen Arbeiter zu solidarischem Handeln kommen, werden sie das Verständnis ihrer Klassengenossen in anderen Ländern finden. Durch ihren Kampf hat die deutsche Arbeiterklasse einen Bismarck zur Kapitulation gezwungen. Wenn sie ihre heutigen, viel größeren Erfahrungen und die Schwächen ihrer Gegner für ihren Kampf ausnutzt, wird sie auch mit diesen fertig.

Die Lehren der Gemeindewahlen

Die wichtigsten Kennzeichen der letzten Gemeindewahlen sind: 1. die fast durchweg geringere Wahlbeteiligung gegenüber den Landtagswahlen 1947; 2. das Anwachsen „freier“, d. h. parteiläufig nicht gebundener Listen (in Süd-Württemberg erhielten sie 59,8 v. H. aller Stimmen); 3. das Sinken des Anteils der Arbeiterparteien. Die KPD erhielt in Nordrhein-Westfalen im Oktober 1948 nur noch 7,8 gegen 14 v. H. Im April 1947, verlor also 45 v. H. In Niedersachsen verlor sie 41 v. H. In Schleswig-Holstein ging sie von 50398 auf 40945 Stimmen zurück trotz 11 v. H. stärkerer Wahlbeteiligung. Die SPD hat im Rheinland ihren Anteil von 32 auf 35,9 v. H. erhöht, aber in Niedersachsen und Schleswig-Holstein 3,6 bzw. 3,8 v. H. eingebüßt, während die CDU im gleichen Maße gewann. In vielen Gemeinden ist die bisherige Mehrheit der Arbeiterparteien durch die CDU oder vereinigte Bürgerparteien ersetzt worden. Sie profitierten von der Wahlmüdigkeit, die gerade bei den proletarischen Wählern am stärksten war.

Der Vormarsch der Reaktion in Wirtschaft und Staatsapparat spiegelt sich wider im Stimmenzuwachs der bürgerlichen Parteien. Mit parlamentarischen Spielereien im Museum von Bonn und im Volksrat von Berlin kann die

Arbeiterklasse nicht mobilisiert werden. Gegenüber dem Versagen der Führung ist es ein erster, rein negativer Schritt, wenn breite Arbeiterdichten aus Klasseninstinkt die heutige Wahlkomödie nicht länger mitmachen wollen. 3 1/2 Jahre demokratischer Umerziehung haben vielen klargemacht, was die Neue Züricher Zeitung so ausdrückte: „Im Grunde genommen quälen sich die angelfischsten Delegierten auf der Londoner Außenministerkonferenz mit dem Problem der Verfügungsgewalt der Zonenkommandeure ab. Sie spüren jetzt sehr deutlich die Problematik einer absolutistischen Gewalt, die der deutschen übergeordnet ist. Nur sind sie nicht ganz einig darüber, wie sie die verfassungsmäßige Einschränkung dieses Befetzungsabsolutismus bewerkstelligen sollen.“

Abolutistische Gewalt: das ist das Diktat der Demontagen, das Sprengen von Trockendocks und Werftanlagen, das Verbot des Walfangs, die kategorischen Befehle für die Aufbringung der Befetzungskosten auch dann, wenn der Sozialversicherungsfond dafür herhalten muß. Das und vieles andere ist abolutistische Gewalt. Auch die schönste Parlamentskulisse kann den wahren Charakter des heutigen Regierungssystems in Deutschland nicht verhüllen. Jeder Versuch der verfassungsmäßigen Einschränkung dieses Abolutismus durch Installierung demokratischer Schwatzbuden muß mit einer Tragikomödie enden.

Unzählige Beispiele haben gezeigt, wie jede selbständige Entscheidung des kleinsten Dorfparlaments scheitern muß an den entgegengesetzten Interessen der Befetzungsmacht. Mag der Austausch abgesparter Deputatkohlen einer Bergarbeitergemeinde gegen Kartoffeln eines Bauerndorfs noch so sehr dem Interesse der Gesamtbevölkerung entsprechen, mögen für Wohnungsbau oder Verkehrsregelung durch Zusammenwirken mehrerer Gemeinden praktische Erleichterungen zu schaffen sein - nichts darf geschehen, was dem vorgefaßten Schema der Befehlshaber widerspricht. Der größte Teil des Steueraufkommens wird von der Befetzungsmacht verbraucht, den Rest verschlingt die deutsche Bürokratie und die tausend Interessenten. Es bleibt fast nichts in den Händen dieser bedauernswerten Parlamentarier zur Befriedigung der Interessen ihrer Wähler. Der geringe Spielraum, den die Gemeinde als unterste Einheit eines selbständigen Staates in der Weimarer Republik besaß, ist in der Kolonie Deutschland aufgehoben. Daher ist in dem heutigen Regime keine wirkliche Gemeindepolitik mehr möglich.

Parlamentarische Demokratie setzt einen Zustand der Wirtschaft voraus, der es den Kapitalisten ermöglicht, so viel aus ihr herauszuholen, als zur Realisierung ihres Profits und zur Existenzsicherung der Massen notwendig ist. Die Wiederherstellung eines solchen Zustandes wird verhindert durch den Niedergang des Kapitalismus und die Interessen der imperialistischen Siegermächte, die den Krieg um die Vernichtung der deutschen Konkurrenz geführt haben. Nur ein wirtschaftlich amputiertes und politisch unselbständiges Deutschland kann die „Sicherheit“ des verarmten Frankreich und des nicht viel reicheren England gewährleisten.

In einem solchen Deutschland ist der Parlamentarismus ein lebender Leichnam. Nur die Unfähigkeit ihrer eigenen Führung hat die deutschen Arbeiter bisher

gehindert, ihn zu begraben. Seine Totenglocke begann zu läuten, als die deutschen Arbeiter 1918 die Räte entwickelten. In den Räten trat die neue Herrschafts- und Verwaltungsform einer sozialistischen Planwirtschaft der parlamentarischen Regierungsform der anarchischen Privateigentumswirtschaft gegenüber.

Reformistischer Verrat und Unfähigkeit der überradikalen KPD-Führer haben der deutschen Rätebewegung das Rückgrad gebrochen, so daß Hitler kampflos siegen konnte. Dieselbe unfähige Politik treibt heute wieder breite Arbeiterkreise in die Passivität. Bleiben aber die Arbeiter bei ihrer Enttäufung stehen, die sich in Wahlmüdigkeit äußert, dann ist die offene Reaktion der einzige Gewinner wie vor 1933. Die Arbeiter müssen sich darüber klar werden, daß ihre SPD- und KPD-Führer wieder verfallen werden, wenn sie ihnen zu verfallen erlauben, d. h. wenn sie nicht selbst den besseren Weg gehen. Der an sich nur negative Schritt des Wahlboykotts muß von der Einsicht und dem Willen begleitet sein, durch Stärkung und dem Ausbau der Betriebsräte, der proletarischen Kontrollorgane und aller Formen, in denen sich die proletarische Klassenkraft sammeln und betätigen kann, etwas Besseres an Stelle des verfaulenden Parlamentarismus zu setzen.

30 Jahre Erfahrungen haben bewiesen, daß eine sozialistische Lösung der deutschen Probleme nicht in den parlamentarischen Schwatzbuden oder durch Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführer mit den kapitalistischen Saboteuren der Wirtschaft zu erreichen ist. Als erstes müssen die Arbeiter heute von ihren Führern ultimativ den sofortigen Rücktritt aus den „verantwortlichen Positionen“ verlangen, den die SPD-Führung bereits 1946 in ihrem Kölner Beschluß angedroht, aber niemals wahr gemacht hat.

Der bürgerliche Vormarsch bei den Wahlen und gar die Nazimehrheit in Wolfsburg sind unübersehbare Warnungssignale. Die Arbeiterklasse kann sich nicht mit negativer Wahlenthaltung begnügen. Sie muß sie durch positive, machtvolle Aktionen ergänzen, die den Rahmen unserer Militärdemokratie durchbrechen.

Genossen!

Zur erfolgreichen Herausgabe und Sicherung der „Arbeiterpolitik“ brauchen wir Eure volle Mitarbeit.

1. Bringt Eure kritischen Anmerkungen zu Papier.
2. Berichtet uns über alle wichtigen Vorgänge im Leben der Arbeiter und der Arbeiterbewegung. Auch wenn nicht alles veröffentlicht werden kann, dient es der Redaktion als Arbeitsgrundlage.
3. Kritik und Berichte erreichen uns über die Verteiler der „Arbeiterpolitik“.
4. Sorgt für umgehende Abrechnung jeder Nummer. Helft durch Spenden!

Redaktion und Verlag „Arbeiterpolitik“

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 2

Ende Februar 1949

Preis -,30 DM

Zur Klarstellung Durch Presse und Radio gehen in letzter Zeit Meldungen von Lizenzierungsanträgen sogenannter „unabhängiger kommunistischer Parteien“ (Dortmund, Hamburg) oder kommunistischer Oppositionsgruppen (KPO in Berlin). Wie unabhängig diese neuen Parteien sind, geht schon daraus hervor, daß sie sich von den Militärregierungen lizenzieren lassen. Die Tätigkeit der lizenzierten Arbeiterorganisationen in allen 4 Zonen hat den Werktätigen genügend klargemacht, wie demokratisch Deutschland von den Befabungsmächten regiert wird. Jede Organisation und jede Zeitung unterwerfen sich mit ihrem Lizenzantrag den Beschränkungen ihrer Betätigung, erkennen den Rahmen der Militärdemokratie an und liefern rein technisch den Behörden die Kenntnisse, die zu organisatorischer Lähmung und Verbot führen können, falls sie einmal diesen Rahmen überschreiten sollten. Diese Organisationen können also nicht die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf führen.

Es gilt zu wählen: Lizenzierung durch die Befabungsmächte und Vertretung ihrer Befabungspolitik oder Lizenzierung durch die deutschen Werktätigen und Vertretung ihrer Interessen gegenüber allen Mächten. Wir wählen das letztere. Wir wollen den Arbeitern die ganze Wahrheit sagen. Die ist nicht zu lizenzieren und wird nicht genehmigt. Wir betonen, daß wir mit keiner lizenzierten Partei zu identifizieren sind, auch wenn sie dieses oder jenes Wort von uns abdreibt.

Die neuen „unabhängigen“ kommunistischen Parteien, die sich jetzt lizenzieren lassen, spekulieren auf die Massen ehrlicher kommunistischer Arbeiter, die eine deutsche kommunistische Politik wollen. Es kann aber nur im Interesse der kapitalistischen Mächte und ihrer Sicherheitsorgane liegen, diese Arbeiter hervorzulocken und unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die deutschen Arbeiter seien gewarnt.

Gruppe „Arbeiterpolitik“

Das Ruhrstatut Ende 1948 wurde das Ruhrstatut veröffentlicht. Es sieht die Bildung einer Ruhrbehörde vor, in der die Westmächte wie folgt vertreten sind: USA 3, England 3, Frankreich 3, Belgien 1, Holland 1, Luxemburg 1. Dazu kommen 3 Stimmen Deutschlands, die jedoch bis zur Bildung der „deutschen Regierung“ von den jeweiligen Befabungsmächten „vertreten“ werden. Zusammen 15 Stimmen. Die Entscheidungen der Ruhrbehörde werden mit einfacher Mehrheit d. h. mit 8 Stimmen getroffen. England und USA verfügen über diese Mehrheit, da sie als Befabungsmächte noch 2 Stimmen haben. Innerhalb des anglo-amerikanischen Blocks in der gesamten Ruhrbehörde fällt dem USA-Imperialismus das entscheidende Wort durch zwei Klauseln zu: a) die im Ruhrstatut festgelegte Unterordnung unter den Marshall-Plan, b) die Berücksichtigung der

finanziellen Hilfeleistungen an Deutschland, die ebenfalls amerikanischer Verfügungsgewalt unterstehen. Für alle wesentlichen Beschlüsse der Ruhrbehörde, die ihre Funktionen bzw. eine Änderung derselben betreffen, sind 12 Stimmen erforderlich. Dadurch wird der späteren deutschen Vertretung jede Möglichkeit genommen, legal auf die weiteren Geschehnisse der Ruhr einzuwirken. Ihre Beteiligung ist nur eine Floskel, die eine Einflußnahme vortäuschen soll.

Die Funktionen der Ruhrbehörde, die auch nach Abzug der Besatzungstruppen weiterbestehen soll, sind allumfassend. Sie beherrscht die Produktion und Verteilung der Ruhrwirtschaft und direkt wie indirekt die ganz Westdeutschlands. Ihr steht die Bestimmung der Exportmengen an Stahl, Koks und Kohle zu und alles was „Transportwesen, Preise, Handelsbedingungen, Quoten, Zölle und sonstige Regierungsmaßnahmen oder wirtschaftliche Vereinbarungen“ betrifft. Sie kann auch „in anderen Teilen Deutschlands“ Untersuchungen durchführen, bei Privatpersonen wie Beamten, öffentlichen wie privaten Organisationen, und Betriebsakten einsehen. Man sieht: Mit der Ruhrbehörde erhält der tatsächlich bestehende Zustand der Eingliederung Westdeutschlands in den Herrschaftsbereich des angelsächsischen Imperialismus seinen juristischen Ausdruck. Das Gerede von Freiheit und Demokratie ist verklungen, umso deutlicher zeichnen sich in einer Epoche, in der die farbigen Völker das Joch der Kolonialherrschaft abschütteln, die Umrisse der neuesten Kolonie der westlichen Zivilisation ab. Die Schöpfer des Ruhrstatuts haben den Kolonial-Charakter des Unternehmens noch dadurch unterstrichen, daß der Ruhrbehörde und ihren deutschen Agenten exterritoriale Rechte eingeräumt werden. Eine ähnliche Maßnahme ist der besondere Schutz auswärtiger Kapitalinteressen. Hier handelt es sich vornehmlich um amerikanisches Exportkapital, das sich in seinem Streben nach Überprofiten an der Ruhr einzunisten gedenkt. Aber auch der Finanzkraft Amerikas ist es nicht möglich, die Monopolgiganten Westdeutschlands ohne nachhaltige Verdauungsbeschwerden einfach zu verschlucken. Daher verbot das hinter dem Ruhrstatut stehende Finanzkapital „übermäßige Machtkonzentration“, was nichts anderes ist, als die Zerstückelung der Großkonzerne in kleinere leichter verpeisbare Brocken. Nebenbei sei vermerkt, daß es Leute gibt, die diese absolut reaktionäre Maßnahme für „sozialistisch“ halten. Der wissenschaftliche Sozialismus ist gegen die Zerstückelung der Monopole und Trusts und für ihre Übernahme und Weiterentwicklung durch die siegreiche Arbeiterklasse.

Im Text des Statuts wurde die unter den Westmächten umstrittene Eigentumsfrage nicht entschieden. Praktisch bleibt es bei dem von den Amerikanern vertretenen Standpunkt der größtmöglichen Ausdehnung des privatkapitalistischen Besitzes. Das geht aus der Schlußklausel für Fremdkapital hervor und dem Passus über die „übermäßige Machtkonzentration“, letzterer ist nämlich gleichzeitig gegen die Sozialisierung gerichtet. Die ganze Frage ist im wesentlichen mit dem Gesetz Nr. 75 beantwortet, das die Ernennung von Ruhrbaronen als Treuhänder vorsieht.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Das Ruhrstatut schafft nichts Neues, es legalisiert und kodifiziert lediglich den seit vier Jahren existierenden Zustand

der kolonialen Entredung Deutschlands. Daher enthält auch die Stellungnahme der deutschen politischen Parteien und der Gewerkschaften nichts grundsätzlich Neues.

Die sofort nach der Bekanntmachung des Statutes einsetzende Protestkomödie wird von der Neuen Züricher Zeitung zutreffend geschildert: „Es ist in diesem Zusammenhang instruktiv, sich des Sturmes der Empörung zu erinnern der bereits im vergangenen Juni in den Parteibüros von links bis rechts geführt wurde; als nach den damals in London geführten Verhandlungen die Beschlüsse bekannt wurden, auf denen das jetzt geschaffene Statut basiert. Auch damals gehörte das „verlebte Nationalbewußtsein“ zum guten Ton; man sprach solange von dem „Londoner Diktat“ und dessen Unannehmbarkeit, bis man annehmen durfte, daß das persönliche Widerstreben gegen jede Beeinträchtigung der deutschen Souveränität und gegen jeden Kollaborationismus zuhänden der Wählerschaft und der Nachwelt genügend deutlich zu den Akten gegeben sei. Dann ging man frischen Mutes an die Ausführung des sofort wirksam werdenden Teiles des Londoner „Diktats“, nämlich an die Ausarbeitung der Grundlage für ein westdeutsches Staatsgebilde.“

Die Haltung der deutschen Bourgeoisie kennzeichnet die Äußerung eines ihrer Wortführer, des CDU-Zonenvorsitzenden Adenauer: „Alles wird darauf ankommen, in welchem Geist das Ruhrstatut gehandhabt wird. Wenn es der wirkliche Beginn der europäischen Förderation ist; dann wollen wir Deutschen das Opfer, das es zunächst uns allen auferlegt, tragen.“ Die diversen Konservativen, Zentrum, FDP sind gleicher Meinung. Das deutsche Bürgertum beweist erneut seine Knechtfoligkeit vor dem Gegner von gellern.

Auch die SPD schlug scharfe Töne an. „Diktat der Westmächte“, „Nichtanerkennung des Ruhrstatuts“ usw. Die Bonner SPD-Fraktion nannte es „kollektive Ausbeutung zugunsten einiger Bevorrechtigter“. Der Prüßtein dieser schönen Rhetorik sind Taten. Hier aber waltet die denkbar größte Bescheidenheit. Die Taten der SPD bestehen in Ihrer Hoffnung auf eine andere Ordnung, ihrem Eintreten für eine Revision des Statuts und ähnlichen frommen Wünschen. Hinter diesen Phrasen verbirgt sich der tatsächliche Verzicht der SPD auf irgendeine ernstzunehmende Aktion. Daß sie wieder einmal auf dem Boden der gegebenen Tatsachen steht, beweisen zwei Dinge: 1. tritt die SPD für das Besatzungsstatut ein. Dieses soll durch Abgrenzung der Zuständigkeiten von Besatzung und „deutscher Regierung“ den Schein erwecken, als ob letztere eine selbständige Kraft darstelle. Damit ist die SPD für den Verbleib der Besatzungstruppen, wenn auch nach Einschränkung gewisser verfassungsrechtlicher Zwirnsfäden; 2. arbeitet die SPD in den Ministerien und politischen Körperschaften brüderlich mit der Besatzung zusammen. Jeder ehrliche SPD-Arbeiter muß daher von seinen Führern verlangen, demonstrativ aus politischen Funktionen im öffentlichen Leben zu demissionieren, wodurch sie in die unangenehme Lage kommen, Farbe zu bekennen.

Noch deutlicher kommt die totale Kapitulation des Reformismus in der offiziellen Stellungnahme der Gewerkschaften zum Ausdruck. Der „Bund“ erklärt: „Der Gewerkschaftsrat erblickt im Ruhrabkommen eine fortschrittliche Entwicklung gegenüber älteren Plänen.“ (Fortsetzung Seite 6)

Wirtschaftsdemokratie oder Produktionskontrolle?

Nicht erst in der Notzeit nach diesem Kriege, sondern immer dann, wenn die verheerenden Folgen des kapitalistischen Niedergangs in den Arbeitern den Willen wecken, einzugreifen in den Wirtschaftsprozeß, um dem anarchischen Treiben der

Profitjäger entgegenzuwirken, belinnet sich die reformistische Führer auf ihre Wirtschaftsdemokratie.

1. Die Widerprüdie der Wirtschaftsdemokratie
Soweit die ganze Theorie der Wirtschaftsdemokratie einen Inhalt hat, besteht dieser in der Illusion, daß es möglich sei, in gleichberechtigter Zusammenarbeit von Kapitals- und Arbeitervertretern, die Kapitalisten durch sachgemäße, gut begründete Wirtschaftspläne und eventuellen in geordneten Bahnen gehaltenen Druck der Arbeitermassen zu überzeugen, daß sie nicht bloß ihren Profitinteressen, sondern auch dem Faktor Mensch in der Wirtschaft Rechnung tragen müßten. Zum logischen Ende gedacht, heißt das nichts anderes, als von der anarchischen kapitalistischen Profitwirtschaft die Erfüllung der Aufgabe zu verlangen, die nur eine planmäßig geleitete sozialistische Bedarfsdeckungs-Wirtschaft erfüllen kann.

Genau so verfahren die Wirtschaftsdemokraten dem Arbeiter vorzugaukeln, daß er vom rechtlosen Untertan der Wirtschaft zum gleichberechtigten und mitbestimmenden Wirtschaftsbürger aufsteigen könne. Sie begreifen nicht, daß die Erfüllung dieses Traumes die Abschaffung des kapitalistischen Lohnsystems voraussetzt, denn solange dieses besteht, bleibt der Arbeiter Lohnklave, dessen Existenz davon abhängt, wie, und ob überhaupt er seine Arbeitskraft und damit sich selbst an den Kapitalisten verkaufen kann.

Die inhaltlosen Phrasen dieser Theorie können das vollkommene Fehlen klarer Begriffe bei ihren Urhebern und Aposteln nicht verdecken. Bisher ist es noch niemandem eingefallen, von einer Wirtschafts-Monarchie oder Wirtschafts-Republik zu reden. Erst ausgeweglose Kleinbürger, deren Herz für den Kapitalismus schlägt und deren Magen sich von den Arbeitern verforgen läßt, konnten ihre geistige Zwittergeburt als Wirtschaftsdemokratie in die Welt setzen.

2. Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft
Demokratie heißt Volksherrschaft; ist also die Bezeichnung einer ganz bestimmten Form der politischen Herrschaft und als solche ein politischer Begriff, der an sich mit der Wirtschaft nichts zu tun hat. Beherrscht oder regiert werden Personen. Die Wirtschaft aber besteht aus Sachen, die nicht regiert, sondern von der jeweils herrschenden Klasse kontrolliert und geleitet werden. Auch die in der Wirtschaft tätigen Arbeiter - obwohl sie die wichtigste Produktivkraft sind - zählen innerhalb jeder auf Privateigentum aufgebauten Wirtschaft nicht als individuelle Personen, sondern lediglich als sachliche Arbeitskräfte, und oft noch weniger als jedes andere Werkzeug. Vom Kapitalismus verlangen, daß er die Arbeiter als Menschen einkalkulieren soll, heißt ihm zuzumuten, über seinen eigenen Schatten zu springen. Auch die allerfortschrittlichsten Betriebsysteme (Zeiss-Jena oder Ford-Detroit) können bestenfalls dies Verhältnis mildern oder verschleiern aber niemals aufheben.

Herrfchen d. h. die Beherrschten regieren können niemals zwei, sondern nur die eine Klasse, die die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel besitzt und sie für ihre speziellen Zwecke in Bewegung setzen und halten kann. Solange die herrschende Klasse diese ökonomische Grundlage ihrer politischen Macht unter ihrer Kontrolle und Leitung halten kann - ohne mit den elementarsten Lebensinteressen der von ihr politisch beherrschten und ökonomisch ausgebeuteten Volksmehrheit in einen Konflikt zu geraten, den sie aus eigener Kraft nicht mehr lösen kann - droht ihrer politischen Herrschaft keine (zumindest keine innere) Gefahr.

Solange die Wirtschaftskräfte noch wenig entwickelt waren, konnte die feudale Klasse unter Wahrung ihrer dominierenden Großgrundbesitzer-Interessen die Kontrolle und Leitung der primitiven Handwerksproduktion ausüben und ihre politische Herrschaft in Form der absolutistischen Monarchie aufrechterhalten. Aber sie mußte der bürgerlichen Klassenherrschaft Platz machen, weil nur unter deren Kontrolle und Leitung die Produktivkräfte voll entfaltet werden konnten. Unter ihrer politischen Herrschaftsform, der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie hat die Bourgeoisie diese Aufgabe gelöst, soweit sie dazu imstande war.

Das Berliner Wahlergebnis

Die Berliner Wahlen zeigen noch deutlicher als die Wahlen im Westen, daß die Kommunisten teuer dafür zahlen müssen, wenn sie auf eine selbständige Politik verzichten und sich nur als ausführendes Organ der russischen Be-

fatungspolitik betätigen. 86,2% aller Wahlberechtigten - nur 5% weniger als im Oktober 1945 - konnten die drei Westparteien gegen die SED-Politik mobilisieren. Davon erhielt die SPD 64, CDU und LDP 36%. Sicher haben die Westparteien einen Teil ihres Erfolges ihren imperialistischen Schutzherrn zu verdanken, die die SED-Presse in den Westsektoren verboten, und dem Umstand, daß sie die Wahl zu einem Plebiszit machen konnten.

Aber die beste Hilfe für den reaktionären Sieg hat die SED-Politik und die dafür verantwortliche russische Befatungspolitik geliefert.

Die SPD hat gesiegt, aber nicht auf Grund eines eigenen sozialistischen Programms, sondern mit Versprechungen, deren Erfüllung nicht von ihr bestimmt oder erkämpft werden kann. Die Mächte, auf die sie alles setzt, sind kapitalistische Mächte, die in Berlin nicht irgendwelche Freiheiten verteidigen, sondern ihre strategische Position und ihr Prestige. Die Berliner Werktätigen sind ihnen Schachfiguren, ihre Not ein guter Vorwand. Die Übergabe des Ortsteils Stolpe an die Russen und die fortgesetzte Vernichtung wertvollster Anlagen (Borsig in Tegel, Sendetürme) beweisen das deutlich.

Worum kämpft die SPD? Um das Verbleiben der Westmächte, um die Erhaltung der westlichen Insel in der Ostzone. Wer kann behaupten, daß eine solche Igelstellung im kalten Krieg eine dauerhafte Lösung darstellt? Ihr Sinn kann nur sein, daß sie ein Vorposten im heißen Krieg wird, zu dem man „bekreiend“ vorstößt. Daß die Westmächte unter amerikanischer Führung zum Krieg mit der SU kommen, sie besiegen mögen, daß die deutschen Werktätigen Partner dieses Krieges werden sollen - das ist der tiefere Sinn, die innere Logik der SPD-Politik. Nicht zufällig hat die westdeutsche Gewerkschaftsdelegation, der ein UGO-Vertreter angehörte, den Amerikanern die Teilnahme deutscher Piloten an der Luftbrückenoperation vorgeschlagen, die in den USA als das größte Kriegsmanöver betrachtet

Aber heute muß auch sie, wie ehemals die von ihr im revolutionären Machtkampf gestürzte Feudalherrschaft, beweisen, daß sie zur Kontrolle und Leitung der hochentwickelten Produktivkräfte nicht mehr fähig ist. Damit wird ihrer politischen Herrschaft die Grundlage entzogen. Sie kann sich - wie das heute vielerorts der Fall ist - nur noch deshalb an der Macht halten, weil die zu ihrer Ablösung geschichtlich berufene Arbeiterklasse noch nicht die Einsicht und die Kraft erlangen konnte, um ihr die Kontrolle über die Produktion streitig zu machen und damit auch ihrer reaktionären politischen Herrschaft ein Ende zu setzen. Es gab also keine feudale, es gibt keine kapitalistische Wirtschaft, und die einzige mögliche Alternative dazu, die heute verwirklicht werden kann und muß, ist die sozialistische Bedarfswirtschaft.

3. Wirkliche Mitbestimmung ist Arbeiterkontrolle über die Produktion Was die deutschen Arbeiter 1905 erst instinktiv fühlten, war ihnen 1918 nach dem katastrophalen Scheitern der Eroberungspläne ihres Kapitalismus um vieles klarer geworden. Nur in den Köpfen einer Arbeiterklasse, die bereits begriffen hat, daß sie vom militärisch geschlagenen und wirtschaftlich niedergehenden Kapitalismus keine Sicherung oder gar Verbesserung ihrer Lage zu erwarten hat, konnte der Rätegedanke Boden finden. Daß sie diese elementare Erkenntnis niemals preisgegeben hat, beweist die Zähigkeit, mit der die deutsche Arbeiterklasse ihre Betriebsräte gegen alle offenen und verdeckten Angriffe verteidigt hat.

Ihrem ganzen Wesen nach können sich die Betriebsräte nicht so wie die typisch reformistischen Berufsgewerkschaften auf den Kampf um Lohn und bloße Reformen beschränken. Die Betriebsräte erkennen, daß es den Kapitalisten auf Grund des Niedergangs des ganzen kapitalistischen Systems nicht mehr möglich ist, ausreichende Zugeständnisse zu machen. Daher richtet sich ihr Kampf mit der Forderung des sogenannten Mitbestimmungsrechts, d. h. in Wirklichkeit des Eingreifens in den Produktions- und Verteilungsprozeß

wird. Der heiße Krieg würde zu weiterer Zerstörung Deutschlands führen, ein eventueller Sieg Amerikas nicht nur zur Vernichtung der russischen Revolution, sondern auch zur Herrschaft der Verbündeten der USA: Franco, de Gaulle, Schacht! Die Demokratie kann sich die SPD dann in den Schornstein schreiben.

Diese Folgen reformistischer Katastrophopolitik würden die Berliner Werktätigen verstehen, wenn eine kommunistische Kraft vorhanden wäre, die ihnen die Zusammenhänge aufzeigen kann. Aber was tut die SED? Sie versucht den Arbeitern die fadenheutigen russischen Blockadebegründungen glaubhaft zu machen. Sie begrüßte das Schreckensurteil, das die Russen dann selbst revidierten, sie ist russischer als die Russen. Damit fesselt sie sich selbst die Hände und treibt die Werktätigen in das Lager ihrer Klassenfeinde. So kommt es, daß die kapitalistischen Westmächte trotz furchtbarer Entbehrungen der Bevölkerung keinen ernstlichen Widerstand gegen die Folgen der Verteidigung ihrer vorgeföhobenen strategischen Position zu befürchten brauchen.

Die kommunistischen Arbeiter müssen das Steuer herumwerfen, eine selbständige kommunistische Politik durchsetzen, deren erstes Ziel die Räumung Berlins (und in der Folge ganz Deutschlands) von allen Besatzungsmächten sein muß. Dann war das der letzte Sieg der antibolschewistischen SPD-Führung.

selbst, gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaft. Damit hört er auf, ein rein wirtschaftlicher Kampf zu sein und wird zum politischen Klassenkampf.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer können diese Tatsache nicht leugnen. So erklärte ihr Wirtschaftspezialist Dr. Agartz auf der Zweizonen-Konferenz in Vilbel, daß der isolierte Lohnkampf zwecklos geworden sei. Aber daraus ziehen die Reformisten nicht die logische Folgerung, daß eine bessere Kampf-methode zu finden sei. Ausgerechnet am Tage vor der 24-stündigen Aktion gegen den Preiswucher erklärte Böckler: „Die Gewerkschaften könnten sich darauf beschränken, in einer Kette von Lohnkämpfen den steigenden Preisen nachzujagen. Sie würden damit ebenso von dem Faustrecht Gebrauch machen, wie es die Unternehmer selbstverständlich tun. Wenn die Gewerkschaften in dieser Hinsicht Maß zu halten versuchen, so geschieht das aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen.“

Offener kann der Verzicht auf die Verteidigung der Arbeiterinteressen kaum ausgesprochen werden. In vollendeter Ratlosigkeit erklärte schon Dr. Agartz: „Die Frage des Reallohnes können die Gewerkschaften nur über den Weg zielbewußter Einsparung und Mitbestimmung in der Wirtschaft lösen.“ Zugleich mußte er zugeben, daß z. B. in der Kohlenwirtschaft, die von den Gewerkschaften gestellten Abteilungsleiter „eine ganz untergeordnete Rolle spielen“; daß bei der Schaffung der Länderbank die Gewerkschaften „völlig übergegangen“ wurden. Die Praxis beweist, daß die Reaktion ihre überflüssig gewordenen Hausknechte zielbewußt aus- statt einspart.

Die reformistischen Führer wollen durch wirtschaftsdemokratischen Kuhhandel erringen, was nur durch die kämpfende Arbeiterklasse erreicht werden kann. Sie wenden sich gegen jede selbständige Regung der Betriebsräte, obwohl diese die natürlichen Organe des Kampfes um ein wirkliches Mitbestimmungsrecht sind. Es ist bezeichnend, daß in Ländern, in denen die Klassegegensätze weniger scharf aufeinanderprallen (Schweiz, England), die Unternehmer offen aussprechen, daß eine Mitbestimmung im Betrieb störend wirken müsse, daß man aber mit den Gewerkschaftspitzen, die sich nicht von persönlichen sondern prinzipiellen Entscheidungen in Wirtschaftsfragen leiten lassen, zusammen arbeiten könne.

Wirtschaftsdemokratische Mitbestimmung, bei der die Arbeiterführer die Arbeiter prinzipiell zum Ertragen der Ausbeutung ermuntern, ist für die Kapitalisten ebenso wie Rationalisierung oder sonstige technische Verbesserungen ein willkommenes Mittel zur Verbesserung ihrer Profitchancen. Für die Arbeiter ist sie ein Mittel für fremde Interessen. Wirkliches Mitbestimmungsrecht, d. h. Kontrolle der Arbeiter über die Produktion fängt gerade dort an, wo es aufhört, Mittel für fremde Interessen zu sein. Dann werden Sonderinteressen zugunsten der Gesamtheit ausgeschaltet.

Eine solche wirklich demokratische, d. h. im Interesse der erdrückenden Volksmehrheit angewandte Mitbestimmung wird allerdings nicht geschenkt; sie muß erkämpft werden. Hätten die deutschen Werktätigen die nach dem Kriege vorhandenen Produktionsmittel ohne Einmischung der Befehlsmächte in Gang setzen können, sie hätten sich schneller als 1918

herausgearbeitet, weil keine sozialdemokratische Kateridee vom friedlichen Aufbau des Sozialismus auf kapitalistischer Grundlage die Werktätigen von wirklich sozialistischen Maßnahmen abgehalten hätten.

In dem Maße, wie die Massen für diesen Kampf mobilisiert werden, können auch die noch vorhandenen Möglichkeiten für Lohnverbesserungen usw. ausgenutzt werden. Nur im Kampfe um die Verteidigung und Erweiterung ihrer letzten demokratischen Errungenschaften kann die verlogene bürgerliche durch die proletarische Demokratie ersetzt werden. Verzichtet die Arbeiterklasse auf diesen Kampf und folgt sie wieder den wirtschaftsdemokratischen Irrlichtern des kapitalistischen Sumpfes, dann wird auch diesmal die verlogene bürgerliche Demokratie ihr natürliches Ende im Faschismus finden.

Der Daily Telegraph berichtet, daß die sowjetische Kommission zur Beobachtung der Demontage der Kruppwerke und des Walzwerkes in Essen-Borbeck noch in der britischen Zone ist. Bis die letzten Teile demontiert und in Kisten verpackt sind, dürften noch Wochen vergehen. Die Demontage von Schieß-Defries in Düsseldorf und der Stahl- und Eisenwerke Band-eisen AG. in Dinslaken für die SU sind fast abgeschlossen.

Ist das der Grund für die Schweigefamkeit der KPD? Die Arbeiter des Bochumer Vereins kämpften wochenlang um ihren Arbeitsplatz und ihre Arbeitsmittel - und die KPD schweigt!

„Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. In dieser Beziehung kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird: es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten allgemeinen Resultate zu überblicken. ... Und gelänge es uns, ... dann würde dieses Blatt zu einem kleinen Teil des gewaltigen Blasebalges werden, der jeden Funken des Klassenkampfes und der Volksempörung zu einem allgemeinen Brand anfacht. Um diese an und für sich noch sehr harmlose und sehr kleine, aber regelmässige und im vollen Sinne des Wortes gemeinsame Sache könnte man eine ständige Armee von erprobten Kämpfern systematisch sammeln und schulen.“

Lenin „Was tun?“ (Veröffentlicht in Stuttgart 1902)

(Das Ruhrstatut, Fortsetzung von Seite 3) Der Gewerkschaftsrat klammert sich an die zur Täuschung der Arbeiter bestimmten Phrasen, die kein Beteiligter ernst nimmt, und verkündet, daß „alles davon abhängt, wie das Statut ausgelegt und angewendet wird.“ Was die Gewerkschaftsführer nicht begreifen und nicht begreifen wollen, ist, daß der imperialistische Klasseninhalt des Ruhrstatuts die „Auslegung und Anwendung“ bestimmt und nicht die banalen Redensarten von europäischer Zusammenarbeit. Für das „Vertrauen und das Verständnis der Welt“ - der imperialistischen!!! - sind die Gewerkschaftsführer bereit, die deutschen Arbeiter „einen hohen Preis“ zahlen zu lassen. Der Gewerkschaftsrat appelliert an die „demokratischen Kräfte der Welt“, er hütet sich aber, die deutsche Arbeiterklasse zum Kampf gegen das Ruhrstatut aufzurufen. Sein einziger praktischer Vorschlag ist bezeichnend: Gewerkschaftsvertreter in die Ruhrbehörde! Oder anders gefagt: Neue Futterkrippe!

(Fortsetzung in der nächsten Nummer)

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 3

Ende März 1949

Preis -,40 DM

Lohnerhöhung und Preisdruck!

Die Geduld der Arbeiter ist am Ende; die ersten größeren Kämpfe haben begonnen. Die schreienden Unterschiede in Ernährung, Kleidung, Wohnung rütteln den letzten Werktagen auf. Zwei Tage vor der Währungsreform fing Erhard mit seinen Vorauslagen über Preisfenkungen an und hat sie seitdem regelmäßig wiederholt. Jeder Arbeiter kennt die Wirklichkeit: die Schwarzmarktpreise sind gefallen. Die täglichen Bedarfswaren steigen weiter: meistens der Brotpreis. Neue Preissteigerungen stehen bevor für Importlebensmittel, Kohle, Miete. Die eigenen Beamten nehmen die Erhard-Reden nicht ernst. So erklärte sein Sprecher am 11. Februar: „Es wäre nicht richtig, die Preise irgendwie gewaltfam herabzudrücken. Die Stabilisierung der Preise müßte unter den gegebenen Umständen das Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Nur die hohe Gewinnspanne hat das Eintreten der Arbeitslosigkeit verhindert. Das Beschäftigungsniveau ist durch die überhöhten Preise finanziert und getragen worden.“ Es ist daselbe Manöver wie mit der Hortung: man nahm Enthortungsgefetze an und erklärte nachher zynisch, ohne Hortung wäre die Währungsreform nicht gelungen. Erhard redet für Preisfenkung - um die Arbeiter zum Stillhalten zu bewegen. Sein Sprecher erklärt offen: ohne Preissteigerungen wäre die Währungsreform nicht gelungen; an Preisfenkungen sei nicht zu denken. Das ist das Geheimnis der Währungsreform und der Sanierung des deutschen Kapitals: Warenhortung und Papierlöhne vor, Preissteigerung und Lohnstabilität nach der Währungsreform. Nur hoffnungslos wirtschaftsfriedliche Arbeiterführer können auf diese Währungsreform stolz sein.

Zu den Riefengewinnen kommen Steuererleichterungen aller Art. Die Vermögenssteuer fällt weg. Die Steuerhinterziehungen seit der Währungsreform sind schon größer als die eventuellen Lastenausgleichszahlungen. Der Wert der neuen Steuergefchenke ist noch nicht zu übersehen. Den Arbeitern wird die Steuerfdraube anders angelegt; sie können keine Steuern hinterziehen.

Die Währungsreform machte mit einem Schlage Schluß mit der Illusion der Betriebsgemeinschaft. Um die Arbeiter weiter ruhig zu halten, wurden neue Latrinenparolen erfunden:

1. Wir seien alle gleich arm durch den verlorenen Krieg und könnten nur durch Opfer „unser“ Wirtschaft aufbauen. (Diese kapitalistische Litanei wiederholt auch der „Bund“.) Heute weiß jeder, wie groß die Besitzunterschiede in Deutschland sind und daß die Arbeiter alle Opfer tragen.

2. Produktionssteigerung bringe Preisfenkung. Lohnerhöhungen würden die Lohnpreispirale in Gang setzen. - Die Löhne waren und sind stabil. Die Produktion stieg - und die Preise steigen.

3. Die Preissteigerungen seien nur eine Angleichung an die Weltmarktpreise. So müssen wir Weltmarktöhne durchsetzen. Wir haben kein Interesse daran, den Kampf der deutschen Kapitalisten um den Weltmarkt zu finanzieren.

4. Die Preisfenkungsaktion solle nun wirklich angehen. – Das wird gefagt, weil Lohnverhandlungen bevorstehen. Auf diesen Theatercoup fällt keiner rein.

5. Die Arbeiter könnten oder wollten nicht kämpfen. – Die letzten Tage und Wochen widerlegten schlagend diese Unkenrufe. Der Kampfwille der Arbeiter ist der Motor aller Bewegungen in Bayern, Württemberg, Westfalen, Hamburg. Jämmerlich ist eine Führung, die über ihre Anhänger von vornherein „enttäuscht“ ist, statt sie durch richtige Zielsetzung und richtige Kampfmethoden vorwärts zu führen.

Die ersten Kämpfe haben bewiesen, daß die Belegschaften bereit sind, den Unternehmern Einhalt zu gebieten, die es wagten, die Teuerungszulagen zu streichen. Um in den kommenden größeren Kämpfen siegen zu können, brauchen die Arbeiter 1. eine kampfgewillte und -gewohnte Führung und 2. eine gute Kampfplanung.

Wie steht es um die Führung? Schon am Anfang der Lohnbewegung ist sie uns bedenklich. „General Robertson begrüßte die Haltung der Gewerkschaften, die die Gefahr der Lohnpreispirale erkannt hätten und Lohnerhöhungen als tödlich anfähen.“ (Hamburger Echo, SPD) Am 2. Februar „zollte Robertson den Gewerkschaften seine Anerkennung für ihre vernünftige Haltung in der Lohnfrage.“ (Welt) Nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen sind „Gespräche zwischen den Arbeitgebern und Gewerkschaften in Düsseldorf aufgenommen worden. Beide Partner sind sich darüber einig, daß am Lohngefüge nicht gerüttelt werden soll.“ Am verdächtigsten ist aber, daß gerade dann, wenn die Lohnkämpfe in Gang kommen, die Gewerkschaften mit der Vfw handelseinig über ihre Mitbestimmung werden. Ob Erhard der Gewerkschaftsführung diesen Brocken hinwirft, um dafür ein weiteres Stillhalten in der entscheidenden Lohnfrage einzuhandeln?

Es ist notwendig, daß die Führung durch Betriebsräte und untere Gewerkschaftsfunktionäre ständig beobachtet und unter Druck gehalten wird. Sie müssen den Einsatz ihrer Organisation durchsetzen.

Worum kämpfen die Arbeiter? – Eine Lohnerhöhung von 30%, wie in Bayern gefordert, ist berechtigt. Aber sie ist nur der erste Schritt. Um den ständig steigenden Preisen zu begegnen, müssen die Arbeiter die Preise kontrollieren vom Betrieb bis zum Verbrauch, Riefengewinne u. Schiebungenaufdecken und der kapitalistischen Profitgier organisiert entgegenzutreten.

Die bayrischen Unternehmer haben sehr scharf auf die ersten Schritte der Arbeiter geantwortet: Aussperrungsdrohung. Auf eigen groben Klotz gehört ein grober Keil. Die Arbeiter Amerikas und Frankreichs haben das Gegenmittel gefunden: Fabrikbesetzung. Sie hat den Kapitalisten schnell Respekt beigebracht. Sie zwang die Arbeiter zur Organisation der Notdienste, zeigte ihnen und den Unternehmern, daß sie es konnten und hob damit ihr Selbstbewußtsein ungeheuer. So ist sie unter Umständen der erste Schritt zur Kontrolle der Produktion. Sie ist natürlich nur möglich im überbetrieblichen Rahmen und bei genügender Kampfkraft der Arbeiter.

Die ersten Erfolge der Streiks sind da. Wenn wir aus den Erfahrungen lernen, werden weitere Erfolge nicht ausbleiben, und wir werden bald auf die Kapitaloffensive mit einer breiten und erfolgreichen Gegenoffensive antworten können. Voraussetzung ist das gemeinsame organisierte Vorgehen der besten klassenbewußten Betriebsräte und Gewerkschaftler, das den Willen der Arbeiter auch gegen die Gewerkschaftsführung durchsetzen kann.

Proletarische Abwehrfront gegen kapitalistische Klassenjustiz

Im 2. Stuttgarter Königstraßenprozeß sind - diesmal von einem deutschen Gericht - wiederum 10 Jugendliche mit bis zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auch sie waren beschuldigt, an der Protestaktion vom 28. 10. 1948 beteiligt gewesen zu sein, bei der es ein paar zerbrochene Fensterheben gab. Wenn die Bourgeoisie aller Länder zur Verteidigung ihres Profits Millionen Jugendliche mit den modernsten Vernichtungswerkzeugen ins jeweilige Feindesland schickt, um dort ganze Städte samt Frauen und Kindern zu vernichten, dann feiert sie diese Jugendlichen als Helden. Aber sie bestraft dieselben Jugendlichen, wenn sie sich gegen den Vernichtungskrieg wehren, den der bankrotte Kapitalismus mit den Waffen des Hungerlohnes, des Preiswuders, der Steuerhinterziehung und der allgemeinen Verelendung gegen die Massen führt.

Zu diesem so krassen Fall schreibt die Stuttgarter Volksstimme (KPD!): „Man hätte besser daran getan, den Jugendlichen Unterricht über Pflichten und Rechte eines Staatsbürgers zu erteilen, als sie auf die Anklagebank zu setzen.“ Das ist faktisch Hilfe für die kapitalistischen Ordnungshüter. Daß die SPD diese Hilfe noch offener leistet, indem sie dem Urteil zustimmt, ist angesichts des abgrundtiefen Niveaus dieser Partei nicht mehr verwunderlich. Auch die Gewerkschaftszeitung, die das Urteil nur als „zu hart empfindet“, befindet sich damit auf derselben Linie der völligen Preisgabe proletarischer Klasseninteressen. Sie hätte doch wenigstens die Teilnehmer einer Gewerkschaftsdemonstration verteidigen müssen!

Die 6 Demontageverweigerer des Bodumer Vereins, die am 28. Januar zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, sind am 10. Februar gegen 100 DM Kautions freigelassen worden, um das Revisionsurteil abzuwarten.

In Stuttgart wurden bisher 14 Arbeiter bestraft, weil ein paar Scheiben zertrümmert wurden, in Bodum werden Arbeiter bestraft, weil sie die befohlene Zerstörung modernster Produktionsanlagen verweigern. Es spricht für die Arbeiter, daß sie solch praktischen „Unterricht über die Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers“ besser begriffen haben, als sogenannte kommunistische Zeitungsschreiber.

Die 5-6000 DM Spenden für die Demontageverweigerer, die nach Mitteilung der Werksleitung bisher eingegangen sind, deuten an, daß hier auch kapitalkräftigere Spender beigefeuert haben. Möglicherweise versuchen hier deutsche Kapitalisten ihren kläglich verlaufenen Ruhrkrieg von 1923 im

Rosa Luxemburg über die Arbeiterführer von 1949:

„Die Masse stellt immer das dar, was die geschichtlichen Bedingungen unvermeidlich aus ihr machen, und sie ist immer fähig, anders zu werden, als sie erscheint. Schlecht ist der Kapitän, der sein Schiff steuert, indem er nur dem augenblicklichen Zustand der Meeresoberfläche Rechnung trägt und nicht aus der Beobachtung des Himmels und der Meereswellen den kommenden Sturm voraussieht. Die ‚Enttäuschung über die Massen‘ ist immer das kompromittierendste Zeugnis für politische Führer. Ein wahrer Führer, ein Führer von grossem Format richtet seine Taktik nicht nach der augenblicklichen Massenstimmung, sondern nach den stahlharten Gesetzen der Entwicklung. Er hält sich fest an diesen Gesetzen, trotz allerhand Enttäuschungen, und überlässt es der Geschichte, den Prozess des allmählichen Heranreifens seiner Aktion zu vollenden.“

Miniaturformat zu wiederholen. Von solchen Bundesgenossen muß die Arbeiterfront eindeutig abrücken. Ihr Kampf muß die Schaffung einer proletarischen Abwehrfront gegen alle Kapitalsvertreter zum Ziel haben. Ihre Solidarität gehört den Bodumer und Stuttgarter Opfern des Klassenkampfes in gleichem Maße.

Max Reimann ist nach kurzer Haft entlassen, um seine Tätigkeit im parlamentarischen Rat wieder aufzunehmen. So erfreulich es ist, daß die Militärregierung dem Druck der Arbeiter nachgeben mußte und so sehr dieser Fall beweist, daß die Arbeiterklasse keineswegs das Diktaturregime wehrlos ertragen muß, so beweist er gleichzeitig, wieviel mehr die Arbeiterklasse erreichen könnte, wenn die KPD eine konsequente international ausgerichtete Politik betreiben würde. Max Reimanns Bezeichnung der deutschen Politiker als Quislinge ist berechtigt. Ebenso, daß diese sich einmal zu verantworten haben werden. Doch seine Argumente besäßen erst dann volle Wirkung, wenn die KPD auch gegenüber der russischen Besatzung in aller Kameradschaft die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten würde. Das ist umso leichter möglich, als zwischen diesen und den wirklichen Interessen des sozialistischen Rußland kein Widerspruch besteht. Eine Politik, die die Befreiung Reimanns feiert, aber die Bodumer und Stuttgarter Arbeiter vergißt, d. h. totschweigt, muß von den deutschen Arbeitern durch eine bessere Politik praktischer proletarischer Solidarität ersetzt werden.

Der Lastenausgleich - ein geplatzter Schwindel

Die lizenzierten Parteien - alle ohne Ausnahme - sind nach der Währungsumstellung mit der Parole eines gerechten Lastenausgleichs haufieren gegangen. Alle haben den Ausgebombten und Flüchtlingen erzählt, ein solcher Lastenausgleich sei möglich und bedeute eine gerechte Verteilung des verbliebenen Nationalvermögens. Den Vogel hatte in dieser Beziehung der Theoretiker des Bayerischen Gewerkschaftsbundes abgefohlen. Die Armen sollten dadurch reicher und die Reichen ärmer werden. Nur bei solcher Ausgeglichenheit der sozialen Verhältnisse sei eine wahre Demokratie möglich. Das mag stimmen - ist aber kein Beweis dafür, daß diese Lösung möglich ist.

Dieser Vorſchlag läuft auf die Schaffung einer Maſſe kleiner und mittlerer Eigentümer an den Produktionsmitteln hinaus, die das Wirtschaftsleben und damit das politiſche Leben beherrſchen.

Eine ſolche Auffaſſung von Arbeiterführern iſt wahrhaft erſtaunlich. Von dieſen Auffaſſungen haben ſich die Arbeiter ſeit ihrer politiſchen Emanzipation vom Bürgertum vor reichlich hundert Jahren ſchon freigemacht. Dieſer Auffaſſung liegt die Vorſtellung zugrunde, die kapitaliſtiſche Entwicklung mit den ihr eigentümlichen Eigentumsverhältniſſen, dem beherrſchenden Faktor des Finanzkapitals, dem Großunternehmen, dem Monopol, könnte wieder auf ihr Ausgangſtadium zurückgeſchraubt werden. Dieſe Utopie läßt auch bezeichnende Rückſchlüſſe auf die geiſtige Einſtellung zu den heutigen Problemen der Arbeiterbewegung zu.

Die Befehlsmächte haben zwar die Währungsreform durchgeführt - aber die Durchführung des Laſtenausgleichs wohlweislich ihren deutſchen Lakaien zugeſchoben. Sie wußten warum. Die Frankfurter Großen haben nun ein Geſetz über einen „vorläufigen“ Laſtenausgleich fertiggeſtellt. Dieſer Name wurde gewählt, um die Enttäuſchung nicht allzu groß werden zu laſſen. Einige Gruppen von arbeitsunfähigen Leuten - nicht alle - ſollten eine Monatsrente von 70 DM mit Familien-Zuſchlägen erhalten. Dies iſt nichts anderes, als eine Hilfe für die hoffnungslos bankrotten Sozialverſicherungs- und Fürſorgeverbände. Die Mittel dafür ſollen durch eine Abgabe von 3% auf die Grund- und Betriebsvermögen aufgebracht werden.

Urſprünglich wollte man dieſes überaus magere Geſchenk den Ärmſten der Armen unter den Weihnachtsbaum legen. Aber bis dahin war man mit der Feiſcherei nicht fertig geworden, und das Geſetz wurde erſt anfangs Januar den Militärregierungen vorgelegt.

Die Franzoſen haben gleich ſauer darauf reagiert. Sie ſind der Meinung, wenn man ſchon in ihrer deutſchen Kolonie neue Steuern ausſchreibt, ſo ſollen dieſe in erſter Linie für die Befehlungskosten reſerviert werden. - Die Frankfurter Bürokratie hat die techniſchen Vorbereitungen getroffen, ſogar Durchführungbeſtimmungen erlaſſen. Aber den Großkapitaliſten riecht dieſer Laſtenausgleich zu ſehr nach Bolſchewismus. Sie wandten ſich an ihre ausländiſchen Klafſengenoffen in Geſtalt der Militärregierungen - und ſtießen auf volles Verſtändnis. Heute ſteht bereits feſt, daß das Laſtenausgleichsgeſetz nicht genehmigt wird. Die in Betracht kommenden Behörden bleiben nun auf ihren Millionen Formularen und Fragebogen ſitzen. Schwierig iſt die Löſung der Frage: Wie ſag ich's meinem Kinde? Nämlich den geprellten armen Teufeln. Man will ſich mit der Gefährdung der Währung ausreden.

Das Verſprechen des gerechten Laſtenausgleichs war von vornherein ein Schwindel. Die kapitaliſtiſche Ordnung iſt auf der Ungleichheit des Beſitzes begründet. Sie ſteht und fällt mit dieſer Grundlage. Der einzig gerechte Laſtenausgleich iſt nur möglich durch die Überführung der Produktionsmittel in geſellſchaftliches Eigentum, mit anderen Worten: durch die Einführung des Sozialismus. Das ſetzt die Enteignung der Privatkapitaliſten, die ſozialiſtiſche Revolution, voraus. Alle anderen Verheißen eines gerechten Laſtenausgleichs ſind und bleiben bloße Windbeutelerei.

Das Ruhrstatut

(Fortsetzung von Nr. 2)

Die KPD hat seit einiger Zeit eine Reihe von halben Wendungen in Richtung der von uns propagierten Linie vollzogen, aber durch weitere Aufrechterhaltung alter, falscher Ansichten und Lofungen das Durcheinander noch vergrößert. Das geht klar aus Max Reimann's Artikel „Die organisatorische Trennung der KPD von der SED“ hervor. Er versucht hier eine Analyse der gegenwärtigen Lage Deutschlands zu geben. Das Neue ist die indirekte Feststellung des Bestehens einer imperialistischen Militärdiktatur im Westen durch den Satz: „Wir gehen in Deutschland einem Scheinparlamentarismus, einer Scheindemokratie entgegen. Das müssen wir ganz offen aussprechen. Durch dieses Befatzungsstatut wird die Souveränität des deutschen Volkes aufgehoben.“

Die Konfusion ist offenbar. 1. gehen wir keiner Scheindemokratie entgegen, sondern genießen sie seit fast 4 Jahren, was aber die KPD nicht zugeben kann, da sie sich seit 1945 krampfhaft bemühte, den Schein für bare Münze zu nehmen und in der Scheindemokratie mitzuwirken (Regierungsbeteiligung). 2. Das Befatzungsstatut wird die Souveränität des deutschen Volkes nicht aufheben; das geschah bereits 1945. Daneben nimmt die KPD jetzt die von der Warschauer Konferenz der Ostblockaußenminister angenommene Forderung des Abzugs der Befatzungsgruppen als Agitationslosung auf.

Diesen Ansätzen steht der alte Plunder gegenüber. Die Hauptforderungen der KPD sind weiterhin: Schaffung einer einheitlichen demokratischen Republik (mit Oder-Neiße-Linie!), Abschluß eines Friedensvertrages. Reimann läßt die Kasse aus dem Sack: „Die KPD fordert konsequent, daß die Westmächte die Beschlüsse von Jalta und Potsdam einhalten, die sie zum Aufbau einer demokratischen Ordnung in Deutschland gemeinsam mit der SU faßten.“ Hieraus geht hervor, daß die KPD auch weiterhin gewillt ist, auf den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die nationale Verklavung zu verzichten, wenn diese Verklavung gemeinsam von den Siegermächten vollzogen wird. Denn diese Verklavung ist der Inhalt des Potsdamer Abkommens. Das darf nicht vergessen werden, wenn wir die wirkliche Stellung der KPD zum Ruhrstatut verstehen wollen. Die KPD ist nicht grundsätzlich gegen die Herauslösung des Ruhrgebiets aus dem gesamtdeutschen Wirtschaftskörper, sondern nur weil die SU nicht in der Ruhrbehörde vertreten ist. So erklärte Renner, KPD in Bonn: „Wir Kommunisten wollen die Schaffung einer internationalen Kontrolle der Ruhrindustrie unter Beteiligung der Sowjetunion.“ Die russischen Reparationsforderungen und die Oder-Neiße-Linie hindern die KPD deutsche Arbeiterinteressen wahrzunehmen und in Westdeutschland den Kampf gegen Demontagen, Gebietsraub, Terrorjustiz zu organisieren.

Der Kampf der deutschen Arbeiter gegen das Ruhrstatut ist ein Teil des Klassenkampfes gegen die in- und ausländische Bourgeoisie, der heute auf die erste Etappenlösung, Räumung ganz Deutschlands von allen Befatzungsgruppen ausgerichtet werden muß. Die deutschen Arbeiter fordern ferner den Frieden ohne Gebietsabtretungen und Reparationen. So wie das amerikanische Finanzkapital seine Kontrolle der Ruhrproduktion diktiert, so muß die Arbeiterklasse den Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung als Kampf gegen die imperialistischen

Räuber und für ihre Klassenziele führen. Als organisatorischen Ausgangspunkt hierfür findet die deutsche Arbeiterklasse die Betriebsrätebewegung. Um die Arbeiterkraft zusammenzuschweißen und in den Kampf zu führen, ist es unumgänglich, die politischen Forderungen mit den Tagesforderungen zu verbinden. Dabei kann der politische Boden nicht die Parole „Demokratische Republik“ sein, sondern „Kampf um Rätedeutschland – ein Deutschland der proletarischen Diktatur.“

Die ersten Ansätze dieses Kampfes sind die Abwehr der Demontage (Bochum), die Demonstrationen und Streiks gegen Hunger und Preiswucher, der Kampf um höhere Löhne, die Abwehr der imperialistischen Terrorjustiz (Stuttgart, Bochum). Die lizenzierten Arbeiterorganisationen haben bisher in den meisten Fällen schamhaft geschwiegen. Dieses Schweigen zu den wirklichen Kämpfen der Arbeiter wiegt schwerer als die Scheinproteste, denen keine Handlungen entsprechen. Die lizenzierten Organisationen kapitulieren vor den herrschenden Mächten.

Die Arbeiterklasse kann sich nicht damit begnügen, lokale Kämpfe zu führen. Sie muß sich selbst die Führung schaffen, die die lokalen Kämpfe verbindet und koordiniert. Mit einer eigenen Führung wird sie über die lokalen Abwehraktionen zur gemeinsamen Aktion aller deutschen Arbeiter kommen gegen die verschärfte Verklavung und Ausbeutung durch das Ruhrstatut.

Der Weg der SP Bayerns 1948

Nach dem Bruch der Koalition mit der CSU machte die SP sich große Hoffnungen auf ihre Stellung als Oppositionspartei. Die größte Hoffnung machte sich die Opposi-

tion innerhalb der SP. Aber am Jahresende steht die Oppositionspartei vor ihren Wählern ebenso wie die Parteiopposition vor ihren Anhängern mit leeren Händen da. W. v. Knöringen und andere „Linke“ sind in führende Positionen aufgerückt – um mit radikalen Worten vom Kampf um den Sozialismus den reformistischen Kurs weiterzuführen. Die Opposition darf uneingeschränkt kritisieren, doch der Parteikurs wird davon nicht beeinflusst. Ebenso ist es mit der Opposition im Parlament. Es wird rein gefühlsmäßig kritisiert. Jede grundsätzliche Abgrenzung gegenüber der reformistischen Führung fehlt.

Bayern hat keine Tradition. Es war die Ordnungszelle der deutschen Reaktion und die stärkste Stütze des Reformismus in der SPD. Von G. v. Vollmar bis zu Knöringen geht eine Linie. Der Sozialist Timm führte schon vor 1914 im Speyerer Dom mit dem Zentrum Koalitionsverhandlungen. Opposition ist hier nur Unterbrechung der allgemeinen Linie der Koalition.

Die jetzige Unterbrechung wurde von der CSU auf ihrer Eidstätten Tagung provoziert. Unbelastet von einer Koalition konnte so das junge Element in der Führung der SPD ihr Können beweisen. Unter der vielversprechenden Losung „Durchgreifen“ wurden anfangs 1948 Protestaktionen gegen Hunger, dann gegen Preissteigerung, Warenhortung durchgeführt. Wären den scharfen Worten auch nur zum Teil Taten gefolgt, so wäre die Regierung in eine schwierige Lage gekommen. Dann wäre das später inszenierte und heute noch leerlaufende Volksbegehren überflüssig gewesen. Hinzu kam, daß damals auch die Gewerkschaftsführung sich unter dem Druck der Massen gegen die Regierung wenden mußte. Aber bei aller Vorliebe für Wahlen theoretisierte man über Sozialismus und Planwirtschaft. Zum Gefehentwurf über Gemeinwirtschaft (Sozialismus) schrieb das „Volk“:

„Der Sozialismus ist kein fernes Ziel mehr. Die SPD erschöpft sich nicht mehr in Schlagworten

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion zur Rettung der Wirtschaft vor der kapitalistischen Anarchie

Noch eindringlicher als in der Inflationskrise nach dem ersten Weltkrieg verfuhr heute wieder alle kapitalistischen Ordnungsretter den notleidenden Werktätigen einzureden, daß ihre gegenwärtige Not eine

unvermeidliche Voraussetzung für die Rettung der deutschen Wirtschaft und die einzige Garantie ihres zukünftigen Wohlergehens sei. Wie ist es wirklich?

I. Die Lehren des Kampfes der Inflationskrise

1. Die Tragödie von 1923

Ebenso wie heute redneten die Kapitalisten in der Inflation den Arbeitern vor, daß sie keine Lohnzulagen bewilligen könnten, daß sich ihr Geschäft nicht rentiere, daß sie von der Substanz leben müßten; es fehlte nur

noch, den Arbeitern zu sagen, daß sie Geld mitbringen müßten, um überhaupt Beschäftigung zu finden. Neben der Ausplünderung der Arbeiter durch Hungerlöhne und Wucherpreise wurden die kleinen Sparer und der Mittelstand entschädigungslos enteignet; deren Spargroschen lösten sich in Papierbillionen auf. Aber auf der Grundlage des Massenelends entfanden die Riesenkonzerne der Stinnes & Co., restaurierten die Monopolisten ihre Macht. Jetzt verfuhr man die Wiederholung dieses Spiels. Aber damals gab es - zum Unterschied von heute - eine aktionsfähige Arbeiterbewegung, deren kampfbereite Schichten sich erfolgreich zur Wehr setzten. Es gab nämlich eine wirkliche kommunistische Partei, die nicht wie ihr heutiger Schatten von „Demokratisierung der Wirtschaft“ spintillierte, sondern unter der zielweisenden Losung des Kampfes um die Kontrolle der Produktion immer breitere Arbeiterschichten unter Führung ihrer Betriebsräte zu mobilisieren verstand.

Resolutionen und Programmen. Sie ist Vollstreckerin dieses großen geschichtlichen Zuges unserer Zeit. Es gilt den Arbeitenden klarzumachen, daß nicht die Verteidigung, sondern die Offensive bestimmt.“ Ein Artikel im „Volk“ erläutert, was mit der Offensive für den Sozialismus gemeint ist: Kampf um die Bauwirtschaft, Vorlage von 4 Gesetzesentwürfen für den Landtag - das sei der Kampf um die Macht.

So verfuhr man die elende Lage der Werktätigen für die SPD auszunutzen. Die größere Beweglichkeit der Oppositionellen bindet manche Mitglieder wieder fester an die Partei, und der alte Kurs geht weiter. Um die Gesetzesentwürfe wurde nicht eine einzige Kampagne geführt. Die oppositionelle Partei und ihre Opposition stehen vor dem Nichts. Wie immer, wenn eine Arbeiterorganisation ein falsches Konzept hat, gibt es für den aufsteigenden Funktionär nur zwei Möglichkeiten: entweder durch konsequente Vertretung einer richtigen Beurteilung der Lage als revolutionärer Führer die Parteiführer zu durchbrechen oder zu kapitulieren. Das läßt sich in Reden und Schriften bei Knöringen, Albert, Marx-Münden u. a. verfolgen. Knöringen scheint besonders von der amerikanischen Wirtschaftsdemokratie beeindruckt zu sein, deren Ideen sein Genosse Zorn in Bayern einzubürgern verfuhr.

Die realistische SP muß am Jahresende zugeben, daß sich die Reaktion wieder überall eingemischt hat. Das Ergebnis ihrer „Opposition“ ist dasselbe, wie das der Koalition. Kein

2. Aus der Praxis des Kampfes um die Arbeiterkontrolle Da gab es z. B. solche Fälle, wo ein Bauunternehmer seinem Betriebsrat erklärte, das der Bau stillgelegt werden müßte, weil Ziegel und Zement fehlten. Der Betriebsrat konnte durch telefonische Umfrage bei seinen Kollegen aus umliegenden Baustoffbetrieben sofort das angeblich fehlende nachweisen und den Unternehmerchwindel richtigstellen. Nun sollten die Transportmittel fehlen. Durch Umfrage bei Betriebsräten umliegender Bahnstationen konnten genau Standort und Anzahl der benötigten Waggons präzisiert werden. Und weil inzwischen die Betriebsräte, unterstützt von den existenzbedrohten Arbeitern und im Zusammenwirken mit den lokalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die breite Öffentlichkeit zu Protestkundgebungen mobilisierten, konnte die Unternehmerfabotage gebrochen werden.

Jeder Arbeiter kann sich vorstellen, wie die Geschichte ausgelaufen wäre, wenn der betreffende Betriebsrat nach wirtschaftsdemokratischen Spielregeln eine „wohlrühmliche, mit detaillierten Vorschlägen verfehene Eingabe“ verfaßt und Herrn Tarnow zwecks gründlicher Erledigung in irgendeiner sogenannten Wirtschaftskommission übergeben hätte. Dann hätte sicher Tarnow, aber ebenso sicher hätten nicht die Bauarbeiter für die nächste Zeit Arbeit und Brot gehabt.

Doch nicht nur die Betriebsarbeiter, auch andere Schichten, z. B. die Frauen kämpften auf ihre Art durch Preiskontrollkommissionen gegen die Wucherpreise. Da hinter ihnen breite Schichten der Arbeiter und des verarmenden Mittelstandes standen, hatten sie Teilerfolge. Auf diese Kleinkämpfe traf das Wort im „Kommunistischen Manifest“ zu: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber das Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ In zahlreichen Einzelfällen, in denen die Werktätigen gegenüber den desorganisierenden

Wunder, daß sie wieder zur Koalition strebt. Aber die Wähler und Mitglieder wollen endlich Taten sehen. Allein, sie verkennen noch, daß sie von ihnen selbst ausgehen müssen. Die Führung schafft sich mit dem Volksbegehren für Landtagsauflösung einen Zeitgewinn in der Hoffnung, bei einem vorzeitigen Unfall der Regierung Ehard als Retter in der Not in die Regierung hineinzukommen. Dann wäre wieder vergessen, was Knöringern 1947 schrieb: Die SPD habe in der Krisenzeit 1928/29 nur zur Sicherung der Demokratie die Führung übernommen und Schiffbruch erlitten. Die Offensive allein hätte die Entscheidung bringen können.

Die Offensive 1948/49 bestand in Gesetzesentwürfen, die sich rein parlamentarisch an dieselbe Regierung richteten, die gestützt werden sollte. Alles blieb nur Propaganda, auch das Betriebsrätegesetz. Hier konnte die SP zeigen, ob es ihr mit diesem Entwurf ernst ist, zumal feststand, daß hunderttausende Arbeiter und Angestellte und ihre Gewerkschaften ihn entschlossen unterstützten. Eine außerparlamentarische Bewegung hätte der SP im Landtag erst den nötigen Resonanzboden geschaffen. Unabhängig vom Erfolg wäre eine solche Aktion ein Plus für die Werktätigen gewesen. Sie unterblieb, weil sonst die „verantwortungsbewußte Opposition“ erkannt hätte, daß die bürgerliche Demokratie im heutigen Westdeutschland ein Instrument des Bürgertums zur Aufrechterhaltung seiner sozialen Stellung unter den Fittichen der Befehlsmacht ist.

Kräften des Kapitalismus ihren organisierenden Willen - wenn auch zu noch so geringem Teil - durchsetzen konnten, wuchs ihr Kraftbewußtsein und damit ihre Bereitschaft zum einheitlich geschlossenen Kampf um die Lösung viel größerer Aufgaben.

3. Zweck und Ziel des Kampfes um die Produktionskontrolle

Befürchten sich die Arbeiter weiterhin auf den immer weniger Erfolg versprechenden Lohnkampf, dann bleiben sie zur Aktionsunfähigkeit verurteilt. Die kapitalistischen Demago-

gen werden die Lohnerhöhungen als Vorwand für Preissteigerungen anführen. Damit versuchen sie Mittelfändler und Bauern gegen die Arbeiter zu heben. Richtet sich aber der Kampf gleichzeitig gegen die Wucherpraxis der Monopolisten und gegen deren kapitalistische Desorganisation der gesamten Wirtschaft, dann können die Arbeiter diese Schichten als natürliche Bundesgenossen gegen den gemeinsamen Feind gewinnen. Die Wirtschaft kann nur gerettet werden, wenn die hochentwickelten Produktivkräfte der Kontrolle der Arbeiter unterstellt und im Interesse der gesamten Gesellschaft planmäßig ausgenutzt werden.

Diese Erkenntnis hat die deutschen Arbeiter am Ende des ersten Weltkriegs zur Schaffung ihrer Betriebsräte bewogen. Die reformistischen Führer haben mit allen Mitteln versucht, (Betriebsrätegesetz von 1920, ADGB-Kongreßbeschluß von 1922) die Betriebsrätebewegung als Organe ihrer klassenverräterischen Arbeitsgemeinschaft für die Kapitalisteninteressen zu mißbrauchen und sie von ihren eigentlichen Aufgaben abzuhalten. Im ausschließlichen Interesse der Kapitalisten liegt es, „den Betrieb vor Erdbeben zu

Die SP-Genossen dürfen nur verfolgen, was aus der Forderung auf behördliche Kontrollstellen unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern geworden ist. Die einzelnen aufgedeckten Korruptionsfälle und das Ergreifen einzelner Schieber ist gegenüber der ungeheuren Belastung der Werktätigen durch den Staat so bedeutungslos, daß heute kein SP-Führer einen Erfolg der Lobung des Durchgreifens behaupten kann. Die Werktätigen haben von diesem bayrischen Staat keine nennenswerten Zugeständnisse zu erwarten, einerlei wie die Regierung heißt. Der Staatsapparat facht sich über die demokratischen Zwirnsfäden hinweg.

Wir stellen fest, daß die SP-Führung in Bayern die alte reformistische Politik - die nach Knöringen Schiffbruch erlitten hat - fortsetzt. Alle großen Pläne, wie Zorns Wirtschaftsplan, bringen die Arbeiterklasse ihrem Ziel keinen Schritt näher. Verlassen sich die SP-Mitglieder weiter auf ihre Führung, dann bleibt ihnen auch 1949 die Enttäufung nicht erspart. „Das Volk“ schreibt richtig, daß es unter einer Befehlsmacht keine Revolution geben kann. Die Arbeiterchaft ist gezwungen, sich in Bewegung zu setzen, wenn sie nicht dauernd am Rande des Hungers dahinvegetieren will. Wird sie daran von der Befehlsmacht gehindert, dann ist die Forderung auf Räumung Deutschlands eine Notwendigkeit. Denn noch liegt Bayern innerhalb der deutschen Grenzen. Nur die Kraft der hunderttausende Betriebsarbeiter wird einen solchen Protest zu mehr als einer Geste machen. Aber von einem solchen Kampf will die SP-Führung nichts wissen. So entpuppt sich auch die 1948-er „Offensive“ als gutes parlamentarisches Kind nach Vollmars Rezept aber viel schwächer.

Die SP-Führung hat keinen Anspruch darauf, die bayrische Arbeiterchaft zu repräsentieren. Was nützt, ist die Herausarbeitung einer revolutionären Führung, die nicht nur von Sozialismus

bewahren", wie es das Weimarer Betriebsrätegesetz verlangte. Aber die von den Reformisten gefürchtete Erzhütterung durch den Kampf um die Produktionskontrolle ist die einzige Möglichkeit, um den Betrieb vor Mißbrauch, vor der Stilllegung und der schließlichen Vernichtung durch die kapitalistischen Marodeure zu bewahren. Eine Betriebsrätebewegung, die auf diesen Kampf verzichtet, sowie eine Gewerkschaftsbewegung, die diesen Kampf hemmt statt ihn zu unterstützen, muß ziel- und inhaltlos werden; sie muß die Massen enttäuschen und zum wehrlosen Ertragen der Kapitalsoffensive verurteilen. Denn der Verzicht auf den revolutionären Kampf um die Arbeiterkontrolle macht auch die Ausnutzung noch vorhandener Möglichkeiten für Lohnaufbesserungen und sonstige Reformen unmöglich. Einer Arbeiterklasse, die auf den revolutionären Kampf um ihr Erbtgeburtsrecht, d.h. um die Übernahme der Produktionsmittel verzichtet, braucht der Kapitalismus nicht einmal ein Linfengericht von Reformen anzubieten. Daß die

spricht, sondern die jeweilige Lage marxistisch beurteilt und entsprechend handelt. Das aber ist nur möglich, wenn die SP-Mitglieder erkennen, daß es nur einen revolutionären Weg zur Beseitigung des Kapitalismus geben kann und zusammen mit allen revolutionären Kräften den führenden Kader schaffen, um der Arbeiterklasse ein neues 1918 und 1933 zu ersparen. Der Einfaß der Massen der Werkätigen ist der einzige Faktor, der der Reaktion Halt gebieten und den Weg zum Sozialismus freikämpfen kann.

Die Lage der Hamburger Hafendarbeiter

Wegen des Bargeldmangels in den ersten Wochen nach der Währungsreform konnten die Spediture keine Güter aus dem Hafen abfertigen. Die Arbeiter hatten Wochen mit 2-3 Schichten. Da ein Garantielohn von 5 Schichten vereinbart ist, kam es zu Entlassungen. Der Marshallplan brachte einen weiteren Arbeitsrückgang. So folgte eine Entlassungswelle auf die andere. Von 5500 unfähig Beschäftigten wurden 2800 entlassen. Das wurde trotz schärfsten Protestes des Betriebsrats mit Zustimmung der Gewerkschaft und des Arbeitsamtes durchgeführt. Die Hafendarbeiter verlangten nun in den Arbeitsverteilungstellen von ihren Vertrauensleuten und Betriebsräten bei sofortiger Arbeitsniederlegung mit dem Senat zu verhandeln. 4000 Arbeiter begleiteten die Delegation. Der Senat versprach, sich sofort für Ausweidarbeit einzusetzen. So blieb es durch die Umlicht der Betriebsräte bei einem Tag Proteststreik. Die Gewerkschaft war zu dieser Verhandlung eingeladen, erschien aber nicht.

Statt dessen leitete sie gegen alle Betriebsräte ein Verfahren ein, das 5 Betriebsräten einen Verweis einbrachte, dem Sprecher der Delegation sogar Ausfaß aus der Gewerkschaft, Entzug aller Funktionen und Entfernung aus dem Betriebsrat. Die Mitglieder erhoben schärfsten Protest gegen diese Willkür. In einigen Verteilungsstellen unterschrieben 80-90% den Protest. Der Verbandsvorstand schwieg dazu.

Die Arbeiter kommen mit ihren Organisationsführungen in Konflikt. Die Hafendarbeiter sind um eine Erfahrung reicher, aber sonst gleich arm wie vorher. 38 DM Garantielohn pro Woche bleiben ihnen zum Leben und Nachdenken. Sie müssen die Lehre ziehen! Feste Zusammenarbeit aller klassenbewußten Elemente im Hafen und Kontakt mit den Kollegen in der Gewerkschaft kann den reformistischen Einfluß zurückdämmen. Die Volkszeitung (KPD) verweigert die Vorgänge um den Gewerkschaftsausfaß. So ist kein Kontakt unter den verschiedenen Arbeitergruppen herzustellen!

deutschen Arbeiter und Betriebsräte unter besserer Führung ihre eigene Aufgabe lösen können, haben sie in der Inflationskrise bis 1923 bewiesen.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung zwang die deutschen Kapitalisten im Herbst 1923 ihren Ruhrkrieg abzubrechen, ihren Widerstand gegen ihre äußeren imperialistischen Feinde aufzugeben und diese um Hilfe gegen ihren noch gefährlicheren inneren Feind zu bitten. So kam 1923 Amerika den deutschen Inflationsräubern zu Hilfe. Die Reformisten jubelten. Ihr Deutschland war gerettet, aber nur, um in der Wirtschaftskrise von 1929/32 den schließlichen Beweis dafür zu erbringen, daß Deutschland auf kapitalistischer Grundlage niemals mehr gerettet werden kann. (Fortsetzung in der nächsten Nr.)

Einft und jetzt Max Reimann stand jetzt vor einem Militärgericht, weil er am 3. Januar erklärt hatte, die westdeutschen Politiker, die mithelfen, über Westdeutschland ein Kolonialregime zu errichten, würden von der Bevölkerung als Quoislinge betrachtet und behandelt werden. Im November 1947 denunzierte das Funktionärorgan der KPD in Bremen revolutionäre Arbeiter bei den Befehlsmächten:

„Sogenannte revolutionäre Politiker, die sich in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, schimpfen jetzt besonders über den Marshallplan bzw. den Industrieplan, sie schimpfen über alle Befehlsmächte. Sie schimpfen über die Demontage und fordern: keinen Hammer Schlag für die Demontage. Es wird der Versuch unternommen, die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien, die Arbeiter in den Betrieben gegen die Befehlsmacht zu mißbrauchen, damit diese einen Grund hat, gegen das werktätige Volk einzugreifen, wenn es sich gegen die Befehle und Anweisungen der Befehlsmacht betätigt.“

Und die Hamburger Volkszeitung schrieb in ihrem Leitartikel vom 8.5.1946:

„Wir werden darum jeden Angriff gegen die Autorität der Befehlsmächte wie einen Angriff auf uns selbst abwehren. Denn die Sicherung des friedlichen Charakters des deutschen Aufbaus durch die Befehlsmächte dient deutschen Interessen.“

Eine Arbeiterpartei

Der Sozialist, Mitteilungsblatt der SPD Hamburg, gibt folgende Zahlen über die Zusammenfassung der SPD:

Auf dem Landesparteitag Hamburg Oktober 1948 waren 20% der Delegierten Arbeiter, auf dem Aprilparteitag 17%, auf dem Reichsparteitag in Düsseldorf 11%. Der Anteil der Arbeiter an der Mitgliederzahl war 1931 60%, 1947 nur noch 44%. – Der Artikeldrucker meint: „Es darf nicht gefehet werden, daß die Arbeiterhaft in den Fragen der Willensbildung in der Partei in den Hintergrund gedrängt wird.“ Das muß bei der bürgerlichen Zusammenfassung der Mitgliederhaft, der reformistischen Zielfassung der Partei, dem bürokratischen Aufbau des Apparates ein frommer Wunsch bleiben.

Westliche Demokratie

Unter dem Vorwand, nach verbotenen Reimann-Postkarten zu suchen, hat die Militärregierung das Parteibüro der KPD durchsuchen lassen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 4

1. Mai 1949

Preis -,40 DM

1. Mai Am 1. Mai 1890 schrieb Engels im Vorwort zum Kommunistischen Manifest:

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Nur wenige Stimmen antworteten, als wir diese Worte in die Welt hinausriefen. Heute, wo ich diese Zeilen schreibe, hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum ersten Mal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer, unter einer Fahne und für ein nächstes Ziel: den achtstündigen Arbeitstag. Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, daß heute die Proletarier in der Tat vereinigt sind. Stünde nur Marx noch neben mir, um das mit eigenen Augen zu sehen!“

Nach fast 60 weiteren Jahren scheint sich die internationale Arbeiterbewegung zurückentwickelt zu haben. Unter demagogischer Berufung auf Marx und Engels geben sich sogenannte internationale Sozialisten, wie die Amerikaner Green und Murray, die Engländer Attlee und Bevin, die Franzosen Blum und Jouhaux, die Deutschen Schumacher und Reuter usw. alle Mühe, die Arbeiter ihrer Länder unter dem Sternenbanner Wallstreets zu sammeln. Der heilige Kreuzzug soll geführt werden gegen den Teil der Welt, in dem unter der roten Fahne mit Hammer und Sichel unter ungeheuren Entbehrungen der Massen und trotz aller vermeidlichen und unvermeidlichen Fehler und Schwächen der Führung am sozialistischen Aufbau gearbeitet wird.

Von jenen „Sozialisten“, die schon 1914 die Proletarier ihrer Länder aufforderten, sich zur Ehre ihres „Vaterlandes“ totschlagen zu lassen und die seitdem die eine rote Fahne, die Engels so hoffnungsvoll begrüßte, unzählige Male in den Dreck getreten haben, war nichts Besseres zu erwarten. Daß die Reformisten aber auch heute noch im kranken, kapitalistischen Teil der Welt das gewaltige Arbeiterheer spalten und Massen unter falscher Flagge halten können, das verdanken sie vor allem der russischen Führung. Sie hat nicht verstanden, den klaren und scharfen Unterschied zwischen Kommunisten und Reformisten aufrechtzuerhalten. Sie hat nicht vermerkt, „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorzuheben und zur Geltung zu bringen.“

Aus verständlicher Sorge um die Verteidigung der SU hat die russische Führung die Interessen der Arbeiterklasse anderer Länder den nationalen Augenblicksinteressen der SU unterordnet und damit das Grundprinzip des proletarischen Internationalismus preisgegeben. Darum kann das proletarische Riefenheer nicht mit voller Begeisterung die SU unterstützen. Daraus

erwächst den demagogischen Sozialchauvinisten die unverdiente Hilfe für ihre verbrecherische Spaltungsarbeit.

Aber trotz aller Hemmnisse zwingt die Entwicklung die Arbeiter immer wieder zur Vereinigung. Von den deutschen Arbeitern sagte Engels 1874, daß sie dem theoretischsten Volk Europas angehören und die Vorteile ihrer Lage mit seltenem Verständnis ausgebeutet haben. - Sie haben sich trotz oder gerade wegen ihrer heutigen erbärmlichen Lage Erfahrungen angeeignet, die sie befähigen werden, den entscheidenden Teil dazu beizutragen, daß die internationale Arbeiterklasse tatsächlich wieder als ein Heer unter einer Fahne dem einen Ziel erfolgreich zustreben kann: dem sozialistischen Sieg!

Gewerkschaftsfraktionen - Zellen der Gewerkschaftseinheit

Die Schaffung oppositioneller Gewerkschaftsfraktionen, die den Gewerkschaftsmitgliedern und allen Werktätigen einen besseren Weg zu zeigen verstehen, als den, den die Reformisten und Opportunisten

gehen, ist heute notwendiger denn je.

Die KPD, die vor 1933 mit ihren sogenannten Roten Gewerkschaftsorganisationen einen offenen Spaltungskurs betrieb, lehnt seit 1945 die Bildung von Gewerkschaftsfraktionen ab, angeblich um die Gewerkschaftseinheit nicht zu gefährden. Damit stehen Ulbricht und Genossen nicht nur in offenem Widerspruch zu den Leitfäden der Komintern, die jede KP zur Bildung von Fraktionen verpflichteten, sondern auch zum wirklichen Leben in den Gewerkschaften. In ihrer Erklärung zur politischen Lage muß die KPD feststellen, daß die Sozialdemokraten disziplinierte Fraktionsarbeit bei den Gewerkschaftswahlen leisten. Es werden dadurch den Kommunisten ihre ohnehin schon spärlichen Positionen - mehr Posten als Positionen - immer strittiger gemacht. Dennoch kommt die KPD-Führung nicht zu der Erkenntnis, daß auch die Kommunisten Fraktionsarbeit machen müssen. Ulbricht und Genossen haben keine blasse Ahnung von wirklicher kommunistischer Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Sie verstehen darunter den Unfug, den die traurig berühmte RGO angerichtet hat, vor dessen Wiederholung jeder kommunistische Gewerkschaftler gewarnt bleiben muß.

Kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften läuft keineswegs auf die Spaltung der Gewerkschaften hinaus. Sie ist - genau umgekehrt - die beste Sicherung der Gewerkschaftseinheit. Kein reformistischer Führer kann einem wirklichen Kommunisten Spaltungsarbeit nachweisen. Aber dieser kann an tausend Beispielen nachweisen, daß das Paktieren mit den Unternehmern in der Arbeitsgemeinschaft unvermeidlich zur Preisgabe der proletarischen Klasseninteressen und damit zur Spaltung der Gewerkschaften führt, daß die Einheit nur auf dem Boden des Klassenkampfes herzustellen und zu sichern ist. Daher muß in allen Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen der unerbittliche Kampf gegen alle Vertreter der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik geführt werden, die die Interessen der sogenannten Allgemeinheit (hinter denen sich die speziellen Kapitalsinteressen verbergen) den proletarischen Interessen voranstellen.

Daß kommunistische Fraktionsarbeit die Gewerkschaft keineswegs schwächt sondern stärkt, hat die Geschichte bewiesen. Zur Zeit des Kapp-Putsches 1920, als in den Gewerkschaften die schärfsten Fraktionskämpfe zwischen Moskau und Amsterdam ausgefochten wurden, mußte die bürgerliche Presse zugeben, daß sich in Deutschland keine Regierung auch nur 24 Stunden ohne Zustimmung der Gewerkschaften halten könne. Der fortgesetzte Druck der oppositionellen Gewerkschaftler hat die Arbeiterbewegung so geitärkt, daß die deutsche Bourgeoisie durch die Reichswehr den ersten Versuch Hitlers zum Marsch auf Berlin niederzuschlagen lassen mußte, aus Angst davor, daß sonst die mobilisierte Arbeiterklasse diese Aufgabe etwas gründlicher ausgeführt hätte.

(Fortsetzung Seite 11)

Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf?

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Zusammenarbeit Gewerkschaften - Unternehmer wieder enger und fester wird. Wir haben in der vorigen „Arbeiterpolitik“ auf einige Tatsachen hingewiesen. Es kommen hinzu die zahlreichen Amerika-reisen unserer führenden Gewerkschaftler. (Was sagt man über die Moskauer-reisen der Ostzonen-Gewerkschaftler?) Bei den letzten Lohnstreiks hat die Führung es meist verdächtig eilig gehabt, ein Kompromiß unter Dach zu bringen, das der Kampfkraft der streikenden Belegschaften nicht entfernt entspricht (bayrische Metallindustrie); oder man hat mit bürokratischen Manövern die klaren Beschlüsse überwiegender Mehrheiten umgangen. So hat man bei den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Dienste in Württemberg, die mit 85% für Streik bei Nichterfüllung ihrer Forderungen gestimmt hatten, den Streik verhindert. In diesen Fällen hatte man für die Arbeiter immerhin etwas „herausgeholt“, d. h. bescheidenste Lohnerhöhungen oder zeitweilige Teuerungszuschläge wurden unter dem Druck der Massen bewilligt.

Anders im Bergbau. Auf einer Sitzung des Beirates der Deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL) unter Vorstz von A. Schmidt (Vorsitzender der IG Bergbau) wurde einstimmig - also mit den Stimmen aller „Arbeitervertreter“ - eine Lohnerhöhung als ungeeignet abgelehnt. Schmidt teilte mit, die Gewerkschaft wolle zunächst mit Lohnforderungen zurückhalten, um den Erfolg der allgemeinen Bemühungen um Preisenkung abzuwarten. Damit schließt er die lohnpolitischen Richtlinien der Unternehmerverbände. Bei der Riesen-nachfrage nach Kohlen, hätten die Bergarbeiter relativ leicht eine ordentliche Lohnerhöhung durchsetzen können. Daher kann man verstehen, daß diese patriotische Haltung der Gewerkschaftsvertreter den Zechenleitungen sehr wertvoll ist.

Dazu kommt der Ratsschlag der Militärgouverneure an die Gewerkschafts-führer, ein Gemeinschaftsorgan mit den Unternehmern zur Behandlung wichtiger gemeinsamer Fragen zu bilden. Böckler muß es sehr eilig haben. Ohne eine Sitzung der Gewerkschaftsinstanzen abzuwarten, erklärte er:

„Ein Gemeinschaftsorgan Unternehmer - Gewerkschaften wird von uns bejaht, jedoch unter der Voraussetzung absoluter Gleichberechtigung der

Arbeiter in sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind absolut notwendige Voraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit."

Diese wenigen Tatsachen zeigen klar die Tendenz der Gewerkschaftsführung. Unter dem Druck der Empörung nach der Währungsreform erklärte Rosenbergs vom Gewerkschaftsrat, die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern habe sich als trügerisch erwiesen und jetzt wollten die Gewerkschaften den Kampf aufnehmen. Dann kam der Novemberstreik, nach dem die Gewerkschaften beschloßen, mit allen Mitteln Lohnerhöhungen und die Durchsetzung des 10-Punkte-Programms zu erkämpfen. Nach wenigen Wochen ist der Kampfesmut von der Führung gewichen. Diese Tatsachen zeigen aber auch den Sinn der Mitbestimmung. Die Arbeitervertreter dürfen solange mitbestimmen, wie sie die Unternehmerwünsche bei ihren Anhängern vertreten und sich mitverantwortlich für die Rentabilität der (kapitalistischen) Wirtschaft fühlen. So wird aus der Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Mitbestimmung (Mitverantwortung) die Vertretung der Unternehmerinteressen bei den Arbeitern. Die Aufgabe, die die Bourgeoisie den Gewerkschaftsführern zugeordnet hat, ist die Organisierung des Stillhaltens der Arbeiter, während sie sich weiter auf Kosten der Arbeiter saniert.

Typisch dafür ist die Begründung zu dem Beschluß der DKBL: der Lohnanteil an der Kohle sei so hoch, daß die Rentabilität in Frage gestellt sei. Anstatt diese Unternehmerbehauptungen kritisch zu durchleuchten, übernimmt man sie unbefehlen. Gewerkschaftsvertreter müßten auf die hohen Gehälter, die Subventionen für den Kohlengroßhandel, Lebenshaltungskosten, den gesunkenen Lohnanteil am Kohlenpreis hinweisen. Der wirkliche Lebenshaltungindex liegt bei über 200, der offizielle bei 149 (1938/100). Die 10,15 DM Durchschnittslohn des Bergmanns reichen nicht aus zum Einkauf der größeren Rationen. Der Lohnanteil ist auch im Bergbau gesunken von 31,2% 1938 auf 29,1% im September 1948. Diese und ähnliche Argumente müßten wirkliche Gewerkschaftler in die Verhandlungen hineinbringen.

Ein weiterer typischer Fall von Arbeitsgemeinschaftspolitik ist die Verteuerung der Fische um mindestens 4 Pfg. Damit sind die Gewerkschaften einverstanden. Da aber die Befragungen meistens vertragliche Beteiligungsansprüche haben, sind die Reedereien befürwortet, daß ein kleiner Anteil ihres Fischzuges auf die Arbeitergeldbeutel den Seeleuten zugute kommen könnte. Daher gaben sie den Gewerkschaften die Anweisung, „hier ihren Einfluß geltend zu machen, um entsprechende Sicherungen zu schaffen.“ (Hier ist also die berühmte Lohnpreispirale umgekehrt: höhere Preise, niedrige Löhne, sinkender Lohnanteil an den Produktionskosten!)

Die kapitalistische Sanierung wird einige Gefahrenpunkte durchlaufen müssen: viele Klein- und Mittelbetriebe werden bankrottieren, Arbeitslosigkeit, scheinbares Warenüberangebot wegen Geldmangel der Arbeiter, Exportkampf (soweit von den Siegern erlaubt) mittels Hungerlöhnen. Nichts wäre der deutschen Bourgeoisie lieber, als wenn die Arbeiter das alles über sich ergehen ließen und auf den Kampf um eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung verzichteten. Die Mitarbeit der Gewerkschaften ist die Voraussetzung

Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaftspolitik von 1918 unter neuen Verhältnissen. Hieß es damals: die Sozialisierung markiert, so versucht man heute die Arbeiter mit der Mitbestimmung der Gewerkschaftsführer abzuspäßen. 1918 erschöpfte sich die Sozialisierung in Kommissionen und Futterkrippen. Ebenso wird es mit der Mitbestimmung gehen.

Was ist das Neue gegenüber 1918?

1. Wir haben nicht allein die deutsche Bourgeoisie, sondern auch drei kapitalistische Befugungsmächte hier, die in allen entscheidenden Differenzfragen auf Seiten der Bourgeoisie gegen die Arbeiter stehen. Da die Gewerkschaftsführer mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik auf die Mobilisierung des Massendrucks verzichten, stehen sie dem politischen Druck machtlos gegenüber. Ein Teil der Gewerkschaftsführer wird offen und willig den Wünschen der Befugungsmächte nachkommen, andere werden weniger bereitwillig sein - aber das selbe tun müssen in Konsequenz der Ablehnung wirklicher Klassenkampfpolitik.
2. Das Tempo der kapitalistischen Entwicklung ist wesentlich schneller.
3. Die Lebenshaltung der Arbeiter wird den Vorkriegsstand nicht erreichen. Die Sanierung des Kapitalismus und die Eroberung von Märkten wird auch im von den Siegern erlaubten Rahmen nur möglich sein bei verschärftem Druck auf die Lebenshaltung. Der Profitanteil ausländischer Kapitalisten wirkt in derselben Richtung.

Die Zeit der Arbeitsgemeinschaft Gewerkschaften - Unternehmer unter dem Patronat der Militärgouverneure wird also viel kürzer sein als nach 1918. Am Ende müssen die Gewerkschaftsführer den Fußtritt erhalten. Nur die wenigen, die vorbehaltlos ins Lager der Bourgeoisie überwechseln, werden materiellen Dank ernten können. Den anderen muß es so gehen wie 1933. - Das Ergebnis der Zusammenarbeit kann nur das selbe sein wie 1933: kampflose Kapitulation der Riefenorganisationen, nachdem ihre Kampfkraft unterhöhlt ist. Die Arbeitsgemeinschaft vermindert den Wert der Organisation für die Arbeiter in dem Maße, wie ihr Wert für die Unternehmer steigt. Stehen die Militärregierungen in allen Fragen auf Seiten der Unternehmer gegen die Gewerkschaften, so hilft ihre Militärdemokratie andererseits der Gewerkschaftsführung gegen rebellierende Mitglieder.

Infolge der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus sind die Möglichkeiten reiner Lohnkämpfe selbst in der Konjunktur begrenzt. Millionen Gewerkschaftsmitglieder haben gehofft, daß nach der Währungsreform wenigstens diese Möglichkeiten ausgeschöpft würden. Der Burgfrieden, der kampflose Verzicht auf die Durchsetzung der minimalen Lohnforderungen muß bei den enttäuschten Mitgliedern zu Massenaustritten führen. Das wäre die wirkliche Spaltung der Gewerkschaft, durchgeführt von denen, die ihre Einheit immer im Munde führen. Sollen die Gewerkschaften vor den Gefahren des Burgfriedens geschützt werden, müssen alle oppositionellen Gewerkschaftler und vor allem die Betriebsräte sich zusammenschließen, um ihren Willen durchzusetzen und die Gewerkschaften für den Klassenkampf zurückzuerobern.

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion zur Rettung der Wirtschaft vor der kapitalistischen Anarchie

(Fortsetzung von Nr. 3)

II. Versuche zur Rettung der Wirtschaft

1. Wie der Wiederaufbau erreicht werden soll

schreibt: „Jede produktive Arbeitsstunde hat anteilig folgendes aufzubringen:

1. Reparationen und Befähigungskosten
2. Erhaltung und Ergänzung des Produktions-Apparates einschließlich der Verkehrsanlagen
3. den Lebensunterhalt der Arbeitenden und ihrer Familien
4. den Lebensunterhalt für die Bürokratie und den Sachbedarf der öffentlichen Hand
5. den Lebensunterhalt der Bezieher von arbeitslosem Einkommen.“

Um den gefegneten Appetit all dieser Kostgänger am Tische des Arbeiters zu befriedigen, kann für ihn selbst nur eine Hungermahlzeit bleiben. Es handelt sich wohlgerne um den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft. Sogar die harmlosen reformistischen Sozialisierungsexperimente bleiben unterlagert. Aber die Nutznießer und Kommandeure des Wiederaufbaus bieten der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit Hungerlöhne, die kaum zur Ernährung ausreichen. Für Kleidung, Familienunterhalt usw. bleibt nichts übrig. Der Versuch eines solchen wider sinnigen Wiederaufbaus kann nur fortgesetzt werden, solange sich die deutschen Arbeiter mit dem fortschreitenden Abbau ihrer eigenen Existenzmöglichkeiten abfinden. Daß sie damit nicht zur Rettung der gesamten Wirtschaft beitragen, sondern nur zur Bereicherung einiger weniger, zeigt sich an unzähligen Beispielen. Die gewiß nicht revolutionäre „Welt“ schrieb am 11. November 1948:

„Wer über Geld verfügt, über Waren, über Produktionsmittel, der ist auch als einzelner stark. Wie stark, das hat erst die Währungsreform wieder mit krasser Deutlichkeit gezeigt. Nach vorsichtigen Schätzungen ist auf diese Weise (d. h. durch Hortungsgewinne) mindestens 1 Milliarde RM im Verhältnis 1 : 1 „umgetauscht“ worden. Skrupellos nützen sie ihre Machtstellung suchten sie aus der ersten DM-Milliarde so rasch wie möglich eine zweite und dritte zu machen. Was heißt Not! Was heißt Mangel! Geschäft ist Geschäft!“

Ein weiteres Beispiel hat Fritz Diets in Frankfurt geliefert. Er hat seit 1941 ununterbrochen als Ernährungsfachmann und seit dem 17. März 1946 als Präsident des LEA. Helfen und daneben noch als Präsident seiner Privathandels-gesellschaft fungiert. Unter Ausnützung seiner amtlichen Funktion hat er zusammen mit seinem Bruder durch Geld- und Warenschleudungen sogar aus

Alles was seit Mitte 1945 in Deutschland geschieht, beweist die Unmöglichkeit der Rettung einer kapitalistischen Wirtschaft. Wieder sollen allein aus der Arbeitskraft der Werktätigen alle Mittel für die Kriegs- und Wiederaufbaukosten herausgepreßt werden. Die „Wirtschaftszeitung“ vom 13. November 1948

folgendes aufzubringen:

jeder RM 8 DM gemacht. Was dabei gewonnen wurde, zeigt die Tatsache, daß die Gebrüder Dietz 1939 erst einen Jahresumsatz von 79000 RM, aber im ersten Halbjahr 1948 einen von 26 Millionen RM erzielten. Also 658-fache Jahres-Geschäftsumsätze, Millionengewinne für nur 2 Schieber, deren Einfluß von der Handelskammer bis zum Länderrat reichte. - Deutsche Unternehmer treffen Vereinbarungen mit Auslandskunden, um einen Teil der Warenpreise im Ausland anzuziehen und so der deutschen Wirtschaft zu entziehen. Ein anderes Mittel der Steuerunterföhlung besteht in Geschäftserweiterungen und Investitionen, die faktisch vom Fiskus bezahlt werden. So wachen die Auslichten aller Kapitalshyänen auf neue Profite. Daher steigt der DM-Kurs im Ausland.

2. Nach der Währungsreform Die „Erfolge“ seit der Währungsreform ändern nichts an den düsteren Auslichten auf lange Sicht. 78% seiner Friedensproduktion hat Westdeutschland bis Ende 1948 erreicht (bei stark gewachsener Bevölkerung!). Die Ausfuhr ist von 225 Millionen Dollar im Vorjahre auf 665 Millionen gestiegen. Um aber die unbedingt notwendige Einfuhr zu bezahlen, müßte die deutsche Ausfuhr nach Meinung General Clays auf etwa 2 Milliarden Dollar, nach der anderer sogar auf 2,4 bis 2,7 Milliarden Dollar gesteigert werden. Wenn aber schon das viel stärkere England mit der bisher erreichten Steigerung seiner Ausfuhr auf knapp 140% seines Vorkriegsstandes daran zweifelt, ob es 1949 auch nur um weitere 5% hochkommen kann, wieviel weniger Auslicht bleibt der deutschen Wirtschaft. England, das ehemals pro Jahr für etwa 600 Millionen Pfund mehr kaufen als verkaufen konnte, muß jetzt nach seinem Vierjahresplan umgekehrt für 400 Millionen Pfund mehr verkaufen als es kaufen kann.

Genau daselbe müssen alle anderen kapitalistischen Länder. So wird der Konkurrenzkampf umso schärfer, je mehr die Nachkriegskonjunktur zu stocken beginnt. Die englischen Fabrikanten betreiben eine fieberhafte Propaganda gegen die deutsche Konkurrenz. Auch die Gewerkschaften, sogar die nationalbeföffenen Kommunisten tuten in daselbe Horn. Das kapitalistische England muß den Siegespreis zweier Weltkriege - die Vernichtung der deutschen Konkurrenz - mit allen Mitteln zu halten versuchen.

Die kurze Atempause, die dem kapitalistischen Deutschland 1923 bis 1929 noch gewährt werden konnte, ist heute nicht mehr zu erwarten. Die Produktivkraft des gesamten kapitalistischen Weltfaktors ist größer als vor dem Kriege, der kapitalistische Absatzmarkt jedoch ist durch die Ausdehnung der SU, durch die Kämpfe in China usw. kleiner geworden. Also kann ein kapitalistisches Deutschland keinen Lebensraum finden. Je größer die Erfolge bei der Wiederherstellung seiner Konkurrenzfähigkeit, desto näher der Zeitpunkt, an dem es ersticken muß.

3. Unverantwortliche Gewerkschaftspolitik Das stillschweigende Ertragen ihrer Verelendung kann den deutschen Arbeitern zwar das billige Lob der Kapitalsretter, aber keine Hilfe bringen. Die Politik der Kapitalisten, die rücksichtslos die Macht gebrauchen, die ihnen ihr Besitz an Geld, Waren und Produktionsmitteln verleiht, kann durch die

Politik der Gewerkschaftsführer nicht nur nicht bekämpft, sondern nur noch mehr verstärkt werden. Alle Abwehrreaktionen der Gewerkschaftsführer können dem von den Arbeitern gewollten Ziel nicht näherkommen, weil sie die Arbeiter hindern, von ihrer Macht ebenso rückwärtslos Gebrauch zu machen, wie ihre kapitalistischen Gegner.

Der „Bund“ vom 8. Mai 1948 schrieb ganz richtig: „Die Streiks in Niedersachsen waren eine Demonstration der Kraft der Schaffenden. Hier in den Gewerkschaften sind diejenigen Menschen zusammengeschlossen, die die Produktion bestimmend beeinflussen können, die die Mittel in der Hand haben, zu bestimmen, ob produziert werden soll oder nicht.“ Aber grundsätzlich wird weiter gesagt: „Diese Macht erlegt uns aber auch Verantwortung auf.“ Diese „uns“, das sind die Gewerkschaftsführer, sie fühlen sich verantwortlich gegenüber der Gesamtwirtschaft, d. h. gegenüber den Kapitalisten, denen diese Wirtschaft ja gehört, aber völlig unverantwortlich müssen sie darum gegenüber der Arbeiterklasse fühlen und handeln.

4. Die Anwendung der bisherigen Lehren Für die Arbeiter bleibt buchstäblich wahr, daß sie mit ihrer organisierten Macht die Produktion beeinflussen und bestimmen können, ob und vor allem was produziert werden soll. Jahrelang haben sich die deutschen Arbeiter unter dem lähmenden Einfluß ihrer Führer vom Gebrauch ihrer Macht abhalten lassen, haben sie die Verschwendung kostbarer Rohstoffe und die Vernichtung ihrer Produktionsmittel widerstandslos hingenommen. Aus Verantwortung gegen sich selbst und ihre Familien können sie diese selbstmörderische Passivität nicht länger fortsetzen.

Die tapfere Gegenwehr gegen die Demontage in einzelnen Werken, insbesondere im Bochumer Verein, zeigt den Kampfwillen der Arbeiter. Ihren

Der Betrug mit dem „Mitbestimmungsrecht“

(Arbeiterkorrespondenz)

Der widerliche Schadler, der seit zwei Jahren in Bremen um das Mitbestimmungsrecht bei der Leitung der Betriebe geführt wurde, ist als unverdächtig Betrugsmanöver entlarvt. In dem am 30. Dezember 1948 von der Bürgerschaft als Ausführungsgesetz zum Artikel 47 der Verfassung (mit den Stimmen der SPD und der bürgerlichen Parteien, gegen die Stimmen der KPD) angenommenen Betriebsrätegesetz steht von der wirtschaftlichen Mitbestimmung der Betriebsräte kein Sterbenswörtchen mehr.

Im Bürgerstiftungswahlkampf September - Oktober 1947 hatte sich besonders der Vorsitzende des DGB Bremen, Oskar Schulze, in einer Versammlungskampagne der Gewerkschaften in radikalen Reden für das Recht der Betriebsräte bei der Kontrolle und Lenkung der Produktion ausgesprochen und dabei CDU und BDV wütend angegriffen. Dieses radikale Gekläffe baute nach dem Wahlerfolg der SPD merklich ab und verstummte mit einem Schlag, als General Clay die Reformisten zurückpfliff und die Anweisung erteilte, das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, als außerhalb der Kompetenz der Länderregierungen stehend, zurückzustellen. Die erbärmliche Rolle der reformistischen Gewerkschafts- und SPD-Führung, die nunmehr in holder Eintracht mit den kapitalistischen Parteien ein verstümmeltes Betriebsrätegesetz (das eher den Namen „Betriebsräte-Knebelungsgesetz“ verdient) annahm, ist damit erneut bewiesen.

Widerstand mußten sie aufgeben, weil sie allein blieben. Auch die Kommunisten, durch die gleichzeitige russische Demontage bei Krupp belastet, können ihren Kampf nicht wirksam unterstützen. Trotzdem hat diese Einzelaktion mehr erzielt als alle Bittgänge der Gewerkschaftsführer. Der faktisch schon begrabene Bericht der Humphrey-Kommission wurde plötzlich wieder hervorgeholt und 117 Betriebe hoffen die Amerikaner den Engländern und Franzosen abzufuchsen. Die Übermacht des Kapitals verschwindet, wenn die Arbeiter von ihrer Kraft Gebrauch machen.

Diese Macht organisiert einzusetzen und die Erfahrungen des Kampfes auf die heutigen Verhältnisse anzuwenden, darauf kommt es an. Heute fehlt aber die führende Kraft einer zielklaren revolutionären Partei. Das erschwert die Lösung der Aufgabe. Andererseits sind die objektiven Bedingungen für ihre Lösung überreif geworden. Die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zur Sicherung der Massenexistenz ist nicht mehr zu verbergen. Darüberhinaus haben sich die deutschen Arbeiter durch ihre Erfahrungen unter Weimar, unter Hitler und der jetzigen Demokratie genügend davon überzeugt, daß nur die rücksichtslos eingefetzte Macht der Arbeiterklasse Hoffnung auf Rettung durch planmäßige Ordnung der Wirtschaft geben kann.

Wenn heute Betriebsräte und erfahrene Arbeiter die Verbindung untereinander herstellen und unter Ausnützung ihrer Kenntnisse der Vorgänge in den einzelnen Betrieben die bestehenden Mißstände an die breite Öffentlichkeit bringen, kann die Bewegung stark genug werden um zu verhindern, daß z. B. die knappen Rohstoffe zum Bau von Luxusbauten verschwendet, statt zum Bau von Arbeiterwohnungen ausgenutzt werden; oder daß kommunale Betriebe durch bewußte Treibereien beutegieriger Kapitalisten unrentabel und damit zu deren billigem Beutegut gemacht werden. Wie stark der Wille zur Gegenwehr ist, hat sich z. B. beim Aufruf des Bayrischen Gewerkschaftsbundes zur Meldung von Korruptionsfällen gezeigt. Vom 11. Mai bis 15. Juni 1948 liefen 356 solcher Meldungen ein, die gravierende Fälle anzeigten,

Im neuen, entscheidenden § 54 werden alle Vorteile, die die Arbeiter den einzelnen Unternehmern bereits abgekämpft haben, aufgehoben. Es heißt dort: „Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen, sowie Bestimmungen aus Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsverträgen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft.“

Die Kapitulation der reformistischen Gewerkschafts- und SPD-Führung ist also hundertprozentig. Es liegt jetzt bei der bremsenden Arbeiterkraft, den Gewerkschaftsmitgliedern und den Betriebsräten, ob sie diese Niederlage hinnehmen, sich diesem reaktionären Kuhhandel hinter den Kulissen beugen oder sich nach dem Laßfallewort „Verfassungsfragen sind Machtfragen“ durch Organisierung der proletarischen Abwehr in den Betrieben die Rechte erhalten, die ihnen ein papierner Verfassungswidrig nehmen will, und diejenigen Rechte erkämpfen, die zu erreichen ihnen derselbe Wids unmöglich machen will.

Zwischen der Bremer KPD-Führung und der Gewerkschafts-Führung ist es zu einem Flugblattkrieg in dieser Angelegenheit gekommen. Die KPD-Führung spielt hierbei die Rolle, die sie stets seit dem Zusammenbruch spielte: ihre Grundlosigkeit hat sie wieder zum betrogenen Tölpel gemacht, der zu spät die Rolle des Reformismus erkannte. Sie hat nicht

in die auch Regierungsstellen verwickelt sein sollen. Aber weil die Gewerkschaftsführung nur mit bürokratischen Methoden und nicht mit der mobilisierten Kraft der Massen kämpfen will, muß sie unvermeidlich geduldet werden. Der Fall Dietz, Frankfurt, ist ein Beispiel dafür, daß die Korruptionisten die bürokratischen Methoden als ihre Waffen besser zu handhaben verstehen.

Wenn dagegen die Initiative der betrogenen Massen selbst geweckt wird, dann wird von Beamten und leitendem technischen Personal sehr bald qualifizierte Hilfe zur Aufdeckung der Mißwirtschaft kommen. Heute weiß die breite Öffentlichkeit des „demokratischen“ Deutschlands über das wirkliche Ausmaß der Mißwirtschaft bestimmt nicht mehr, als sie im Nazi-Deutschland über die Vorgänge in Dachau und Auschwitz wußte. Auch heute gilt Lenins Wort „Wenn erst der Schleier von der Orgie der Marodeure fällt, ist das der erste Schritt zu ihrer Bändigung.“

In dem Maße, wie die erfahrendsten und kampfbereitesten Arbeiter damit beginnen, sich zunächst im lokalen Rahmen zu verständigen zu gemeinsamer Abwehr, wird auch der Anfang für die Schaffung einer eigenen Führung gemacht. Obwohl die zentralen Gewerkschaftsleitungen die Aufnahme des Kampfes um die Produktionskontrolle der Arbeiter auch heute ablehnen und bekämpfen werden, ist es notwendig, die lokalen Gewerkschafts- und übrigen Arbeiterorganisationen dafür zu gewinnen. Je einfacher und allgemein verständlicher die durchzuführenden Forderungen gehalten werden, umso leichter werden die unteren Organisationen helfen, umso schwerer die Spitzen bremsen können.

Es ist gewiß bedauerlich, daß heute englische und französische Arbeiter zusammen mit ihren Klassenfeinden gegen die deutsche Konkurrenz protestieren. Nehmen aber die deutschen Arbeiter den Kampf um die Kontrolle der Produktion auf, der mit dem Sieg des Sozialismus enden muß, dann werden sie bei den französischen und englischen Arbeitern verständnisvolle Bundesgenossen finden.

begriffen, daß die Weiterexistenz des Kapitalismus in den Westzonen nur bei bedingungsloser Unterordnung unter die westlichen Besatzungsmächte und nur durch verstärkten Druck auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse möglich ist. Die Parole der Mitbestimmung der Arbeiter ist der alte reformistische Schwindel der Arbeitsgemeinschaft, dazu bestimmt, die Arbeiter vom Klassenkampf zurückzuhalten. Die Rolle der Reformisten ist, durch diese und ähnliche Schwindelmanöver (siehe Sozialisierungsschwindel in Hessen und im Ruhrgebiet) die Arbeiter vom direkten Kampf abzuhalten. Die Bremer KPD-Führung hat diesen Schwindel nicht rechtzeitig entlarvt, sondern ist auf ihn hereingefallen. Sie hat sich lebhaft um das Zustandekommen paritätischer Wirtschaftskammern bemüht. Ihre Argumentation ist heute so: „Wir sind die wahren Demokraten, wir vertreten den Volkswillen!“ Statt den Arbeitern den Mechanismus der bürgerlich-parlamentarisch-demokratischen Unterdrückungsmaschine zu erklären, haben sie in ihrem bis heute genährten Glauben, die kapitalistische Wirtschaft friedlich-schiedlich durch Wirtschaftskammern im Verein mit den Schwerindustriellen und Pfefferläden leiten zu können, zur Verwirrung der Arbeiter beigetragen. Statt vom Kampfe der Arbeiterklasse reden sie vom Willen des Volkes, der oberstes Gesetz sei.

Der Verzicht der KPD auf Fraktionsarbeit ist ihr Eingeständnis, daß sie den entscheidend wichtigen Teil der Arbeiterklasse, der durch seine Gewerkschaftszugehörigkeit die erste Stufe aktiven Klassenbewußtseins erreicht hat, ohne Führung lassen muß. Das bedeutet den Verzicht auf die Erfüllung der Pflicht der Avantgarde gegenüber der großen organisierten Proletarierarmee. Spielt aber die Partei ihre führende Rolle nicht, wird sie toter Ballast, der die Arbeiterbewegung nur noch am Fortschritt hindert.

Reichlich 25 Jahre fast unbestrittener reformistischer Vorherrschaft, seit Kriegsende 1945 gestärkt vom Opportunismus der KPD, haben die Gewerkschaften aktionsunfähig gemacht. Nur unter schwerstem Druck setzen sich die Führer an die Spitze der Bewegungen, um sie „in geordneten Bahnen“ zu halten oder mißbrauchen die Massenkraft zur Festigung ihrer Mitbestimmungsfessel. Sie sind immer bereit, im Interesse des „Wiederaufbaus“ auf den kompromißlosen Kampf für die Arbeiterforderungen zu verzichten.

Die Wiederholung der der Arbeitsgemeinschaft folgenden Katastrophe (1933) kann nur verhindert werden, wenn die Kraft der gewerkschaftlich organisierten Massen mobilisiert wird, um die Gewerkschaften zum Klassenkampf zurückzuführen. Dieser kann sich nicht mehr auf den Lohnkampf beschränken, dessen Erfolge immer kleiner werden müssen. Er muß ausgeweitet werden zum Kampf um die Kontrolle der Produktion, dessen letztes Ziel die Ver gesellschaftung der Produktionsmittel ist. Sonst gibt es nur ein Dahinvegetieren für die Arbeiter bei Riefenprofiteuren für die Kapitalisten.

Die Gewerkschaftsfraktionen können und müssen alle klassenbewußten Arbeiter umfassen, die mit dem wirtschaftsfriedlichen Kurs der Gewerkschaftsführung nicht einverstanden sind, also nicht nur die schon kommunistischen Arbeiter. Indem sie die gemeinsamen Aufgaben voranstellen, können sie zu

Den Machthabern in Deutschland - das sind 1. die Befehlsmächte, 2. die Lokalen dieser Befehlsmächte: die Regierungen, Politiker, bürgerliche Parteien, das deutsche Unternehmertum, der Staats- und Polizeiapparat, die Gewerkschaftsbürokratie - kann die Arbeiterklasse nur ihre Macht, ihren Kampfwillen entgegensetzen und sich ihre Rechte von einer mit allen Mitteln um ihre Restaurierung kämpfenden, raubgierigen, korrupten Kapitalistenklasse erkämpfen.

Der geplatzte Schwindel von der Sozialisierung und Mitbestimmung in Hessen und Bremen schließt eine mehr als dreijährige Periode der Illusion über die Machtverhältnisse im bürgerlichen Staat unter dem Diktat kapitalistischer Befehlsmächte ab.

Die deutschen Arbeiter müssen begreifen, daß sie nunmehr ununterbrochenen schweren Kämpfen um ihr nacktes Leben entgegengehen. Der Kampf gegen Lohndruck, Preiswucher, Wohnungselend kann weniger denn je von der Parlamentstribüne durch Gelebesmaderel und Verhandlungen mit Befehlsmächten und Unternehmern am runden Tisch ausgehandelt, er muß Auge um Auge, Zahn um Zahn in den Betrieben durchgekämpft werden. Dabei müssen sich die deutschen Arbeiter die Erfahrungen der großen Streikkämpfe in Frankreich, Italien, Amerika, zunutze machen.

Der Kampf um die wirkliche Arbeiterkontrolle der Produktion wird in den Betrieben eingeleitet und entschieden, nicht am runden Tisch.

einem Bindeglied werden zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern. Der Arbeitsgemeinschaft, der Wirtschaftsdemokratie, dem Mitbestimmungsrummel müssen sie ein konkretes Programm gegenüberstellen, das vom Lohnkampf ausgeht, über die Kontrolle der Preise durch Betriebsarbeiter und Hausfrauen zur Produktionskontrolle vorangeht, das der kapitalistischen Vergeudung unserer Rohstoffe ein durchdachtes Produktionsprogramm mit dem Ziel der Bedarfsdeckung der breiten Massen (Wohnungsbau statt Luxusläden) entgegensetzt, das für die Einreihung der Arbeitslosen in nützliche Arbeit zu Tariflöhnen kämpft, das die Tatsachen der kapitalistischen Profite und der Arbeiterausbeutung enthüllt, das die Geheimdiplomatie der Gewerkschaftsführung entlarvt und die Aufdeckung der Karten verlangt. Mit diesem Programm kann die Kampfkraft der Massen entfaltet werden.

Der Entfaltung dieser Macht steht als größtes Hindernis die kleinbürgerliche Gewerkschaftsführung, die Tarnow und Genossen, entgegen, die selbst im faschistischen KZ ihren Aberglauben an die Reformierbarkeit des todkranken Kapitalismus nicht preisgeben werden. Somit kann die Macht der Gewerkschaftsmillionen nicht eingesetzt werden, wenn nicht innerhalb der Gewerkschaften selbst der Motor entsteht, der die Massen in Bewegung zu setzen vermag. Dieser Motor müssen die erfahrensten klassenbewußten Gewerkschaftler und Betriebsräte werden, indem sie sich als organisiert handelnde Fraktion zusammenschließen, die Aufgaben stellen, sie nach Maßgabe der Kampfkraft in Angriff nehmen und so immer breitere Massen mobilisieren. Tun sie das nicht, verhungern die Massen. Gelingt es dagegen, die Kraft der Millionen in Bewegung zu setzen, dann wird die im Kampf für ihre elementarsten Lebensrechte geeinte Arbeiterklasse der kapitalistischen Mißwirtschaft für immer ein Ende setzen.

Aus der Arbeiterbewegung

Hauptvorstand und Beirat des DGB haben einmütig beschlossen, den Streik nur als allerletztes Mittel anzusehen. Der DGB lehne es ab, von vornherein das Gespenst eines möglichen Streiks um Lohnerhöhungen an die Wand zu malen.

Ein kurzer Streik der Fischdampferbesatzungen von Hamburg und Cuxhaven am 8. April führte zu einem Erfolg. Die Reeder hatten sich tarifvertragswidrig geweigert, den Besatzungen ihren Anteil an der Fischpreiserhöhung zukommen zu lassen. Sie stützten sich auf eine Frankfurter Anordnung. Diese wurde zurückgenommen, die Forderungen der Besatzungen bewilligt und dann der Streik beendet.

Ein Streik der Transportarbeiter in Heffen hat zu Teilerfolgen geführt. Eine große Reihe Einzelunternehmen haben die Lohnerhöhungen zugestanden. Andere verharren noch auf ihrer Ablehnung. Von Frankfurts Oberbürgermeister Kolb (SPD) wurde ein Streikbruch organisiert, indem er Studenten und belgische Kraftfahrer mit ihren Lastwagen heranzog. Die Streikenden führten eine gelungene Demonstration am Messeeröffnungstag durch. Auf Transparenten erhoben sie ihre Forderungen und prangerten den Streikbruch und seine Organisatoren an: „Die Preise sind im Fallen? Wer's glaubt, wird selig!“ „Lebensküffler zum Verleiben eines Wochenlohnes von 34,14 DM gefudt.“ „Der sozialistische Oberbürgermeister Dr. Kolb Arbeitgeber der Streikbrecher.“

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 5

Ende Mai 1949

Preis -,40 DM

Von Potsdam zum Atlantikpakt

„Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird.“ Lenin 1922.

Erfüllt „mit neuer Zuversicht, daß ihre Regierungen und Völker die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden“, unterschrieben Attlee, Truman und Stalin 1945 das Potsdamer Abkommen. Noch keine 4 Jahre später unterzeichneten 12 kapitalistische Weltmächte den Atlantikpakt, der ohne Phrasen ausdrückt, daß die kapitalistischen Mächte unter Amerikas Führung alle Kräfte zum Entscheidungskampf gegen den sozialistischen Weltsektor zusammenfallen. Damit wird klar befestigt, was wir in den „Grundlinien der Weltpolitik“ nach 1945 vorausgesagt haben: Diese Welt kann dem entscheidenden Kampfe für den Sieg der Sozialisten über die überlebte kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht mehr ausweichen.

Die verzweifelten Versuche der kapitalistischen Planfabrikanten zur Milderung der Folgen ihrer anarchischen Profitwirtschaft haben das Gegenteil des Gewollten erreicht. Unbelehrbare glauben, die dahingeshwundene englische Vorherrschaft auf dem Weltmarkt könne durch ein amerikanisches Jahrhundert abgelöst werden. Aber die Grundlage der Weltbeherrschung einer führenden Kapitalmacht wurde von den Kapitalisten der alten Industrieländer selbst vernichtet. In der Zeit ihrer imperialistischen Macht- und Einflußerweiterung zogen sie mit ihrem riesigen Kapitalexport nach den noch unerschlossenen Ländern, durch die Schaffung moderner Industrien und Verkehrsanlagen den Konkurrenten groß, der ihnen heute immer erfolgreicher den Markt für ihre Warenüberschüsse streitig macht.

Im Nahen und Fernen Osten ist die Industrialisierung stark vorangegangen und hat die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen gefördert. Australien, Südafrika, Kanada bauen ihre Industrien immer weiter aus. Die Länder Südamerikas stehen vor einem Dilemma: sie brauchen USA-Kapital dringend, möchten aber die drückenden Bedingungen der Kreditgeber ablehnen, die ihre wirtschaftliche und politische Selbständigkeit weiter einschränken. Die wachsende soziale und politische Unsicherheit in all diesen Ländern vermindert die Sicherheit der Dividenden für die USA-Kapitalisten. Es waren also sehr triftige Gründe für die Ablehnung der Marshallhilfe für diese Länder.

Zwangsarbeit im demokratischen Westen

Wie uns berichtet wird, ist man in Nordrhein-Westfalen dazu übergegangen, die Arbeitslosen zur Pflichtarbeit heranzuziehen. Sie erhalten zu ihrer Unterstützung 15-25 Pfennig je Stunde. Bei Verweigerung des Arbeitsauftrages wird die Unterstützung gesperrt. - Kommentar überflüssig!

Das amerikanische Kapital, das in Ermangelung sicherer Anlagen in der übrigen Welt im halbkolonialen und kolonialen Europa angelegt wird, kann hier aber nicht die Überprofite erbringen, die die Kolonien einst den Engländern erbrachten und mit denen die kapitalistische Weltwirtschaft im Gleichgewicht gehalten wurde. Denn im Gegensatz zu den alten Kolonien suchen die kriegszerstörten Länder Europas genau das, was Amerika bei ihnen zu finden hofft: Absatzmarkt für den wachsenden Export. Die sogenannte Wiederbelebung durch die Marshallhilfe zwingt sie zu erlittertem Kampf um den schwindenden Weltmarkt. Hinter der neuen Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Japans steht in Wirklichkeit der Dollarblock, gegen den der Sterlingblock vergeblich kämpfen wird.

Auch Trumans Plan der Erschließung rückständiger Gebiete zwecks gesteigerter Rohstoffgewinnung wird das kapitalistische Dilemma veridärfen statt mildern. Denn heute herrscht bei den wichtigsten Rohstoffen kein Mangel (im Sinne der kapitalistischen Wirtschaft), vielmehr droht bereits Überfluß bei Petroleum, Gummi, Textilien, Getreide usw. Je mehr also die „friedlichen“ Pläne zur Wiederbelebung der kapitalistischen Wirtschaft vorankommen, d. h. die Produktivkräfte steigen, umso sicherer müssen sie scheitern. Mehr exportieren oder importieren ist das Motto für alle kapitalistischen Länder Europas. Aber den dafür notwendigen Absatzmarkt, den es im englischen Jahrhundert noch gab, kann das amerikanische Jahrhundert nicht wieder herstellen.

So mehren sich mit zunehmender Absatzstokung und Arbeitslosigkeit die Zeichen einer heranschleichenden Wirtschaftskrise. Damit nalt auch der Verfallstermin der feierlichen Versprechungen der kapitalistischen Wirtschaftsführer, die der Welt den Beweis für die Überlegenheit ihrer freien Wirtschaft über die sozialistische versprochen. Damit wachsen die objektiven Voraussetzungen dafür, daß die Massen in den kapitalistischen Planefabrikanten die Schuldigen an ihrer Verelendung erkennen und zu aktiven Kämpfern für eine wirkliche, eine sozialistische Planwirtschaft werden.

In Erkenntnis dieser von ihnen geschaffenen Gefahr haben die Imperialisten gleichzeitig mit ihren „friedlichen“ Plänen auch die zur Sammlung und Organisierung ihrer Kräfte für den Entscheidungskampf vorangetrieben. So wie vorher der deutsche Kapitalismus steht sich heute der Weltkapitalismus zu dem wahnwitzigen Versuch der Eroberung neuen Lebensraums gezwungen. Von der interamerikanischen Konferenz im Februar 1943 über das englisch-französische Bündnis im März 1947, den Brüsseler 5-Mächte-Pakt im März 1948 sind diese Pläne bis zum Atlantikpakt gediehen. (Der Artikel 4 des Atlantikpaktes, der die „politische Unabhängigkeit und Sicherheit“ der Teilnehmer betrifft, zeigt, daß er sich auch gegen die proletarische Revolution in diesen Ländern richtet.) Neben den Plänen für wirtschaftliche und politische Sicherung läuft die Meinungsindustrie auf Hochtouren. Denn noch wichtiger als Atombomben und andere technische Hilfsmittel ist die Stimmung der Massen, die jetzt zum Kreuzzug für die Menschenwürde reif gemacht werden sollen - wie vor 20 Jahren für Hitlers nationalen Sozialismus. Daß damals die Nazis mit der Aufrüstung die Arbeitslosigkeit liquidieren konnten, während die Imperialisten heute eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern suchen müssen, ist einer der Unterschiede zuungunsten der Lebensraumstrategen.

Ihre Hoffnung für das Gelingen der wahnwitzigen Pläne liegt wie früher im Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Lenin sah schon 1916 voraus, daß sich der sterbende Kapitalismus „noch verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand erhalten kann, wenn unglücklicherweise die Gründung der Arbeiterbewegung vom opportunistischen Geschwür noch lange auf sich warten lassen sollte.“ - Der lähmende Einfluß der kleinbürgerlich-reformistischen Arbeiterführung ist durch den Opportunismus der russischen Führung wirksam ergänzt worden.

Den Massen nach dem 2. Weltkrieg zu erklären, „die Einigkeit der 3 Großen sei die einzige Garantie des Weltfriedens“, ihnen vorzutäuschen, „ein friedliches Nebeneinanderbestehen der beiden Wirtschaftssysteme sei möglich“, sie in dem Wahn zu wiegen, die Demokratie könne innerhalb der kapitalistischen Ordnung verwirklicht werden, das heißt, die Wahrheit zu verleugnen: daß der Weltfrieden nur durch das internationale Proletariat gesichert werden kann; daß der Sieg des Sozialismus erkämpft werden muß, weil nur im Kampf die verlogene bürgerliche durch die Räte-demokratie ersetzt werden kann.

Die sonderbaren „Kommunisten“ der KP haben den Kommunismus durch ihre jahrelange opportunistische Politik geschändet und den proletarischen Internationalismus preisgegeben. Daher können heute Churchill und Co. die verschwommenen demokratischen Phrasen auf die Fahne ihres Kreuzzuges gegen Sozialismus und SU schreiben und so die Massen verwirren. (Fortsetzung Seite 11)

Befatzungstatut schafft Klarheit: Nur das Proletariat befreit Deutschland

Die Beschlüsse der Westmächte über Deutschland, die in letzter Zeit gefaßt wurden, sind von tiefgreifender praktischer und prinzipieller Bedeutung.

DIE WESTGRENZE wurde geändert und den 3 Beneluxländern 140 qkm mit 15000 Menschen zugesprochen. Die materielle Bedeutung dieser Gebietsstreifen ist viel größer (Kohlen-, Erdölvorkommen, Eisenbahnstrecken, Landstraßen, Talperren), wird aber von den Preisfedern der Russenheße schamhaft verdrängt. Es geht aber auch um das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung, das offen mit Füßen getreten wird. An der Saar wagte man noch eine Scheinabstimmung nach vollendeter Annexion - ganz nach Hitlermanier. Hier hat man keine Befragung der Bevölkerung vorgesehen - es ist das offene Diktat. Und es ist noch nicht die letzte Liste. Holland und Luxemburg haben weitere Forderungen angemeldet. Frankreich will u. a. die Rheinhafenstadt Kehl „internationalisieren“ und die Konkurrenz des Kehler Hafens gegen Straßburg unmöglich machen.

DIE DEMONTAGEN deutscher Anlagen gehen weiter. Ihre Bedeutung ist nicht an der Zahl der Betriebe zu ermessen. Oft bedeutet die Herausnahme eines Teils der Produktionskette das Ende der Rentabilität des ganzen Unternehmens, besonders in der Verbundwirtschaft der modernen Schwerindustrie. Die deutschen Lakaien sind dankbar, daß von den über 600 Demontagebetrieben 150 „zurückgegeben“ werden. Dafür wird der Domontagestop aufgehoben und der Abbau der übrigen 450 Betriebe beschleunigt. - Die

Rufen geben jetzt das Röhrenwalzwerk Riefa zurück und lassen es hier wieder aufbauen. Gibt es eine bessere Widerlegung aller bisher für die Demontage vorgebrachten Gründe? Gibt es eine schärfere Anklage gegen diesen verbrecherischen Unfinn?

DAS INDUSTRIENIVEAU und die Liste der verbotenen Industrien wurden unter den Westmächten neu ausgehandelt. Einige Lockerungen in den Verboten sind vorgesehen (die Produktion von Aluminium und Kugellagern soll in gewissem Ausmaß erlaubt, die Stahlkapazität erhöht, Schiffbau zugelassen werden). Diese Pläne beweisen einmal, daß das Schnecken tempo der Erholung der deutschen Wirtschaft zu einem großen Teil den Verboten und Hindernissen der Besatzung geschuldet ist, des weiteren zeigen die Detailbestimmungen - z. B. Schiffsneubauten nur bis 7000 to und 12 Knoten Höchstgeschwindigkeit - das unverhüllte Bestreben zur Ausschaltung der deutschen Konkurrenz. Ebenfogut könnte man jemandem die Teilnahme an einem Autorennen erlauben unter der Bedingung, das Museumsmodell von Daimler-Benz zu benutzen.

Hier zeigt sich die ganze Ausweglosigkeit und der innere Widerspruch der kapitalistischen Mächte: Sie wollen den deutschen Kapitalismus am Leben erhalten, ohne ihm Lebensmöglichkeit zu geben. Sie wollen ihn stark machen gegen die SU, aber ohnmächtig gegen seine Vormünder. Daraus erklärt sich der ständige Zickzackkurs der Besatzungspolitik.

DAS BESATZUNGSSTATUT bestimmt: „Das deutsche Volk soll im höchst möglichen Maße, das sich mit der Besatzung verträgt, Selbstverwaltung genießen.“ Ausgenommen davon sind zwecks Sicherung der grundlegenden Ziele der Besatzung

1. Abrüstung, Entmilitarisierung, wissenschaftliche Forchtung, Verbote und Einschränkungen für Industrie und zivile Luftfahrt
2. Ruhrkontrolle, Reparationen, Restitutionen
3. auswärtige Angelegenheiten
4. Schutz der Besatzungstruppen, Besatzungskosten
5. Achtung des Grundgesetzes
6. Außenhandelskontrolle
7. Kontrolle über innerdeutsche Angelegenheiten, soweit sie mit der Auslandshilfe zusammenhängen.

Wie weit es mit der deutschen Selbstverwaltung auf den wenigen verbleibenden Gebieten bestellt ist, darüber bestimmt das Statut klar und eindeutig:

„Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, ganz oder zum Teil die Ausübung der vollen Gewalt wieder aufzunehmen, wenn sie der Auffassung sind, daß das für die Sicherheit oder für die Erhaltung der demokratischen Regierung oder in Wahrnehmung der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen notwendig ist.“

Diese Kautschuk-Bestimmung allein ist das Entscheidende. Sie beläßt die höchste Autorität bei den Besatzungsmächten; es wäre schon überflüssig zu sagen,

daß die deutschen Maßnahmen nur gelten, wenn die Mächte sie nicht mißbilligen. Ferner haben die Alliierten beschlossen, daß das Statut in Kraft tritt, wenn die westdeutsche Verfassung richtig, d. h. nach ihren Wünschen fertiggestellt und angenommen sei, daß dann die Militärgouverneure durch zivile hohe Kommissare ersetzt werden – es hieße dann Mister Robertson, nicht General Robertson, – daß die Besatzungstruppen unter ihren Oberkommandierenden hier bleiben, die englischen und französischen sogar verstärkt werden.

Das Statut bringt also nur den bisherigen Zustand in Gesetzesform, besser: es schreibt das Diktat aufs Papier, will es also verewigen. Es spiegelt kein Recht wider, sondern die Tatsache der Besatzung. Worin die Zugeständnisse der Alliierten liegen, bleibt Geheimnis ihrer Zeitungsdreiber. Sein Zweck ist, den Anschluß Westdeutschlands an die (west)europäische Völkerfamilie zu erleichtern. Die Bedeutung dieser Worte erläutert Le Monde, der die Wiederaufrüstung Deutschlands als im Atlantikpakt enthalten ansieht und nur befürchtet, sie könne zu langsam durchgeführt werden!

Jetzt, wo die Westmächte unter sich sind bei der Behandlung der deutschen Frage, zeigt sich ihre Uneinigkeit, feilschen und kämpfen sie um die fettesten Bissen. Sie sind einig nur gegen die proletarische Revolution in jedem Lande. Diese Uneinigkeit verschlimmert die Zustände bei uns. Genehmigt der amerikanische Gouverneur ein Gesetz, so legt der französische sein Veto ein usw. Wahrscheinlich wird eine Dreizonenregierung noch größere Schwierigkeiten haben, als die Quislinge, die nur einem Herrn unterstehen.

Alle lizenzierten Parteien haben mit der Besatzung zusammengearbeitet, d. h. ihre Befehle und Empfehlungen ausgeführt. Als Begründung sagten sie, wir würden allmählich etwas erreichen. Es zeigt sich aber, daß eine moderne Wirtschaft, ein normaler Lebensstandard, wirkliche Souveränität so nie zu erreichen sind. Der kapitalistische Charakter ihrer Wirtschaft und Politik zwingt sie, die wirtschaftliche Rückentwicklung Deutschlands, seine Rekolonisierung zu betreiben. Das Ergebnis der viel Jahre Besatzung widerlegt die Begründung der Quislingspolitik.

DIE DEUTSCHE BOURGEOISIE versucht die Interessengegensätze der Besatzungsmächte auszunutzen, beugt sich aber letzten Endes ihrem gemeinsamen Diktat. Für sie gibt es keine Wahl. Sie begnügt sich mit der Rolle des Juniorteilhabers aus Furcht vor dem Proletariat und in der Hoffnung, in der kommenden Auseinandersetzung der USA mit der SU an der Beute beteiligt zu werden.

DIE SPD- UND GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG hat aus Rücksicht auf ihre proletarischen Anhänger oft gegen die Diktate protestiert. Aber sie kann und will ihren Worten keinen Nachdruck durch eine zur Abwehr mobilisierte Arbeiterklasse geben. Wie die Bourgeoisie spekuliert auch sie lediglich auf Ausnutzung der taktischen Differenzen der Besatzungsmächte, deren Ziele aber die ihrigen sind. Denn die SPD ist bereit, die Interessen der Arbeiterklasse zu verraten und sie ins Lager der Imperialisten zu führen. Sie beschränkt sich auf gute Ratschläge, wie die Ziele am besten zu erreichen seien. Ihre Opposition ist taktisch, nicht grundsätzlich.

DIE KPD erweist sich ebenso unfähig zur Verteidigung der deutschen Arbeiterinteressen wie zur Abwehr der imperialistischen Angriffspläne gegen die SU. Ihr Versuch einer Wendung zu einer besseren Politik scheitert an ihrer kritiklosen Unterordnung unter die Politik der russischen Führung. Der an sich richtige Vorschlag Molotows: Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen, erweist sich als undurchführbar. Ein Friedensvertrag bei Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Linie oder Bildung einer deutschen Regierung vor Abzug der Besatzung sind Widersprüche in sich selbst. Ebenso widerfönnig ist das Festhalten am Potsdamer Abkommen, dem die deutschen Arbeiter die Vertreibung von 12 Millionen, Reparationen, Demontagen verdanken. Die Potsdamer Worte über Einheit Deutschlands, Demokratisierung, Entmachtung der Konzernherren, Bodenreform müssen Worte bleiben, solange die deutsche Arbeiterklasse die Hände zu ihrer Verwirklichung nicht freibekommt - und die Fesselung unserer Hände wurde gerade in Potsdam festgelegt. Eine Partei, die diese Politik blind verteidigt, kann keinen erfolgreichen Kampf gegen die imperialistische Raubpolitik führen. Sie muß ohnmächtig zusehen, wie die Imperialisten die russischen Fehler ausnützen, um die deutschen Arbeiter zu Feinden der SU zu machen. Wir können die SU nur verteidigen, wenn wir durch freimütige Kritik ihrer Fehler und Vertretung unserer Forderungen auch ihr gegenüber dem wirklichen Kommunismus wieder Ansehen und Kraft gegeben haben.

DIE FORDERUNGEN DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE müssen sein:

1. Schluß mit allen Demontagen und Reparationen
2. Bedingungslose Räumung ganz Deutschlands von allen Besatzungstruppen
3. Volle Souveränität in Politik und Wirtschaft, also Ablehnung jeder Kontrolle, die die Souveränität nur zur Komödie machen würde.
4. Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

Gemessen an der heutigen Depression des deutschen Proletariats mögen diese Forderungen utopisch erscheinen. Aber die deutsche Arbeiterklasse ist nur dank der völlig falschen Politik ihrer Führung aktionsunfähig geworden. Ihre Führung hat versagt und wird weiter versagen, solange die Arbeiter es ihr erlauben. Um aus dem Niedergang herauszukommen, bleibt dem Proletariat kein anderer Weg, als sich eine eigene Führung zu schaffen und den Kampf für ihre Klasseninteressen aufzunehmen.

Der Kampf ist schwer. Die Zahl der klassenbewußten Proletarier, die allen Schwierigkeiten zum Trotz an den Sieg des Sozialismus glauben, ist heute sicherlich begrenzt. Aber so schwach die Arbeiterklasse auch sein mag, die objektiven Bedingungen für die Aufnahme des Kampfes sind überreif.

Unter dem Kapitalismus muß Deutschland in Elend und Barbarei verfallen. Nur bei planmäßiger Inangriffnahme und Ausnutzung seiner Produktivkräfte kann die deutsche Wirtschaft gerettet werden. Dazu ist allein die Arbeiterklasse imstande. Im Kampfe um ihre eigenen Interessen und Forderungen gegenüber allen Besatzungsmächten kann und wird sie die Kraft zu ihrer Durchsetzung sammeln. Nur das Proletariat kann Deutschlands Souveränität und wirtschaftlichen Aufstieg erkämpfen.

Die Bodenreform in der Ostzone

(Von einem Ostzonen-Agrarfachmann)

Bisher ist die Bodenreform nur in der Ostzone durchgeführt, durch Geiets vom 10. 9. 1945. Es entspricht sinngemäß und teils sogar wörtlich dem von Lenin nach der Revolution 1917 verkündeten Dekret über die Agrarfrage. Das Dekret entsprach nicht dem Programm der Bolschewiki, sondern der Sozialrevolutionäre. Bei seiner Verkündung setzte Lenin gleich hinzu, daß es im Augenblick nicht darauf ankomme, von wem das Agrarprogramm sei; entscheidend sei vielmehr, daß die russischen Bauern, die über 90% der Bevölkerung ausmachten, seine Durchführung wünschten. Man darf hier nicht übersehen, daß Rußland noch ein Feudalstaat war und die Bauern selbst Besitzer des Landes werden wollten. In der Ostzone waren die Verhältnisse im September 1945 wesentlich anders. Hier hatte man keinen Feudalstaat mehr, und selbständige Bauern gab es schon seit Jahrhunderten. Hier konnte die Bodenreform gleich nach sozialistischen Grundfätzen durchgeführt werden, d. h. Grund und Boden gehören dem Staat.

Drei Jahre nach Beginn der Bodenreform lohnt es sich, zu den Ergebnissen Stellung zu nehmen.

Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, sei gleich betont, daß wir die Durchführung einer Bodenreform für ganz Deutschland grundsätzlich als richtig und notwendig anerkennen. Nicht etwa, weil sie in den Potsdamer Beschlüssen verlangt wird, sondern weil sie für Deutschland wirtschaftlich und politisch längst fällig ist. Mit ihrer Durchführung in Verbindung mit der entschädigungslosen Enteignung und Vertreibung der Großgrundbesitzer wird nur eine der schlimmsten Eiterbeulen am deutschen Volkskörper gründlich beseitigt. Insofern ist in der Ostzone nur das 1848 und 1918 Versäumte nachgeholt worden. Diese Krautjunker waren nicht nur Hauptstützen des Militarismus und der Reaktion in Deutschland, sie waren auch wirtschaftlich Parasiten am deutschen Volk. Sie haben so hohe Summen an Subventionen wie Osthilfe usw. erhalten, daß der Staat diese Güter in Wirklichkeit schon mehrmals bezahlt hat und längst ihr Eigentümer hätte sein müssen. Soviel zur politischen Seite der Bodenreform, über die Sozialisten einer Meinung sein dürften.

Die Durchführung WER WURDE ENTEIGNET?

der Bodenreform Nach dem Bodenreformgesetz wurde entschädigungslos enteignet:

1. Jeglicher Grundbesitz über 100 ha (Land und Wald) mit sämtlichem toten und lebenden Inventar
2. Alle Kriegsverbrecher und Naziaktivisten (ab Kreisbauernführer)
3. Der Staat teilweise.

Nicht enteignet wurde Gemeinde- und Kirchenbesitz. Die antifaschistischen Gutsbesitzer behielten 100 ha, der Rest wurde enteignet. Um eine Umgehung des Gesetzes zu vermeiden, wurde der gesamte in Deutschland verstreute

Besitz als ein Ganzes betrachtet und enteignet. Hatte beispielsweise jemand in der Ostzone 20 ha Besitz und in Bayern weitere 90 ha, dann wurden die 20 ha in der Ostzone enteignet. Auch der Besitz der Ehefrauen und sonstigen Miteigentümer wurde mitenteignet. Waren z. B. als Besitzer eines Gutes außer dem Ehemann auch dessen Frau oder Geschwister im Grundbuch eingetragen, dann verfielen auch deren Anteile der Enteignung.

WER HAT DAS LAND UND DEN WALD BEKOMMEN?

1. Es wurden Neubauernstellen von 5 bis 12 ha für landlose Bauern und Landarbeiter geschaffen
2. Landarme Bauern erhielten soviel Land, daß sie lebensfähig wurden
3. Land erhielten Kleinpächter, Angestellte und Industriearbeiter
4. Wald erhielten Altbauern
5. Einige Güter wurden zu Staats-Lehr- und Saatzucht-Gütern gemacht.

Zahlen sind hier überflüssig. Es genügt, festzustellen, daß man durch die Bodenreform in der Ostzone den Großgrundbesitz enteignete und wieder kleine Grundbesitzer schuf. Ist diese Art vom marxistisch-sozialistischen Standpunkt aus richtig? Wir sagen nein!

Schon im Programm des „Bund der Kommunisten“ wird bezüglich der sozialistischen Lösung der Agrarfrage im Punkt 7 gefordert:

„Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben.“

Friedrich Engels schreibt in einer Polemik gegen Proudhon 1872:

„In Deutschland besteht noch sehr viel großes Grundeigentum. Nach der Proudhonschen Theorie müßte dies alles in kleine Bauernhöfe zerteilt werden, was beim heutigen Stand der Ackerbauwissenschaft und nach den in Frankreich und Westdeutschland mit dem Parzellengrundeigentum gemachten Erfahrungen geradezu reaktionär wäre. Das noch bestehende große Grundeigentum wird uns vielmehr eine willkommene Handhabe bieten, den Ackerbau im großen, der allein alle modernen Hilfsmittel, Maschinen usw. anwenden kann, durch assoziierte Arbeiter betreiben zu lassen und dadurch den Kleinbauern die Vorteile des Großbetriebes vermittlels der Assoziation augenscheinlich zu machen.“

Im Schulungsheft der SED vom Juli 1947 wird die Richtigkeit der Aufteilung in Kleinbetriebe damit begründet, daß die politischen und materiellen

Der Reformismus entlarvt sich

(Arbeiterkorrespondenz aus Württemberg)

Die allgemeine Beurteilung der gewerkschaftlichen Entwicklung durch die „Arbeiterpolitik“ befaßt sich auch hier. Die reformistische Gewerkschaftsführung ist hinter den Kulissen sehr aktiv. Z. B. hatten die Drucker einen Streik vorbereitet und bei den Länderbünden wegen Unterstützung angefragt. Die Abstimmungsergebnisse lagen

Die allgemeine Beurteilung der gewerkschaftlichen Entwicklung durch die „Arbeiterpolitik“ befaßt sich auch hier. Die reformistische Gewerkschaftsführung

Voraussetzungen für die Schaffung von landwirtschaftlichen Großbetrieben und genossenschaftliche Bearbeitung fehlen. Gewiß ist es richtig, daß der Übergang zur genossenschaftlichen Bearbeitung nur auf freiwilligen Beschluß der Bauern erfolgen kann. Aber wer hätte dagegen etwas einwenden können, die durch die Bodenreform enteigneten Güter als Großbetriebe weiterzuführen? Das Argument, es seien keine landwirtschaftlichen Großmaschinen vorhanden, stimmt nicht ganz. Es stehen heute noch Großmaschinen in den Ausgleichstellen der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB.) und verrotten, weil sie nicht benutzt werden können, da der einzelne Neubauer nicht die dazu nötige Bepannung besitzt. Von der VdgB. können sie auch nicht eingefleht werden, da die Ackerflächen aufgeteilt sind und nicht jeder Neubauer die VdgB. in Anspruch nimmt, weil er es sich nicht leisten kann, je Stunde 5,- Mark zu zahlen. Wenn im Kleinbetrieb die Düngemittel fehlen, so ist das für ihn ebenso ungünstig wie für den Großbetrieb. Ein Ausgleich durch Stallung ist ebenfalls nicht zu erzielen, da die Neubauernstellen zusammen nicht 50% des Viehbestandes des aufgeteilten Gutes aufweisen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Art der Durchführung der Bodenreform in der Ostzone weder als politischer noch als wirtschaftlicher Gewinn im sozialistischen Sinne angesehen werden kann. Wirtschaftlich liegt die pflanzliche Produktion der Neubauern bis zu 50% unter dem Ertrag der ehemaligen Güter. Bei tierischen Erzeugnissen ist das Verhältnis noch ungünstiger. Politisch ist auch kein Gewinn festzustellen. Man hat nur neue Kleinbürger geschaffen. Nur wenige sind Sozialisten. Vielleicht 10 bis 15% sind Mitglieder der SED. In ihrem Verhalten unterscheiden sie sich durch nichts von den anderen Neubauern. Ihr gemeinsames Bestreben ist, von den Altbauern als „vollwertige“ Bauern anerkannt zu werden.

durchweg zwischen 80 und 90% für den Streik. Trotzdem einigte man sich auf ein sehr schwaches Kompromiß.

Auch in der Zielforderung der Gewerkschaften ist eine Rückwärtsentwicklung zu verzeichnen. Vor 1933 stand in allen Statuten ein Bekenntnis zum Klassenkampf und zum Sozialismus als Ziel. Es war zwar nur ein Lippenbekenntnis bei der damaligen Führung, konnte aber einer guten Opposition etwas Rückhalt gegen die Unterdrückung von oben geben. In den Statuten, die jetzt von den verschiedenen Vereinigungsverbandstagen angenommen werden, fehlt sogar dieses Lippenbekenntnis, statt dessen gibt es Volksgemeinschaftsphrasen der DAF-Zeit. In einer neuen Satzung heißt es z. B.:

„Gleichberechtigte Mitwirkung in den Betrieben und der Gesamtwirtschaft und Anerkennung des Wertes der Arbeit in Staat und Gesellschaft... Herbeiführung freiheitlicher und demokratischer Formen in Wirtschaft und Gesellschaft.“

Heute mögen die Reformisten schon die Wörter Sozialismus und Klassenkampf nicht mehr hören. Wahrscheinlich wird der antisozialistische Kurs noch verstärkt, sobald die Vereinigungsarbeit abgeschlossen und der Apparat gefestigt ist. Auf dem großen Bundeskongreß der westdeutschen Gewerkschaften, der im Sommer 1949 stattfinden soll, werden die Gewerkschaftsangehörigen ziemlich unter sich sein und die Statuten entsprechend ausarbeiten. - Die recht zahlreichen KPD-Gewerkschaftssekretäre verkriechen sich. Diese Tolerierungspolitik wird ihnen dann nicht mehr helfen. Die Amerikanisierung der deutschen Gewerkschaften wird zu ihrer

Bei der Aufteilung der Güter sind nicht nur Neubauernstellen geschaffen worden, auch Arbeiter und Angestellte erhielten Land und Wald aus der Bodenreform. In einem Kreis in Thüringen kamen 6700 ha zur Verteilung, davon über 50% Wald. Diese Fläche wurde an 2400 Landnehmer verteilt. 3 Staatsgüter erhielten über 500 ha, so daß durchschnittlich 2,5 ha auf einen Landnehmer kommen. Berücksichtigt man, daß die Gemeinden bis zu 50 ha erhielten, kann im Durchschnitt eine Zuteilung von 2 ha angenommen werden. In diesem Zusammenhang ist die Waldverteilung interessant. Ist es nach sozialistischen Begriffen schon unverständlich, Wald in Privathand zu geben, so erscheint es bald unglaublich, daß im erwähnten Kreis über 700 ha Staatswald aufgeteilt wurden. Diesen Wald erhielten nicht Neubauern, sondern zu etwa 60% Geschäftsleute, Arbeiter und Angestellte. Ein Teil davon ist zum Roden bestimmt. Nach Rundverordnung Nr. 59 vom Januar 1947 können alle Waldnehmer aus der Bodenreform, soweit ihr Besitz 5 ha nicht übersteigt, ihren Wald frei abholzen. Das hat teilweise zu Raubbau am Wald geführt. Bei den derzeitigen Holzpreisen in der Ostzone braucht der Waldnehmer nur einige Bäume zu fällen um seinen ganzen Waldbesitz, der je ha 200,- Mark kostete, zu bezahlen.

Eine sozialistische Bodenreform in Deutschland müßte so durchgeführt werden: Den landarmen Bauern, die bereits Hof sowie totes und lebendes Inventar hatten, sollte man noch soviel Land geben, daß sie existenzfähig werden. Alles übrige bleibt beisammen und wird Staats-, Kreis- oder Gemeindegut. Für die politische Leitung wird ein zuverlässiger Sozialist eingesetzt, der die Gesamtverantwortung trägt. Ihm zur Seite steht ein guter Fachmann als Verwalter. So kann sich das Gut zum sozialistischen Zentrum des Dorfes entwickeln. Gemeinsam mit den ansässigen Arbeitern und den aufgestockten Bauern kann dann eine starke sozialistische Bewegung auf dem Lande geschaffen werden, die gegenüber den konservativen und reaktionären Bauern die politische Führung fest in der Hand hat und dadurch das Bündnis zwischen Stadt und Land festigt.

Daß eine auf diese Weise durchgeführte Bodenreform auch wirtschaftlich vorteilhafter ist, steht außer jedem Zweifel.

Ausbeutung führen, soweit sie nicht politisch umfallen. Der Fußtritt wird der Dank für ihre stumme Unterwerfung, für die Ablehnung revolutionärer Fraktionsarbeit sein.

Die reformistische Auffassung von Demokratie zeigt sich in der wichtigen Frage der Betriebsräte. Vor 3 Jahren schlug Eberle, KPD, Betriebsratsvorsitzender bei Bosch, vor, die Betriebsräte nur alle 2 Jahre zu wählen. Jetzt nehmen die Reformisten den Vorschlag auf, weil angeblich die Betriebsräte immer gerade dann weggämen, wenn sie sich eingearbeitet hätten. Wir finden, daß nur der Betriebsrat fürchten muß von der Belegschaft in seiner Arbeit unterbrochen zu werden, der nicht für die Belegschaft arbeitet. Die kurzfristige Wahl ist der beste Ansporn für die gute Erfüllung des Auftrages und die beste, demokratischste Kontrollmöglichkeit der Wähler. Ständig den Wählern verantwortlich, jederzeit absetzbar sein, jährlich vor das Gericht der Wähler treten müssen, das ist wirkliche, proletarische Demokratie. Fällt das weg, werden die Betriebsräte so bürokratisch wie die Gewerkschaftsorganisationen, dann besteht die Gefahr, daß gewisse schlechte Erscheinungen überhand nehmen (z. B.

(Fortsetzung von Seite 3) Trotz allem ist das Ziel der Imperialisten, die Eroberung neuen Lebensraumes, nicht gesichert. Die Grundlagen ihrer Macht schwinden dahin, überall, wo sich die Massen zur Verteidigung ihrer Existenz aufrufen. In China haben Marshalls Pläne gründlich bankrott gemacht. Wo die USA die Positionen des Weltkapitalismus nicht mehr halten können, rückt unvermeidlich die einzige organisierende Kraft der Welt: der Sozialismus an seine Stelle. Das Weltkapital konzentriert alle seine Kräfte, um Europa zu halten. Von der Entscheidung Europas hängt sein Schicksal und die Frage ab, ob der Imperialismus überhaupt noch einen 3. Weltkrieg wagen kann. Den Schlüssel zur Lösung dieser Frage hält, so paradox das scheinen mag, die deutsche Arbeiterklasse in ihren Händen. Sie steckt gewiß in größter Not, sie hat aber auch die besten Voraussetzungen zur Befreiung des Weges, der wieder aufwärts führt.

Nirgendwo tritt die völlige Unfähigkeit des Kapitalismus zur Ausnützung der hochentwickelten Produktivkräfte so kraß zutage wie in Deutschland. Die Fesseln von Potsdam mußten von ihren Herstellern selbst gelockert werden. Die vielen Fesseln, mit denen Deutschland als „selbständiges“ Glied an die Atlantikkette geschmiedet werden soll, werden sich gegenüber der furchtbar ansteigenden Not der deutschen Werktätigen als brüdig erweisen. Wenn sie nicht im Elend der heraufziehenden Wirtschaftskrise lautlos verrecken oder sich gegenseitig totschlagen wollen, bleibt ihnen kein anderer Weg, als der Kampf um die Kontrolle und Leitung der Produktion und ihre Inangefangung für ihre eigenen Bedürfnisse. Wenn die Werktätigen Deutschlands und Europas den Kampf aufnehmen, kann es noch weniger als in China ein amerikanisches, sondern nur noch ein sozialistisches Jahrhundert geben.

Aufwandsentfädigungen von mehreren hundert DM in manchen Großbetrieben). Der reformistische Vorschlag scheint die Betriebsräte festigen zu wollen. In Wirklichkeit würde er ihre endgültige Kastration bedeuten.

Diesem verdeckten Angriff der Reformisten entspricht der offen feindliche Angriff der Unternehmer. Immer wieder wird berichtet, daß Betriebsräte gefehwidrig entlassen werden, daß man ihnen die Freistunden beschneiden will oder mit Entlassung droht.

Die Unterwürfigkeit der Gewerkschaftsführung wird schlecht gelohnt, denn der Appetit der Unternehmer wächst beim Essen. Z. B. haben sie die Unversämtheit, bei den Autoschlössern Lohnsenkungen zu verlangen. Ebenso fordern sie in der Lederwarenindustrie Streichung der Teuerungszulage von 10% und Lohnabbau von 10% in den niedrigen Lohngruppen, zusammen also 20% Lohnabbau. Der Leitartikel der Stuttgarter Gewerkschaftszeitung klingt wie eine Antwort darauf:

„Die Gewerkschaftsvertreter fordern von den Unternehmern klare Beweise... Angenommen, es wäre so (daß die Unternehmer aus wirtschaftlichen Gründen keine höheren Löhne zahlen können), muß das für die Gewerkschaften ein Anlaß sein, auf Lohnforderungen zu verzichten? Nein! Jedenfalls solange nicht, solange die Arbeiterschaft, vertreten durch ihre Gewerkschaften, an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe nicht beteiligt ist und solange ihr das Recht genommen bleibt, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Kapitalistische Tatsachen

Die Veröffentlichungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB bringen interessante Zahlen über Lebensstandard, Lohnhöhe, Ausbeutung der deutschen Arbeiter.

LEBENSHALTUNGSKOSTEN. Während der offizielle Lebenshaltungsindex Ende 1948 bei 149,1 liegt (1938 100), ist er in Wirklichkeit bei über 200 angelangt.

„Darum wird es Zeit, daß der amtliche Lebenshaltungsindex in seiner heutigen Gestalt verschwindet, und zwar je schneller, desto besser. Wo er uns aber noch immer entgegentritt, muß er in aller Schärfe als falsch und irreführend zurückgewiesen werden. Der bisherige Lebenshaltungsindex ist eines der Mittel, um die Senkung des Anteils der Arbeiter am Volkseinkommen hinwegzudiskutieren. Darum muß er verschwinden.“

Gewerkschaftliche Praxis, Januar 1949

LOHNERHOHUNG seit der Währungsreform erfolgte im Durchschnitt für Männer um 8,7%, für Frauen um 13,5%. (Die Militärgouverneure hatten 15% bewilligt.)

Die Verschlechterung der Arbeiterlöhne wird noch deutlicher aus folgenden Zahlen:

	Von allen Arbeiterhaush. verdienten		Durchschnittl. Monateink. je Haush.	
	1928	Sept. 1948	1928	Sept. 1948
unter 180,- RM/DM	9,6%	22,4%	172,74	133,95
181,- bis 220,- RM/DM	28,5%	27,7%	206,34	213,24

Über 50% aller Arbeiterhaushaltungen verdienen unter 220,- DM, davon fast die Hälfte unter 134,- DM! Das nominelle Einkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte war 1948 um 18,6% niedriger als 1928. Dazu rechne man die Indexsteigerung um 100% - dann hat man das ganze Ausmaß der Reallohnfenkung!

„Es ist nicht nur der reale Wert des Einkommens der Arbeiter und Angestellten stark gesunken, auch in der nominellen Höhe des Einkommens sind erhebliche Kürzungen eingetreten. Darüber hinaus verdient die Tatsache besondere Beachtung, daß der Anteil der kleinen Einkommen sich verstärkt hat. Man darf deshalb sagen, daß nicht nur die große Schicht der Rentner und Unterstützungsberechtigten weit unter die Grenze des Existenzminimums gedrückt wurde, sondern daß sich auch ein beträchtlicher Teil der Erwerbstätigen in dieser Lage befindet.“

Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Nr. 1, 1949

ARBEITSLEISTUNG je Arbeitsstunde 1928 gleich 100 angenommen (1928 war ein Jahr der Hochkonjunktur mit friedensmäßiger Ernährung), stand Ende 1948 bereits wieder auf 90.

LOHNKOSTEN. Der Lohnanteil am Produktionswert sinkt ständig. 1936 betrug er 26%, im September 1948 nur noch 24,8%. Im Bergbau, der als besonders lohnintensiv gilt, war der Schichtverdienst 1936 31,2, im September 1948 nur noch 29,1% des Produktionswertes.

Diese Zahlen sind durchweg gewerkschaftlichen Veröffentlichungen entnommen. Sie seien den Gewerkschaftsführern zur Kenntnisnahme empfohlen. Allen Betriebsräten und Funktionären dienen sie als Argumente für erhöhte Lohnforderungen, für die Forderung nach Schluß mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik.

Wenn Gewerkschaftsführer in die Leitung der Wirtschaft hineingelassen werden, sind sie zur Anerkennung der Unternehmerwünsche bereit. Bisher hatte man uns erzählt, die Mitbestimmung in der Wirtschaft solle Arbeiterinteressen dienen. Am Ende dient sie Unternehmerinteressen!

Es ist vorauszufragen, daß bei Verschärfung der Kapitalsoffenlive die Tage der Arbeitsgemeinschaft gezählt sein werden. Aber dann werden nicht nur die Führer, sondern auch die Organisationen auf der Strecke bleiben, wenn nicht die klarsten Köpfe sich in ihnen zusammentun, ihre Anstrengungen koordinieren und organisiert gegen diese Entwicklung ankämpfen - das ist heute die dringendste Aufgabe der revolutionären Gewerkschafter.

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 6

Ende Juni 1949

Preis -,40 DM

Zur Pariser Außenministerkonferenz Schon die Tagesordnung ist ein Bluff. Sie sieht nämlich vor:

1. Die Frage der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands einschließlich der Frage der Kontrolle
2. Die Berliner Frage einschließlich der Währungsfrage
3. Vorbereitung des Friedensvertrages für Deutschland
4. Prüfung des Staatsvertrages für Österreich.

In Wirklichkeit geht es nicht um deutsche oder österreichische Fragen, sondern um den erneuten Versuch der Siegermächte des 2. Weltkrieges, untereinander zu einem zeitweiligen Kompromiß auf Kosten Deutschlands und Österreichs zu kommen, weil die Vorbereitungen zum 3. Weltkrieg noch nicht so weit gediehen sind, um mit militärischer Gewalt die Entscheidung herbeizuführen und dem Besiegten die Bedingungen des Siegers aufzuzwingen. Kommt es zum Kompromiß, so auf Kosten Deutschlands und Österreichs. Scheitern die Verhandlungen, so geht der kalte Krieg zwischen SU und USA plus deren armen Verwandten England und Frankreich weiter, ebenfalls auf unsere Kosten. Alles Gerede und alle Schreiberei aus Anlaß der Pariser Konferenz, das diese Verhandlungen in anderem Licht erscheinen lassen möchte, ist nur Täuschungsmanöver.

Es kam jetzt zu amerikanisch-russischen Vorverhandlungen und die Pariser Konferenz konnte starten, weil der kalte Krieg ein Stadium erreicht hat, das seine Grenzen deutlich macht. Der anglo-amerikanische Imperialismus hat seit Beendigung der Kriegshandlungen alle Mittel der Diplomatie und Demagogie, mit denen der kalte Krieg bisher geführt wurde, angewandt, um die SU aus den Positionen zu verdrängen, die die Rote Armee erkämpft und befehlt hatte und die ihr in Jalta von Roosevelt-Churchill, in Potsdam von Truman-Attlee überlassen wurden. Die Tinte war noch nicht trocken, und

Über die Außenpolitik des proletarischen Staates

„Wer mit der Waffe in der Hand den Kommunismus in ein Land tragen wollte, dessen Arbeiterklasse ihn noch nicht selbst im Kopf hat, den wird auf der anderen Seite der Grenze nicht der Gefang der Internationale sondern der Nationalhymne empfangen, und er wird nicht den Kommunismus stärken, sondern den Nationalismus. Er wird unfehlbar das Proletariat, das noch im Banne seiner Bourgeoisie steht – sonst wäre es kommunistisch – nur umso fester mit seiner Bourgeoisie zusammenschweißen. Und der proletarische Staat, der das unternehmen würde, würde nicht die Ketten des fremden Imperialismus zerreißen, sondern er würde sie nur fester schweißen.“

August Thalheimer in der Roten Fahne, Mai 1920

Idion begann die Katzbalgerei um die Auslegung der Abmachungen. Der Krieg mit Japan konnte rascher beendet werden, als die anglo-amerikanischen Politiker und Strategen angenommen hatten. Die Zugeständnisse waren aber gemacht worden, um die SU als Alliierten gegen Japan bei der Stange zu halten. (Oder-Neiße-Grenze, Austreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland, Annexion Königsbergs sowie die Annexion im Fernen Osten von Sachalin, Nordkorea, Kurilen.)

Alle bisher im kalten Krieg angewandten Mittel, die SU aus diesen Positionen wieder zu vertreiben, waren erfolglos. Es ist klar geworden, daß die SU nur mit Waffengewalt vertrieben werden könnte. Das „wollte“ Amerika nicht, weil es zur Zeit den Krieg noch nicht führen kann. Der Ausbau des von Amerika, England und Frankreich besetzten Westdeutschland zu einem wirtschaftlichen und politischen Stützpunkt für den 3. Weltkrieg befindet sich erst im Anfangsstadium. Allein mit der Atombombe kann der Krieg gegen die SU mit Aussicht auf Erfolg nicht geführt werden. Daher Amerikas Verhandlungsbereitschaft.

Die Gegenaktion der SU, der Versuch, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, wo sie nach der Verfestigung der 3 Weltzonen Deutschlands nichts mehr zu suchen haben, wenn die Potsdamer Abmachungen eingehalten würden, scheiterte ebenfalls. Mit Waffengewalt hätte die SU die Westmächte aus Berlin vertreiben können. Das „wollte“ die SU nicht, weil das den Krieg bedeutet hätte, zu dem die SU noch nicht vorbereitet ist. Daher die Kompromißbereitschaft der SU.

Die bisherigen Pariser Verhandlungen sind nur Nachhutplänkeleien im kalten Krieg und sollen die deutsche Bevölkerung verleiten, sich mit den Besatzungsmächten zu verbünden. Die Anglo-Amerikaner wollen mit der Einführung

Der Kampfwille der Arbeiter wächst

(Arbeiterkorrespondenz aus Hamburg)

Auf einer Betriebsausfluß-Sitzung der Hamburger Gaswerke (HGW), der Vertretung von etwa 3100 Arbeitern und An-

gestellten, am 22. 4. 1949 wurde die Gewerkschaft aufgefordert, „sofort Maßnahmen zu ergreifen, um der immer mehr um sich greifenden Not der Arbeiter und Angestellten Einhalt zu gebieten... Die Betriebsräte der HGW sind nicht mehr in der Lage, die Belegschaft länger zu beruhigen. Sollten bis zum 30. 4. 1949 keine bestimmten Zusagen des Senats an die Gewerkschaften auf Lohn- und Gehaltserhöhungen gemacht worden sein, so sieht sich die Belegschaft der HGW gezwungen, zu den letzten Mitteln der Abwehr zu greifen.“ Der Senat (SPD-Mehrheit) hat alles versucht, um den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen. Die präzisen Forderungen der städtischen Arbeiter und Angestellten wurden auf die bizonale Verhandlungsbasis abgehoben. Daß aber dennoch 80,- DM Überbrückungsgeld (bis zur endgültigen Entscheidung über die Lohnerhöhung) gezahlt wurde, beweist erneut, daß, wo der Wille zum Kampf ist auch Erfolge gebucht werden können. Diese 80,- DM sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und werden schnell verausgabt sein, aber sie sind ein Zugeständnis und ein Anfangserfolg.

Ein weiterer Beweis für den erwachenden Kampfwillen der Arbeiter ist der Bäckerstreik. Nach einer Urabstimmung, die 90% für den Streik ergab, haben die Bäcker den Streik begonnen. Trotz des ausgezeichneten Kampfwillens der Arbeiter endete der Streik mit einer Niederlage.

der Bonner Verfassung in der Ostzone ganz Deutschland ihrem Einfluß unterwerfen. Die SU benutzte die Verfassung des deutschen Volksrats als Mittel der Ausdehnung ihres Einflusses auf die Westzonen. Obgleich die barbarischen Methoden der SU den Anglo-Amerikanern Vorstuf leisteten, ihnen den deutschen Arbeiter zutreiben, besteht kaum Aussicht, auf dieser Basis zu dem beiderseits gewünschten Kompromiß zu kommen. Aber alle diese Fragen sind für die Großmächte drittrangig. Die wirkliche Basis, auf der ein Kompromiß möglich und wahrscheinlich ist, wird fast gar nicht in der Öffentlichkeit genannt.

Diese Grundlage ist der Absatzmarkt, den die SU und ihr Einflußgebiet bietet. Die in den USA einsetzende Depression macht breitere Kreise der amerikanischen Kapitalisten geneigt, ihre Waren bei guten Profiten auch im Gebiet der SU abzusetzen. Für die deutschen Kapitalisten, die von den Anglo-Amerikanern als ihre Prokuristen eingefest sind, ist der russische Markt lebenswichtig und bietet die Chance, die bloße Prokuristenrolle zu überwinden. Das widerspricht den Zielen der amerikanischen Bourgeoisie, die Geschäfte mit der SU machen und die Deutschen nur als Untergebene halten will. Eine Kompromißlösung, ohne Entwicklung neuer und latenter Widersprüche gibt es nicht.

Der Kampf hat wichtige Erfahrungen gebracht, die es unbedingt für die Zukunft zu beachten gilt: Der Kampf war nicht sorgfältig genug vorbereitet. Die Konsumgenossenschaft bewilligte die Lohnforderungen. Aber die Gewerkschaft verhinderte nicht, daß die Konsumbäckerei die Brotlieferung an Stelle der bestreikten Unternehmer übernahm, dadurch streikbrechend wirkte und den Streik als Konkurrenzmanöver ausnützte. Das hätte unbedingt verhindert werden müssen, eventuell durch Einbeziehung der Konsumbäcker in den Streik trotz Bewilligung der Lohnforderung, wenn sich die Genossenschaft nicht darauf beschränkt, während des Streiks nur ihre bisherigen Kunden zu beliefern.

Noch dringender war die Verhinderung der Brotlieferung von auswärts. Ganz unzulässig war das Abkommen der Gewerkschaft, die „im Interesse der Bevölkerung“ mit den Bäckern Niedersachsens und Schleswig-Holsteins Brotlieferungen während des Streiks vereinbarte. So wurde verhindert, daß die Bevölkerung auf den Senat den notwendigen Druck ausübte, damit er die berechtigten Forderungen der Streikenden unterstützte und seine Vorgesetzten, die Befahungsbehörden, zwang, ebenfalls nachzugeben. Notwendig war auch bessere Aufklärung der Bevölkerung vor und während des Streiks, um Streikbruch zu verhindern.

Die Heide-Bäckerei (Inhaber ein SPD-Mann) arbeitete mit Flüchtlingen und Studenten. Der Unternehmer hatte Betten in den Betrieb bringen lassen. Die Gewerkschaftsführung erklärte, daß sie da nicht rankommen könne. Sie wollte keine Demonstration und aktive Solidarität der Arbeiterbevölkerung gegen den mit Polizeihilfe organisierten Streikbruch. (Die Studenten finanzieren zum Teil ihre Studien mit Arbeitergeldern, die sie durch Austragen der Lebensmittelkarten einnehmen. Warum wurde dies nicht ausgenutzt im Interesse der kämpfenden Arbeiter?) All dies mußte mindestens 2 - 3 Wochen vorher sorgfältig vorbereitet werden. Ein nichts sagendes Flugblatt der Streikleitung am 2. Streiktag konnte das nicht nachholen.

Streikbrechend war auch die Rolle der Polizei und der Arbeitsämter. Die Polizei mußte Ruhe und Ordnung in den Betrieben aufrecht erhalten (vor allem sicherstellen, daß die Streikbrecher ungestört arbeiten konnten). Das ging so weit, daß vom Arbeitsamt vermittelte Streikbrecher auf Überfallwagen in die Betriebe gebracht wurden. (Wo waren die KPD- und SPD-Kollegen auf den Arbeitsämtern?) Eine Lehre auch für die Hamburger Volkszeitung,

Die Macht der amerikanischen Bourgeoisie ist jedoch so groß, daß sie mittels Krediten und dergleichen nicht nur die englische Konkurrenz, sondern erst recht ihre deutschen Prokuristen in den ihren Bedürfnissen entsprechenden Grenzen halten kann. Ob es zum Kompromiß auf der Basis von Handelsbeziehungen zwischen den Anglo-Amerikanern und der SU kommen wird, wird sich im Laufe dieses Jahres entscheiden. Es wird klar werden, ob unter den 200 Amerikanern, die in Wirklichkeit heute über Krieg und Frieden entscheiden, der Flügel die Vormacht hat, der den Atombombenkrieg will, oder jener, der Geschäfte machen und die amerikanische Krise um Jahre hinauschieben will. In keinem Lande ist heute die Arbeiterklasse eine entscheidende Kraft, den Krieg, den ihre Bourgeoisie vorbereitet und eventuell führt, zu verhindern. Alle Friedenskongresse und -demonstrationen bleiben solange wirkungslos, solange die Arbeiterklasse passiv, kampfunfähig bleibt oder sich im Schlepptau ihrer Bourgeoisie bewegt. Am trostlosesten steht es in dieser Hinsicht bei den Werktätigen Deutschlands. Die SPD und ihre Gefolgschaft sind nur Helfershelfer der westlichen Befatzungsmächte, die anderen bürgerlichen Parteien desgleichen. Ihr Klasseninstinkt sagt ihnen, daß sie auf Gedeih und Verderb auf die kapitalistischen Befatzungsmächte angewiesen sind. Denn wenn die deutsche Arbeiterklasse sich ihrer Kampfkraft und ihrer entscheidenden Rolle bewußt wird und zu kämpfen beginnt, um endlich selbst ihr Schicksal zu bestimmen, ist es mit der Wiedererstarkung der deutschen Bourgeoisie vorbei. Die deutsche Bourgeoisie kann als Prokurist der Amerikaner oder selbst bei einer gewissen Selbständigkeit nur dem Teil der Werktätigen eine gewisse Hungergrenzen-Existenz bieten, den sie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe benötigt. Der andere Teil der „Überflüssigen“ verkommt rascher oder langsamer. Die KP-Politiker, die die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern suchen, um sie für Handelsbeziehungen mit der SU zu gewinnen, nützen weder der deutschen Arbeiterklasse noch der SU. Ob die deutschen Unternehmer diese Handelsbeziehungen aufnehmen dürfen, bestimmen nicht sie, sondern die Anglo-Amerikaner. Wäre dem nicht so, bedürfte es keiner Ermunterung durch die KPD-Politikanten. Und auch im Falle des Erfolges bekämen die Arbeiter nur Hungerlöhne; denn die Konkurrenz der Amerikaner zwänge sie dazu. Diese Leitgedanken gilt es bei den Pariser Verhandlungen zu beachten.

die anläßlich eines Sportfestes der Polizei schrieb: „Mit ihrer Sportchau zeigte die Polizei, auf welchem hohem sportlichem Niveau sie steht und wie sie versteht, den Sport mit ihren Berufsaufgaben zu verbinden. Dafür dankte die anwesende Bevölkerung durch häufigen Beifall. Wir (die kommunistische HVZ!) schließen uns dem Lob und Dank an.“ (Geschrieben 31.5.49.)

Wenn die Arbeiter aus diesen Dingen die Lehre ziehen und sie das nächste Mal anwenden, indem sie sich eine Führung schaffen, die den Kampf ordentlich vorbereitet und mit Energie durchführt, dann ist auch diese Niederlage ein Schritt vorwärts. Das gilt vor allem für die jüngeren Arbeiter, die trotz Unerfahrenheit im Klassenkampf und Mißtrauen gegen die Führung einen erstaunlichen Kampfwillen gezeigt haben. Ihnen das Werkzeug zu geben, um ihren Kampfwillen zum Erfolg zu führen, muß unsere Aufgabe sein. Die Bürokraten wollen den Kampfwillen brechen, um die Arbeiter am Gängelband führen zu können; die Werktätigen müssen ihn auf die notwendige Einsicht in die Kräfteverhältnisse heben - dann werden sie, statt Niederlagen zu erleiden, Erfolge erzielen.

Für ein proletarisches Arbeitsbeschaffungsprogramm

Ein Jahr nach der Währungsreform haben wir eine offiziell zugegebene Arbeitslosenarmee von 1,2 Millionen in

der englischen und amerikanischen Zone. Seit Monaten steigt die Zahl ständig:

Ende Nov. 701 000	Ende Dez. 750 000	Ende Jan. 944 190	Ende Feb. 1 040 000	Ende März 1 132 140	Ende April 1 191 150	Mitte Mai 1 211 031
----------------------	----------------------	----------------------	------------------------	------------------------	-------------------------	------------------------

Die Zahlen der französischen Zone sind unbekannt. Von November bis März sollen sie sich verfünffacht haben. Die Zuverlässigkeit der bizonalen Statistik kann angezweifelt werden. Der hessische Finanzminister berechnet die Kurzarbeiter auf gut 600 000 Vollarbeitslose. Die 1,8 Millionen Arbeitslose der Bizone mit ihren 38 Millionen Einwohnern entsprechen im alten Deutschland mit seinen 65 Millionen einer Armee von über 3 Millionen. Diese Zahlen sind alarmierend. Aber man begnügt sich mit schönen Redensarten. So erklärte der Frankfurter Arbeitsminister Storch, Vertrauensmann der Gewerkschaften, noch am 8. Mai: „Der gewerbliche Sektor der deutschen Wirtschaft

Die moralische Aufrüstung der SPD

Einem längeren Bericht eines Hamburger Jungsozialisten über die Militärdiskussion in der SPD entnehmen wir:

„Auf einem Wochenendkursus der SPD sprachen die Genossen Dr. Kröger und Schmelzer über Kriegsdienstverweigerung und Remilitarisierung. Kröger lehnte die Bonner Verfassung ab. Begründung: Sie bestimmt: „Niemand darf gegen seinen Willen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Wir müßten aus der Weimarer Republik lernen, wo wir auch gegen Militär- und Kriegsdienst gewesen seien. Der Staat sind letzten Endes wir selbst, und wenn wir in Gefahr sind, brauchen wir eine militärische Organisation.

Noch weiter ging der Genosse Schmelzer, ehemaliger Luftwaffenoffizier. Aus seinem Referat ging klar hervor: die SPD ist für die Remilitarisierung; sie unterstützt den Wiederaufbau einer deutschen Armee; sie betrachtet den heutigen Staat als „unferen“.

So geht es weiter. Auf der Jahresversammlung der Hamburger Jungsozialisten Ende Januar äußerte der Vertreter der Studenten: „Uns bleibt im Kriegsfall nur die Entscheidung Ost oder West, und sie ist schon zugunsten des Westens gefallen.“

Eine passende Ergänzung zu diesem Bericht sind die Verhandlungen der kulturpolitischen Tagung der SPD in Rothenburg ob der Tauber. Hauptreferent war der ehemals marxistische Dr. Brill, der 1945 mit vielen Kommunisten zusammen das Budenwald-Manifest unterzeichnet hatte. Er sagte, das Kulturbewußtsein der Deutschen werde gegenwärtig bestimmt von Friedenssehnsucht, Freiheitswillen und verstärkter Hinneigung zur Religion. Die SPD werde die stark religiöse Erneuerungsbewegung anerkennen. Einen Kulturkampf findet die SPD nach Schulz sinnlos. Sie möchte sich mit den Kirchen friedlich einigen, was man ja hinter den Bonner Kulissen getan hat. Die wirkliche Gefahr für die SPD-Führung ist offenbar die erwartete verstärkte „geistige Invasion des Ostens“. Die wirkliche Freiheit lieh; sie in der bedingungslosen Unterwerfung unter die Militärdemokratie der Befabungsmächte. Diese haben ja gerade in Bonn einige Proben ihrer Freiheit gegeben.

In Hamburg wurde scharf die Gegnerhaft gegen den Osten herausgearbeitet, in Rothenburg bekundete man der Kirche und dem Westen nochmals seine Friedensbereitschaft.

werde mit einigen Ausnahmen sehr bald von der Arbeitslosigkeit befreit sein." Dabei zeigt gerade die Zunahme im Mai, daß die Arbeitslosigkeit nicht faisonbedingt, sondern offenbar eine Folge des Abklingens der Konjunktur ist. Das Bild wird noch verschlimmert, durch die besonderen Schwerpunkte

der Arbeitslosigkeit: Kiel, Wilhelmshaven, Essen, Salzgitter, Solingen und andere Orte, die früher vorwiegend für die Rüstung arbeiteten oder stark unter Demontage leiden und Länder mit starker Flüchtlingsbevölkerung. (Siehe Tabelle)

Länder	Arbeitslose auf je 100 Beschäftigte	
	Ende Dez.	Ende Jan.
Schleswig - Holstein	14	17
Bayern	8,3	12
Niederrhein	8,3	10
Nordrhein - Westfalen	2,5	3
Württemberg - Baden	2,1	2,8

Es geschah bisher nichts, um die Flüchtlinge in der Produktionsprozesseinzugliedern. Es gibt bestimmte

Berufsgruppen mit besonders großer Arbeitslosigkeit: Von den 1,04 Million Arbeitslosen Ende Februar waren 174 000 Angestellte, 50 000 Metallarbeiter, 83 500 Landarbeiter. Diese Struktur der Arbeitslosenarmee charakterisiert den Ernst der Lage. Die verstärkte Rationalisierung, Antreiberei, Zwang zu Überstunden hob den Produktionsindex von Januar bis März von 81 auf 89 (1936 = 100), die Arbeitslosenzahl aber um 200 000.

Diese Zahlen bedeuten eine größere Not als vor 1933. Die Unterstützungsätze sind angesichts der Teuerung, der jahrelangen Hungerei, des Mangels an allen Bedarfsartikeln, besonders bei den Ausgebombten, völlig unzureichend und werden nur sehr zögernd gewährt. Am 15. Februar erhielten von 1,01 Million Arbeitslosen 504 000 Arbeitslosen- und 258 000 Fürsorgeunterstützung. Noch größer sind die Schwierigkeiten bei Kurzarbeit. Es wird mit einer Normalwoche von 40 Stunden gerechnet, obwohl fast überall 48 Stunden die Norm ist. Erst bei einer Wochenarbeitszeit von unter 40 Stunden kommt Unterstützung in Betracht. Daher wird ein großer Teil der Kurzarbeiter nicht unterfüttert. Und das, obwohl die Arbeitslosenversicherung große Überflüsse erzielt, die an die Kapitalisten billig ausgeliehen werden.

Die bürgerlichen Politiker, die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie hatten die Währungsreform als Wende im Wirtschaftsleben begeistert begrüßt. Jetzt hat der kurze Aufschwung sein Ende gefunden bei einem Produktionsniveau, das bei wesentlich erhöhter Bevölkerung 15% unter 1936 liegt. Der Produktionsindex betrug im März 1949 73% von 1938, aber je Kopf der Bevölkerung nur 58%. Mit den wachsenden Schwierigkeiten beschimpft man zuerst die

Proteste und Kampf gegen die Demontagen

Als Begleitmusik zur Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt gehen die Demontagen weiter, vor allem auf englisches Betreiben. Hierbei kam es zu Demonstrationen. Am 1. Mai demonstrierten 4000 Arbeiter der Thyssenhütte in Duisburg - Hamborn gegen die Demontage ihrer Arbeitsplätze. Beim Gelsenberg - Hydrierwerk in Gelsenkirchen vertrieb die Belegschaft die Demontagearbeiter der Firma Sulzbach. Die Produktion geht vorläufig weiter. Ähnliche Aktionen häufen sich an anderen Stellen.

Arbeitslosen als Schwarzmarkthändler. Über eine Million Schwarzhändler - lächerlich und unverdämmt zugleich!

Nach dem Schimpfen kamen Versprechungen von Stord und Erhard, alle Arbeitslosen würden bald wieder Arbeit haben. Dieser gemachte Optimismus ist reine Augenauswirderei für die Proleten. Ernsthafte bürgerliche Zeitungen geben es zu. Nach dem Lagebericht der VfW von Ende Mai geht die Produktion der Verbrauchsgüterindustrie zurück. Die steigende Produktion an Konsumartikeln sollte angeblich ehrliche Ware für ehrliches Geld geben und zu allgemeiner Preisfenkung und Reallohnsteigerung führen. Jetzt heißt es im Lagebericht:

„Die Produktion paßt sich immer mehr der gegebenen Einkommens- und Verbrauchsstruktur an. So zeigten sich z. B. beträchtliche Erzeugungsrückgänge auf Gebieten mit gesättigten Märkten. Der Auftragseingang war in den meisten Sparten der Industrie nach wie vor rückläufig.“

Über diese Sättigung der Märkte schrieb die Wirtschaftszeitung:

„Sie bedeutet nicht eine Befriedigung des wirklichen Bedarfs, sondern nur der kaufkräftigen Nachfrage. Es ist schon in „normalen“ Zeiten nicht möglich

Neue KPD-Parolen

Mitte April fand in Hagen der Landesparteitag der KPD Nordrhein-Westfalens statt. Die Taktik der Partei wurde aufs neue überprüft. Den politischen Kern des Hauptreferates Hugo Pauls findet man in folgenden Sätzen: „Hauptfahde sei es, ein unabhängiges, einheitliches, demokratisches Deutschland zu errichten. In diesem Kampfe gelte es, sich mit allen Schichten des Volkes zu verbinden, die, wie wir, für dieses große Ziel eintreten. Das sei nicht nur der Arbeiter und Angestellte, sondern auch der Mittelfändler, der Bauer, der Kleinfabrikant und selbst der mittlere Unternehmer, der an der Aufhebung der Zonengrenze und an der Schaffung eines einheitlichen Deutschland interessiert ist. In der Fertigungindustrie sei es Aufgabe der Belegschaften und ihrer Betriebsräte mit den Betriebsleitungen gegen die abhängige Wirtschafts- und Handelspolitik Maßnahmen zu ergreifen.“

Die letzte Weisheit der KPD ist also die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Sie steht im krasen Widerspruch zu ihren landläufigen Beteuerungen, im Geiste des Marxismus zu handeln.

Zunächst: Wo liegt das Klasseninteresse der deutschen Arbeiterklasse, wo das der deutschen Bourgeoisie? Die Arbeiterklasse benötigt zur Entfaltung ihrer Kampfkraft, zur endgültigen Auseinanderlegung mit dem abgewirtschafteten deutschen Kapitalismus die Räumung ganz Deutschlands von allen Besatzungstruppen; sie benötigt Bewegungsfreiheit auf dem historisch gegebenen nationalen Boden. Sie ist daher die konsequenteste und entschiedenste Kraft im Kampf um die nationale Unabhängigkeit. Die Interessen der deutschen Bourgeoisie bewegen sich in Widersprüchen: Von innen durch die Arbeiterklasse, von außen durch die SU bedroht, kann sie ihre Klassenherrschaft nur durch Unterordnung unter die Diktatur der konterrevolutionären, imperialistischen Sieger einigermaßen festigen. Sie ist daher unter den gegebenen Verhältnissen gegen die Unabhängigkeit Deutschlands. Aber gleichzeitig bedeutet diese Unterwerfung die Auslieferung der deutschen Wirtschaft an ihre neuen Schutzherrn. Gerade die moderne, hochentwickelte Groß- und Schwerindustrie des deutschen Westens fühlt schmerzhaft den Würgegriff des verstärkten Konkurrenzkampfes, der Demontagen, der Produktionsverbote, der Ausfuhrdrofflung für Fertigwaren, des Schleudereexports an Rohstoffen.

gewesen, alle Bedürfnisse zu befriedigen. Als Bedarf kann man das Bedürfnis definieren, hinter dem eine kaufkräftige Nachfrage steht."

Die nicht Kaufkräftigen können also draufgehen.

Noch ernster ist der Produktionsrückgang in der Produktionsmittel- und Bauindustrie, bei den Lieferanten des Verkehrswesens und in der Verkehrsleistung. Die NZZ schreibt dazu:

„In ganz Westdeutschland, das eine ungewöhnliche Zahl zerstörter Brücken aufweist, wird gegenwärtig keine einzige Brücke gebaut. Der Stahlbau liegt im Lande des Stahls völlig darnieder. In allen städtischen Industriegebieten stehen angefangene oder fertige Hallen im Rohbau verlassen da. In der Zementwaren- und in anderen Baumaterialindustrien sind über 80% der Werke stillgelegt. . . Bauhandwerk und -industrie befinden sich in einem Zustand, der von Agonie nicht mehr weit entfernt ist. . . Die Eisenbahn schließlich hat so weitgehend ihre Aufträge annulliert, daß Waggon- und Lokomotivindustrie fast stillliegen. Dieses Bild scheint eindeutig.“

Diese Situation wird von der bürgerlichen und reformistischen Presse durch Quacksalbereien erläutert und „bekämpft“. Eine Theorie sagt, der Kreditmangel und die zurückhaltende Kreditpolitik der Finanzbehörden seien schuld. Bei genügend billigem Kredit könne man Wohnungen bauen, wir hätten Vollbeschäftigung und ein volksgemeinschaftliches Idyll. Aber auch eine großzügige Kreditpolitik könnte die Grundwiderprüche des Kapitalismus nicht aufheben. Wir haben hier den Kapitalismus mit seinen typischen Merkmalen:

1. industrielle Reservearmee

Die deutsche Bourgeoisie ist daher an einer Ausweitung ihres inneren Marktes bzw. an der Aufhebung der Zonengrenzen und an der Schaffung eines einheitlichen Deutschland interessiert. Während die Arbeiterklasse für die Räumung ganz Deutschlands eintritt, ist die Bourgeoisie nur für die Einheit Deutschlands, bei der die Befatzung der Anglo-Amerikaner aufrecht erhalten bleibt. Infolgedessen ist das Unternehmertum kein Verbündeter der Arbeiterklasse, da es an der Aufrechterhaltung der Befatzung direkt interessiert ist. Das ergibt sich klar aus der vierjährigen Praxis ihrer politischen Vertreter CDU, FDP usw.

Der eigentliche Grund der neuen Linie, der mit der Forderung nach Ost-West-Handel verknüpft ist, ist die wirtschaftliche Schwierigkeit der osteuropäischen Staaten, denen die SU nicht die erforderliche Hilfe in ihren Industrialisierungsprogrammen leisten kann. Die Politik einer kommunistischen Partei wird hier wieder einmal für die Zwecke der sowjetischen Außenpolitik eingespannt, ohne die geringste Rücksicht auf ihre eigenen Aufgaben und Kampfbedingungen.

Die KPD und die „Tägliche Rundschau“ berufen sich auf die Leninische Rapallopolitik. Sie vergessen geflissentlich, daß die Verträge, die die SU 1922 mit dem Weimarer Deutschland abschloß, nicht im geringsten die revolutionäre Tätigkeit der KPD behinderten, die deutschen Kommunisten vielmehr den Klassenkampf unvermindert fortführten. So konnte die Rapallopolitik nutzbringend für das revolutionäre Lager werden. Wenn also das Beispiel Sinn und Zweck haben soll, so nur dann, wenn die um die benötigten Ost-West-Handelsbeziehungen sich entwickelnde neue politische Taktik den Klassenkampf des westdeutschen Proletariats nicht behindert. Kann man das aber von der Forderung des Bündnisses mit Teilen der Bourgeoisie, von der Aufforderung zur Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Betriebsleitungen (lies: Unternehmern) behaupten?

2. riesiger ungedeckter Bedarf bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit (Wohnungen und Bauarbeiter)
3. volle Schaufel er und Produktionsdrofflung bei größter Not der Werktätigen
4. Produktion nicht für Massenbedarf, sondern für größten Profit.

Dazu kommt die Anwesenheit der Befehlsmächte, die die normale Überwindung der Krise hindern.

Typisch ist der Wohnungsbau. Seit Jahren wird davon geredet, aber gebaut werden nur Luxusläden in unendlicher Zahl. Vor der Währungsreform entschuldigte man sich mit Arbeitermangel, heute mit Kapitalmangel. Aber für Läden und Villen ist Kapital da. Dabei ist der Wohnungsbau eines der dringendsten und zentralsten Probleme. Er könnte viele Arbeiter beschäftigen (gerade in den größten Notstandsgebieten); der Bedarf ist praktisch unbegrenzt; der Wohnungsmangel erschwert die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, da niemand von seinem Wohnort wegziehen kann. Da aber der Wohnungsbau relativ niedrige Verzinsung bietet, kommt er in der kapitalistischen Wirtschaft erst an die Reihe, wenn profitablere Anlagemöglichkeiten erschöpft sind.

Man erinnere sich, wieviel nach 1945 geredet wurde über die nun mögliche großzügige Planung, die aus den Trümmerfeldern moderne Großsiedlungen entstehen lassen würde. Und wieviel Wohnungen sind für Arbeiter gebaut worden? Man schätzt, daß in den Westzonen 1945 4,5 Millionen Wohnungen fehlten, daß davon seitdem höchstens 300 000 repariert oder gebaut wurden. Die Neubauten decken nicht einmal den jährlichen normalen Neubedarf. Das Programm der Frankfurter Behörden sieht jährlich 50 000 Neubauwohnungen vor. Wir würden also in 90 Jahren die fehlenden Wohnungen nachgebaut haben. - Die kapitalistischen Politiker haben als praktische Vorschläge: Subventionen, Steuererleichterungen und -geschenke für die Bauherren, auch offizielle Befreiung von der Wohnraumerfassung, indirekte und direkte Mieterhöhung (auch für Altwohnungen). Die Besitzenden können den größten Luxus auch im Wohnen treiben, während die Proleten keine Aussicht auf auch nur langsame Besserung ihrer Wohnverhältnisse haben. Im Rahmen des Kapitalismus ist keine Lösung, nicht einmal eine erhebliche Besserung, möglich.

In Worten betont die KPD immer, der Kampf um Lohn und Brot sei sehr wichtig. Das ist richtig. Er ist der Angelpunkt proletarischer Politik in Deutschland. Nur durch rücksichtslose Verteidigung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, durch entschiedene Führung ihrer Kämpfe um ein besseres Auskommen wird es möglich sein, in den Arbeitermassen die Erkenntnis ihrer Lage wachzurufen, ihr Selbstvertrauen zu stärken und sie für politische Aufgaben in Bewegung zu setzen. In diesem Kampf aber müssen die bürgerlichen „Verbündeten“ als direkte Gegner hervortreten. Paul betonte in seinem Schlußwort: „Alle Fragen müssen dem Kampfe unseres Volkes um seine nationale Unabhängigkeit und Einheit untergeordnet werden.“ Da er diesen Kampf als Bündnis mit den „mittleren Unternehmern“ auffaßt, wird der Eifer der KPD im Kampf um Lohn und Brot fühlbar nachlassen müssen, um den Verbündeten an der Stange zu halten. Die lähmende Wirkung jedes Bündnisses mit den herrschenden Klassen oder auch nur mit einem Teil derselben ist keine Vermutung; sie ist das praktische Ergebnis der Volksfrontpolitik in Frankreich, Spanien und Italien.

Seitens der Arbeiterorganisationen ist die schreiende Ungerechtigkeit des Wohnungsmarktes hingenommen worden wie alles andere auch. Man akzeptiert die weiteren direkten und indirekten Raubzüge auf die Taschen der Arbeiter. Vielerorts haben die Reformisten an den Opferwillen der Arbeiter zur Wohnungsbaufinanzierung appelliert: freiwillige Überstunden, Stundenlohnspende, Gaspreisaufschlag, Wohnraumsteuer usw. All diesen Vorschlägen ist gemeinsam, daß sie aus der Arbeiterklasse neue Summen herauspressen wollen. Das ist die Konsequenz des Klassenkampfverzichts. Man kommt gar nicht mehr auf den Gedanken, für eigene proletarische Forderungen den Kampf zu organisieren.

Die ungeheuerlichsten Etatvorschläge werden von der SPD ausgearbeitet. In

Länder	Befahungs-	Wohnungs-
	kosten	bau
Millionen DM		
Nordrhein-Westfalen	1022	190
Niedersachsen	887	5
Schleswig-Holstein	200	1
Hamburg	326	44
Bayern	782	69
Hessen	463	7
Württemberg-Baden	360	85
Bremen	104	36
insgesamt	4144	437

den Länderhaushalten der Bizone sind sie laut nebenstehender Tabelle vorgeföhren. Die Arbeitslosigkeit als Folge der Niedergangskrise des Kapitalismus und das Verfallen des Wohnungsbaus gäben Möglichkeiten für proletarische Politik zur Kampfesfaltung gegen die Tagesnöte. Der Aufschwung nach der Währungsreform wurde nicht für Lohnkämpfe ausgenützt. Jetzt werden sie

angefichts der Massenentlassungen immer schwieriger. Mutlosigkeit greift weiter um sich, und die Gefahr einer Kluft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen wächst. Die Betriebsräte bestimmen heute bei den Entlassungen mit, sonst fast bei nichts. Die Mitbestimmung, die die Anerkennung des Bestandes des kapitalistischen Systems voraussetzt, nützt dem Kapitalismus, nicht den Arbeitern. Der Betriebsrat, hinter dem keine kampffähige Arbeiterschaft steht, hat schließlich keine andere Wahl, als den Entlassungen zuzustimmen. Der Unternehmer überläßt vielleicht dem Betriebsrat die Auswahl der zu Entlassenden - und macht ihn so zum Sündenbock. Das zeigt, in welche Sackgasse

Hie und da wagt die KPD ein beheldenes Wort gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsföhren. Was will die KPD den Gewerkschaftsbonzen eigentlich vorwerfen? Auch diese sind für ein Bündnis mit dem Unternehmertum. Findet die KPD ein patriotisches und ein mittleres Unternehmertum, so finden die Gewerkschaftsbonzen ein vernünftiges, die SPD ein demokratisches Unternehmertum. Wer suchet, der findet! Die Kosten tragen die Arbeiter, die sich verraten und verkauft föhlen und weiterhin in dumpfer Lethargie verharren.

Kein Bündnis mit den Todfeinden der Arbeiterklasse wird auch nur einen Flohsprung vorwärts bringen! Nur noch größere Verwirrung kann das Ergebnis sein. Was not tut, ist der entschlossene Kampf für eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, ist proletarische Klassenpolitik. Nur wenn die Arbeiterklasse sich fähig erweist, als eigene Kraft, mit eigenen Zielen aufzutreten, wird sich die Masse der proletarisierten Kleinbürger um sie scharen.

Die Betriebsräte kommen, sofern sie sich auf ihren Betrieb beschränken und wenn sie nicht von einer kämpfenden Masse getragen werden.

Heute brauchen wir keine reformistischen Beschäftigungsversuche, sondern ein sozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Darin muß der Bau von Wohnungen einen zentralen Platz einnehmen (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser - keine Luxusläden und Gefandtschaftshäuser der deutschen Länder beim Bundesitz in Bonn), ferner die Wiederherstellung des Verkehrswesens und der Brücken. Das schafft Arbeit für die Arbeiter der Lok- und Waggonfabriken, der Baustoffindustrie, des Bau- und Baunebengewerbes. Es muß ein Zwang durchgesetzt werden zur erhöhten Konsumgüterproduktion zur Bedarfsbefriedigung der Schaffenden und zur Exportgüterproduktion zum Eintauch gegen Konsumgüter.

Kein Arbeitsfähiger brauchte erwerbslos zu verkommen, die Vertriebenen könnten in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Die vorhandenen Arbeitskräfte würden kaum ausreichen, um Deutschland aus dem Trümmerhaufen und kapitalistischen Verfall sozialistisch neu aufzubauen. Einzige Voraussetzung für einen solchen planmäßigen Neubau eines sozialistischen Deutschland ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Räumung Deutschlands von den Befehlsmächten ist der erste Schritt, Entmachtung der einheimischen Bourgeoisie und diktatorische Niederhaltung aller Gegner des sozialistischen Aufbaus Deutschlands der zweite.

Es ist auch der einzige reale Ausweg für die englische, französische, italienische Arbeiterklasse, um selbst mit der Verfallskrise des Kapitalismus fertig zu werden. Einen anderen Ausweg gibt es für Europa nicht. Alle Mittel, die diesem Ziel dienen, müssen gefördert, alle Handlungen oder Unterlassungen, die hinderlich sind, müssen bekämpft und überwunden werden. Erst müssen der Schutt und die Trümmer aus dem Wege geräumt werden, die den Glauben der Arbeiter an ihre eigene Kampf- und Schöpferkraft heute noch niederhalten, bevor die Trümmer- und Schutthaufen beseitigt werden können, die uns der 2. Weltkrieg hinterlassen hat, wenn wir nicht ohnmächtig zusehen wollen, bis uns alle der 3. Weltkrieg begräbt.

Der 1. Mai in Wuppertal

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Delegiertenkonferenz der Wuppertaler Straßenbahner hatte einstimmig Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen. Trotz Entlassungsdrohung der (SPD)-Stadtverwaltung und Arbeitsaufforderung der Bezirksleitung der Gewerkschaft feierten die Wuppertaler Straßenbahner wie ihre Kollegen in Dortmund, Remscheid, Solingen. Unter dem für den SPD-Amtschimmel bezeichnenden Vorwand des Verlustes von 50000 DM städtischer Einnahmen wurden die Straßenbahner als Arbeitsverweigerer bezeichnet und die beiden Betriebsratsvorsitzenden Schäfer und Brouns (KPD) fristlos entlassen. Darauf beschloß die 3000 Mann Belegschaft um 20 Uhr einzufahren, um in einer Nachtverammlung Maßnahmen zum Schutz ihrer Betriebsräte zu beschließen.

Die KPD hatte nicht nur die Wuppertaler Straßenbahner hinter sich, sondern auch die Sympathie der übrigen Kollegen im Westen. Statt aber die SPD zu entlarven und den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Kraft zu erproben, schloß sie ein faules Kompromiß ab. „Diese Verammlung hat sich erübrigt,“ schreibt das kommunistische „Freie Volk“. „Um die Verwaltung aus der unhaltbaren Situation herauszuführen, in die sie sich durch ihre völlige

Marshall-Hilfe . . . „Die Marshallplanhilfe durchläuft 4 Stufen: Programmaufstellung, Kreditbewilligung, Abschluß des Kaufvertrages, Warenlieferung.

Hier scheint sich ein neues nationalökonomisches Gesetz der abfallenden Werte herauszubilden, das eines genauen Studiums bedarf. Im Jahre 1948 verlief die Entwicklung in Westdeutschland

fo: Programm-Wunschkzettel	339,26 Million Dollar	gleich	100,00 %
bewilligte Kredite	280,62 „	„	82,71 %
abgeschlossene Kaufverträge	172,13 „	„	50,73 %
tatsächliche Lieferungen	68,98 „	„	20,33 %*

Gewerkschaftliche Praxis, Januar 1949

. . . und die Kehrseite An Holland müssen 5 der modernsten Fischkutter im Zuge der sogenannten Restitutionen abgelieert werden. Auf 10 weitere erhebt Holland Ansprüche. - Die Restitutionen sind ein viel zu wenig beachtetes Kapitel der Ausplünderung Deutschlands durch die Siegermächte. Es handelt sich bei ihnen um Maschinen, Waren und Anlagen, die vor 1945 unter irgendwelchem Druck in den von Hitlerdeutschland besetzten Ländern produziert wurden. Die Begriffe sind hier genau so gedehnt worden, wie bei der Demontage, die die Kriegsindustrie betreffen sollte, aber auch eine Kammfabrik, Uhrenfabriken, Seifenfabriken einschloß. Der Wert der Restitutionen war in der USA-Zone größer als der Wert der Demontagen!

Wir fordern: Schluß mit der Ausplünderung Deutschlands in Ost und West! Schluß mit den Demontagen und Restitutionen!

Einft und jetzt Aus der Vortragsdisposition der KPD, Berlin, Nr. 5 - 7 über die Potsdamer Beschlüsse:

„Dies zeigt, daß die Alliierten nicht an einer Drei- oder Vierteilung Deutschlands interessiert sind, sondern die Einheit Deutschlands erhalten bleibt, so daß wir in dieser Hinsicht ebenfalls vertrauensvoll in die Zukunft blicken können. . . In dem Grundsat, Deutschland als wirtschaftliche Einheit anzusehen, zeigt sich die Ehrlichkeit des Willens der drei demokratischen Großmächte besonders deutlich, dem deutschen Volke den Weg in die Zukunft zu ebnen.“

Aus der Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage (Herbst 1948):

„Das deutsche Volk kann die westlichen Befehlsmächte nicht länger (!) als Garanten und Helfer einer von ihm angestrebten demokratischen und friedlichen Entwicklung betrachten.“

3 1/2 Jahre sind etwas viel Zeit für eine Erkenntnis, zumal wenn sie so halb und verschwommen ist, daß man noch immer von demokratisch und friedlich redet.

Mißachtung des Mehrheitswillens der Straßenbahner selbst hineingebracht hatte, wurde ausgesprochen, daß dem Vorstand der Stadtwerke in allen Angelegenheiten, die nicht der Zustimmung des Betriebsrats bedürfen, das alleinige Weisungsrecht zusteht. Es wurde anerkannt, daß sich die Kollegen Schäfer und Brouns eines formellen Verstoßes schuldig machten, als sie den Beschluß der gewerkschaftlichen Delegiertenversammlung den Straßenbahnern in Form einer Weisung des Betriebsrats zur Kenntnis brachten.“

Es erübrigt sich, zur Politik der ehrbaren SPD-Stadtväter Stellung zu nehmen. Für sie ist der 1. Mai schon lange nicht mehr der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, sondern ein Volksfest, wo man demokratische Bibelsprüche herunterleiert. Dagegen ist hier wieder bewiesen, daß neben dem Wortradikalismus der KPD ihr Opportunismus jede wirkliche Bewegung der Arbeiter hemmt, auch wenn eine geschlossene Belegschaft für Arbeiterforderungen zu kämpfen bereit ist.

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 7

Mitte Juli 1949

Preis -,40 DM

Nachlese zur Pariser Konferenz Das wichtigste Ergebnis der Pariser Konferenz ist das Überkommen der vier Außenminister, im Herbst eine neue Konferenz abzuhalten. Damit wird im wesentlichen bestätigt, was wir in der letzten Nummer der AP geschrieben: daß es nicht in erster Linie um die Fragen gehe, die auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen standen, um Deutschlandfragen, sondern um ein Kompromiß über Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen der SU und den USA. Die Verhandlungen über die Deutschlandpolitik der vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges seien für diese drittrangig.

Außer durch den Verlauf der öffentlichen Verhandlungen wird dieses durch einen Artikel Heinz Liepmans bestätigt, der über wichtige Verhandlungen zwischen dem amerikanischen und dem russischen Deutschland-Experten Kennan und Raskow berichtet, die ganz geheim parallel zur öffentlichen Konferenz stattgefunden haben. Es heißt in diesem Artikel:

„Es scheint festzustehen, daß es zwischen den beiden Deutschland-Experten zu konkreten und realistischen Verhandlungen über einige der vitalen politischen und ökonomischen Probleme der beiden großen Länder gekommen ist. Auch Amerika ist an einer Aufhebung des wirtschaftlichen eisernen Vorhangs brennend interessiert. Der hohe amerikanische Lebensstandard kann nur dann aufrecht erhalten werden, wenn die USA Fertigprodukte exportieren. Der Export in die mit den USA befreundeten Länder ist nur eine Belastung des amerikanischen Steuerzahlers. England und die anderen Marshallplanländer sind Kunden, die auf Kredite kaufen, die nur zum geringsten Teil zurückgezahlt werden.“

Das ist eine wichtige Stimme aus dem Kreis der entscheidenden amerikanischen Kapitalisten, die die Profite aus dem Handel mit der SU vorziehen und wenigstens noch mitnehmen wollen, bevor die amerikanische Krise sie durch Flucht in den Krieg als eine profitable Atempause vor dem Untergang treibt.

Der Ablauf der öffentlichen Konferenz der vier Außenminister zeigt, daß die Verhandlungen über die Grundfrage nicht abgebrochen sind, sondern daß weiter hinter verschlossenen Türen hart gefeilscht wird über reale konkrete Fragen, d. h. hohe Profite für die amerikanischen Kapitalisten und einige Trinkgelder für die armen Verwandten England und Frankreich. Die Einigung in den Nebenfragen, Deutschland und Österreich, die auf der Konferenz als die Hauptfragen herausgestellt wurden, weist in diese Richtungen: angebliche Einigung über den österreichischen Friedensvertrag durch Preisgabe der bis dahin von der SU vertretenen territorialen und Reparationsforderungen Jugoslawiens, Entspannung auf der Grundlage der Zweiteilung Deutschlands, Lockerung der Grenzkontrolle zwecks Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Ost- und der Westzone.

Damit fällt der ganze Humbug zusammen, der der Text des Theaterstücks war, das in Paris aufgeführt wurde, als ob es um die Interessen Deutschlands, seine

Einheit, Wiederaufrichtung und dergleichen ginge und nicht um das bloße Geschäft der Siegermächte untereinander, d.h. darum, wie man gemeinsam oder getrennt Deutschland weiter ausplündern kann. Diese diplomatische Komödie, bei der die Sprache dazu dient, die wirklichen Absichten zu verbergen, wurde nur einmal durch die Erklärung Bevins unterbrochen:

„Wir sind nicht bereit, uns in irgendeiner Weise auf einen Zeitpunkt oder eine Zeitspanne für die Zurückziehung der Besatzungstruppen aus Deutschland festzulegen. Ebenso wie die anderen Mächte, die hier vertreten sind, hat Großbritannien zwei Kriege gegen Deutschland führen müssen. Wir wollen wissen, was für eine Art von Deutschland sich entwickeln wird. Wir wollen wissen, welche Methoden für die Aufrechterhaltung von Ordnung in Deutschland bestehen werden, welche Vorkehrungen, um die Wiederkehr einer Diktatur zu verhüten. Es handelt sich dabei nicht um Deutschland allein, sondern um die Sicherheit Europas. Ich möchte diese kategorische Erklärung abgeben, weil ich mich nicht in den Bereich der Propaganda begeben will. Ich will in dieser Frage auch nicht die Deutschen ködern.“

Dieser Regiefehler enthüllte die wahren Triebkräfte.

Aus der Komödie verdient nur noch die völlige Pleite der Deutschlandpolitik der SU hervorgehoben zu werden. Wytschinkis Rabulistik ist konzentriert in den Vorschlägen der SU zur Kontrolle Berlins durch eine

Über die historische Rolle der revolutionären Avantgarde

Die anscheinend wunde Stelle der wirklichen sozialistischen Politik im Kriege liegt darin, daß sich Revolutionen nicht auf Kommando machen lassen. Dieses Argument soll als Entschuldigung und als Deckmantel der sozialistischen Selbstpreisgebung dienen. Jedoch der scheinbar durchschlagende „praktische“ Einwand ist nichts als eine Ausflucht. Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist aber auch gar nicht Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist nur, jederzeit unerschrocken „auszusprechen, was ist“, d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Moment vorzuhalten, das politische Aktionsprogramm und die Lösungen zu problemieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrotzt der Geschichte überlassen. Erfüllt er in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfesselung der revolutionären Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktion bei. Aber auch im schlimmsten Fall, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft verweigern, schafft er sich, wie es sich am Schluß der Rechnung stets und unweigerlich herausstellt, eine moralische und politische Position, deren Früchte er später, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, mit Zinsezinsen einheimißt. Die heutige russische Revolution, in der die Sozialisten eine beispiellose Machtstellung einnehmen, ist nur eine Quittung über das jahrzehntelange unbeirrte Rufen der russischen Sozialdemokratie in der Wüste einer anscheinend völlig hoffnungslosen Situation nach der Masse revolution unter dem Banner der proletarischen Klassenpolitik als nach dem einzigen Ausweg aus den Fesseln des Absolutismus. Umgekehrt verwandeln sich die sozialistischen Parteien, wenn sie, wie seit dem 4. August 1914 bis auf den heutigen Tag, den Klassenkampf verleugnen, in das wirksamste Mittel zur Paralytierung der Massen, also in einen konterrevolutionären Faktor.

Rosa Luxemburg, Spartakusbriefe Nr. 6, August 1917

aus den vier Besatzungsmächten gebildete Kommandantur. Der alliierten Kommandantur werden folgende Funktionen übertragen:

- a) Kontrolle und Beobachtung der provisorischen Konstitution von 1946
- b) öffentliche Sicherheit (Polizei usw.)
- c) Kontrolle der Ernennung und Rückberufung der verantwortlichen Mitglieder der Regierungsorgane der Stadt
- d) Überwachung der verhafteten Personen, die durch das internationale Nürnberger Gericht verurteilt wurden
- e) Probleme des Außenhandels von Berlin mit den Westzonen und anderen Nationen
- f) Verpflegung
- g) städtischer Transport
- h) die Finanzprobleme, die die Gesamtheit der Stadt betreffen, einschließlich des städtischen Budgets, der Kredite, der Presse und der Einnahmen
- i) Kontrolle der Brennstoffe und der elektrischen Energie
- j) Verbindungen.

Diese Vorschläge enthüllen den wahren Charakter der Einheit Deutschlands, wie Wyshinski sie versteht. Diese Vorschläge sind maßgebend, nicht die Propagandistischen Phrasen, die nebenher lauten, um die wahren Absichten zu verleiern. Der Sinn dieser Vorschläge ist eine Viermächtekontrolle der Siegerstaaten - der SU im Bündnis mit den kapitalistischen Mächten - auch nach der Räumung. Die Ansprüche der Weltmächte sollen durch das Veto sabotiert werden, wenn sie den Bedürfnissen der SU widersprechen.

Das ist das betrete einige Deutschland nach russischen Vorstellungen. Es ist die alte Erfahrung: Die schlaufeinwollenden Politikanten wollen die Weltfragen durch Mänschen lösen, halten die anderen für Esel, die sie prellen können - und sind am Ende selbst die geprellten Esel. Besser als durch diese Vorschläge konnte die Unfähigkeit der russischen Politiker zu einer soliden Analyse der realen Kräfteverhältnisse und zu einem Verständnis der Mentalität ihrer Partner nicht demonstriert werden.

Die Westmächte können sich bei ihrer Ausplünderung Deutschlands auf „demokratische Mehrheiten“ stützen - nicht nur in den von ihnen militärisch besetzten Westgebieten, sondern auch auf eine Mehrheit in der von der SU besetzten Ostzone. Dies, obgleich die SU den historischen Fortschritt in der Richtung zum Sozialismus verkörpert, die Westmächte aber den untergehenden Kapitalismus. Der Bankrott der russischen Besatzungspolitik hat inner-russische Ursachen.

Der bürokratische Despotismus war ein unvermeidliches Durchgangsstadium bei der Schaffung des modernen Wirtschaftsapparates und eines modernen Proletariats in der SU als Voraussetzung der sozialistischen Gesellschaft, die als vergesellschaftete Menschheit ihre Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse selbstverwaltend regelt. Inwieweit dieser Bürokratismus innerhalb der SU bereits hemmend wirkt, läßt sich von außen schwer bestimmen. Aber kein Zweifel besteht, daß er für die Führung der Außenpolitik der SU ein

Hindernis und durch die konterrevolutionäre Wirkung dieser Politik auf das Proletariat der entwickelten Industrieländer – sogar auf das Proletariat Jugoslawiens – zu einer Gefahr für die SU selbst geworden ist und insbesondere die Organisierung der revolutionären Kräfte in Europa hemmt.

Gegen diese Politik muß sich die westeuropäische Arbeiterklasse zur Wehr setzen, nicht im Bündnis mit den kapitalistischen Weltmächten, sondern gegen sie, als selbständige Kraft mit dem Ziel der Vertreibung dieser kapitalistischen Mächte. Dieser Kampf richtet sich nicht gegen die SU als Staatsmacht – diese benötigt das westeuropäische Proletariat gegen innere und äußere konterrevolutionäre Mächte, die ihr verfaulendes kapitalistisches System schützen und in einem dritten Weltkrieg verteidigen möchten –, sondern gegen die schädlichen Wirkungen der despotischen russischen Bürokratie. Gegen die Hemmungen durch diese Bürokratenwirtschaft im Innern der SU können nur die Werktätigen der SU selbst wirksam ankämpfen, und sie werden diesen Über-est ruf sicher Barbarei in dem Ausmaße besiegen, wie sie sich die zur demokratischen Selbstverwaltung erforderlichen Fähigkeiten aneignen.

Der Kampf gegen die barbarische Rückständigkeit – die Erbschaft des Zarismus –, die den Aufbau der sozialistischen Produktionsweise hinderte, war nur möglich mit barbarischen Methoden. Das ist der geschichtliche Boden der Entstehung der Bürokratenherrschaft. Aber in dem Umfange, wie diese Bürokratie den Produktionsapparat schafft, die Menschen heranbildet, die ihn wirksam machen, verschwindet die Existenzgrundlage der Bürokratie.

Es ist höchste Zeit, daß sich das deutsche Proletariat organisiert und den Kampf gegen diese Bürokratie aufnimmt, weil es am stärksten darunter leidet. In dem Maße, in dem es diese Aufgabe erkennt, ist es auch fähig, sie zu lösen. Die deutsche Arbeiterklasse braucht nur als selbständige Kraft für die eigenen proletarischen Interessen zu kämpfen und dem kapitalistischen Hauptfeind keine Konzession zu machen. Dann verteidigt sie auch die Lebensinteressen der SU. Denn diese widersprechen nicht den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die um ihre Befreiung kämpft.

Deutsche Demokratie Der Schuldezernent von Bremerhaven wurde von der amerikanischen Militärregierung abgesetzt. Die Stadtverordneten von Bremerhaven haben einstimmig gegen die Anordnung protestiert. Daraufhin wurden Schulausschuß und Bremer Senatoren (Minister) zusammengerufen und Capt. Jeffs, Direktor der Militärregierung, sagte ihnen u. a.: „Die Militärregierung verläßt sich weitgehend auf deutsche Stellen, die endgültige Entscheidung wird aber von ihr getroffen. . . Grundsätzlich stehen die Befehle der Militärregierung über deutschen Gesetzen und sogar über Verfassungen.“

Die Neue Volkszeitung, KPD Dortmund, wurde für 6 Wochen verboten, weil sie in einem Leitartikel angeregt hatte, den Befehlen der Militärregierung nicht Folge zu leisten. Damit ist sie für den demokratischen Wahlkampf mundtot gemacht.

Senator a. D. Evert wurde aus der Bremer SPD ausgeschlossen, weil er es gewagt hatte, in der Angestelltenkammer einen Bericht über die Ostzone zirkulieren zu lassen, der nicht der antikomunistischen Hysterie der SPD-Politik genügte. Keiner der „linken“ SPD-Führer in Bremen hatte den Mut, auf dem Parteitag in Bremen für Evert und damit für die Redefreiheit in der SPD einzutreten, die sie immer so hervorheben.

Zur Praxis der „nationalen Front“

Am 3. Juni erdient im Döf-
feldorfer „Freien Volk“ ein

Artikel: „Japans KP schützt kleine Unternehmer. Das Geheimnis der kommunistischen Erfolge.“ Die Darlegungen sollen unter Bezugnahme auf Japan den deutlichen Arbeitern die KPD-Linie der nationalen Front schmackhaft machen. Hier wird uns ein Tiefpunkt sogenannter kommunistischer Politik vorgefetzt.

Es heißt da: „Für den Schutz der kleineren und mittleren Betriebe in Japan sprach sich der Vorsitzende der KP Japans, Nofaka, vor Pressevertretern aus. Diesen ausschließlich mit japanischem Kapital arbeitenden Betrieben, sagte Nofaka, drohe in naher Zukunft eine Krise. Die japanischen Arbeiter müßten darum mit den Unternehmern solcher Betriebe zusammenarbeiten und ihre Lohnforderungen mäßigen. . . Indem die kommunistische Partei Japans ein Bündnis mit kleinen und mittleren Industriel- len bilde und mit ihnen zusammen gegen die Großkonzerne und für die Erschließung des chinesischen Handels(!) kämpfe, erfülle sie ihre Rolle als beste Vertreterin des japanischen Volkes. Diese nationale Politik, so erklärte Nofaka, sei das Geheimnis der Erfolge der KP Japans.“

Laut Nofaka beruhen also die Erfolge kommunistischer Politik im „Mäßigen“ der Lohnforderungen zugunsten der Unternehmerprofite. Dieses Programm hatten schon die deutschen Reformisten in der Weltwirtschaftskrise. Es endete mit dem Sieg des Faschismus.

Worum geht es der KP bei ihren jüngsten politischen Verrenkungen? Sie will Teile der Bourgeoisie für den Kampf gegen die Besatzung gewinnen. Und sie weiß sehr wohl, daß jede herrschende Klasse auf die nationale Unabhängigkeit pfeift, wenn ihre Klassenherrschaft dabei gefährdet ist. Daraus kann der marxistische Arbeiter nur die Folgerung ziehen, daß der Klassenkampf gegen eigene Bourgeoisie und Besatzung zu führen ist. Die KP-Strategen haben ein schlaueres Rezept. Sie wollen das Bündnis mit der Bourgeoisie in der Illusion, das durch Aufopfern der Arbeiterinteressen erreichen zu können. Dabei vergessen sie, daß sie den Ast ablägen, auf dem sie sitzen. Folge einer solchen Politik wird die Demoralisierung der Arbeiterbewegung sein. Selbst als die Bourgeoisie noch nicht die herrschende Klasse war als die Arbeiterklasse ein direktes Interesse daran hatte, sie im Kampfe gegen die Reste des Feudalismus zu unterstützen, dachten die Arbeiter nie daran ihre „Lohnforderungen zu mäßigen“.

Der besondere Trick in diesem Artikel ist die Behauptung, die unbestreitbaren Erfolge der KP Japans seien gerade in der propagierten gelben Politik zu

Dafür ist Geld da . . .

Bayern unterhält z. Z. 3 Gefängnisse, in Stuttgart, Frankfurt und Berlin. Dafür bewilligte der Landtag einen Zuschuß (d. h. wohl außer dem ordentlichen Etat) von 260000 DM.

. . . und dafür kein Geld, jedoch Gummiknüppel

Nach einer Kundgebung gegen die unzureichende

Rentenversorgung veranstalteten 2000 Kriegsbefahdigte eine Demonstration durch Düsseldorf. Sprechbühne forderten höhere Renten. Als die Absperrungen durch Polizei in der Innenstadt durchbrochen wurden, kam es zu schweren Schlägereien mit der Polizei.

.. .

Die bayrische Gewerkschaftsjugend hat einen Beschluß gegen jede Arbeitsdienstpflicht gefaßt.

suchen. Das ist frei erfunden. Diese Politik wird ihre Auswirkungen noch zeitigen. Die bisherige Politik der KP Japans aber hatte einwandfrei revolutionären Charakter, was ihre Erfolge erklärt. Die Partei unterschied sich von anderen kommunistischen Parteien vor allem durch die Lobung von der Arbeiterkontrolle der Produktion, die in Japan sogar Aktionslosung wurde. Bis Mai 1946 wurden in 123 Fällen Betriebe besetzt, die Unternehmer hinausgejagt und die Produktion organisiert – alles unter Besatzungsverhältnissen.

Für die deutschen Verhältnisse ist wichtig, daß die KPD so offen und kommentarlos die Lohnpolitik einer Bruderpartei darstellt, denn die ganze Sache hat nur Bedeutung in Bezug auf die Politik der KPD. Das zeigt wie ernst ihr „Kampf um Lohn und Brot“ zu nehmen ist.

Die Bundestagswahlen Angeichts der ersten Wahlen zum westdeutschen Parlament bewegen zwei Fragen die Arbeiter.

1. Lohnt es sich, zu wählen? Diese Frage wird heute in der Arbeiterschaft häufiger gestellt als früher. Sie steht im Lichte neuer Tatsachen. Deutschland ist besetzt. Die ganze Macht liegt im Westen bei den kapitalistischen Besatzungsmächten. Sie übertragen einen Teil an deutsche Behörden, soweit diese ihre Absichten ausführen, andernfalls wird zurückgepfiffen – nicht zuletzt bei der Abfassung der Bonner Schularbeit. So wurde klar: Verfassungsfragen sind Machtfragen. Die kapitalistische Militärdiktatur will sich die demokratische Legitimation holen in der begründeten Annahme, daß wir so abstimmen, wie es die Herrschenden brauchen. So ist die Demokratie hier womöglich noch mehr Schein, als in der Ostzone. Hier wird von einer Minderheit für Minderheits-Interessen regiert, während dort diese kapitalistische Minderheit liquidiert ist oder wird. Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn Deutschland geräumt ist und die Arbeiter die Macht erobert haben.

Da das politische Leben von den Besatzungsmächten gelenkt wird, können die zugelassenen Parteien kein Vertrauen finden. Ein Teil ihrer Führer stand in Beziehungen zu auswärtigen Mächten. So erklärte Strauß, CDU, Kriedemann, SPD, stände noch in fremden Diensten. Es wird auch über Politiker Bayerns in dieser Hinsicht gesprochen. Daher sollten die westdeutschen Politiker nicht so laut über die SED schimpfen. Sie selber gelten als besatzungshörig. Es gibt nur zwei Unterschiede: die westlichen Besatzungsmächte geben ihre Befehle im allgemeinen unauffälliger aus und lassen Scheinkritik zu, während die Russen plumper sind, und die SED hat sich einer sozialistischen Macht unterordnet, die Westparteien kapitalistischen Mächten. Hieraus ergibt sich das berechtigte Mißtrauen gegen die lizenzierten Parteien. Daher fehlt auch jedes innerparteiliche Leben: riesige Apparate, aber Interessellosigkeit der Mitglieder.

Im Parlament wurden früher Gesetze ausgearbeitet und Druck von außen konnte es in etwa beeinflussen. Es diente als Tribüne, von der die Kommunisten zu den Massen sprechen konnten. Heute werden die Gesetze faktisch von den Herren alleine gemacht. Die Tribüne ist stark entwertet, weil Kritik an der Besatzung und ihren Agenten nicht erlaubt ist (Reimann).

In den Wahlen sehen die Kommunisten früher die Möglichkeit der Aufklärung und der Heuchelau. So muß es auch jetzt sein: Wahloverfammlungen ausnützen, um der bürgerlichen und reformistischen Propaganda entgegenzutreten und den kommunistischen Standpunkt darzulegen, den Arbeitern die parlamentarischen Illusionen zu nehmen und sie auf die Notwendigkeit außerparlamentarischer Kämpfe hinzuweisen. Auch mit dem Wahlboykott ist nichts getan. Sofern nicht vor und nach der Wahl für die Erkenntnisse, die den Boykott rechtfertigen, organisiert gearbeitet wird, ist er eine revolutionär klingende Phrase für Spießbürgerlichkeit.

2. Was sollen wir wählen? Es gibt keine Partei, die die Interessen der deutschen Arbeiter vertritt. Aber die KPD vertritt wenigstens in Worten das Ziel des Kommunismus. So könnte man die Stimmabgabe für die KPD als Bekenntnis zum wirklichen Kommunismus begründen. Die SPD tut mächtig stark, als sei sie der SED-KPD überlegen. In ihrer Hysterie lehnen die SPD-Führer jede Zusammenarbeit mit den kommunistischen Arbeitern ab, machen statt dessen unter Scheinprotesten engste Koalition mit der CDU und FDP. Aber der Arm der Bonner Verämmelungen reicht nicht weiter als die Befähigungsmächte erlauben, und so wird's bleiben. Nur keine Einbildung auf Mandatpositionen, es sind nur Posten! Vielleicht werden sie noch kleiner. Denn im Rahmen des ihr gewährten Spielraums konsolidiert sich - gefördert von der Befatzung - die deutsche Bourgeoise wirtschaftlich und politisch. Schacht hat Ausflüchten, Wirtschaftsminister zu werden; absolute Nazimehrheit in Wolfsburg, Halbnazis zerfahlen SPD-Verfämmelung in Wermerkirchen; in Godesberg sammeln sich Nazis, die nicht in SPD und CDU Unterfchlupf fanden, als „unabhängige Deutsche“. Das sind nur die Anfänge.

Diese Entwicklung - die Festigung des Kapitalismus - wird durch kein richtiges Wählen aufgehalten, sondern nur durch organisiertes, zielklares Handeln der Arbeiterklasse. Diese Entwicklung ist nur möglich, weil die Arbeiter 1945 nicht die Kraft zur Revolution hatten. Soll diese Entwicklung gestoppt werden, dann muß die Arbeiterklasse nicht nur abstimmen, sondern ihren Kampf organisieren und die 1918 besiegte, 1945 erlückte proletarische Revolution nachholen.

Gefundung des deutschen Kapitalismus - auf Kosten der deutschen Arbeiter

Die wirtschaftliche Depression verschärft sich. Bisher hat nicht einmal die gewöhnliche Saisonbelegung

das Anwachen des Erwerbslosenheeres aufhalten können. Noch in der 1. Junihälfte stieg die Erwerbslosenzahl um 25000 - mehr als im ganzen Mai (24500). Der Auftragsbestand in vielen Industrien ist rückläufig. Bankrotte und Wechselproteste mehren sich. (Siehe Tabelle)

In dieser Lage hat die deutsche Bourgeoise 2 Rezepte: Sparen und exportieren. Die Arbeiter sollen sparen. Aber das können sie nicht freiwillig, da sie noch immer weit von normaler Bedarfsdeckung entfernt sind. Also

	Konkurse und Vergleichsverfahren im VWG*)	Wechselproteste	
		Anzahl	Gesamtsumme in Mill. DM
Monatsdurchschnitt 1937	96		
November 1948	18	859	1,17
Dezember 1948	?	1474	2,16
Januar 1949	90	1994	3,01
Februar 1949	208	2616	4,13
März 1949	293	3972	?
April 1949	352	5197	7,4

*VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (britische und amerikanische Zone).

unfreiwillige Konsumeinschränkung mittels Preissteigerungen, Mieterhöhungen usw. (da Zwangsparen die Arbeitslust mindern könnte). Dazu verschärfte Antrieberei und Rationalisierung. Unsere Arbeitsleistung ist fast friedensmäßig. Die Gesamtprodukte der Industrie betragen trotz geringerer Produktion Ende 1948 91%, im März 1949 115% von 1936. Die Umrechnung auf die Produktionseinheit offenbart die ganze Gewinnsteigerung: 1936 = 100, Dezember 1948 = 115, März 1949 = 129. Dagegen betrug das Durchschnittseinkommen der arbeitenden Bevölkerung im Dezember 1948 nur 60% und der Verbrauch nur 68% von 1936. (Zahlen vom Wirtschaftsw. Institut des DGB.) Nicht zufrieden mit dieser gesteigerten Ausbeutung, fordert der kapitalistische Lohnpolitiker Penzlin, vermehrte Akkordarbeit, die mit dem „Schlendrian in 80% der Betriebe ausräumen (?) und 30% Leistungssteigerung bringen“ werde.

Wir müssen exportieren, d.h. zuallerer. müssen die Reallöhne gekenkt werden, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Oberbürgermeister Brauer, SPD Hamburg, faßte den tieferen Sinn der Exportforderung richtig zusammen. „Die Welt“ beridete es:

„Er wandte sich nachdrücklich gegen ein Hochdrücken des Lohnniveaus. Die Differenz zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten müsse mit einem Rückgang der Preise, aber nicht mit einem Ansteigen der Löhne ausgeglichen werden. Dies sei die grundsätzliche Linie der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die er vollauf billige. Brauer wies darauf hin, daß der deutsche Export in ernste Schwierigkeiten kommen könne, wenn die deutschen Inlandspreise durch zu hohe Löhne über den niedrigeren Weltmarktpreisen liegen.“

Brauer hat recht – vom Standpunkt der deutschen Kapitalisten, nur ein neuer Beweis, wie sehr die Partei Brauers aufgehört hat, in ihrer Politik eine Arbeiterpartei zu sein. (Nebenbei: vor einem halben Jahr hieß es, die deutschen Preise seien zu niedrig und müßten den Weltmarktpreisen angeglichen werden. Begründung für die Preisreiberel. Heute sind die Preise höher

Der Berliner Eisenbahnerstreik Unter der Überschrift „Ein eigenartiger Streik“ schreibt „Der Stuttgarter Metallarbeiter“:

„Kurz vor dem Zusammentritt der Außenminister in Paris traten die Eisenbahner Westberlins (UGO) in den Streik. Es besteht kein Zweifel, daß die im Westen Berlins lebenden Eisenbahner durch Brzahlung in Ostmark stark in Nachteil kommen, und es ist ein unveräußerliches Recht der Arbeiter durch Streik ihre Rechte zu erkämpfen. Eines aber madit bedenklich, daß nämlich dieser Streik zwei Tage vor der Außenministerkonferenz ausbrach. Sollte dadurch für Paris der Nachweis erbracht werden, daß es in Deutschland ohne Befehlsmächte nicht geht? Noch bedenklicher aber ist, daß sich die Amerikaner zu Beschüßern dieses Streiks aufspielen, gerade sie, die bei der leisesten Regung der Arbeiter im Betrieb sofort am Gewerkschaftstelefon hängen, um jede Störung zu vermeiden.“

Diese zweifelhafte Rolle der UGO wird auch nicht durch die Solidaritätserklärungen der Eisenbahner der Westzonen gemildert. Es wäre nur zu wünschen, daß die der UGO freundlich gesinnten Gewerkschaftsführer der Westzonen dieselbe Kampftendioslossenheit in ihren eigenen Zonen zeigen würden.“

als auf dem Weltmarkt – Begründung für den Lohndruck.) Was er über die Preisenkung sagt, nehmen seine Lehrmeister, Erhard und die Kapitalisten, nicht ernst. Erhard erklärte offen, an Preisenkung sei nicht mehr zu denken. Die großkapitalistische „Welt“ kommentiert ihn so:

„Mit derselben Konsequenz, mit der er im Herbst an seinen Wirtschaftskurs der Preissteigerungen festgehalten hat, lehnt er auch heute jede Abweidung, etwa in Form eines ihm damals nahegelegten Preiskommiffars, ab.“

Es blieb unseren „weisschauenden“ Gewerkschaftsführern vorbehalten, an das Preisenkungsgerede zu glauben oder uns einzureden, sie glaubten daran.

Export durch Lohndruck. Der Plan der deutschen Bourgeoisie ist klar? Die erste Phase der wirtschaftlichen Gefundung ist abgeschlossen, der Großteil der Produktionsstätten repariert – auf Kosten der Arbeiter. Jetzt kommt die 2. Phase, die Wiedereroberung der internationalen Märkte – wiederum auf Kosten der Arbeiter. Das ist offen ausgesprochen und ist auch der einzig mögliche kapitalistische Plan. Daher ist es geradezu kindisch, wenn Gewerkschaftszeitungen und ihre Konjunkturforscher jetzt den Kapitalisten zureden wie einem lahmen Gaul, sie sollten doch in ihrem eigenen Interesse die Reallöhne und den Massenkonsum steigern. Die Kapitalisten wissen ihre Interessen schon wahrzunehmen. Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Konjunkturforshung müßte vielmehr sein, die Situation des deutschen Kapitalismus zu untersuchen um Schlüsse zu ziehen für die Strategie und Taktik des gewerkschaftlichen Kampfes.

Wie ist die Stellung des deutschen Kapitalismus im Kampf um den Weltmarkt? Nach zweimaligem Bankrott beginnt er den Kampf mit angeflügelter Industrie, bei verkleinertem Innenmarkt. Er hat als Konkurrenten die Siegermächte, die 1945 ihren Produktionsapparat vergrößert hatten und den – aus vielen Gründen schrumpfenden – Weltmarkt bedienen konnten. Mit zunehmender Depression in allen westlichen Demokratien verringern sich die Absatzmöglichkeiten und verschärft sich der Konkurrenzkampf. Dazu haben die Westmächte eine sehr scharfe Waffe: sie beherrschen Deutschland politisch und militärisch und können den deutschen Export beliebig bremsen. Die Verschärfung der Krise in USA, England, Frankreich bekommt Deutschland als erstes Land zu spüren. Der natürliche Markt für die deutsche Industrie sind die aufbauenden Länder des Ostens mit ihrem riesigen Bedarf für alle deutschen Produkte. Aber wenn der Westen den Handel mit dem Osten aufnimmt, wird er alles versuchen, um sich den Löwenanteil an den Exporten zu sichern.

Die einzige Chance des deutschen Kapitalismus, auch nur einen bescheidenen Anteil am internationalen Handel zurückzuerobern, liegt in der verschärften Ausbeutung der deutschen Arbeiter. D. h. nicht nur die Millionen Erwerbslosen, auch die Facharbeiter, die der Kapitalist braucht, werden zum Hungern verurteilt. Bestehen einer großen industriellen Reservearmee und Hungerlöhne für die Arbeitenden – das ist das Los der deutschen Arbeiter im Kapitalismus.

Was ergibt sich daraus für den gewerkschaftlichen Kampf? Die Erfolgsmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Taktik, die vor 1900 ausgearbeitet wurde, schwinden bis auf Ausnahmefälle. Nicht einmal die kleinen Verbesserungen kann der Kapitalismus bewilligen, die er damals auch im eigenen Interesse ungestörter Produktion gab. Die arbeitgemeinschaftliche, staatsverhaltende Linie der Gewerkschaftsführung, gelobt von Unternehmern, Militärgouverneuren und Prof. Erhard, muß in der Konsequenz auch zum Verzicht auf kleine Verbesserungen für die Arbeiter führen (siehe Brauers Erklärungen). Es gibt eben heute nur die Wahl: mithelfen und mitverantwortlich sein für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft oder Kampf für die Arbeiterinteressen. Die Arbeiter können Erfolge nur noch erringen, wenn ihre ganze Kraft eingesetzt wird ohne jede Rücksicht auf die Interessen des Kapitals, wenn ihre Organisationen bereit sind, den Kampf konsequent zu führen bis zur Beseitigung des kapitalistischen Lohnsystems, das die deutschen Arbeiter zum Hungern und Verhungern verurteilt, um selbst zu gewinnen. Der volle Einsatz der Organisation und Kampfmittel für die Produktionsmitteleroberung ist unerlässlich, um noch gewerkschaftliche Tageserfolge zu erzielen.

Unsere heutigen Gewerkschaftsführer hinken hoffnungslos hinter der Entwicklung her. Sie scheinen die einzigen zu sein, die die bürgerlichen Sprüche ernst nehmen. Sie vertrösteten uns, nach der Währungsreform würde es besser werden, danach wiederholten sie das Preisengungsgerede. Sie erzählten in den Gewerkschaftszeitungen von Lastenausgleich, sozialem Wohnungsbau, demokratischer Neuordnung der Schwerindustrie. Jetzt erzählen sie von Vollbeschäftigung – bei 1,2 Million Vollerwerbslosen in der Bizone! Alles das erwarten sie von den Behörden des kapitalistischen Staates! – Diese Führung hat ausgedient. Die deutschen Arbeiter werden in ihren kommenden Kämpfen nur dann Erfolge erzielen, wenn sie eine neue Führung von unten herauf schaffen, die die Tageskämpfe konsequent führt und für die neue Lage eine neue, revolutionäre Gewerkschaftspolitik ausarbeitet.

„Wirtschaftsgefundung“

Wie im VWG ist auch in der französischen Zone die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen. Offiziell gibt es jetzt 41.000 Arbeitslose und 30.000 Kurzarbeiter. Weitere große Entlassungen werden laufend vorgenommen. . . Professor Erhard bezeichnete am 1. 6. die Arbeitslosigkeit als „ein gutes Zeichen für einen gesunden Strukturwandel in der Wirtschaft.“

Betriebsräte verhandeln mit der Oltzone

Arbeiterkorrespondenz aus Selzgitter

Unser Gebiet gehört zu den Elendsgebieten der weifdeut-fchen Wirtschaft. In der Nazizeit

wurden die Reichswerke hier ganz groß aufgebaut und zehntausende deutfcher und ausländifcher Arbeiter geworben oder zwangverpflichtet. In der höchften Rüstungskonjunktur beschäftigten die Werke 60000-70000 Arbeiter. Die Ausländer find größtenteils weg. Aber auch für die verbliebene Bevölkerung, die gegenüber früher vervielfacht ist, gibt es keine Arbeit und keine Aussicht auf Arbeit. Die Reichswerke als einziger großer Arbeitgeber beschäftigen 17000 Arbeiter, etwa 13000 Arbeitslose zählt der Stadtkreis. Das Schickal des Gebietes ist eng verbunden mit dem Schickal der Werke, die die wirkliche Lebensgrundlage darstellen. Obwohl in der Aufrüstung geschaffen, könnten sie heute durchaus rentabel und konkurrenzfähig arbeiten und vor allem den Wirtschaftsaufbau beliefern, der dem Ruhrgebiet fernliegt. Dem stehen bisher unüberwindliche Hindernisse entgegen: 1. die fortgesetzten Demontagen, die ein hochmodernes und fast unbeschädigtes Werk der Schwerindustrie langsam verzehren, 2. die allierten Produktionsbeschränkungen, 3. der Konkurrenzkampf der privatkapitalistischen Ruhrindustrie, die schon in der Nazizeit die Reichswerke als lästige Konkurrenz betradetete und sie heute am liebsten ganz ausfalten möchte, 4. die Zonengrenze direkt vor der Nase (gerade Mitteldeutschland ist, da es traditionell günstig liegt, das natürliche Abhänggebiet).

Als schwerindustrielles Kernstück Niedersachsens wurde das Gebiet viel beachtet. Die hohen Herren von Frankfurt haben uns besucht und mit Versprechungen nicht geknaufert - vor den letzten Wahlen. Gerührt hat sich nichts. Während die Demontagen auf vollen Touren laufen, ist von zwölf vorhandenen Hochöfen einer(!) angeblasen. Da der ganze Betrieb für zwölf Hochöfen dimensioniert ist, heute also leer läuft, ist so wirtschaftlich nichts zu machen.

Daher haben die Betriebsräte ein Angebot der Deutschen Wirtschaftskommission angenommen und eine Delegation zu Auftragsverhandlungen in die Oltzone geschickt. Die KPD hat hier natürlich gleich versucht, die Reise als Erfolg des Kampfes für die Einheit zu buchen. Dabei ist im Gegenteil die Notwendigkeit dieser Reise der traurige Beweis der vollzogenen Spaltung. Sonst braudte wohl keine Delegation wie in fremdes Land fahren, um ein kleines Austauschgeschäft anzubahnen. Auch der schönste und lebendigste Interzonenhandel schafft nicht die Einheit Deutschlands. Sie ist unmöglich, solange die Beziehungsmächte hier sind. Selbst ein blühender Handel ist kaum möglich, weil er den USA nicht ins politische Konzept paßt. Trotzdem war es gut, daß die Betriebsräte gefahren sind. Jetzt wird sich zeigen, wer für die weitere Verelendung der Werktätigen verantwortlich ist.

Die Gewerkschaftsführung in Hannover und Frankfurt am Main, die jahrelang für die Selzgitteraner keine Zeit hatte, glaubte sich auch mit schwach verhüllten Ausschlufdrohungen für die Betriebsräte, die nach Berlin führen, einschalten zu müssen. Regelmäßig fahren hohe Funktionäre ohne Befragung der Mitglieder nach den USA, nach England, Frankreich. Das fällt gar nicht mehr auf. Aber Verhandlungen mit den deutfchen Behörden der Oltzone gelten schon als Bruch der gewerkschaftlichen Disziplin - weil die Behörden von Kommunisten geleitet werden. Hier ist doch die amerikanische und kommunistenheberische Hierarchie etwas weit getrieben. Die Betriebsräte hatten zu ihrer Reise die überwältigende Masse der Belegschaft hinter sich. Das kam auf allen Betriebsversammlungen zum Ausdruck. Daher mußten die Gewerkschaftsführer ihre Drohungen wieder in die Schublade stecken. Auch die Einmiflungsversuche der SPD Hannover, die die SP-Betriebsräte einschüchtern wollte, scheiterten am Widerstand der Mitglieder. Der Parteivorstand holte sich eine Niederlage.

Nun sind die Verhandlungen in Berlin längst abgeschlossen, und noch hat sich nicht viel geändert - wie zu erwarten war. Denn die Schwierigkeiten liegen an höheren Stellen.

Belgisches Militär gegen streikende deutsche Arbeiter

Die neuen Demontagen in Westdeutschland sind die realistische Begleitmusik zur Bildung des westdeutschen Staates durch die drei kapitalistischen Besatzungsmächte. Über ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung haben wir schon früher gesprochen. Wesentlich neu ist dieses Mal der kurze

Widerstandsverfuch der betroffenen Arbeiter, gegen den belgisches Militär in größeren Verbänden eingesetzt wurde. Die englische Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Minister geben diesem Widerstand viel größere Bedeutung als den geharnischten Papierprotesten der Schumacher, Nölting, Arnold, deren weiterer Mitarbeit sie sicher sind. Zugleich zeigen sie den deutschen Arbeitern den Charakter der Besatzungsdemokratie: Glacéhandschuhe, solange ihr Wille durchgeführt wird, stahlharte Waffen aber gegen jeden, der ihnen gegenüber sein Recht verteidigt. Neu ist ferner, daß eine ganze Reihe Demontagearbeiter ihre Papiere verlangten und die Arbeitslosigkeit wählten, als sie merkten, worum ihre Kumpels kämpften. Damit haben sie eine neue Methode der Gegenwehr gezeigt. Diese Solidarität muß in Anbetracht der Aussicht auf lange Arbeitslosigkeit und des völligen Fehlens jeder organisatorischen Unterstützung durch „unserer“ Organisation sehr hoch gewertet werden.

Hier fällt der Unterschied auf zwischen dem Eifer der westdeutschen Gewerkschaftsführer in der Organisation der Hilfe für den Eisenbahnerstreik in Berlin und der Beschränkung auf Proteste im Westen. Warum? Nun, der UGO-Streik in Berlin paßte damals gut in das politische Programm der USA, die

Verhandlungen der Betriebsräte alleine werden diese nicht überwinden können. Auch wird die Kraft der Betriebsräte der Reichswerke nicht ausreichen. Hier muß die Verbindung mit den Betriebsräten der anderen Betriebe im Gebiet und mit den Erwerbslosen hergestellt werden, die sich einen sehr regen Ausfluß gewählt haben.

Der Druck der Arbeiter und Arbeitslosen muß den Bonzen und Direktoren etwas Bewegung machen. Die unbeschädigten Werksanlagen und die unbeschädigten Wohnungen können ein Zentrum stärkerer Produktion für den Wiederaufbau darstellen, aber nur wenn die Arbeiter sich nicht auf Frankfurt und andere Sprüdeklopfer verlassen, die uns hier öfter besuchen, sondern gemeinsam den Druck schaffen, der den Betriebsräten hilft, ihre Forderungen durchzusetzen. So wird auch verhindert, daß die Arbeitslosen von den Arbeitern getrennt werden und in Gegensatz zu ihnen geraten.

Ebenso wie mit ihrer Betriebspolitik setzt sich die SPD-Führung auch dadurch mit ihren ehrlichen proletarischen Anhängern in Widerspruch, daß sie ihren Wahlkampf in Salzgitter ausgerechnet mit Herrn Kriedemann eröffnet. In dem soeben durchgeführten Prozeß ist es diesem Herrn nicht recht gelungen sich von der Anschuldigung reinzuwaschen, als Spibel 59 in den Akten der Gestapo figuriert zu haben. Aber die KP, die ihn schwer angegriffen hatte, beschränkte sich lediglich auf die Verteilung ihres gedruckten Anklagematerials, statt die Gelegenheit zu einer offenen Auseinandersetzung auszunützen. So blieb es einem von der KP bekämpften Kommunisten überlassen, gegen die verhängnisvolle Politik der SPD-Führung aufzutreten. Das Eingeständnis in Kriedemanns Schlußwort, daß sich die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der Weimarer Zeit schädlich ausgewirkt habe, zeigt nur die Zwangslage dieser Führung, die ihre hellhörig werdende Anhängerschaft zu verlieren droht.

der Pariser Konferenz zeigen wollten, daß sie die werktätige Bevölkerung auf ihrer Seite haben. Eben darum würde ein organisierter Widerstand gegen die Demontagen den Engländern jetzt nicht in den Kram passen, wo sie uns doch volle Freiheit geben - zu tun, was sie wollen. Auf sich allein gestellt, ohne jeden organisatorischen Rückhalt, mußten die Arbeiter von Gelsenkirchen, Castrop-Rauxel, Bergkamen unterliegen.

Die Gewerkschaftsführer beteuerten vor der Militärregierung, daß der Widerstand spontan war und von ihnen weder organisiert noch gestützt wurde. Alle unsere Berichte bestätigen das. Die SPD und die CDU beschränkten sich auf Proteste, während ihre Minister und Funktionäre an der Abwicklung der Demontage mitwirkten. Die KPD hätte gerne etwas getan. Aber ihre bisherige Verteidigung der Demontagen in West und Ost hat sie allen Vertrauens beraubt, so daß sie selbst in früheren roten Hochburgen des Westens völlig neben den Dingen steht.

Der Zerfall der alten Arbeiterbewegung zeigt sich auch darin, daß nur ganz wenige Betriebe und Arbeiterorganisationen zu diesen wichtigen Kämpfen im Westen Stellung genommen haben. Die Arbeiter im Westen kämpfen für ihre Arbeitsplätze, aber gleichzeitig auch für unsere Rechte und unsere wirtschaftliche Existenz. Wenn sie je etwas erreichen sollen, brauchen sie die Sympathie und praktische Solidarität aller deutschen Arbeiter. Diese muß ihren Ausdruck finden in massenhaften Sympathieerklärungen und im Druck auf die Gewerkschaftsorganisationen zur Unterstützung. Am wichtigsten sind hier die Metall-, Chemie-, Bergbau- und Eisenbahngewerkschaften. Mit den Unternehmern kann es in dieser Frage nicht viel Gemeinsames geben; denn der Kampf gegen die Demontage muß geführt werden mit dem Ziel der Übernahme der Industrien durch die deutschen Arbeiter als der einzigen Garantie für die englischen, französischen und russischen Arbeiter, daß sie nie mehr als Waffenschmieden für Kriegsabenteuer deutscher oder amerikanischer Imperialisten dienen können und werden. Nur mit dieser Zielsetzung werden wir das Verständnis und die Solidarität der Arbeiter der anderen Länder gewinnen.

Diese Demontagen sind nicht die letzten. Produktionsverbote oder Behinderungen für Industrien werden folgen, sobald die Konkurrenz ernst wird. Nur wenn die Arbeiter ganz Deutschlands aus dem mutigen, wenn auch besiegten, Widerstandsverfuch der Ruhrarbeiter die Lehre ziehen und auch Einzelkämpfe mit ihrer ganzen Solidarität unterstützen, besteht Aussicht auf Erfolg. Vor der geeinten Arbeiterfront muß auch die Militärregierung kapitulieren.

Notizen aus der Arbeiterbewegung

Da der Betriebsratsvorsitzende der Ziegel- und Betonwerke Castrop-Rauxel fristlos entlassen worden war, trat die Belegschaft in den Streik. Nach 3 Tagen wurde die Kündigung zurückgenommen und dann der Streik beendet.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Stangl der Firma Fette in Altona ist aus der KPD ausgetreten. Die Belegschaft führte 1948 geschlossen einen hartnäckigen Kampf gegen den nationalsozialistischen Direktor, in dem sie starke Unterstützung durch Bevölkerung und Belegschaften anderer Firmen fand.

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 8

Mitte August 1949

Preis: -,40 DM

Nach den Wahlen: Schafft die proletarische Klassenfront!

Das Ergebnis der ersten westdeutschen Bundes-Wahlen ist schwer mit früheren zu vergleichen. Die ungerechte Verteilung der Kandidaten läßt als einzige Vergleichsbasis die Stimmenzahlen und den prozentualen Anteil der Parteien. Es erhielten in der Trizone:

Parteien	Stimmen	%	% Letzte Landtagswahl
CDU/CSU	7 357 579	32,1	37,6
SPD	6 932 272	28,5	35,0
FDP	2 788 653	11,5	9,5
KPD	1 360 443	5,6	9,4
DP	940 088	3,8	2,5
DKP/DRP	428 949	2,0	-
Zentrum	727 343	2,9	3,5
BP	986 606		
WAV	681 981		
Splitter	1 520 205		

Die wichtigsten bürgerlichen Parteien CDU und FDP haben ihren Anteil nicht ganz gehalten (43,6 statt 47,1%). Die SPD ist von 35 auf 28,5% gesunken. Noch schwerer wiegt der Rückgang der KPD von 9,4 auf 5,6%. Die größten Gewinne an Stimmen und anteilmäßig haben die neuen Parteien erzielt: DP, DKP, DRP zusammen 1369037 Stimmen, 5,8%.

Wir rechnen diese Parteien absichtlich zusammen, obwohl es zwischen ihnen und in ihnen selbst noch sehr viele Differenzen, Cliquenkämpfe, schmutzige Wäldchen gibt und geben wird. Aber sie sind einige, wenn auch noch nicht alle Keimzellen der neo-faschistischen Bewegung. Um ihre wirkliche Stärke zu ermessen, muß man beachten, daß sie sich vorerst auf die englische Zone beschränken. Man müßte ferner große Teile der WAV, BP, RSF dazurechnen, die über kurz oder lang offen im faschistischen Lager sein werden. Das offizielle Programm dieser Parteien ist kaum ernst zu nehmen (Monarchie, Ständestaat). Ihr wirkliches Programm ist der Anti-Marxismus, der Kampf gegen die Arbeiterklasse. Noch können sie den Flüchtlingen Hilfe gegen die Einheimischen, den Bauern Hilfe gegen die Flüchtlinge versprechen. Aber durch diese Lächerlichkeiten lassen man sich nicht täuschen.

(Fortsetzung Seite 15)

Demontagen ohne Ende

In den letzten Wochen sind weitere schwerwiegende Demontagen angeordnet worden. Neben den bekannten in Nordrhein-Westfalen (General Bishop, Gouverneur von Nordrhein-Westfalen, gab kürzlich zu, daß dadurch bisher 42000 Menschen arbeitslos geworden seien) sind es vor allem die 50%ige Demontage der Uhrenfabrik Kienzle in Schwenningen/Schwarzwald, die Werftanlagen in Hamburg und der Abbau der Gleise Tramm-Karwit (Kreis Dannenberg, Niedersachsen) und Geesthadt-Krömmel bei Hamburg. Gerade der Gleisabbau ist symptomatisch. 1945 entrüstete man sich über die Russen - 1949 macht man es hier, ohne daß England oder Belgien wirklichen Bedarf an Schienen hätten. Diese Gleise wären die Grundlage einer industriellen Erdölleitung und damit einer Aufsaugung der vielen Flüchtlinge der betreffenden Gebiete gewesen. Sie wird auf diesem Wege verhindert.

Holland und Belgien haben Anspruch erhoben auf 480 modernste Binnentankdiffe mit zusammen 400000 t, das sind 60% der Binnentankertonnage.

Der Widerstandswille gegen die Demontage wächst. In Hamburg kam es zu einem großen, gut durchgeführten Proteststreik von 8000 Hafenarbeitern. In Dortmund, Gelsenkirchen und anderen Orten des Westens gab es neue Protestaktionen. In Dortmund wurde der Chef der Demontagefirma Müller, ehemals großer Nazi, so schwer von Arbeitern mißhandelt, daß er nicht als Zeuge zur Gerichtsverhandlung gegen die Demontagearbeiter erscheinen konnte.

Demontagearbeiter gegen Demontage

Der Belegkassenkampf nahm eine Entscheidung gegen die Demontage an. Sie erklärte sich mit den deutschen Arbeitern solidarisch, die eine Demontage von Betrieben und Anlagen der Friedensproduktion ablehnen. Die Belegkassenmitglieder, die zu 90% gewerkschaftlich organisiert sind, appellieren an die zuständigen Gewerkschaften, ihnen die Möglichkeit zu geben, einen anständigen Arbeitsplatz auszufüllen.

Wirtschaftsminister Nötting (SPD) verurteilt, die Arbeiter zu beruhigen. Die Arbeiter müssen ihre Gewerkschaftsführer zwingen, unsere Millionenorganisationen einzulösen, um wei ße Demontagen zu verhindern. Sie müssen die Eisenbahner zur Solidarität auffordern, damit kein Demontagegut mehr transportiert wird.

Schutz den Arbeitsplätzen!
Keinen Hammer Schlag für die Demontage!

Volle Solidarität mit allen Demontageverweigerern!

Karl Marx und die „Mitbestimmung“ des Dr. Karl Hinkel

Schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft war Tarnow konsequent genug, sich zur Begründung seiner wahrheitswidrigen Theorie nicht auf Karl Marx, sondern auf den Autokönig Henry Ford zu berufen. Seitdem haben mehr als 25 Jahre teuer bezahlter Enttäufungen das „neue Ideal“ der Wirtschaftsdemokratie verblässen lassen, das Tarnow ihnen auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß als Erfatz für ihren Glauben an den Sozialismus aufzuschwätzen versuchte. So wird erklärt, weshalb jetzt Dr. Hinkel in seiner Broschüre „Warum Mitbestimmung in der Wirtschaft?“ versucht, ausgerechnet Marx als Zeugen für seine wirtschaftsdemokratischen Luftkonstruktionen zu mißbrauchen. Das kann er nicht, ohne sich zu demaskieren.

Schon im „Kommunistischen Manifest“ (1848) stellten Marx und Engels den Kommunisten die Aufgabe, „in allen, gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände gerichteten Bewegungen die Eigentumsfrage... als die Grundfrage hervorzuheben“. Aber gerade das will Dr. Hinkel nicht. Er sagt: „Wir dürfen bei der Umorganisation der Wirtschaft nicht nur auf die Eigentumsfrage starren, - denn - daneben ist die Leitung, die Funktion der Manager(i), der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder, welche die eigentliche Entscheidung in der Hand haben... von gleicher Wichtigkeit.“

Dr. Hinkel versucht also heute, wo der Widerflinn und die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Privateigentums-Wirtschaft so kräftig zutage tritt, daß selbst die

herrschende Klasse (England, Frankreich) zum zweifelhafteigen Rettungsmittel sogenannter „Sozialisierung“ greifen muß, die Gewerkschaftsmitglieder von der Grundfrage ihrer ganzen Bewegung, vom unausweichlich gewordenen Kampf um die Übernahme der Produktionsmittel, abzulenken auf die Frage der „Leitung der Wirtschaft“. Bewußt oder unbewußt läuft sein Vorschlag auf einen Betrug an den Arbeitern hinaus. Denn niemand kann etwas leiten, was ihm nicht gehört. Den tiefgelunkenen Vertrauenskredit der Arbeiter gegenüber der Wirtschaftsdemokratie in Rechnung stellend, hofft Dr. Hinkel von dem Vertrauen zu profitieren, das die Arbeiter der ganzen Welt ihrem Karl Marx bewahrt haben. Er hat jetzt entdeckt, daß Marx im „Kapital“ darauf aufmerksam gemacht hat, daß nicht die industriellen Kapitalisten, sondern die industriellen Manager die „Seele unseres Industriesystems“ sind. So zitiert er Marx:

„Die kapitalistische Produktion selbst hat es dahin gebracht, daß die Oberleitung, ganz getrennt vom Kapitaleigentum, auf der Straße herumläuft. Es ist nutzlos geworden, daß diese Arbeit der Oberleitung vom Kapitalisten selbst ausgeübt wird. . . Die Aktienunternehmungen haben die Tendenz, diese Verwaltungsarbeit als Funktion mehr und mehr zu trennen von dem Besitz des Kapitals, sei es eigenes oder geborgtes. . . Indem aber einerseits dem bloßen Eigentümer des Kapitals, dem Geldkapitalisten, der fungierende Kapitalist gegenübertritt, und mit der Entwicklung des Kredits dies Geldkapital selbst einen gesellschaftlichen Charakter annimmt, in Banken konzentriert und von diesen, nicht mehr von dem unmittelbaren Eigentümer, ausgeliehen wird, indem andererseits aber der bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, . . . alle realen Funktionen verübt, die dem fungierenden Kapitalisten als solchen zukommen, bleibt nur der Funktionär, und verschwindet der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß.“ (Kapital, S. 422, Ring-Verlag, Ausgabe von 1933)

Im Glauben, nun auch bei Marx eine Stütze seiner wirtschaftsdemokratischen Theorien gefunden zu haben, triumphiert Dr. Hinkel: „Wenn Karl Marx recht hat mit dieser Feststellung über die Bedeutung der Manager, der eigentlichen Unternehmer, der Leiter im kapitalistischen Großunternehmen, dann“, ja dann haben freilich nach Hinkels Meinung die Wirtschaftsdemokraten auch recht; denn „dann kommt es für die Umänderung des Wirtschaftssystems darauf an, auf diese Leitung durch mitbestimmende Beteiligung Einfluß zu gewinnen“. Dann ist es nach Dr. Hinkel auch gar nicht mehr „notwendig alle Großunternehmen in Gemeineigentum zu überführen“ usw.

In Wirklichkeit ist es nur Hinkels blühende Phantasie, die den Managern die „Bedeutung der eigentlichen Unternehmer“ anzudichten und obendrein Karl Marx die Vertretung eines solchen Unsinns zu unterstellen versucht. Aus der Feststellung von Marx, daß „der bloße Dirigent das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, weder leihweise noch sonstwie“, geht klar hervor, daß auch der intelligenteste Manager kein „eigentlicher Unternehmer“ sein kann, solange er kein Kapital besitzt. Nur wenn er sich leihweise oder sonstwie Kapital beschafft, kann er „eigentlicher Unternehmer“ werden. Aber damit hört er eben auf, „bloßer Dirigent“ zu sein.

Daß der Manager innerhalb des kapitalistischen Lohnsystems als Lohnarbeiter und nicht als Unternehmer fungiert, hat Marx festgestellt:

„Der Arbeitslohn eines Epitropus (aligriehischer Sklavenauffeher) oder Regisseurs (im feudalen Frankreich) trennt sich vollständig vom Profit und nimmt auch die Form des Arbeitslohns für geleistete Arbeit an, sobald das Geschäft auf hinreichend großer Stufenleiter betrieben wird, um einen soldien Dirigenten (Manager) zu bezahlen.“ (Ebenda S. 422)

Auch darauf hat Marx bereits aufmerksam gemacht, daß der Lohn der Manager „seinen bestimmten Marktpreis fand, wie aller andere Arbeitslohn, mit der Bildung einer zahlreichen Klasse industrieller und kommerzieller Dirigenten“. (Ebenda S. 415) Was die von Dr. Hinkels gerühmte Rolle der Aufsichtsräte und Direktoren anbelangt, hat auch für heute noch Marx gesagt:

„Auf der Basis der kapitalistischen Produktion entwickelt sich bei Aktienunternehmen ein neuer Schwindel mit dem Verwaltungslohn, indem neben und über dem wirklichen Dirigenten eine Anzahl Verwaltungs- und Aufsichtsräte auftritt, bei denen in der Tat Verwaltung und Aufsicht bloßer Vorwand zur Plünderung der Aktionäre und zur Selbstbereicherung wird.“ (Ebenda S. 425 - 426)

Aber ebenso gründlich, wie sich Dr. Hinkels Auffassung über die Bedeutung der Manager von der Auffassung Marx' unterscheidet, ebenso gründlich irrt er sich über die Rolle des Kapitalisten, der „als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß verschwindet“. Sein Spintilieren über die Frage der Leitung läßt ihm keine Möglichkeit, über die grundlegende Frage des Eigentums nachzudenken und sich darüber klar zu werden, daß der Kapitalist auch nach seinem Verschwinden aus dem Produktionsprozeß weiterexistiert und mit Hilfe des Staates, dieses ideellen Gesamtkapitalisten (wie Engels treffend sagt), die gesamten Produktivkräfte seinen Ausbeuterinteressen dienstbar macht.

Inoweit und solange der Kapitalist selbst den Produktions- und Zirkulationsprozeß leitet, verrichtet er - wie jeder andere Arbeiter - eine gesellschaftlich notwendige Arbeit. Marx sagt: „Er schafft Mehrwert, nicht weil er als Kapitalist arbeitet, sondern weil er abgesehen von seiner Eigenschaft als Kapitalist auch arbeitet.“ (Ebenda S. 418) Soweit er aber in seiner Eigenschaft als Kapitalist „tätig“ ist, schafft er weder innerhalb noch außerhalb des Produktionsprozesses irgendwelchen Mehrwert, sondern eignet sich umgekehrt in völlig gesellschaftschädlicher Weise den - von der ganzen Belegschaft einschließlich ihres Dirigenten - geschaffenen Mehrwert an. Dieser bildet - nach Abzug von Zins für geliehenes Kapital usw. seinen Profit oder Unternehmergewinn, der ihm als Besitzer der Produktionsmittel mit tausenden Gesetzesparagrafen und aller sonstigen Macht des kapitalistischen Staates gesichert bleibt.

Übergibt nun der Kapitalist die Leitung seines Unternehmens einem Dirigenten, so verschwindet er zwar als fungierender Kapitalist aus dem Produktionsprozeß, um sich aber desto unbeschränkter seiner eigentlichen Rolle als parasitärer Nutznießer fremder Arbeit zu widmen. So wird er zwar arbeitslos, aber nicht erwerbslos - dank seines „gerechten“ Anspruchs auf den Geschäftsgewinn. Erwerbslos wird er erst, wenn sein Geschäft pleite macht, wie das in Krisen häufig ist. Marx schreibt: „Nach jeder Krisis kann man in den englischen Fabrikbezirken genug Ex-Fabrikanten sehen, die ihre früheren Fabriken jetzt als Dirigenten der neuen Eigentümer, oft ihrer Gläubiger, für einen billigen Lohn beaufsichtigen.“ (Ebenda S. 423). Engels berichtet dazu von einem Fall, wo der frühere Fabrikant zum bezahlten Dirigenten seiner

eigenen Arbeiter dadurch wurde, daß die Arbeiter-Genossenschaft den Betrieb übernahm. Die russischen Arbeiter haben dieses Beispiel nach ihrer Machtübernahme vielfach befolgt, nur mit dem Unterschied, daß sie den Exfabrikanten die Rückkehr zu ihrer früheren Ausbeuterrolle für immer verbaut haben.

Die Nutzenwendung aus der von Dr. Hinkel reichlich spät entdeckten und nicht verstandenen Tatsache, daß der Manager den überflüssig gewordenen Kapitalisten ersetzt, kann für die Arbeiterklasse nicht darin bestehen, daß sie in „gleichberechtigter Zusammenarbeit“ mit den Vertretern der parasitären Kapitalisten ihre Zeit vertrödelt, sondern darin, von ihrer Klassenkraft Gebrauch zu machen, um die Wirtschaft vor der kapitalistischen Sabotage und sich selbst vor dem Verflinken im kapitalistischen Chaos zu retten. Marx und sein Kampfgenosse Friedrich Engels haben nicht nur in der von Dr. Hinkel angeführten Frage, sondern auch in der Aufzeichnung des Weges zur sozialistischen Lösung des heute entscheidend gewordenen Problems recht behalten. Engels sagt in seiner „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“:

„Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktionskräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften, Trusts und Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck. Alle gesellschaftlichen Funktionen der Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehen. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Tätigkeit mehr, außer Revenuen einzutreiben. Kuponabschneiden und Spielen an der Börse.“ Nachdem Engels aufzeigt, wie auch die sogenannte Sozialisierung keine Lösung des gesellschaftszerstörenden Konflikts bringen kann, fährt er fort: „Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder anderen Leitung, außer der ihrigen, entwachsenen Produktivkräften.“

Also erst wenn die Arbeiterklasse im Interesse der ganzen Gesellschaft die Produktionsmittel übernimmt, wird sie sie auch leiten – und nicht umgekehrt, wie Dr. Hinkel uns weismachen will. Wohin der Weg der „gleichberechtigten Zusammenarbeit“ führt, hat die Praxis nach dem 1. Weltkrieg gezeigt. Dr. Hinkel selbst gesteht Seite 3 seiner Broschüre: „Und dann kam der Zusammenbruch von 1918... Es kam zu den Versuchen der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften – sie endeten mit der Enttäuschung der Arbeitnehmer und der Wiederherstellung der Unternehmerherrschaft.“

Heute ist dieselbe Herrschaft dank derselben Arbeitsgemeinschaftspolitik – für die Dr. Hinkel Propaganda macht – bereits so weit erstarrt, daß der SPD-Minister Dr. Brill schreckerrfüllt eingesteht, daß es ihn gar nicht wundern würde, wenn ein in Nürnberg verurteilter Hauptschuldiger zum Bundespräsidenten in Bonn gewählt werden würde. Sein gutgemeinter Vorschlag, eine wahrheitsgetreue Geschichte des Nationalsozialismus zu schreiben, ist wecklos. Notwendig ist es, den Arbeitern Klarheit über die reformistische Arbeitsgemeinschaftspolitik zu verschaffen. Denn diese Politik zimmert auch heute wieder der Reaktion die Stufen des Wiederaufstiegs zur schrankenlosen Unternehmerherrschaft, die unvermeidlich in der faschistischen Diktatur ihre Krönung finden wird, wenn die Arbeiterklasse wieder, wie nach 1918, dem falschen Weg der Hinkel & Gen. folgt.

„Es gibt keine Zusammenarbeit zwischen Wolf und Schaf“, sagt Dr. Hinkel. Das ist wahr! Aber unmittelbar anschließend sagt er: „Es gibt nur eine Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern.“ Und das ist nur eine halbe Wahrheit und deshalb eine ganze Lüge. Denn das gleiche oder sogar das größere Recht auf seiner Seite zu haben, reicht nicht aus, um Recht zu bekommen. Der Wolf wie das Schaf haben das gleiche Recht zu leben. Aber der Wolf frißt das Schaf, weil er die Macht hat. Er muß es sogar unter Umständen fressen, wenn er nicht verhungern will. Wenn der kapitalistische Wolf leben will – und nach der Ansicht aller Wirtschaftsdemokraten auch leben soll – dann müssen, wie Marx sagt, Millionen für ihn sterben. (1170 Selbstmorde im Jahre 1948 allein in Niederfachfen!)

„Es geht um den Menschen!“ sagt Dr. Hinkel. Aber er ist für die Zusammenarbeit mit den Wölfen, während Marx sagt: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!“ Die Arbeiter müssen sich entscheiden, mit wem sie gehen wollen. Stehen bleiben können sie nicht, ohne wehrlose Opfer dieser unmenhlichen Ordnung zu werden.

Vollbeschäftigung und Erwerbslose Der Gewerkschaftsrat der Weltzonen fordert in seinem Wahlaufruf Sicherung der Vollbeschäftigung, die „die zentrale Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik sein muß“. Weiter wird gesagt, die Gewerkschaften betrachteten die wirkfame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vordringlichste Aufgabe. Der Bund schreibt, daß die dazu notwendigen Gesetze „ausschließlich vom Parlament gemacht werden, weshalb das schaffende Volk nur solche Vertreter ins Parlament schicken muß, die sich für die Gewerkschaftsforderungen einsetzen“.

Wenn die Gewerkschaftsführung zu sehen imstande wäre, könnte sie sich am Beispiel Englands überzeugen, daß eine Sicherung der Vollbeschäftigung im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft ein Traum bleiben muß. England hatte nach reformistischen Begriffen die besten Voraussetzungen für die Vollbeschäftigung: Milliarden-Kredite und -Geldsenke, Beseitigung der deutsch-japanischen Konkurrenz usw. Dennoch steht England mit seinen zunehmenden Zahlungsschwierigkeiten vor dem Zwang, die Einfuhr und den Lebensstandard der Massen zu senken und vor der Unmöglichkeit, seine Ausfuhr so zu steigern, wie es zur Sicherung der Vollbeschäftigung erforderlich wäre. Und dieses traurige Ergebnis, obwohl die Labour-Leute als Vertreter der Vollbeschäftigungsparole über die absolute Mehrheit im Parlament und über den Regierungsapparat verfügten.

Im Gegensatz zu England gibt es im kolonialen Deutschland keinen selbständigen Staat und keine Wirtschaft, die über ihre Bodenschätze, Produktions- und Verkehrsanlagen und Handelsmöglichkeiten nur halbwegs frei verfügen kann. Doch selbst wenn das alles bestände, gäbe es keine gesicherte Vollbeschäftigung. Denn noch weniger als England und Frankreich kann das besiegte Deutschland jetzt beim Umschlag der Konjunktur in die Krise genügend Absatzmöglichkeiten finden. Wie der Manchester Guardian berechnet, müßte der deutsche Export bis 1952 auf das 48fache des Exports von 1947 gesteigert

werden, um auch nur 126% des Vorkriegsstandes zu erreichen, während England bei 146% angelangt ist.

Wider besseres Wissen spiegeln uns also die Kapitalsvertreter vor, daß der Export auf die notwendige Höhe gesteigert, die Investitionskredite von ca. 27 Md. DM sogar größtenteils aus Deutschland selbst erbracht werden könnten; daß es sich um keine echte Arbeitslosigkeit, sondern nur um einen Gefundungsprozeß der Wirtschaft handelt (Erhard). Die Gewerkschaftsführung versucht - trotz des Gegenbeweises in England - den Arbeitern weiszumachen, daß sie durch entsprechende Parlamentsmehrheiten ihre Forderungen durchsetzen könnten. Solange sich die Arbeiter teils damit vertrösten, teils passiv machen lassen, pressen die deutschen Kapitalisten zusätzliche Gewinne auf Kosten der Massenverelendung heraus.

Immer mehr „Überzählige“ scheiden aus. Ende Juli 1948 gab es bei 600000 offenen Stellen 450000 Erwerbslose, ein Jahr später 120000 für 1,2 Mill. Erwerbslose, d. h. die Aussicht auf Arbeit war 13mal schlechter geworden. In ihrem illusionären Glauben an die Vollbeschäftigung kümmern sich die Gewerkschaftsführer recht wenig um die Arbeitslosen. So bilden sich wieder, wie vor 20 Jahren, Erwerbslosenausdülle, in denen noch nicht deprimierte Gefundungsopfer dieser Ordnung dafür wirken, daß die Verbindung zu den Betriebsarbeitern und deren örtlichen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen nicht abreißt. Den unmittelbaren Anlaß zur Bildung solcher Ausdülle geben meistens Mißstände beim Arbeitsamt. 6-10 Wochen Wartezeit vergehen häufig, bis der ganze Paragraphenwald des Unterstützungsantrages durchschlängelt ist und die erste Auszahlung zur Unterstützung erfolgt. Bald müssen vom Erwerbslosenausduß Auskünfte erteilt und Hilfen in Mieterfragen gewährt werden. Aber die Praxis sorgt dafür, daß dieser sich um die allgemeinen Fragen in erster Linie kümmern muß. Denn die Erwerbslosen sollen ja zurück in den Betrieb und inzwischen müssen sie leben.

Daraus ergeben sich Forderungen, wie Sicherung des Existenzminimums, Mietbeihilfen, Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, Mindestlöhne für Jugendliche, verbilligte Lieferung von Kohle und Kartoffeln, Eintrittsermäßigungen für Veranstaltungen, Theater, Badeanstalten, Schutz vor Exmittierung. Sehr bald wird die Verbindung mit Nachbarorten notwendig.

Noch steckt diese Bewegung der Erwerbslosen zur Teilnahme an der Vertretung ihrer Interessen in den ersten Anfängen. Sie kann nur wachsen und erfolgreich kämpfen in dem Maße, wie den Erwerbslosen klar ist und klar gemacht wird, das niemand als sie selbst im Bunde mit den Betriebsarbeitern die Bedingungen für eine wirkliche Gefundung der Wirtschaft schaffen kann.

Finanzierungsmethoden der Nazis

Die Unterstützungsfähigkeit der Sozialversicherungen sind weit unter dem Lebensminimum.

Bittere Not herrscht bei den Erwerbslosen und Invaliden. Aber nach dem Plan Professor Erhards für die große Kreditpötte der deutschen Wirtschaft sollen von den 3 Milliarden DM die Arbeitslosenversicherung 150 Millionen, Angestellten- und Invalidenversicherung für das Quartal 75 Millionen DM zur Verfügung stellen. - Statt verbilligter Unternehmerkredite aus Arbeitergeldern müssen die Arbeiter höhere Unterstützungen fordern. Das Geld ist da!

Flüchtlingsparteien? Unsere „demokratischen Erzieher“, die Befatzungsmächte der Weltzone, haben sich in die Rolle des Zauberlehrlings hineinmanövriert. Sie haben die Ostvertriebenen gegen die SU, Polen und die Tschechoslowakei aufgehetzt, um von der Tatsache abzulenken, daß sie nicht weniger verantwortlich sind für die Austreibungen als die Russen, Polen und Tschechen; denn sie haben der Vertreibung zugestimmt. 1% der heutigen Entrüstung dieser Herrschaften hätte 1944 und 1945 genügt, die Oder-Neiße-Linie und Vertreibung der Deutschen von dort und aus den Sudeten zu verhindern. Jetzt ist durch die verschiedenen Memoiren bekannt geworden, daß Roosevelt und Churchill den Vorschlag gemacht haben, während Stalin anfangs zögerte, weil er fühlte, daß diese Vorschläge zur Grenzziehung ein Köder sein sollten, um den Einfluß der englischen und amerikanischen Imperialisten auf Polen und Tschechen zu stärken. Die asiatische Verschlagenheit Stalins funktionierte und funktioniert immer etwas langsam. Aber als sie in Funktion trat, nahm Stalin die Vorschläge auf, um Polen und die Tschechei damit an die SU zu binden, denn ohne die Unterstützung der SU könnten weder die Polen ihre Westgrenze noch die Tschechen die Austreibung der Sudetendeutschen aufrecht erhalten.

Die Heimatvertriebenen sind jedoch auf die Dauer mit bloßer Hebe gegen die SU nicht im Schlepptau der Westmächte zu halten. Sie wollen jetzt eine eigene Partei bilden, weil die Versprechungen der Befatzungsmächte und aller Parteien sie nicht vor der völligen Vernichtung retten. Wenn sie auch auf Grund ihrer schweren Leiden ihre Lage noch nicht klar begreifen können, so fühlen sie doch bereits instinktiv, daß Clemenceaus Propagandalosung von den 20 Millionen überflüssigen Deutschen - aufgestellt am Ende des 1. Weltkrieges - heute - schweigend - Aktionslosung geworden ist. Aber die Heimatvertriebenen sind die ersten Millionen, die auf den Friedhof auswandern sollen.

Die Heimatvertriebenen wählen den Umweg über eine Flüchtlingspartei. Weiter reicht zur Zeit ihr Verständnis noch nicht. Wenn die KP eine kommunistische Partei wäre statt einer kopflosen Hammelherde am Leitseil der

Entlassungen und Lohndruck im Bremer Hafen

Arbeiterkorrespondenz aus Bremen

Die deutschen Nordseehäfen waren immer schon das empfindlichste Barometer für die allgemeine deutsche Wirtschaftslage und ihre internationale Verflechtung. An der Menge des Güterumschlags und an der Zahl der im Handel und Verkehr beschäftigten Personen zeigen sich am frühesten die Anzeichen einer Depression. Die gegenwärtige Wirtschaftslage in den Nordseehäfen wird allerdings weitgehend vom politischen und wirtschaftlichen Diktat der Befatzungsmächte und ihren Differenzen untereinander bestimmt. Zu den alten Widersprüchen sind neue hinzugekommen. Die wirtschaftlichen Erschütterungen und strukturellen Verschiebungen spiegeln sich in den nüchternen Zahlen des Güterumschlags trotz allem am schärfsten wieder. Das Bild der Arbeitslage im Bremer Hafen wird daher mit unwesentlichen Abweichungen auch auf die übrigen Nordseehäfen zutreffen. Seit der Währungsreform erfolgte eine Reihe ununterbrochener Unternehmerangriffe, die sich in Massenentlassungen, Verschärfung des Arbeitstempos und direktem Lohndruck auswirkten. Von den rund 4000 unfähig Beschäftigten des Bremer Hafenbetriebsvereins wurden bis Ende Juli 1949 2500 entlassen. Weitere 500 Entlassungen sind geplant.

Sowjetbürokraten, wäre es eine wichtige Aufgabe für sie, sich dieser Heimatvertriebenen anzunehmen. Ohne klare Führung wird die Flüchtlingspartei im besten Falle, ähnlich den deutschnationalen Antifemiten der Harburgener Monarchie, einige krakeelende Abgeordnete ins Parlament senden. Von diesen wird ein Teil korumpiert werden, ein anderer Teil als Demagogen im Dienste der Amerikaner, Engländer und Franzosen die dem Untergang Geheilten mit billigen Phrasen betäuben – wie Hitler die der Vergiftung Geheilten betäubte, als er ihnen mit einem Stück Seife und einem Handtuch ein Bad vortäufelte.

Der Versuch der Heimatvertriebenen, sich mit den Ausgebombten zusammenzusetzen, gäbe eine gute Gelegenheit, beiden klarzumachen, daß sie Opfer des Hitlerkrieges sind: die Ausgebombten unmittelbar, die Vertriebenen mittelbar, denn ohne Hitlerkrieg wären sie ja nicht von den Polen und Tschechen vertrieben worden. Es gibt nur eine Möglichkeit, ihre berechtigten Forderungen auf Existenz zu befriedigen: sie müssen gemeinsam mit der Arbeiterklasse darum kämpfen, die zahlungsfähigen wirklichen und unmittelbar Schuldigen am Hitlerkrieg zu zwingen, die Kosten für ihre Existenz aufzubringen:

1. durch zufällige Einreihung in den Produktionsprozeß im Interesse der Allgemeinheit ohne Rücksicht auf die Profitbedürfnisse der Befehlsmächte und ihrer Prokuristen
2. durch Abgaben zum Beispiel auf jede Tonne Kohle, Stahl und andere Produkte und durch Abgabe eines entsprechenden Teils der Exportsteuer, die die alliierten Westmächte erheben.

Das wird allerdings nicht durch Schwatzen im deutschen Bundestag erreicht, sondern nur durch außerparlamentarischen Massenkampf. Wenn dieser auf die notwendige Höhe gesteigert wird, so daß wir Herr unserer Geschichte in Deutschland werden und die Wirtschaft entsprechend dem Gesamtinteresse planen und führen können, d. h. wenn wir in Staat und Wirtschaft den Sozialismus erkämpft haben, werden wir auch ohne Krieg die Grenzfragen regeln können. Eine andere Lösung dieser Probleme gibt es nicht.

Die lohnmäßige Sicherstellung der unständig Beschäftigten ist eine alte gewerkschaftliche Kampfforderung. Diesem Problem liegt der schon in „normalen Zeiten“ kaum zu berechnende Wechsel von Angebot und Nachfrage auf dem Hafenarbeitsmarkt zugrunde. Treffen plötzlich viele Schiffe ein, ist die Nachfrage nach Arbeitern groß, dann müssen oft doppelte, ja dreifache Schichten geleistet werden. Ist Flaute im Schiffsverkehr, gehen die Hafenproleten oft tagelang ohne eine Schicht zu kriegen zum Vermittlungshalter. Der Unternehmerprofit erfordert ein ständiges Angebot an frei verfügbarer Arbeitskraft, da sonst durch die verlängerte Liegezeit der Schiffe erhöhte Hafengebühren und somit erhöhte Unkosten am Umschlagsgut entstehen. Die alte Forderung der Hafenarbeiter um einen Garantielohn für ausgefallene Schichten, setzt sie auch nach der Wiederinbetriebnahme des Bremer Hafens 1945/46 durch. Im Lohnabkommen wurde den unständig Beschäftigten ein Garantielohn von 5 Schichten in der Woche zugebilligt, so daß volle 5 Schichten ausbezahlt werden, auch wenn nur 1–4 Schichten gearbeitet wurden. Der Schichtlohn beträgt gegenwärtig 9,80 DM für die 1. Schicht, mit einem Aufschlag von 15% für die 2. und 20% für die 3. Schicht.

Die Unternehmer nehmen nun die periodischen Massenentlassungen zum Anlaß, um dieses Garantielohnabkommen stückweise zu beseitigen. So waren sie bereit, die letzten Entlassungen

Westdeutsche Demokratie 1949

Gefängnis für Demontageverweigerer Militärregierung nicht an eigene Gesetze gebunden

demontage der Dortmunder Paraffinwerke teilzunehmen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß jeder Befehl der Militärregierung auch dann als Befehl anzusehen sei, wenn er anderen Bestimmungen nicht zu entsprechen scheint. Bei den Gesetzen der Befehlsmacht handele es sich um Kann-Vorschriften. Die Militärregierung könne sich also in jedem einzelnen Fall über ihre eigenen Bestimmungen hinwegsetzen und dadurch einen Befehl zum Gesetz erheben.

Ein Antrag der deutschen Verteidigung, das Verfahren gegen 31 deutsche Arbeiter, die angeklagt sind, den Demontage-Müller verprügelt zu haben, an ein deutsches Gericht zu überweisen, wurde vom Militärgericht mit der Begründung zurückgewiesen, ein britisches Militärgericht könne sich mit jeder Sache befassen, wenn es das für richtig halte.

Ein britischer Sprecher erklärte, die alliierten Militärgerichte in Deutschland können, entgegen einer weitverbreiteten Auffassung, weiterhin die Todesstrafe verhängen. Die alliierte Verfügung aus dem Jahre 1945, die für zwanzig verschiedene Verbrechen die Todesstrafe vorsieht, ist noch in Kraft, obwohl durch das Bonner Grundgesetz die Todesstrafe abgeschafft wurde.

„Das Statut der Hohen Kommission in Deutschland gibt den alliierten Organen praktisch unbegrenzte Machtbefugnisse. Westdeutschland“, schreibt die New York Times, „erhalte dadurch den Status einer Kolonie mit einer sehr beschränkten Autonomie.“

vorläufig zurückzustellen, wenn statt der wöchentlichen Garantielohnverrechnung die vierwöchentliche eingeführt würde. Das bedeutet, daß der Arbeiter, der innerhalb dieser 4 Wochen bei starkem Arbeitsanfall volle 6 Schichten oder mehr in einer Woche geleistet hat, den Lohn für die über 5 Schichten hinausgehende Arbeitszeit nicht ausbezahlt bekommt, sondern daß ihm diese Schichten auf Fehlschichten in anderen Wochen der vierwöchentlichen Verrechnungsperiode angerechnet werden. Also ein erheblicher Lohnausfall für den Hafenproleten, der so um den Lohn für die Schufferei in „guten“ Arbeitswochen betrogen werden sollte.

Ein anderer Gefahrenpunkt für die Bremer Hafenarbeiter ist das neben dem Hafenbetriebsverein bestehende Hafenarbeitsamt. Die dort stempelnden Proleten bekommen keinen Garantielohn, sondern Stempelgeld. Offensichtlich ist die Absicht der Unternehmer, die Garantielohnarbeiter weitgehend zu entlassen und sich der billigeren Arbeitskräfte des Arbeitsamtes zu bedienen. Die Garantielohnkosten werden so auf die Beiträge der Arbeiter zur Arbeitslosenversicherung abgewälzt.

Weil der direkte Angriff auf das Garantielohnabkommen bisher mißlungen ist, steuern die Unternehmer immer mehr auf den zweiten Plan hin: die Entlassung der Garantielohnarbeiter durch die stempelnden Gelegenheitsarbeiter. Die staats Erhaltende Politik der SPD und KPD, die sich beide im Einklang mit der Gewerkschaftsbürokratie für die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens um jeden Preis einsetzen, hat bis jetzt keinen wirklichen Widerstand der Hafenarbeiter aufkommen lassen. Das kampflose Zurückweichen der Hafenarbeiter trotz ihres in der überwiegenden Mehrheit auch heute noch kommunistischen Betriebsrates ist kein Wunder, da die KPD-Führung jahrelang von ihrer entscheidenden Mitbestimmung bei der Leitung der Hafenbetriebe geträumt hat. Während sie träumte und phantasierte, handelten die Unternehmer,

Kurze Presseauschnitte, die ein klares Bild geben:

Ein britisches Militärgericht verurteilte sechs deutsche Arbeiter zu je zwei Monaten Gefängnis, weil sie sich geweigert hatten, an der Demontage

Enttäufung, Widerstandswille, Führungslosigkeit

Bericht aus Berlin und der Oltzone

Der kalte Krieg zwischen den Westmächten und der SU wird fortgeführt. Wenn Stockungen im Lastwagenverkehr bei Helmstedt eintreten, weil die Rullen nur 4-6 Lastwagen in der Stunde kontrollieren und die anderen Übergangsstellen schließen, schreibt die Westpresse von neuer Form der Sabotage. Wenn aus der Sowjetzone Waren in die Westzonen eingeführt werden zu Preisen, die 40% unter den Westpreisen liegen, schreibt sie von Dumpingpreisen, von schwarzer Einfuhr von Chemikalien, Glaswaren, elektrotechnischen Artikeln, Haushaltgeräten, Schreibmaschinen. Gegen diesen „Druck auf die westdeutsche Wirtschaft“ - soll heißen auf die Profite der amerikanischen Kapitalisten und ihrer deutschen Prokuristen - wird an die Militärgouverneure appelliert, Abhilfe gefordert und mit Befriedigung berichtet, daß Prof. Erhard bereits am 15. Juli solche Schritte unternommen habe. Der Patriotismus hört auf, wenn der Profit bedroht ist.

Die Sozialdemokraten scheuen aus Leibeskraften mit. Die sogenannten Kommunisten wollen die nationale Front mit dieser Sorte Patrioten aufrichten und die deutsche Einheit, Demokratie neuen Typus und westöstlichen Handel herstellen. Wie lange wollen die deutschen Werktätigen noch tatenlos jammernde Objekte dieser Erziehung zur Demokratie sein?

Der Manchester Guardian ließ sich nach der Blockade aus Berlin berichten:

„Eine Witwe, arbeitslos und mittleren Alters, erhält monatlich 100,- DM Unterstützung. Ihre Wohnungsmiete beträgt 56,- DM, andere feste Ausgaben 12,- DM, Nahrung 35,- DM. Sie kann sich nur am Leben erhalten, wenn sie von ihrer bereits unzureichenden Wohnung eüvermietet und ab und zu etwas Näh- oder Reinemachearbeit ergattert. Die 20% Berliner Erwerbslose (177 900, die im Juni um 24 000 zunahmen) bilden ein ernstes Problem ... Der Westberliner Magistrat braucht sofort 50 Mill. DM Kredit!“

Die Arbeitslosigkeit in Westberlin wächst ständig. Die Unternehmer haben angeblich kein Geld. Ab 15. Juli bekommen die Betriebe je nach Größe zinslose Kredite von 2 000 bis 75 000 DM auf die Dauer von 3 bis 5 Jahren. Sie hoffen, daß sie diese nicht zurückzahlen brauchen. Neueinstellungen und

So wurden die von ihrer Partei falsch oder gar nicht beratenen Betriebsräte übers Ohr gehauen. Die Angst um den Arbeitsplan, die Konkurrenz der Proleten untereinander waren daher stärker als der Wille zum gemeinsamen Kampf.

Dabei wären die Aussichten eines erfolgreichen Widerstandes gar nicht so gering, wie es scheinen mag, wenn man im üblichen reformtisch-gewerkschaftlichen Sinne nur die ungünstige wirtschaftliche Lage sieht. Rein wirtschaftlich ist die Lage der am Hafenumschlag beteiligten Unternehmer sehr schwierig. Sie scheuen daher, wie nach dem 1. Weltkrieg, nach staatlichen Subventionen und Krediten. Mit Hilfe der Staatsgelder und der mit Bettelpfennigen bezahlten Arbeitskräfte haben sie - gefördert von den Befehlsmächten, die den Einsatz aller verfügbaren Mittel und Arbeitskräfte diktieren - die Hafenanlagen wieder in Gang gebracht. So konnten sie auf Kosten der steuerzahlenden Massen und mittels Kompensation der Baustoffe als erste wieder Geschäfte machen.

Damit ist bewiesen, daß trotz aller Drofflung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Befehlsmächte dem belagerten Deutschland ein Minimum an Handel und Schiffsverkehr

Neuinvestitionen werden aber nicht erfolgen. Geld wird nur zur Reparatur alter Gebäude angelegt; man wartet auf bessere Zeiten. Handwerksbetriebe haben große uneintreibbare Außenstände und große Verpflichtungen. Sie mühen sich ab, Teilzahlungen von Leuten einzutreiben, die Geld haben, aber nicht zahlen. Ein großer Teil der Aufträge Westberlins geht nach der Ostzone. Man läßt sich z. B. in Ostberlin einen Personenwagen aufpolstern, liefert das Material und zahlt den Arbeitslohn in Ostgeld. Das ergibt Riefenschiebergewinne beim heutigen Wechselkurs. Das trifft besonders zu für Schuster, Schneider, Friseur ufw.

Die sinkende Produktion führt zu sinkenden Steuereinnahmen, zu höheren Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung, zu rückständigen Mieten ufw. CDU und LDP machen der SPD Schwierigkeiten jeder Art und bieten sich für kommende Wahlen als die noch willigeren Diener der Westmächte an, die bessere Bedingungen erbetteln können, als die „Sozialisten“.

Handwerker, Gewerbetreibende, Bauunternehmer, Künstler und Freischaffende, die in Westberlin wohnen und in Ostberlin arbeiten, haben vor dem Rathaus in Schöneberg demonstriert, weil sie von der Lohnausgleichkasse kein Weltgeld erhielten. Die bürgerlichen Parteien waren die Organisatoren, hielten sich aber im Hintergrund. Der Magistrat gab nach. Die Rechnung zahlen die werktätigen Massen. Vor den vollen Schaufenstern klagen die Armen, die die hohen Preise nicht zahlen können. Die Ernährung hat sich zwar gebessert, aber die Arbeitslosen, Kurzarbeiter, Rentner, können nicht einmal die Rationen kaufen. In den Schaufenstern sind ausgestellt je ein Viertel Pfund Speck für 2,25 DM, Wurst 2,50-3,- DM, Kochbutter 1,70-1,80 DM; Schuhe kosten 40,- DM.

Wenn Arbeiter von Ostberlin oder der Ostzone kaufen wollen, dann müssen sie mit ihrem Lohn, der nicht höher ist als im Westsektor, 1 Westmark für 6 Ostmark kaufen. Gemüse, Lebensmittel, Textilien auf Karten sind in der Ostzone wesentlich billiger. Aber Fett, Fleisch, Schuhe sind noch sehr knapp. Wenn die Lieferungen aus den Ländern des Ostblocks verstärkt würden und regelmäßig kämen, könnte die Not bald behoben werden.

zugestehen müssen. Die eigenen Interessen zwingen die Befugungsmächte, den deutschen Häfen ein, wenn auch beschränktes, Tätigkeitsfeld zu lassen. Das Verbleiben der Befugungsmächte in Deutschland hängt davon ab. Die weitergehenden Bauvorhaben, z. B. der Bau moderner Lagergruppen und der Ausbau der Getreideverkehrsanlagen (der größten dieser Art in Europa) deuten auf feste Pläne der Amerikaner auf lange Sicht. Gerade die Amerikaner haben einen heillosen Respekt vor Arbeiterunruhen im Hafengebiet. Sie wissen, daß solche Knotenpunkte des Güterverkehrs schwache Punkte in ihrem politischen Plan sind.

Die Hafentarbeiter können diese Schwächen der andern in eine Stärke für sich ummünzen, wenn sie einig und ohne Angst den deutschen Unternehmern wie deren Auftraggeber entgegengetreten. Die Kampfmethoden der Abwehr der Unternehmeroffensive müssen die Hafentarbeiter selbst herausfinden. Es gibt tausend schwache Punkte in den für alle Störungen hochempfindlichen Hafenbetrieben. Die Angst der deutschen Unternehmer, daß bei Streiks die Schiffe der Befugungsmächte nach den holländisch-belgischen Häfen umgeleitet werden, ist schon ein wichtiger Faktor, der sie zwingen kann, den Bogen nicht zu überspannen.

Die Zahl der UGO-Mitglieder nimmt bereits spürbar ab. Der Einfluß des FDGB ist sehr gering, obgleich die Beiträge auch in Westberlin in Ostgeld bezahlt werden können. Beide Gewerkschaften tun nichts für die Arbeiter. Die Unternehmer entlassen Arbeiter mit hohen Stundenlöhnen (1,60 DM und mehr) wegen „Arbeitsmangel“ und stellen sie dann mit 1,-/1,20 DM wieder ein.

Das ist die Lage der Arbeiter Berlins unter der Viermächtekontrolle, die von den „Kommunisten“ als ein Sieg, als erster Schritt zur Einheit, ausposaunt wird.

In der Ostzone selbst kommt es verschiedentlich zu Rebellionen, zu Demonstrationen des Unwillens. In der Belegschaftsverammlung eines Großbetriebes mit 2000 Frauen kam es zu stürmischen Unterbrechungen der Referentin. Man ließ sie nicht sprechen, lehnte ab, „freiwillig“ einen halben Tag für die griechischen Freiheitskämpfer zu arbeiten. Die SED-Rednerin mußte abziehen. Die Gewerkschaftszelle beschloß die Abfertigung des besonders verhassten Direktors, der die wirkliche Ursache der allgemeinen Mißstimmung im Betrieb ist. Dieser fügte sich, wurde aber nach einigen Tagen von der Besatzungsmacht wieder eingesetzt. Die SED-Leitung wurde abgesetzt. Die Arbeiterinnen arbeiten weiter, aber mit Haß im Herzen und unter dem Zwang der Besatzung.

Ähnliche Vorkommnisse wiederholen sich in verschiedenen Orten. Aber es gibt noch keine Kraft, die den beginnenden Widerstandswillen organisiert und ihm die Führung gibt. Es ist wie in der Westzone, wo man die Arbeiter, die die Demontage verweigern, ihrem Schicksal überläßt. Es ist höchste Zeit,

Zunächst aber müssen die Hafenarbeiter wieder das früher selbstverständliche Vertrauen zur eigenen Kraft finden. Die KPD-Forderungen auf Verstaatlichung des Hafenbetriebsvereins und der Stauereibetriebe, sind angesichts des korrupten, unfähigen, besatzungshörigen Staatsapparates nur ein Schritt zur noch intensiveren Plünderung der Staatskassen zugunsten der Bremer Pfefferlücke. Hafenbetriebe können nur in ihrer Gesamtheit und erst durch den proletarischen Staat, der auch das Außenhandelsmonopol hat, in sozialistische Betriebe umgewandelt werden. Auch die Umwandlung der Umschlagbetriebe in Genossenschaften ist ein Traum kleinbürgerlicher Utopisten. Daß solche phantastischen Illusionen in den früher so einfach und gradlinig denkenden Gehirnen von Hafentauern auftauchen können, zeigt, welche Wirkung das Gefasel von „unferm Staat“, vom Mitbestimmungsrecht, von paritätischen Wirtschaftskammern angerichtet hat. Dabei sehen die Arbeiter, daß der Fisch teurer wird, obwohl Arbeitervertreter in den Aufsichtsräten von Fischereigenossenschaften sitzen; daß die Fahrpreise der Straßenbahn steigen und weiteres Fahrpersonal entlassen wird, obwohl Arbeitervertreter im Aufsichtsrat und im Direktorium der Straßenbahn „mitwirken“. Also können Arbeitervertreter in der Leitung kapitalistischer Unternehmungen nichts gegen das Profitinteresse durchsetzen.

Die Hafenarbeiter müssen diese Phrasen durchschauen und sich wieder auf ihre eigene Kraft befinden. Ihr Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Hunger kann nur erfolgreich sein auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die deutschen Unternehmer und ihre ausländischen Aufseher.

Ende August läuft das Lohnabkommen der Hafenbetriebe ab. Neue Entlassungen stehen bevor. Der Hafenarbeiterlohn stand einmal an der Spitze der Industrielöhne. Er hinkt heute schon beträchtlich hinterher. Er wird bei steigenden Lebenshaltungskosten relativ weiter absinken, wenn die Hafenproleten sich damit begnügen, daß ihre „bewährten“ Gewerkschaftsführer diese Lohnverhandlungen führen, sie selbst aber tatenlos zusehen.

daß sich die Arbeiter der Ost- wie der Westzone diese Organisation und Führung zum Kampf schaffen.

Die Gewerkschaften und sogenannten Arbeiterparteien sind dazu unfähig. Deshalb ist es nötig, innerhalb und außerhalb dieser Organisationen den Kampfkader zu bilden, der den unter der gesteigerten Not angelegten vollen Westzonenländern in beiden Zonen erwachenden Widerstandswillen formt, ihm Kraft verleiht, weitere Verelendung abzuwehren, die Kämpfe gegen die Tagelöhner planmäßig organisiert und die Gewerkschaften von den Postenklebern säubert. Die gut bezahlten Revolutionsbeamten im Osten und die vom Sozialismus schwächenden Arbeiterführer im Westen, die nur die Geldhände der Befassungsmächte besorgen, müssen zum Teufel gejagt werden. Das ist der nächste Schritt auf dem Wege zur Befreiung vom Doppeldoch der kapitalistischen Ausbeutung und fremden Befassung. Es ist die dringendste Maßnahme, um aus Objekten der Siegermächte und ihrer Handlanger Subjekte zu werden, die fähig sind, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Uns hilft kein Gott und kein Teufel - wir müssen uns selbst helfen.

Völlig auf den Hund gekommen!

Hannoversche Presse (SPD), 7. 7. 1949:

**Bolschewistisches Spähtruppunternehmen.
Ferngesteuerte Propaganda manöver in Watenstedt-Salzgitter.**

Im Stadtgebiet werden neuerdings Schriften verteilt... Sie richten sich ausschließlich an die Arbeiterchaft, nehmen Stellung gegen alle Parteien und versuchen eine Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung hervorzurufen... Ganz offenbar versucht hier das Kominform - Politbüro auf Schleidwegen Material in das als Notstandsgebiet bekannte Watenstedt-Salzgitter zu bringen, um die Grundlagen zur Bildung gewisser Aktionsgruppen zu schaffen... Ob sie „Arbeiterpolitik“... benannt werden - sie sind die ersten schriftlichen Äußerungen einer von Moskau ferngelenkten Organisation, die nach bewährtem Muster in den Westzonen arbeiten soll.

Hamburger Volkszeitung (KPD), 28. 6. 1949:

Die KPD geht gestärkt in den Wahlkampf.

Trozkistische Agenten, Provokateure, Renegaten und abgewirtschaftete Politiker stehen in den Diensten dieser reaktionären Kräfte. Sie haben den Auftrag, durch illegal in die Reihen der KPD getragenes Material, durch Bildung illegaler Gruppen... die Entfaltung der Kampfkraft der KPD zu verhindern und damit ihre Schlagkraft und Festigkeit zu unterminieren. Zu diesem Zwecke werden Unsummen von Geldern ausgegeben, um Tausende von illegalen Schriften, Flugblättern, Geheimbriefen zu verfassen... Wo kommen die gewaltigen Mittel her? Wer bezahlt die Briefe, Schriften, Zeitungen? Wer bezahlt z. B. den im Augenblick in Hamburg eifrig tätigen Renegaten und Feind der Arbeiterbewegung Brandler? Wer bezahlt die Reisen dieser Agenten und wer gibt ihnen die Mittel in die Hand?

Sie sitzen in der Wall-Street in New-York und in der Londoner City! . . .

Offenbar können sich die Agenten der verschiedenen Befassungsmächte in der Arbeiterbewegung nicht mehr vorstellen, daß deutsche Arbeiter ihren politischen Kampf selbst finanzieren, daß Arbeiterfunktionäre ohne Bezahlung arbeiten, daß sie nur die Interessen des deutschen Proletariats vertreten.

In ihrem hannoverschen Organ vom 15. 7. 1949 versucht nun die KPD-Führung sich bei der SPD anzubiedern. Sie weist nach, daß wir unmöglich vom

Kreml bezahlt und gesteuert sein könnten, wie die Hannoverische Presse behauptete, und schlägt der SPD vor, gemeinsam gegen uns zu kämpfen.

Die KPD-Schreiberlinge rechnen mit dem schlechten Gedächtnis der Leser. Anfang 1947 nannten sie uns in der „Einheit“ neonazistische Werwölfe, die die Arbeiter gegen die demokratischen Siegermächte aufhetzen wollten. Ende 1947 schrieben sie: „Sie schimpfen jetzt besonders über den Marshallplan bzw. über den Indultplan. Sie schimpfen über alle Befatzungsmächte . . . Sie schimpfen über die Demontage . . .“ 1949 sind wir zu Agenten der Wall-Street (bzw. des Kreml) aufgerückt. Wer selbst Agent ist, sieht nur Agenten!

Unfähig, wirkliche kommunistische Politik zu machen, wütet die KPD-Führung gegen alte, wirkliche Kommunisten. Nach Hamburg hat der Parteivorstand einen Sonderbeauftragten für den Kampf gegen die Opposition geschickt. Neben der von oben dirigierten Schimpfkanonade, bei der man kein einziges politisches Argument entdecken kann, geht eine Ausflußkampagne. In Hagen wurden zwei erfahrene Kommunisten ausgeschlossen, in Hamburg einer, der sich weigerte, Spitzel- und Denunziantenarbeit gegen andere Kommunisten zu leisten. Der Parteitag für Niedersachsen mußte die Statuten ändern, um es der Parteileitung zu ermöglichen, mißliebige Genossen, auch gegen den Willen der Ortsgruppenmitglieder, auszuschließen. Die Parteileitung ist völlig auf dem Hund. Sie bringt auch die KPD auf den Hund, wenn nicht die ehrlichen KPD-Genossen diese Zerstörungsarbeit verhindern.

(Fortsetzung von Seite 1) Die schweren Übergriffe der Neo-Faschisten in Bayern (ein Kommunist getötet), in Hamburg (zwei Sozialdemokraten schwer verletzt unter den Augen der untätig dabeistehenden Brauerischen Volkspolizei) und an anderen Orten zeigen deutlich ihren Charakter. Noch sind sie in Gärung, Aufbau und Umgruppierung. Noch hat sich die alliierte und deutsche Bourgeoisie für keine der Gruppen entschieden. Aber sie sind die legitimen Kinder der 4 1/2 Jahre Befatzungsdemokratie.

Indem beide Arbeiterparteien am „demokratischen Neuaufbau positiv mitarbeiteten“, täuschten sie die Arbeiter über den wirklichen kapitalistischen Wiederaufbau. Sie entnazifizierten, demokratisierten, reformierten, bestimmten paritätisch mit – die ändern bauten den Kapitalismus unter dem Schutze der Befatzungsmächte wieder auf. Der Sozialist aus den Siegerstaaten, der sich jetzt über das Wachstum des Faschismus beklagen will, wende sich an seine eigene Regierung; die Kapitalisten Englands, Frankreichs, der USA sind mit der Entwicklung sehr zufrieden. Sie wird gefördert durch die Unfähigkeit der KPD-Führung und den verbrecherischen Kampf der SPD-Führung gegen den „Hauptfeind links“. – Unsere westdeutsche Demokratie fängt schon an dem Tiefpunkt an, wo Weimar aufgehört hat. Die formale Musterdemokratie von damals erleben wir nicht wieder.

Was von den 4 1/2 Jahren Demokratisierung gilt, gilt auch von der allmählichen Erringung der Souveränität. Wahlen und Regierungsbildung ändern nichts an den realen Machtverhältnissen. Es wurden nur die Leute gewählt, die jetzt die Befehle entgegennehmen und in allen entscheidenden Fragen ausführen werden. Die alliierten Aufsichtsbehörden werden umbenannt und zur Verstärkung des USA-Einflusses umgebaut – es sind ihrer mehr als genug!

Wirtschaftlich stehen wir vor einer Fortsetzung und Verschärfung der Kapitaloffensive. Die im Frühjahr erkämpften Teuerungszulagen werden abgebaut – also Lohnabbau. Die Preise für Brot, Gas und Strom, die Mieten werden steigen – die Wahlen sind ja vorbei. Die Kapitalisten werden neue Steuererlösnische und Subventionen bekommen.

Das sind einige der wichtigsten Fragen, vor denen jetzt die deutschen Arbeiter stehen: Demontagen, Remilitarisierung, Kapitaloffensive, faschistische Gefahr. Wo stehen die Arbeiterorganisationen?

Sie sind alle mit dem Bonner Rummel beschäftigt. Die SPD tut nichts gegen die Demontagen. Der DGB lehnt Aktionen gegen die Demontagen ab und ist bei den Lohnsenkungen passiv; er ist noch immer am organisatorischen Aufbau, beim Kuhhandel um die Präsidentenposten. Von den Reformisten kann ein wirklicher Revolutionär nichts anderes erwarten.

Die KPD hat sich bei den Wahlen sehr angestrengt. Aber ihr Mißerfolg ist umso ernster zu untersuchen, wenn man die Lage Westdeutschlands betrachtet, die nach der revolutionären Lösung als einziger Möglichkeit geradezu schreit. Der persönliche Mannheimer Wahlerfolg hat sich nicht wiederholt. Es rächt sich hier der Opportunismus der KPD seit 1945, den wir immer warnend kritisiert haben. Die Wendung der letzten Monate, die neuen Parolen: Abzug der Besatzungstruppen, Ende der Demontagen – haben das Mißtrauen der deutschen Arbeiter nicht beseitigen können. Jetzt überschlägt sich die KPD-Führung in der nationalen Linie: sie will „die nationale Front mit allen Deutschen guten Willens, unabhängig von ihrer sozialen Stellung und politischen Anschauung“. Das ist genau so falsch, wie die besatzungshörige Politik in Westdeutschland bis 1948 (siehe „Arbeiterpolitik“ Juni 1949).

Der Rückgang des Einflusses der KPD vor allem in den roten Hochburgen des Rheinlandes (1949 512000 Stimmen, 1948 701000 Stimmen), in Hamburg und Berlin muß für jeden wirklichen Kommunisten Anlaß sein zur Überprüfung seiner bisherigen Arbeit und der Politik der KPD. Wenn wir das tun, braucht uns um den Wiederaufstieg und die Zukunft des Kommunismus nicht bange zu sein.

Gemeinsamer Kampf aller Arbeiter gegen Demontagen und faschistische Gefahr, gegen Kapitaloffensive und Vorbereitung des anti-sowjetischen Krieges! Nicht Koalitions- oder Tolerierungspolitik, nicht nationale Front, sondern starke Kampffront aller Werktätigen! – Höher die Fahne des Klassenkampfes! Höher die Fahne des Kommunismus!

Wuppertaler Nachspiel

Arbeiterkorrespondenz

Wir haben schon vor einer Zeit berichtet, wie die KPD die SPD-Stadtverwaltung aus der „unhaltbaren Situation“ herausführte, in die kampfschließende Arbeiter letztere brachten.

Die Folgen sind da. Ein Betriebsratsmitglied ist fristlos entlassen. Der 1. Mai wird nicht bezahlt. Statt Kampf: Arbeitsgericht. Dieses kam zu keinem Spruch. Darauf paritätisches Schiedsgericht unter Vorsitz des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts. Ergebnis: Trotz dem in der Betriebsvereinbarung vorgesehenen Mitspracherecht des Betriebsrats bei Kündigungen, gelten fristlose Entlassungen plötzlich nicht als Kündigungen. Dieser Paragraphenreiterei haben die KPD-Blätter nur hochinteressante Goethezitate entgegenzuhalten. Die Werktätigen seien „verwundert“ und „erwarten“ usw. Daß ihr Zurückweichen und der opportunistische Kuhhandel mit der Stadtverwaltung die Belegschaft demoralisierte, ist den Herren wohl noch nicht aufgefallen. – Eine Lehre für die Wuppertaler Arbeiter!

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 9

Ende September 1949

Preis - ,40 DM

Was lehren uns die Wahlen? Die kapitalistischen Parteien haben eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erhalten. Sie werden also im Namen der Demokratie - wie sie sie verstehen - Politik machen. Allerdings nur in der Art und Weise, wie die kapitalistischen Befugungsmächte es für gut befinden werden. Auch dies konnte den Wählern, die den Vertretern des kapitalistischen Systems ihre Stimme gaben, nicht verborgen sein. Sie haben mehr oder weniger bewußt dem zugestimmt. Drückt dieses Wahlergebnis aber die wirkliche Stimmung der Wähler aus? Nein! Die neugeborene Demokratie - die „freie Wahl“ - ist keineswegs das zweckmäßige Mittel, dem Willen und den Bedürfnissen der Wähler Ausdruck zu verleihen.

Soweit man die Bedürfnisse und das daraus abzuleitende Wollen der Millionen Wählermassen überhaupt zusammenfassen und auf einen Nenner bringen kann, wären sie vielleicht so auszudrücken: zurück zu den etwas besseren Vorkriegsbedingungen. Das Wie ist sehr verschieden, stark abhängig von den Traditionen, in denen die verschiedenen Klassen und Klassentrümmer in der Vorkriegsgesellschaft gelebt haben. Es gibt aber kein Zurück. Es gibt nur ein Vorwärts, ein Hinweg über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, oder ein noch tieferes Abinken in noch größere Not für die ungeheure Mehrheit der Wähler, die sich für den kapitalistischen Wiederaufbau unter der Kommandogewalt des amerikanischen Imperialismus und seiner armen Verwandten England und Frankreich bei der Wahl entschieden haben.

Bei der Wahl stand zur Beantwortung nur die Frage: Wie, mit welchen propagandistischen Phrasen dieser kapitalistische Aufbau durchgeführt werden solle. Auch die Auswahl zwischen den verschiedenen Wies war gering. Die Sozialdemokraten, die seit 30 Jahren den Kapitalisten gut zureden, wie sie den deutschen Kapitalismus am vorteilhaftesten aus den Trümmern der beiden verlorenen Weltkriege wieder aufbauen sollen, wurden als die Schmiede abgelehnt. Wenn schon kapitalistischen Aufbau, dann wähle man den Schmied, die Kapitalisten, nicht deren Ratgeber. Das ist immerhin logisch. Denn durch die Geschichte der letzten 30 Jahre ist erwiesen, daß die Sozialdemokratie von den Kapitalisten nur so lange benützt wird, als sie Einfluß auf breite Arbeiterschichten hat, die nicht kapitalistischen, sondern sozialistischen Aufbau der Produktionsverhältnisse und der Gesellschaft wollen. Solange der revolutionäre Kampfwille in der Arbeiterklasse stark ist, bedienen sich die Kapitalisten der Sozialdemokratie - nicht ihrer Rat schläge zum kapitalistischen Aufbau wegen, sondern zur Zerfetzung des revolutionären, sozialistischen Kampfwillens der Arbeiterklasse. Revolutionäres Wollen oder gar Handeln gibt es z. Z. nicht in der deutschen Arbeiterklasse. Deshalb ist die Sozialdemokratie so überflüssig, wie der Blinddarm im menschlichen Körper. Wenn er lästig wird, wird er wegoperiert ohne Schaden für den Gesamtorganismus.

Die sogenannte Kommunistische Partei ist nur noch zu dem Zweck vorhanden, um Lenins Ausspruch zu illustrieren: „Niemand kann den Kommunismus diskreditieren außer den Kommunisten selber.“ – Die „Kommunisten“ predigen Enthaltfamkeit vom Sozialismus, weil angeblich die Vorbedingungen dafür in Deutschland z. Z. nicht vorhanden seien – in Wirklichkeit, weil sie sich nur als Werkzeuge der SU als Befatzungsmacht betätigen und mehr oder weniger glauben, damit der SU als wichtigstem sozialistischen Staat am besten dienen zu können. (Fortsetzung Seite 15)

Westdeutscher Gewerkschaftsbund – Arbeitsgemeinschafts- oder Klassenkampf-Organisation

Am 12. Oktober tagt in München der Kongreß zur Vereinigung der trizonalen Gewerkschaften. Der ostzonale FDGB bleibt

davon getrennt. Es ist jedoch nicht nur die vom Siegerwillen der Befatzungsmächte diktierte Spaltung Deutschlands, die der Schaffung eines allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes entgegenwirkt. Wären die Gewerkschaftsführungen beider Zonen fähig gewesen, aus dem Zusammenbruch von 1933 zu lernen, wären sie sich wenigstens nach 1945 der wirklichen Aufgaben bewußt geworden und für die Durchführung dieser zeitgemäßen Aufgaben bereit gewesen, dann hätte keine Macht eine wirkliche Gewerkschaftseinheit verhindern können.

Am Beispiel der kurzen, aber aufschlußreichen Geschichte der Gewerkschaften der britischen Zone zeigen sich Ursachen und Folgen der Gewerkschaftspolitik, die von allen westdeutschen Gewerkschaften bisher betrieben wurde. Aber auch der ostzonale FDGB teilt mit ihnen einen der entscheidenden Fehler dieser Politik; auch er ist ebenso dienstfeurig bereit, die Interessen seiner Mitglieder den speziellen Interessen der Befatzungsmacht zu unterordnen, d. h. preiszugeben. Damit verurteilt aber auch der FDGB seine gesinnungsverwandten Freunde, d. h. die sich Kommunisten nennenden Mitglieder und Funktionäre in den westlichen Gewerkschaften, zu völliger Ohnmacht gegenüber der klassenfeindlichen Arbeitsgemeinschaftspolitik der Tarnow, Böckler und Genossen. Wenn der jetzt am 7. September tagende DGB-Kongreß der britischen Zone zum Geschäftsbericht Böcklers, zur „Neuordnung der Grundstoffindustrien“ usw. Stellung nimmt, dann ist es leider so, daß keiner von den 2,9 Millionen Mitgliedern von Böckler die Aufzeigung eines wieder aufwärts führenden Weges erwarten kann.

Das Hamburg der Arbeiter nach den Wahlen

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Demontage der Reiherstiegwerft war nach dem großen Proteststreik aufgehoben worden – bis nach den Wahlen. Die Militärregierung hat dem Betriebsrat der Deutschen Werft jetzt mit-

geteilt, daß die Reiherstiegwerft einschließlich der noch arbeitenden Schiffsreparaturwerkstätten demontiert wird. Ob danach ein Reparaturbetrieb wieder errichtet werden darf, ist unbestimmt.

Der Kampf gegen die Demontagen unserer Arbeitsplätze dürfte nicht zur Wahlagitiation dienen, sondern müßte Klassenfrage sein. So wollten es die 7000 Arbeiter der Deutschen Werft und Howaldt mit ihrem Proteststreik. Damals erklärte der Betriebsrat, kein Arbeiter werde

Auf dem Bielefelder Gründungskongreß im April 1947 hatte Tarnow ihnen erklärt: „Wir sind nicht mehr nur die Selbsthilfeorganisation der Arbeiter, die sich mit dem Unternehmer herumzuschlagen hatte, um etwas mehr vom Arbeitsertrag zu bekommen. Wir müssen heran an die Gestaltung der Produktion. Wir müssen das Mitbestimmungsrecht in der Gesamtwirtschaft haben.“ Diesen Phrasen gegenüber steht die traurige Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer bewußt auf die Ausnutzung noch vorhandener Möglichkeiten für den Lohnkampf verzichtet haben: So heißt es z. B. im „Bund“, 30. 3. 1949: „Getragen vom größten Verantwortungsbewußtsein, haben die Gewerkschaften alles nur Mögliche unternommen, um die unerträgliche Spanne zwischen Löhnen und Preisen von der Preisseite auszugleichen. Sie haben trotz dem nur zu verständlichen Drängen ihrer Mitglieder mit größeren Lohnbewegungen zurückgehalten.“ Zur Beruhigung der Mitglieder wird versprochen, daß „den Gewerkschaften kein anderer Weg bleibt, als durch den Einsatz ihrer Machtmittel erhebliche Lohnerhöhungen zu erzwingen“.

Doch schon vier Wochen vorher hatte August Schmidt (IG.-Bergbau-Vorsitzender in einer Beiratsitzung der Kohlenbergbauleitung bekanntgemacht, daß „die Gewerkschaft zunächst mit Lohnforderungen zurückhalten wolle“. Am 17. 6. 1949 wandte sich Max Brauer (Bürgermeister in Hamburg, SPD) in einer Pressekonferenz „gegen das Hochtreiben des Lohnniveaus“, dabei berief er sich auf die „grundsätzliche Linie der gewerkschaftlichen Lohnpolitik“, die er „vollauf billige“, und zu guter Letzt wies er darauf hin, daß „der deutsche Export in ernste Schwierigkeiten kommen könne, wenn die deutschen Inlandpreise durch zu hohe Löhne über den niedrigen Weltmarktpreisen liegen“. Aber was vom proletarischen Standpunkt der Gewerkschaftsmitglieder hellem Wahnsinn gleicht, ist nach der Auffassung der Tarnow und Genossen bittere Notwendigkeit. Denn der bewußte Verzicht auf den Kampf gegen die Tagesnöte der Arbeiter, das ist der Preis, den die „von größtem Verantwortungsbewußtsein getragenen“ Gewerkschaftsführer die Arbeiter zahlen machen, um für sich das Recht zur Mitbestimmung bei der „Gestaltung der Produktion“ zu erkaufen.

sich an der Demontage beteiligen. Der Betriebsrat der Deutschen Werft hat auch eine Solidaritätsadresse an die Protestkundgebung in Salzgitter gerichtet. Wenn man hier den Worten Taten folgen lassen und in Hamburg, Salzgitter, und dem Westen gemeinsam vorgehen würde, wäre eine Voraussetzung für einen Erfolg geschaffen.

Die KPD hat in dieser Frage eine andere Linie. Am 21. 7. hatte sie eine Protestkundgebung nach St. Pauli einberufen, wo nur 500 Menschen waren, meist keine Werftarbeiter. Der Betriebsrat Welfcher von der Deutschen Werft sprach nüchtern, ruhig, sachlich. Gundelach propagierte die nationale Front statt der Kampffront aller Arbeiter. Ihr Anfang sollte ein Anti-Demontage-Ausfluß der Arbeiter und Unternehmer sein. Dieses Kind des Wahlkampfes ist inzwischen schon wieder ent schlafen. Am 30. 8. sollte er zusammenkommen und ein Referat von Prof. Laun über Völkerrecht und Demontage anhören. Laun erschien nicht. Nun hat man die Aufgaben dieses Ausschusses wieder an die Betriebsräte der Deutschen Werft übertragen. Es ist klar, daß die Unternehmer, deren Vertreter Laun ist, nicht mit den Arbeitern zusammen gegen die englischen und amerikanischen Kapitalisten kämpfen wollen und werden. Das hätte die KPD vorher wissen sollen. Statt der Kapitalisten müssen wir die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf sammeln. Dann werden auch die schwankenden Mittelschichten zu uns stoßen.

Schon von 1918-1933 sind sie diesem Irrweg bis zum bitteren Ende gefolgt. Auf dem Bielefelder Kongreß gestand Dr. Agartz:

„Es kann und darf nicht übersehen werden, daß der Faschismus das politische Korrelat der Endphase eines imperialistischen Kapitalismus ist. Es ist die Tragik der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, daß die damalige Neuordnung nur auf der politischen Ebene erfolgte. Die ökonomischen Kräfte blieben unverändert und waren in der Lage, sich zu ordnen und jene Entwicklung einzuleiten, die uns zu diesem Zusammenbruch geführt hat. Die unterbliebene Folgerung aus den Lehren des 1. Weltkrieges hat dann die Gegenrevolution in den Sattel gehoben. Die Befreiung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg hat die notwendige Auseinandersetzung mit dem Faschismus und den hinter ihm stehenden Kräften verhindert. Und wieder droht eine Revolution zu verlaufen. Hier liegt die entscheidende Gefahr für die Zukunft. Aus dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems, der im ganzen europäischen Raum sichtbar ist, sind Konsequenzen zu ziehen, auch wenn sie den Anschauungen einzelner Befehlsmächte widersprechen.“

Ebenso hat Dr. Hinkel eingestanden, daß „die Veruche der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften“ mit der „Enttäufchung der Arbeitnehmer und Wiederherstellung der Unternehmerherrschaft endeten.“

Wohin aber die Entwicklung bisher geführt hat, darüber sagt „Der Bund“ in seiner Jahresbilanz von 1948, „daß das kapitalistische Unternehmertum sich im vergangenen Jahr in einer Weise gefestigt hat, die nach dem Zusammenbruch von 1945 nicht einmal von diesem selbst erwartet werden konnte“. Rund 1500 neuerstandene und einheitlich dirigierte Unternehmerverbände attackieren bereits die kümmerlichen Rechte der Betriebsräte. 18 führende Wirtschaftsverbände haben am 21. 9. 1948 dem Wirtschaftsrat mitgeteilt, ihre Mitarbeit (?) sei „ernstlich in Frage gestellt“, wenn die Beteiligung der Gewerkschaften Gesetzeskraft erlangen sollte. Je inbrünstiger die Gewerkschaftsführer ihre Zusammenarbeit anbieten, desto brutaler demonstrieren ihnen das Unternehmertum, daß der Mohr nach getaner Schuldigkeit wieder gehen kann. Böckler selbst hat den Generälen Clay und Robertson bei deren Bemühungen für eine Arbeitsgemeinschaft eingestanden, „daß geschichtlich festzustellen sei, daß der andere Partner die Zusammenarbeit genau so lange eingehalten hätte, bis er die Auffassung gewonnen hätte, von seiner Seite aus die Wirtschaft wieder einseitig diktieren zu können“. – Aber trotz alledem sehen sich die Gewerkschaftsführer durch ihre kleinstbürgerlichen Illusionen gezwungen, diesem Irrweg weiter zu folgen und die Gewerkschaften dabei zu Grunde zu richten.

Terror der Deutschen Partei. Wo bleiben SPD und KPD? Auf den verschiedenen Wahlversammlungen der DP konnte man schon organisierten „Saalfchuh“ feststellen, z.T. rekrutiert aus SS-Leuten von Neuengamme, die dort in der gefährlichen Zeit nach 1945 unter englischem Schutz überwinterten. Jetzt ist der Zorn verraucht oder in die falschen Bahnen der Entnazifizierung gelenkt – und sie kriechen wieder heraus. Symptomatisch ist eine Schlägerei in Hamburg-Farmen am Abend vor der Wahl. Eine Kiebekolonie der DP traf auf eine stärkere Kolonne der KPD, zog sich daher zurück und holte Verstärkung aus einer englischen Zivilarbeiterkaserne. Als sie zurückkamen, waren die KPD-Leute schon weg, und sie trafen auf Sozialdemokraten. Einem schlugen sie ein Auge aus, einem zweiten den Unterkiefer kaputt, während die Polizei untätig dabeistand. Sonst ist „unfere“ Polizei sehr aktiv, verhaftet

Jetzt, wo es gilt, aus zwei Weltkriegen die Konsequenzen zu ziehen und die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, weil anders die Wirtschaft nicht mehr zu retten und ein erneuter Sieg des Faschismus nicht zu verhindern ist, erklärte Böckler im Bericht auf dem Bielefelder Kongreß: „Gemeineigentum ist ein vielumstrittener Begriff.“ Und im Schlußwort fügte er hinzu: „Es ist leicht gesagt, die Eigentumsverhältnisse müssen geändert werden... Mir kommt es zu, in diesen Dingen etwas fächer zu treten.“ Als ihm hier zugerufen wurde: „Es wird Zeit, wir wollen, daß du noch den Sozialismus erlebst!“ da antwortete der 73jährige: „Junger Freund, dann prophezeit du mir noch viele Jahre. Wir werden an der Kniffligkeit des Problems »Sozialisierung« noch manches Gehirnschmalz verwenden müssen.“

Nachdem also im Inflationstaumel bis 1923 wie bei der letzten Währungsreform Millionen der Ärmsten brutal enteignet wurden, nachdem Millionen arbeitsbereiter Menschen von ihren Arbeitsplätzen vertrieben und ins Elend gestürzt wurden, sind sich die Böckler und Gen. noch immer nicht über den Eigentumsbegriff klar geworden. Die aus der eigenen Not geborene Überzeugung der Massen von der Notwendigkeit der sozialistischen Lösung des Eigentumsbegriffs ersetzen diese Führer durch ihren Aberglauben an das Wunder der Gefundung des todkranken Kapitalismus.

Dem Druck der instinktiv richtig fühlenden Massen nachgebend, haben sie sich zur Anerkennung der Form der Industriegewerkschaften bequemt. (1925 drohte Tarnow noch den ADGB wegen dieser Frage zu spalten.) Aber man hat nur das Firmenschild gewechselt, der Laden selbst ist geblieben.

Wirkliche Industriegewerkschaften schaffen, setzt die Erkenntnis voraus, daß die zentrale Aufgabe jeder Gewerkschaft die Verteidigung und Verbesserung der Arbeiterexistenz ist. Diese Aufgabe ist gegenüber einem absterbenden Kapitalismus nicht mehr im bloßen Kampfe um Reformen, sondern im entscheidenden Kampfe zur Beseitigung des kapitalistischen Lohnsystems zu erfüllen. - Dieser offenbar gewordenen Tatsache Rechnung tragend, will Tarnow „heran an die Gestaltung der Produktion“. Aber nicht als klassenbewußter Sozialist, sondern als typischer Kleinbürger, der sich nicht vorstellen kann, daß

Arbeiter, die die schwarzweißroten Plakate entfernten usw. Das sind Parallelen zu den 1930er Jahren! Die Arbeiter, ob SPD oder KPD, werden wieder Schicksalsgenossen werden. Also müssen sie jetzt Kampfgenossen sein! - Die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter muß geschaffen werden: das ist die Lehre der Ereignisse vor der Wahl und des Wahlergebnisses.

Das Wahlergebnis in Hamburg ist für die KPD dasselbe wie überall. Sie erhielt 76714 Stimmen, die SPD 358858, die neofaschistische DP 118552 - beim ersten Auftreten! Vor 1933 war die KPD hier gleich stark wie die SPD, jetzt hat sie nicht mehr ein Viertel ihrer Stimmen. Prozentual ist die KPD zurückgegangen von 10,4 auf 8,2%. Willi Prinz, der Frankfurter Parteivorstandskommissar, sagte zum Wahlergebnis u. a.: „Wir haben durch unsere Aktivität und Offensivkraft dem Gegner das Gefes des Handelns aufgezwungen.“ - Kommentar überflüssig.

Ein alter Genosse wurde wegen seiner kritischen Stellung als „Agent der Reaktion“ ausgeschlossen. Jetzt hat die Betriebsgruppe bei Heidenreich seine Wiederaufnahme verlangt.

die aufbauende Kraft der Arbeiterklasse niemals mit der zerstörenden Kraft der Kapitalistenklasse zusammenarbeiten kann.

Kapitalistische „Gestaltung der Produktion“ heißt Vernichtung – proletarische dagegen bedeutet Aufbau. Heute gilt für die Gewerkschaften, was Karl Marx ihnen schon 1865 empfahl: „an Stelle des konservativen Mottos »Für einen gerechten Tagelohn« die revolutionäre Losung »Sturz des kapitalistischen Lohnsystems« auf ihre Fahnen zu schreiben“. Die Praxis hat bewiesen, daß die Gewerkschaften bei Preisgabe ihres Endzieles auch im Tageskampfe verlagen müssen. Sich Industrieverbände nennen, aber deren Aufgabe nicht erfüllen, hat u. a. auch zur Folge, daß die Angestellten wieder zu den überlebten Formen der Berufsverbände zurückkehren. Das hat die noch viel gefährlichere Folge des Konflikts zwischen Betriebsräten und Gewerkschaftsführung, wenn diese nicht begreifen kann, daß sich die Arbeiter in richtigem Klasseninstinkt in den Betriebsräten die speziellen Kampforgane geschaffen haben, mit denen sie in der Tat an die „Gestaltung der Produktion“ im proletarisch-fortschrittlichen Sinn herankommen können.

Politische Neutralität soll angeblich das Heiligste – die Gewerkschaftseinheit – sichern. Die klassenbewußten deutschen Arbeiter haben ihre freien Gewerkschaften zur Führung ihres Kampfes geschaffen und Erfolge erzielt, die allen – auch den irgeleiteten und unter dem Einfluß der Unternehmer stehenden – Arbeitern zugute kamen. Nicht trotz, sondern gerade wegen ihres offenen Bekenntnisses zur marxistischen Lehre des proletarischen Klassenkampfes sind die deutschen Gewerkschaften einst groß und international führend geworden. Karl Marx hielt es 1866 in seiner berühmten Genfer Gewerkschaftsresolution für die Pflicht der Gewerkschaften „alle sozialen und politischen Bewegungen zu unterstützen, die auf dasselbe Ziel gerichtet sind“. Politische Neutralität gegenüber den übrigen Arbeiterorganisationen bedeutet Hörigkeit gegenüber der kapitalistischen Klassenherrschaft und damit Verhinderung einer wirklichen Gewerkschaftseinheit.

Vollbeschäftigung heißt jetzt die leitende Gewerkschaftsparole. Aber ihre Durchsetzung ist in einem kapitalistischen Deutschland unmöglich. Die Hoffnung auf die belebende Wirkung des Marshallplans ist geplatzt. Die Steigerung der europäischen Produktionskapazität ist zur drohenden Gefahr für das kapitalistische Weltsystem geworden, weil für die gesteigerten Warenmassen kein Absatz zu finden ist. Die heraufziehende Weltwirtschaftskrise muß Deutschland am schwersten treffen. Die daraus entstehende Verelendung läßt den deutschen Arbeitern keinen anderen Ausweg, als die Aufnahme des Kampfes um die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel. Nur dadurch ist die Voraussetzung zur vollen Beschäftigung und zur Existenzsicherung der Arbeiter zu schaffen.

Wenn es dem Bundeskongreß in München wirklich ernst um die Erfüllung der Gewerkschaftsaufgaben wäre, müßte er im Namen aller deutschen Arbeiter die sofortige Räumung Deutschlands fordern. Und in seinen Statuten und seiner Praxis müßte sich der neue Gewerkschaftsbund klar und eindeutig für das Ziel der Er kämpfung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland einsetzen.

Über Klassenkampf und Klassenkrieg

Erst nachdem wir die Bourgeoisie der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande niedergeworfen, vollständig besiegt und exprobiert haben, werden die Kriege unmöglich werden. Und es ist wissenschaftlich gar nicht richtig - und gar nicht revolutionär - wenn wir eben das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten den Kampf Fordernde im Übergang zum Sozialismus umgehen oder vertuschen. Die „sozialen“ Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, dass sie von erbitterten Klassenkämpfern und Klassenkriegen, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen.

Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, 1918

Gewerkschaftspolitische Bemerkungen

Zu den Wahlen hat der DGB seine Forderungen zusammengefaßt, um sie dem Bundestag zu unterbreiten. Neben den üblichen Redensarten von Wohnbauprogramm, energischer Preispolitik, fortschrittlichem Arbeitsrecht usw. liegt die Betonung im Verlangen nach Demokratifizierung der Wirtschaft. Diese wird in 5 Punkten konkretisiert:

1. Gesetze zur Schaffung paritätischer Wirtschaftskammern
2. Gesetze zur Entsendung von Gewerkschaftlern in die Aufsichtsräte der Großunternehmungen
3. Gesetze zur sozialen und personellen Mitbestimmung der Arbeiterschaft im Betrieb
4. Gesetze zur Schaffung eines Amtes zur Monopolüberwachung unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften
5. Gesetze zur Erweiterung der Publizitätsvorschriften zwecks Offenlegung aller wirtschaftlichen Zusammenhänge und Vorgänge.

Welche Bedeutung hat dieses DGB-Programm? Angenommen, alle Gesetze würden erlassen. Würde dann die kapitalistische Ausbeutung verschwunden sein oder wäre die Arbeiterschaft diesem entscheidenden Klassenziel näher gekommen?

Punkt 1 ist die Lieblingslösung aller Gewerkschaftsführer. In Nordrhein-Westfalen ist er bereits „Gesetz“. Aber dieser Sprößling einer einjährigen Redelawine erfreut sich nicht der Sympathie der Befassung - der entscheidenden Instanz, die heute in Deutschland Gesetze macht - und ist daher reif für den Papierkorb. Die Ablehnung der Befassung darf die Arbeiter jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Schaffung der Wirtschaftskammern, in denen zu gleichen Teilen Unternehmer und Gewerkschaftler sitzen sollen, der weiteren Knebelung der Massen dient.

Die Wirtschaftskammern, die von der Gewerkschaftsführung als Kernstück des sogenannten Mitbestimmungsrechtes gepriesen werden, sind nichts anderes als die altbewährten Unternehmerorgane - die Industrie- und Handelskammern. „Dabei ist es keinesfalls so, daß die Gewerkschaften etwa den Apparat der Kammern zerstören wollen. Sie wollen ihn nur durch Hinzutritt von Arbeitnehmervertretern paritätisch gestalten.“ (Bund 18. 6. 1949) Die Gewerkschaftsführer glauben selbst nicht, die Macht des Unternehmertums zu beeinträchtigen, wenn sie Delegierte in eine kapitalistische Interessenvertretung entsenden. Das beweist das Aufgabengebiet, das sie den Kammern zuschreiben: „Wahrnehmung der Gesamtinteressen der Wirtschaft eines Bezirks, d. h. insbesondere die Betriebe zu fördern, zu beraten und zu unterstützen.“ (Bund 7. 5. 1949)

Die Befugnisse der Wirtschaftskammern bestehen also im Fördern, Beraten, Unterstützen, Angehörtwerden - mit einem Wort: im Phrasendreschen. Den Unternehmern würde kein Haar gekrümmt, ihre wirtschaftliche Macht unangetastet bleiben. Den Arbeitern können diese Absichten ihrer Gewerkschaftsspitzen keineswegs gleichgültig sein. Der DGB will die Wahrnehmung der „Gesamtinteressen“ der Wirtschaft im Gegensatz zu den besonderen Interessen der Arbeiterklasse, er will die „Betriebe“ unterstützen. Diese Interessen und diese Betriebe sind aber die der herrschenden Klasse, der ausbeuterischen Bourgeoisie. Der Sinn der Wirtschaftskammern wäre also, den Unternehmerbefehl mit der Autorität der Gewerkschaft zu decken und zu stärken.

Durch die Besetzung eines Sitzes durch Gewerkschaftler in den Aufsichtsräten der Großunternehmen (Punkt 2), wird das kapitalistische Besitzverhältnis in keiner Weise angetastet. Dem Gewerkschaftler kann daher nur die Aufgabe zufallen, für die Produktion (d. h. für gefunden Profit) zu sorgen. Ebensovienig originell sind die Antitrustgesetze, die seit Jahrzehnten im führenden imperialistischen Land, den USA, bestehen. Sie haben dem Monopolkapital nicht geschadet, aber der demokratischen Illusion von der Herrschaft des Volkes neue Nahrung gegeben. Der Punkt 5 ist in seiner Naivität köstlich. Er fordert die Aufhebung des kapitalistischen Geschäftsgeheimnisses. Und das bedeutet Einblick in die Ausbeuterpraxis, Einblick in die tiefsten Tiefen der kapitalistischen Korruption und Ausplünderung des werktätigen Volkes. Seine

Zwei Abstimmungsergebnisse

Arbeiterkorrespondenz aus Bayern

Die Urabstimmung der Industriegruppe Metall, Nürnberg, über einen 4-Pfennig-Abbau der Teuerungszulage brachte eine große Mehrheit für

die Ablehnung. Im übrigen Bayern lehnten 81% ab. Ein Beispiel genügt, um zu sehen, wie die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterinteressen vertritt: Auf einer Vorstandssitzung der Industriegruppe Metall, an der Ortsbevollmächtigte teilnahmen, ergab sich bei der Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung folgendes Bild. Der Vorstand empfahl das Abkommen und von 78 Bevollmächtigten stimmten 76 für die Annahme. Die 2 „Nein“ waren Nürnberg und Schwabach! Die Lage ist jetzt äußerst schwierig, da die Verbreitung aller möglichen Gerüchte durch das Schweigen der Bürokratie demoralisiert.

Wohin das Drängeln der KP-Leute, Spitzenfunktionen in der Gewerkschaft zu beziehen, führt, zeigt der KP-Mann Salm, Nürnberg als 2. Landesvorsitzender der Industriegruppe Metall.

Durchführung wäre der Anfang des kapitalistischen Endes. Das vom Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft zu erwarten ist lächerlich. Nur die machtvolle Aktion der Arbeiterklasse kann sie erzwingen.

Dieses reformistische Programm, diese aufgewärmten Ladenhüter der verhängnisvollen Periode 1918-1933, sind keine zufälligen Verlegenheitsprodukte. Man kann nicht einmal annehmen, daß ihre Autoren ehrlich an ihre heilbringende Wirkung glauben, es sei denn, man verstehe darunter die Flut einträgliger Pöfchen. Der Ruf nach der „Demokratisierung der Wirtschaft“ dient einem bestimmten Zweck. Der Arbeiterklasse soll vorgespiegelt werden, sie könne ohne opferreichen Kampf auf dem erheblich leichteren Stimmzettelweg zur langamen, etappenweisen Verbesserung dieser Gesellschaftsordnung kommen. Der Inhalt dieser Politik ist daher die weitere Lähmung und Zersetzung der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaftsbürokratie will eingeständenermaßen nicht das kapitalistische System, die Ursache der Lohnklaverei, bekämpfen, sondern als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lohnklaven verbessern oder wenigstens vor weiterer Verschlechterung bewahren.

Gewerkschaften verdienen diesen Namen nur, wenn sie Kampforganisationen der Arbeiterklasse sind. Bis zum 1. Weltkrieg genügte der reine Lohnkampf, um den Spielraum auszunützen, den die sich rasch entfaltende kapitalistische Wirtschaft gewährte. Dieser Kampf aber vollzog sich nur im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft, er war auch eine Bedingung ihrer Entfaltung. Dies ist die materielle Grundlage der Festigung reformistischer Illusionen in den Köpfen führender Arbeiterschichten. In der folgenden absteigenden Entwicklungsphase des Kapitalismus mit ihrer riesigen strukturellen Arbeitslosigkeit, ihrem Monopolwucher, ihrer systematischen Produktionsdrosselung

In einer Nürnberger Betriebsräteversammlung kam es zu erregten Beschimpfungen des 1. Landesvorsitzenden Wörrle (SPD), der die Annahme der Lohnabmachungen verteidigte. Danach trat Salm an das Rednerpult und sagte daselbe wie sein Kollege Wörrle. In der Partei kam es daraufhin zu einer Auseinandersetzung, wobei ein großer Teil der Genossen sich gegen Salm wandte und seinen Ausfluß forderte.

Dafür ist Geld da Der Hamburger „Staat“ hat sich 96000 DM bewilligt, um die von Gauleiter Kaufmann begonnene Jacht weiterbauen zu können. Was die Beendigung des Baues kosten wird, ist unbekannt.

Staatspräsident Wohleb, Südbaden, läßt in Breisach ein Schiff auf Personenbeförderung umbauen, das der Regierung zu Inspektionsreisen dienen soll - wohl in den südbadischen Hoheitsgewässern!

Das Hamburger Parlament hat sich selbst die Aufwandsentschädigung von 50 auf 150 DM monatlich erhöht und gleichzeitig eine Nachzahlung der fehlenden 100 DM für die Monate seit der Währungsreform beschloffen. - Eine nette Weihnachtsgratifikation! Die Fürsorgeempfänger erhielten 10 DM zu Weihnachten.

Der Bremische Senator für das Bauwesen läßt für das Bremer Haus in Frankfurt ein Wappen anfertigen. Die wapphaltenden Löwen und die Krone über dem Wappen der Republik „Freie und Hansestadt Bremen“ werden mit Blattgold belegt. - Die Pfefferfäcke haben's ja!

und Verelendung der Arbeiterklasse als Normalzustand fehlt oder verringert sich dieser Spielraum dermaßen, daß die Bourgeoisie außerstande ist, weitere Zugeständnisse zu machen. Der Lohnkampf stößt ins Leere, er wird unwirksam. Das haben auch die reformistischen Gewerkschaftsführer erkannt. Sie suchen nach einem Ausweg. Da ihre Grundhaltung bürgerlich ist, besteht ihr „Ausweg“ in der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Sie haben „kein Interesse an Streiks und scharfen Auseinandersetzungen, die bei vernünftiger Einsicht auf dem Wege gegenseitiger Verständigung gelöst werden können.“ (A. Enderle im Bund 12. 3.) Das ist die Politik der Arbeitsgemeinschaft. In Deutschland ist der Repräsentant der gesamten bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr der deutsche Staat, sondern die westliche Befatzung. Als General Robertson den Gewerkschaftsführern mitteilte, wie „ungeheuer viel“ ihm daran läge, Unternehmer und Gewerkschaften „gemeinsame Pläne“ ausarbeiten zu sehen, begrüßte Böckler diese Gedanken, „weil sie nicht nur zweckmäßig, sondern auch richtig seien.“ (Bund 12. 3.)

Man berät also „mitbestimmend“. Aber was ist bestimmend, was ausschlaggebend? Die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder, der Arbeiter? Nein! Das Interesse des Betriebes, d. h. das Interesse am profitablen Gang des Betriebes. Kapitalistische Betriebe sind keine Wohlfahrtseinrichtungen, sondern Produktionsstätten, finanziert vom Kapitalisten. Nicht der Produktion, sondern des Profits wegen finanziert er die Produktion, um sich unbezahlte Mehrarbeit anzueignen.

Kann also durch Mitbestimmung ein Teil der unbezahlten Arbeit dem Kapital abgenommen und den Arbeitern zugeteilt werden? Nein! Der im Betrieb erzeugte Mehrwert wird nicht vom Betriebseigentümer angeeignet oder verteilt, sondern geht ein in die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate. Der Betrieb, der nicht den vom Kapital geforderten Mehrwert produziert und abgeliefert, bekommt kein Betriebskapital. Denn das Kapital meidet niedrigen Profit, strömt dorthin, wo die höchsten Profite erzeugt werden. Das ist Lebensgesetz des Kapitalismus. Daran ändert kein mitbestimmender Betriebsrat etwas. Die Zahl der zu beschäftigenden oder zu entlassenden Arbeiter wird von diesem Gesetz bestimmt, das keine Mitbestimmung ändern kann. - Das selbe trifft auf die Lohnhöhe zu.

Der Krisenzyklus - der Lebensform des Kapitalismus ist - raubt den Arbeitern, was sie sich erkämpft haben. Er kann nur aufgehoben werden durch den Sturz des kapitalistischen Systems. Der Kampf dazu muß vorbereitet werden durch Enthüllungen des kapitalistischen Lebensgesetzes der Profitmacherei. Mitbestimmende Betriebsräte im Sinne des Bund haben die umgekehrte Aufgabe: die Arbeiter zu betrügen, ihnen vorzutäuschen, die Mitbestimmung ändere den Kapitalismus durch Wirtschaftsdemokratie.

Wenn der Masse der Arbeiterschaft auch heute das klare Bewußtsein der gewerkschaftlichen Unfähigkeit fehlt, - auch die KPD hat fleißig „positive Arbeit“ bei der Ausarbeitung des Wirtschaftskammergesetzes geleistet - so fühlt sie es instinktiv. Bei einer solchen Politik sind die Gewerkschaften in der Tat überflüssig. Infolgedessen steht die Gewerkschaftsführung vor der Notwendigkeit, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Daher Wirtschaftsdemokratie. Wir haben nachgewiesen, daß dieses Programm untauglich und schädlich ist.

Wie steht es um die Mittel, mit denen die Gewerkschaften ihr Programm durchzusetzen gedenken? Der DGB verfügt über die ungeheure gesellschaftliche Macht der gesamten westdeutschen Arbeiterklasse. Das hat der Novembergeneralfstreik klar bewiesen. Trotzdem rufen die Gewerkschaften die Arbeiter nicht als organisierte Kraft zum Kampf auf. Statt dessen soll der Arbeiter als isolierter Stimmzettelträger in Aktion treten. Und „durchsetzen“ soll die DGB-Forderungen der Bundestag, die ohnmächtigste Körperschaft der Welt, Spielball der Gouverneure, deren Federstrich jahrelange gesetzgeberische Tätigkeit in den Papierkorb wandern läßt.

10 Arbeiter haben der Befassung die Brocken vor die Füße geworfen und die Demontage verweigert. Aber eine $\frac{3}{4}$ Million organisierter Metallarbeiter an der Ruhr müssen es sich bieten lassen, daß ihre Gewerkschaft sich in dieser lebenswichtigen Frage „neutral“ erklärt. Das ist so heuchlerisch wie die Pfaffen, die ihren Herrgott ansehen, mit der Demontage Schluß zu machen.

Die Gewerkschaftler und Betriebsräte, denen es um proletarische Klassenpolitik zu tun ist, müssen dem Arbeitsgemeinschaftsdelirium entgegentreten. Sie müssen bemüht sein, durch Organisation von Massendemonstrationen und Massentreiks die einzige wirkliche Kraft, die Kraft der handelnden Arbeiterchaft, zu mobilisieren. Den besten Ausgangspunkt bieten im Moment die spontanen Abwehrregungen der über die Demontagen erbitterten Arbeiter. Hier ist wesentlich, die relativ wenigen direkt betroffenen Arbeiter nicht allein vorzuführen, sondern zumindest örtlich, wenn möglich gebietsweise die ganze Arbeiterchaft zur Arbeitsniederlegung und Protestdemonstration zu bringen. Demontageabwehr kann man nur gegen die Gewerkschafts- und SPD-Bonzen organisieren. Die Arbeiter müssen vor deren Verschlagenheit gewarnt werden. Das gilt vom SPD-Nölting, der erklärte, die Demontageproteste richten sich nicht gegen die Befassung, sondern gegen die Demontagefirmen. Das gilt von den Verfehdern, die zur Demontage verpflichtet sind und die betroffenen Arbeiter gegenseitig aufzuhetzen und auszuspielen. Nur die Erweiterung des Rahmens der Abwehraktion verhindert diese Verhetzung und sichert Aussicht auf Erfolg. Um weitere Kreise der Arbeiterchaft zu gewinnen, ist es notwendig, gleichzeitig Lohnforderungen zu stellen. Am Anfang steht der Bruch mit dem Aberglauben: Aller Segen kommt von oben! Das aktive Eingreifen der Arbeiterchaft in den Kampf um ihre Rechte wird dann bald die ersten Erfolge bringen.

Demontage der Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter

(Arbeiterkorrespondenz)

Als nach der Wahl den 110000 Einwohnern des Stadtgebietes der Beschluß der Interalliierten Reparationskommission vom 12. 8. 1949 bekannt wurde, nach dem die Werke an England, Frankreich,

Belgien, Norwegen und Jugoslawien aufgeteilt waren, leiteten der Betriebsrat und die Gewerkschaftsfunktionäre sofort eine Protestaktion ein. In den Massenkundgebungen, an denen auch Handwerker und Geschäftsleute teilnahmen, machten sich Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Abgeordnete zu Sprechern der Opfer der Zerstörung.

Wenn auch in anderen von der Demontage betroffenen Gebieten der Kreis der in Mitleidenschaft gezogenen weit über die direkt entlassenen Arbeiter hinausgeht, so wird mit der

Lehren des Kampfes gegen die Demontagen

Unsere Arbeiterkorrespondenzen berichten viel vom Kampf gegen die Demontagen. Zum Teil mußten wir die Berichte aus Platzmangel zurückstellen.

Alle Berichte zusammen ergeben wichtige Lehren:

1. Die Arbeiter wollen an jedem Ort um ihren Arbeitsplatz und ihre Rechte kämpfen. Im Westen sind sie am weitesten. Demontageunternehmer wurden verprügelt - in Dortmund Nazi-Müller, in Oberhausen Ufer. In Oberhausen wurden unterdriftslose Flugblätter verteilt, die zum entschlossenen Widerstand gegen die Demontagekolonnen aufforderten. Hier gibt es also wirkliche Kommunisten, mit denen wir noch keine Verbindung haben, die aber baldigt hergestellt werden muß.

Demontage der Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter die Existenzgrundlage eines ganzen Stadtkreises von 110000 Einwohnern vernichtet, weil keine Möglichkeit vorhanden ist, die zur Entlastung kommenden anderweitig zu beschäftigen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt jetzt schon 13000. Der Abwanderung von Arbeitskräften in andere Gebiete der Westzonen stehen steigende Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot entgegen. Jetzt schon kann die Stadt ihren finanziellen Verpflichtungen nur durch laufende Zuwendungen der Landesversicherung nachkommen. Niemand weiß einen Ausweg. Die Maschinenförmerei, die jetzt in der Niedergangperiode des Kapitalismus aus Konkurrenzgründen von den Kapitalisten selbst in ungeahntem Ausmaß durchgeführt wird, kann nur durch die Organisation der Werktätigen für den Kampf zum Sturz dieser Ordnung überwunden werden. Es gibt keinen anderen Ausweg.

Als vor 150 Jahren die verzweifelten Arbeiter die Maschinen zerstörten, deren Einführung ihre Existenz vernichtete, waren es die Sozialisten - Fourier und Robert Owen - die die Arbeiter lehrten, daß nicht die Maschinen, sondern ihre privatkapitalistische Anwendung schuld an ihrem Elend sei. Marx lehrte sie, wie der Kampf zu führen sei, um die Maschinen zur Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums für alle anzuwenden. Heute machen sogenannte Kommunisten den Schwindel mit weil es angeblich um Kriegsbetriebe gehe - von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen.

Das Vertrauen in die Arbeiterparteien und die Gewerkschaftsführung schwinden und die ihrer Existenzgrundlage beraubten Mittelfändler und Teile der Arbeiterchaft fallen den chauvinistischen Pösaunenklängen der Naziverbrecher in der DRP, die bei den letzten Wahlen hier stark zunahm, erneut zum Opfer. Bemerkenswert ist, daß die KPD bei der ganzen Protestaktion überhaupt nicht zu Wort kam. Erst nachträglich verbreitete sie ein Flugblatt, welches mit der Forderung auf Bildung der nationalen Front gegen die Demontage ausklingt. Während der ganzen Wahlkampagne hat sie darauf verzichtet oder sich nicht getraut, in gegnerischen Wählerversammlungen aufzutreten. Das blieb Kommunisten überlassen, die nicht der KPD angehören!

In einer Resolution des Betriebsrates, der alle Kundgebungsteilnehmer zustimmten, und die neben anderen Instanzen sich an die Gewerkschaften vieler Länder richtet, wird an das internationale Solidaritätsgefühl der Arbeiterklasse appelliert, der um ihre Existenz ringenden deutschen Arbeiterchaft im Kampf gegen das internationale Kapital beizustehen. Die Betriebsräte der Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter haben erkannt, daß die Zerstörung der Produktionsstätten durch die Kapitalisten als Maßnahme zur weiteren Aufrechterhaltung ihrer räuberischen Macht nur verhindert werden kann durch die Übernahme dieser Produktionsstätten durch die Schaffenden selbst.

2. Die Militärregierung nimmt diesen noch sporadischen und erst entstehenden Widerstand schon sehr ernst, viel ernster als alle Papierproteste der Nöbling, Schumacher, Böckler. Sie setzt Militär ein und droht mit schärferen Maßnahmen. - Westliche Demokratie!

3. Alle Hoffnungen auf die USA müssen begraben werden. Hoffmann von der Marshall-„Hilfe“ und Hochkommissar McCloy haben sich endgültig für die Demontagen ausgesprochen.

4. Die deutschen Kapitalisten sind zwar gegen die Demontagen, soweit sie davon betroffen werden. Aber sie denken nicht daran, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam zu kämpfen. Sie kämpfen um Millionen subventionen (Demontagekredite) aus den Steuergroschen der Werkstätigen, während ihre Klassengenossen, die deutschen Demontageunternehmer, noch aus der Zerstörung Millionenprofite erzielen.

5. Die offiziellen Organisationen lassen die kämpfenden Arbeiter offen und eindeutig im Stich. Da die koordinierende Kraft einer wirklichen revolutionären Partei noch fehlt, bleiben die Solidaritätsaktionen stecken.

6. Die Folge muß sein, daß die mutigen Kampfaktionen an den einzelnen Orten niedergedrückt werden und anfänglich die Depression der Arbeiter noch verstärkt wird.

7. Das ist ein unvermeidliches Durchgangsstadium. Es kann und muß abgekürzt werden, indem die Lehren gezogen werden: Nicht hoffen und warten auf Führungen, mehr eigene Initiative! Weckung und Stärkung der Solidaritätsaktionen der nicht direkt kämpfenden Arbeiter! Verständigung unter den Kämpfenden in den verschiedenen Gebieten über gemeinsames Vorgehen! Schaffung eines gemeinsamen Organs für Hamburg, Oberhausen, Dortmund, Salzgitter. Druck auf die Gewerkschaftsführung, um sie zur Unterstützung zu zwingen oder beiseite zu schieben.

Wenn wir die Lehren schnell und richtig ziehen, werden diese ehrenvollen Niederlagen der ersten Kämpfe der Auftakt zu wirklichen Erfolgen und Siegen sein. - Volle Solidarität aller Arbeiter mit den mutigen Kämpfern gegen die Demontagen!

Merkwürdige Vorschläge von Gewerkschaftssekretären

(Arbeiterkorrespondenz aus dem Westen)

Walzwerk Remy arbeiten stark verkürzt, andere ebenfalls. Seit dem Frühjahr hat in Hagen die Arbeitslosigkeit um 3000 zugenommen. Was soll erst im Winter werden, wenn die Bauarbeiter feiern müssen.

In Hagen wachsen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in letzter Zeit recht schnell. In der Akkumulatorenfabrik sind von 2650 Mann 650 entlassen, der Rest arbeitet 3 Tage. Die Schraubenfabrik Funke & Hudc,

Bezeichnend ist der Fall des Akku-Werkes. Der Betriebsrat hatte in der Ostzone verhandelt und mit der DWK (Deutsche Wirtschafts-Kommission) „Abfchlüsse“ getätigt, die von der KPD-Presse als große Erfolge gefeiert wurden, die den westdeutschen Arbeitern Lohn und Brot geben und die Einheit Deutschlands wieder herstellen sollten. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde aus der versprochenen Belegung nichts. Offenbar hängt das letztlich gar nicht von der DWK oder den westdeutschen Kapitalisten ab - die möchten gerne Geschäfte und Profite

Warnung vor den „Freien Kommunisten“

Die Berliner SPD-Presse und die französische Militärregierung machen viel Propaganda für Herrn Scholz und seine Freie Kommunistische Partei. Die 8 Tage Gefängnis sind nur eine billige Propaganda. Diese Partei ist weder frei noch kommunistisch, wie aus ihrem äußerst konfusem Programm hervorgeht. Über Herrn Scholz selbst wird gelegentlich noch zu reden sein. Wir wiederholen unsere Erklärung („Arbeiterpolitik“ Ende Februar 1949), daß wir und unsere Berliner Genossen mit dieser Partei und ähnlichen Gründungen politisch und organisatorisch nichts zu tun haben und die Arbeiter nachdrücklich vor ihnen warnen.

Gruppe Arbeiterpolitik

Die SPD im Urteil ihrer Presse und ihrer Bundesgenossen

Der „linke Flügel der CDU“ bemüht sich um die Beteiligung oder wenigstens um ein gegenseitiges Abstimmen der künftigen Regierung mit der SPD. Warum? Darüber schreibt die Württembergische Abendzeitung (SPD), 31.8., in einem Nordrhein-Westfalen-Bericht:

„Für die politische Linke von der SPD bis zum Gewerkschaftsflügel der CDU steht es als eine Binsenwahrheit fest, daß die Koalition von SPD und CDU auf Landesebene der Erhaltung des sozialen Friedens in dem so spannungsreichen Gebiet der Kohle und des Eisens diene. Es ist daher durchaus begreiflich, daß Ministerpräsident Arnold (CDU) mit allen Mitteln gegen ihre Aufhebung kämpft. Arnold hat die aus einer solchen Situation erwachsenden Konsequenzen klar erkannt. Die beiden großen Gruppen (SPD und CDU) müßten sich zusammensetzen, betonte er wiederholt, wenn es zu keiner gemeinsamen Regierung käme, so sei es doch erforderlich, die Richtlinien der künftigen Regierungsarbeit mit der SPD genauestens abzustimmen.“

Die SPD-Zeitung gibt also zu, daß die Regierungsbeteiligung der Arbeiterpartei den sozialen Frieden sichert, d.h. durch Verhinderung der Kämpfe des Proletariats der Bourgeoisie Profite und ungestörten Geschäftsgang sichert. Daher das Interesse des „linken CDU-Flügels“ an der Fortsetzung der Koalition. Der „linke“ Flügel ist also in Wirklichkeit der klügere kapitalistische Flügel!

Wie die CDU die Drohungen ihres Bundesgenossen SPD bewertet, zeigt eine Broschüre der CDU über den Kampf der CDU im Parlamentarischen Rat. Als die CDU ihre Anträge für die Spaltung der Schule einbrachte,

„... verfiuchten die Sozialdemokraten, uns durch eine „Drohung“ von der Einbringung unserer Anträge abzuhalten, sie müßten, so sagten sie, wenn wir auf unsere Forderungen nicht verzichten würden, ihre sozialen und sozialistischen Forderungen stellen. Diese „Drohung“ hat uns nicht im geringsten imponiert. Wir erklärten uns zur Auseinandersetzung über derartige Forderungen sofort bereit. Wir verzichteten nicht auf unsere Anträge, auf die „angedrohten“ Anträge der Sozialdemokraten aber warten wir noch heute.“

Diese Beurteilungen der SPD durch sich selbst und durch ihre eigenen Bundesgenossen sind so eindeutig, daß sich jeder Kommentar erübrigt.

auch an der Ostzone machen. Die letzte Entscheidung über den Ost-Westhandel haben die ausländischen Kapitalisten, vor allem der USA. Wenn er schon in Gang kommt, wollen sie den Löwenanteil daran haben. Daher wäre es wohl besser, die KPD würde aufhören, den deutschen Arbeitern solche Illusionen zu machen.

(Fortsetzung von Seite 2) Dabei vergessen sie, falls sie es je gewußt haben, daß die SU in Deutschland nicht als sozialistischer Verbündeter der revolutionären Arbeiterklasse handelt, sondern als Siegermacht, die das im Krieg zwangsläufige Bündnis mit den imperialistischen Gegnern Hitler-Deutschlands krampfhaft aufrechterhalten will, das die Imperialisten längst aufgegeben haben. Die Enttäuschung der revolutionär denkenden oder fühlenden Arbeiter und Werktätigen über diese Politik der sozialistischen Staatsmacht verstärkt noch ihre Enttäuschung über den schmählichen Zerfall ihrer mächtigen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen vor Hitler. Ergebnis: Diese enttäuschte Masse verhält sich - wie das Kaninchen vor der Schlange, das gelähmt wartet, bis es gefressen wird - ohnmächtig, bewegungslos, unfähig, sich die Weltlage selbständig klassenmäßig auch nur zu erklären, wozu der Marxismus denen die Möglichkeit gibt, die den historischen Materialismus als Methode zu gebrauchen wissen. So ist die Arbeiterklasse nichts, weil sie nicht revolutionär ist. In den ehemaligen kommunistischen Hochburgen, Hamburg, Rheinland,

Auf einer Betriebsräteversammlung in einer Nachbarstadt konnten wir sehr interessante Beobachtungen machen. Zuerst hörten wir ein schulendes Referat über Tarifvertragsrecht, das wegen seiner unvermeidlichen Trockenheit etwas teilnahmslos aufgenommen wurde. Der Referent, Gewerkschaftssekretär und gleichzeitig im Stadtparlament, sagte, er werde der Stadt vorzuschlagen, aus Ersparnisgründen den unorganisierten Angestellten die Lohnaufbesserungen des neuen Tarifes zu verweigern, da nur Organisierte Recht auf Tarifentlohnung haben. Damit hat er zwar juristisch recht, aber er offenbarte nur seine ganze Borniertheit. Eine lebhafte Diskussion kam in Gang, in der die einfachen Betriebsräte dem geschulten Sekretär die Anfangsgründe gewerkschaftlichen Denkens beibringen mußten.

Wir müssen natürlich eine möglichst vollzählige Erfassung aller Arbeiter und Angestellten in der Gewerkschaft erkämpfen. Aber das erste Mittel der Werbung muß eine gute und erfolgreiche Gewerkschaftspolitik, wirklicher Kampf um die Interessen der Mitglieder, sein. Gegen die Asozialen, Nassauer und Streikbrecher müssen wir auch Druck anwenden. Aber den Druck müssen wir machen, nicht über den Unternehmer. Denn das wäre das Ende des Klassencharakters der Gewerkschaften und würde ihnen Züge der DAF verleihen. Schließlich würde dieser Vorstoß eines Gewerkschaftssekretärs dahin führen, daß der Unternehmer ihn nicht nur akzeptierte, sondern erweiterte: nur noch Unorganisierte einstellte und zwecks maximaler Kostenersparnis alle Gewerkschaftler entließe.

In der Sitzung wurden ferner Unterhemden und anderer Kram den Betriebsräten zum Vertrieb angeboten. Die Betriebsräte brachten hier unmißverständlich zum Ausdruck, daß sie hoch seien, das nicht mehr zu brauchen, auch hätten sie keine Zeit dafür und erwarteten von den Gewerkschaften und ihren Sekretären, daß sie mit dem Kramhandel aufhörten, die Lohnfrage anpackten und hier entscheidende Verbesserungen durch wirklichen Einsatz unserer Organisationen erreichten.

Zwar scheinen diese meuternden Betriebsräte noch zuviele Illusionen über Kampffähigkeit und -willen ihrer Führung zu haben. Aber ihr spontanes Meutern zeigt ihren Kampfwillen und beweist, daß die Betriebsarbeiter ihren Gewerkschaftssekretären an Erfahrung, Klassenbewußtsein und politischem Instinkt weit überlegen sind. Sie dürfen sich also nicht von deren technischer Geschicklichkeit und Redekunst einschüchtern lassen, sondern müssen ihren Gewerkschaftsangeestellten durch organisiertes Auftreten ihren Willen aufzwingen.

Westfalen, wo die KPD bei den letzten Wahlen der Weimarer Republik stärker oder ebenso stark war wie die SPD, wirkte diese Tradition nicht mehr, denn damals warben sie als Todfeinde des Kapitalismus um die Wähler.

Die Parole der nationalen Front: „mit jedem ehrlichen Patrioten, der die nationale Befreiung und Einheit Deutschlands will“ und die zweite Parole, die Kapitalisten zu veranlassen, den Handel mit der SU und der Oltzone aufzunehmen, wurde so verstanden, daß man dann diese Bundesgenossen für die nationale Einheit am besten gleich in den Bundestag wählte. Daher wählten die Massen weder kommunistisch noch sozialdemokratisch, sondern die kapitalistischen Parteien, die ihre Politik in christlicher Tunke servieren. Nur in Duisburg-Mülheim-Oberhausen, in den Gebieten, die jetzt unmittelbar Opfer der großkapitalistischen Maschinenförmerei, der Demontage ihrer Betriebe sind, ging die Hälfte der Wähler nicht zur Wahl, weil es keine Kandidaten gab, denen sie zutrauten, ihre Interessen zu vertreten.

Die deutsche und westeuropäische Arbeiterklasse stehen dem Verfall der kapitalistischen Ordnung rat- und tatlos gegenüber, dessen Hauptopfer sie sind und lassen sich von der bankerotten Freiheits- und Gleichheitsideologie der Bourgeoisie benebeln und zum Stimmvieh machen.

Übrigens ist das Ergebnis der Bundestagswahlen nur ein Glied in der Kette der bankerotten Politik der Arbeiterparteien seit Mai 1945. Das Elend begann mit der Teilnahme der Kommunisten an den bürgerlichen Regierungen. Sie sind heute hinausgeworfen in Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland. Die Sozialdemokraten sind jetzt in Deutschland von den Wählern hinausgeworfen. In Belgien, wo sie seit 1935 Regierungspartei waren, wurden sie vor einigen Wochen ausgebootet. In Italien ist nur noch eine Splittergruppe der SP in der de-Gasperi-Regierung, eine Gruppe, die selbst von den italienischen Sozialisten abgelehnt wird. In Frankreich wird die SFIO höchstwahrscheinlich beim Zusammentritt der Kammer im Oktober hinausgeworfen. Bei den kommenden Wahlen in England wird der Labourparty daselbe Schicksal bereitet werden. Die Mitglieder der Arbeiterregierung, die schon vor ihrem Sieg erschrocken waren, werden froh sein, wenn sie den Zusammenbruch ihres „sozialistischen Wohlfahrtsstaates“ nicht selbst als Regierung durchführen müssen.

Es wird höchste Zeit, daß die deutschen Arbeiter aus dieser Bankrottspolitik der Arbeiterparteien die erforderlichen Lehren ziehen, sich auf ihre sozialistische, revolutionäre historische Aufgabe befinnen und die Riefenkraft, die sie zu ihrer Verfügung haben, revolutionär zu organisieren lernen.

In Westdeutschland geht's aufwärts . . .

- . . . mit den Selbstmorden. - Im Juli wurden in Westberlin 91 Selbstmorde verübt. Der Monatsdurchschnitt der letzten Zeit lag um 60. Die steigende Zahl der Selbstmorde wird auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit zurückgeführt.
- . . . mit dem Zuckerpreis. Eine Erhöhung des Zuckerpreises ab 1. 10. um 10 DM je 100 kg (mindestens 5 DPF. je Pfund) wird von der Bundesregierung erwogen.
- . . . mit der Arbeitslosigkeit: Je am 15. Juni 1,240, Juli 1,264, August 1,267 Millionen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 10

Ende Oktober 1949

Preis -,40 DM

Abwertung Die von Amerika eingeleitete Geldabwertung ist eine weitere Maßnahme der organisierten Kapitaloffensive. Gestärkt durch die Befestigung ihrer politischen Basis in Europa - politische Gleichhaltung unter dem Diktat des USA-Imperialismus in Italien, Frankreich, Belgien und Deutschland durch Regierungen, in denen die Sozialdemokraten abgelöst werden durch sogenannte christlich-soziale Parteien, verfügt jetzt das USA-Kapital über die Werkzeuge, um den Hauptangriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse durchzuführen. (Fortsetzung Seite 14)

Die Bolschewisierung der KPD In der Politik der KPD-Führung hat eine neue Etappe begonnen. In Presse und Organisation wird eine zentrale Kampagne für die „Bolschewisierung“ geführt. Die KPD-Fraktion in Bonn hat Schumacher gewählt. Die Propaganda der Nationalen Front und der Kampf gegen den Titoismus wird verstärkt.

1. Die neue Politik gegenüber der SPD Jahrelang hatte die KPD einen stark persönlichen Kampf gegen Schumacher & Co. geführt. Aber die ideologische Abgrenzung von und Auseinandersetzung mit der SPD war sehr schwach, weil man ideologisch auf derselben Ebene stand (friedlicher demokratischer Weg zum Sozialismus, Regierungsbeteiligung, Mitarbeit bei Entnazifizierung, Eintreten für die Phrase des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte und für Teilnahme an den Wirtschaftskammern). Die Unfähigkeit zu politischer Auseinandersetzung mit dem Reformismus und die Unfähigkeit, richtige kommunistische Perspektiven und Vorschläge für gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf auszuarbeiten, verhinderten die KPD, mit den SPD-Arbeitern Tatkraft zu bekommen und sie für gemeinsamen Kampf zu mobilisieren. Die primitive Verteidigung aller russischen Fehler erleichterte der SPD-Führung ihre antibolschewistische Hetze und die Hemmung jeder wirklichen Opposition in der SPD.

Wenn jetzt die KPD nach jahrelangen Schimpereien völlig unvermittelt eine Wendung macht und Schumacher bedingungslos wählt, so zeigt das, wie sehr sie sich seit 1945 von den SPD-Arbeitern isoliert hat und wie sehr sie politisch auf den Hund gekommen ist. Denn ihre ganze Aktion erschöpft sich in der Stimmzettelabgabe. Dabei bedeutet wirkliche Einheitsfront gerade: Vorschläge für gemeinsames Handeln aller Arbeiter und für Verhandlungen der Führungen der Arbeiterorganisationen. Diese Vorbereitungen zu wirklicher Einheitsfront fehlen vollkommen. Daher können diese Einheitsversuche mit der SP-Führung ohne außerparlamentarischen Druck nur die Position der SP-Führung stärken, werden aber den gemeinsamen Kampf nicht fördern.

Offene Worte an Kommunisten Ist eine Broschüre unseres Verlages, die eine Auseinandersetzung mit der bankrotten Politik der KPD-Führung enthält. Sie ist erhältlich zum Preise von -,20 DM bei den Kolporteurs der ARPO. Sorgt für Massenverbreitung! - Genossen, unsere ARPO muß noch umfangreicher und besser werden. Eure Hilfe: Massenverbreitung, schnelles Abrechnen, Spenden sammeln! Verlag Arbeiterpolitik

2. Die Nationale Front

„Die Nationale Front ist eine Volksbewegung, ist die Sammlung aller Kräfte im deutschen Volke, die bereit

sind, für folgende drei Forderungen zu kämpfen: Für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag, für den Abzug aller Besatzungstruppen. – Im Kampfe für die Durchsetzung dieser drei Forderungen verbünden wir uns mit allen, gleich welcher Parteizugehörigkeit, welcher Weltanschauung oder Konfession, gleich welcher Wirtschaftsauffassung in der Nationalen Front. Wir stellen keine andere Bedingung für dieses Bündnis als die Anerkennung dieser drei Grundforderungen.“ (Reimann, Parteivorstandssitzung, 14.9.49)

Der KPD-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen gab sogar ein Flugblatt heraus, unterzeichnet von Offiziersanwärter, Ritterkreuzträger, Oberleutnant, HJ-Führern, Waffen-SS-Mann, Reimann mußte zugeben, daß das „Recklinghaufener Flugblatt manchem alten Genossen auf die Nieren gegangen“ ist. – Wir sollen also zusammen mit den nationalen Unternehmern für die Einheit Deutschlands, für Abzug der Besatzungstruppen kämpfen.

Die deutschen Unternehmer sind mit ihren Schutzherrn nicht 100%ig zufrieden. Aber Adenauer hat deutlich erklärt, „er sei für einen baldigen Abzug der Besatzungstruppen aus Westdeutschland, wenn gleichzeitig auch die Russen abziehen und an der deutschen Westgrenze ebenso viele westalliierte Truppen stehen, wie Russen an der Ostgrenze“. D.h. Vertagung des Abzuges auf den St. Nimmerleinstag! Der Grund: der deutsche Kapitalismus sieht in der kapitalistischen Besatzung seinen Hauptschutz vor den deutschen Arbeitern und vor der Roten Armee. – Ihre soziale Herrschaft ist der deutschen Bourgeoisie wichtiger als die nationale Unabhängigkeit, weil diese vor allem von der Arbeiterklasse erkämpft würde. Damit würde ihre Herrschaft ernsthaft gefährdet. Das alles haben wir 1923 schon einmal erlebt, als die deutsche Regierung sich mit den Franzosen – ihren Erbfeinden von gestern – einigte, um den passiven Widerstand der Arbeiter an Rhein und Ruhr gegen die französische Ruhrbesetzung zu brechen. Reichskanzler Stresemann schrieb damals an den Kronprinzen: „Wir mußten den passiven Widerstand aufgeben, weil seine Fortsetzung zur Bolschewisierung geführt hätte.“ Damals hatte die deutsche Bourgeoisie eigene Wehrmacht, eigene Polizei, einen souveränen Staat mit durchorganisiertem Unterdrückungsapparat. Heute fehlt das – sie ist auf Gedeih und Verderb auf die kapitalistischen Besatzungsmächte angewiesen.

Die deutsche Kapitalistenklasse kann die berechtigten nationalen Forderungen der Werktätigen nicht vertreten – das kann jetzt nur noch das Proletariat!

Die Einheit Deutschlands, die die Kapitalisten wollen, ist für sie nur denkbar als Restauration des Kapitalismus in der Ostzone. Diese Einheit würde für die Arbeiterklasse einen Rückschritt bedeuten. Für die Arbeiter ist die Einheit Deutschlands nur sinnvoll, wenn auch im Westen der Kapitalismus liquidiert wird durch die proletarische Revolution, was den Abzug der Besatzungsmächte voraussetzt. Die Parole: Einheit, dann Abzug der Besatzung! ist genau verkehrt. Erst Abzug, dann ist die Einheit kein Problem mehr. Weil sich unter deutscher Einheit – trotz des gemeinsamen Wortes – Kapitalisten und Arbeiter etwas Verschiedenes vorstellen, kann keine Grundlage gemeinsamen Kampfes von Arbeitern und Unternehmern entstehen. Die KPD preist den Interzonenhandel als Patentmedizin gegen Arbeitslosigkeit und Krise in Westdeutschland, obwohl bei ungehindertem innerdeutschem Warenaustausch 1932 bis 7 Millionen Erwerbslose gezählt wurden

Schon vor 1933 machte die KPD den Versuch, mit dem Programm zur nationalen und sozialen Befreiung den Bürgertlichen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie verschaffte damals der nationalen Phrasen der Nazis Eingang bei den Arbeitern: sie hat die Arbeiter verwirrt und keinen Bürgerlichen gewonnen. Das Ergebnis der Nationalen-Front-Propaganda ist auch heute, daß kein Kapitalist gewonnen ist – nur die Verwirrung der Arbeiter ist gewachsen. Denn gleichzeitig macht man eine Kampagne gegen den Nationalismus in der Partei.

Die Arbeiter, auch in der Ostzone, sind so mißtrauisch, daß man ganze Broschüren herausgeben muß, wo die Einwände der Arbeiter gegen die Nationale Front einzeln „widerlegt“ werden. Statt Stärkung der Aktivität und des Einflusses der KPD erleben wir also weitere Desorientierung.

3. Kampf gegen den Nationalismus

Hier hat das Kominform eine neue Definition erarbeitet. Internationalist ist nach

Worofzilow

„ein Mensch, der ohne jede Reservation, ohne Zögern und ohne Bedingungen bereit ist, die SU zu verteidigen. Wer denkt, die revolutionäre Weltbewegung unabhängig von der SU zu verteidigen, ist gegen die Revolution, und es wird sich unausweichlich zeigen, daß er im Lager der Feinde der Revolution ist“.

Also bedingungs- und kritiklose Anerkennung und Billigung der sowjetischen Politik sei Internationalismus, alle Bedenken dagegen Nationalismus. Als einzigen Beweis für diese These führt die KPD-Führung an, alle, die Kritik geübt haben, seien ins imperialistische Lager übergegangen. Dies ist unwahr. Abgerutscht ins konterrevolutionäre Lager sind gerade viele der früher 150%ig Linientreuen, die kritiklos alles geschludert und gelobt und jeden oppositionellen Kommunisten aufs schärfste bekämpft haben (Ruth Fischer - Ernst Reuter, Berlin - Wehner, Sekretär von Thälmann - S. Neumann, früher Jugend-ZK, jetzt Ostbüro der SPD - Köstler u. a.). Aber es gab und gibt Kommunisten, die Kritik üben und dabei Kommunisten bleiben. Zu diesen zählt sich die Gruppe Arbeiterpolitik. (Zwischenruf des Setzers: „Mao Tie Tung!“) Indem man das „vergißt“, baut man sich die Eisbahn zur prinzipienlosen Unterwerfung unter die KPSU: Aber diese schrieb am 27. 3. 1948 an die KP Jugoslawiens:

„Wir geben ohne weiteres zu, daß jede kommunistische Partei, darunter die jugoslawische, das Recht der Kritik an der KPSU hat, ebenso wie die KPSU das Recht der Kritik an jeder anderen KP hat. Aber der Marxismus erfordert, daß die Kritik offen ist, nicht versteckt und verleumderisch, und so die Kritisierten der Möglichkeit beraubt, auf die Kritik zu antworten.“

Die heutige Lage der KPD zeigt, daß die kritiklose Verteidigung der SU-Politik einer der wesentlichsten Gründe ihrer Schwäche ist. Gerade die Kritik an den Fehlern der SU kann und wird bei den Massen das Verständnis für die SU wecken. Dadurch erst wird die Voraussetzung für ein echtes, nicht nur proklamiertes Bündnis geschaffen. Die marxistisch-leninistische Kritik an den Fehlern der SU-Politik muß in letzter Konsequenz die deutsche Arbeiterklasse und die SU zusammenführen, während die Kritiklosigkeit der KPD-SED sie auseinander und die Werktätigen ins amerikanische Lager treibt. Der KPD wird jede Kampfkraft gegen den westlichen Imperialismus genommen. Sie ist damit als Bundesgenosse für die SU, der sie sein will, völlig wertlos.

Diese Neudefinition der Begriffe Nationalismus, Internationalismus wird nicht gelingen. Nationalismus war die Politik der KPF, die mit ihren Kapitalisten gegen die deutschen Arbeiter heßte und heßt, Nationalismus war die Vertreibung der 12 Millionen deutscher Werktätiger, Nationalismus ist das Reddinghauser Flugblatt, Nationalismus ist der Versuch der gemeinsamen nationalen Front mit den Unternehmern. Aber die Vertretung der berechtigten nationalen Forderungen der deutschen Werktätigen auch gegenüber der SU, Polen, CSR ist kein Nationalismus, sondern die Grundlage jeder wirklichen internationalistischen Politik.

Internationalistische Politik kann nur die Summe sein aus der richtigen Politik der revolutionären Parteien der verschiedenen Länder. Sie muß kollektiv von allen Parteien erarbeitet, nicht von einer Stelle kommandiert werden. Sie

setzt Gleichberechtigung aller revolutionären Parteien voraus und erfordert kameradschaftliche Diskussion von Differenzfragen.

Mit der Abstempelung als Nationalisten lassen wir uns von der dringend notwendigen Kritik nicht abschrecken. Denn 1946 wurden wir Werwölfe, Neonazis genannt, weil wir gegen Demontagen, für Abzug der Besatzungsmächte eintraten. Heute schreibt die Parteiführung diese Lobungen ab, aber sie kann natürlich nicht die entsprechende Politik einleiten.

4. Titoismus Jetzt hat man für die überall in der Partei auftauchende Kritik einen neuen Namen gefunden: Titoismus. Das soll ein Schimpfwort sein, weil angeblich Tito in logischer Konsequenz seiner Differenzen mit der SU ins imperialistische Lager abgedrängt sei. Was viele deutsche Kommunisten an Tito und der KPJü bewundern, ist, daß die kleine KPJü sich gegenüber der KPSU durchgesetzt hat, jede innerpolitische Bevormundung ablehnt und dennoch nicht ins imperialistische Lager abgedrängt ist. Die Arpo hat leider keinen Platz zu ausführlicher Stellungnahme zum russisch-jugoslawischen Streit. Doch sei gesagt: a) Bis Juni 1948 war in der Presse der KPD-SED allgemein anerkannt, daß Jugoslawien den Sozialismus aufbaut und das von den Ostblockländern dabei am weitesten fortgeschrittene Land war.

b) Keine der bisherigen Beschuldigungen des Kominform gegen die KPJü ist genügend bewiesen worden. Weder Handelsabkommen noch Kauf militärischen Materials noch eventuelle Verpachtungen von Betrieben oder Bergwerken an ausländische Kapitalisten sind Verbrechen. Die SU hat daselbe getan und tut es noch (z. Z. Handelsbesprechungen mit den USA).

c) Die SU versucht durch ihre wirtschaftliche und politische Blockade Jugoslawien, entgegen seinem ausdrücklichen Willen, ins imperialistische Lager abzu drängen, um nachher auf dieses „Musterbeispiel des Verrats“ hinweisen zu können. An jedem Schritt wirtschaftlicher Annäherung Jugoslawiens an den Westen ist die SU-Führung schuld.

d) Ohne Zweifel gibt es Fehler in der jugoslawischen Politik, wie in der jeder anderen Partei (Trief, Kärnten, Reparationsforderungen). Aber diese Fehler müssen in kameradschaftlicher Kritik beseitigt werden, nicht mit Schimpfereien und Todesurteilen – und nur von Parteien, die frei von solchen Fehlern sind.

e) Im Prozeß gegen die bisherigen Führer der KP Ungarns sehen wir überhaupt keine Beweise gegen den Titoismus. Wenn die Geständnisse wahr wären, wäre es noch schlimmer, als wenn sie unwahr sind, denn dann wären die Führer der KPU 18 Jahre lang Agenten Hitlerdeutschlands, der amerikanischen Verbündeten der SU und der „Titoclique“ gewesen. Wenn die Geständnisse unwahr sind – das Wahrscheinlichere – dann haben die Arrangeure mit ihren Todesurteilen ein neues Verbrechen an alten Kommunisten begangen. Diese Methoden werden bei den westeuropäischen Arbeitermassen kein Verständnis, diese Begründungen keinen Glauben finden.

f) Die „Reinigungen“ in allen kommunistischen Parteien des Ostblocks zeigen, daß die Tendenzen zu selbständiger Politik und zur Ablehnung russischer Bevormundung sich überall bemerkbar machen und im Grunde gesund sind.

5. Die Krise der KPD Die ganze ideologische Kampagne ist ein deutliches Zeichen der Krise der KPD. Wie im Ostblock und in der Ostzone, soll die Partei bolschewikiert, zur „Partei neuen Typus“ werden.

Die Etappen dieses Prozesses haben wir vor 1933 und nach 1945 schon mehrmals erlebt.

a) Selbstkritik, d. h. in Wirklichkeit Kritik von oben an den unteren Funktionären und Mitgliedern.

b) Sündenbekenntnis. Nachdem man in allen Parteizeitungen nach der Wahl vom 14.8. von Siegen gefaselt hatte, offenbar also nach Direktiven von oben, werden jetzt die Redakteure und Parteisekretäre zusammengestaucht, „die von einer Aufwärtsentwicklung des Einflusses unserer Partei und von einem Wahlerfolg sprechen“. (Reimann am 14.9.) „Besöhnigende Wahlakrobatik“ habe keinen Sinn.

c) Diskussion, aber mit von oben bestimmten Themen und im voraus festgelegtem Ergebnis.

„Die politische Diskussion vor der Mitgliedschaft wird unsere Genossen zur Wachsamkeit erziehen. Wie soll die Diskussion geführt werden? Gibt es mit den Parteifeinden eine Diskussion darüber, ob die SU sozialistisch ist? Gibt es mit den Parteifeinden eine Diskussion darüber, ob die SU eine Friedensmacht ist? Darüber gibt es keine Diskussion. Über Grundbegriffe und Tatsachen, die tausendfach bewiesen sind, gibt es keine Diskussion.“ (Freies Volk, 27. 9.)

d) Das vorher festgelegte Ergebnis der „Diskussion“ ist die neue Linie. Daß diese richtig sei, darf gar nicht angezweifelt werden. Zweifel wäre Titoismus, Brandlerismus, Nationalismus. Das ganze Sündenbekenntnis dient als Beweis für die Tüchtigkeit der Parteiführung und Richtigkeit ihrer neuen Politik, die jedoch nur die Sammlung der schlechtesten aus allen bisherigen Linien ist.

Die Kritik der Mitgliedschaft zeigt sich durch Passivität, Austritte, Ausschlüsse, oppositionelle Resolutionen, „in denen für den Wahlausgang die Politik der SU, die Politik der SED in der Ostzone verantwortlich gemacht wird. Es handelt sich also um eine hartnäckige Krankheit, zu deren Heilung und Behandlung die bisherigen Methoden offensichtlich nicht genügen“. (Freies Volk, 27. 9.) Was bleibt diesen Parteibürokraten anderes als Ausschlüsse und verstärkte Hetze übrig gegen die oppositionellen Genossen, die als Agenten kapitalistischer Mächte hingestellt werden. Nun, auch Lenin haben die Menschewiki als Agenten des deutschen Kaisers verdächtig.

Nicht alle Unzufriedenen in der KPD wollen Kommunisten bleiben. Manche werden die Gelegenheit wahrnehmen, um ab- und auf den reformistischen Zug aufzuspringen, vor allem die 1945er Beamten der Arbeits-, Wohnungsämter, Polizei. An dieser Entwicklung ist die völlig falsche Orientierung der KPD auf Eroberung des Staatsapparates mitschuldig. Aber viele Genossen der KPD suchen ehrlich nach dem wirklichen kommunistischen Weg. Die Fahne des wirklichen Kommunismus aufzupflanzen, damit diesen Genossen zur Sammlung zu helfen, das muß die Aufgabe der Arpo-Lefer sein.

Bisher war die Krise der KPD nur negativ: Die Arbeiter werden abgestoßen, verfallen der Indifferenz oder werden der SPD zugetrieben. Vom Einsatz aller ehrlichen Kommunisten wird es abhängen, daß diese Zersetzung überwunden und der Kampfwille der kommunistischen Arbeiter in richtige Bahnen gelenkt wird. Die KP-Krise bestätigt die Richtigkeit und Notwendigkeit unserer jahrelangen Arbeit. Darum mit erhöhter Energie ans Werk, um die suchenden, verzweifelnden kommunistischen Arbeiter für den Kommunismus zu erhalten!

Betrachtungen zum 3. Bundestag des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden

Arbeiterkorrespondenz

Am 17./18. September tagte in Stuttgart, von 190 Delegierten befehdt, der Bundestag. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden ergriffen einige Gäste das Wort, um

der Tagung vollen Erfolg zu wünschen. Landwirtschaftsminister Stooß und Landtagspräsident Keil gedachten in dankbaren Worten der Haltung der Bundesleitung zu jener Zeit, als es galt, „die ernststen Schwierigkeiten in der Lebensmittelverforgung sowie beim Aufbau der Wirtschaft und des Staates zu überwinden“. Heinemann überbrachte die Grüße der Berliner UGO.

Kollege Schleicher als Bundesvorsitzender gab einen umfassenden Geschäftsbericht, der seine Stellung als Vermittler in der strittigen Organisationsfrage darlegte. Der Gründungskongreß in München wird dazu noch ein ernstes Wort zu sagen haben.

Kollege Reuter vom Gewerkschaftsrat behandelte eine Reihe von Organisationsfragen, fand aber nicht immer die Zustimmung der Delegierten. Der neue DGB wird zentral 1300 Angestellte haben, davon 12 hauptamtliche Vorstandsmitglieder, ferner 110 Angestellte auf der Landesebene und 190 in den Kreis- und Ortsauschüssen, zusammen 1600. Die Anstellung und Befoldung aller Angestellten in den Orten durch die Zentrale wird zu einer starken Bevormundung der lokalen Gewerkschaftsarbeit führen. Dazu kommen dann die Apparate der Industriegewerkschaften. Der Etat sieht vor: Einnahmen der IG von 120 Mill. jährlich, davon 15% = 18 Mill. für den Bund, davon für Personalausgaben 14, für Presse 3,5, für sachliche Ausgaben 0,5 Mill. Für Streikunterstützung, früher Hauptaufgabe der Gewerkschaften, 0 DPFg.

Dieser Riesenapparat und die vorgesehene Beitragssteigerung erregen sehr die Gemüter der Gewerkschaftler, zumal die Arbeit der Gewerkschaften sich im Organisationsaufbau erschöpft. Daher wurde ein Antrag des Ortsauschusses Böblingen angenommen für eine Verkleinerung des Bundesvorstandes. Die Arbeiter haben früher viel geopfert und würden heute noch mehr opfern, wenn sie fühlten, daß die Organisationen ihre wirklichen Aufgaben erfüllen. Im Verhältnis zu den erfüllten Aufgaben ist der Apparat zu groß. Die Nichterfüllung birgt Gefahren. Wenn einmal die Kaffierung durch das Lohnbüro überall wegfällt, werden sehr viele Mitglieder verloren gehen.

Zur Angestelltenfrage wurde an München appelliert, das Problem erneut zu prüfen. Es muß ein Weg gefunden werden, damit das heilige Gut der Gewerkschaftseinheit erhalten bleibt. Ferner wurde einstimmig eine Willenserklärung gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik angenommen, die nicht dem ursprünglichen Antrag der Stuttgarter Metallarbeiter entspricht. Hat man sie oben filtriert? In zweimaliger Abstimmung wurde der Antrag angenommen, der den Bundesvorstand beauftragt, sich für die Aufhebung der Berlinsteuer einzusetzen. Angenommen wurde auch die Forderung, daß das Arbeitsministerium nicht das erste Opfer der Verwaltungsreform werden dürfe.

Nach dem Bericht über Kasse und Vermögen erfolgte die Auflösung des Bundes zugunsten des neuen trizonalen DGB.

Der wirkliche Wille der **Mitgliedschaft** kam auf dem Gewerkschaftskongreß nur in zehnmals gefilterter Form durch. Aber trotz der Filterung zeigen die Anträge und die Stimmung vieler Delegierter die tiefe Unzufriedenheit der württembergischen Arbeiterschaft, die alte, gute Organisationstradition hat. Durch geschickte Regie hat die Kongreßleitung manche Willensäußerung abgedreht. Es ist die Schwäche der vorhandenen Opposition, daß sie nicht organisiert, d. h. fraktionell handelt, wie die reformistische Führung. Dazu braucht sie Klarheit über reformistische und revolutionäre Gewerkschaftspolitik, die die KPD den oppositionellen Gewerkschaftlern nicht geben kann.

Die Gewerkschaften erschöpfen sich heute in Organisationsfragen, geben den Arbeitern und unteren Funktionären keine Direktiven, können das auch nicht, wegen ihrer wirtschaftsfriedlichen Grundeinstellung. Die Unternehmer haben disziplinierte Organisationen, die mit klaren Kampfangeweisungen und Verhaltensmaßregeln arbeiten. Gegenüber diesen Scharfmachern brauchen wir kampffähige Organisationen mit kampfgewillter Führung. Der Kongreß hat sie nicht schaffen helfen. Jeder einzelne muß durch seine Mitarbeit und durch organisierten Druck auf dieses Ziel hinarbeiten.

Der bekannte günstige Wind weht uns einige Rundschreiben des Verbandes württemberg-badischer Metallindustrieller auf den Tisch. Am 17.9. heißt es:

„Der Verbandsausschuß hat beschlossen, im Hinblick auf die derzeitige Wirtschaftslage und darauf, daß in Württemberg-Baden im Vergleich zu anderen Ländern schon sehr hohe Löhne gezahlt werden, der Aufforderung der Gewerkschaft zur Aufnahme von Verhandlungen (über Lohnerhöhungen) nicht zu entsprechen.“

Die Begründung ist eine Verhöhnung, die in den Rundschreiben immer wiederkehrt. Ferner werden die Verbandsmitglieder angewiesen, nur ja keine Herbstbeihilfen zu zahlen:

„Angesichts der augenblicklichen Wirtschaftslage und der Tatsache, daß die Löhne und Gehälter in Württemberg-Baden im Vergleich zu anderen Ländern schon sehr hoch liegen, bitten wir dringend darum, die Forderungen der Betriebsräte auf Herbstbeihilfen abzulehnen und unbedingte Verbandsdisziplin zu bewahren.“

Bezahlung des 1. Mai 1949 an Angestellte soll weiter abgelehnt werden, trotz eines gegenteiligen Entschlusses des Stuttgarter Arbeitsgerichts. Bezahlung des Buß- und Bettages als Arbeitstag wird abgelehnt. Ferner hat der Verband Richtlinien für die Unternehmer bei Arbeitskämpfen ausgearbeitet, die „im Bedarfsfalle angefordert“ werden können. Müßten sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen?

Am 15. 9. befaßt sich ein Schnellbrief des Industriellenverbandes mit der Regierungsverordnung über die Erziehungsbeihilfen, die eine generelle Erhöhung der lächerlichen Lehrlingslöhne brachte. Es heißt da:

„Da die neuen Sätze nur Mindertsätze - im Gegensatz zu den früheren Festsätzen - sind und somit die Möglichkeit einer Erhöhung freilassen, möchten wir im Interesse der notwendigen Einheitlichkeit im Lehrlingswesen dringend bitten, allgemein diese Sätze zu bezahlen. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß bisher gewährte Zuschläge nun wegfallen, da sie durch die generelle Erhöhung um 15,- DM sowieso überdritten werden.“

Nur gemeinsamer, organisierter Kampf unter zielbewußter Führung kann diese Scharfmacher zur Räson bringen.

„Zur Krise des Marxismus“ versucht Paul Frölich in einer Brodschüre Stellung zu nehmen. Daß es sich aber um eine Krise der „Marxisten“ handelt, beweist er selbst. Er sagt z. B.: „Oft genug haben es sich die Marxisten zu leicht gemacht, indem sie sich an die marxistischen Lehrensätze in ihrer allgemeinen Formulierung hielten und die wirklichen Probleme nicht gesehen haben.“ (S. 26). Er versucht den Anschein zu erwecken, als ob er sich von jenen „Marxisten“ distanziert, die „vom Marxismus enttäuscht sind, weil er ihnen nicht ein absolut sicheres Rezept zur Erfüllung ihrer politischen Wünsche geliefert hat“ (S. 24).

Aber diese Erkenntnis der Blindheit und Unfähigkeit jener „Marxisten“ gegenüber der Wirklichkeit befähigt Paul Frölich nicht, nun wenigstens seinerseits die marxistische Forschungsmethode des dialektischen Materialismus erfolgreich anzuwenden. Auf seine eigene Frage, ob der Marxismus verlagert hat, orakelt er: „Wenn das abstoßende Zerrbild als das wahre Wesen und der erschreckende (!) gesellschaftliche Zustand in Rußland als verwirklichter (?) Sozialismus ausgegeben werden, ist es nicht zu verwundern, wenn Viele den Marxismus als durch die Praxis widerlegt und verurteilt betrachten.“ (S. 23). Aber das wahre Wesen Rußlands kann er nicht definieren. Seine eigene Ratlosigkeit gesteht er mit den Worten: „Schließlich stehen wir vor vielen Erscheinungen, die wir noch nicht klar und überzeugend zu erklären vermögen. Wenn wir den weiteren Gang der Geschichte abzuschätzen versuchen, sind wir bei weitem nicht mehr so selbstgewiß (!), wie wir es früher waren.“ (S. 24).

Beladen mit selbsteingestandenem Unvermögen und der eigenen Ungewißheit sehen sich solche Marxisten wie Paul Frölich vor die Tatsache gestellt, daß „heute die Arbeiterbewegung in zwei Lager gespalten ist wegen der Frage, ob Rußland sozialistisch ist oder nicht“ (S. 40). Er weiß noch, daß „die Frage nach dem Wesen des Sozialismus“ einen wirklichen Marxisten dazu verpflichtet, „sich mit der russischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen“. Es gibt nach seiner Meinung in der marxistischen Lehre Prüfsteine genug, um zu einem Urteil zu kommen. Sein Urteil lautet kurz und bündig: „Das ist eine Klassengesellschaft und darum kein Sozialismus.“

Zu diesem, scheinbar über alle Zweifel erhabenem Urteil, kann Paul Frölich nur kommen, indem er die wahrheitswidrigen „Behauptungen Stalins und seiner Anhänger“, wonach „in Rußland der Sozialismus verwirklicht ist“ oder sich sogar schon „im Übergang zur höheren Phase des Kommunismus befindet“, für bare Münze nimmt, statt, wie es einem wirklichen Marxisten zukommt, sich mit der russischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen.

Was Rußland ist, kann nicht aus Stalins Behauptungen und erst recht nicht aus den von Paul Frölich daraus fabrizierten Karikaturen, sondern nur aus der Wirklichkeit erklärt werden, von der er zugibt: „Heute aber sehen wir uns vor die Tatsache gestellt, daß in Rußland durch eine soziale Revolution der Kapitalismus überwunden, die Schwelle also, die Rosa Luxemburg als Ziel des proletarischen Kampfes unter dem Kapitalismus bezeichnete, überschritten ist.“ (S. 39).

Wenn Paul Frölich bereit und imstande wäre, die marxistische Lehre auf diese russische Wirklichkeit anzuwenden, dann könnte er feststellen, wie sich diese

vom Tage des „Überdrehens der Schwelle“, allen Widerständen zum Trotz, ständig weiter entwickelt hat; dann könnte er die Vorauslage von Marx besser verstehen, wonach wir es hier zu tun haben mit einer Gesellschaft, „die noch in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, behaftet ist mit den Muttermalen der alten (zaristischen, feudalen) Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorkommt“.

Paul Frölichs „Krise des Marxismus“ löst sich also auf in die Krise der „Marxisten“, an der er ebenso beteiligt ist, wie Stalin und seine Anhänger. Beide Antipoden haben als gemeinsamen Ausgangspunkt das Bestreben, die dem Sozialismus zutreibende Kraft in der ganzen Welt in das Schema hineinzupressen, das sie sich aufgrund ihrer beschränkten Erfahrungen zurecht gemacht haben. Doch sowenig Stalins rein russische Maßstäbe auf den Western passen, ebenso ratlos stehen die Paul Frölichs mit ihren westlich kristallisierten „Prüfsteinen“ vor dem russischen Rätsel.

Auf den naheliegenden Gedanken, daß es für Marxisten keine Schande, sondern gebieterische Pflicht ist, die bisher angewandten Maßstäbe erneut zu überprüfen, das heißt mit der marxistischen Methode theoretisch die Probleme zu lösen, die für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt praktisch gelöst werden müssen, kommen weder die einen noch die andern. So wirken beide als hemmende Kraft, aber mit dem Unterschied, daß die Stalinführung vor die Alternative gestellt werden muß, entweder der lebendigen Entwicklung des Sozialismus im eigenen Land, wie in der ganzen Welt (auch in Jugoslawien!), Rechnung zu tragen oder von dieser beiseite geschoben zu werden, während Paul Frölich schon kapituliert und darüber hinaus offen Stellung gegen Rußland bezieht, indem er fragt: „Gibt es denn überhaupt Möglichkeiten, eine totale Diktatur, wie sie unter Hitler bestand oder wie sie in Rußland herrscht, zu überwinden und eine demokratische Entwicklung einzuleiten? Ist nicht am deutschen Beispiel bewiesen, daß ein solches diktatorisches Regime nur durch fremde Kriegsmacht gestürzt werden kann?“ (S. 43)

Er hält den Krieg für unvermeidlich, der Europa vernichten und die „Brennpunkte der weiteren Entwicklung nach anderen Erdteilen verlagern wird“ (S. 43). Eine Aufwärtsentwicklung hält er „nicht für die Gegenwart, vielleicht nicht für diese Generation, doch bestimmt für die Zukunft möglich“. Damit steht Paul Frölich zur Freude aller geschworenen Feinde des sozialistischen Rußland mit den wahren Reformisten auf einer Stufe, die den Sozialismus für einen schönen, aber erst in ferner Zukunft d. h. niemals zu verwirklichenden Traum halten und die Arbeiterklasse damit von ihrem Kampf abzuhalten versuchen. Doch diese wird durch ihren Kampf die reformistischen Theorien und die „neuen“ Kritiker des Marxismus überwinden und widerlegen.

Demontageverweigerung in Kaiserslautern

Ein französisches Demontagekommando forderte am 28. 9. den sofortigen Abbau wichtiger Maschinen und Einrichtungen der Kaiserslauterner Eisenwerke. Die Arbeiter

verließen daraufhin fluchtartig das Werkgelände. Als die Franzosen den Einsatz der Angestellten des Werkes zum Abbau der betreffenden Anlagen verlangten, weigerten sich auch diese, die bezeichneten Arbeiten auszuführen - Das Werk ist das führende Emaillewerk Westdeutschlands. Es ist gut beschäftigt. Zahlreiche Auslandsaufträge liegen vor:

Laßt die Rechte nicht wissen, was die Linke tut!

Volksstimme, Köln (KPD), 17. 8. 1949:
Tito, der dollarfüchtige Marfshall
Ohne innerpolitischen Widerstand kann Tito natürlich diesen Weg der Restauration (des Kapitalismus) nicht gehen. Er mag eine uns Deutschen aus der Nazizeit nicht unbekannt bedingungslose „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Großbauern, Landarbeitern, Unternehmern und Arbeitern in der „Nationalen Front“ proklamieren . . .

Niederländische Volksstimme, Hannover (KPD), 17. 8.
In einer Front
In vielen Verfassungen haben die KPD-Referenten die Nationale Front aller Deutschen gefordert. Die Ziele der Nationalen Front werden auch von jenen Kreisen akzeptiert, die aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen lieber nicht als Bundesgenossen der Kommunisten angesehen würden. In den Fragen der nationalen Unabhängigkeit und Einheit stehen Arbeiter und Bauern in einer Front mit den Handwerkern, Gewerbetreibenden, Unternehmern. Das sind die Aufga-

ben, die die Kommunisten gemeinsam mit anderen Parteien und allen Schichten und Kreisen des deutschen Volkes lösen wollen und müssen.

Es erübrigt sich der Kommentar über die moralische Entrüstung der KPD über Tito. Aber man muß feststellen, daß die jugoslawische „Nationale Front“ ein schlechtes Wort (vielleicht nur eine schlechte Übersetzung!) für die Front der Arbeiter und kleinen Bauern ist. Denn die Großgrundbesitzer und Kapitalisten sind als Klasse vernichtet, wie auch die KPD-Presse vor 14 Monaten schrieb. Aber die KPD-Presse propagiert die „Nationale Front“ mit ihnen. Hier ist es keine schlechte Übersetzung, sondern schlechte Politik. Denn die Kapitalisten wollen keinen gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern um die Ziele der Arbeiter! Wo hat denn die KPD-Führung ihre arbeiterfreundlichen Kapitalisten? Die Kapitalisten wollen die Einheit Deutschlands - aber die kapitalistische, d. h. die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Ostzone. Die Kapitalisten wollen Unabhängigkeit, um uns allein ausbeuten und für ihre imperialistischen Ziele einspannen zu können. Wir Arbeiter wollen Unabhängigkeit, um mit aller kapitalistischen Ausbeutung - deutscher und ausländischer - Schluß zu machen und jede imperialistische Politik zu verhindern.

Daher werden alle Versuche der KPD, gemeinsam mit den Kapitalisten zu marschieren, nur zum Vorfpann der KPD vor deren Wagen führen. Sobald das Pferd dann nicht mehr zieht, wird es ausgespannt und die „Nationale Front“ von den ihrer Klasseninteressen wohl bewußten Kapitalisten abgedrrieben. Die KPD kann dann nur Zeitverlust und weitere Verwirrung der Arbeiter auf ihr Konto buchen.

Pressefreiheit Nach Mitteilung der britischen Militärregierung werden von gewissen Personen Veröffentlichungen vorbereitet, für die keine Lizenz erteilt worden ist. In der Regelung der Lizenzerteilung für Zeitungen und Zeitschriften ist jedoch keine Änderung eingeführt worden. Sie liegt weiter bei der Militärregierung. (Welt, 26. 8.)

Ab Juli bzw. August ist in den Ländern der amerikanischen Zone die Lizenzierungspflicht für Druckerzeugnisse aufgehoben. Dazu erklärte der Hohe Kommissar Mc Cloy auf einer Pressekonferenz, „daß trotz der Aufhebung des Lizenzierungssystems für Zeitungen noch immer gegen jede Aktion vorgegangen werde, die dem Ansehen der Befehlsmächte schade.“
Kommentar überflüssig!

(Neue Zeitung, 13. 8.)

Die Gewerkschaftsführung lernt nichts zu

Arbeiterkorrespondenz aus Hannover

Der DGB-Kongreß in Hannover stand auf demselben Niveau wie der am gleichen Tage eröffnete Bonner Bundestag. Man sprach zuviel, um zu verlagen, aus allem hört man

nur das Nein. Nämlich das Nein gegenüber den wirklichen Nöten und den sich daraus ergebenden Aufgaben der Werktätigen Deutschlands. In Bonn haben jene schwankenden Gestalten wieder die Führung übernommen. Schon ehe er sich von seinem Bundeskongreß in Hannover zu einem Glückwunschtelegramm an seine Bonner Bundesbrüder autorisieren ließ, erklärte Boedkler:

„Wir als Gewerkschaftler müssen uns eine möglichst große Koalition wünschen. Aber selbst wenn die künftige Regierung einen entschiedenen Rechtskurs steuert, würde der DGB nicht auf die Seite der politischen Opposition treten, sondern seinen eigenen Kurs gehen.“ (Welt 29.8.)

Das maßt sich der Führer des fast 3 Millionen starken DGB zu sagen an, in dessen Geschäftsbericht steht, daß sich nach dem Zusammenbruch von 1945 „weite Kreise des Bürgertums, die die Naziherrschaft bewußt unterstützt oder ihr wohlwollend gegenübergestanden hatten, resigniert zurückzogen“ und es den Arbeitern überließen, die Trümmer zu beseitigen.

Jetzt erfucht Boedkler dieselben Stützen der Naziherrschaft, mit ihm oder seinesgleichen, d. h. mit Schuhmacher & Co., Koalition zu machen. Obendrein verspricht er dieser Nazigelegschaft, keine Opposition gegen sie zu unterstützen, sondern seinen eigenen Kurs zu gehen. Was ist das im Grunde anderes als die Fortsetzung jenes Kurses, den die deutschen Gewerkschaftsbürokraten seit Jahrzehnten verfolgten, mit dem sie 1914-1918 zu fanatischen Chauvinisten wurden, mit dem sie nach 1918 zu arbeitgemeinschaftlichen Kapitalsrittern und am 19. April 1933 zu Kapitulanten vor Hitler wurden. Damals haben sie in strikter Fortsetzung ihres Kurses die traurig-berühmte ADGB-Vorstandsresolution verfaßt, die die deutschen Gewerkschaftsmitglieder aufforderte, unterm Hakenkreuz an der 1.-Mai-Schändung teilzunehmen.

In ihrer Jugendzeit erklärten die deutschen Gewerkschaften stolz: „Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Nach 1918 setzten sie sich wenigstens noch für die Unterstützung der SPD bei den Wahlen ein. Am 20. März 1920 ließen sie sich sogar treiben, zum Generalfreik gegen die konterrevolutionären Kapprebelln aufzurufen. Verglichen mit diesen Tatsachen zeigt die jetzige Neutralitätserklärung Boedklers, auf welch unvorstellbar tiefem Niveau diese Gewerkschaftsführung heute angelangt ist.

Aber es ist nicht so sehr der politische Verfall und Tiefstand der offiziellen Gewerkschaftsführung, der die Tagung in Hannover zu einem schwarzen Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung macht. Von dieser Führung haben die deutschen Arbeiter nichts besseres zu erwarten. Das niederdrückende Kennzeichen der Tagung besteht darin, daß sich aus den Reihen der Delegierten keine positiv vorwärts weisende Stimme des Protestes gegen diesen Kurs erhob, der wieder und noch schlimmer als 1933 zur Niederlage führen muß.

Der Geschäftsbericht Boedklers, in dem er seine Politik, die der Reaktion weitgehend zur Wiedererstarkung geholfen hat, zu verteidigen versuchte,

in dem er die bombastisch verkündete Lofung der Vollbeschäftigung praktisch fallen ließ, und viele andere Punkte hätten einer zielklaren Opposition Gelegenheit genug gegeben, die gemachten Fehler und einen besseren Weg zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele aufzuzeigen. Nur wenn den Mitgliedermassen ein besserer Weg gezeigt wird, sind die Gewerkschaften vor Verfall und Niederlage zu retten. Der Kongreß in Hannover zeigte deutlich, daß die Mitglieder nicht auf die Führung warten dürfen, sondern selbst die Initiative zur Durchsetzung einer revolutionären Gewerkschaftspolitik ergreifen müssen.

Krise in Westberlin - Mißtrauen gegen Nationale Front

Arbeiterkorrespondenz aus Berlin und der Oltzone

Die Wirtschaftskurve Westberlins weist scharf nach abwärts. Der Stand vom August ist: 238937 Arbeitslose=31,1%. Dazu kommt die gewaltige Zahl der Kurzarbeiter, die nicht zu erfassen ist. Die Auftragslage der Großbetriebe verschlechtert sich ständig. Den Betriebsräten wird von den Unternehmern erzählt, es sei kein Geld vorhanden. Aber auf der Autoausstellung wurden an Berliner Privatleute Maybadiwagen für 42000 Westmark verkauft und Mercedes für 9200. Die Fahrzeuge gehen nach dem Westen, um Vermögen in Sicherheit zu bringen, denn mitnehmen darf man nur 300 DM. Die Betriebsverlagerung geht weiter. Siemens schafft weiter Angestellte und Arbeiter nach München. Schrottbestände der Großbetriebe werden in riesigem Umfang nach dem Westen verladen. Das Geld wandert als nachträglicher Kriegsgewinn in die Taschen der Aktionäre. Das geht nun schon ein Jahr, ohne daß der Westmagistrat, der Geld braucht, etwas dagegen tut. Gewerkschaften und Arbeiterparteien erwähnen nichts davon.

Kleinunternehmer mit früher 15-20 Leuten, beschäftigen 2-3 Leute, oder am Tor hängt die Privatadresse des Unternehmers für die Geschäftsabwicklung. Zahlungsbefehle sind an der Tagesordnung, jeder hält das Geld zurück. Die Unternehmer führen abgezogene Versicherungsbeiträge nicht ab, und die Sozialversicherung ist zu Vergleichen bereit.

Nach der Erleichterung der Gewerbe genehmigungen werden auf den Straßen viele tausend Bretterbuden gebaut, die neue Verdienstmöglichkeiten schaffen sollen. Die Märkte haben sich in kurzer Zeit um das Dreifache vergrößert. Die Kaufkraft der Bevölkerung verschlechtert sich zusehends. Mietrückstände von 3 Monaten sind an der Tagesordnung. Der Pessimismus wächst, und man wird ständig auf das Verlagen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften hingewiesen. Noch zeigt sich keine Kraft aus dem Arbeiterlager, die Einhalt gebietet.

Seit der Spaltung der Gewerkschaften geht es rapide abwärts. Der FDGB ist in Westberlin ohne nennenswerten Einfluß. Seine Lage ist jetzt schlechter als die der RGO und der Roten Verbände in ihrer schlechtesten Zeit. Es kommt sogar vor, daß Belegschaftsversammlungen beschließen, mit SED-Mitgliedern nicht mehr zusammenzuarbeiten. So hat die Einfa, eine Vermietungsgefellschaft von Gewerkschaftswohnhäusern, aufgrund eines solchen Beschlusses, der unter UGO-Einfluß zustande kam, alle Arbeiter und Angestellten, die der SED angehören, zum 1. Oktober 1949 entlassen. Keiner sagt etwas dazu.

Der Mitgliederbestand des FDGB in Westberlin geht weiter zurück. Von 100000 Bauarbeitern sind nur noch 700 im FDGB, 16000 in der UGO. Auch der FDGB kassiert jetzt Beiträge bei Westmarkverdienern in Ostmark. Daher sind die Beiträge sehr billig. Trotzdem kann er seinen

Einfluß nicht verstärken. Bei den Buchdruckern ist das Organisationsverhältnis etwas günstiger, bei den Metallarbeitern jedoch sehr schlecht, in den Großbetrieben fast keine Organisierten. Die UGO ist in Geldschwierigkeiten und zahlt die Unterstützungen nur unregelmäßig.

Für die Stadtfinanzen vergrößert sich die Katastrophe. In SPD-Kreisen ist es sehr ruhig geworden. Ein Teil der Mitglieder hegt die größten Befürchtungen. Die bürgerlichen Parteien machen den SPD-Magistrat verantwortlich und tun alles, um die Lage zu verschärfen.

In Ostberlin gibt es fast keine Arbeitslosigkeit. Es wird sehr viel gebaut, besonders öffentliche Bauten. Die Einnahmen der Handelsorganisation finden nachweisbar hier großenteils ihre Verwendung. Die Ernährungslage ist erträglich. Die Preise für Bier, Rauchwaren und andere Genußmittel liegen sehr hoch, während Gemüse und rationierte Lebensmittel relativ billig sind. Schuhwaren sind schwer zu kriegen. Am schwersten sind die Stadtrandgebiete betroffen, die zur Ostzone gehören. Hier liegt eine der Quellen der Unzufriedenheit.

In der SED sind jetzt die Diskussionen anlässlich der Parteineuwahlen. Die Kritik wird angewandt, soweit es sich nicht um Leute aus dem Apparat handelt. Die Nationale Front findet in Berlin keinen Boden. In einer internen Stellungnahme der Berliner SED-Landesleitung wird erklärt, daß es in Berlin noch nicht gelungen ist, überhaupt Ansätze einer nationalen Front zu schaffen. In Westberlin seien die Ausschüsse keine breiten Organe der national interessierten Kreise.

Die Proleten nehmen an dem ganzen degenerierten Gehabe in den oberen Organisationsinstanzen gar keinen Anteil. In den Betrieben: Lethargie, passiver Widerstand, von Zeit zu Zeit auch offener, kollektiv auftretender Widerstand, Unglaube an die Parteipredigten, Unfähigkeit, die eigenen Interessen unter dem Gesichtspunkt der vor sich gegangenen progressiven Veränderungen zu betrachten und zu vertreten - mit diesen Stichworten ist der Zustand der Arbeiterklasse in der Ostzone gekennzeichnet.

Da die Nationale Front auch hier so gut wie keinen Widerhall findet, wird die schlechte Agitation und Propaganda verantwortlich gemacht. Man sucht Prügelknaben. Gerade in dieser Frage herrscht bei Partei- und Gewerkschaftsfunktionären ein heillofes Durcheinander. Man führte wochenlang heftige Kampagnen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und verkündet uns jetzt, diese stelle keine Bedingung für die Mitarbeit in der Nationalen Front dar. Man betont, daß die Arbeiterklasse die führende Rolle darin spielt, sagt uns aber, daß wir davon in der Agitation nicht sprechen sollen. Man erklärt, daß wir den Klassenkampf nicht aufgeben, verbündet sich aber mit Falschisten und antidemokratischen Elementen. Da steige durch, wer kann. Mein armer, an klare Leninische Formulierungen gewöhnter Verstand, meine marxistische Überzeugung, daß man den Massen immer die volle Wahrheit sagen muß, kommen da nicht mit.

Zweifellos hat Ulbricht den Marxismus auf ein Niveau „weiterentwickelt“, das nahe beim Müllgraben liegt. Das ganze läuft auf ein kindisches Flennen „Einheit Deutschlands um jeden Preis“ hinaus. Daß die anglo-amerikanischen Imperialisten samt ihren deutschen Helfershelfern auch die deutsche Einheit wollen, nämlich die kapitalistische, daß es bei Anwesenheit der Befatzungsmächte keine wirkliche Einheit geben kann - sind diese einfachen und einleuchtenden Erkenntnisse wirklich so schwer zu begreifen? Aber man macht ja Politik als Anhängel der jeweiligen sowjetischen Außenpolitik, statt auf der Grundlage der Zielerhebung der proletarischen Revolution in Deutschland. Man „entfaltet“, d. h. befiehlt, organisiert krampfhaft eine Karikatur der nationalen Befreiungsbewegung. Eine echte Massenbewegung

kann man aber nicht befehlen, sie entsteht, wenn dafür ganz bestimmte Voraussetzungen vorhanden sind. Dann kann man sie leiten, sich ihrer organisatorisch annehmen. Organisation ist alles, denken Pieck und Grotewohl. Organisation ist viel, wenn die Erfahrungen der Massen die Richtigkeit der Politik bestätigen. Gerade diese grundlegende Voraussetzung ist bei uns nicht erfüllt. Deswegen muß die Politik der Nationalen Front erfolglos bleiben.

(Fortsetzung von Seite 1) Der Vorstoß begann gegen Labour-England. Politisch ist die Arbeiterregierung der bedingungslose Schildknappe des amerikanischen Imperialismus. Die Regierung Attlee-Bevin verrichtet alle schmutzige Kleinarbeit. Sie hetzt gegen die SU und die Länder ihres Einflußgebietes und tut es fast mit Begeisterung, spuckt Gift und Galle gegen Unterdrückung und Barbarei der Russen, hält Truppen in Griechenland, in den Ländern ihrer Vasallen in Kleinasien, in Malaya und Hongkong. Aus der unbezahlten Mehrarbeit der englischen Arbeiter zahlt sie weit über eine Milliarde Pfund jährlich für diese Schmutzarbeit für den amerikanischen Imperialismus.

Aber all dies genügt den Wallstreet-Herren nicht. Die Labourregierung baut die von der englischen Bourgeoisie bankrottgewirtschafteten Industrien auf Staatskosten, d. h. ebenfalls aus der unbezahlten Mehrarbeit des englischen Proletariats, wieder auf (Bergbau, Hafenanlagen, Eisenbahnen, Textilindustrie, Verkehrswesen usw.). Die bankrotten Besitzer wurden mit Preisen entschädigt, die hoch über dem realen Wert lagen. Über eine Milliarde Pfund werden aus der laufenden Produktion an Zinsen bezahlt - das verteuert die Produktion und erschwert die Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Nachdem die dringenden Bedürfnisse der ersten Nachkriegsjahre einigermaßen gedeckt waren und sich in den USA ernste Anzeichen der Depression zeigten, bricht in England die Krise aus. Die Profite der englischen Kapitalisten sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Lebenshaltung der breiten Massen sinkt, obgleich durch Staatszuschüsse für Grundlebensmittel und Kontrolle der Ein- und Ausfuhr diese Lebenshaltung über der Hungergrenze gehalten wurde. Direkte Verelendung - wie in Italien, Frankreich, Deutschland - wurde durch diese Politik von der englischen Arbeiterklasse bis jetzt ferngehalten.

Zur Aufbringung der Kosten dieser „Wohlfahrtspolitik“ werden zu 45% auch die Kapitalisten herangezogen. Da der Profit jedoch nur ein Teil der unbezahlten Mehrarbeit der Arbeiter ist und auch der Arbeiter mit über 5 Pfund Wochenlohn 9 Shilling direkte Steuern zahlt, verschleiert man ihm, daß er alleiniger Schöpfer des versteuerten und des nicht versteuerten Profits ist, daß er mit seiner unbezahlten Arbeit alle Staatsausgaben zahlt für Militär, auswärtige Politik, innere Verwaltung, imperialistische Hilfe für die englischen und amerikanischen Kapitalisten. Das ist die Politik der Labourregierung.

Aber die Vollbeschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik ist ein gewisses Hindernis für die Pläne des amerikanischen Kapitals bei der Ausbeutung und Kolonisierung Europas. Daher nutzte man die Ausfuhrstodung englischer Industrieprodukte und kolonialer Rohstoffe zum Vorstoß, senkte den Pfundkurs auf den schwarzen Börsen, machte in Panik und anderen erprobten Mitteln der Börsenhalie und machte Kredite und „Hilfe“ davon abhängig, daß die Labourregierung sich dem Willen der amerikanischen Bankherren unterwarf.

Alle Entrüstung, alle Beteuerungen von Sir Stafford Cripps bleiben ohnmächtige Lufterdütterungen. „New Statesmann and Nation“, Organ der Fabiergesellschaft, die hervorragende Regierungsmitglieder stellt, schrieb am 24. 9.:

„Obgleich der Kanzler in seiner Rundfunkrede aus einleuchtenden Gründen die Abwertung als Tat freien Willens hinstellt, ist es rauhe Tatsache, daß sie der Regierung aufgezwungen wurde. Der Kanzler ist Opfer der Umstände. Der britische Sozialismus muß nach Snyders (USA-Finanzminister) Musik tanzen, weil eine andere Stellungnahme unter diesen Umständen der wirtschaftliche Zusammenbruch wäre.“

Also, der englische Sozialismus tanzt nach der Pfeife Wallstreets und der sozialistische Finanzminister muß öffentlich sagen, daß er es freiwillig tut! Welch zivilisierte Unterschiede gegenüber den russischen Barbaren, die ihre Lakaien zwingen, zu bekennen, daß sie Spione fremder Mächte, Trotskisten usw. sind, indes Cripps bloß sagen braucht, daß er sich aus freiem Willen unterwirft. Er wird dafür auch nicht wie Rajk zum Tode verurteilt.

Alle kapitalistischen Länder Europas außer der Schweiz werten gleichfalls ab, beeilen sich, sich dem Tanz anzuschließen, den Cripps anführen muß. Nur Westdeutschland muß solange warten, bis Mc Cloy als Beauftragter Wallstreets mit Frankreich u. England die Reihenfolge, in der es tanzen darf, ausgehandelt hat.

Für Europas Arbeiter, besonders Deutschlands, bedeutet es Beschleunigung des Totentanzes, wenn sie weiter mittanzen oder sich einbilden, sie könnten abeits bleiben. Eine sofortige Verschlechterung der Reallöhne, eine Senkung der Kaufkraft des Geldes über die Prozentzahl der Geldabwertung hinaus ist die Folge. Vielleicht erlaubt man der Regierung Adenauer, dem Hund den Schwanz stückweise abzuhacken. Vielleicht ölt man ein paar Monate durch Staatszuschüsse bei Lebensmittelimporten den Hungerriemen ein, derweil man ihn zudrückt. Auch diese Zuschüsse werden der unbezahlten Mehrarbeit der produktiv Arbeitenden entnommen. Doch wenn man schon England nicht erlaubt, die Mehrwertrate so zu lenken, daß den Werktätigen eine Existenz über der Hungergrenze gewährt wird, dann der USA-Kolonie Westdeutschland mit der „sozialen Marktwirtschaft“ bestimmt nicht.

Die englischen Arbeiter werden sich nicht kampflos fügen, ebensowenig die italienischen und französischen. Die analphabetischen chinesischen Bauern und Kulis haben gelernt, wie man die Pläne des lebensstärksten Kapitalismus, des amerikanischen, verhindert. Werden die englischen, französischen, italienischen Arbeiter weiter versuchen, nur in den traditionellen Formen der westeuropäischen Arbeiterbewegung sich zu wehren, wird ihr Kampf zur Niederlage.

Noch ist die Arbeiterklasse Westeuropas und besonders Deutschlands nichts, weil sie nicht revolutionär ist. Aber sie kann alles werden, wenn sie sich auf ihre Riesenkraft besinnt, sie organisiert, um den ganzen europäischen Kapitalismus durch die sozialistische Ordnung zu ersetzen. Der europäische Kapitalismus lebt nur noch gleichgeschaltet und geschützt vom USA-Kapitalismus.

Ohne Glauben an die eigene revolutionäre Kampfkraft infolge der Niederlagen, enttäuscht durch pseudosozialistische und pseudokommunistische Politik, an der Nase geführt von Politikanten, entsetzt von den russischen Formen der

Revolution, verblödet durch die Propaganda der Pfaffen wartet das deutsche Proletariat auf ein Wunderrezept von irgendwo. Das gibt es nicht. Die Chinesen entnahmen dem Marxismus-Leninismus die Methode, ihre und die gegnerischen Kräfte richtig einzuführen, Strategie und Taktik danach zu formen und zu steuern. Es gibt keinen anderen Ausweg, als dies nachzuholen. Es hilft kein Gott oder Teufel, das deutsche Proletariat muß sich selber helfen!

Herrn Adenauers gehorfolame Opposition

Schumacher am 30. 8.: Die SPD hält nur die in diesen 16 Punkten umrissene Politik für möglich und erfolgreich und ist bereit, dafür mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Jede andere Politik wird sie mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen. Eine außerparlamentarische Opposition steht jedoch im Moment nicht zur Debatte. Die Resolution des Parteivorstandes will so verstanden werden, daß sich der politische Kampf in den Parlamenten und entsprechenden Körperschaften abspielt.

Adenauer am 29. 9.: Zuletzt ging der Bundeskanzler auf die Oppositionsreden ein und sagte mit besonderer Erwähnung der Erklärungen von Schumacher, Ollenhauer und Carlo Schmidt, er habe nichts gegen eine Opposition im Sinne dieser Redner.

Zweimal KPD-Parteivorstand und Wahlergebnis

Am 18. August erklärte der Parteivorstand: Wir sind auf dem richtigen Weg. Durch ihre Aktivität und durch ihren offensiven Einsatz für die nationalen Interessen des deutschen Volkes zwang die Partei dem Gegner das Gesetz des Handelns auf.

Am 14. September Reimann auf der Parteivorstandssitzung: Es gibt Tendenzen in unserer Partei, die die Bedeutung des Wahlergebnisses vom 14. 8. bagatellisieren möchten. In den verschiedenen Ländern gibt es Genossen, die von einer Aufwärtsentwicklung des Einflusses unserer Partei und von einem Wahlerfolg sprechen. Wir selbst sind an dieser Einschätzung nicht unschuldig. Es ist jedoch eine unumstößliche Tatsache, daß der prozentuale Anteil der kommunistischen Stimmen im gesamten westdeutschen Gebiet gegenüber früheren Wahlen zurückgegangen ist, und es hat keinen Sinn, dies durch Zahlenakrobatik zu beschönigen.

Zweierlei Maß

Am 15. Oktober erhalten in Nordrhein-Westfalen Flüchtlinge, die über eine Woche im Lager sind, ein Taschengeld von einer DM je Woche. Die Aus schmückung des Bundeshauses in Bonn zur Geburt des Weststaates kostete 50000 DM, davon 21000 DM für Blumen.

Presse-Splitter

MASKERADE IN BONN. Als Demonstration gegen die Kommunisten erschienen während der Rede Reimanns drei Heimkehrer aus russischer Gefangenschaft. - Daß der Anblick solcher Elendsgestalten stundenlange kommunistische Reden widerlegt, ist offenbar. Dieser Eindruck wird indes gemindert, wenn man erfährt, daß die Gefangenen erst für ihr Auftreten vorher im Bundeshaus eingekleidet wurden.

Neue Ruhr-Zeitung (SPD), Essen, 23. 9.
RUHRKOHLE GRATIS. Wir sollten die Ruhrkohle eigentlich gratis als Reparationen erhalten. Aber die französischen Regierungen der letzten beiden Jahre haben auf dieses, unser Recht, verzichtet.

Humanite (kommunistisch), Paris, 29. 9.
ERHARDSCHER AUFSTIEG. Wenn der Werftindustrie nicht geholfen würde, sei damit zu rechnen, daß die Arbeitslosenziffer in der Bizone gegen Ende dieses Jahres auf 2 Millionen ansteigen würde, erklärte der Präsident des Bremer Arbeitsamtes. Die Bremer Werften hätten angekündigt, daß von 10000 Arbeitnehmern 3000 entlassen werden müßten. Als Folge davon rechne man mit weiteren 2000 Entlassungen in der Zubringerindustrie. Welt, 28. 9.

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 11

Mitte November 1949

Preis - ,40 DM

Internationale Streiflichter DIE GLEICHSCHALTUNG EUROPAS auf ökonomischem Gebiet durch das USA-Finanzkapital begann mit der England aufgezungenen Abwertung. Auf politischem Gebiet war sie vorausgegangen durch Schaffung von amerikahörigen Regierungen in Italien, Belgien, Frankreich, Westdeutschland. Anstelle der Sozialdemokraten, die meist England den USA vorzogen, traten die christlich-sozialen Parteien. Kardinal Spellman von New York schaltet die katholische Kirche dem USA-Imperialismus gleich.

AUF DER KONFERENZ DER MARSHALL LÄNDER in Paris machte Hoffman die Schwierigkeiten, die die Deflation über diese Länder brachte, zum Ausgangspunkt eines weiteren Vorstoßes. Er schmiedet das Eisen, solange es warm ist. Die „Welt“ berichtet über seine Rede:

„Westeuropa müsse entweder bis Anfang 1950 einen entscheidenden Fortschritt zur Verwirklichung einer Zollunion gemacht haben oder sich auf eine Katastrophe gefaßt machen. Er ließ seine Zuhörer nicht darüber im Zweifel, daß die europäische Wirtschafts- und Zollunion das Hauptziel der amerikanischen Westeuropapolitik ist. Um dies klar zu machen, sei er hier. Man darf den Zusammenschluß Europas nicht als eine romantische Idee abtun, solange man nicht bedacht hat, was geschehen kann, wenn er nicht verwirklicht wird. Er kündigte an, daß in Zukunft wahrscheinlich bei der Verteilung von ERP-Mitteln an die einzelnen Länder die Zuteilungsquoten davon abhängig gemacht würden, inwieweit das betr. Land Maßnahmen zur Verwirklichung der europäischen Wirtschaftseinheit ergriffen habe.“

Die weiteren Berichte über den Verlauf der Tagung zeigen, das die Ländervertreter diesen Wink mit der Entziehung der Marshallgelder begriffen haben. Zwar wird noch gekuhandelt. „Le Monde“ berichtet:

„Cripps bleibt sehr reserviert. Man sehe eine Vertiefung des Grabens und das bedeutet eine sehr ernste Gefahr für die Verwirklichung der Ziele der OEEC. Die Engländer möchten sich taktische Vorteile verschaffen durch den Vorschlag, 50% des innereuropäischen Handels freizugeben.“ - Die Engländer klagen, „sie hätten den Eindruck, der französische Finanzminister möchte eine schöne Rolle bei den Amerikanern spielen“.

Am Ende werden sich alle den Befehlen Hoffmans „freiwillig“ unterwerfen. Die Drohung, die Schlinge der Marshallgelder zuzuziehen genügt, um auch die Widerstrebendsten gefügig zu machen. - Die Katzbalgerei der europäischen Finanzminister (lies Wallstreet-Marionetten) untereinander, könnte nur belustigen, wenn nicht das europäische Proletariat die Kosten der Unterwerfung unter die Wallstreet-Bedingungen bezahlen müßte: Senkung der Produktionskosten durch Lohndruck und Massenerwerbslosigkeit, Stilllegung von Betrieben, die der USA-Konkurrenz nicht gewachsen sind, gleichzeitig Preissteigerung der wichtigsten Bedarfsgüter der breiten Massen.

FRANKREICH beendete eben eine dreiwöchige Regierungskrise. Sie wurde ausgelöst durch den sozialistischen Arbeitsminister, der dem Druck der Gewerkschaften aller Richtungen nachgeben mußte, die energigeh Lohnausgleich für die Preissteigerungen forderten. Mich, sozialdemokratischer Innenminister, der Ende 1948 Militär und Polizei gegen die streikenden Bergarbeiter einsetzte - Erfolg: 8 Tote und Niederlage der Bergarbeiter - wurde zuerst mit der Regierungsbildung beauftragt. Eine starke Protestwelle erhob sich in ganz Frankreich gegen ihn. Er scheiterte an den Cliquenkämpfen der Politikanten um die Regierungsposten. René Meyer, gewesener Finanzminister, scheiterte gleichfalls an den parlamentarischen Kabalen. Gegen ihn stürmten die Bauern, denen er die 5000-Frankennoten durch zeitweilige Außerkurssetzung aus den Strümpfen gezogen hatte, wo der Bauer sie vor den Bankzusammenbrüchen und der Steuer sichern wollte.

Bidault als 3. Kandidat hat jetzt die Regierung gebildet. Sein Programm ist daselbe, wie das der gestürzten Regierung und das der beiden gescheiterten Kandidaten: Lohnstopp, verkleidet durch eine einmalige Sonderzulage von 3000 Frs = 36 DM; Weiterführung des Krieges in Indochina; Abwälzung der Kriegskosten und der Kosten der Marshallplanpolitik auf die Werktätigen. - Wie wird dieser Sieg Bidaults bewertet? „Libération“ schreibt:

„Hat Frankreich eine Regierung? Es wäre Mißbrauch des Wortes, wollte man es bejahen. Wie lange dauert sie? Zwei Monate, vielleicht drei.“

„Ce Matin“ schreibt: „Wenn die Ministerkrise beendet ist - die Krise Frankreichs ist es nicht.“

„Le Figaro“ verlangt: „Bewilligung des Budgets, Reform der Verfassung, rasche Neuwahlen.“

Von Neuwahlen erhofft man eine wesentliche Schwächung der Kommunisten, die mit 183 Deputierten und der größten Stimmenzahl die stärkste Partei Frankreichs sind. Das setzt voraus, die Abschaffung der Verhältniswahl und Wiedereinführung der Einzelwahlkreise mit Stichtwahl. Bei dieser einigen sich dann alle Parteien von der SP bis zu den Gaullisten gegen die Kommunisten. Mit dieser Methode siegte die antikommunistische Einheitsfront bei den Gemeinde- und Departementswahlen 1948. Die KPF blieb zwar der Stimmenzahl nach die stärkste Partei, verlor aber $\frac{2}{3}$ der Abgeordneten. Es ist klar, das man auf diese Weise die Demokratie den Parlamentsbedürfnissen anpassen, aber das Kräfteverhältnis der Klassen nicht ändern kann. Aber die Wahlrechtsänderung, die legal nur mit qualifizierter Mehrheit möglich ist, war bisher nicht erreichbar, weil die zweitstärkste Partei, MRP, bei Beibehaltung des Frauenwahlrechts auf die Verhältniswahl angewiesen ist. Die KPF ist die einzige französische Partei mit einer über das ganze Land funktionierenden Parteiorganisation. Trotz der jämmerlichen Burgfriedenspolitik der KPF - sie fordert eine Koalitionsregierung - steht der größte Teil der Arbeiter als Wähler bei ihr und ist in der kommunistisch beherrschten Gewerkschaft CGT organisiert. Sie ist die einzige Partei, die sich der Arbeiterinteressen im reformistischen Sinne annimmt - seit man sie aus der Regierung geworfen hat. Es ist zu vermuten, daß in Frankreich große Streiks für Lohnerhöhungen als Teuerungsausgleich bevorstehen.

(Fortsetzung Seite 15)

Gute Regie in München

4½ Jahre nach Kriegsende haben die Westzonengewerkschaften endlich eine Dachorganisation gegründet. Vor 1933 wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß es keine bayrischen, badiſchen, württemberg-hohenzollernſchen, ſondern nur deutſche Gewerkschaften geben kann. Nach 1945 muß man 3 Tage diskutieren, nachdem man jahrelang intern verhandelt hat, um diese Selbstverständlichkeit zu beſchließen. Betriebsarbeiter wären in 5 Minuten darüber einig geworden. Aber die 3 Militärregierungen in der Bundesrepublik Westdeutschland hatten eine umfaſſende Organisation verboten und zuerst in jeder Stadt, dann im Kreis-, dann im Landes-, ſchließlich im Zonenmaßstab die Zusammenfaſſung erlaubt. Jetzt endlich hat die franzöſiſche Militärregierung die Erlaubnis zum Zusammenſchluß gegeben. So ſind ſeit 1945 mehrere überdimensionierte Apparate entſtanden nach franzöſiſchen, englischen, amerikaniſchen Wünſchen, die nur ſehr beſchränkt von den Wünſchen der deutſchen Arbeiter abhängig waren. Z.T. waren die führenden Gewerkschaftler als amerikaniſche Militärs hergekommen (Jahn von den Eisenbahnern) und hatten und haben ein offeneres Ohr für die Bedürfniſſe der USA als für unfere Nöte und Sorgen.

Zu diesen Einwirkungen von außen kommt die Rückſicht auf die früheren Chriſtlichen und Hirſch-Dunkerſchen Gewerkschaftsführer, die nach 1945 an den Einheitsgewerkschaften beteiligt wurden. Ihr Anteil an den Poſten und ihr Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik iſt viel größer als ihrer Bedeutung entſpricht. Vorher ſchon war die Gewerkschaftsführung nicht allzu klaffenkämpferiſch eingeteilt. Jetzt wirken die Chriſten noch mehr in der wirtschaftsfriedlichen Richtung.

Der Einfluß der Militärregierungen und der Chriſten zeigte ſich deutlich in München, während eine geſchickte Regie es meiſterhaft verſtand, die Stimme der einfachen Mitgliedschaft zu unterdrücken, wenn ſich doch einige Betriebsarbeiter ſoweit durchgeſetzt hatten, daß ſie dorthin delegiert wurden.

Die Gäſte Der 1. und 3. Kongreßtag gingen ſaſt drauf für Begrüßungen. Es ſprachen u.a. 1 Schwede, 2 Franzoſen, 4 Amerikaner, 3 Engländer, aber kein Vertreter der Oſtzonengewerkschaften. Sie, die mehrere Millionen deutſche Arbeiter organisiert haben, waren nicht einmal als Gäſte eingeladen. Soweit die Arbeiter unter kommuniſtiſchem Einfluß organisiert ſind, werden ſie gemieden wie Ausſätige. Aber Wirtschaftsminiſter Erhard und der Unternehmerſyndikus Köhler wurden von den reformiſtiſchen Führern lebhaft applaudiert! Sieht ſo die Feindſchaft gegen die Erhardſche Wirtschaftspolitik aus? Die Reformiſten haben nichts zugelernt; ihnen ſtehen die Vertreter der Kapitaliſten näher als die kommuniſtiſchen Arbeiter.

Satzungsdiskuffion Nach den Begrüßungen kam die Beratung der Satzung, eingeleitet mit einem Referat Reuters vom Gewerkschaftsrat. Die Diskuffion erſchöpfte ſich ſaſt ganz in organiſatoriſchen Einzelfragen. Die entſcheidenden Fragen ſuchte man zu umgehen, obwohl einige

Auffiegsbarometer Erhardſcher Wirtschaftspolitik Die Zahl der Selbstmorde in Niederſächſen hat mit

731 innerhalb des letzten halben Jahres den höchſten Stand in der Nachkriegszeit erreicht und ſich damit gegenüber dem erſten Jahre nach dem Kriege um 30% erhöht. (Weit, 18. 10)

Ortsverwaltungen gute Abänderungsanträge von grundsätzlicher Bedeutung eingebracht hatten. Diese Anträge waren auf dem Instanzenwege verschwunden. Ein Stuttgarter Kollege wies darauf hin, daß in den Satzungen das Wichtigste fehle: das Bekenntnis zum Sozialismus als Endziel der Gewerkschaften und zum Klassenkampf als dem einzigen Weg zur Erreichung dieses Zieles. Deswegen forderte er ganz zu Recht die Ablehnung des Satzungsentwurfs. Ein Nürnberger Kollege wandte sich gegen die Richtlinien über die Führung von Arbeitskämpfen, weil sie den höchsten Instanzen zuviel Macht gewähren bei der Entscheidung über Streiks. Der Kollege zeigte anhand der Erfahrungen aus Bayern, daß die Führung Streiks bremste und verhinderte, während die Arbeiter bei den Kämpfen Erfolge errangen. Der Stuttgarter Kollege Eberle beantragte, in den Bundesvorstand 4 Betriebsarbeiter zu wählen. Damit wäre wenigstens ein kleines Gegengewicht gegen die überhandnehmende Bürokratisierung geschaffen worden. Er verfiel wie alle wichtigen Anträge der Mühle der Kongreßleitung, die alles zu einem einheitlichen, einstimmigen Brei vermahlte, obwohl eine starke Opposition zu vermerken war. Diese Regie brachte es durch ihre Tricks fertig, die Annahme der Satzungen „gegen eine Stimme“ festzustellen: Stimmenthaltungen wurden nicht gezählt und die Satzung mit dem Beschluß über die Gründung des Bundes gekoppelt. Wer gegen die Satzung stimmte, war also automatisch gegen die Zusammenfassung der Gewerkschaftsbünde.

Die alten Fische unter sich Interessant war der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Von 487 stimmberechtigten

Delegierten waren		Das Durchschnittsalter betrug 55 Jahre. Die Feststellung
70 - 80 Jahre	12	der Anzahl der Betriebsarbeiter wurde abgelehnt!
60 - 70 "	109	Der Kongreß war also ein ausgefuchtes Gremium
50 - 60 "	195	alter eingefleischter Reformisten, die in allen wesentlichen
40 - 50 "	129	Frageen so handelten, diskutierten, applaudierten, abstimmten,
30 - 40 "	26	wie es die Regie vorgesehen hatte.
20 - 30 "	2	Gegen eventuelle Überraschungen aus dem Kongreß

heraus hatte man sich gesichert durch die Geschäftsordnungsbestimmung, daß nur Anträge mit 50 Unterschriften zur Diskussion kommen. Die Regie war gelegentlich so stark bemerkbar, daß drei Kollegen unter dem Beifall der Tribüne dagegen protestierten, woraufhin die Gastdelegierten, besonders die Jugendlichen, scharf gerüffelt wurden. - Unsere westliche, wirkliche, vollkommene Demokratie hat doch ihre Vorzüge gegenüber der Diktatur in den Ostzonen gewerkschaften!

Böckler über die Linie der Gewerkschaften Begrüßungen und Organisationsfragen hatten fast 2½ Tage eingenommen. Am 3.

- ohne Diskussion
Tage gegen 11 Uhr kam Böcklers Referat über die „Aufgaben der Gewerkschaften in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“. Es begann mit der Feststellung der großen Opfer der deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau nach 1945 und der Feuerwehrtätigkeit der Böckler & Co.:

„Eine breit angelegte Lohnsteigerung wäre selbstverständlich berechtigt gewesen, aber wir wußten, daß sie die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwören mußte. Aus diesem Grunde begnügten wir uns mit bescheidenen Lohnkorrekturen.“

Diese „äußerste Selbstbeschränkung in der Erwartung, daß die staatliche Wirtschaftsführung in Würdigung dieser Haltung alles tun würde, um die Preis-Lohn-Schere zu schließen“, wurde natürlich wieder mit Undank belohnt: „Praktisch jedoch geschah nichts!“ Aber „auch in dieser Situation bewiesen wir, daß wir bereit waren, die sehr schweren Belastungen und Opfer für die Allgemeinheit weiter auf uns zu nehmen“.

Wie schon stets, so hat die Bourgeoisie das Proletariat auch nach 1945 betrogen: vor der Währungsreform durch die Hortung, danach mit dem faktischen Lohnstopp bei ständigen Preissteigerungen. Aber die Organisatoren dieser kapitalistischen Politik, die Erhard & Co., wurden mit Beifall begrüßt. Und vor allem: vergessen wir nicht, daß diese jetzt jammernden Führer immer die Argumente zur Verringerung der Kämpfe bereit hielten, vor der Währungsreform: durch Streik kommt kein Gramm Fett herein, nahher: Vorsicht vor der Lohn-Preis-Spirale. - Bei der Verbesserung der materiellen Lage des deutschen Proletariats hat man also verlagert. Dafür behandelte Böckler umso mehr unsere aufs Ganze gehenden Forderungen. Denn was bedeutet schon etwas mehr Lohn für die Arbeiter, wenn die Führer mitbestimmend in den Organen der Wirtschaft sitzen!

Böckler erkennt mit Worten an, daß die alte Ordnung unfähig ist. Aber welche neue Ordnung will er? Er will gerechte Verteilung des Sozialprodukts, eine Volkswirtschaft, in der die soziale Frage ihren niederdrückenden Charakter verliert (aber bestehen bleibt!), in der man vom Individualprinzip zum Gemeinschaftsprinzip kommt, in der Eigentum sozial verpflichtet. Nach diesen Gemeinplätzen à la Lassalle und Gottfried Feder („Gemeinnutz geht vor Eigennutz“) kommt nun das Konkrete:

„Der entscheidende Grundsatz (der neuen Ordnung) ist, daß der arbeitende Mensch inmitten allen wirtschaftlichen Geschehens zu stehen hat. Dabei ist jede Art von Arbeit im Grundsatz gleich zu achten... die Arbeit des Unternehmers, der sein Werk organisiert, wie die des Arbeitskameraden, der an der Maschine steht.“

Also Erhaltung des Kapitalismus, leicht verbrämt durch Gerede vom arbeitenden Menschen im Mittelpunkt. Und diese umwälzende Umgestaltung wird „nicht von heute auf morgen“ bewältigt werden können. Denn „erst müssen die Menschen geistig-moralisch neuorientiert werden“. „Darum richten wir uns auf längere Zeiträume ein.“ - Also vielleicht ein 20-Jahresplan gefällig, da Pläne jetzt so modern sind!

Nur jene Gewerkschaften werden wirklich nützliche Arbeit im Dienste des Proletariats leisten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die dafür sorgen, daß die Sozialisierung der Gesellschaft zur Tat werde. Die Gewerkschaftsbewegung, die sich damit begnügt, den Arbeitern ein größeres Stück Brot zu schaffen und ihren endgültigen Zweck darin erblicken würde, nur um Lohnerhöhungen und kürzere Arbeitszeit zu kämpfen, würde ihre Aufgabe im Befreiungskampf der Arbeiterklasse nicht erfüllen. (Aus dem Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses, Stuttgart 1907)

Zu diesen Ladenhütern Laffalles und der DAF kommen noch die Tarnows von 1928: „Demokratisierung der Wirtschaft und Mitbestimmung der Arbeitnehmerhaft in allem wirtschaftlichen Geschehen.“ Dazu hat man den Segen der Päpste und des Bodumer Katholikentages. Wenn es dann noch nicht geht, dann . . . müssen wohl die Kapitalisten hartgefotene Sünder sein!

So rufft Böckler weiter: von der Ablehnung der alten Ordnung in sehr gewählten Worten über die Wirtschaftsdemokratie zur „organischen Einheit von Arbeit und Kapital“:

„Bei ihrem Verlangen nach einem unbedingten Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft sind sich die Gewerkschaften völlig darüber im klaren, daß allen beanspruchten Rechten natürlich auch Pflichten gegenüberstehen, daß gleich wie die Unternehmer auch die Arbeitnehmer noch viel hinzuzulernen haben, um in einer tatsächlichen und engen Verbundenheit miteinander bestehen zu können.“

Also: tatsächliche, enge Verbundenheit mit den Kapitalisten – das ist das Ziel der so wortreich umschriebenen neuen Ordnung. Preisfrage: was ist daran neu?

Von der Sozialisierung ist Böckler ganz abgekommen. Auch Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrien will er nicht mehr, sondern Vergesellschaftung. Damit meint er: Bildung von Gesellschaften, in deren leitenden Instanzen auch von den Gewerkschaften benannte Direktoren und Aufsichtsräte sitzen. Die Sache erschöpft sich in der Schaffung neuer Posten!

Wie soll diese wahrhaft revolutionäre Umgestaltung durchgeführt werden? Natürlich durch die berufenen Behörden – die Regierung in Bonn, an die Böckler immer wieder appelliert, eine „aktive staatliche Preispolitik“ zu betreiben, die „die Chance hat, bei ihren ersten gesetzgeberischen Freiheiten bereits die nötigen Schritte zu tun“ (für eine baldige Hebung des Reallohn-niveaus!). Ebenso hofft man auf Vollbeschäftigung und Wohnungsbau. Trotz der vielen Fußtritte, die die Gewerkschaften seit 1945 erhielten und die Böckler aufzählt, trotz der Tatsache, daß man die Gewerkschaften nicht einmal anhört vor der Mieterhöhung, „erwarten die Gewerkschaften vom Staat und seinen Organen, dem Parlament sowohl als der Regierung, eine durchgreifende Besserung des Bestehenden“. Nachdem die Gewerkschaftsführer so ihren guten Willen hundertmal bewiesen und ihre Dienste angetragen haben, stehen sie ganz verständnislos vor der Tatsache, daß die Kapitalisten so unvernünftig sind, und ihre Vorschläge nicht annehmen. Diese Leute sind nicht nur körperlich alt, sie sind geistig noch viel älter. Sie haben nichts zugehört und werden nichts zulernen. Die größte, schönste und idealste Gewerkschaftsorganisation mit 5 Millionen Mitgliedern wird eine stumpfe und rostige Waffe sein und bleiben mit diesem Generalstab und dieser Strategie. Der Generalstab lebt ideologisch im Jahre 1900, wir aber schreiben 1949.

Die Patentdemokraten wagten keine Diskussion über diesen wichtigsten Punkt des Kongresses. Auch die wirtschafts- und sozialpolitischen Richtlinien wurden ohne Diskussion „mit überwältigender Mehrheit“ angenommen. Feststellung der Gegenstimmen und Stimmenthaltungen erparten sich die Regisseure. Dieser Punkt war in wenigen Minuten erledigt, wobei Kummerneß als Verhandlungsleiter Wortmeldungen absichtlich überfah. Auch die Wahlen verliefen wie vorgesehen. Böckler wurde gewählt mit 397 gegen 77 Stimmen.

Von den sonstigen Anträgen wurden die reaktionärsten angenommen, z. B. der Antrag, der Bund solle für Verlängerung der Amtsperiode der Betriebsräte auf 2 Jahre eintreten. Ein Antrag auf Urabstimmung über den internationalen Anluß wurde abgelehnt.

Wovon man nicht sprach Dieser prunkhaft und mit guter Regie durchgeführte Kongreß vermied mit aller Gewalt, die wirklich brennenden Probleme der deutschen Arbeiter auch nur anzutippen: Demontagen (während des Kongresses streikten 12000 Arbeiter in Neuwed, aber es langte nicht einmal zu einem Sympathietelegramm!), Lohn-Preis-Frage, Abwertung, Arbeitsgemeinschaftspolitik. Man verhinderte jede Diskussion darüber, um nachher freie Hände zu haben für die Fortsetzung und Verstärkung der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Demokratie besteht also darin, daß die Delegierten über Literaturpreise diskutieren, während die Strategie hinter den Kulissen ausgearbeitet wird von Leuten, die völlig in ihren alten, bankrotten wirtschaftsdemokratischen Illusionen festgefahren sind.

Nur organisierte Arbeit gibt den Gewerkschaften Klassenkampfcharakter wieder Die Gewerkschaften können erst wieder kampffähig werden,

wenn eine durchgreifende Wadhäufung stattfindet. Von unten herauf muß der Druck völlige Änderung der Gewerkschaftspolitik und Rückkehr zum Klassenkampf fordern und durchsetzen. Dafür sind Möglichkeiten vorhanden, wenn es gelingt, die überall vorhandene tiefe Unzufriedenheit der Mitglieder aus passivem Abseitsstehen in aktive, organisierte Oppositionsarbeit zu formen. Systematische Oppositionsarbeit - das ist die Lehre des Münchener Kongresses. Die Christen und Reformisten arbeiten organisiert und systematisch am Abbau der Klassenkampf-gewerkschaften und unterhöheln damit auch die Organisation selbst. Nur die Rückkehr zum Klassenkampf sichert die Existenz der Gewerkschaften.

Die Schwäche der Opposition: Keine Fraktionsarbeit Zahlenmäßig war die Opposition in München nicht schwach. Die 77 Stimmen gegen Böckler kann man grob als Opposition rechnen. Aber ideologisch war sie schwach. Deswegen konnte sie so überfahren werden. Die der KPD angehörenden Delegierten haben mit einer Ausnahme eine klägliche Rolle gespielt. Braucht Eberle, ein Kommunist, sich zu Wort zu melden, um den Erzreformisten Reuter als 2. Vorsitzenden vorzuschlagen? Er wäre ohnehin gewählt worden. Diese klägliche Rolle ist kein Zufall. Sie ist die Folge davon, daß die KPD ideologisch mit den Reformisten weitgehend einig ist und dieselben Illusionen propagiert: Demokratisierung der Wirtschaft, Mitbestimmung, und jede Fraktionsarbeit ablehnt. Die Volksstimme, KPD, Köln berichtet am 24. Oktober 1949:

„Der Kölner Parteivorstand, Vorberg, wandte sich mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen gewisser Gewerkschaftsfunktionäre, eine Gewerkschaftsopposition ins Leben zu rufen.“

Gerade diese Zähmheit ermöglicht den Reformisten ihre verhängnisvolle Politik. Es blieb einigen Kommunisten, die nicht der KPD angehören, vorbehalten, die wirklich grundsätzliche Opposition gegen den Reformismus zu führen. Sie kann und wird erfolgreich sein, wenn sie durch den Druck von unten unterstützt wird.

Doppel-Regierungen Die Ausrufung der Volksblodregierung in der Ostzone hat viel Staub aufgewirbelt. Er wird betriebsam benutzt, um ihn den Werktätigen in die Augen zu streuen. Die Bonner Regierung und ihre Trabanten befreiten der Berliner Regierung Rechtmäßigkeit und Zuständigkeit. Umgekehrt befreiten die Ostregierung und ihre Mittläufer der Westregierung Rechtmäßigkeit und Zuständigkeit. Die Ostregierung erklärt sich als deutsche Gesamtregierung, weil sie für die Einheit Deutschlands das Mandat des ganzen deutschen Volkes ausübe und dabei die Unterstützung der SU habe, während die „Bonner Separatregierung“ im Auftrage der westlichen Imperialisten Teilung und Befetzung Deutschlands verewigen helfe. Die Sprecher Bonns erklären, die Ostregierung habe kein Mandat vom Volke, weil sie nicht wie die Westregierung aus „freien, demokratischen Wahlen“ hervorgegangen sei und ihre eigene Volkskongreßverfassung gebrochen habe, die solche Wahlen fordere. Die Westler berufen sich auf die Volkskongreßverfassung, obwohl sie diese ablehnen, weil der Volkskongreß nur mit Einheitslisten, nicht - wie Bonn - mit Parteilisten gewählt sei. Die Ostregierung - sagen sie - sei nur das gehorame Werkzeug der SU.

An diesen gegenseitigen Beschuldigungen ist folgendes richtig: Die Ostregierung ist die Mißgeburt, die die sowjetische Besatzungsmacht durch Vergewaltigung der Werktätigen der Ostzone gezeugt hat, wie die Westregierung die Mißgeburt darstellt, die die Westbesatzungsmächte durch Vergewaltigung der Werktätigen der Westzone gezeugt haben. Ob die Bevölkerung der Ostzone sich dem Iwan gefälliger erwiesen hat oder die Westzonenbevölkerung John Bull und den Yankees, bleibe dahingestellt. Jedenfalls haben beide „Mütter“ - im Gegensatz zu den Chinesen - sich der Vergewaltigung nicht erfolgreich erwehrt.

Diese Tatsachen sind wichtig und nicht die verschiedenen Windeln - Einheits- oder Parteilistendemokratie - in welche diese Bastarde gelegt wurden. Die Bastarde aber tragen die Züge ihrer Väter. Iwan benahm sich, ausgeplündert und ausgehungert, wie er aus der Heimat kam, barbarisch und schleppte alles Brauchbare weg. Er wurde umgänglicher in dem Maße, in dem er gesättigt war und sich von den Bundesgenossen betrogen fühlte, mit denen er Abkommen zur gemeinsamen „demokratischen Umerziehung“ und Ausbeutung Deutschlands geschlossen hatte. John Bull und der Yankee zeigten bessere Manieren, brachten Schokolade und Zigaretten, für die sie Gegenliebe fanden. Sie nahmen wenig Eisenbahnstienen und zerstörten (und zerstören) nur Konkurrenzbetriebe, nehmen keine einzelnen Maschinen, sondern „kaufen sich ein“, um sich die ganze westdeutsche Wirtschaft so gleichzuschalten, daß sie ihren Export- wie Importbedürfnissen entspricht. Diese zivilisierten Methoden bringen ihnen nicht nur freiwillige Helfer, sondern auch demokratische Mehrheiten für ihre Helfer.

Doppelregierung bedeutet Kampf auf Leben und Tod zwischen beiden. Atempausen dienen nur der Vorbereitung des Vernichtungskampfes. Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis ist die Masse der Werktätigen bloß Objekt, auf dessen Rücken der Kampf zwischen SU und angloamerikanischem Imperialismus ausgetragen wird. Um die Gegensätze dieser beiden Weltmächte auszunützen

zu können, ist erste Voraussetzung, daß die deutschen Werktätigen eine selbständige Kraft werden.

Weder KPD noch SPD noch Gewerkschaften bilden heute einen Ausgangspunkt zur Schaffung dieser selbständigen Kraft der deutschen Arbeiterklasse. Diese Organisationen sind heute lediglich Hilfsorgane der Befugungsmächte und ihrer Regierungen. Die selbständige Kraft kann nur ohne und gegen sie geschaffen werden. Dies gilt es klar zu erkennen. Das ist eine schwierige, aber keineswegs unmögliche Aufgabe. Wenn die Arbeiter der Ostzone dies erkannt haben und an die Schaffung einer selbständigen Organisation herangehen, sind die Bedingungen für sie günstiger als in der Westzone, was nicht bedeutet, daß nicht in der Westzone ebenfalls der selbständige Kampf begonnen werden muß.

Die SU ist eine sozialistische Befugungsmacht, die weder in der Ostzone noch irgendwo in der Welt nochmals kapitalistische Bundesgenossen findet wie während des Krieges. Das krampfhaftes Festhalten an den papierernen Abkommen von Jalta und Potsdam, d.h. am Bündnis mit den Imperialisten zur gemeinsamen Beherrschung und Ausbeutung Deutschlands, ist durch die Schaffung der Doppelregierungen nicht nur gegenstandslos, sondern lächerlich geworden. Lange kann auch das Zusammenwirken zwischen dem Ostblock der SU und dem vom USA-Imperialismus geführten kapitalistischen Westblock in der UNO nicht mehr halten. Die neuen Fronten im kalten Krieg entstanden gleich nach Kriegsende, als die Tinte unter dem Potsdamer Abkommen noch feucht war. Die Unfähigkeit der russischen Politiker, das bereits 1945 zu erkennen, führte zu dieser Befugungspolitik der SU. Die Annektion Ostdeutschlands bis zur Oder, die Vertreibung der Bevölkerung, die Ausraubung der Ostzone waren Fehler, die auf die Dauer die SU mehr geschädigt haben als die davon betroffenen Werktätigen der Ostzone. Diese Politik hat das Kräfteverhältnis zwischen SU und USA zuungunsten der SU verschoben.

In den nächsten Monaten wird klar werden, ob die SU-Politiker den schweren Fehler erkannt haben und bereit sind, ihn zu korrigieren. Eine noch so hundertprozentige Ostregierung aus Typen wie Pieck, Grotewohl und Konforten kann ein offenes wirkliches Bündnis mit den deutschen Arbeitern nicht ersetzen. In dem Maße, in dem ein solches Bündnis mit den Werktätigen zustande kommen würde, würde sich das Machtverhältnis zugunsten der SU in der ganzen Welt und besonders in Deutschland ändern, was unseren Interessen und denen des internationalen Proletariats entspräche.

Die ökonomischen Voraussetzungen dafür sind in der Ostzone gegeben. Junker und Konzernherren sind im Gegensatz zum Westen entmachtet. Aber das Proletariat ebenfalls. Es gilt, die Arbeiterklasse der Ostzone von all den nutzlosen Bevormundungen, Polizeiterror, Unfähigkeit korrupter Quislinge frei zu machen. Das gilt es zu erkämpfen. Freiheit wird nicht geschenkt, sondern erkämpft.

Der Neuaufbau der zerstörten Ostzonenwirtschaft ist im allgemeinen in den richtigen Bahnen. Verbesserungen der Lebenshaltung der Werktätigen sind möglich. In der SU, Polen usw. gibt es überschüssige Agrarprodukte, deren Lieferung mit hochqualifizierten Industrieprodukten der Ostzone bezahlt

werden könnte. Um die Produktivität noch zu steigern, muß mit den bisherigen Terrormethoden Schluß gemacht werden. Das Verbot der SPD in der Ostzone schadet nicht der SPD, sondern dem Ansehen der SU. Bei einer vom Polizeidruck befreiten Aufbauwirtschaft würde die SPD in Jahresfrist liquidiert - und das nicht nur in der Ostzone. Habt keine Angst vor der SPD! Ohne Verbot, ohne künstliche Einheit in der SED, bei wirklich kommunistischer Politik gäbe es heute eine kampffähige KPD in Ost- und Weltzone. Die SPD erföhre das Schicksal der Auflösung, dem jetzt die KPD der Weltzone verfällt. Mit einer kühnen marxistisch-leninistischen Politik wurde in Rußland aus dem Zustand der Doppelregierung 1917 - Arbeiter- und Soldatenfowjets und Kerenski-Regierung - der erste siegreiche Sowjetstaat. Durch zähe, geduldige Aufklärungsarbeit - nicht durch Polizeimethoden - eroberten die Bolschewiki die Mehrheit in der Arbeiter- und Bauernschaft Rußlands, ausgedrückt in der Mehrheit in den Räten. Die Epigonen, die heute die SU-Politik bestimmen, haben das „vergessen“. Wir deutschen Arbeiter müssen die Kraft werden, die dieses Beispiel zu neuem Leben erweckt.

Die bisherige fowjetische Politik hat die Voraussetzungen zur Aufrichtung der Bonner Regierung geschaffen. Ohne Beherzigung der Lehren, die zum ersten Sieg der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917 im Kampf zwischen den Doppelregierungen führten, siegt die Bonner kapitalistische Separatregierung und nicht die „gesamtdeutsche Volksblockregierung“.

Trotski - der Vater der Volksfrontpolitik Unter der Überschrift „Faschismus und demokratische Lösungen“ schrieb Trotski am 14. Juli 1933:

„In dem revolutionären Erwachen der Massen werden die demokratischen Lösungen unvermeidlich das erste Kapitel abgeben. Die revolutionäre Partei, die versuchen wollte, dieses Stadium zu überspringen, brähte sich beide Beine. Eine sehr günstige und schnelle Entwicklung der faschistischen Krise angenommen, kann die Forderung nach Einberufung des Reichstags einschließlich aller aus ihm verbannten Abgeordneten in einem gewissen Augenblick die Arbeiter mit breiten Schichten des Kleinbürgertums vereinen. Bricht diese Krise später aus, so kann die Lösung der Neuwahlen größere Volkstümllichkeit erlangen.“

Trotski verlangte, daß im faschistischen Deutschland die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie als Etappenlösung gefordert werde. Er wandte sich gegen die KPDO, weil diese damals den Kampf für die demokratischen Rechte der Werktätigen verlangte, aber die bürgerlich-demokratische Forderung nach gleichen politischen Rechten für alle Klassen ablehnte.

Etwa 2 Jahre nach Trotskis Artikel übernahm die KPD ziemlich wortgetreu dessen Programm. Sie erklärte sich für die Wiederherstellung der Weimarer Republik, für gleiche Rechte für alle Klassen, für die Schaffung einer Volksfront für diese Ziele. Sie hat also Trotskis Kind in Deutschland zur Welt gebracht.

Trotski ist aber auch der Vater der Volksfrontpolitik in den damals bürgerlich-demokratischen Ländern. Im französischen Trotskistenorgan „La Verité“ schrieb er 1933 an die Arbeiter Frankreichs über die „Situation in Europa“:

„Ihr hofft, auf dem Wege der Demokratie nicht nur zu retten, was Ihr errungen habt, sondern auch vorwärts gehen zu können. Zwingt also Eure Partei, einen wirklichen Kampf

für einen starken demokratischen Staat zu eröffnen. Möge Eure Partei eine ernsthafte Kampagne für diese Forderungen (Beseitigung feudaler Staatsrechte, allgemeines Wahlrecht ab 18 Jahre, Einkammersystem) eröffnen, möge sie Millionen auf die Beine bringen und von den Massen getragen die Macht übernehmen. Wir (d.h. die Trotzkisten) würden uns Euch gegenüber verpflichten, keine revolutionäre Aktion zu unternehmen die über die Grenzen der Demokratie hinausgehen."

Mit derselben Begründung hat auch die Komintern seinerzeit ihre Volksfrontpolitik eingeleitet. Nach der ersten großen Pleite in Frankreich (1936-38) hat Trotski die von ihm selbst geschaffene Politik genauso prinzipienlos verurteilt, wie er sie vorher hemmungslos propagiert hatte. Die französische KP, die im und unmittelbar nach dem Kriege seine Volksfrontlosungen vom „starken Staat“ u.ä. wortwörtlich übernommen hatte, hat damit de Gaulle großgepöppelt, während die jugoslawische KP mit ihrem Michailovic abrechnen konnte. Und jetzt werden die Kommunisten, die Trotskis prinzipienlose Volksfrontpolitik von Anfang an bekämpft haben, von den Praktikanten dieser Politik als Trotzkisten hinzustellen versucht.

Was das Häufchen wirklicher Trotskianhänger betrifft, so leben sie faktisch nur von der Propaganda, die Stalins Anhänger für sie betreiben. Sich selbst überlassen, wäre diese Gruppe an den tollen Ungereimtheiten aus Trotskis Nachlaß schon längst gestorben. Wenn schon der lebende Trotski den deutschen Arbeitern nichts Positives zu geben hatte, seine Adepten sind dazu noch viel weniger imstande.

Die KPD wird bolschewisiert und schreitet von Sieg zu Sieg

(Arbeiterkorrespondenz aus Hamburg)

Bürgerchaftswahlen Am 16. Oktober fanden die Wahlen zur Bürgerchaft, dem Parlament des Stadtstaates, statt. Sie brachten eine weitere Schwächung der KPD, eine Festigung der SPD und der neofaschistischen DP. Die SPD erreichte fast wieder die 43,1% von 1946, während die KPD damals 10,4% hatte, am 14. August 1949 noch 8,5, jetzt 7,4%. Bei etwas gefunkener Wahlbeteiligung ging sie zurück von 76747 auf 58128 Stimmen. Dem steht im roten Hamburg die DP gegenüber mit 104000 Stimmen. Sie stieg seit August von 13,1 auf 13,3%.

Die Hamburger KP scheint zum Probestein für die Bolschewisierung der KPD zu werden. Zwecks Bekämpfung der branderistischen Agenten war die Parteileitung reorganisiert worden: Gundlach wurde nach Bonn verfrachtet, Naujoks verfrachtete in der Verfrachtung, Willi Prinz kreuzte auf, zuerst als Beauftragter des Parteivorstandes für Hamburg, nach zwei Monaten schon als 1. Landesvorsitzender. Nach dem 14. August stellte er die „Festigung der Positionen unserer Partei und damit des nationalen Kampfes“ fest! Nach dem großartigen Wahlsieg, bei dem nämlich der kommunistische Stimmenanteil von 10,4 auf 8,5% zurückgegangen war, verstärkte Prinz die ideologische Festigung, d. h. die primitive Hetze gegen die kritischen Genossen. Im Wahlkampf wurden die größten Kanonen eingesetzt, mit dem Hauptaugenmerk auf die SPD - aber frage nicht, wie! Es kamen Budwitz, alter SPD-Mann, jetzt SED-Führer in Sachsen, und Reimann

nach Hamburg. Reimann hatte eine Verfammlng nur mit Sozialdemokraten. Die KPD machte Angebote über Angebote an die SPD-Führung. Sie schlug Nichtangriffspakte vor, sie schlug vor, auf eigene kommunistische Listen in 62 von den 72 Wahlkreisen zu verzichten. Reimann formulierte als Ziele dieser Einheitsfront von oben, die die kommunistische Bewegung zu liquidieren bereit ist:

„Wir sind bereit, mit allen um das Halten dieser Funktionen in den Händen fortschrittlicher Menschen zu kämpfen. Wir haben schon erklären lassen, daß, wenn dieser Angriff durchgeführt wird, wir auch in der Endkonsequenz für den jetzigen Bürgermeister stimmen werden, genauso wie wir für jeden Sozialdemokraten oder für jeden anderen fortschrittlichen Bürger (!) stimmen werden, wenn dieser durch die Reaktion bedroht wird.“

Das ist die Einheitsfront, wie man sie nicht machen darf: nur von oben, nicht unterstützt durch die breiten Massen, Bereitschaft zum Verzicht auf die Propagierung der eigenen, kommunistischen Auffassungen, Beschränkung des Zusammengehens auf lächerliche Parlamentswahlen und auf Verteidigung der reformistischen Positionen. Damit wird der Einheitsfront Sinn und Wert genommen. Sie soll nämlich den SPD-Arbeitern im Verlaufe der gemeinsamen Kämpfe die Beschränktheit, Falschheit, das Illusionäre der reformistischen Politik zeigen und sie zur Fortsetzung des Kampfes mit den Kommunisten über den reformistischen Rahmen hinaus führen. Diese „Einheitsfront“ des Nichtangriffspaktes dagegen stärkt die Illusionen der SPD-Arbeiter und damit die Positionen der SPD-Führung, verwirrt gleichzeitig noch die Anhänger der KPD. Soweit sind die Anhänger der Sozialfaschismustheorie gekommen, daß sie bedingungslos Schumacher, Brauer und jeden anderen fortschrittlichen Bürger wählen!

Die Quittung dieser Grundlosigkeit ist die Wahlniederlage am 16. Oktober. Prinz hat nun in einem Artikel indirekt die Reimannsche Linie angegriffen, und in der Erklärung der KPD Hamburgs zum Wahlergebnis heißt es gar:

„Die SPD profitierte aus den Gegensätzen im bürgerlichen Lager und der damit verbundenen Opposition gewisser Kreise gegen die Bonner Reaktion sowie die in der Arbeiterschaft vorhandene irriige Auffassung, man müsse die Reaktion »um jeden Preis« schlagen, wodurch Stimmen der SPD zufließen, die sie unter anderen Bedingungen nicht erhalten hätte.“

Diese irriige Auffassung hat Reimann selbst propagiert! Soll jetzt Prinz Reimann hinausboikottieren? Am besten wäre, die kommunistischen Arbeiter würden alle beide vor die Türe setzen und die Gesamtlinie der Partei einer Generalüberholung unterziehen. Nur so können sie den Zerfall der KPD in ihrer Hamburger Hochburg verhindern.

Die Reihertiegwerft wird doch demontiert Noch Mitte September erklärten die Arbeiter der Deutschen Werft in einer Entschliebung, daß „die Belegschaft unverändert auf ihrem Beschluß beharrt, die Reihertiegwerft nicht zu demontieren“. Inzwischen sind die Wahlen vorbei, der „nationale Anti-Demontageausfluß“ hat sich in Wohlgefallen aufgelöst. Brauer, SPD tat alles, um unüberlegte Handlungen der Arbeiter zu verhindern. Die kapitalistischen Partner der Nationalen Front nehmen gern die Remontagekredite aus den Steuergroßden der Arbeiter

und kaufen neue Maschinen. Übrig bleiben zum Kampf die Werftarbeiter allein. Auch die KPD kann ihnen und ihren kommunistischen Betriebsräten weder politische Führung noch außerbetriebliche Unterstützung geben, weil ihre jahrelange Verteidigung der Demontagepolitik ihr jedes Vertrauen genommen hat. Jetzt rächen sich die Sünden von 1945-48!

So kommt es, daß der Betriebsrat der Deutschen Werft beschlossen hat, die „Aufräumarbeiten auf der Reiherstiegwerft selbst auszuführen“. Es wäre besser, diese Niederlage nicht zu bemänteln mit „Aufräumarbeiten“, sondern sie offen auszusprechen und die Ursachen bloßzulegen. Hier gäbe es eine Gelegenheit, mit den SPD Arbeitern zu gemeinsamem Kampf zu kommen - wenn die KPD nicht so vorbelastet wäre. - Aufgabe der wirklichen Kommunisten ist es, hier die Front zu verbreitern, die SPD-Arbeiter heranzuziehen, andere Betriebe in Hamburg zu interessieren, Kontakt aufzunehmen mit den Demontageopfern in Dortmund, Salzgitter, Mülheim.

Keine Hoffnung auf Adenauer oder McCloy! Durch unsere Einigkeit und unseren zielklaren Kampf können wir die Demontagen verhindern.

Lohnkampf der Hafendarbeiter abgewürgt Die Hafendarbeiter der Walferkante hatten Lohnforderungen gestellt, die angesichts der Teuerung und des unsicheren Arbeitsanfalls nur zu berechtigt sind. Bewilligt wurde ihnen nur eine einmalige Überbrückungsbeihilfe von 20 DM, die von den Hafendarbeitern als reine Verhöhnung empfunden wird. Allgemeine Empörung löste die Art aus, wie die Gewerkschaftsführung den Schiedsspruch durchdrückte gegen den eindeutigen Willen der überwältigenden Mehrheit der Betroffenen. Der Spruch war schon unterschrieben, bevor die Gewerkschaftsversammlung stattfand. Eine Befragung der Vertrauensleute oder gar der Mitglieder selbst halten diese Patentedemokraten für überflüssig. Der verantwortliche Gewerkschaftsangeestellte dürfte ein Auch-Kommunist sein, der den Polten hat, aber jede revolutionäre Gewerkschaftspolitik ablehnt.

Die berechtigte Empörung der Kollegen über die Bettelpfennige und über die Methoden der Gewerkschaftsleitung dürfen nicht verpuffen oder zum Austritt führen. Sie müssen durch organisierte Arbeit ihre Führung, auch ihre kommunistischen Gewerkschaftssekretäre, so unter Druck nehmen, daß sie den Willen der Kollegen nicht länger mißachten können.

Verdärfte Ausbeutung!

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB (WWI) veröffentlicht Berechnungen über Industriegewinne und Lohnhöhe. Daraus geht hervor, daß die westdeutsche Industrie herrliche Zeiten hat. Trotz Produktionsrückgang, also Sinken des Nettoproduktionswertes, steigt der Gewinn ständig, wenn man die anomale Gewinnspitze vom März 1949 außer

Industrielle Gewinne Zeit	Index der Gewinn- malle	Realer Gewinn je Produktions- einheit
1936	100	100
1948 Juni	23	21
September	192	12
Dezember	209	115
1949 März	279	140
Juni	234	128

Acht läßt. Also trotz sinkender Produktion steigt der Bruttogewinn und der Gewinn je Produktionseinheit. Das ist der fachwissenschaftliche Ausdruck für die Preissteigerungen einerseits, Niedrighaltung der Löhne und verstärkte Rationalisierung andererseits. Für die Preissteigerungen gibt es keine Statistik, da die offizielle Preisstatistik eine einzige schlecht frisierte Lüge ist. Das WWI berechnet ganz vorfichtig das Preisniveau auf 200 bei 1936=100.

Lohnquotenentwicklung in der Industrie Zeit	Lohn- und Gehalts- summe	Löhne u. Gehäl- ter in v.H. des Nettoprodukti- onswertes
1936	100	50
1948 Juni	112	83
September	134	43
Dezember	158	43
1949 März	165	37
Juni	170	42

Wie steht es dagegen mit den Löhnen? Die Zahlenreihe der Lohn- und Gehaltssumme befaßt wenig. Denn 1. arbeiten heute in Westdeutschland mehr Menschen als 1936, 2. handelt es sich um Nominallohne, die Preissteigerung wäre nur in Rechnung gestellt bei einer

Reallohnstatistik, 3. „reicht für die Beurteilung der Kaufkraftentwicklung bei dem niedrigen Lohn- und Gehaltsniveau in anderen Arbeiterkategorien und bei der zunehmenden Zahl von Erwerbslosen (und bei der großen Zahl der Rentner mit niedrigsten Renten) die Beobachtung allein der Lohn- und Gehaltssumme in der Industrie nicht aus“.

Aufflußreicher ist die Entwicklung der Lohnquote. Abflinken des Lohnanteils am Nettoproduktionswert heißt auf deutsch: verstärkte Ausbeutung der deutschen Arbeiter. - Diese Tatsachen sind eine schlagende Widerlegung des reformistischen Geredes von der Lohn-Preis-Schraube. Denn obwohl der Lohnanteil sank, stiegen und steigen die Preise. Hier könnte man eher von einer anderen Schraube ohne Ende sprechen: der Schraube höhere Profite - niedrigere Löhne!

Diese Feststellungen des WWI sind eine schreiende Anklage gegen die reformistische Arbeitsgemeinschaft. Jetzt muß Schluß gemacht werden mit dem Gutzureden. Die Kraft der 5 Millionen muß eingesetzt werden. Hier hilft kein Mühdienstippen mehr, hier muß gepfiffen werden. Und wenn die Führung die Kämpfe nicht führen kann, müssen wir von den englischen Arbeitern lernen, organisiert zu kämpfen ohne Erlaubnis der Führung.

Auftieg der Aktienkurse

Diese Zahlenreihe, die nur die markantesten Fälle enthält und wesentlich verlängert werden könnte, ist lehrreich. Die

AEG	7	25 1/2
Hamburger Elektr. Werke	17	54
Siemens & Halske	10	38
Salzdetfurth	15	34
Harpener Bergbau	23	44
Vereinigte Stahlwerke	12	34 1/2
Mannesmannröhren-Werke	13	46
Hoefch	12	42
Demag	19	63
Karlstadt	24	62

Börse macht sich also keine Sorgen wegen des Lastenausgleichs, keine Sorgen wegen der theoretisch erforderlichen Abwertung der Aktien, keine Sorgen wegen der Entflechtung und Vergefellidhaftung aufgrund des Gesetzes Nr. 75. Die Börse weiß, daß viele Unternehmen ihre Aktiennennwerte nicht - wie nach der Währungsreform notwendig wäre - 10 : 1 abwerten werden. Viele werden ihre Dividendenzahlungen wieder aufnehmen ohne jeden Kapitalchnitt. Ebenso weiß die Börse, daß der

Eingriff bei den Grundstoffindustrien höchstens formal sein wird. Daher die Kurssteigerungen auch und gerade bei den Montanwerten. Sie gehen der USA - Kapitalinfiltrierung hoffnungsvoll entgegen. Denn sie würden eine politische Rückversicherung bedeuten, für die man schon eine kleine Versicherungsprämie zahlen will, und brächte Kapital zur Rationalisierung und damit Verhärfung der Ausbeutung der deutschen Arbeiter. Die Kurssteigerungen zeigen auch, daß die Börse die Gewinnaussichten sehr optimistisch beurteilt! - Berücksichtigen wir das für unsere Lohnforderungen!

(Fortsetzung von Seite 2) IN ENGLAND kann die Labouregierung wahrscheinlich mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie den Ausbruch großer Lohnkämpfe bis nach den Wahlen im nächsten Frühjahr zurückhalten. Die Pfundabwertung nebst einigen Aushilfen (Einsparung von 250 Mill. Pfund, Beschränkung der Reallohnenkung auf 4-5%) schafft diese Atempause. Die wirkliche Lage Englands drückt Owell so aus:

„Die Regierung befindet sich in der Lage eines Schachspielers, der fortfährt, seine Figuren zu bewegen, obgleich er längst Schachmatt ist.“

IN ITALIEN bemächtigen sich die Landarbeiter und armen Bauern des brachliegenden Gutsbesitzerlandes und bebauen es. Die Polizei schießt, es gibt Tote und Verwundete. Aber die kommunistisch geführten Gewerkschaften lassen die kämpfenden Landarbeiter nicht im Stich, wie die deutschen Gewerkschaften die Arbeiter, die gegen die Demontage ihrer Betriebe kämpfen. Sie haben einen halbtägigen Proteststreik in ganz Italien durchgeführt.

IN USA kam es zu Massenstreiks im Bergbau und in der Eisenindustrie, die sich über zwei Monate ausdehnten und z.T. noch anhalten. Ziel ist: Schaffung von Alters- und Invalidenpensionen, deren Prämien die Unternehmer in voller Höhe zu zahlen haben. Einem Streikbericht entnehmen wir aus „Le Monde“:

„Beim Bergarbeiterstreik ist es zu schweren Zusammenstößen gekommen. Bei einem Feuergefecht gab es einen Toten und mehrere Verwundete in einem Bergwerk in Alabama, wo unorganisierte Bergleute Streikbrucharbeit leisteten. Bei einem Angriff der bewaffneten Streikenden auf das Bergwerk entstand das Feuergefecht, bei dem über 1000 Schüsse abgegeben wurden.“

KURSWECHSEL IN DER DEUTSCHLANDPOLITIK. Unter dieser Überschrift berichtet das „Hamburger Echo“ am 1. November:

„Ein leitender Beamter des amerikanischen Hohen Kommissars erklärte in Frankfurt, daß in den nächsten Monaten mit einem Kurswechsel der USA gegenüber der Bundesrepublik zu rechnen sei. Diese Neuorientierung werde einmal mit der in den letzten Wochen von der SU betonten Unabhängigkeit der Sowjetzonenregierung begründet, zum anderen mit den amerikanischen Bestrebungen, die westeuropäische Wirtschaft neu zu ordnen. Die amerikanische Regierung habe klar erkannt, daß eine gesunde westdeutsche Wirtschaft (bei der sich die USA - Kapitalisten gesund machen) eine grundlegende Notwendigkeit für den europäischen Wiederaufbau sei. Ferner sei man auf amerikanischer Seite zu der Einsicht gekommen, daß man bei allen alliierten Forderungen, Westdeutschlands Industrieniveau möglichst niedrig zu halten, beachten müsse, daß der Osten gegenwärtig ununterbrochen wirtschaftlich plane und baue.“

Es berichtet weiter, „daß maßgebende britische Stellen folgende Garantie von Bonn bei eventuellen Zugeständnissen vor allem in der Demontagefrage fordern:

1. Die Bundesregierung soll sich verpflichten, das gegenwärtig Deutschland zugestandene Industrieniveau nicht zu überfordern,
2. vorbehaltlose deutsche Mitarbeit an der internationalen Ruhrkontrolle,
3. deutsche Unterstützung für die Tätigkeit der alliierten Sicherheitsbehörde.

Die britische Regierung will, wenn die Bundesregierung sie in diesen Punkten zufriedenstellt, bereit sein, alle zwischen Deutschland und den Westmächten anstehenden Fragen zu überprüfen."

So spricht man zu Euch, so behandelt man Euch, deutsche Arbeiter. Wie lange wollt Ihr dies tatenlos und ohne Protest dulden? - Es wird höchste Zeit, daß sich auch die deutschen Arbeiter zum Kampf aufrufen gegen verstärkte Kapitaloffensive, Demontage, Preissteigerungen, Massenerwerbslosigkeit, freie Marktwirtschaft und deren Folgen. Die SPD hat sich gegen Lohnerhöhungen ausgesprochen. Schumacher ist also auf der Linie Brauers angelangt. Die KPD ist diskreditiert und unfähig, den Massen, die um ihre Existenz gegen weitere Verschlechterungen kämpfen müssen, Organisation und Führung zu geben. Organisation und Führung müssen sich die Arbeiter ohne und gegen diese Partei- und Gewerkschaftsführungen schaffen.

Pressefreiheit mit Maulkorb und Verbotspeitsche

Zum Thema Pressefreiheit - die doch nach dem Grundgesetz in der Westdeutschen Bundesrepublik garantiert sein soll - wurden jetzt wieder treffende Illustrationen geliefert. Die „Westdeutsche Rundschau“, die ohne Kommentar ein Fotomile eines Plakats brachte, das den Ruhrkampels die Namen und Anschriften der deutschen Demontageverdiener nannte, wurde für die Dauer eines Monats verboten. Sie darf jetzt wieder erscheinen, nachdem der Herausgeber Wirths

„... die schriftliche Garantie abgab, daß die Zeitung in Zukunft keine Namen von Personen oder Angriffe gegen Personen veröffentlichen wird, die für die Alliierten arbeiten“.

Diese dpa-Meldung erschien am 10. 11. Schon am 11. 11. meldete die gleiche Quelle:

„Die kommunistische »Niedersächsische Volksstimme« wurde vom britischen Landeskommissar zunächst unbefristet verboten, weil sie die Belegschaft der Reichswerke und die Öffentlichkeit aufgefordert hatte, die Demontage der Reichswerke Salzgitter zu unterbinden.“

Mag die Bourgeoisie sich mit dieser Maulkorb-Pressefreiheit abfinden - steht sie doch mit ihren Klasseninteressen nicht im Widerspruch - die Arbeiterklasse kann sich weder einen Maulkorb umhängen noch widerstandslos die Schläge der Verbotspeitsche hinnehmen. Den kommunistischen Lizenzjägern muß jetzt ihre Pudel-Rolle klar sein. Die wirklichen Kommunisten müssen daraus allerorts die Konsequenzen ziehen: Aufbau von lizenzfreien und nur der deutschen Arbeiterklasse verantwortlichen Nachrichtenorganen und Klassenorganisationen, die ihre speziellen Interessen gegen jedermann wahrnehmen! Sie sind schon von ihren bescheidensten Anfängen an sowohl eine tatsächliche Gefahr für die verfaulende kapitalistische Welt als auch eine wirkliche Unterstützung für die Welt des Sozialismus.

Mit dieser Nummer der ARPO beginnt das zweite Jahr seit ihrem ersten Erscheinen. In einem Jahr hat sie ihren Umfang verdoppelt, ihre Qualität verbessert. Sie ist heute die einzige marxistische Zeitschrift, die vorbehaltlos die Interessen des deutschen Proletariats vertritt und die Kräfte für den Neuaufbau der revolutionären Bewegung sammelt.

Das nächste Ziel: von der Monats- zur Halbmonatszeitschrift, Auflegungsverdoppelung. Jeder Leser werbe einen neuen Leser. Rednet pünktlich ab und sammelt Spenden - jeder KZler gebe 10 v.H. seiner Haftentlohnung. - Auf, zu größeren und schnelleren Fortschritten in den nächsten Monaten! Redaktion und Verlag Arbeiterpolitik

Arbeiterpolitik

2. Jahrgang Nr. 12

Mitte Dezember 1949

Preis -,40 DM

Es geht um mehr als um parlamentarische Spielregeln!

Wenn man den Zeitungen, den Klagen und Gegenklagen glauben könnte, die

die kapitalistischen Mehrheitsparteien einerseits, SPD und KPD andererseits erheben, kämpfen beide Seiten um die Rettung Deutschlands. Tatsache ist jedoch, daß die deutsche Bourgeoisie, genauer die Eisen- und Kohlenbarone nur eine Form ihrer Einordnung in die amerikanische Wirtschaftsplanung gesucht und gefunden haben, die ihnen die Existenz als Teilhaber an der Ausbeutung der deutschen Werktätigen gewährleisten soll. Der Mittelsmann bei diesen Geschäften ist Adenauer, der alte Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Das Ziel, die Zusammenarbeit der westdeutschen Schwerindustriellen mit den Eisenherren Frankreichs - organisiert im Comité des Forges - ist alt. Nur die Form ist neu: Mitarbeit auf der Grundlage des Ruhrstatuts. Im ersten Weltkrieg forderte die deutsche Schwerindustrie die Annexion des lothringischen Eisenerzgebiets. Da Deutschland den Krieg verlor und die Wünsche der französischen Schwerindustrie, das Ruhrgebiet wenigstens ökonomisch zu annektieren - wie jetzt das Saargebiet - nicht realisiert wurden, einigten sich beide zwischen den beiden Weltkriegen im Eisen- und Stahlkartell. Im Ruhrstatut ist die heutige Form dieser Vereinigung gegeben, gemäß den Machtverhältnissen nach dem 2. Weltkriege - unter Leitung des amerikanischen Finanzkapitals.

Darum geht es, um nichts anderes, als um die Form der Ausbeutung der deutschen Werktätigen durch die deutsch-französischen Kohle- und Eisenkapitalisten - soweit dies den amerikanischen Zwecken entspricht. Herr Adenauer, gefühlter Jesuit, serviert dies in der Sauce eines Kampfes um Einschränkung der Demontagen. Die drei Außenminister, die auf der Pariser Konferenz die Interessengegensätze untereinander bereinigen mußten, hatten nichts gegen diesen Trick einzuwenden; er diente zur Stütze ihres eigenen Tricks, nämlich Ruhrstatut, Demontagen, Befassung usw. als notwendig auszugeben, um das Wiederaufleben des deutschen Imperialismus zu verhindern. Dafür ließ sich sogar Bevin breitschlagen, der in dieser Vereinigung eine gefährliche Konkurrenz für die englische Kohle- und Stahlindustrie sieht. Er wird als Teilhaber am Ruhrstatut weiter versuchen, zu sabotieren.

Der Heldenkampf der SPD und KPD wurde nicht und wird nicht gegen diese tatsächliche Bedrohung der deutschen Werktätigen geführt, sondern gegen die Methode, die unparlamentarische Form, in der dieses Geschäft abgeschlossen wurde. Hätte Herr Adenauer alle Wünsche Schumachers erfüllt, was wäre am Endergebnis geändert, wenn nicht der außerparlamentarische Massenkampf aufgeboten wird? (In Bad Dürkheim hat Schumacher sich verpflichtet, gerade

auf diesen zu verzichten.) Die Mehrheit in Bonn hätte parlamentarisch - demokratisch die „Abmachungen“ sanktioniert. Durch die SPD-Verfassungen und die Protestkundgebungen der Betriebsräte und Betriebsarbeiter drohte sich ein außerparlamentarischer Kampf zu entwickeln. Da haben sich schnell die beiden erbitterten Gegner ausgeföhnt. Das vertrauensvolle Zusammenspiel von Regierung und Opposition - die Tolerierungspolitik - kann weitergehen. Die Protestkundgebungen der Werktätigen werden gedrosselt - wobei auch Böcklers Feuerwehrfähigkeit sich erneut bewähren darf - und wo sie sich nicht verhindern lassen, werden sie abgelenkt auf die „Forderung“, Adenauer soll seinen Schacher vom Parlament gutheißen lassen.

Und die KPD - was tut sie? Sie fordert Volksabstimmung! Ein würdiges Gegenstück zur Klage der SPD vor dem noch nicht gebildeten Staatsgerichtshof. Die gegenwärtige Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse ermöglicht z. Z. gewiß nicht mehr als einen möglichst starken Massenprotest. Aber Volksabstimmung für die Einhaltung parlamentarischer Spielregeln ist der ungeeignetste Weg zur Massenmobilisierung. Statt dessen wäre notwendig: Proletarische Einheitsfront zur Sicherung der Existenz der Erwerbslosen und der noch Beschäftigten, Mobilisierung der Frauen gegen die Teuerung, Massendemonstrationen, verstärkt durch Proteststreiks, Erweckung des proletarischen Klassenbewußtseins und Organisierung der schlummernden Kampfkraft in solidarischen Aktionen gegen die Weiterführung der Demontagen.

Erste Voraussetzung einer solchen Politik ist allerdings die Herausschälung einer Arbeiterführung, die mit der Denkweise der herrschenden Klassen und ihrer reformistischen Mitläufer gebrochen hat. Die Arbeiter fühlen instinktiv, daß sie mit den Methoden der SPD, KPD und Gewerkschaften ihre Interessen nicht mehr verteidigen können. SPD- und Gewerkschaftsbürokratie schlußfolgern aus den mehr oder weniger begriffenen Machtverhältnissen: da wir nicht mit sofortiger Aussicht auf Erfolg gegen die Besatzungsmächte ankämpfen können, müssen wir mitarbeiten, erbetteln, was wir nicht erkämpfen können. - Die KPD nimmt dieselbe Stellung ein gegenüber der Besatzungspolitik der SU, preist sie sogar als einzig richtige Arbeiterpolitik. Erst nach der Zuspitzung der Gegensätze zwischen der SU und den Westmächten verteidigte sie die Westmächte nicht mehr, sondern macht sich zum Wortführer der russischen Besatzungspolitik in der Weltzone gegen die „Separatistenregierung“, den Marshallplan, für Handelsbeziehungen mit der Ostzone und der SU, für nationale Front mit der Bourgeoisie, für die Einheit Deutschlands.

Gewiß, unsere Stellung zur SU als der stärksten staatssozialistischen Kraft muß eine andere sein als gegenüber den kapitalistisch - imperialistischen Mächten. Das darf aber nicht dazu führen, daß wir die Polizei- und Terrormaßnahmen gegen die Werktätigen in der Ostzone unterstützen oder gar als sozialistisch ausgeben, weil die SU in der Ostzone Junker und Großkapital entmachtet hat, was gewiß unseren Interessen entspricht. Aber solange auch die Arbeiterklasse in der Ostzone entmachtet ist, polizeilich niedergehalten wird, die Arbeiter nicht selbst die politische Macht ausüben, die Wirtschaft nicht selbst aufbauen, die Resultate ihrer Anstrengungen zur Produktionssteigerung nicht der Verbesserung ihrer elenden Existenzbedingungen dienstbar gemacht werden, solange wirkt die SU-Politik nicht als nachahmenswertes Beispiel, sondern abschreckend, die KP-Politik in der Westzone verlogen. (Fortsetzung Seite 16)

Der neue Raubzug 1. Amerika - England Die den Engländern aufgezwungene 30%ige Pfundabwertung ist das Ergebnis des Druckes, dem der USA-Kapitalismus in immer stärkerem Maße durch seine eigene Entwicklung ausgesetzt ist.

Amerika, das allein den halben Weltmarkt beliefern kann, war unmittelbar nach dem Kriege mit der Bedürfnisbefriedigung des eigenen Marktes voll- auf beschäftigt. Bereits damals bekamen die amerikanischen Arbeiter zu spüren, daß der eigentliche Sieger des Krieges die amerikanische Bourgeoisie ist. Eine Preissteigerungswelle setzte ein, die den Reallohn der amerikanischen Arbeiterschaft um die Hälfte kürzte. Amerikas Monopolkapital machte selbst für amerikanische Begriffe ungeheure Profite. Stieg die Kapitalbildung, so sank im gleichen Maße die Kaufkraft der Arbeiterschaft, d.h. die Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes. Damit Verstärkung des Exportdranges. Auf der anderen Seite nehmen die profitablen Kapitalanlagemöglichkeiten ab. Das riesenhaft akkumulierte Kapital wächst rascher als seine Verwertungsmöglichkeiten. Amerika investiert um 7% weniger als vergangenes Jahr. Dieses überflüssige Kapital drängt nach Kapitalexport um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken.

Schon die Marshallplan-„Hilfe“ sieht vor, daß die aus dem Verkauf der „geschenkten“ Waren eingehenden Gelder nur mit Genehmigung der Marshallplanorganisation angelegt und verwendet werden dürfen. Damit erwies sich diese „Hilfe“ als mächtiger Hebel der Lenkung der westeuropäischen Wirtschaft im Sinne amerikanischer Interessen. Je mehr der USA-Kapitalismus ins Gedränge kommt, um so stärker sein Wille, die Hindernisse niederzureißen, die sich seinen ökonomischen Bedürfnissen entgegenstellen. In dieses Kapitel gehört die englische Abwertung. Ihre Folgen sind für England: a) Verteuerung seiner Einfuhr aus den USA um $\frac{1}{3}$; b) die gewaltigen Schulden und Zinsen Englands an USA erhöhen sich um $\frac{1}{3}$; c) das Eindringen des USA-Kapitals in den Sterlingblock wird erleichtert, da der USA-Kapitalist für die gleiche Warenmenge $\frac{1}{3}$ weniger Dollars zu bezahlen hat; d) der Zusammenbruch der englischen Sozialpolitik, das Ende des mühsam aufrechterhaltenen Burgfriedens. Die unausbleibliche Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus treibt die Arbeiterklasse zu neuen Kämpfen.

Das gleiche gilt für alle anderen Länder Westeuropas, nur daß sie nicht einmal versuchen konnten, Widerstand zu leisten. Keine der betroffenen Regierungen veräumte als Feigenblättchen ihrer Kapitulation das Argument ins Feld zu führen, die Abwertung diene der Ausfuhr. Obgleich die westeuropäischen Waren in Dollarpreisen billiger werden, gibt sich kein ernsthafter Beobachter der Illusion hin, in den USA der einheimischen Industrie Konkurrenz machen zu können. Amerikas Ausfuhr ist doppelt so hoch wie seine Einfuhr, und seine Bourgeoisie hat höhere Schutzzollschranken errichtet als die anderer Länder. Amerika ist praktisch autark, während die imperialistischen Mächte Europas in ihrer Blütezeit immer mehr ein- als ausführten und die Differenz mit den Erträgen ihrer Einnahmen aus exportiertem Kapital bezahlten. Europas Exportkapital ist zum Teufel, daher soll forcierter Export die Einfuhren bezahlen. Ein aussichtsloses Beginnen, das den sozialistischen Ausweg immer unausweichlicher macht.

2. Die DM-Abwertung Der neugebeneden westdeutschen Regierung haben die hohen Kommissare ein Ei ins Nest gelegt, daß sich neben der beschleunigten Demontage sehen lassen kann. Zunächst billigten sie Bonn nicht einmal zu, den Schein einer eigenen Entscheidung zu wahren. Die Kommissare verkündeten, daß die DM nur um 20% abgewertet wird. Die treibenden Kräfte dieser Entscheidung sind England und Frankreich. Mit Ausnahme der Goldwährungsländer haben alle Länder mit der Pfundabwertung Schritt gehalten, so daß ihr gegenseitiges Verhältnis keine Änderung erfährt. Westdeutschland wird aber von den westlichen Siegern regiert. Durch den Abwertungsunterschied haben sie sich einen erheblichen Vorteil im verschärften Konkurrenzkampf gesichert, da die deutschen Waren gegenüber ihren bedeutend teurer geworden sind. Es ist eine Parallele zur Demontage. Während in Westdeutschland fieberhaft die Stahlwerke demoliert werden, bauen Westeuropas Siegermächte eine zusätzliche Stahlkapazität von rund 10 Millionen t auf, wovon 4 auf England, 3,5 auf Frankreich und 1 auf Benelux entfallen. So sieht die Kehrseite der „europäischen Einheit“, der „wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ usw. aus. - Doch bei dieser Pferdekur blieb es nicht.

3. Die westdeutsche Exportkohle Durch die verringerte Abwertung würde sich ein bescheidener Vorteil in Form eines erhöhten Erlöses für die Exportkohle ergeben haben - ein Punkt, der Frankreich betrifft, dessen lothringer Eisen- und Stahlindustrie von der Ruhrkohle abhängt. Obgleich die Ruhrkohle bereits unter Weltmarktpreis zwangsexportiert wird, erwies sich der Geist der europäischen Zusammenarbeit erneut. Die Hohen Kommissare senkten den Kohlenexportpreis um ein Viertel von 16 auf 12 Dollar. Um sich der ganzen Tragweite dieser Ausplünderung bewußt zu werden, muß beachtet werden: a) daß Westdeutschland 1948 nur 1,37% der Weltausfuhr stellte, 1938 noch rund 10%; b) daß das Fertigwaren ausführende Westdeutschland durch die Befatzung gezwungen wird, größtenteils Rohstoffe auszuführen. Von den 236 Millionen Dollar Ausfuhr im ersten Vierteljahr 1949 waren nur 40% Fertigwaren. Im gleichen Zeitraum exportierte England für 1840 Millionen Dollar, davon 90% Fertigwaren. Die ausgeführte Ruhrkohle bringt einen bedeutenden Anteil am westdeutschen Dollareinkommen. Frankreich hat übrigens schon erklärt, die USA-Kohle durch Ruhrbezüge ersetzen zu wollen.

Wer soll aber den Einnahmeausfall bezahlen? Die Kommissare forderten eine Erhöhung des innerdeutschen Kohlenpreises. Damit wird der Masse der Werktätigen die Kohle verteuert und durch erhöhte Produktionskosten der deutschen Industrie abermals die Konkurrenz erschwert. Das pathetische Nein der Adenauer und Genossen wurde durch die Befatzung mit der unzweideutigen Erklärung beantwortet, daß ab 1. Januar 1950 die Preiserhöhung nicht zu umgehen sein wird. Haben früher die Konzerne die Inlandspreise hochgedraubt, um ihren Export zu subventionieren, so subventioniert man jetzt auch - und zwar Frankreichs Export mit deutschem Gelde.

4. Abwertungsfolgen Die „fachmännischen“ Berechnungen einer allgemeinen Preiserhöhung von nur 2-4% sind plumper Schwindel. Die Erfahrungen der Abwertungen z. Z. der Weltwirtschaftskrise, der französischen Abwertung von 1936 sowie die Resultate der politischen

Ökonomie beweisen eindeutig, daß die Preissteigerungen der Abwertung entsprechen, d. h. $\frac{1}{3}$ betragen werden. Daneben wird Westdeutschland als Prügelknabe der um den Absatz rivalisierenden Mächte weitgehend exportbehindert. Erwerbslosigkeit und angespannte Rationalisierung, d. h. verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft sind die Folgen. Westdeutschlands Industrie wird die Beute amerikanischer Börsenhyänen. Die Kosten haben die Arbeiter zu tragen.

5. Bonn verteilt die Lasten Wie so manches andere, versprach Erhard sofort, daß die Preise gehalten würden, während sein Kollege Adenauer schon wesentlich vorsichtiger meinte: „So sozial wie möglich.“ Wert ist eine Erklärung soviel wie die andere. Bereits Mitte November wurde „Kurswechsel“ angekündigt: Preis- und Lohnerhöhung statt Subvention. Wie die Arbeiter aus eigener Erfahrung wissen, ist die Lohnerhöhung eine Redensart, die Preiserhöhung eine reale Tatsache. Während viel gelehrter Kohl über soziale Marktwirtschaft, freien Wettbewerb usw. verzapft wird, besteht die freie Preisbildung nur auf dem Papier. Von den 2000 Vorkriegs-Kartellen sind die der Montanindustrie durch die Befragung erfasst worden, die anderen zwar offiziell verboten, bestehen aber als „Abreden“ weiter, was am besten dadurch bewiesen wird, daß ein geplantes Dekartellierungsgesetz laut „Welt“ vom 2. 11. „in weiten Kreisen der Wirtschaft eine erhebliche Unruhe hervorgerufen hat“. Aus der gleichen Quelle erfährt man, daß das zu 1,22 DM verkaufte Pfund Margarine einen „den Rohstoffen und Löhnen angemessenen Preis“ von -,60 DM haben müßte. Die Preisbewegung wird also vom Unternehmertum zu erhöhtem Preiswucher an den werktätigen Massen benutzt werden.

Der schwersten Belastung der Arbeiterhaushalte stehen großzügige Geschenke an in- und ausländische Kapitalisten gegenüber, so z. B. die geplante Steuerreform. In Steuerklasse I wird bei einem Jahreseinkommen von 3000 DM 67 DM weniger an Einkommensteuer zu zahlen sein. Bei 18000 DM werden 1491 DM weniger gezahlt. Der Unternehmer, der 200000 DM jährlich versteuert, erspart gar 27000 DM im Vergleich zu den alten Sätzen, ungeachtet der Tatsache, daß diese Klasse notorisch Steuern hinterzieht. Als Zugabe ist eine Steueramnestie vorgesehen. Die soziale und christliche Gesinnung der Bonner Regierung schenkt also dem Versteuernden um so mehr, je mehr er verdient. In die gleiche Rubrik fallen die deutschen Auslandschulden. Die vorinflutlichen deutschen Amerikaanleihen werden ausgegraben und präsentiert. Bis jetzt handelt es sich um eine halbe Milliarde Dollar an Schuldverdreibungen der Industrie. „Gestreift“ wurde aber schon die Reichs-, Länder- und Städteverschuldung, die 1933 beinahe 10 Md. RM betrug. Auch Großbritannien kümmert sich um seine eingefrorenen Anleihen, die noch wesentlich höher sind.

6. Die deutsche Arbeiterklasse vor einem neuen Würgegriff Nach all den bisherigen Erfahrungen können die Arbeiter nicht damit rechnen, daß die 125 Minister und 2000 Parlamentarier mit denen die sogenannte Bundesrepublik gesegnet ist, ihnen die erdrückenden Lasten vom Halbe halten werden. Im Gegenteil. Sie sind die phrasendreschenden Beauftragten des in- und

ausländischen Kapitals. Indessen sind die Pläne dieser Herren nur ausführbar, wenn die Arbeiter sie sich bieten lassen. Die Rettung liegt demnach in der Hand der Arbeiter selbst. In England, Frankreich und Italien hat die Arbeiterchaft bereits mit Abwehrkämpfen begonnen. Erfolge können diese Kämpfe allerdings nur haben, wenn der Lohnkampf in den Kampf um die politische Macht verwandelt wird. Zu diesem Ziel, zur Räterediktatur, führt nur der Weg des unverföhllichen Klassenkampfes, den heute alle lizenzierten Arbeiterorganisationen Westdeutschlands verleugnen. Gewerkschaften, KPD, SPD - sie alle haben das sogenannte „Mitbestimmungsrecht“ auf ihre Fahnen geschrieben, ein Recht, von dem Böckler in München mit vollem Recht sagen konnte, daß es die „organische Einheit von Kapital und Arbeit“ darstelle. Die SPD steht in „konstruktiver“ Opposition, womit sie ihr Bedauern kundtut, nicht ähnlich ihren Labourgenossen arbeiterfeindliche Regierungspolitik treiben zu dürfen. Die KPD will die nationale Front mit den Unternehmern. Findet die deutsche Arbeiterklasse den Willen zur Abwehr des Kapitalangriffes, dann wird sie auch die Kräfte entfalten, anstelle der abgewirtschafteten Veteranenvereine eine zielbewußte Arbeiterpartei zu setzen.

32 Jahre Sowjet-Union Die Entstehung und Entwicklung der SU widerspricht vollkommen den westeuropäischen Vorstellungen einer proletarischen Revolution. Nach diesen Anschauungen erkämpft ein zahlenmäßig starkes und ökonomisch ausschlaggebendes Proletariat der höchstentwickelten kapitalistischen Länder die politische Macht und „führt den Sozialismus ein“. Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten und Reformisten geschieht dies allmählich, ohne Chaos und Bürgerkrieg (man kauft die Kapitalisten allmählich aus) - Labour-Regierungspolitik in England. Nach landläufigen kommunistischen Anschauungen geschieht dies mittels Bürgerkrieg und einer kurzen Periode der Diktatur des Proletariats. Die Vorstellungen über die Form der Diktatur sind sehr unbestimmt. (Sie gehen bis zu syndikalistischen Auffassungen, wonach die Betriebe durch Mehrheitsbeschlüsse der Belegschaft übernommen und geleitet werden, entweder auf Rechnung der Betriebsbelegschaft oder im Interesse der Gesamtheit, nach einem von den Arbeitern aufgestellten und durchgeführten Plan.)

Die erste proletarische Revolution, die im November 1917 siegte und sich seitdem behauptet, verlief ganz anders. Wer heute die Probleme des Sozialismus und der proletarischen Revolution studieren will, kann dies nicht aufgrund überlieferter Vorstellungen, aus Büchern und Programmen tun, sondern muß sich an den Erfahrungen dieser ersten siegreichen Revolution orientieren.

Erste Korrektur: Die erste proletarische Revolution begann nicht in einem der industriell fortgeschrittensten, sondern in einem feudal-rückständigen Bauernland mit einem Einsprengel moderner Großbetriebe, die in der Hauptsache Eisenbahn- und Kriegsbedarf produzierten. Diese technische, kulturelle und politische Rückständigkeit des zaristischen Rußland war die Ursache der Niederlagen im 1. Weltkrieg. Diese Niederlagen beschleunigten den Verfall des Zarenreiches, setzten die revolutionären Kräfte in Bewegung, die die Vernichtung des zaristischen Staatsapparates herbeiführten und die Diktatur der beiden revolutionären Klassen, Arbeiter und Bauern, ermöglichten.

Der Umstand, daß die europäischen Imperialisten noch über ein Jahr miteinander Krieg führten, ermöglichte eine Atempause für die hungernden und erschöpften Werktätigen – von den deutschen Imperialisten erkaufte durch Unterzeichnung des Brest-Litowsker Raubfriedens – gegenüber den anglo-amerikanischen, französischen und japanischen Imperialisten, ermöglichte auch den Zeitgewinn zur Organisierung einer revolutionären Armee zum Niederkämpfen der fremden Interventionstruppen und der einheimischen Konterrevolutionäre. Das waren Ausnahmestände, wie sie für kein anderes Land bestanden und kaum ein zweites Mal wiederkehren dürften.

Zweite Korrektur westeuropäischer Vorstellungen: Die bürgerliche Revolution, die in allen westeuropäischen Staaten bereits vollzogen war, leitete die russische Revolution ein. Die Absetzung des Zaren Nikolaus war das Werk der russischen Bourgeoisie, gefördert von den englischen und französischen Gesandtschaften. Die Arbeiter und Soldaten – die Soldaten waren bewaffnete Bauern – schlossen sich nach dem Muster der Revolution von 1905 in Sowjets zusammen. 1905 scheiterte die Revolution, weil die Bauern zu schwach und spät ihren Kampf aufnahmen, um das Staats- und Gutsbesitzerland unter sich aufzuteilen. 1917 waren die Bauern von Anfang an dabei: bewaffnet, kriegsmüde, zerfielen sie die zaristischen Armeen, und geführt von der Arbeiterklasse führten sie die Bodenaufteilung durch, gegen den Widerstand ihrer eigenen Partei, der Sozialrevolutionäre und der provisorischen bürgerlichen Regierung. Das Proletariat wurde zielklar geführt von der bolschewistischen Partei, die durch zähe, unermüdete Aufklärungsarbeit und den gegebenen Kräfteverhältnissen entsprechende Aufstellung richtiger Etappenziele, die Mehrheit der Bevölkerung für die radikale Revolution, d.h. Vernichtung des alten Staats- und Machtapparates, eroberte, ausgedrückt in der Eroberung der Mehrheit in den Sowjets, die anfangs eine menschenwirthschaftlich-sozialrevolutionäre Mehrheit gehabt hatten. Der Kampf Sowjets – bürgerliche Regierung endete mit dem Sieg der Sowjets und Vertreibung der bürgerlichen Regierung.

Dritte Korrektur: Die zahlenmäßig stärkste revolutionäre Klasse war die Bauernschaft. Ihre revolutionäre Elementargewalt war entscheidend für die Vernichtung der ökonomischen Wurzeln des Zarismus; aber diese in hundertaufenden von Dörfern zerstreuten Bauern wären ohne die organisierende Kraft des Proletariats nicht siegreich aus dem Kampf um den Boden hervorgegangen. Dieser Doppelcharakter der russischen Revolution charakterisiert bis heute Form und Inhalt der SU. Die Arbeiter mit sozialistischem Klassenbewußtsein stellten und stellen die politisch fortgeschrittenste Klasse in der russischen Gesellschaft dar. Zahlenmäßig waren sie 1917 mit 2 500 000 Köpfen eine verschwindende Minderheit, ökonomisch war die rückständige Bauernwirtschaft ausschlaggebend. Eine solche Klassenlage besteht in keinem europäischen Industrieland. Das Proletariat dieser Länder findet nirgends einen so revolutionären Bundesgenossen. Der westeuropäische Bauer ist Privateigentümer oder kapitalistischer Pächter; er kann vom revolutionären Proletariat im besten Falle neutralisiert, der proletarischen Revolution gegenüber wohlwollend passiv gemacht werden.

Alle diese für die Machteroberung günstigen Umstände bilden aber den schwersten Hemmschuh für den weiteren Aufbau der SU.

Mit der Machteroberung begann der Kampf mit dem Hunger. Der Bauer, Bundesgenosse beim Sturz des Zarismus, verwandelte sich in einen Nutznießer des Elends. Er hielt das Brotgetreide zurück in Erwartung steigender Preise. Das Proletariat mußte die Betriebsführung erst mühselig erlernen, die Industrie verfiel – die Bauern konnten nicht mit Industrieprodukten beliefert werden. Gegen entwertetes Geld lieferte der Bauer überhaupt nicht. Brot mußte vom reichen Bauern, dem Kulaken, requiriert werden. Der Dorfarme und Landarbeiter mußte organisiert und gegen den wuchernden Kulaken eingefest werden. Städtische Proletarier mußten als bewaffnete Requirierungskommandos ins Dorf geschickt werden. Es kam zu Bauernaufständen, organisiert und unterstützt von den geschlagenen Parteirümmern, Sozialrevolutionären, Menschewiki, Kadetten und allen Konterrevolutionären. Nach der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges konnte die dreijährige Politik des Kriegskommunismus nur durch eine neue ökonomische Politik überwunden werden. Das bedeutete Erfatz der Requisitionen durch Naturalsteuer, die später in Geldsteuer umgewandelt wurde, nachdem die Finanzen geordnet waren. In Büchern und Programmen stand und steht nichts über die Lösung dieser Aufgaben. Alles mußte mühsam durch Erfahrungen gelernt werden. Zum ersten Mal in der Geschichte stand das Proletariat vor der Aufgabe der Übernahme und Leitung der Produktion. Arbeitsdisziplin, nicht mit der Knute der Leibeigenschaft oder der Hungerpeitsche kapitalistischer Lohnarbeit, sondern Disziplin aufgrund freiwilliger Einsicht in die Notwendigkeiten der Produktion der Gesamtheit für die Gesamtheit, sollte geschaffen werden. Tausende Dekrete, den wechselnden Anforderungen angepaßt, wiederholt geändert, bildeten nur eine Richtschnur. Die alten Traditionen zeigten eine zähe Lebenskraft und drohten die zahlenmäßig schwachen sozialistischen Kräfte zu vernichten. Ohne Zwang, ohne Herausbildung einer neuen Arbeitsteilung zwischen Leitenden und Geleiteten ging es nicht. Die Rückständigkeit war barbarisch, barbarische Mittel waren zu ihrer Bekämpfung unvermeidlich. Die entstehende Bürokratie wurde aus den besten, opferbereitesten Kräften der Arbeiterklasse und des Bürgertums ausgewählt. Die Intelligenz wurde als Spez zu Spez-Gehältern herangezogen, streng überwacht von revolutionären, aber fachunkundigen Arbeitern. Aber auch die Bürokratie stand unter alten Gewohnheitseinflüssen, lernte nur mühselig sozialistisch verwalten und führen. 1928 konnte man zur Planwirtschaft, zum Aufbau eines modernen Produktionsapparates schreiten. In 5jährigen Beratungen, Vorbereitungen, Parteidiskussionen, in die die breitesten Massen einbezogen wurden, vollzog sich die Massenmobilisierung zur Durchführung des ersten Fünfjahresplanes und der Kollektivisierung der Landwirtschaft. Die Fraktionskämpfe waren die Begleitererscheinungen dieser Massenmobilisierung. Ohne Zusammenlegung der Einzelwirtschaften der Bauern ist moderne Landwirtschaft, die Traktoren, Erntemaschinen, Kunstdünger und moderne Agronomie anwendet, unmöglich. Ohne moderne Landwirtschaft, die die Industrie mit Rohstoffen, die Städte und die Armee mit Nahrung versorgt, ist industrielle Planwirtschaft nicht möglich. Eins bedingt das andere. Nach jahrelanger vorbereitender Diskussion mußte beschlossen werden. Die Beschlüsse waren bindend für alle. Wer dagegen handelte, sabotierte bewußt oder unbewußt. Er war der Feind, er bedrohte die Existenz der SU und wurde als Feind behandelt.

Die SU blieb allein in feindlicher kapitalistischer Umwelt. Die Revolution des Jahres 1917, entstanden im Gefolge des ersten imperialistischen Krieges, im ökonomisch und kulturell rückständigen Rußland, stand vor der Aufgabe, erst die Vorbedingungen einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen: ein zahlenmäßig und ökonomisch entscheidendes Proletariat und einen modernen Produktionsapparat. Mit den Sowhofen und Koldhofen wurde eine moderne Agrarwirtschaft geschaffen. Der Bauer kann keine fremden Arbeitskräfte mehr ausbeuten, obgleich er als kollektiver Warenproduzent die Überschüsse über die Pflichtleistung für den Staat auf dem freien Markt verkaufen kann. Als Warenproduzent, der die Marktlage ausnützt, beutet er den Konumenten aus. Seine Verwandlung in einen Arbeiter der Sowhofen-Staatsgüter ist die nächste Etappe, die den kollektiven Warenproduzenten ablöst, wie der Koldhosbauer den Einzelwarenproduzenten abgelöst hat.

Die 1917 vollkommen mangelnden Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft sind zum größten Teil in den 32 Jahren geschaffen worden: ein moderner Produktionsapparat, ein zahlenmäßig und ökonomisch entscheidend ins Gewicht fallendes Proletariat als herrschende Klasse. Die Leitung von Wirtschaft, Staat, Politik, wird noch von der regierenden Partei- und Staatsbürokratie ausgeübt. Sie ist ein unvermeidliches Durchgangsstadium, unvermeidlich solange, bis die Werktätigen der SU fähig sind, die Verwaltung der Wirtschaft und, solange noch erforderlich, des Staates, demokratisch und ohne Bürokratie selbst auszuüben. Inwieweit die Bürokratie die innere Entwicklung schon hemmt, inwieweit sie noch unentbehrlich ist, läßt sich aus der Ferne schwer beurteilen.

Außenpolitisch und als Führer des revolutionären Proletariats entwickelter Industrieländer ist die in der SU regierende Bürokratie ein Hemmschuh. Ihre Unfähigkeit, die Kräfteverhältnisse außerhalb der SU marxistisch-leninistisch richtig abzuschätzen und sie zweckmäßig zur Förderung der latenten revolutionären Kräfte in Westeuropa anzuwenden, ist durch die Komintern-, Kominform- und Burgfriedenspolitik dieser Bürokratie mit den Imperialisten bewiesen. Die ultralinke Politik, die diese Bürokratie 1928 in Deutschland oktroyierte, die Volksfrontpolitik 1935-38 in Frankreich, die bornierte, schlaufeinwollende Politik, die der revolutionären Gegenwehr der spanischen Werktätigen gegen die von Mussolini-Hitler geförderte Meuterei Francos das Rückgrat gebrochen hat, die Jalta-, Potsdam-Abmachungen, das Festhalten am Bündnis mit dem angloamerikanischen Imperialismus zur gemeinsamen Beherrschung Deutschlands - alle diese Handlungen sind in ihrer Wirkung auf das westeuropäische Proletariat konterrevolutionär. Diese Fehler konnte die SU mit riesigen Blutopfern im zweiten Weltkrieg korrigieren, weil die innere Politik dieser Bürokratie trotz dieser Fehler die Kräfte schuf, die Hitler schlagen konnten. Diese opferreiche Korrektur ist aber kein Beweis der Richtigkeit ihrer Komintern- und Außenpolitik.

Indem wir versuchen, eine Kraft zu schaffen, die die Interessen des deutschen Proletariats gegen diese fehlerhafte Politik verteidigt, dienen wir den wahren Interessen der SU besser, als die SU-Bürokratie, die glaubt, Methoden und Formen der russischen Entwicklung ließen sich, weil in der SU als richtig erprobt, auch auf Deutschland und Westeuropa übertragen.

Die Imperialisten bekämpfen die SU nicht wegen ihrer Fehler - sie nützen diese nur aus - sie bekämpfen die SU als sozialistischen Machtfaktor, der sie an der Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne hindert. Wir unterstützen und verteidigen die SU als sozialistisches Kraftzentrum - trotz ihrer unschädlichen Fehler. Wir kämpfen gegen diese Fehler, um das westeuropäische Proletariat zu einer revolutionären Kraftquelle, zu einem gleichwertigen Verbündeten der SU zu machen.

(Wegen Platzmangel verpätet.)

„Ungeahnte Möglichkeit des Aufstiegs“ überschreibt der Parteivorstand der KPD seine Erklärung zur großzügigen Botschaft Stalins an die Ostzonenrepublik. In die Verpfändung baldiger Räumung der Ostzone werden aber von Gerhard Eisler, Pressedirektor der Ostzonenregierung, einige bittere Tropfen gegossen. Auf seiner ersten Pressekonferenz (18. 10.) erklärte er:

„Amerikanische imperialistische Abenteurer könnten der Verführung erliegen, in Ostdeutschland einen Bürgerkrieg zu provozieren. Daher könnte die Evakuierung der russischen Truppen sich verzögern, um diese Pläne nicht zu ermutigen. Eine teilweise Evakuierung sei jedoch in naher Zukunft möglich.“

Reimann, Pieck und Grotewohl wollten doch die SU verteidigen. Bisher sieht man nur, daß sie sich von der SU verteidigen lassen müssen. Wieviel Jahre werden sie noch brauchen, bis sie mit den kapitalistischen Bürgerkriegsplänen in der Ostzone selber fertig werden können? Statt die SU militärisch zu entlasten, vergrößern sie die Anforderungen an die Rote Armée.

Die Ostzonenpresse befaßt sich jetzt häufig mit Demontagegütern, die von der SU zurückgegeben werden. So berichtet die „Tribüne“, Wochenzeitung des FDGB, am 1. 10. über das Stahlwerk Riefa:

„Riefa war nach Abschluß der Kampfhandlungen zu 95% demontiert worden. Am überzeugendsten wirkte (für den inzwischen mit SU-Hilfe erfolgten Aufbau) die aus der SU gelieferte neue Walzstraße.“

Die Zeitschrift für die volkseigenen Betriebe „Der Volksbetrieb“ bringt im Oktober eine Abbildung einer Feineisenstraße. Dazu heißt es im Text:

„Eine von der SU aus Reparationsgütern zurückgegebene Feineisenstraße wurde in Kirchmöser in Betrieb genommen.“

Kein Bericht erinnert daran, daß diese gleichen Produktionsmittel als „Werkzeuge der Rüstungsindustrie“ mit offener Zustimmung der SED demontiert wurden. Der SED-Führung, die prinzipienlos zu allem, was die SU macht, ja sagt, wird jetzt durch diese Rückgaben ihre Unfähigkeit bescheinigt, die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der deutschen Arbeiterklasse - die sich mit den wahren Interessen der SU decken - gegen die Fehler der SU-Bürokratie wahrzunehmen. Wieviel wirtschaftliche Kraft hätte der sozialistische Weltfaktor mehr, wenn sie als Kommunisten Lenins Prinzip - Friede ohne Annexion und Kontribution - auch der SU gegenüber durchgesetzt hätten! Auf alle Fälle hätten sie die Durchführung dieses Prinzips verlangen müssen.

Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß hier Produktionsmittel der deutschen Arbeiterklasse demontiert wurden - und zugleich demontierte man damit erhebliche Mengen Sympathie für die SU. Man demontierte die Aufbaukraft des kommunistischen Lagers in der Ostzone und die Kampfkraft des kommunistischen Lagers in den Westzonen. Wer könnte diese Kraftfaktoren für den Sozialismus übersehen! - Mit den jetzigen Rückgaben kann die SU nur tropfenweise die Sympathien zurückgewinnen, die sie faßweise abfließen ließ und in Form von Reparationen aus der laufenden Produktion noch täglich abfließen läßt.

Kampf der Arbeiter-Feuerwehrarbeit Böcklers

(Arbeiterkorrespondenz aus Westdeutschland)

Erfolgreicher Streik gegen die Demontage 12000 Arbeiter des Neuwieder Industriegebietes (Rheinland-Pfalz) hatten geschlossen einen Proteststreik gegen die Demontage der Seifenfabrik Siegert durchgeführt. Durch diesen geschlossenen Ausdruck des Verteidigungswillens der Arbeiterschaft wurde die Demontage vereitelt. Es wird erwartet, daß das Werk bald seinen Betrieb in vollem Umfang wieder aufnehmen kann.

So ist's richtig! Die Flugblätter und Plakate gegen die Demontagen reißen nicht ab im westdeutschen Industriegebiet. „Volksverräter am Werk, notiert Euch ihre Namen“, heißt die Überschrift auf anonymen Plakaten an den Mauern und Säulen verschiedener Orte in den letzten Oktobertagen. Die Plakate erscheinen in laufenden Fortsetzungen und enthalten ein Verzeichnis von bisher 18 deutschen Demontageunternehmen mit genauer Anschrift und der Angabe des von diesen demontierten Werkes. Die Demontagefirmen werden darin als Nutznießer der Not des deutschen Volkes bezeichnet. - Aus diesen Plakaten spricht ein gesunder Klasseninstinkt. Während die KPD die Betriebsarbeiter gegen die Demontearbeiter aufputschen wollte, wird von diesen wirklichen Kommunisten die richtige Linie bezogen:

|| Kampf gegen die Demontage und gegen die deutschen Kapitalisten, die an der Demontage noch verdienen. Nicht nationale Front, sondern Klassenfront - auch und gerade in der Demontagefrage, muß unsere Linie sein. Nur so werden wir die französischen und englischen Arbeiter für die Unterstützung unseres Kampfes gewinnen können.

Feuerwehrmann Böckler Bei Schachts jüngstem Besuch in Düsseldorf kam es zu Demonstrationen der empörten Arbeiterschaft. Die Polizei mußte ihn in Schutz nehmen und in Sicherheit auf den Duisburger Bahnhof bringen. Doch schön, daß wir eine demokratische Polizei und einen SPD-Innenminister haben. - Die Staatsanwaltschaft hat gegen die demonstrierenden Arbeiter Voruntersuchung zwecks Klageerhebung eingeleitet.

Die Vollversammlung der 600 Düsseldorfer Betriebsräte wollte am 24. Oktober dazu Stellung nehmen. Aber den Betriebsräten wurde durch den DGB-Ortsauschuß jede Stellungnahme untersagt, obwohl 3 Tage vorher diese Versammlung und die Diskussion beschlossen worden war. Hinter diesem Verbot liegt die Intervention Böcklers. Unter dem Protekt der Versammlung erklärte man vom Ortsauschuß, man wolle nicht den Einzelfall Schacht diskutieren, wenn in Düsseldorf und anderswo so viele Schachts herumliefen. Aus der Versammlung wurden gegen diese faule Ausrede erregte Zwischenrufe laut, die darauf verwiesen, daß in einer Demokratie doch jederzeit eine sachliche Diskussion des Falles Schacht möglich sein müsse.

Die Düsseldorfer Betriebsräte dürfen sich mit dieser Diktatur der Gewerkschaftsbürokratie nicht abfinden und müssen für die Zukunft Vorforge treffen, daß ihnen nicht mehr die Redefreiheit auf ihren Versammlungen genommen

wird. Die Entscheidung der Bödker und ihrer örtlichen Handlanger zeigt, wer mehr Klassenbewußtsein und mehr Kampfwillen hat, die Führung oder die Massen.

Sind Pieck und Reimann Kriegshetzer? **„Wie stehen wir Kommunisten zur Ostfrage?“**

Entgegen allen Unterstellungen und Verleumdungen und entgegen den chauvinistischen Verhebungen reaktionärer Kreise ist die Stellungnahme der Kommunisten und der SED zur Ostfrage eine klare und eindeutige. Verantwortliche Vertreter der SED und KPD führten zur Ostfrage u. a. aus:

Wilhelm Pieck, Vorsitzender der SED: »Die SED tritt entschieden dafür ein, daß auf der kommenden Friedenskonferenz die Ostgrenze einer Revision im Interesse des deutschen Volkes unterzogen wird . . .«

Max Reimann, Vorsitzender der KPD in der britischen Zone: »Das deutsche Volk und wir sind bei der vorläufigen Festlegung der Ostgrenze nicht gefragt worden. Wir erklären offen, daß wir sie nicht als endgültig anerkennen können . . .«

Soweit einige Auszüge aus einem Wahlflugblatt der KPD Wasserkrante, Oktober 1946. Am 20. Oktober 1949 erklärte Grotewohl:

„Deutschlands Ostgrenze, die Oder-Neiße-Linie, wird eine Grenze des Friedens bleiben, und jeder, der sie zu ändern wünscht, wird von uns als ein Gegner des deutschen und polnischen Volkes sowie als Kriegshetzer betrachtet werden.“ (Welt, 21. 10. 1949)

Kommentar überflüssig!

Aus der Arbeiterbewegung

Gen. Grönsfelder aus der KPD ausgeschlossen

Von den vielen Parteiausführungen der letzten Zeit ist besonders lehrreich der des Gen. Grönsfelder. Jeder sachlichen Diskussion ausweichend brachte die Parteizeitung „nur einige Schimpfartikel. Überschrift: „Der Verachtung der Arbeiterbewegung preisgegeben. Grönsfelder ausgeschlossen.“ - Gen. Grönsfelder ist einer der besten Funktionäre der Nürnberger Arbeiterbewegung und heute noch aktiv als Betriebsrat. Während die Parteizeitung schrieb:

„Mit seiner Stellungnahme gegen Potsdam stellte sich Grönsfelder in eine Reihe mit den Propagandaagenturen der kapitalistischen Befehlsmächte“,

beschlossen die Betriebsräte der Triumph-Werke eine Erklärung, in der es heißt:

„Betriebsräte, Vertrauensleute und Belegschaft kennen seine Tätigkeit und wissen sie zu schätzen. . . Wir wenden uns dagegen, daß die Arbeiterbewegung sich nur aus Mitgliedern der KPD zusammensetzt, wie aus dem Artikel der Nordbayrischen Volkszeitung zu entnehmen ist. Wir nehmen für uns in Anspruch, als Schaffende auch ein Glied der Arbeiterbewegung zu sein und werden Kollegen Grönsfelder nach wie vor das gebührende Vertrauen entgegenbringen.“

Diese Erklärung fand die Zustimmung aller KPD-Genossen. Aber der Parteileitung fehlte der Mut, diese Erklärung der wirklichen Arbeiter ihren Lesern mitzutellen.

Betriebsratswahl bei Opel, Rüsselsheim

10 000 Arbeiter und 2000 Angestellte wählten dieses Jahr nur 2 Kommunisten in den Betriebsrat, gegen 17 im Vorjahr. Der Betriebsrat hat 26 Mitglieder. Opel war eine Hochburg der KPD in Hessen.

Nach der Bildung der Ostregierung

(Arbeiterkorrespondenz aus der Ostzone)

Hinter den Kulissen hat es vor Bildung unserer Marionettenregierung

Kämpfe gegeben. Bezeichnend für die Regierung ist das widerliche Herumreiten auf den Potsdamer Beschlüssen und den Wiedergutmachungsverpflichtungen. Interessant auch das Stalin-Telegramm. Jetzt sieht er ein, daß die deutsche Arbeiterklasse eine wichtige Stellung für die weitere Entwicklung einnimmt und schmirt ihr Honig um den Bart. Zweifellos eine Art Wende. Aber wieder durch und durch unehrlich. Das Bündnis basiert nicht auf der Gleichberechtigung, sondern auf der weiteren Ausplünderung. - Beim Regierungsgründungskulissenstieben verlangten die bürgerlichen Parteien Wahlen, wobei sie sich klar waren, daß die SED eine vernichtende Niederlage erleiden würde. Gerade das wußte die SED-Führung auch. Infolgedessen mußte man bei der Regierungsbildung bedeutende Zugeständnisse machen. Die bürgerlichen Parteien haben z. Z. die Mehrheit. Dertinger, alter Reaktionsär und Stahlhelmer, CDU, wird nun als Außenminister internationale Solidarität und brüderliche Verbundenheit mit der SU und den Volksdemokratien organisieren. Sein freiwilliger Regierungseintritt ist ein zweifelhafter Erfolg. Man will Demokratie spielen und hat keinerlei ökonomische Voraussetzungen dafür. Das rächt sich, indem man laufend die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie verletzen muß. Proletarische Demokratie ist aber nicht möglich, da sie erst unter Vernichtung des ganzen Bürokratenapparates erkämpft werden muß.

Nun sieht sich die SED vor der Notwendigkeit, die einjährige Gnadenfrist bis zu den Wahlen auszunutzen. Einerseits laufen alle Anstrengungen darauf hinaus, in den Betrieben die Positionen zu stärken und die Proleten zu gewinnen, andererseits geht man daran, die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien zu bekämpfen. Also oft erprobte und immer erfolglose Volksfrontpolitik. Vielleicht gelingt es mit Hilfe der Russen, die recht aktiv unter dem Schutze der verfassungsmäßigen Rechte auftretenden Reaktionäre in den bürgerlichen Parteien zu isolieren. Diese Taktik fußt aber auf falschen Voraussetzungen. Bei diesen sogenannten Reaktionären handelt es sich um Leute, die selbständige bürgerliche Klassenpolitik machen möchten und die die wirklichen Stimmungen in den bürgerlichen Parteien widerspiegeln. Je mehr man unbequeme Elemente ausschaltet, um so unzufriedener wird die Masse der nach Westen schielenden kleinbürgerlichen Mitgliedschaft, um so weniger ist sie bereit, die Politik ihrer Führung mitzumachen. Ebenso wie in der SED, ist auch in den bürgerlichen Parteien die Mitgliedschaft nicht dafür zu gewinnen, der Politik ihrer Führung durch aktive Arbeit festen Boden unter den Füßen zu schaffen. Sie geht eben von ihrem Klasseninteresse aus, nicht von den demagogischen, pfiffig-dummen Thesen Ulbrichts, der erklärte:

„Die reale Lage erfordert, daß der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien mit aller Kraft gefestigt wird, d. h. daß die demokratischen Kräfte in den anderen Parteien aktiviert und die antinationalen Kräfte isoliert werden. Die gemeinsame Arbeit, wie sie als Plattform des Blocks formuliert wurde, ist der Ausgangspunkt für die ganze weitere Entwicklung. Wir haben nicht deshalb unsere Regierung, die Zusammenarbeit mit anderen Parteien organisiert, um dort innere Auseinandersetzungen zu führen. Wir wünschen eine

feite, kameradfräftliche Zusammenarbeit. Wer nicht einverstanden ist - gut, mit dem werden wir uns auseinandersetzen. Soll die Bevölkerung erfahren, wer er ist."

Pfiffig-dumm! Mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Versprechungen und Drohungen will Ulbricht die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien erreichen. Tragikomisch der Hinweis, man werde es der Bevölkerung sagen, wenn sich ein Bürger schlecht benimmt. Die Bevölkerung wird nicht den Bürger aufhängen, wohl aber Ulbricht, wenn sie Gelegenheit dazu erhält.

Die Proleten können diese Politik mit doppeltem Boden nicht verstehen. Sie geben sich auch gar keine Mühe. „Die neue Regierung soll erst mal beweisen, was sie uns geben kann“, ist ihre Meinung zur Regierungsbildung.

Die SED ist sich klar, daß man tatsächlich die Lage der Massen verbessern muß. Zu lange sind die Proleten hingehalten worden, zu oft hat man versprochen, ohne die Versprechungen einzuhalten. Dabei hat man sich jegliches Vertrauen versichert. Die Vertrauenskrise geht so weit, daß die Proleten tatsächlich eintretende Verbesserungen zur Kenntnis nehmen, ohne Hinwendung zur SED.

Es sind jetzt eine ganze Reihe von Verbesserungen eingetreten. Preisherabsetzungen in der HO, Wegfall der Karte 4, fühlbare Aufbesserungen in den verschiedenen Kategorien des komplizierten Abstufungssystems bei Lebensmitteln. Der Pferdefuß dabei ist der Wegfall der bisherigen staatlichen Subventionierung der wichtigsten Verbrauchsgüter, also Preiserhöhung. Die SED argumentiert so: Die Preiserhöhungen machen im Monat 7 Mark aus. Ein Pfund Margarine in der HO kostet jetzt 18 statt bisher 25 Mark. Wenn also ein Arbeiter früher nur ein Pfund Margarine in der HO kaufte, ist die Preiserhöhung bereits ausgeglichen. - Der Durchschnittsarbeiter kann aber nur dann in der HO die wichtigsten Lebensmittel kaufen, wenn er auf alles andere verzichtet. Daher zieht dieses Argument nicht. Man diskutiert in den Betrieben nicht positiv über die Verbesserung der Lage, sondern sehr negativ über die Aufhebung der Subventionierung. „Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Arbeitsnormen weiterer Angriff auf die Lebenshaltung“, ist die Meinung des Arbeiters, die aus der Überzeugung resultiert, daß der Arbeiter nicht die ihm aufgrund seiner Leistungen in der Produktion zustehenden Güter erhält. Hintergrund dieses Schauspiels ist die Reparationsentnahme, auf die die Russen nicht im geringsten zu verzichten gedenken und die ja die Regierung auch ausdrücklich anerkannt hat.

Gerade in dieser Frage enthüllt sich mit aller Deutlichkeit die Unaufrichtigkeit der Befassungspolitik und die widerliche Hörigkeit der SED-Führung. Die Proleten erhalten keinerlei konkrete Auskünfte über den Stand der Reparationsentnahme. Wahrscheinlich sind die 10 Milliarden Dollar des Potsdamer Abkommens schon längst erreicht. Rechnet die Produktion der SAG-Betriebe dazu? Die Demontage? Soll Ostdeutschland die volle Reparationslast tragen? Diese Fragen bleiben unbeantwortet - doch keine Antwort ist eine Antwort!

Die Parteiführung zerfchlägt die KPD

Der Prinz, den die KP-Leitung von Frankfurt geschickt

(Korrespondenz aus Hamburg

hat, um hier „Ordnung zu

schaffen“, ist zwar schnell zum Landesvorstehenden und Bürgerchaftsmitglied avanciert, aber König wird er im Bezirk Wafferkante der KPD kaum werden. Er haßt wie der Elefant im

Porzellanladen. An Eifer fehlt es ihm nicht. Bei richtiger kommunistischer Gesamtpolitik könnten seine Hausknechtsfähigkeiten auf Aufgaben gelenkt werden, zu denen man Hausknechtsnaturen braucht. In der KP, Bezirk Wafferkante, ist Mist genug angehäuft, den auszuräumen ein Prinz dienen könnte. In Ermangelung einer wirklich kommunistischen Politik und entsprechender Taktik rührt Prinz den Misthaufen nur durcheinander, befiehlt ihn nicht, sondern vergrößert nur den Gestank.

Die Reinigung besteht darin, in den Leitungen und vor allem in der Mitgliedschaft den letzten Rest selbständigen kommunistischen Denkens auszutreiben. Wer sich den Befehlen von oben nicht sofort und bedingungslos fügt, bei dem wird nach einem schwachen Punkt gesucht. Ist er gefunden, wird erpreßt. So entstehen Säuberungen wie die Verlesung Gundelachs nach Bonn, sofern es sich um Leute handelt, die noch etwas in der Masse verwurzelt sind. Naujoks, der nicht weniger Anhang in der KP hatte, wird nicht verfeßt, sondern abgefesht – und kein Mitglied rührt sich, um den „Liebling der Partei“ zu verteidigen oder Redenschaft zu fordern. In der oberen Bonzokratie geht es mit solchen Methoden.

Um die ehemaligen Verführer der Westermann-Gruppe zusammenzuprügeln, die noch Einfluß unter den Proleten im Hafen besitzen, muß man Verwirrung unter ihnen stiften. Zu diesem Zweck wurde ein enger Mitarbeiter des von den Nazis ermordeten Westermann zu einem „Sündenbekenntnis“ genötigt. Dieser ehemalige Verführer hat allerlei unfaubere Geldgeschichten auf dem Kerbholz. Dies wird ausgenützt, um ihn Sünden bekennen zu lassen, die weder er noch die Verführer jemals begangen haben. Er beschuldigt sich und die Verführer antisowjetischer Auffassungen vor 1933, bekennt und bereut diese nicht begangenen Sünden, benimmt sich besonders dreckig seinen Verführerengenossen gegenüber. Damit sind seine wirklichen Dreckgeschichten vergeben. – Das ist nur die Vorbereitung zu weiteren Vorstößen gegen ehemalige Verführer.

Nikolaifen, jetzt Gewerkschaftsangestellter für die Hafnarbeiter, früher Verführer, kann keine kommunistische Gewerkschaftsarbeit leisten, weil die KP keine Gewerkschaftspolitik hat und Nikolaifen nicht stark genug ist, selbständig kommunistisch zu handeln. So sitzt er zwischen den Stühlen, was praktisch dazu führt, daß er als Räddner der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie wirkt. Dagegen rebellieren die Hafnarproleten. Ohne sich mit Nikolaifen oder der Hafnarbetriebszelle zu verständigen, prüft Prinz dazwischen, greift sich einen Hafnarbeiter, beauftragt ihn, den Streik der Hafnarbeiter zu organisieren, ohne den kommunistischen Gewerkschaftssekretär oder die kommunistischen Betriebsräte zu verständigen. Diese geniale Gewerkschaftsstrategie des genialen Prinz führt natürlich zu nichts.

Für die Vertuschung der Unfähigkeit des Prinz braucht man Sündenböcke. Wozu hat man die Hamburger Volkszeitung! Prinz läßt durch einen Strohhalm einen von keinerlei Sachkenntnis getrübbten Artikel schreiben, in dem er den kommunistischen Betriebsrat zu Unrecht angreift. (Der Betriebsrat hatte eine Verfügung der Betriebsleitung gegen Diebstähle unterzeichnet. Das wird als Todsfünde gegen den Kommunismus angekreidet. Die Unterschrift war aber Bedingung für die Rücknahme der Entlassung von 8 Arbeitern, die bei kleinen üblichen Diebstählen erwischt worden waren.) Der gesamte Betriebsrat und die meisten Hafnarbeiter verteidigen den Betriebsrat gegen Prinz und seinen Strohhalm und verbitten sich blöde Anrempelungen in der HVZ durch unfähige Zeitungsschreiber, die sich als Arbeiterkorrespondenten aufpußen, ohne eigene Sachkenntnis und zu faul, sich mit den Arbeitern zu verständigen, ehe sie über Dinge schreiben, die sie nicht kennen und sich so als Werkzeuge einer unfähigen Parteiführung mißbrauchen lassen.

Die ehrlichen kommunistischen Arbeiter müssen der Zerstörungswut der Bürokraten einen Riegel vorgeschoben und die besten Genossen zu wirklicher kommunistischer Arbeit wieder sammeln.

(Fortsetzung von Seite 2) In der Ostzone besteht die Grundlage zur Überwindung des deutschen Zusammenbruchs, weil die kapitalistische Profitwirtschaft nur noch in engen Grenzen besteht und der Planwirtschaft untergeordnet werden kann. Wenn Terror und Polizeidruck beseitigt werden, die Leistungen für den Wiederaufbau der in der SU von Hitlerdeutschland zerstörten Gebiete auf ein erträgliches Maß gesenkt sind, werden die wirklichen Vorbereitungen zum Kampf um die Einheit Deutschlands gegeben sein. Nicht Einheit mit der westlichen Bourgeoisie, deren Vertreter Adenauer ist, sondern Einheit der Arbeiter und Werktätigen mit dem Ziel, die Bourgeoisie im Westen zu entmachten wie im Osten. Das ist der einzig mögliche Weg zur Sicherung der Existenz der Arbeiter in der Westzone.

Zusammenarbeit, Mitbestimmung mit der Bourgeoisie kann nichts anderes bedeuten als Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft. Der Kapitalist kann nur wirtschaften, wenn er Profit macht. Er kann nur soviel Arbeiter beschäftigen, als notwendig sind, um den Betrieb zur Profiterzeugung in Gang zu halten. Es ist eine Illusion, zu glauben, der Profit der Kapitalisten könne zwischen Arbeitern und Kapitalisten so verteilt werden, um die Vollbeschäftigung der Arbeiter durch Beteiligung von Gewerkschaftlern am Ruhrstatut oder Arbeitsgemeinschaft durchführen zu können.

Jeder Betriebsrat, der „mitbestimmen“ kann bei Entlassungen, muß von der Beschäftigungsmöglichkeit des Betriebes aus urteilen. Die neueste KPD-Parole, die Betriebsräte sollen jede Entlassung oder Kurzarbeit ablehnen, ist Rückfall in die Politik der Roten Gewerkschaften, Sozialfaschismus u. dgl., die vor 1933 dem Faschismus den Weg ebnet half. Eine solche wahnwitzige Politik macht Betriebe und Gewerkschaften kommunistenrein, hilft den Unternehmern Entlassungen vorzunehmen ohne den Widerstand, den Betriebsräte eventuell leisten können. Es ist leere ultralinke Phrasenpolitik.

Man muß den Arbeitern die gegebenen Kräfteverhältnisse klar aufzeigen, die sie nur instinktiv fühlen, sie dadurch befähigen, real revolutionär denken zu lernen, sie loslösen vom bürgerlichen Denken, von dem Gedanken nämlich, daß es einen anderen Ausweg aus dem Zusammenbruch geben kann als Kampf um die politische Macht, um die kapitalistische Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfswirtschaft zu ersetzen. Nur Pläne zur Organisation der Bedarfswirtschaft ermöglichen dauernde Vollbeschäftigung wie in der SU, nicht konjunkturbedingte Vollbeschäftigung wie in England.

So muß heute jede Tagesaufgabe - Lohn, Teuerung, Versorgung der Heimatvertriebenen und Rentner - in diesen Gesamtrahmen gestellt werden, um die Kräfteverhältnisse richtig zu erkennen und aufgrund dieser Erkenntnis die Teilkämpfe zu beginnen. Das gibt die Basis der Einheitsfront der Werktätigen. Wenn sie sich zum Kampf für die Arbeiterinteressen in der Ost- und Westzone zusammenfinden, wird die Einheitsfront auch die einzig mögliche Grundlage für Deutschlands Einheit abgeben.

Auf viele Anfragen über die Verhältnisse in Jugoslawien teilen wir mit, daß deutsches Material über die Stellung der jugoslawischen Kommunisten zum Kominform-Konflikt zu beziehen ist von

Jugoslawenska knjiga, Beograd, Terazije 30.

Wer sich über die jugoslawischen Argumente informieren will, kann dort das Material bestellen.

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 1

1. Januarhälfte 1950

Preis: -,20 DM

Solidarität mit Salzgitter! Die 110000Werk tätigen des Salzgittergebietes sind die ersten Opfer des Petersberger Abkommens zwischen der weitdeutschen und der alliierten Schwerindustrie. Herr Pferdenges, der Hintermann Adenaüers, leitender Kopf im Stahlverein, hat seine Besitztümer und den größten Teil der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gerettet, um den Preis, u. a. der Vernichtung der Reichswerke in Salzgitter, die als modernstes Werk der Schwerindustrie den deutschen und ausländischen Stahlbaronen ein Dorn im Auge sind. Was schert es die „nationalen“ Kapitalisten, wenn diese moderne Industriestadt mit 110000 Menschen ihrer Wirtschaftsgrundlage beraubt und zum Elendsgebiet gemacht wird! Hauptfische: ihre Werke bleiben erhalten, ihre Stahlquote erhöht sich, ihr Profit wird gesichert!

Nach dem Petersberger Abkommen, das die Demontage in Salzgitter vorsah, fanden dort mächtige Protestdemonstrationen statt, worauf vorläufiger Demontagestopp zwecks Überprüfung versprochen wurde, um die Arbeiter abzuriegeln. Der DGB warnte vor Streiks - sein spezieller Preis für die Stellvertreterprüfung in der Ruhrbehörde. Am Heiligabend kam dann das Weihnachtsgeschenk: ab 2. Januar wird energisch weiterdemontiert. Die Hohen Kommissare hatten abgeriegelt und hofften, die Arbeiter würden in der Feststimmung diesen schändlichen Anschlag übersehen.

Heuß versprach in Hannover 5 Mill. DM, andere Bonner Herren versprachen 12 Mill. DM Hilfe. Aber die Helden, die vor den Bundestagswahlen alles versprochen hatten, hatten nachher keine Zeit, sich sehen zu lassen. Die SPD hat ein 15-Punkte Programm ausgearbeitet, das als „Material“ den Bonner Papierkorb füllen hilft. Die bürgerlichen Parteien und Stadtväter in Salzgitter machen Pläne für den Bau von Badeanstalten, Post, Rathaus, Eisenbahnlinien - im blauen Dunst. Was nützt die Bahn, wenn keine Güter erzeugt werden, die man transportieren kann, wenn die Einwohner kein Fahrgeld haben, weil sie ausgesteuerte Dauererwerbslose sein werden. Alle Pläne, hier neue Industrien anzusiedeln, sind Pläne geblieben, vielleicht weil den Kapitalisten die Lage an der Zonengrenze zu unsicher ist. Die wirtschaftliche Grundlage dieses Gebietes war, ist und muß bleiben die Verarbeitung der Salzgittererze durch Verhüttung und Weiterverarbeitung an Ort und Stelle in rationeller Verbundwirtschaft. Hochofen, Gießerei, Walz- und Stahlwerk gehören unlösbar zusammen. Die Teildemontagen ab 2. Januar machen das Gesamtwerk völlig unrentabel und bedeuten steigende Dauererwerbslosigkeit. Das ist der Segen vom Petersberg und von Bonn für 110000 Arbeiter!

Die Bödler und Genossen haben keine Zeit für ihre Gewerkschaftsmitglieder, sie müssen mit Adenauer und McCloy über ihre Teilnahme an der Ruhrbehörde verhandeln. Sie haben gerade noch Zeit für eine Warnung an die Arbeiter, nicht zu streiken, und für Ausflußdrohungen gegen den leitenden Funktionär der 16000 Reichswerkearbeiter, den von ihnen immer wieder gewählten Vorsitzenden des Hauptbetriebsrates, Söchtig. So vertreten sie die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder!

Im Kampf gegen die Vertrauensleute der Arbeiter sind den Parteibürokraten alle Mittel recht. Die SPD bezeichnet sie als Moskauagenten, die KPD als Agenten des Dollarimperialismus. Nach 4 Jahren Billigung aller Demontagen hat die KPD jetzt endlich „die Aufgabe, den Kampf gegen die Demontagen zum zentralen Problem zu machen“, entdeckt. Söchtig und die anderen Vertrauensleute der Salzgitter-Arbeiter, die seit 1945 gegen alle Demontagen waren, sind natürlich am mangelhaften Kampf schuldig. - Die Verlogenheit dieser Arbeiterverführer kennt keine Grenzen, wenn es gilt, bewährte Arbeiterfunktionäre abzuschließen.

Die Arbeiter in Salzgitter haben andere Sorgen. Sie müssen den Kampf gegen die Vernichtung ihrer Lebensgrundlage wieder aufnehmen, soweit die Kräfte reichen. Es ist Aufgabe und Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterfunktionäre, diesen Kampf überall zu unterstützen durch Sympathieerklärungen und Protesttelegramme, durch Druck auf die Gewerkschaftsführung, der sie hindert, die Salzgitterarbeiter zu verkaufen. Alle Kampfmaßnahmen dort müssen beachtet, den Arbeitern berichtet und zweckmäßig unterstützt werden.

Der Salzgitter-Kampf ist der Kampf aller deutschen Arbeiter um ihr Lebensrecht. - Tot Solidarität mit den Arbeitern der Reichswerke in Salzgitter!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945

a) Ihr Ausgangspunkt Um ihre ökonomische Macht zu retten, hat die deutsche Bourgeoisie 1933 ihre politische Macht an Hitler übergeben, 1945 hat sie auf beides verzichtet und sich dem Schube der Fremdmächte unterstellen müssen. Vom „Schub“ der östlichen hatte sie nichts Gutes und von dem Schube der westlichen nicht allzu viel zu erwarten. Aber durch den automatisch zusammenwirkenden Schub der damals noch vereinigten „Drei Großen“ war sie zunächst von ihrer größten Angst, nämlich vor der längst fälligen Abrechnung der deutschen Arbeiterklasse mit ihr, befreit. Dafür sorgte die Zwangsjacke der „demokratischen Umerziehung“, wie die 12 Jahre Hitler-Diktatur zuvor dafür geforgt hatten.

Aber auch den reformistischen und pseudokommunistischen Gewerkschaftsstrategen blieb dadurch die dringend notwendige Rechenschaftsablegung für die von ihnen vor 1933 betriebene gewerkschaftliche Selbstmordpolitik erspart. Es gab auch bisher keine Möglichkeit zur wirklich grundsätzlich-konsequenten Klärung der eigentlichen Ursachen des Zusammenbruchs der Gewerkschaften vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit. Im Bewußtsein ihrer beiderseitigen Schuld am Zusammenbruch haben sich 1945 beide Teile im Zeichen einer prinzipienlosen Gewerkschafts-Einheit stillschweigend Abolution erteilt und den Burgfrieden geschlossen. Dann haben sie ihre Posten wieder eingenommen, aber erst, nachdem die Betriebsarbeiter

und Betriebsräte die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen hatten, aufgrund deren die „Erlaubnis“ zur Gewerkschaftsbildung erteilt wurde. So konnten sie sich faktisch zu Richtern in eigener Sache machen, weil ihr einzig kompetenter Ankläger – die klassenbewußtesten deutschen Arbeiter – zu „demokratischem“ Schweigen verurteilt war.

b) Die Rolle der Reformisten nach 1945 So blieb der giftige Krankheitskeim des Reformismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erhalten und wurde noch gestärkt durch die „neue“ Gewerkschaftspolitik sogenannter Kommunisten, die jetzt als Zeichen ihrer Bekehrung von ihrer ehemaligen gewerkschaftsfeindlichen Politik der Schaffung Roter Gewerkschaften (RGO) sich mit den waldhedeiten Reformisten um die Wette im Sumpfe wirtschaftsdemokratischer Phrasen wälzen. (Fortsetzung Seite 13)

Der Internationale Bund freier Gewerkschaften – der 4. mißlungene Versuch der Schaffung einer Gewerkschaftsinternationale

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ riefen Marx und Engels vor 102 Jahren den Arbeitern zu. Aber bisher sind alle Versuche zur Schaffung einer aktionsfähigen Arbeiterinternationale gescheitert und müssen weiterhin scheitern, bis das Proletariat in den wichtigsten, d. h. für den Sozialismus reifen Ländern sich als Klasse konstituiert hat. Denn solange das Proletariat sich nicht als eine vollkommen selbständige Klasse vom Einfluß der bürgerlichen Klasse losgelöst hat, kann es unmöglich seine eigenen Interessen vertreten, sondern wird es immer von der Bourgeoisie und ihren Agenten dazu mißbraucht, die „allgemeinen“, d. h. die Bourgeoisinteressen zu vertreten, wird es seine ungeheure Kraft einsetzen zur Verteidigung seines kapitalistischen Stiefvaterlandes, zu Aktionen für die Rettung der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft, zum geduldigen Ertragen eines Hungerdaseins und zum Schuften für die Gewinne der parasitären Profitthyanen. Mit einem Wort zu allem anderen eher als für seine eigenen Interessen. Es wird zahl- und namenlose Opfer bringen müssen, die nur seinen Todfeinden zugute kommen.

1873 brach die von Marx mitbegründete erste Internationale nach neunjährigem Bestehen zusammen. Nicht nur infolge des furchtbaren Aderlasses an den französischen Arbeitern in der Pariser Kommune, sondern auch infolge des noch schwach entwickelten Klassenbewußtseins der europäischen Arbeiter. In jener Zeit eines schnell aufsteigenden und Riefenprofite erzielenden Kapitalismus, der im Gegensatz zu heute noch nicht zum brutalen Angriff auf die Lebenshaltung seiner Lohnklaven gezwungen war, sondern ihnen sogar Zugeständnisse an Lohn und sozialen Reformen bieten konnte, mußte unvermeidlich in den Köpfen der Arbeiter die Illusion von der Reformierbarkeit des Kapitalismus schneller wachsen als ihre Einsicht von der Notwendigkeit internationalen Zusammenschlusses gegen die Kapitalsoffenfive.

Erst 1901 kam die weiter gereifte Erkenntnis der europäischen Arbeiter in der Gründung der 1. Gewerkschaftsinternationale zum Ausdruck. Ihr klaglicher Zusammenbruch am 1. Tage des 1. Weltkrieges demonstrierte in der

Bereitschaft der Mehrheit der Führer und Massen zur Vaterlandsverteidigung, wie tief verbunden die Arbeiterklasse noch mit ihrer Bourgeoisie war. Der 1919 zusammengeleitete IGB in Amsterdam ist an derselben Krankheit zugrunde gegangen. Machtlos mußte er 1933 der Vernichtung der deutschen Gewerkschaften zusehen und verschwand dann selbst nach diesem Schläge in völliger Untätigkeit.

Ungleich größere Hoffnungen haben die 67 Mill. Mitglieder von 65 Gewerkschaftsorganisationen in 56 Ländern auf die Gründung des WGB – den 3. Versuch zur Schaffung einer Gewerkschaftsinternationale – am 6.10.1945 in Paris gesetzt. (Der IGB erreichte vor 1914 gut 7, nach 1919 ca. 23 Mill. Mitglieder.) Von den USA-Gewerkschaften trat nur die CIO, nicht aber die zahlenmäßig stärkere AFL, dem WGB bei. Aber desto zahlreicher und ehrlich begeisterter beteiligten sich die vor und während des 2. Weltkrieges entstandenen jungen Gewerkschaften der Kolonien und Halbkolonien. Ihre Delegierten waren in Paris tatsächlich das zwar theoretisch noch unklare, aber instinktiv richtig vorwärtstreibende Element. Hier in Paris war es nicht mehr notwendig, den Beweis für die Unfähigkeit einer reformistisch geführten Gewerkschaftsinternationale zu erbringen. Der war durch zweimaligen Zusammenbruch erbracht. Hier in Paris waren die Vertreter der 27 Mill. russischen Gewerkschaftler und die mit ihnen zusammenwirkenden französischen und italienischen Gewerkschaftler an der Reihe, zu beweisen, daß sie das internationale Gewerkschaftsproblem klar stellen und Wege und Mittel zu dessen Lösung aufzuzeigen vermochten. Sie haben mehr als kläglich veragt. Noch schäbiger als die Reformisten in Amsterdam, die schon damals die Deutschen als räudige Schafe behandelten, haben sie in Paris die Deutschen und Japaner gar nicht zugelassen. Auf Initiative kurzfristiger Kommunisten hat der Pariser Gründungskongreß feierlich gelobt, „die Einigkeit der drei Großen als die einzige Garantie des Weltfriedens zu verteidigen, statt als wirkliche Kommunisten zu erklären, daß der Weltfriede nur durch den siegreich zu Ende geführten Klassenkampf der internationalen Arbeiterklasse, den Sturz des Kapitalismus, erreicht und gesichert werden kann. Ebenso feierlich haben sie den WGB zum Nachtwächter für die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse, d. h. zum Sklavenvogt gegenüber den deutschen Arbeitern degradiert. Daher mußte dieser WGB mit dem Verschwinden der Einigkeit der 3 Großen eben mit verschwinden. Die Arbeiter Deutschlands wie aller anderen Länder haben keine Ursache, dieser Fehlgeburt nachzutrauern.

Aber was sich 1945 in Paris als Tragödie vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit abspielte, das wurde im Dezember 1949 unter der teilnahmslosen Verächtung der Arbeiter als Farce in London zu wiederholen versucht. „Internationaler Bund Freier Gewerkschaften“ nennt sich das Gebilde, und im Vorstand figuriert auch Dr. H. Böckler, derselbe, der auf dem DGB-Gründungskongreß in Bielefeld 1947 gesagt hat: „Wir sind frei. Müssen wir es aber betonen, so sind wir nicht frei.“ Aber Böckler ist damit so wenig wie alle waldedichten Reformisten seinem einzigen Prinzip, der Prinzipienlosigkeit, untreu geworden. Er hat nur getan, was sie alle tun mußten: sich krampfhaft an jede Gelegenheit klammern, die ihnen noch irgendeinen Anschein ihrer Daleinsberechtigung verschaffen könnte.

Mit graufamer Ironie weist der großkapitalistische Monde (10.12.49) den in London versammelten Reformisten nach, daß wohl noch „niemals die Trennung zwischen historischer Wirklichkeit und ihrem »linken« Aktionsprogramm so unverhüllt zutage getreten ist“. Mit Recht fragt er sie, wie sie z. B. dem englischen Arbeiter ihre Programmforderungen klar machen wollen: 30-Stundenwoche, Verteidigung des Streikrechts, wo doch die englischen Gewerkschaftsführer das genaue Gegenteil propagieren müssen. Aber dieses Programm ist die Schöpfung der Amerikaner, für die es auf der Grundlage ihrer verhältnismäßig wohlhabenden Wirtschaft einen realen Sinn hat. Im verarmten Europa, wo diese Grundlage verschwunden ist, müssen diese Schlagworte jedoch „lächerlich oder verbrecherisch“ wirken. Die europäischen Sozialisten leben in „einer Welt der Träume und mit dem amerikanischen Alibi versuchen sie weiterhin in den Wolken zu leben und Phantomen nachzujagen“.

Nach Le Monde besteht das wirkliche Problem, nachdem die Reformisten ihren Einfluß auf die Arbeitermassen verlieren müssen und sich nur auf dem Boden des Marshallplans und des Atlantikpaktes halten können, darin, ob die Demarkationslinie des kalten Krieges, die jetzt nicht mehr entlang dem eisernen Vorhang, sondern inmitten des Herzens Westeuropas verläuft, „unter der taktischen Führung der USA vorrücken oder zurückweichen wird“. Der Amerikaner Reuther kann die beunruhigten Geister noch beruhigen mit seinem Axiom: „Der Arbeiter der Welt hat nicht zu wählen zwischen Stalin und der Standard Oil.“ Denn die Amerikaner nähren sich noch von dieser Standard Oil, und von Stalin werden sie nicht unmittelbar bedroht. Aber die europäischen Reformisten befinden sich in der umgekehrten Lage: sie werden von der Standard Oil ausgebeutet und vom Kommunismus bedroht.

Nach der Stuttgarter Zeitung (16. 12. 49) hat sich „in der neuen Internationale eine Kluft gebildet, die die Bessergestellten von den Armen trennt“. Zu den Armen gehören die Kolonialgewerkschaften, die aber in London wie damals in Paris aggressiv auftraten. „Ein Vertreter von Britisch-Guyana sprach vor der sehr unbehaglich berührten Versammlung über die 64-Stundenwoche in seiner Kolonie. Am Schluß der Konferenz wurden die Streikunruhen von Nigeria bekannt.“ In den Bergwerken von Nigeria wird ein Jahreslohn von knapp 50 Pfund Sterling erreicht. Aber ein junger unverheirateter Europäer braucht laut britischem Kolonialministerium mindestens 375-400 Pfund; die Beamtengehälter erreichen 400-2500 Pfund. Das war im Jahre 1946. Seitdem sind die Preise wesentlich gestiegen. Weil die eingeborenen Bergarbeiter eine Lohnerhöhung auf 90 Pfund jährlich forderten, hat man auf sie geschossen. - Die dafür Mitverantwortlichen haben zusammen mit den Amerikanern Green, Reuther & Co. auf ihrem Londoner Gründungskongreß flammende Reden gegen den Kolonialismus gehalten. Ob über die Negerfrage in den USA überhaupt ein Wort verloren wurde, ist aus den bisherigen Berichten noch nicht zu ersehen.

Diese Internationale war tot, ehe sie geboren wurde. Aber noch fehlt die Kraft, die sie beerdigen wird. Die unter russischer Führung stehenden Kommunisten sind dazu außerstande. Die dafür notwendige Kraft muß aus der Arbeiterchaft des Westens selbst heraus geschaffen werden. Und die deutschen Arbeiter werden ihr gutes Teil zur Schaffung einer wirklichen Internationale beitragen müssen.

Zu Stalins 70. Geburtstag Der Raum eines Zeitungsartikels reicht nicht aus, um Stalins wirkliche Rolle in der russischen Revolution kritisch darzustellen. Wir beschränken uns deshalb auf die Wiedergabe von Lenins Urteil über Stalin. Der widerliche Personenkult, der seit 1928 planmäßig in und außerhalb der SU organisiert wurde und jetzt einen neuen Höhepunkt erklimmt, diente dazu, das Urteil Lenins über Stalin vor der KPSU und der KI zu vertuschen. Das Testament Lenins ist bis heute noch nicht in der SU veröffentlicht. Außerhalb der SU wagte man nicht mehr die Echtheit zu bestreiten. - Der Artikel: „Besser weniger, aber besser“, ist zwar in der Ausgabe von Lenins Werken nicht unterdrückt, aber nur sehr wenige wissen heute, daß die scharfe Polemik sich in der Hauptsache gegen Stalin richtet.

Die Stalin betreffende Stelle des am 25. Dezember 1922 geschriebenen Testaments lautet:

„Ich denke, daß die Fundamente der Festigkeit der Partei von solchen Mitgliedern des ZK wie Stalin und Trotski abhängen. Das Verhältnis zwischen ihnen bildet nach meiner Meinung eine große Hälfte der Gefahr der Spaltung, welche vermieden werden muß, und diese Vermeidung kann meiner Meinung nach gefördert werden durch Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK von 50 auf 100.

Genosse Stalin hat enorme Macht in seinen Händen konzentriert, indem er das Generalsekretariat bekam, und ich bin nicht sicher, daß er immer versteht, diese Macht mit genügendem Takt zu gebrauchen. Andererseits ist Genosse Trotski hervorragend nicht nur durch seine außergewöhnlichen Fähigkeiten - persönlich ist er sicher der fähigste Mann im ZK - sondern auch durch sein zu weit reichendes Selbstvertrauen und eine Neigung, zu viel von der reinen Verwaltungsseite der Geschäfte gefesselt zu sein, was bewiesen ist durch seinen Kampf gegen das ZK im Zusammenhang mit der Frage des Volkskommissariats der Wege und des Verkehrs. Diese Qualitäten der zwei fähigsten Leiter des gegenwärtigen ZK können ganz arglos zu einer Spaltung führen, wenn unsere Partei keine Maßnahmen ergreift, ihr zuvorzukommen. Eine solche Spaltung kann ganz unerwarteterweise entstehen.“

Wer hat recht? Der Bund vom 9. 11. schreibt: „Es gibt in einigen Ecken der Bundesrepublik eine Gruppe ehemaliger KPD-Mitglieder, die ein Blatt „Arbeiterpolitik“ mit prorussischer Tendenz verenden und darin auch recht unsachliche Angriffe gegen die Leitung des DGB unternehmen...“

Freies Volk, Zentralorgan der KPD, vom 9. 11. schreibt: „... eindeutiger Beweis für die bewußte Agententätigkeit der Parteifeinde im Auftrage der westlichen Imperialisten innerhalb unserer Partei...“

Preisfrage: „Wer hat recht?“ - Diese Laufburden ihrer jeweiligen Schußmacht können sich gar nicht mehr vorstellen, daß Arbeiterfunktionäre ohne fremden Auftrag und nur im Interesse der deutschen Arbeiterklasse handeln. - Mögen sie weiter schimpfen und denunzieren. Wir hängen sie niedriger.

Bundesrepublik „gleichberechtigt“ Westdeutschland ist jetzt an das internationale Polizeifunknetz angeschlossen worden. Die polizeiliche Zusammenarbeit also klappt wieder. Somit ist eine wichtige Grundlage geschaffen, um die entscheidende Aufgabe des Staates, Niederhaltung der Unterdrückten und Schutz den Unterdrückten, durchführen zu können.

Am 4. Januar 1923 fügte er folgende Zeilen hinzu: „Stalin ist zu grob, und dieser Fehler ist ganz erträglich zwischen uns Kommunisten, er wird unerträglich in den Geföhäten des Generalsekretariats. Deshalb schlage ich vor, daß die Genossen einen Weg finden, Stalin von diesem Posten wegzunehmen und einen anderen Mann hinzustellen, welcher sich in jeder Hinsicht von Stalin nur unterscheidet in mehr Überlegenheit, namentlich mehr Geduld, mehr Loyalität, mehr Schlich und mehr Aufmerksamkeit für die Genossen, weniger Eigeninn usw. Diese Umstände mögen als unbedeutende Kleinigkeiten erscheinen, ich denke jedoch, vom Gesichtspunkt der Vorbeugung einer Spaltung und vom Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen Stalin und Trotski, welche ich oben besprochen habe, ist es keine Kleinigkeit, oder es ist eine solche Kleinigkeit, die eine entscheidende Bedeutung erwerben kann.“

In seinem letzten Artikel: „Besser weniger, aber besser“, der am 4. März 1923 in der Prawda veröffentlicht wurde, 4 Wochen später, als er geschrieben wurde, richtete Lenin einen heftigen Angriff gegen die Arbeitsmethoden Stalins – ohne ihn beim Namen zu nennen. Aber jeder politisch Orientierte wußte, daß Stalin der verantwortliche Leiter des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauern-Inspektion seit der Schaffung dieses Kommissariats war. Es heißt in dem Artikel:

„Laßt uns frei heraus sagen, das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauern-Inspektion genießt gegenwärtig nicht die Spur von Autorität. Jedermann weiß, daß es schlechter organisierte Institutionen als die Arbeiter- und Bauern-Inspektion nicht gibt und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von diesem »Kommissariat« auch gar nichts verlangt werden kann. . .

Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen abscheulich, daß wir zunächst gründlich überlegen müssen, in welcher Weise wir die Mängel des Staatsapparates bekämpfen sollen, eingedenk dessen, daß diese Mängel ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben, die zwar über den Haufen geworfen, aber noch nicht überwunden, noch nicht in das Stadium einer in die ferne Vergangenheit verfunkenen Kultur entschwunden ist...

In der Arbeiter- und Bauern-Inspektion brauchen wir ein Menschenmaterial von wirklich heutiger, d. h. den besten westeuropäischen Vorbildern nicht nachstehender Qualität. . .

Wir ergehen uns allzuviel und allzuleicht z. B. in Reden über „proletarische Kultur“, für den Anfang sollte uns eine wirkliche bürgerliche Kultur genügen, für den Anfang sollte es uns genügen, wenn wir ohne die besonders ausgeprägten Typen vorbürgerlicher Art, d. h. der Beamten- oder Leibeigenschaftskultur usw. auskommen würden. . .

Schon seit 5 Jahren sind wir geschäftig dabei, unseren Staatsapparat zu verbessern, aber das ist eben nur Geschäftigkeit, die in den 5 Jahren lediglich ihre Untauglichkeit oder gar Nutzlosigkeit oder gar ihre Schädlichkeit bewiesen hat. Als Geschäftigkeit erweckte sie den Schein einer Arbeit, während sie in Wirklichkeit unsere Institutionen und unsere Gehirne verunreinigte. . .“

Diese Zitate ließen sich leicht vermehren. Wir verweisen Interessenten auf den Sammelband 2 von Lenins Werken (Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, Seite 1005-1020) woraus die Zitate entnommen sind.

In internen Parteikreisen ging zur selben Zeit der Kampf gegen Stalin wegen seiner Brutalitäten gegen die Opposition in Georgien. Lenin schrieb einen Brief an Stalin, in dem er alle persönlichen Beziehungen zu ihm abbrach. An die georgische Opposition schrieb er: „Ich bin mit euch von ganzem Herzen.

Ich bin empört über die Arroganz von Ordjonikidze und die Nachricht von Stalin und Dzerzhinsky. Der von Lenin vorbereitete Kampf gegen Stalins Methoden der Parteiführung wurde nicht durchgeführt, weil Lenin darüber starb.

Es hieße die Geschichte des Kampfes um die Nachfolge Lenins schreiben, wollte man einzeln erklären, warum Stalin als Sieger aus diesem Kampfe hervorging. Die ungeheuren Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die Isolierung der SU, das Ausbleiben der Hilfe durch eine siegreiche deutsche Revolution erforderten eine eiserne Faust. Die Kräfte, die Lenin zur Partei- und Staatsleitung heranbilden wollte, waren nicht da. Die jahrhundertalte russische Tradition barbarischer Mißachtung des Menschen gewann wieder Oberhand: alle, die sich den Anforderungen des sozialistischen Aufbaus widersetzen, andere Methoden forderten, wurden immer mehr mit roher Gewalt unterdrückt, statt mittels Überzeugung und Überredung. Aber das sozialistische Ziel blieb. Stalin hielt und hält sich an den Plan Lenins. Der Marxismus-Leninismus wird bei ihm zum starren Dogma, zur Buchstaben-Gläubigkeit; er verhält sich dazu wie der Pope zum Glaubensbekenntnis, nicht wie ein wahrer marxistisch-leninistischer Denker. In der Innenpolitik bildet die direkte und indirekte Herrschaft des Proletariats eine gewisse Kontrolle der Bürokratie. In der Außenpolitik fehlt dieses Gegengewicht sowie die Konkretisierung der internationalen Aufgaben durch Lenin. In die Stalinische Außenpolitik mischen sich Einflüsse des Panflawismus.

Nur selbständige kommunistische Parteien in der KI hätten diese Fehler verhindern können. Die waren nicht vorhanden; ihre Herausbildung wurde durch die Anwendung der Stalinmethoden in der KI verhindert. Im Streit der KPSU-Bürokratie mit Jugoslawien, und in nächster Zukunft wahrscheinlich auch mit China, stößt dieser Stalinismus mit den Interessen und Bedürfnissen jener Länder zusammen, die die erste Stufe zum Sozialismus, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, erreicht haben. - Wir bekämpfen nicht die SU, wenn wir gegen die Stalinmethoden - Überreste der russischen Barbarei - ankämpfen, die Lenin bis zum letzten Atemzuge zu bekämpfen suchte. Im Gegenteil, wir handeln im Geiste Lenins.

Auch die Entwicklung der ersten proletarischen Revolution vollzieht sich in Widersprüchen, wie alle Geschichte. Die Oktoberrevolution hat alle Volkskräfte geweckt, auch die barbarischen. Durch die Unreife des russischen Proletariats bedingt, mußte ein erheblicher Teil der Aufbau-Aufgaben bürokratisch in Angriff genommen werden, die 30jährige Isolierung begünstigt die Lebensdauer der barbarischen Tradition in der Bürokratie, aber trotz aller Barbarei - der sozialistische Aufbau schafft die Kräfte zur Überwindung dieser barbarischen Überreste. In dem Maße, in dem die selbständigen Kräfte des Kommunismus in der SU und in entwickelten kapitalistischen Ländern wachsen, wo die asiatisch-feudal-byzantinischen Formen der Barbarei durch die versteckten Formen der Ausbeutung und Herrschaft des Kapitalismus überwunden sind, helfen wir uns selbst und helfen der SU, ihr barbarisches Erbe zu überwinden.

Die Basis des Widerspruchs: Sozialistische Gesellschaft - Stalinbarbarei - erkennen, ist die erste Voraussetzung zum wirkamen Kampf dagegen.

Christlich-demokratischer Steuerwucher Ein anschauliches Bild christlicher

Barmherzigkeit der Adenauer & Co. bieten die steuerlichen Zustände Westdeutschlands. Der Arbeiter sieht gewöhnlich nur die Abzüge auf der Lohnhöhe. Daß er Objekt infamster Steuerausplünderung ist, unterschlägt ihm die demokratische Presse.

Im September z. B. gingen gegenüber August die Steuereinnahmen um 11% zurück. Die Einkommensteuer sank um 17% gegen August, um über 50% gegen Juli, die Körperschaftsteuer um 12%. Diesem starken Rückgang der beiden die Besitzenden treffenden Steuern steht ein Ansteigen der Lohnsteuererträge um 1% gegenüber. Allein die Tabaksteuer liefert 90% der Summe der beiden Besitzsteuern. Die indirekten, den täglichen Verbrauch der Werktätigen belastenden Steuern ergeben $\frac{1}{3}$ aller Steuererträge. Die Steuerbürde der breiten Massen verhält sich zu der des Kapitals wie 1:5, d. h. für jede DM an Unternehmersteuer werden dem arbeitenden Volk 5 DM abgepreßt.

Mancher nimmt an, diese ungeheuerliche Massenausplünderung und die Ankündigung, der Staat brauche 300 Mill., gäbe den Finanzstrategen genug Veranlassung, sich das Geld dort zu holen, wo es ist, also bei der Bourgeoisie. Das hieße aber den Klassencharakter der Besatzung wie ihrer Regierungsgelichen verkennen. Der Schlachtruf des Unternehmertums und ihres Erhard lautet: Begünstigung der Kapitalbildung. Bereits die kleine Steuerreform Anfang 1949 hat zu dem erwähnten starken Abfall der Einkommensteuer geführt, indem den Kapitalisten mannigfache Steuervergünstigungen und Abzugsmöglichkeiten gewährt wurden. Die bürgerliche Presse muß feststellen, daß auch die ermäßigten Sätze nicht zur Wiederherstellung der Steuerehrlichkeit bei den Kapitalisten geführt haben. Der nächste Schritt auf dem Wege zum Profitparadies ist die Tariffenkung ab 1. 1. 1950, die ein freundliches Neujahrs Geschenk für die „Wirtschaft“, lies Bourgeoisie darstellt. Als weiterer Schritt ist die große Steuerreform angemeldet, die wieder unerträgliche Lasten von den Schultern unserer Industriebarone und Pfefferfäcke nehmen soll.

Dazu kommt, daß die durch die dicken Mauern des Geschäftsgeheimnisses geschützten Profitmacher die zwar die nicht laubere, dafür aber weitverbreitete Gewohnheit haben, erhebliche Teile ihres Einkommens dem Finanzamt zu verschweigen. Gegen Steuerhinterziehung gibt es Gesetze und Strafen. Die Durchführung dieser Gesetze überwacht Bundesjustizminister Dehler. Dieser, Gründungsmitglied des Reichsbanners, erklärte am 30. 11.:

„Diejenigen, die vor der Währungsreform gegen die Wirtschaftsvorschriften verstießen; handelten wirtschaftlich vernünftig. Der Schwarzmarkt war vielfach der Markt der wirtschaftlichen Vernunft.“

Es ist einleuchtend, daß Steuerhinterziehung wirtschaftlich nicht weniger vernünftig ist.

Anhand solcher offener Auslassungen wird der Arbeiter un schwer ein Bild von der Energie gewinnen, mit der die kapitalistische Klassenjustiz die steuerunterschlagenden Großverdiener zu verfolgen gedenkt. Ist es nicht bitterer Hohn, daß die heutige Gewerkschaftsführung von diesem Staat erwarte

und erhofft, daß er dem unverdämierten Preiswucher des Monopolkapitals auf den Leib rückt?

Unsere Gesetzgeber sind aber nicht immer und nicht überall von der gleichen Nächstenliebe befeelt. Handelt es sich nicht um Unternehmerinteressen, sondern um Belange des arbeitenden Volkes, dann entdecken sie plötzlich, daß kein Geld da ist, ja, daß sie noch viel mehr benötigen.

Luftbrücken gibt es z. Z. keine, aber das Notopfer Berlin wird weiter als zusätzliche Massensteuer eingezogen. Die Krankenkassen sind finanziell bedrängt - man erweitert den Beitragsbereich nach oben. Auf den Gedanken, daß die erhöhten Ausgaben Resultat der Hungerausbeutung vor der Währungsreform, der verstärkten Antreiberei in der kapitalistischen Knochenmühle seither sind und demnach von dem Nutznießer dieser Umstände, dem Kapital, getragen werden müßte, scheinen die Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft nicht gekommen zu sein. - Am unverdämieltesten jedoch ist die „Zweckentfremdung“, in gewöhnlichem Deutsch der Diebstahl an den Geldern der Arbeitslosenversicherung. Vielfach müssen Arbeitslose für einige Bettelpfennige Notstandsarbeiten verrichten, aber in der französischen Zone werden Besatzungskosten mit Arbeitslosengeldern bezahlt. Bundesbahn und öffentliche Bauten werden aus gleicher Quelle gespeist. Im Oktoberbericht der Bank deutscher Länder werden die Investitionen aus Arbeitslosenversicherungsgeldern im dritten Vierteljahr mit 105 Mill. beziffert. - Sogar Steuerfreiheit für die Weihnachtsgatifikationen über 100-300 DM lehnten die Finanzminister ab, während die Unternehmer Spesen unbegrenzt abziehen können. Eine neue Wohnraumlsteuer wird ausgebrütet.

Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer haben wunderbare Steuerprojekte ausgearbeitet. Ein Verschieben der Steuerlasten auf die Unternehmer würde die Tatsache kapitalistischer Ausbeutung nicht ändern. Aber auch diese Linderung der Not der Massen kann nicht erreicht werden durch Hingepinnte reformistischer Politiker, die durch ihre Steuerpläne auf dem geduldigen Papier die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln heben.

Das hurtige Anziehen der Daumenschrauben des Steuerwuchers ist nur eine der Folgen der gegenwärtigen Lähmung der Arbeiterbewegung. Wo keine Gegenwehr, da verstärkt sich der Druck. Dieser Staat ist der Staat der ausbeutenden Klassen. Nur das wuchtige Auftreten der Arbeiterklasse wird ihm Gelder abtrotzen, die er ihr heute gelassen aus der Tasche zieht.

Demontagen gehen weiter In Nordrhein-Westfalen werden noch 10 Werke demontiert, davon einige Großbetriebe: Stahlwerk der Rheinmetall-Borsig AG., Hochfrequenz Tiegelfahl-GmbH., Bodum, Annener Gußstahlwerk der Ruhrstahl-AG., Witten-Annen, Dortmunder Werk des Dortmund-Hörder Hüttenvereins, Einzelteile der Klöckner-Werke AG in Troisdorf, der Mannesmannröhrenwerke in Düsseldorf Rath, im Werk Witten und im Werk Gelsenkirchen ferner bei der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim. Am katastrophalsten ist die Fortsetzung der Demontage der Reichswerke in Salzgitter, mit der sich die deutsche Bourgeoisie gerne abgefunden hat. Denn damit vermindert eine Konkurrenz der westdeutschen Montanindustrie. Im Interesse des eigenen Profits und des Einvernehmens mit den Besatzungsmächten werden 110000 Menschen kaltblütig der Verelendung preisgegeben.

Arbeitsdienst droht Äußerungen von Ministern und Presseberichte beweisen, daß man lieber heute als morgen den Arbeitsdienst errichten möchte. Bedenkt man, daß sich die alten RAD-Führer bereits wieder zu Besprechungen zusammenfanden, und sieht man, daß verdeckte Arbeitsdienstorganisationsformen erstanden sind, so wird die Gefahr und das unedle Spiel, das mit der Jugend getrieben wird, deutlich. An arbeitsdienstähnlichen Organisationen wurden bisher erstellt.

Das Jugendaufbauwerk in Schleswig-Holstein
die Jugendhilfe in Bayern
das Jugendhilfswerk »Land« in Württemberg u. a.

Die Bejäger des Arbeitsdienstes verraten, daß der Sinn in erster Linie Geschäftemacherei ist. Sie wollen billige Arbeitskräfte in Berufe führen, die wegen schlechter Bezahlung von den Arbeitern gemieden werden (Landwirtschaft). Dieselbe Geschäftemacherei ist in Bayern, wo man Jugendliche, die an einem Jugendaufbauwerk teilgenommen haben, bevorzugt in eine Lehre vermitteln will. Bei der Praxis der heutigen Arbeitsämter bedeutet dies, daß in Zukunft hauptsächlich nur solche Jugendlichen in eine Lehre vermittelt werden, die den Spatendrill hinter sich haben.

Trotz der offenlidtlichen Geschäftemacherei wird der Arbeitsdienst mit folgenden ansprechenden Argumenten propagiert:

1. Der ethische Gedanke:

Jeder heranwachsende Staatsbürger soll für eine gewisse Zeit zum allgemeinen Wohl arbeiten, die herumstreunende Jugend soll vermindert, durch Kontrolle, Arbeit und Schulung wieder erzogen werden.

2. Der sozialpolitische Gedanke:

Man will die Arbeitslosigkeit und ihre demoralisierenden Folgen abdämmen. Vor 1933 war das Schlagwort hierfür: „Arbeitsdienstjahr statt Arbeitslosenwarr!“

3. Der berufliche Gedanke:

Man will nachwuchsschwachen Berufen zu jungem Blut verhelfen und das Handwerk stärken.

Wenn man bedenkt, daß hunderttausende Jugendliche herumstreunen, hunderttausende ohne Arbeit sind, wenn man aus Hildesheim eine Statistik liest, wonach von 85000 Volksschülern 24% ohne Vater sind, 17% tagsüber ohne mütterliche Betreuung aufwachsen, da die Mutter zur Arbeit geht, und 33000 Volksschüler zu zweit und dritt oder mit fremden Erwachsenen in einem Bett schlafen, so hat der Gedanke des Arbeitsdienstes etwas Bestechendes. Betrachtet man das Problem aber etwas tiefer, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Arbeitsdienst nicht das Mittel ist, um die heutigen Verhältnisse zu bessern.

1. Kein Jugendwerk und kein Arbeitsdienst kann moralisch erziehend wirken, denn es fehlen die Leute, die die Jugend ausbilden können. Man könnte höchstens auf die alten RAD-Führer zurückgreifen, und das wäre ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

2. Bei einem künftigen Arbeitsdienst wird nicht jeder heranwachsende Staatsbürger für das Allgemeinwohl arbeiten müssen, da die wohlsituierten Kreise ihre Jugend vom Arbeitsdienst fernhalten werden. Ein wirklich freiwilliger Arbeitsdienst würde nur die guterzogenen Kräfte erfassen. Die Jugendlichen, die neu erzogen werden müssen, werden weiterhin auf der Straße walzen.
3. Kein Arbeitsdienst oder ähnliches kann die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen, Arbeitsdienst verdrängt nur die Arbeitslosenzahl. Hinzu kommt, daß er Arbeitsmöglichkeit wegnimmt, in das Gebiet der Notstandsarbeit eingreift und dadurch die Arbeitslosenunterstützung gefährdet.
4. Die Arbeitsproduktivität beträgt beim Arbeitsdienst höchstens 50%.
5. Wohl kann ein Arbeitsdienst Mangelberufenen Arbeitskräfte zuführen, aber wenn wir aus diesem Grund den Arbeitsdienst befürworten, so befürworten und unterstützen wir Lohnrückerei. Denn einzelne Berufe haben darum keinen Nachwuchs (Landwirtschaft, Farmer, Schleifer usw.), weil die Härte der Arbeit zu wenig berücksichtigt wird und der Lohn zu niedrig ist.
6. In einigen Jahren wird auch das Argument wegfallen, daß man die Jugend neu erziehen müsse, denn jetzt wird geregelter Schulunterricht gewährt.
7. Wohl ist es möglich, daß, wenn das jetzige Wirtschaftssystem und die jetzige Regierung in 10 Jahren noch herrscht, zumindest dieselben sozialen Mißstände vorhanden sind wie heute. Daraus könnte sich ergeben, daß man die Jugend wieder in Lagern sammeln müßte, um die demoralisierenden Folgen der sozialen Mißstände zu bekämpfen. Aber soziale Mißverhältnisse eines bankrotten Wirtschaftssystems und einer Regierung, die die alten Besitzverhältnisse restaurieren will, sind kein Grund, für den Arbeitsdienst, sondern nur ein Grund, gegen den Arbeitsdienst zu sein - und damit dem System der kapitalistischen Mißwirtschaft eine Ausweichmöglichkeit zur Vermeidung seiner Krise zu nehmen.

Ein Arbeitsdienst kann also dazu beitragen, dem jetzigen abgewirtschafteten kapitalistischen System eine kleine Ausweichmöglichkeit zu gewähren, so daß der endgültige Kladderadatsch etwas hinausgezogen wird. Der Arbeitsdienst und die Jugendaufbauwerke sind kleine Übel, mit denen man das große gesellschaftliche Übel verkleistern will. Aber dabei vergißt man, daß durch die Verdeckung der Ursachen die Auswirkungen immer größer werden.

Daß überhaupt für den Arbeitsdienst plädiert wird, ist der beste Ausdruck der kapitalistischen Krise, und hier dürfen wir keine zweifelhaften Maßnahmen befürworten, die versuchen, das System der Ungerechtigkeiten weiterhin zu stützen. Wenn Kapitalisten und Reformisten trotzdem die größten Anstrengungen machen, dem verkrachten Wirtschaftssystem Hilfestellung zu leisten, so sagt die Jugend nein.

Die Jugend muß mit allen Mitteln gegen den freiwilligen Arbeitsdienst als Vorstufe der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht und der Remilitarisierung kämpfen. Wenn wir den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen die drohenden Gefahren aufzeigen, gemeinsame Protestversammlungen einberufen, unsere Forderungen stärker propagieren, so kann der Arbeitsdienst verhindert

werden. Durch ihre Wachsamkeit müssen die Jungarbeiter verhindern, daß die „Jugendaufbauwerke“ über Nacht das werden, was sie im Keime schon enthalten: Arbeitsdienstpflcht. (Gekürzt einem gewerkschaftlichen Rundschreiben entnommen.)

(Fortsetzung von Seite 3) Aber wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung schon nach 1918 - gemessen an dem damaligen Krankheitszustand ihres Kapitalismus - vor der Alternative stand, das reformistische Gift zu überwinden oder daran zugrunde zu gehen, so war diese Alternative 1945 noch unvergleichlich zwingender geworden. Denn gegenüber diesem Kapitalismus, der nur noch als Parasit auf dem Kehrichthaufen des Weltkapitalismus und im Schutze der Bajonette seiner Sieger hahinvegetieren konnte, haben rein reformistisch geführte Gewerkschaften ungefähr die gleichen Erfolgsmöglichkeiten wie ein Hinterladegewehr Modell 1866 gegenüber der Atombombe. Aber die reformistische Führung kann der 5 Millionen starken Gewerkschaftsarmee keine andere Waffe bieten - in Deutschland weniger als anderswo.

Die Gewerkschaften der demokratischen Länder haben im 2. Weltkrieg ihr „Vaterland“ so hemmungslos verteidigt, wie die deutschen im ersten. Diesmal waren die deutschen dazu nicht mehr imstande, weil sie seit 1933 nicht mehr existierten. Die Bourgeoisie (aller Länder) läßt sich zwar leidenschaftlich gern die reformistische Unterstützung in all ihren inneren und äußeren Konflikten gefallen, bemüht sich sogar mit allen Raffinesseu darum, aber - nur solange die reformistischen Arbeiterorganisationen einen Machtfaktor bilden.

Im kleinen Belgien macht die Generallstreikdrohung der Gewerkschaften im Falle einer monarchistischen Provokation der Bourgeoisie schwere Sorgen, in Italien zwingt die gewerkschaftliche Kampfkraft die Regierung zu Wohnungsbauplänen, zu Landaufteilungsverfuchen usw., in Frankreich folgt eine Regierung der andern unter dem Druck der gewerkschaftlich organisierten Massen gegen ihre Wirtschaftspolitik, und in England ist sich alles darüber einig, daß die nächste Zukunft der Wirtschaft von der Haltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter abhängt.

All dieser Sorgen ist die deutsche Bourgeoisie enthoben, denn die reformistisch geführten Gewerkschaften haben seit 1933 als Machtfaktor zu existieren aufgehört. Was nach 1945 (in den Westzonen) als Gewerkschaften wieder erstanden ist, mag sich noch so pralerisch mit neuem Firmenschild als „Industriegewerkschaft“ drapieren, mag noch so auf seine „Einheit“ pochen, dessen einziges Lebenszeichen sich in den noch nicht überwundenen, reformistischen Illusionen äußert, die aber naturgemäß an der Front der Kapitaloffensive, bei den Arbeitern schneller verfliegen müssen als in den windgeschützten Baracken des reformistischen Hauptquartiers.

So wenig wie der Kapitalismus noch zur Verbesserung der materiellen Lage der ganzen Gesellschaft imstande ist, so wenig kann der Reformismus, als sein getreuer Schatten, um materielle gewerkschaftliche Erfolge kämpfen. Er muß also notgedrungen um „ideelle“ Forderungen, wie „Gleichberechtigung“, mit den kapitalistischen Wirtschaftsführern kämpfen. Er versucht in gegenwärtige Rechtsnormen zu fallen, was in einer entwürdenen Zeit Wirklichkeit sein konnte. Praktisch genommen verlangen die Reformisten, daß auch die Unternehmer zu den Kampfmethoden zurückkehren, die siehlich in jener Zeit gestatten konnten, als sie noch auf wenig beschränktem Weltmarkt Riesenprofite erzielten und ihren „gleichberechtigten“ Tarifkontrahenten davon einige Brocken für ihre Mandanten abgeben konnten.

Die Reformisten wollen faktisch das Rad der Geschichte zurückdrehen, um einen ewigen Glückszustand auf Erden durch die Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit zu schaffen. Einen solchen Glückszustand, in dem durch ihre vermittelnde Tätigkeit als „gleichberechtigte“ Teilhaber an der Wirtschaftsführung „der Mensch in den Mittelpunkt allen Wirtschaftsgeschehens“ gestellt werden kann und damit endlich aufgehört werden kann, von Ausbeutung, Klassenkampf und ähnlichen häßlichen Dingen zu reden. Sie sind also wie ihr großes Vorbild Josef Proudhon, „Reaktionäre und Utopisten zugleich“, der, nach Marx, auch die Synthese zwischen Kapital und Arbeit sein wollte, aber nur ein „zusammengesetzter Irrtum“ war. Sie gehören längst an die Seite der 1866er Hinterlader ins Altertumsmuseum, aber nicht an die Spitze einer modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die deutsche Kapitalistenklasse weiß sehr gut, daß Massenkämpfe und Massenbewegungen nur gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie und auch nur unter der Voraussetzung zustande kommen können, wenn sich die Massen, genauer gesagt: deren fortschrittlichster Teil, irgendeine Art behelfsmäßiger eigener Führung geschaffen haben, so daß die alte reformistische Führung auf jeden Fall jeden Wert als Arbeitsgemeinschaftspartner für sie endgültig verloren hat. Sie weiß sehr gut – und Böcklers Versicherungen gegenüber Adenauer bestätigen ihr – daß sie nicht auf diese Gewerkschaftsbürokratie, sondern umgekehrt, diese auf sie angewiesen ist.

Der Widerspruch zwischen dem, was die reformistischen Führer betreiben, und dem, was zu tun notwendig wäre, wächst jeden Tag. Das einsehend, aber aus ihrer Ohnmacht nicht herauskommend, sehen sich diese Führer gezwungen, sich selbst und soweit noch möglich die Massen mit radikalen Reden und besonderen „neuzeitlichen“ Methoden über die Wirklichkeit hinwegzutäuschen. So arbeitet z. B. ein ganzer Schwarm Gewerkschaftler mit Dokortiteln an wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Gewerkschaften und findet dabei auch ab und zu einen ganz passablen Gedanken. Weiter wird sogar unter Anwendung von Marx-Zitaten zu beweisen versucht, daß diesmal die Arbeitsgemeinschaft nicht so katastrophal wie 1933 enden muß. Im Vergleich damit, daß Tarnow 1928 noch ohne Widerspruch seiner Kollegen behaupten konnte „daß Armut eine soziale Krankheit ist, deren Heilbarkeit im Rahmen des Kapitalismus außer Zweifel steht“, klingen Böcklers jetzige Münderer Reden an einigen Stellen beinahe revolutionär, wo er sagt, daß die gewerkschaftlichen Forderungen auf Vollbeschäftigung usw. nicht mehr innerhalb der kapitalistischen Privateigentumsordnung zu realisieren sind. Das hindert ihn aber keineswegs, Erhards „soziale Marktwirtschaft“ und Adenauers Ausverkauf deutscher Industriewerte zu billigen und zu ermöglichen. Das alles der „heiligen“ Gewerkschaftseinheit zuliebe, die den Mathias Föder & Co. erlaubt, als Adenauers getreue CDU-Fraktion den Bundesvorstand und damit den ganzen Bund für die Duldung der kapitalistischen Bankrottspolitik einzuspinnen. Aus diesem Dilemma könnten die Reformisten nur herauskommen, wenn sie aufhören würden, Reformisten zu sein.

c) Die Rolle der sogenannten Kommunisten Was für die reformistischen Führer so gut wie unmöglich ist, wird für deren Anhänger jeden Tag leichter. Nur sehr wenige glauben heute noch an das Märchen vom friedlichen Weg zum Sozialismus. Voraussetzung dafür, daß sich die bereits gewonnene Erkenntnis der Arbeiter in bewußtes Handeln umsetzen kann, ist die Herausbildung eines festen revolutionären Kerns in der Gesamtbewegung. Dazu waren die deutschen Kommunisten bis 1923 erfolgreich imstande. Wenn sie das nachher nicht mehr waren, so infolge ihrer Unfähigkeit, die kommunistischen Grundsätze so zu verstehen und sich selbst so zu erarbeiten, daß sie diese auf die jeweils gegebene Lage praktisch anwenden konnten.

Wenn z. B. die Kommunisten heute den Grundsatz des kommunistischen Manifests, wonach die Kommunisten „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen haben“, wirklich begreifen und praktisch vertreten würden, könnten sie unmöglich zur widerspruchsfreien Unterordnung unter die Interessen der russischen Befatzungsmacht bereit sein. Deren Interessen, die zwar die Interessen eines sozialistischen Staates sind (welche die Arbeiterklasse jedes Landes ebenso unterstützen, wie sie kapitalistische Staaten bekämpfen muß), sind „getrennte“ und mit den Interessen des ganzen Proletariats im Widerspruch stehende Interessen. Die Russen mögen aus allgemein verständlichen Gründen Reparationen und Annexionen für notwendig und richtig halten. Aber diese sind vom wirklich kommunistischen Standpunkt nicht zu rechtfertigen. Sie stehen im Widerspruch mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus; sie richten sich gegen die elementarsten Interessen der deutschen Arbeiter, wie sich die gesamte Befatzungspolitik gegen deren rationales Selbstbestimmungsrecht richtet. Die daraus sich ergebenden Folgen müssen die SU selbst aufs schwerste schädigen. Kommunisten, die hier widerspruchsfrei mitmachen und damit den FDGB in der Ötzone auch zu einem Organ der Befatzungsmacht (wenn auch eines sozialistischen) degradieren, können die Arbeiter nicht vom Gift des Reformismus befreien.

Um, wie es im kommunistischen Manifest heißt, als „der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder“ - also auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung - wirken zu können, müssen die Kommunisten eine entscheidende Voraussetzung erfüllen, sie müssen nämlich „die theoretische Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung vor der übrigen Masse des Proletariats voraus haben“.

Außer schon eine so blamable Tatsache, daß sogenannte Kommunisten jahrelang wie stumpfsinnige Talmudisten über den „besonderen“ oder „nicht besonderen“ deutschen Weg herumpfädeln, beweist eindeutig, daß es ihnen an der nötigen Fähigkeit, dem notwendigen Willen und nicht zuletzt auch am ausreichenden Verantwortungsbewußtsein gegenüber der deutschen Arbeiterklasse fehlt, um sich die theoretische Einsicht in die komplizierten Bedingungen der proletarischen Bewegung in Deutschland selbst zu erarbeiten, die ihnen niemand - auch Stalin nicht - schenken kann, die sie aber unbedingt vor der Masse voraus haben müssen, wenn sie es mit ihrer führenden Rolle ernst nehmen. Ohne dem können sie die gewaltige Kraft der deutschen Arbeiterklasse zum Kampf für ihre eigenen Interessen nicht mobilisieren, womit sie der SU den denkbar besten Dienst erweisen würden.

Der von Ulbricht im August 1946 proklamierte und bis heute durchgeführte Verzicht auf kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften ist das unfreiwillige Eingeständnis, keinerlei selbst erarbeiteten Standpunkt zu haben, vom dem aus eine wirklich erfolgreiche Fraktionsarbeit geleistet werden kann. Jeder Versuch zu einer solchen Arbeit ohne klaren theoretischen Standpunkt und ohne die notwendigen praktischen Erfahrungen muß in RGO-Spielerei enden. Die Logik der Entwicklung scheint die KPD-Führung schon jetzt dazu zu zwingen. Im Zuge der jetzigen Säuberungskampagnen entwickelt der „Hamburger“ Willi Pänz die neueste KP-Gewerkschaftsstrategie. Danach dürfen die KP-Betriebsfunktionäre „unter gar keinen Umständen Entlassungen zustimmen“. In Hamburg wäre es für sie „höchste Pflicht gewesen, den Kampf um die 30%ige Lohnerhöhung der Hafendarbeiter aufzunehmen und nicht Anweisungen bestimmter Gewerkschaftsführer durchzuführen, die ausgeflogen sind...“ (nämlich aus dem Boot „Deutschland“ der nationalen Front!)

Die Betriebsfunktionäre heute kategorisch zur „Ablehnung“ unter allen Umständen verpflichtet und Lohnkämpfe gegen die Gewerkschaften in einem Betrieb isoliert führen, ohne Rücksicht auf Geschäftslage, Arbeitslosenzahl, allgemeine Kampfbereitschaft usw., bedeutet sowohl Hilfe

für Unternehmer und Reformisten zur Säuberung der Betriebe und Gewerkschaften von KP-Funktionären, als auch sichere Niederlage isoliert kämpfender Belegschaften mit Opferung von KP-Funktionären. Das ist Rückkehr zur RGO, der einzigen Form, in der sich Ulbricht und Genossen Gewerkschafts-Fraktionsarbeit vorstellen können, die sich in ihrer Unfähigkeit einbilden, daß der Erfolg im Lohnkampf vom Heroismus der sich opfernden Betriebsräte abhängt, die nicht begreifen, daß in diesem kapitalistischen Niedergangsstadium nur in wenigen Ausnahmefällen einzelne Lohnkämpfe Erfolg bringen können, und nur in dem Maße, in dem es gelingt, die Masse aus ihrem jetzigen Depressionszustand in aktivere Bewegung für Ziele zu bringen, die über den Lohnkampf hinausgehen.

Jetzt wird die ganze Schuld am Bankrott der Politik der KP-Führung auf die kleinen Funktionäre abzuwälzen versucht. Den Betriebsfunktionären wird angekreidet, daß sie faulen Kompromissen zustimmen „anstatt die Massen zu mobilisieren“, wozu die Partei selbst unfähig ist, was sie sogar mit ihrer zwischen Opportunismus und ultralinken Abenteuern schwankenden Politik absolut unmöglich gemacht hat, dafür werden jetzt Sündenböcke gesucht.

Zur Beurteilung der FDGB-Gewerkschaftspolitik fehlen ausreichende Unterlagen. Allgemein können und werden sich in der Ostzone positive Ergebnisse trotz der fehlerhaften Politik ergeben. Trotz der schweren Belastung durch die russische Befehlsmacht ist nicht zu übersehen, daß sie als die Macht einer sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung zwaangslos Schritte zur weiteren Ausdehnung dieser fortschrittlichen Ordnung in ihrer Zone durchführen muß, die früher oder später auch den deutschen Arbeitern zugute kommen müssen.

Wie sich auch dort Organisationsformen durchsetzen, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Produktion und den gegebenen Bedingungen am besten entsprechen, geht aus einem Bericht (Welt, 29. 11. 49) über die Tagung der volkseigenen Betriebe in Leipzig hervor, an der 16000 (?) Delegierte der ganzen Zone teilgenommen haben sollen. In der scharfen Kritik Selbmanns gegen minderwertige Qualitäten wird die Ursache dafür „in der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen Betriebsführern und Betriebsrat, aber auch in der oft parlamentarischen Bevormundung durch die Betriebsräte, in der geringen Schichtleistung sowie in der eingetretenen Überalterung“ gesehen. Das scheint zu beweisen, daß aus der im Vorjahr groß angekündigten Auflösung oder Erhebung der Betriebsräte durch Betriebs-Gewerkschaftsgruppen nicht viel geworden ist, daß umgekehrt die Betriebsräte sich behauptet haben. Das zeigt aber auch weiterhin, daß die Produktion des Allerwichtigsten soweit ausreichend erscheint, daß erhöhte Qualitätsansprüche gestellt werden können. Hier zeigt sich die dem sozialistischen Wirtschaftssystem innewohnende Kraft, die trotz fehlerhafter Politik Positives schafft, und die bei einer Führung, die wirklich bewußt führen könnte, statt nur von der Gesetzmäßigkeit des Systems als Werkzeug der Entwicklung vorwärts getrieben zu werden, geradezu Wunder leisten würde.

Aus dieser Lage der deutschen Gewerkschaftsbewegung ergeben sich gewaltige Aufgaben. Gemessen an der kleinen Zahl derer, die sie sehen, fühlen oder darüber nachdenken, und der noch viel kleineren Zahl, die sich gar an die Arbeit für ihre Lösung heranwagen, scheint die Aufgabe unlösbar. Es handelt sich um die Neuorientierung der gesamten Gewerkschaftsbewegung - und letzten Endes auch um die der gesamten organisierten Arbeiterbewegung. Die alten politischen wie gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen haben in der kapitalistischen Aufstiegsperiode mit reformistischen Methoden kämpfen können. Jetzt handelt es sich darum, Organisationsformen zu schaffen, die die Aufgaben in der Niedergangsperiode des Kapitalismus erfüllen können. Die bisherige Erfahrung gibt Ansatzpunkte, aber noch keine Möglichkeit, um im einzelnen die Entwicklung dieser Formen zu bestimmen. Aber wo die tatsächliche Lage klar erkannt wird, wachsen Kräfte zu ihrer Meisterung heran.

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 2

2. Januarhälfte 1950

Preis: -,20 DM

Bonn „regiert“ auf Kosten der Arbeiter! Die innen- und außenpolitischen Ereignisse des neuen Jahres werfen ein scharfes Licht auf Arbeit und Bedeutung der Bonner Regierung.

Die Kohlepreisänderung haben die Hochkommissare am 5. Januar gebilligt. Der Inlandspreis erhöht sich um -,30 DM je t, die Inlandsfracht um 12,5%. Der Exportpreis wird um 2,13 DM je t gesenkt, die Fracht bleibt unverändert. Grund: Die französische Schwerindustrie braucht Kohle und erhält sie zu einem von ihr bestimmten Preis, für den sie sie nirgends auf dem Weltmarkt kriegen kann. Diese Prämie, die die französische Schwerindustrie konkurrenzfähig machen soll, wird von der besiegten Bourgeoisie gezahlt, obgleich diese sich vor 3 Monaten bei der Abwertung „entföhren weigerte“, beim Kohlepreis nachzugeben. Jetzt hat Bonn selbst den Vorschlag unterbreitet, den die Kommissare wollten. Klappt unsere Demokratie nicht wunderbar? Sibt in Bonn nicht eine richtige Regierung? Diese Niederlagenstrafe wälzt die deutsche Bourgeoisie - wie alle Kriegslasten - auf die Werktätigen ab, in zweierlei Form:

1. Erhöhung der Inlandspreise, mit weitgehenden Folgen infolge der Schlüsselstellung der Kohle
2. Bergarbeiterlohnstopp und Drohung mit Nichtbezahlung der Sozialabgaben.

Trotz Kohlepreiserhöhung hat man also wieder einen Vorwand für die Ablehnung der Lohnforderungen der Bergarbeiter. Während die Reformisten die Arbeiter warnen vor der Schraube: höhere Löhne - höhere Preise, drehen die Kapitalisten an einer anderen Schraube: höhere Preise - niedrigere Reallöhne. Diese Schraube wird angezogen, solange wir es zulassen.

Die Annexion des Saargebiets ist ein weiterer Appetithappen der französischen Bourgeoisie. Zuerst ging es nur um den wirtschaftlichen Anfluß an Frankreich. Frankreich wollte nur die Schätze, die Lasten durfte die Trizone tragen. Politisch war das Saarland autonom, autonomer als Bonn: es hatte eine Nationalhymne und nur einen Herrn! Jetzt kommt der französische Außenminister Schuman nach Bonn, um den Standpunkt klar zu machen: Legalisierung des faktischen Zustandes, daß Frankreich politisch die Saar beherrscht. Es wird diktiert, wenn auch nach außen in Form von Verhandlungen.

Während die kapitalistischen Mächte so Stück für Stück aus Westdeutschland heraus schneiden, zernern sie über den Landraub im Osten, als ob sie Potsdam nie mitunterzeichnet hätten. So sieht die bürgerliche, vollendete, ideale, wahre Demokratie aus! - Jetzt endlich entdeckt die KPF-Führung ihr internationalistisches Herz, protestiert gegen Landraub und Zusammenarbeit der Schwerindustrien, nachdem sie 5 Jahre chauvinistischer war als die Kapitalisten.

Als Gegenleistung für das Saargebiet und die Kohlenprämie bietet Frankreich „Hilfe für Deutschland, ein wirkliches Mitglied der westeuropäischen Gemeinschaft zu werden“. Schöne Gegenleistung!

Verhältnis Befassung - deutscher Kapitalismus Daß Schuman nach Bonn kommt und den Schein von Verhandlungen nach außen wahrt, nicht diktiert, daß die Hochkommission dem deutschen Kohlepreis-Vorschlag

zustimmt, der in Wirklichkeit ihr eigener ist, hat keine Bedeutung: Die Befabungsmächte haben ein Interesse an einer gewissen inneren Autorität Bonns, und die deutsche Bourgeoisie ist ein wichtiger Faktor in den wirtschaftlichen, politischen, militärischen Plänen der Westmächte, wenn auch kein selbständiger Faktor. Wirtschaftlich ist der deutsche Kapitalismus der vitalste Europas. - Aber jede Befabungsmacht sucht in Deutschland ihre Konzeption, ihre Pläne, ihre Interessen durchzusetzen.

Aus den Gegenfäßen zwischen den drei kapitalistischen Befabungsmächten ergibt sich in Detailfragen ein gewisser Spielraum für die westdeutsche Regierung. In den entscheidenden Fragen bestimmen die Westmächte eindeutig. Soweit Bonn die Winke vom Petersberg versteht, ist ein Befehlen unnötig, ja für die Westmächte selbst nicht erwünscht. Wo es aber in ihrem Interesse lag, haben die Kommissare eigene Gesetze erlassen, deutsche Gesetze abgeändert, suspendiert oder unbeachtet gelassen. In einigen sehr wesentlichen Fragen besteht Interessensolidarität zwischen den deutschen Kapitalisten und ihren kapitalistischen Besiegern. Hier ist ein Druck überflüssig, hier handelt Adenauer freiwillig, hier spielt er sich mit dem Petersberg die Bälle zu (Kampf gegen die Ostzone, Remilitarisierung).

Ihre Souveränität hat die deutsche Bourgeoisie im 2. Weltkrieg verspielt. Um ihre Klassenherrschaft zu erhalten, hat sie für die Westbefabungsmächte optiert, muß sie verzichten auf die berechtigten nationalen Forderungen der deutschen Werktätigen. Alle Kosten dieses Krieges und der Unterordnung und Einreihung in den Weltblock wälzt das Kapital auf Euch ab, deutsche Arbeiter. Das wird solange dauern, solange Ihr Arbeiterführer duldet, die die Interessen der fremden Mächte höher als Eure Arbeiterinteressen stellen.

Der Konflikt Stalin - Tito und die deutschen Werktätigen Je erbitterter Tito von Stalin und seinen Anhängern bekämpft wird, desto größer wird das Interesse der Werktätigen, die richtig fühlen, daß dieser Streit nicht nur die Jugoslawen, sondern sie alle etwas angeht. Auch innerhalb der KPD wächst die Zahl derer, die wegen Verteidigung oder ungenügender Bekämpfung des Titoismus ihrer Funktionen enthoben oder gar aus der Partei hinausgeläubert werden müssen. Nicht besser steht es mit den übrigen kommunistischen Parteien des Westens und auch in den Ländern des Ostblocks. In diesen gibt es Säuberungsprozesse (Rajk Ungarn, Kostoff-Bulgarien). In Italien, Frankreich und England nehmen führende Sozialisten für Tito Partei. - Was sind die wirklichen Ursachen dieser Bewegung?

Noch mehr als der erste, hat der zweite Weltkrieg die völlige Unfähigkeit des Kapitalismus zur friedlichen Weiterentwicklung und Ausnutzung der Wirtschaftskräfte für eine allgemeine Steigerung des Wohlstandes der breiten Massen in der kräftigsten Form zutage treten lassen. Der Krieg und das ihm folgende Elend haben den Glauben breiter Schichten an die Vollkommenheit der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung vernichtet. Instinktiv erwarteten sie aus dem sozialistischen Lager, praktisch also von den Russen und den von diesen beeinflussten kommunistischen Parteien, die Aufzeigung eines gangbaren und erfolgversprechenden Weges zur Liquidierung der Kriegsfolgen, zum Aufbau einer planmäßigen Wirtschaft und zur Verhinderung einer neuen Kriegsgefahr.

Diese Erwartung ist durch das Verhalten der Russen, durch ihre Teilnahme an der Befabung, durch ihre Annexions- und Reparationspolitik und durch die

widerpruchslose Unterordnung der deutschen KP-Führung unter diese verkehrte russische Befehlspolitik gründlich enttäuscht worden. Die Enttäuschung hat dennoch nicht das Vertrauen zur kapitalistischen Gesellschaft gestärkt.

In der ständig sinkenden Zahl der Wählerstimmen der KPD wie im steigenden Interesse der deutschen Werktätigen für den „Titoismus“ zeigt sich der Gedanke des Widerstandes gegen die von der KPD-Führung den deutschen Arbeitern zugedachte Rolle des Zuschauers bei der Befreiung durch die Russen und des Befehlsempfängers nach der Befreiung. Dieser Wille zu einer selbständigen Rolle im internationalen proletarischen Befreiungskampf ist durch den Konflikt KP Jugoslawiens – KPSU nur neu belebt worden, hat aber in Wirklichkeit gerade in Deutschland seinen eigentlichen Ausgangspunkt. Das beweist die ganze Geschichte der KPD.

Bei der Gründung der kommunistischen Internationale 1919 konnte nur Deutschland eine selbständig gewachsene, wenn auch noch kleine Partei der großen russischen Bruderpartei an die Seite stellen. In allen anderen Ländern waren erst unter den Ausstrahlungen der Oktober-Revolution kommunistische Parteien entstanden, während die deutsche Partei in Wirklichkeit viel älteren Ursprungs ist. Sie fing an mit der Herausbildung der marxistischen Linken in der SPD unter Rosa Luxemburgs Initiative. Aus dem im Weltkrieg organisierten Spartakusbund entstand Neujahr 1919 in mitten schwerster Kämpfe die KPD, die trotz des Verlustes ihrer besten Führer sehr schnell Masseneinfluß gewann. Dank ihrer selbstearbeiteten Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik war sie bis 1923 so erstarkt, daß sie sich ernsthaft die Frage der Machteroberung stellen konnte. Infolge der amerikanischen Dollarhilfe und der Unterstützung durch den kleinbürgerlichen Reformismus war die deutsche Bourgeoisie aber noch zu stark, um im offenen Machtkampf gestürzt zu werden.

Hätte man die Lehren der Kämpfe von 1923 gezogen und richtig angewandt, dann hätte auch diese Erfahrung der jungen KPD genützt und nicht geschadet. Aber die russische Führung hat durch die brüske Beseitigung der damaligen KPD-Führung und die Einsetzung korrupter und willfähriger Marionetten (Ruth Fischer, Maslow) dem weiteren Vormarsch der KPD ein Ende gesetzt.

Stalin und sein Gegenspieler Trotzki konnten an der Spitze der außerrussischen kommunistischen Parteien nur gehorsame Dummköpfe gebrauchen, die sie in ihren damaligen Fraktionskämpfen um die Nachfolge des todkranken Lenin vorbehaltlos unterstützten. Unter Ausnutzung des gewaltigen Prestiges der siegreichen russischen Oktober-Revolution konnten Stalins deutsche Marionetten die Mehrheit der deutschen Parteimitglieder von der Notwendigkeit dieses gewaltigen russischen Eingriffs „überzeugen“, indem man ihnen vorlog, die abgesetzte Führung habe die Revolution verraten. – Daselbe Spiel gelang auch in anderen Sektionen der Komintern.

Um die Frage: selbständige Ausarbeitung der kommunistischen Taktik in jedem Lande durch die Kommunisten des Landes unter sinngemäßer Auswertung der Erfahrungen der russischen Revolution oder bedingungslose Unterordnung unter die bürokratisch kommandierende russische Parteiführung – darum ging es 1923 in Deutschland, darum geht es jetzt in Jugoslawien. Aber die Bedingungen haben sich in den 25 Jahren gründlich geändert. (Fortsetzung Seite 11)

USA-Fraktion in der SPD In der Weihnachtsnummer des Wochenblattes der holländischen Sozialisten richtete der Bremer Senatspräsident Kaifen (SPD) einen scharfen Angriff gegen die außenpolitische Linie Schumachers. Dem SPD-Führer wird der Vorwurf gemacht, durch seine Stellungnahme gegen die Adenauerregierung die SPD zu einer „konsequenten nationalen und sozialistischen Oppositionspartei umzugestalten“. Kaifen geht dagegen vom Marshallplan aus, mit dessen Funktionieren angeblich das soziale Interesse der Arbeiterschaft verbunden ist. Dieser Weg sei allerdings der des „nationalen Verzichts“, den aber auch die anderen europäischen Völker beschreiten müßten.

Bisher war die SPD-Politik auf England ausgerichtet. Die Labourregierung und der englische Imperialismus kommen dem kleinbürgerlichen Reformprogramm der deutschen Sozialdemokratie noch am weitesten entgegen. England steht jedoch in der Defensive. Seine Bedeutung schwindet zusehends. Der erfolglose Widerstand gegen die Abwertung, die Sabotage der von USA inspirierten französisch-deutschen schwerindustriellen Pläne fanden in Weltdeutschland ihren Widerhall im Zusammenstoß Adenauer - Schumacher. Mit der alsbaldigen Verföhnung verschwinden indessen nicht die sehr realen Interessen, die beide vertreten. Dabei ist es unvermeidlich, daß verschiedenen sozialdemokratischen „Realpolitikern“ immer mehr zum Bewußtsein kommt, daß England auf verlorenem Posten steht. Die Amerikaner haben für die reformistischen Mucken zwar wenig übrig, aber sie sind nun einmal die Garanten der kapitalistischen Ordnung Europas. Das veranlaßt eine Reihe führender Sozialdemokraten zur Schlußfolgerung, man dürfe den Anschluß nicht verfäulen. Sie sind für Unterordnung und Einreihung der Sozialdemokratie in das amerikanische Jahrhundert ohne programmatische Verbrämungen. Kaifen tritt als Sprecher dieser Strömungen auf, die als USA-Fraktion in der SPD für volle Mitarbeit am Adenauerkurs sind und in der Schumacherschen „Opposition“ das Gespenst gefahrdrohender Massenbewegungen erblicken. Man darf diese Strömungen nicht unterschätzen. Die DGB-Bürokraten haben höchstwahrscheinlich ihre Hand im Spiel. Nicht umsonst vertritt Böckler die Linie: Hinein in die Ruhrbehörde! Deuten die Telegramme an Adenauer nicht in die gleiche Richtung?

Es ist von großer Bedeutung, daß gerade die SPD-Arbeiter erkennen, daß die Streitigkeiten ihrer Führer mancherlei Interessen widerspiegeln, keineswegs aber die der Arbeiterschaft, die nicht im Schlepptau Englands oder Amerikas vertretbar sind. Nur die Entfesselung der Arbeiterkraft gegen Demontage, Ruhr- und Befähigungstatut kann als Auftakt des Kampfes für Rätedeutschland der schamlosen Verschacherung deutscher Arbeiter an ihre Todfeinde ein Ende setzen.

**Lenin
Liebknecht
Luxemburg** Schon dreißig Jahre sind verfloßen, seit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den Mörderbanden Noskes ermordet wurden, sechsundzwanzig Jahre, seitdem Lenin an den Überanstrengungen seiner Arbeit im Dienste der ersten proletarischen Revolution starb. Noch immer, und mehr denn je, stöhnt das deutsche Proletariat unter den Zusammenbruchfolgen der kapitalistischen Ordnung, kaum weniger auch jene werktätigen Schichten, die als kleine Krämer, kleine Handwerker, Stehkragenproletarier ihr Leben fristen. Die Kriegsoffer, Sozialrentner, die Heimatvertriebenen,

die Arbeitslosen bangen um die Wette mit jenen „Glücklichen“, die noch von den Kapitalisten gebraucht werden, um Mehrwert zu produzieren. Die Kapitalistenklasse selbst lebt in Sorge und Unruhe um den in den Waren verkörperten Mehrwert zu realisieren. Die europäische Bourgeoisie unterwirft sich entweder zähneknirschend dem Diktat des amerikanischen Finanzkapitals – oder bittet hundsfüßlich um materielle Unterstützung und militärischen Schutz vor „bolshewistischer Bedrohung“. Die amerikanische Bourgeoisie selbst ist oder macht in Panik mit dem Bolshewistenschreck. Er stellt sich ihnen dar bald als „unamerikanische Gefinnung“, bald als chinesische Revolution, bald als Bolshewisierung Europas, bald als Bedrohung ihrer Satelliten-Regierung in Italien durch den Aufbruch der verhungerten Landproletarier, die sich anschicken, das unbebaute Land zu beschlagnahmen, um sich etwas Maisnahrung zu erarbeiten, bald als griechische Partisanen, bald als Unschädlichmachung ihrer Agenten in den sogenannten Volksdemokratien, usw. u.s.f. Alles Folgen des kapitalistischen Zusammenbruchs, der durch die beiden Weltkriege beschleunigt wurde und durch die Vorbereitungsversuche zum dritten Weltkrieg drauf und dran ist, die halbe Welt in ein Irrenhaus zu verwandeln. Es ist der Zustand, in dem die herrschenden Bourgeoisien schon nicht mehr fähig sind, die Herrschaft so auszuüben, daß den ausgebeuteten Werktätigen eine einigermaßen erträgliche Existenz gesichert werden kann – und das Proletariat noch nicht imstande ist, die bankrotte kapitalistische Herrschaft durch ihre eigene Klassenherrschaft abzulösen, um den Weg zur sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft zu beschreiten.

Die proletarischen Massen suchen nach einem Ausweg. Die Entwicklung der SU und besonders ihre Befassungspolitik in Deutschland hat die Massen der SU entfremdet. Sie besuchen die Wahlversammlungen der KPD, aber wenden sich enttäuscht ab, und wählen, wenn sie wählen, bürgerlich. Sie interessieren sich für Tito und Jugoslawien, für China und Mao-tse-tung. Warum suchen sie in der Ferne? Sie suchen einen sozialistischen Ausweg und Hilfe in ihren vergeblichen Anstrengungen gegen materielle und geistige Not – Rat und Hilfe, die sie weder in Deutschland noch bei der SU finden. Sie begreifen nicht, daß in dem Konflikt zwischen SU und Jugoslawien sich nichts anderes widerpiegelt, als der 25 Jahre alte Kampf zwischen lebendigem Marxismus-Leninismus und seinem Zerrbild, dem Stalinismus, der den Marxismus-Leninismus in eine tote Doktrin verwandelt hat. Gestützt auf diese Doktrin und die materielle Macht der SU erhebt diese stalinistische Bürokratie Führeranspruch der revolutionären Kräfte auf der ganzen Welt. Im Falle Jugoslawien erweist sich diese stalinistische Verbalhornung des Marxismus-Leninismus bereits als Hemmschuh einer kommunistischen Partei, die bereits die politische Macht ausübt und die ersten Schritte in der Richtung der sozialistischen Umgestaltung eines kleinen, überwiegend agrarischen Landes begonnen hat. Die Führungsansprüche dieser Emporkömmlinge in der SU geraten überall in Widerspruch mit den Interessen und Bedürfnissen der außerrussischen kommunistischen Parteien, im Falle Jugoslawien bereits mit einer die politische Macht ausübenden kommunistischen Partei. Das Interesse mit dem breite Schichten diesen Kampf verfolgen, drückt die Hoffnung aus, daß in Jugoslawien gelingen möge, was den älteren oppositionellen marxistischen Kräften Deutschlands und anderer Länder noch nicht gelungen ist.

So schreckt die deutsche Arbeiterklasse ratlos vor den bevorstehenden Aufgaben noch zurück und verlängert dadurch die Leidensperiode. Es ist einer jener grausamen Widersprüche der Geschichte, daß gerade die Entwicklung der SU mit dazu beigetragen hat, den Glauben der deutschen Arbeiterklasse an den Sozialismus und an die eigene Kraft, ihn zu erkämpfen, stark erdüttert hat. – Das Verständnis des Marxismus, die meisterhafte Anwendung der Methode des dialektischen Materialismus befähigte Lenin zur klaren Erforschung der Lebensbedingungen der vorrevolutionären Klassen Rußlands ebenso, wie zur richtigen Beurteilung der weltpolitischen Wechselwirkungen. Lenin vermochte so den durch diese Lebensbedingungen entstandenen spontanen revolutionären Bewegungen der Arbeiter- und Bauernklasse Rußlands Organisation und Führung im Kampf um die politische Macht und zur Zerstörung der zaristischen Staatsorganisation zu geben. Diese Fähigkeit reichte auch aus, Strategie und Taktik zur Schaffung der Vorbedingungen eines sozialistischen Staats- und Wirtschaftsaufbaus für die SU auszuarbeiten und diese in den ersten fünf Jahren zielklar durchzuführen. Die Richtigkeit dieser Strategie und Taktik ist durch die Praxis bestätigt worden. Die Unglücksraben aller Lager, die seit dem ersten Tage der Errichtung der SU ihren unvermeidlichen Zusammenbruch prophezeiten und der Welt ihre Rezepte und Empfehlungen anpriesen, sind längst im Sumpf des kapitalistischen Zusammenbruchs zugrunde gegangen oder – betätigen sich heute als Herolde der Kriegsvorbereitungen gegen die SU im Gefolge des USA-Imperialismus. Jene Arbeiter und Werktätigen, die dieser in kleinbürgerlichen Vorstellungen befangenen Führung folgten und folgen, weil ihre Vorstellungen von einer proletarischen Revolution über das Schwanken zwischen dem russischen Beispiel und Reformismus nicht hinausgelangte, wurden nur von Niederlage zu Niederlage geführt. Aber Rosa Luxemburg traf bereits vor 30 Jahren das Wesentliche:

„Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkte und Schlüsselsteine: das Vergehen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus. Es hieß von Lenin und Genossen Übermensliches verlangen, wollte man ihnen auch nur zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern. Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue, dem internationalen Sozialismus wahrhaftig geleistet, was unter so verheerend schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“

Unter dem Stalinismus hat sich die internationale Treue der leninistischen Periode in beschränktem Sowjetchauvinismus verwandelt. Aber es ist auch dabei zu bedenken, bevor die Stalinbürokratie dem proletarischen Internationalismus die Treue gebrochen hat, hat das europäische und das deutsche Proletariat dem russischen Proletariat die Treue gebrochen.

Aber nicht nur das Vergehen des deutschen Proletariats, sondern auch der von Rosa Luxemburg nicht genügend beachtete Doppelcharakter der beiden revolutionären Klassen Rußlands, des Proletariats und der Bauernklasse, hat

der Entwicklung der SU Formen und Inhalte gegeben, die dem westeuropäischen Proletariat schwer verständlich sind, weil in entwickelten kapitalistischen Ländern der Bauernklasse eine solche Bedeutung nicht mehr zukommt. Das sozialistische Ziel der Arbeiter war den russischen Bauern unverständlich. Die Praxis hat erwiesen, daß zähe, geduldige Aufklärungsarbeit allein nicht ausreichte, um dem revolutionären Verbündeten beim Sturz des Zarismus den höheren sozialistischen Zielen geneigt zu machen, obgleich das sozialistische Endziel letzten Endes auch die wirkliche Emanzipation des Bauern bedeutet. Sollte an der Verwirklichung der sozialistischen Planwirtschaft festgehalten werden, dann mußten die Widerstände dagegen unterdrückt werden. Die Methoden dieser Unterdrückung bestimmen sich wechselseitig. Je bornierter, stumpfsinniger, barbarischer der Widerstand, desto brutaler und barbarischer die Unterdrückungsmaßnahmen. Da auch die Arbeiterklasse aus den zurückgebliebensten Bauernschichten gebildet werden muß, ist Denken und Handeln dieser neuen Proletariatier stark bäuerlich beeinflusst. Der Industriearbeiter gewordene Bauer wird in der neuen Gemeinschaft zwar rascher sozialistischen Gedanken und Zielen zugänglich. Überredung, geduldige Aufklärung wird wirksamer; aber wo man Widerstände nicht anders besiegen kann, ist Gewaltanwendung auch gegen widerspenstige Arbeiter unvermeidlich. Daß sich in der Bürokratie selbst barbarische Traditionen des zaristischen Erbes auswirken, kann nur der nicht begreifen, der verständnislos marxistisch-leninistischem Denken moralische Entrüstung entgegenstellt. Lenin begriff diese Einwirkung der barbarischen Traditionen sehr klar, zeigte sie auf, forderte den Kampf gegen die russische Barbarei mit barbarischen Mitteln so lange, bis höhere Kampfformen durch eine siegreiche proletarische Revolution im Westen günstigere Bedingungen und Methoden für den sozialistischen Aufbau geschaffen haben würden. In diesem Kampf gegen die russische Barbarei stellte Lenin den Kampf gegen die Barbarei der regierenden Bürokraten an die Spitze. Aber nach dem Tode Lenins verstummt der Aufruf zum Kampf gegen die zaristische Tradition in der Bürokratie. In der isolierten SU wirken die zaristischen Traditionen unerkannt in der stalinistischen Bürokratie, die ja nichts Besseres kannte. Da sie sich dogmatisch an die strategischen Richtlinien Lenins hielt, oder sich zu halten glaubt, die Riesenarbeit des Aufbaus ihr keine Zeit läßt, ihr lückenhaftes Wissen zu erweitern, formt sie revisionistisch, dogmatisch die weltweiten Gedanken des Marxismus-Leninismus entsprechend ihrer nationalbeschränkten Praxis. Stalin siegt über seine oppositionellen Gegner, weil der Kampf mit barbarischen Mitteln gegen den stumpfsinnigen und barbarischen Widerstand gegen die sozialistische Planwirtschaft die rauhe Kraft russisch-asiatischer Methoden nicht entbehren kann. Durch die barbarische Liquidierung der mit internationalem Sozialismus vertrauteren Opposition, fällt die Mitwirkung dieser Kräfte aus, die Lenin bis zum letzten Atemzuge erhalten und mit den barbarischen Kräften verschmelzen wollte, um so den möglichen Ausgleich zu schaffen. Dieser Versuch scheiterte. Auch die Entwicklung der ersten proletarischen Revolution bewegt sich in Widersprüchen und Gegensätzen, wie alle bisherige Geschichte. Die vor dieser Entwicklung Erschrockenen flüchten sich in die Suche nach „neuen Methoden“ in dem Trümmerhaufen bürgerlicher Illusionen aus der revolutionären Epoche der Vorbereitung der kapitalistischen Revolution: Individuelle Freiheit, die in der

einen realen Sinn hatte, so lange es galt, die feudale und christliche Verbundenheit zu sprengen. Nachdem diese Freiheits-, Gleichheits- und Brüderlichkeitslofungen diesen Zweck erfüllt hatten, nämlich den „dritten Stand“ zum Kampf gegen Kirche, Adel und Königtum zu sammeln, verschwanden sie auf den Schutthaufen der Geschichte, ebenso die zeitbedingten Redensarten von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie, die jetzt durch Redewendungen wie Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmungsrecht neu aufpoliert und hervorgeholt werden, um die verfallende kapitalistische Ordnung zu stützen. Wo dies nicht ausreicht, entdeckt man den „sozialistischen Inhalt“ der sehr wandelbaren christlichen Ideologie, verißt nur dabei die Kleinigkeit, daß in den zweitausend Jahren ihrer ideologischen Existenz er nie realisiert werden konnte. – So züchtigte Rosa Luxemburg die Leihendhänder, die sich auf sie berufen:

„Das Erwachen der revolutionären Tatkraft der Arbeiterklasse Deutschlands kann nimmermehr im Geiste der Bevormundungsmethoden der deutschen Sozialdemokratie seligen Angedenkens, durch irgendeine fleckenlose Autorität, seien es die eigenen „Instanzen“ oder die des „russischen Beispiels“, hervorgezaubert werden. Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Hurra-Stimmung, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Kompliziertheit der Aufgaben, aus politischer Reife und geistiger Selbständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedenen Vorwänden jahrzehntelang systematisch ertötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden. Sich kritisch mit der russischen Revolution in allen historischen Zusammenhängen auseinanderlesen, ist die beste Schulung der deutschen wie der internationalen Arbeiter für die Aufgaben, die ihnen aus der gegenwärtigen Situation erwachsen... Mögen die deutschen Regierungsozialisten schreien, die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland sei ein Zerrbild der Diktatur des Proletariats. Wenn sie es war oder ist, so nur, weil sie eben ein Produkt der Haltung des deutschen Proletariats war, die ein Zerrbild auf sozialistischen Klassenkampf war“ – und ist

Den Erdtröckenen sollte man Karl Liebknechts Lofungswort seines letzten Artikels als Beispiel vorführen, der mitten in der ersten Niederlage der revolutionären Kämpfe 1918/1919 schrieb: „Vorwärts – trotz alledem und alledem!“ Er handelte, lebte und starb im Geiste Marxens, der im Achtzehnten Brumaire schrieb:

„Proletarische Revolutionen unterbrechen sich fortwährend, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in Ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde lauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen: Hic rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!“

Die „Gefundungs“-Krise der sozialen Marktwirtschaft macht rapide Fortschritte: Am 15. Dezember 1949 wurden im Bundesgebiet 1498851 Arbeitslose gezählt. Damit hat die Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 30. November bis zum 15. Dezember um 115015 Beschäftigungslose weiter zugenommen. Der stärkste Anstieg liegt in den Agrarländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Unternehmer und Mitbestimmungsrecht In seiner Ab- schiedsnummer

veröffentlicht der „Bund“ den Artikel eines katholischen Unternehmers (!): „Das Mitbestimmungsrecht des Arbeiter.“ Es wäre wünschenswert, daß alle Arbeiter diesen Aufsatz eingehend studierten, denn er ist aufschlußreicher als so mancher dicke Wälzer. Der reaktionäre Klassengehalt tritt unverbrämt zu Tage.

Es sei Voraussetzung einer Wirtschaftsordnung, „die allein den Klassenkampf zu beenden vermag“. Also nicht Aufhebung der Klassen, sondern Schluß mit dem Klassenkampf. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiges Gewerkschaftsprogramm sich der wohlwollenden Zustimmung des klugen Unternehmertums erfreuen muß. Anstelle der tatsächlichen Enteignung der Bourgeoisie und des Sturzes ihrer Klassenherkunft durch die Arbeiterklasse tritt mit dem Mitbestimmungsrecht der Schein sozialer Gleichberechtigung. Diese Gleichberechtigung kann natürlich nur auf dem Papier einigermaßen seine dürftige Existenz fristen: denn die Wurzel der Kraft des Kapitalismus ist nicht rechtlicher, sondern wirtschaftlicher Natur. Sie ist im privaten Eigentum an den Produktionsmitteln begründet. Das Eigentum wird jedoch durch das Mitbestimmungsrecht ausdrücklich garantiert, das ökonomische Fundament der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht angetastet. Das Mitbestimmungsrecht ist der „Garant des künftigen sozialen Friedens“. Es ist also die beste Medizin gegen die Seuche des Klassenkampfes, oder – um ein anderes Wort anzuwenden – das Mitbestimmungsrecht ist die Feuerversicherung des Kapitalisten gegen den Brand der proletarischen Revolution. Klar und deutlich spricht dieser Unternehmer aus, was die Gewerkschaftsführung schamhaft verschweigt:

„Diese Entscheidung (Anerkennung des Mitbestimmungsrechts durch den Bodumer Katholikentag) hat endlich die längst erwartete, befreiende Antwort auf das kommunistische Manifest gegeben, ihre Verwirklichung wird die Überwindung dieses Manifests durch das christliche bedeuten.“

Außerdem erwartet das katholische Unternehmertum eine direkte Erhöhung der Profite:

„Der Arbeiter übernimmt eine ihm bisher unbekannte Mitverantwortung für das Wohl und Wehe des Unternehmens und aller an ihm direkt und indirekt Beteiligten... Er wird Mitunternehmer.“

In der Folge „entzündet sich ein neues Arbeitsethos“, denn „das Mitbestimmungsrecht entwickelt ungeahnte Produktivkräfte“. Sich an seine Klasse wendend ruft er aus:

„Der Unternehmer hat eine große Chance, zum sozialen Frieden beizutragen – nicht zuletzt in seinem eigenen Interesse. Es ist seine letzte Chance.“

In dürren Worten spricht der zitierte Unternehmer aus, was ist: Das Mitbestimmungsrecht ist kapitalistisches Heilmittel gegen den proletarischen Klassenkampf. Sein Erfolg wäre die Stabilisierung und Festigung des verfaulenden Kapitalismus auf neuer und breiterer Stufenleiter. Man kann sehr gut begreifen, daß Unternehmer, die ihren Klassengenossen um zwei Nasenlängen voraus sind und verzweifelt nach Mitteln suchen, das heiligste aller Güter zu retten – das kapitalistische Privateigentum –, sich an das Irrlicht des Mitbestimmungsrechts klammern. Es ist tatsächlich ihre letzte Chance.

Was soll der klassenbewußte Arbeiter aber von Gewerkschaft, SPD und KPD halten, die – ungeachtet sonstiger Differenzen – in holder Eintracht die verlogene kleinbürgerliche Ideologie in die Arbeiterköpfe hineinzustopfen versuchen? Die reformistischen Wirtschaftsdemokraten sind nicht erst seit heute die Propagandisten bürgerlichen Gedankengutes in der Arbeiterbewegung. Wenn aber auch die KPD im Namen der nationalen Front den Mitbestimmungsirrefanz betreibt, so gehört es zu den wichtigsten Pflichten jener Kommunisten, die mehr als verhinderte SVDler sind, den Kampf gegen diese Spielart des kleinbürgerlichen Erfassozialismus zu führen und ihm die proletarische Lösung der Arbeiterkontrolle der Produktion entgegenzustellen.

Massenauschlüsse aus der KPD Uns erreichen immer neue Berichte von der Säuberung der KPD, der vielerorts die besten Funktionäre zum Opfer fallen. Die Methoden variieren etwas, je nach Tüchtigkeit der Rauschmeißer. Vom Ausfluß des Gen. Grönsfelder, Nürnberg, berichteten wir schon; in 5 mittleren Industriestädten Oberfrankens hat man die Genossen ausgeschloffen, die die Parteiarbeit trugen. Das Ergebnis kann nur der völlige Zusammenbruch der Parteiarbeit sein in den Orten, in denen noch etwas getan wurde. Als Begründung dient dem neugebadenen Parteifekretär die eigene Meinung der Genossen über Oder-Neiße-Linie, Vertreibung der 12 Millionen, Kriegsgefangenenfrage, Demontagen. In Rehau und Weißenburg mußten die Parteifekretäre wieder unverrichteter Dinge abziehen, weil die Mitglieder drohten, mit den oppositionellen Genossen zu gehen. In Mannheim hat man den Gen. Boepfle aus der Partei hinausgeekelt und endlich nach 4 ½ Jahren aktivster Parteiarbeit entdeckt, daß er ein bezahlter Agent des USA-Kapitals ist. Ähnlich liegt es mit Herbert Müller, Ludwigshafen, der aber leider in seiner Enttäufdung und Isolierung zur SPD ging. Das ist eine direkte Folge der verbrecherischen Politik der KPD-Führung, aber vom kommunistischen Standpunkt nicht zu billigen. In Schweningen/Schwarzwald wird jetzt ebenfalls der Kampf gegen die erfahrensten KP-Funktionäre gerichtet. Der Gen. Zuckfawerdt wurde auf einer Landesvorstandssitzung als Agent des Agenten Brandler entlarvt und aus der Partei hinausgeekelt. Alle Schimpfereien der KP-Presse können aber kein Anfehen bei den Arbeitern nicht untergraben. Der Gen. Ludwig Becker, 2. Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg, wurde gleichzeitig in indirekten, aber deutlichen Angriffen aufs Korn genommen. Es ist möglich, daß er den gleichen Weg wie die meisten ehrlichen Kommunisten gehen muß: aus der KPD hinaus. In Stuttgart legte man den Genossen Reverse vor, nach denen sie sich verpflichten sollen, mit den parteifeindlichen Brandleristen jeden Verkehr zu vermeiden. In der Nationalen Front ist offenbar nur Platz für die „fortschrittlichen Unternehmer“!

Befonders katastrophal wirkt sich die Reinigung der Partei in Kiel aus. Dort hat man die ganze Redaktion der Parteizeitung (Weiß und Gen.) und den Vorflhenden der Kieler Partei, Labke, befeitigt. In Hamburg wurden einige aktive Parteiarbeiter hinausgereinigt (Sergel, Hartmann u. a.). In Bremen erteilt das gleiche Schicksal die Genossen Kundel und Diehm. Bei ihnen hatte man nicht einmal den Mut, den Schein der Parteidemokratie zu wahren und sie von ihren Ortsgruppen ausschließen zu lassen. Die Genossen erfuhren ihren Ausfluß durch das Parteibüro erst aus der Zeitung.

Ein besonderes Kapitel bilden die Reinigungen in der obersten Parteibürokratie, wo die großen Tiere sich selbst bespeien und Besserung geloben müssen. Dieses Stück Führerkunde ist ein besonders widerliches Symptom der schweren Krise der Partei.

Wir konnten hier nur die wichtigsten Berichte zusammenfassen. Es muß Sache der aktiven, wirklichen Kommunisten aus dem Kreis der Arbeiterpolitik sein, mit den Ausgeschloffenen

und Austretenden sofort Kontakt aufzunehmen, ihnen zu zeigen, daß es noch wirkliche Kommunisten gibt, sie damit für die kommunistische Bewegung zu erhalten und zu reaktivieren. - Lenin hat gesagt: niemand könne den Kommunismus diskreditieren außer den Kommunisten selbst. Man kann hinzufügen: Niemand kann die kommunistische Bewegung zerfliegen außer ihren unfähigen Führern. Fällt ihnen in den Arm! Verhindert die Zerflörung der kommunistischen Bewegung, indem ihr euch zusammentut, untereinander und mit der Gruppe Arbeiterpolitik Verbindung aufnimmt und weiter als Kommunisten wirkt. „Vorwärts trotz alledem und alledem!“

(Fortsetzung von Seite 3) Die Tatsache, daß sich Stalin wie Trotzki - und faktisch wohl die ganze russische Führung mit Ausnahme des kranken Lenin - trotz aller Fraktionsstreitigkeiten in gemeinsamem Gegensatz zur deutschen Parteiführung befanden, beweist das Vorhandensein tieferer Ursachen. Lenin mit seinem unverfälschten Wissen und seiner großen praktischen Erfahrung in der internationalen Arbeiterbewegung wußte und sprach offen die grundlegende Wahrheit aus, daß der revolutionäre Weg der Arbeiterklasse den besonderen Bedingungen jedes einzelnen Landes angepaßt sein muß; daß nur die Führung dauernde Erfolge erzielen und siegen kann, die aus der Elite der Arbeiterklasse entstanden und mit den Bedingungen des eigenen Landes völlig vertraut ist. Auf dem vierten Weltkongreß der Komintern 1922 hat er die Beschlüsse als gar zu russisch bezeichnet und dringend gemahnt, sie nicht nur sprachlich, sondern auch sinngemäß so zu übersetzen, daß sie von den Arbeitern der anderen Länder verstanden werden könnten. In der Broschüre über die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus sagt Lenin:

„Ebenso wäre es verfehlt, außer acht zu lassen, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch nur in einem der fortgeschrittenen Länder, aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintreten wird, nämlich: Rußland wird bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im »sozialistischen« und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land werden.“

Das zeigt das tiefe Verständnis Lenins für die Problematik der russischen Revolution.

Was für Lenin selbstverständlich war, war und ist für die nachleninische Führung mit ihren nur russischen Erfahrungen unbegreiflich: nämlich daß die Führung einer kommunistischen Partei des Westens infolge der andersartigen Bedingungen ihres Kampfes in einem hochindustrialisierten Lande in Fragen der Strategie und Taktik zu anderen Ergebnissen kommen kann. Anstatt einzusehen, daß es sich hierbei um die selbständige marxistische Anwendung der russischen Erfahrungen auf die anderen Verhältnisse handelt, sehen die Russen in jeder kritischen Einstellung ihnen gegenüber ein Abweichen von den Prinzipien. Da ihre Erfahrung in einem rückständigen Lande begrenzt ist, ist auch die sich darauf gründende Vorstellung begrenzt; sie begreifen nicht, daß Kritik nicht nur vom kleinbürgerlichen oder konterrevolutionären Standpunkt, sondern auch von einem höheren, weil auf größere Erfahrungen beruhenden, kommunistischen Standpunkt möglich ist. So versuchten die Russen jede natürlich entstehende Kritik, jeden vorübergehenden Gegensatz durch die Beseitigung der Kritiker um jeden Preis zu verhindern. Damit verurteilen sie die ganze kommunistische Bewegung - soweit sie sich ihren Direktiven widerspruchlos

fügt - zum Stillstand und zum schließlichen Zusammenbruch, wie sich das klassisch am Schicksal der KPD 1933 gezeigt hat.

Die 25 Jahre des bürokratischen Kominternregimes haben bewiesen, daß die russischen Genossen und die ihnen willenlos folgenden Parteiführungen in Westeuropa die objektiv günstigen Bedingungen nicht für den Vormarsch des Kommunismus ausnutzen konnten. Die Erfolge der jugoslawischen und chinesischen Kommunisten waren nur möglich, weil man keine Direktiven aus tausenden Kilometern Entfernung befolgte. Wäre die KPJü den russischen Direktiven ebenso willig gefolgt wie Fogliatti in Italien und Thorez in Frankreich, dann wäre sie mit ihren Kapitalisten nicht so schnell und gründlich fertig geworden. Die Stalinische Volksfrontpolitik hatte Fogliatti zum faulen Kompromiß mit Badoglio, dem Falchiltenkönig und sogar dem Papst geraten, hatte Thorez zum Untergebenen de Gaulles degradiert. Dieser Politik verdankt letzten Endes die Bourgeoisie in Italien und in Frankreich ihre heutige Stärke. Diese russische Kominternpolitik, die ständig zwischen dem rechten Straßengraben des Opportunismus und dem ultralinken des Abenteuerertums hin und her schwankt, kann den Arbeitermassen Europas keinen gangbaren Weg zeigen.

Die jugoslawischen Kommunisten haben sich eine eigene Führung geschaffen, haben die besonderen Bedingungen ihres Landes analysiert, darauf Strategie und Taktik aufgebaut und damit ihre Mündigkeit und Reife bewiesen. Deshalb konzentriert sich das Interesse der europäischen, besonders der deutschen, Werktätigen auf den Stalin-Tito-Konflikt. Breitere Schichten sehen hier eine Kraft, die mit selbsterarbeiteten Methoden für den Sieg des Sozialismus kämpft.

Der Weg, auf den die Jugoslawen gezwungen wurden, ist sichervoller als der Ihre und wird nicht ohne Fehler zurückgelegt werden, wie einige Tatsachen bereits zeigen. Aber in dem Maße, wie die Jugoslawen Weggenossen und internationale Solidarität finden, werden diese Gefahren zu vermeiden sein. - Dafür besteht gute Aussicht.

Die theoretischen Auffassungen, die sich die chinesischen Kommunisten auf Grund ihrer Erfahrungen selbst erarbeitet haben, deuten bereits den Unterschied und Gegensatz zur russischen Auffassung an. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann er offenbar wird. Mit den 450 Millionen Chinesen würde Stalin noch weniger fertig werden als mit den 16 Millionen Jugoslawen.

Aber am Brennpunkt der Weltereignisse - in Europa - muß die Stagnation der kommunistischen Bewegung überwunden werden. Dazu ist die aktive Mithilfe der deutschen Werktätigen unentbehrlich. In Deutschland hat der Konflikt begonnen, hier muß er ausgetragen werden: der Konflikt um das Verhältnis zwischen kommunistischen Parteien, um Gleichberechtigung oder Unterordnung. Dem deutschen Proletariat fehlt es nicht an Erfahrungen und Kräften, um das zu erreichen, was Jugoslawen und Chinesen bereits erreicht haben, und um ihr Teil beizutragen zur Wiederherstellung einer gefundenen kommunistischen Weltbewegung mit mehreren - möglichst vielen - selbständigen kommunistischen Parteien. Diese Kräfte in Deutschland zu sammeln, darauf kommt es jetzt an.

Preßefonds: Auf unseren Aufruf hin gingen bis zum 10. 1. folgende Spenden bei uns ein, die wir dankend quittieren: Baden 30,-, Baden-Pfalz 20,-, Bayern 31,-, Berlin 50,-, Niederachsen-Mitte 10,-, Nord 70,-, Ost 100,-, Summa 311,- DM. Wir werden

jetzt regelmäßig die Spendeneingänge quittieren. Genossen! Rechnet schnell ab! Spendet und sammelt für die Arpo! Sichert ihr Erdbeinen zweimal monatlich!

Verlag Arbeiterpolitik

Arbeiterpolitik

Steigendes Elend . . .	1
Das Saargebiet . . .	1
4. Parteivorstandssitzung der KPD	2
Ausweg für die Berliner Arbeiter	3
Stalin als Außenpolitiker, 1. Teil	8

3. Jahrgang Nr. 3 · 1. Februarhälfte 1950 · -20 DM

Steigendes Elend - abwartende Haltung der Bevölkerung im Salzgittergebiet

Die passive Hinnahme der Demontagefortsetzung in den noch vorgefundenen Betrieben Westdeutschlands durch die Gewerkschaftsführung, die angekündigten Notstandsmaßnahmen sowie das Ausbleiben wirklicher Solidaritätsaktionen anderer Betriebe machen die abwartende Haltung der Werktätigen nur zu verständlich. Die Not steigt. Die Kette der Unterstützungsempfänger wächst, die immer länger auf die Auszahlung ihrer kargen Großen warten müssen. Die zentralen Gewerkschaftsleitungen verharren trotz dringender und direkter Appelle der Betriebsräte der Reichswerke in stolischer Passivität. Ihre Aktivität entfalten sie dafür in gewerkschaftsschädigender Weise gegen die Erwerbslosenverbände, indem sie die Behörden auffordern, diese nicht anzuerkennen.

Die Reaktion bleibt nicht aus. Im benachbarten Wolfsburg (Volkswagenwerk) wurde dem unlängst mit großer Mehrheit gewählten gewerkschaftlichen Betriebsrat von der Belegschaft das Mißtrauen ausgesprochen. Die Arbeiter werden hier bald zu Opfern der neofaschistischen Demagogie werden, wenn keine klassenbewußten Kräfte sich einschalten. - In der SPD-Mitgliederversammlung weigert sich alles Standhaft, eine Vorstandsfunktion zu übernehmen. Schumacher selbst soll in einer Kundgebung den tief gesunkenen Mut wieder aufbügeln. Die KPD trotzelt als 5. Rad hinter der Bewegung her, überflüssig, aber desto lauter klappernd. Ihrer stupiden Denunziantenpolitik verdankt sie, daß ihre letzten zwei Betriebsräte sich offen von ihr distanzieren. Ihr weisfremder Bezirkssekretär läßt durch ein Interview in der Braunfelder Zeitung verkünden, „daß lediglich ein Streik in den Reichswerken das Demontageproblem lösen könne“ und daß nur „der Titoist Söthlig (Betriebsratsvorsitzender) als Agent einer bestimmten Clique“ an der Aufhebung des Demontagebefehls nicht interessiert sei. Dieser Rat gipfelt also in der abenteuerlichen Illusion, daß eine einzelne Belegschaft unter heroischer Aufopferung ihrer Funktionäre die Aufgabe lösen könne, die nur durch die mobilisierte und geschlossen handelnde Massenkraft gelöst werden kann. Die KP-Sekretäre sind heute genauso gewissenlos wie vor 1933, als sie Gewerkschaften und Betriebe kommunistenrein machten durch ihre RGO-Politik. Der verspätete Anti-Demontage-Kampf der KPD wird heute von niemandem geglaubt.

Die Gewerkschaftsführung startete gegen die Betriebsräte ein Feststellungsverfahren, weil sie einer Einladung der ostzonalen Wirtschaftskommission folgend, über Arbeitsbeschaffung verhandelten. Dafür hätte man sie gar zu gerne ausgeschlossen, wenn nicht die Furcht vor der Solidarität der Belegschaft gewesen wäre.

Zum Glück haben die Arbeiter aus der Geschichte mehr gelernt als die KPD- und Gewerkschaftsführung. Wenn sie heute noch abwartend verharren, so deuten doch Anzeichen auf ein Wiedererwachen der unterbrochenen Bewegung hin. - Weiter: Solidarität mit Salzgitter!

Das Saargebiet und die deutschen Arbeiter

Die Saarländerkuffionen enthüllen: Frankreich will sich wirtschaftlich und politisch stärken. Das ist nur möglich auf Kosten des Machtbezugs der deutschen Bourgeoisie. Man preißt auf die Atlantikdarts - und annektiert

Natürlich ist die deutsche Bourgeoisie nicht einverstanden, sie protestiert gegen die weitere Schwächung ihres Bereiches. Aber Adenauer erklärte gleichzeitig,

„daß die Idee eines vereinigten Europa über allen anderen Gesichtspunkten, also auch über der Saarfrage, zu stehen hat. . . Ich bin der Auffassung, daß die europäische Frage die wichtigste ist und ihre Lösung nicht unter der Saarfrage leiden darf.“ (Fortsetzung Seite 12)

Reimann auf der 4. Parteivorstandssitzung der KPD

Die immer mehr um sich greifende Zerfetzung der KPD veranlaßte Reimann, sich eingehend mit dem politischen und organisatorischen Zustand der Partei zu beschäftigen.

1. Die Grundfrage der kommunistischen Ideologie Reimann geht von der Grundfrage der kommunistischen Ideologie aus, die bei ihm das Verhalten zur SU ist. Er folgert:

„Jede Maßnahme der SU muß daher die Zustimmung und Unterstützung der Arbeiter und werktätigen Massen der ganzen Welt und insbesondere auch im Westen Deutschlands finden.“

Auf diesem bequemen Weg landet er sehr bald bei der Feststellung, daß alle Arbeiter, die sich weigern, derartige Glaubensartikel anzunehmen, nicht etwa einer anderen Strömung der Arbeiterbewegung angehören, sondern imperialistische Agenten sind.

Die eigentliche Frage hat Reimann bereits falsch gestellt und daher falsch beantwortet. Es handelt sich hier um das Verhältnis der SU zum Kampf der außerrussischen Arbeiterklassen. Die SU ist von erbitterten imperialistischen Feinden umgeben, die auch Feinde des gesamten Weltproletariats sind. Die spezifische Waffe der SU ist die Rote Armee und die Sowjetdiplomatie zur Aufspaltung der kapitalistischen Welt. Die Waffe des Proletariats außerhalb der SU hingegen ist der revolutionäre Klassenkampf. Das gemeinsame Ziel, der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, d. h. der revolutionäre Sturz des Imperialismus kann nur erreicht werden, wenn beide Methoden des internationalen Klassenkampfes, die der über die Staatsgewalt verfügenden und die der noch vom Kapital unterjochten Arbeiterklassen, sich zweckmäßig ergänzen. Die langjährige Isolierung der SU, der daraus folgende Bürokratisierungsprozeß der SU und der kommunistischen Bewegung, haben aber der Sowjetdiplomatie und ihren oder vermeintlichen Bedürfnissen das absolute Übergewicht gegeben. Das Ergebnis ist die Einstellung des revolutionären Klassenkampfes, seine Umwandlung in die ausschließliche Unterstützung der jeweiligen Etappen der russischen Außenpolitik, ohne die geringste Beachtung der Entwicklungsbedingungen der proletarischen Revolution auf dem gegebenen gesellschaftlichen Kampfboden.

Für denkende Kommunisten ist somit das Hauptproblem, nicht der kommunistischen Ideologie, aber der kommunistischen Praxis: das Herauslösen eines in der Arbeiterklasse verwurzelten Kadern, der imstande ist, eine selbständige, den deutschen Erfordernissen entsprechende proletarische Politik zu treiben. Die wirkliche Voraussetzung einer nutzbringenden Unterstützung der SU im Kampf gegen den Imperialismus ist die freie Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes, der allein die werktätigen Massen sammeln kann, während die gegenwärtige Politik der Verteidigung des Potsdamer Abkommens und der nationalen Front sie unweigerlich ins feindliche Lager stößt.

2. Ein aufschlußreicher Rückblick Sobald Reimann von den luftigen Höhen der „Ideologie“ auf den harten Boden politischer Tatsachen herniedersteigt, erfassen ihn nur allzu verständliche Beklemmungen. Da stellte der Werwolf Thalheimer schon 1945 fest, daß die Befassung im Osten und Westen prinzipiell verschiedenen Charakter hat. Obwohl Reimann das heute als richtig anerkennen muß, ist er nichtsdestoweniger gezwungen, seine damaligen Schandtaten zu verteidigen, denn sonst „könnten Genossen auf den Einfall kommen, die Politik der Partei nach 1945 zu kritisieren, vor allem jene Genossen, die nach 1945 in fektiererischen Auffassungen verharrten“.

Wenn schon 1945 die westliche Befassung gemäß ihrem Klassendcharakter in ihrer Zone eine Politik der Kolonisierung und imperialistischen Unterdrückung des werktätigen Volkes betrieb, wie konnten da führende KPD-Mitglieder Minister einer Marionettenregierung werden? Wie konnte Reimann da die Lüge der Kriegsschuld der deutschen Arbeiterklasse propagieren? Wie konnte er da daraus die Wiedergutmachungspflicht auch gegenüber den demokratischen imperialistischen Mächten ableiten? - Er antwortet ohne Umschweife: weil

„die Befassungsmächte trotz ihres prinzipiell verschiedenen Charakters sich zunächst in Potsdam auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigten. Von diesem Boden mußten auch wir in Westdeutschland unsere Politik entwickeln“.

In seiner Verlegenheit hat Reimann endlich die Katze aus dem Sack gelassen. Die Politik der KPD geht nicht von den Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes aus, sondern von den angeblichen Erfordernissen der sowjetischen Außenpolitik, die darin bestehen, über die gemeinsame, im Potsdamer Vertrag festgelegte Ausplünderung, Gebietsabtretung, Entindustrialisierung und Reparationsklaverei Deutschlands die „Einheit der 3 Großen“ herzustellen. Die „Erhaltung der Einheit Deutschlands“ ist nur das Aushängeschild des Unternehmens. Dafür will Reimann deutsche Arbeiter gewinnen!

Der Mißerfolg der Londoner Außenministerkonferenz bewies, daß die kapitalistischen Mächte den Ausbau Westdeutschlands zur antisowjetischen Festung vorantrieben und die Einflußnahme der SU auf das Ruhrgebiet im Rahmen einer gemeinsamen Deutschlandpolitik ablehnten. Dann erst begann die KPD für die „nationale Unabhängigkeit“ zu kämpfen - doch nur in Worten. Denn bis auf den heutigen Tag ist die Grundlage der KPD-Politik das Potsdamer Abkommen geblieben. Reimann, der die deutschen Arbeiter zum Kampf für die Verträge von Jalta und Potsdam aufruft, formuliert das so:

„Die Politik unserer Partei, basierend auf dem Aufruf des ZK vom Juni 1945 . . . war vollkommen richtig. Die Errichtung der einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Republik ist auch heute das Ziel unserer Partei.“ (Fortsetzung Seite 9)

Der Ausweg für die Berliner Arbeiter Der Irrsinn der fremden Befreiung wird nirgends in Deutschland handgreiflicher als in Berlin. Hier sitzen die 4 Mächte in einer Stadt, haben sie in 4 Sektoren geteilt. An der Grenze zwischen dem Ost- und den 3 Westsektoren muß die Verkehrsgefellschaft die Schaffner ablösen: in die Westsektoren fahren nur Schaffner mit Westgeld, in Ostberlin nur Schaffner mit Ostgeld. Briefe mit Westpostfreimarken wurden in Ostberlin nicht befördert, andererseits kann man in Westberlin nicht mit Ostpostmarken frankieren. Also mußte man jeden Brief in den Ostsektor

bringen, dort Marken kaufen und einwerfen. Die Weftfeuerwehr löst nur in Weftberlin, die Oftfeuerwehr nur in Oftberlin. - Eine Luftbrücke verband 1 Jahr die Inſel der halben Stadt im ruſſiſchen Meer mit Amerika, deſſen vorgedobener Poſten Halbberlin fein foll. Dieſe halbe Stadt foll 12. Land der weftdeutſchen Bundesrepublik werden.

Die Grenze zwifchen der ſozialiſtiſchen und kapitaliſtiſchen Welt geht mitten durch Deutſchland und Berlin. Daher ſind hier alle Gegenſätze in klarſter, potenziertes, handgreiflichſter Form, weil direkt nebeneinandergeſtellt.

Weftberlin: volle Schaufenſter, leere Läden. Die Arbeiter können den Überfluß nicht kaufen. Wer Zeit hat, kauft in Oftberlin billiger zu Schwarzmarktpreifen als in Weftberlin mit Weftmark. Die offiziell zugegebene Arbeitsloſigkeit: 260 000, 66 000 Kurzarbeiter bei 1,8 Mill. Einwohnern. Der Schwarzmarkt floriert. Den Unternehmern werden aus der Berlin-Hilfe, gefordert von der SPD, Millionen in den Raden geworfen. Weftberlin iſt ein Eldorado für Schieber, Geldwechſler, Kapitaliſten. Von dem weftdeutſchen Geldregen, den die Arbeiter mit ihren Steuern zahlen, fallen auch einige Pfennige für die Weftberliner Arbeiter ab, die ſich faktiſch auch als Arbeitsloſe beſſer ſtehen als ein Arbeitender in Oftberlin, wenn ſie im Oſtſektor einkaufen, die Miete ſtunden laſſen und ſonſt wendig ſind. Biſher haben die Weftberliner Kapitaliſten inſgeſamt mehr ab- als aufgebaut und ihre Werte in die Siderheit des goldenen Weſtens gebracht.

Oftberlin: leere Schaufenſter, volle Läden. Nur bei der HO auch volle Schaufenſter, beinahe friedensmäßig. Kaufen in der HO können nur gutverdienende Weftberliner, Aktiviſten, höhere Angeſtellte der Oſtbehörden und Partei. Der normalverdienende Arbeiter kauft nur ausnahmsweiſe und ſchimpft.

Der Aufbau Im Oſten wird aufgebaut, Betriebe entſtehen, neue Fertigungen laufen an. Es geht aufwärts. Aber von einem unglaublich niedrigen Niveau aus, auf das uns ruſſiſche Demontage und Abtrennung des ſchleſiſchen Industrie-Reviers hinuntergezwungen haben. Jawohl, jede neue Produktion im Stahlwerk Hennigsdorf, jeder Hochofen in Unterwellenborn iſt ein Fortſchritt aber nur gerechnet von dem nach 1945 durch Zerstörung geſchaffenen Niveau aus. Das ſehen die alten Arbeiter als unnötig an, die mit dem Niveau von vor 1945 vergleichen können. Vielleicht wird der jungen Generation, die die Vergleichsmaßſtäbe nicht mehr hat, dies ſchon als abſoluter Fortſchritt erſcheinen.

Der Bürokratismus Der Aufbau wird durchgeführt mit unglaublich viel Bürokratismus, mit Imitation ruſſiſcher Methoden und mit Fiktionen. Bürokratismus und Abſeitsſtehen der Arbeiter bedingen, verſtärken ſich gegenseitig, bilden einen ſchwerwiegenden fehlerhaften Kreislauf. Weil die Bürokraten des ſozialiſtiſchen Aufbaus nicht verſtehen, die Arbeiter zu begeistern, ihre ſchöpferiſchen Kräfte zu entfeſſeln, machen ſie ſich eine Theorie zurecht, die Arbeiter ſeien naziſtiſch verſeucht. Aber gerade Berlin zeigt den Unſinn, die Verlogenheit dieſer Theorie: die Arbeiter Oſt- und Weftberlins ſind genau dieſelben. Warum iſt die SED ſo völlig einflußlos in Weftberlin, hat aber die „Macht“ in Oſtberlin?

Jedermann weiß, daß die Macht in Ostberlin nicht selbst erobert, nur übertragen ist. Aber dahinter steht eine sehr reale Macht, die SU. Sie wird die geschaffenen Grundlagen sozialistischer Wirtschaftsordnung schützen. Gut, aber können sich Kommunisten damit zufriedengeben? Die Bürokraten, unählig die Masseninitiative zu entwickeln und ohne Glauben an die Schöpferkraft der Massen, müssen sich mit der Verteidigung durch die SU begnügen, bewerten aber damit 100%ig ihr Gerede von der Verteidigung der SU, bewerten damit sich selbst in den Augen der deutschen Arbeiter und der russischen Führung. Diener werden gebraucht, nicht geschätzt. Wenn – was Tatsache ist – das deutsche Proletariat 1945 noch kein revolutionärer Faktor war, daher die SU uns „betreit“ hat, so ist es eben die dringendste Aufgabe, das Proletariat zum revolutionären Faktor zu machen. Dazu muß man sich und den Arbeitermassen diese Aufgabe klar und offen aussprechen. Wer hindert die SED daran? Die SU? Wenn ja, wäre es Pflicht der Kommunisten, es dennoch zu tun, auch im Interesse der SU.

Politik mit Fiktionen macht man stattdessen. Die Westmark wird als Schiebermark angeprangert und nicht als Realität anerkannt. Westmagistrat = Spaltermagistrat, existiert nicht. Man redet von demokratischem Aufbau und Erhaltung freien Unternehmertums, enteignet aber hintenherum die Betriebe. Warum nicht vorneherum? Wollen wir mit den Justizkomödien die Unternehmer täuschen? Man verwirrt nur die Arbeiter! – Man hat Großgrundbesitzer und Großkapitalisten verjagt. Wozu also die Blockparteien? Welche Klassen vertreten Ost-CDU, Ost-LDP, Nationaldemokratische Partei? Wieder: wem will man etwas vormachen? Wirkliche, proletarische Demokratie braucht keine bürgerlichen Parteien, sondern breiteste Demokratie, offene Diskussion, Erarbeitung der Linie in der proletarischen Partei und in den Räteorganen, die an der Produktionsstätte gewählt werden. – Die SED redet ständig von Demokratie ganz allgemein. Jetzt schlägt die SPD Wahlen für ganz Berlin vor. Die SED kann natürlich nur ablehnen. Die SED redet von „Normalisierung“ und Einheit Berlins, meint aber nur Abkommen über Kanalisation, Feuerwehr usw. Das ist sowenig Einheit, wie Interzonenhandel die Einheit Deutschlands ist. Im Gegenteil ist das nur die Bestätigung der vorhandenen Spaltung. Wie soll sie überwunden werden? Wenn die Bürgerlichen Ostberlin übernehmen, würden die Kapitalisten wieder eingesetzt. Dafür können Kommunisten nicht sein. Die SED ist unfähig, Westberlin politisch zu erobern. Die Rote Armee will es heute nicht tun, aus Furcht vor kriegertischen Weiterungen. Die Einheit kann also nur hergestellt werden, wenn die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin ihre Kapitalisten besiegt hat. Dann kann die Rote Armee abziehen, dann sind die sozialistischen Errungenschaften der Ostzone gesichert; dann kommen Ost- und Westdeutschland wieder auf eine gemeinsame Entwicklungslinie, die des Sozialismus.

Aber anstatt den Arbeitern die Wahrheit zu sagen, versteckt man sich hinter Fiktionen und Phrasen, hinter faulen allgemein-demokratischen Lofungen, die am Ende von der SPD gegen die SED ausgenützt werden. Weil man sich versteckt, deswegen sehen die Arbeiter nicht das wirkliche Ziel der sozialistischen Gesellschaft, dem die SED mit unzulänglichen Methoden zustrebt. Wenn die Arbeiter selbst sozialistische Kampflosungen aufstellen, werden sie von der SED

verdonnert! Daher mobilisiert sie keinen Arbeiter, schafft sie keine Bewegung. Daher ist die SPD in Westberlin so stark an Wählern, wenn auch ihr inneres Parteileben genau so tot ist, weil das Vertrauen von früher fehlt. Dabei vertritt Reuter offen die amerikanische Politik mit allen Konsequenzen. Diese sind: Stärkung des Bürgertums durch die SPD-Mehrheit, ständige USA-Befabung, und vor allem: das Halten der Isolation Berlin, das nur dann einen Sinn hat, wenn man sie einmal „befreien“ will, also militärische Lösung durch Sieg der USA mit deutschen Soldaten bzw. Soldatenfriedhöfen.

Daß die SPD trotzdem im roten Berlin viel stärker ist als die SED, zeigt den ganzen Bankrott der SED-Politik, zeigt, wie ungenügend es ist, von den Russen unterstützt zu werden. Aber das Fehlen jeder innerparteilichen Diskussion und jedes innerparteilichen Lebens macht es unmöglich, die Krise ernsthaft zu untersuchen und die Wurzel des Übels zu beseitigen. Die alten ultralinken Strategen Jendrekky und Deter bleiben sich treu: statt marxistischer Untersuchung organisieren sie Kampagnen und „Aktionen“; sie kommandieren etwa Angestellte der DWK oder anderer OStbehörden zu den überfüllten Stempelstellen im roten Neukölln, um dort etwas anzudrehen, weil sie bei den 300000 Erwerbslosen nichts haben!

Wie wird das Proletariat organisiert? Die Befabungsmächte können ihre Händel ungestört auf dem

Rücken der Berliner Werktätigen austragen, weil sie ihre Rücken hinhalten und sich noch nicht rühren. Sobald alle Arbeiter den Rücken gerade machen, fallen sie hinten runter. Aber die Arbeiterparteien sind nur dazu da, ihrer Schutzmacht zu dienen. Jede Partei wünscht, daß ihre Schutzmacht dableibe. Keine hat bisher das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Berliner Arbeiter gefordert; denn sie wissen, das Ende der Besatzungsmacht ist auch ihr Ende. Die SPD will nicht, die SED kann nicht die Arbeiterkräfte mobilisieren. Den Weg zu normalen Zuständen in Berlin kann aber nur die Arbeiterklasse selbst bahnen. Um sie zu mobilisieren, müssen die Kommunisten aufhören mit der Politik der Fiktionen und anfangen, den Arbeitern wieder die ganze, ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Schluß mit der Politik der Fiktionen, der demokratischen Phrasen, der künstlichen Schaffung von Blockparteien, der juristischen Tarnung revolutionärer Enteignungen. Sagt den Arbeitern die Wahrheit und ihr werdet sie gewinnen. Sagt den russischen Genossen die Wahrheit über die Reparationen und Demontagen! Das ist der Anfang der Normalisierung Berlins.

Dieser Weg ist lang. 5 Jahre hat man den kürzeren Weg versucht, wollte Aktivität und Aktion der Massen ersetzen durch Polizei, Rote Armee, Befehle. Ergebnis: wachsende Passivität und Distanz der Massen. Übrig bleibt fortgesetzte Verteidigung durch die SU, die Eisler proklamierte. Das ist keine brauchbare Perspektive für Kommunisten, nur eine für politische Bankrotteure. Hier zeigt sich der schwache Punkt des sozialistischen Blocks: revolutionäre Maßnahmen, die die ökonomischen Fundamente des Kapitalismus beseitigen, werden durchgeführt. Aber weil sie durchgeführt werden von der Roten Armee - natürlich mit ihren Methoden, die für deutsche Verhältnisse nicht passen - kann die für den Aufbau des Sozialismus unerläßliche Anteilnahme der breitesten Massen nicht geweckt werden. Daher Bürokratisierung der

SED, daher Stoßkampagnen, daher Gejammer über Interessellosigkeit der Arbeiter.

Der Ausweg ist nicht so einfach und mühelos, wie das ständige Sich-Verlassen auf russische Hilfe. Er ist mühsam, dafür aber der einzige, der zum Erfolg führt: offene kommunistische Politik, Gewinnung der SPD-Arbeiter Berlins, indem man seine Unabhängigkeit von russischen Befehlen beweist, für den Kampf um die gemeinsamen Interessen. - Gerade die heute in Berlin von der SED so verdrienen Genossen, die selbständig denken, können hier ihre kommunistische Haltung zeigen, erproben und beweisen, daß sie die besten Kommunisten sind.

Aus einer SED-Resolution

Zur Illustration des vorstehenden Berliner Berichts geben wir einige Auszüge aus der Entfaltung des Landesvorstandes Groß-Berlin der SED (Juli 1949):

„Diese Absicht (mit dem S-Bahn-Streik die Pariser Außenminister-Einigkeit zu torpedieren) wurde durch die Aktivität der Partei verhindert. Der unbestreitbare Erfolg ist umso größer, als es die bisher größte Aktion unserer Partei in den Westsektoren Berlins war. . .

Es gelang den imperialistischen Kriegstreibern, breite Kreise der Werktätigen Westberlins über den volksfeindlichen Inhalt ihrer Politik zu täuschen. . .

Das Landessekretariat hat bis heute nicht genügend verstanden, eine den konkreten Bedingungen der einzelnen Sektoren angepaßte Taktik zu entwickeln. Der Schwerpunkt der Arbeit des Landessekretariats lag zu stark im O. Sektor. Das führte dazu, daß die organisatorische und ideologische Festigung der Partei in den Westsektoren Berlins hinter der Entwicklung im O. Sektor zurückblieb, daß unsere Partei in den Westsektoren nicht die Isolation überwinden konnte und an Einfluß unter den Massen verlor. Die Einflüsse des Klassenfeindes machen sich auf unsere Partei in den Westsektoren besonders stark bemerkbar. . .“ (Siehe am Anfang: unbestreitbarer Erfolg, größte Aktion unserer Partei!)

Wer ist schuld? Ganz einfach:

„Die Uriade liegt in der reaktionären Haltung eines breiten Teiles unserer Parteimitglieder und Funktionäre gegenüber dem nationalen Kampf und seinen Problemen. Diese Haltung vieler unserer Parteimitglieder kam und kommt in einer unduldsamen und starren Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien und ihren Vertretern zum Ausdruck. (Die kommunistischen Arbeiter brauchen offenbar keinen Stahlhelmann als Außenminister, der die Verständigung mit den russischen Arbeitern betreiben soll.) Weiter haben viele Kreisfunktionäre die vom Deutschen Volksrat als Symbol für Deutschlands Einheit erklärte schwarz-rot-goldene Fahne nicht anerkannt. (Die Arbeiter können das treffende Symbol der Weimarer Republik nicht vergessen: Grundlage ist das Gold der Kapitalisten, zu oberst thront das Schwarz der Pfaffen und zur Bewegungslosigkeit eingeklemmt ist das Rot der Arbeiter!)

Auf vielen Transparenten in unseren Kreisen wurden statt der Lofungen für die nationale Front zu den Wahlen zum 3. Volkskongreß Lofungen des Kampfes um den Sozialismus gestellt. (Das ist eine unerhörte Abweidung vom »Marxismus-Leninismus-Stalinismus«! Herr Parteiführer! Herr Staatsanwalt!)

In Westberlin ist es unserer Partei bis heute nicht gelungen, auch nur Anlässe einer nationalen Front . . . zu schaffen. Die Volksauschüsse in Wilmersdorf, Reinickendorf, Neukölln . . . sind keine breiten Organe aller national interessierten Kreise.“

Wir überlassen es den selbständig denkenden Kommunisten, allen selbständig denkenden Arbeitern, eigene Schlüsse zu ziehen!

Stalin als Außenpolitiker

Wir bringen diesen Beitrag infolge Platzmangels als Fortsetzungsartikel in mehreren in sich abgeschlossenen Teilen.

Die Prawda von 1949 schätzt Stalin etwas anders ein als Lenin 1923. Zu seinem 70. Geburtstag schrieb sie:

„Es gibt zwei Sonnen zwischen Himmel

und Erde, und eine davon ist das Licht von Stalins Idee.“

Sehen wir zu, wie das Licht sich in den außenpolitischen Äußerungen und Handlungen widerpiegelt.

Stalin analysiert Faschismus und SPD Stalins Beschäftigung mit weltpolitischen Problemen und Fragen der KI beginnt 1924 mit einem Versuch der Erklärung des Faschismus:

„Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Faschismus nur eine Kampforganisation der Bourgeoisie ist. . . Faschismus ist die Kampforganisation der Bourgeoisie, welche sich stützt auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie. Objektiv betrachtet ist die Sozialdemokratie der gemäßigte Flügel des Faschismus. Es besteht nicht das geringste Recht, zu unterstellen, daß die Kampforganisation der Bourgeoisie einen entscheidenden Erfolg erreichen kann... ohne die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie. Es ist ebenfowenig Grund, zu denken, daß die Sozialdemokratie einen entscheidenden Erfolg erreichen kann, ohne die aktive Unterstützung dieser Kampforganisation der Bourgeoisie. Diese Organisationen widersprechen einander nicht. Sie sind Antipoden oder Zwillinge. Der Faschismus ist der formlose politische Block der zwei Grundorganisationen, ein Block, der aus der Nachkriegskrise des Imperialismus entstanden ist, im Kampf gegen die proletarische Revolution.“ (Stalins Werke, Band 6, Seite 282)

Wenn Lenin noch gelebt hätte, hätte er Stalin nach dieser Kundgebung politischer Unwissenheit in einen Anfängerkursus für Geschichte der modernen Klassenkämpfe geschickt. 1924 nahm niemand Stalin in Fragen der Weltpolitik ernst. In der Komintern machten Manuilski und Radek gute und schlechte Witze über Stalins Gegenfüßler, die auch Zwillinge sind.

Aber auf dieser „Analyse“ des Faschismus durch Stalin wurde 4 Jahre später Theorie und Praxis des Sozialfaschismus aufgebaut, die Politik der Spaltung der Gewerkschaften (RGO), die Politik des Volksentscheids im Bunde mit Hitler zum Sturz der sozialdemokratischen Preußenregierung, der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter zusammen mit den Nazis gegen die sozialdemokratische Stadtverwaltung usw. Das war eine sehr ernste Angelegenheit. Nur eine KPD, an deren Spitze ein Thälmann stand – ein ehrlicher Prolet, aber beschränkter Kopf und gehorsamer Befehlsempfänger Stalins, dem feige Versöhner wie Pieck, Ewert, Eberlein, Koenen Gefolgschaft leisteten – fügte sich dieser Anordnung von Moskau. Bis 1923 hatte die KPD durch eine zähe und geduldige Aufklärungspolitik, verbunden mit einer richtigen Einheitsfronttaktik, dem Widerstandswillen der Werktätigen gegen die Kapitaloffensive Organisation gegeben; damit gewann sie die von der reformistischen Koalitionspolitik und Gewerkschaftspraxis enttäuschten Massen allmählich für den Kommunismus, entzog sie dem Verfall in Passivität und Kampfunfähigkeit und der faschistischen Demagogie.

Damit wurde radikal gebroden. Die radikal sein sollende Politik des Sozialfaschismus, der Zwillingsbrüder, verbunden mit RGO-Streiks, an denen nicht einmal alle Parteimitglieder teilnahmen, weil diese Streiks bei Millionen

Dauererwerbslosen scheitern mußten, demonstrierte nur die vollkommene Unfähigkeit der KPD zur Organisation und Führung des Kampfes der Arbeiter gegen den wachsenden Nationalsozialismus. Stalins Nichtbegreifen der Rolle des Faschismus und die davon abgeleitete Praxis ebneten Hitler den Weg zur Macht und der KPD in die Katastrophe.

Aber Ehre, wem Ehre gebührt. Die „Idee“ des Sozialfaschismus ist von Sinowjew, mit dem Stalin damals in der Troika, in Drillingsbruderschaft, lebte (Sozialfaschismus = Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten). Die „rechte Brandlerzentrale“ hatte sich respektlos gegen den Unflin Sinowjews gewehrt. Aber Stalin-Sinowjew-Kamenew führten gemeinsam den Kampf um die Nachfolge Lenins in der SU. Dazu brauchten sie gehorsame Gefolgsleute in der Komintern. Für die deutsche Partei hatte Sinowjew schon in Ruth Fischer die richtige Person entdeckt. Ruth Fischer konnte politisch nur in Zwillingsgestalt mit Maslow verwendet werden. Stalin erkor sich Maslow zum Werkzeug, mit dem er in der einzigen Sprache, die er versteht - russisch -, verhandeln konnte. Die Niederlage der Brandlerzentrale 1923 gab einen günstigen Vorwand, die Maslow-Ruth-Fischer-Zentrale zu starten.

Sinowjew verstand immerhin soviel von Deutschland, daß er an der alten kommunistischen Gewerkschafts- und Einheitsfronttaktik festhielt. Aber gerade das führte zur Pleite mit dieser Zentrale. Maslow und Ruth Fischer waren nicht mit sozialdemokratischen Traditionen belastet. Mit der aufsteigenden revolutionären Welle waren sie, wie viele Intellektuelle und Möchte-gern-Intellektuelle, zur kommunistischen Bewegung gestoßen. Sie wollten „etwas werden“ und waren bereit, zu leisten, was man von ihnen forderte. Aber was man von ihnen unter Sinowjews Einfluß forderte, war neben Gehorsam die Fortsetzung der Gewerkschafts- und Einheitsfronttaktik der Brandlerzentrale. Das konnten sie beim besten Willen nicht, weil ihnen tiefere marxistische Kenntnis mangelte und sie keine verständnis- oder gefühlsmäßigen Bindungen zur Arbeiterbewegung hatten. So stützten sie sich auf jene Schichten der KP-Mitgliedschaft, die über die USP zur KP gekommen waren. In der zähen und langwierigen Gewerkschaftsarbeit und Einheitsfronttaktik sahen sie einen Rückfall in die USP-Politik und lehnten sie ab. Die Qualifikation von Maslow und Ruth Fischer bestand darin, diesen radikalen Gefühlen eine Art „theoretische Begründung“ zu geben: Sie verfochten Sinowjews Sozialfaschismus und hätten besser als die Thälmann-Führung die Taktik der RGO demagogisch aufputzen können. - Aber soweit war es 1925 noch nicht. Unter dem Druck der gewerkschaftsarbeitfeindlichen Stimmungen kamen sie in Gegensatz zur Gewerkschaftslinie der KI und stürzten rascher als sie hochgeklettert waren.
(Fortsetzung in der nächsten Nummer)

(Fortsetzung von Seite 3) Die Führer der KPF, die nicht zu den deutschen Arbeitern sprechen, können sich eine offenere und ehrlichere Sprache leisten. Am 20. 10. 1949 veröffentlichte das Politbüro der KPF eine Begrüßungsadresse an die Oltzenregierung:

„Während Adenauer, Schumacher & Co., ermutigt durch die anglo-amerikanischen Imperialisten und die Pariser Regierung, welche auf die den Opfern des Hitlerischen Überfalls geschnittenen Reparationen verzichtet haben, den Revandeegeiß der Deutschen aufpeitschen,

anerkennen die Führer der Deutschen Demokratischen Republik den historischen Irrtum und die Verantwortung des deutschen Volkes. Sie anerkennen loyal die Verpflichtungen, die ihm aus dem Potsdamer Abkommen erwachsen und infolgedessen die Bezahlung der darin vorgesehenen Reparationen. Das Politbüro, bewußt einer Politik Ausdruck zu geben, die der Wahrung unserer Sicherheit und der Aufrechterhaltung der französischen Reparationsrechte entspricht, begrüßt . . . Diese Botschaft (Stalins an Pieck) ist die Botschaft der Treue zu den Potsdamer Beschlüssen. . ."

Von diesen Dingen spricht Reimann merkwürdigerweise nicht. Vielleicht erläutert er uns, wie sich die Reparationsansprüche der KPF für ihr imperialistisches Vaterland mit Abschnitt 5 der Resolution des Parteivorstandes in Einklang bringen lassen: „Das marxistisch-leninistische Prinzip des Internationalismus.“ – Ehrliche Kommunisten kennen in diesem Punkt nur eine Lösung: Friede ohne Reparationen und Gebietsabtretungen!

3. Die Strategie der „Nationalen Front“ Hier kommt es zu gar seltsamen Verwicklungen der ultralinken Vergangenheit mit der ultrarechten Gegenwart Reimanns, wie etwa die der Adenauerregierung ohne jeden Beweis angedichteten faschistischen Herrschaftsmethoden.

Hauptaufgabe der KPD sei es, den „Hauptstoß gegen die verräterische Großbourgeoisie zu richten“. Daneben bleibt die nationale Front friedlich aufrecht erhalten, die bekanntlich im Zusammengehen mit den „mittleren Unternehmern“ oder auch mit den „Werksleitungen“ besteht, die gelegentlich „patriotische Deutsche“ getauft werden. Hier offenbart sich der Verzicht der KPD auf revolutionären Klassenkampf, trotz aller anders lautenden Beteuerungen.

Das Außerachtlassen der kommunistischen Grundsätze ist nicht neu. Es begann mit der Volksfronttheorie des 6. Weltkongresses der KI, deren Grundgedanke darin besteht, daß ein Häuflein Monopolkapitalisten faschistisch orientiert sei, während die Kapitalistenklasse minus Monopolkapitalisten im Grunde ihres Herzens „demokratisch“ ist. Daraus wird die Möglichkeit abgeleitet, mit einem Teil des Klassenfeindes (heute der „patriotische“ oder „mittlere“) gegen den anderen vorzugehen. Als weitere Begründung hört man auch den Hinweis auf den Krieg, in dem die SU mit den demokratischen gegen die faschistischen Kapitalisten ins Feld zog. Im letzteren Fall hat indessen gerade das Monopolkapital der USA und Englands aus seinem wohlverstandenen Interesse heraus mit der SU gegen Deutschland und Japan gekämpft.

Innerhalb einer gegebenen Klassengesellschaft trifft es zu, daß das Monopolkapital oder die Großbourgeoisie auf die übrigen Kapitalisten sehr wenig Rücksicht nimmt, das bedeutet aber nur, daß die großen Ausbeuter die kleinen mit Füßen treten; gemeinsam bleibt beiden das Ausbeuteinteresse. Von der Bourgeoisie oder einem Teil dieser Klasse erwarten, daß sie mit dem Proletariat um nationale Unabhängigkeit kämpft, unterstellt eine längst vergangene Stufe der noch fortwährenden bürgerlichen Gesellschaft, in der das schwache und unreife Proletariat die kapitalistische Klasse noch nicht bedroht. Das war z. B. in den Befreiungskriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Fall. Seit mehr als 50 Jahren ist die Menschheit in das Stadium des erreaktionären Imperialismus eingetreten. Diese Epoche ist nach Lenin die der Weltrevolution. Das Verhalten der gesamten Bourgeoisie wird nun von der Sicherung der vom Proletariat bedrohten Klassenexistenz bestimmt. Heute ist diese in Deutschland nur vom USA-Imperialismus zu retten. Der Kampf des Proletariats um die Räumung ganz Deutschlands muß daher als revolutionärer Klassenkampf mit dem gleichzeitigen Ziel des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft geführt werden. Die KPD kann diesen Weg nicht weisen, weil

Klassenkampf für die Einhaltung des Potsdamer Raubabkommens unmöglich ist. In ihrer Bescheidenheit beschränkt sie sich auf die „Forderung“ nach Ost-West-Handel, der natürlich das Kapital nicht bedroht, ihm vielmehr ordentliche Profite abwirft.

Eine ganz andere Bedeutung hat die Frage der Neutralisierung und eventuellen Gewinnung breiter kleinbürgerlicher Massen. Auch sie sind Opfer des Monopolkapitals und der Befassung. Sie will die Partei gewinnen, indem sie sich zum Wortführer kleinbürgerlich-illusionärer Parolen macht. - Das zur selbständigen Klassenpolitik unfähige Kleinbürgertum schwankt zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin und her. Nur wenn sich der Kommunismus als selbständige Äußerung proletarischer Klassenkraft erweist, vermag er auf diese Klasse eine Anziehungskraft auszuüben.

4. Die Einheitsfront Die Untercheidung zwischen der politischen Einheit der Arbeiterklasse, d. h. einer allumfassenden Arbeiterpartei, und der Einheitsfront verschiedener Arbeiterparteien ist Reimann noch nicht einmal auf dem Papier gelungen. Togliatti hat in seiner Kominternresolution wenigstens der Form nach die Aufgabe richtig umrissen. War jedoch vor 1933 die Form der Einheitsfront das Wichtige, so ist heute der politische Inhalt das Entscheidende.

Das Ziel der vom 3. Weltkongreß der KI festgelegten Einheitsfront sind gemeinsame Aktionen, durch die die sozialdemokratischen Arbeiter von der Überlegenheit des kommunistischen Standpunktes überzeugt, von der reformistischen Führung getrennt und zur KPD herübergezogen werden. Da die KPD keinen kommunistischen Standpunkt mehr hat, kann sie die SPD-Arbeiter auch nicht von seiner Überlegenheit überzeugen. Die nationale Front kennen sie von ihren eigenen Führern, und die Potsdamer Beschlüsse verabsehen sie nicht weniger. Doch ist nicht zu verkennen, daß es sich hier um den wichtigsten Punkt der Parteivorstands-Resolution handelt. Gelingt es, größere Massen deutscher Arbeiter in den Kampf zu führen, gelingt es, das Selbstvertrauen des Proletariats zu stärken, dann wird der Nationale-Front-Hokuspokus bald weggefegt werden.

5. Ideologische Aufklärung mit dem Holzhammer Reimann zitiert einen Brief Stalins an Maslow, den Mitverantwortlichen der ultralinken Ruth-Fischer-Politik. Danach sei es leicht, Brandler und Thalheimer wegzujagen, aber um den Brandlerismus zu überwinden - „eine komplizierte und ernsthafte Angelegenheit“ - müsse man die Köpfe „ernsthaft aufklären“. Wie sieht das aus? Mit Agenten des Imperialismus dürfe man nicht diskutieren! - Wahrhaft ernste Aufklärung! Der Parteivorstand glaubt, wir zerlegen die KPD. Er tut uns zuviel Ehre an. Er zerlegt selbst die Partei durch seine irrsinnige Politik. Die KPD-Mitglieder wagen nicht mehr, im Betrieb offen aufzutreten, sie sind überall in der Defensive. Erfreulicherweise hindert sie ihr richtiger proletarischer Instinkt, die ihnen vorgesehene Linie zu vertreten. Ja, selbst die eingefleischtesten Hundertprozentigen der Instanzen, wie z. B. Hugo Paul, sehen sich außerstande, das verlangte Penfum linientreuer Anstrengungen zu liefern. Die Parteipresse drückt sich davor, Absatzmarkt und Opfer der beschleunigten Thesenfabrikation zu werden.

So sieht's in der KPD aus! Hier gibt's nur eine Abhilfe: alle ehrlichen Kommunisten müssen sich zusammenschließen, um das Werk, das Rosa und Karl begonnen, weiterzuführen.

(Fortsetzung von Seite 2) Adenauer muß protestieren wegen der Wirkung nach Innen und um den Anspruch auf die Ostgebiete moralisch aufrechtzuerhalten. Aber die Erklärung enthält schon die Kapitulation, den Verzicht auf die besonderen Interessen des deutschen Kapitals, zugunsten der gemeinsamen Interessen aller kapitalistischen Mächte.

Das Saargebiet ist faktisch französisch. Darüber waren sich die drei Westalliierten in Paris einig, haben aber diesen Teil ihres Abkommens nicht veröffentlicht. Nachdem sie jetzt ihre Karten aufdecken mußten, berufen sie sich auf den Vorbehalt, daß mit dieser Regelung dem Friedensvertrag nicht vorgegriffen würde. Wie, wenn nun gar kein Friedensvertrag zustande kommt? Churchill und die anderen Paneuropäer haben wegen der Saar noch nicht einmal protestiert; dafür protestierten jetzt die Russen und die SED. Die Proteste Churchills wegen der Ostgrenze und die der Russen wegen der Westgrenze sind einander wert! – Die heutige europäische Einheit kann nur eine kapitalistische Einheit sein, weil alle Länder Westeuropas kapitalistisch sind. Ihre Differenzen sind der Ausdruck der wachsenden Widersprüche des kapitalistischen Systems. Sie werden nur zurückgestellt im Kampf gegen die sozialistische Welt und die proletarische Revolution, sonst aber auf Kosten des schwächsten Teils ausgetragen. Noch ist Bonn das schwächste Glied. Die Einheit Europas wird hergestellt auf hitlerische Weise, auf Kosten des Schwächsten, über die Zerstückelung der deutschen Nation. – Die wirkliche Einheit Europas ist nur möglich durch die Schaffung der Souveränität der Arbeiter in allen Ländern Europas.

Die USA befinden sich in der Qual des Esels zwischen zwei Heuhaufen. Sie dürfen Frankreich nicht düpiereen, andererseits sind sie an Deutschlands Wirtschafts- und Militärpotential interessiert. Sie wollen möglichst viele und möglichst starke Hilfsvölker gegen die SU und möglichst wenig Streit unter ihnen.

Ziel der Bonner Regierung ist: vollwärtiger Partner der Westmächte im Kampf gegen die SU zu werden. Dem gibt Schumacher keine volle Unterstützung. Das zeigt den Wert seiner Opposition gegen Adenauer. Die Gewerkschaftsführung ist noch offener bürgerlich. Die Welt der Arbeit bringt einen Leitartikel: „Gewerkschaften lehnen Wiederaufrüstung ab.“ Der Hauptfeind des Kollegen Saturnus ist aber nicht der deutsche Militarismus und seine Dollargeber, sondern die „östliche Gefahr“. Die Stellungnahme gegen Wiederaufrüstung „bedeutet keineswegs einen Verzicht auf den Willen zur Selbsterhaltung und Verteidigung“. Er schreibt: „Deutschland ist aus eigener Kraft gar nicht mehr in der Lage, das Vordringen der Sowjets abzuwehren, dazu bedarf es vielmehr eines starken, geeinten Europas und der nachdrücklichen Hilfe Amerikas. Innerhalb eines geeinten Europas und gestützt auf die gemeinsamen Hilfsquellen hat Deutschland wahrscheinlich das Seine zu einem Verteidigungsplan beizutragen, wenn man es brauchen sollte. Wer sich aber jetzt vordrängt, der riskiert nur, daß Deutschlands Jugend, unzulänglich bewaffnet, erneut auf den Schlachtfeldern geopfert wird.“

Also nicht jetzt und nicht unzulänglich bewaffnet. Aber Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung gegen „die Sowjets“, als ausreichend bewaffnetes Kanonenfutter!

Kampf dieser Hilfsstellung der Reformisten für die Bourgeoisie! – Die Arbeiter dürfen nicht auf die verlogenen pazifistischen und paneuropäischen Phrasen hereinfallen. Hinter ihnen verbirgt sich die bürgerliche Kriegsvorbereitung gegen alle sozialistischen Länder und gegen die proletarische Revolution in allen Ländern. Unsere Bundesgenossen sind die Proletarier im Westen, in China, Jugoslawien, Rußland. Wir sammeln nur dann die Werktätigen für den internationalen Klassenkampf, wenn wir die unabdingbaren Forderungen allen gegenüber vertreten: Selbstbestimmungsrecht der deutschen Arbeiter, Friede ohne Annexionen und Reparationen!

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 4

2. Februarhälfte 1950

Preis: -,20 DM

Lohnbewegung
Im Bergbau
und Mitbestimmungsrecht

Zu Neujahr hat Böckler die Bonner Regierung „gewarnt, daß die organisierte Arbeiterchaft nicht müßig bleiben werde, falls keine Schritte unternommen würden, um die Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen auszugleichen, . . . daß der ungehemmte Kapitalismus . . . gewaltige Profite einstecke, was eine Verfündigung an der Gemeinschaft bedeute“. 1950 müsse die Verwirklichung der neuen Ordnung bringen. Daher sei die „Gewährung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts“ die Hauptforderung der Gewerkschaften. Verlauf und Ergebnis der Bergarbeiter-Lohnbewegung haben gezeigt, wie Böckler seine Botschaft zu praktizieren gedenkt.

Am 28. 2. 49 sagte August Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau, daß „die Gewerkschaften zunächst mit Lohnforderungen zurückhalten wollen, um den Erfolg der Bemühungen um Preisfenkung abzuwarten“. Am 9. 3. drohte Schmidt, es gebe jetzt keinen Ausweg mehr, und „man sei entschlossen, die Forderungen der Bergarbeiter mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen“. Rothhäuer, 2. Vorsitzender der IG Bergbau, gab bekannt, „das Gewerkschaftsbüro erhalte täglich Tausende von Briefen und Resolutionen, in denen die Bergarbeiter höhere Löhne verlangen. Es sei bereits schwierig, die Mitglieder zu vertrösten“. (1)

Am 10. 1. 50 berichtete die Welt, daß für den 12. 1. neue Lohnverhandlungen im Bergbau festgesetzt seien und daß bei den früheren Verhandlungen Ende 49 die DBKL eine Lohnerhöhung nicht grundsätzlich aber „angesichts der gespannten Ertragslage abgelehnt“ und erklärt habe, sie sei nur möglich, wenn dafür Staatszuschüsse geleistet würden. Trotzdem kam es schon am 22. 1. auf der Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen zum Abschluß dieser über einjährigen Lohnkampftragödie und zur 9%igen Lohnerhöhung. Die „Welt der Arbeit“ verrät die Hintergründe und feiert die 9% Zulage „in einer Zeit, in der sich bereits Absatzstodungen bemerkbar machen“. Unfreiwillig bestätigt sie damit, daß die Gewerkschaftsführung die Zeit der Hochkonjunktur mit Vertrösten der Arbeiter auf Preisfenkung vertrödelt hat. Wenn die WdA jetzt damit renomiert, daß die 9% 11 oder gar 14 Mill. DM je Monat für die 450 000 Bergarbeiter bedeuten, dann müssen die Kumpels (und alle Arbeiter) die Gewerkschaftsführung anklagen für alle Monate, für die bei besserer Konjunktur mehr als 9% erzielt werden konnten.

Die Gewerkschaftsführer haben das Abc der Gewerkschaftsstrategie vergessen: Mit Lohnabkommen darf nicht gewartet werden, bis der Absatz stodt! Die WdA bringt die wirklichen Gründe der arbeiterfeindlichen Lohnpolitik der heutigen Gewerkschaftsführung: Die Bergmagnaten verlangen Subventionen. Liebevoll schreibt die WdA: „Um diese Subventionen bemüht man sich.“

Auf den einfachen Gedanken kommt die WdA nicht, daß es keineswegs eine Gewerkschaftsaufgabe sein kann, sich um die Ertragsfähigkeit kapitalistischer Unternehmungen zu sorgen. Es muß umgekehrt heißen: Den Bankrott

der Bankrotteure als Beweis für die Notwendigkeit entschädigungsloser Ent-
eignung und Produktionsmittelübernahme durch die Werktätigen ausnutzen!

Die WdA stellt fest, daß der Bergbau-Lohn auch für die anderen Berufe schon immer von
entscheidender Bedeutung gewesen ist - in der Vergangenheit! Für die Gegenwart meint sie:

„Heute ist er ein Warnungszeichen an die Regierenden und die Privatwirtschaft, alles zu tun,
damit der Preisabbau, der inzwischen eingeleitet hat und von allen Gewerkschaften gefordert
wird, sich verstärkt (!) Andernfalls werden sich auch anderwärts Lohnforderungen mit er-
höhtem Nachdruck bemerkbar machen.“

Deutlicher kann nicht betont werden, daß die Gewerkschaftsführer die 9%
für die Bergarbeiter nur in Worten als Erfolg, in ihrem reformistischen Herzen
aber als Gefahr ansehen. Warnungszeichen werden aufgestellt, wo Gefahr
droht. Wem droht Gefahr, wenn jetzt z. B. die Landarbeiter (die für Verheir-
atete einen Monatslohn von 155 DM brutto, ganze 80 DM in bar beziehen)
Lohnerhöhungen erzwingen? Die Arbeiterklasse wird hiervon nicht bedroht!

Die Gewerkschaftsführer hätten auch weiterhin versucht, trotz tausender Pro-
testbriefe, die Bergarbeiter zu verführen, wenn diese nicht eine Selbsthilfe
organisiert hätten. Das muß die WdA zugeben, natürlich mit dem üblichen
Geschimpfe auf „sowjetkommunistische Lautsprecher“, und dabei selbst ihr
Ammenmärchen vom Preisabbau widerlegen:

„Eine Gruppe, die sich zunächst nur als Gewerkschaftler aufspielte, bezog aus der Tatsache
der hohen Preise die Beweisgründe für einen Antrag, den Unternehmern ein Ultimatum
zu stellen, auf den anfangs geforderten 12% Lohnerhöhung zu beharren und binnen einer
Woche in den Streik zu treten. Sie hätten niemals einen solchen Anhang gehabt, wenn
eben nicht die Teuerung es ihnen so leicht machte.“

Die Furcht vor der Radikalisierung, d. h. vor der Gefahr, daß die Kumpels
ihre überfällige Lohnerhöhung ohne oder auch gegen den Willen ihrer Füh-
rer erkämpfen, hat diese und ihre kapitalistischen Arbeitsgemeinschaftspartner
eilig zum 9%-Kompromiß gezwungen. Die WdA verdruckt, daß den 258 Ja
144 Nein gegenüberstehen. Ein Beweis, daß das magere Ergebnis arbeits-
gemeinschaftlichen Kuhhandelns nicht nur Sowjetlautsprecher ablehnen.

Die WdA bringt unzweideutig das Ziel der reformistischen Lohnpolitik zum Ausdruck: „Eine
Lohnpolitik, die auf die Interessen des Volksganzen Rücksicht nimmt.“ Sie fragt: „Was würde
werden, wenn etwa wegen der erhöhten Löhne einzelne Gruben stillgelegt sollten“, und läßt
einen Betriebsrat Heinz in klassischem Arbeitsgemeinschaftsstil antworten:

„Ich bin nicht gewillt, auch nur einen einzigen Arbeitsplatz aufs Spiel zu setzen. Eher ver-
zichte ich auf die Lohnerhöhung. Es darf nicht sein, daß wir, die wir in den Genuß der Lohn-
erhöhung kommen, den Nutzen haben, während Kameraden deswegen ihr Brot verlieren.“

Böcklers Lohnpolitik, die auf die Interessen des Volksganzen, d. h. auf die kapitalistische
Profitwirtschaft Rücksicht nimmt, heißt Verzicht auf jeden Lohnkampf. Diese Wirtschaft kann nur
noch bestehen, wenn die deutschen Arbeiter (wie der Mutterknecht Heinz) bereit sind, sich als
Lohnrücker gegenüber ihren internationalen Klassenbrüdern mißbrauchen zu lassen und immer
weiter zu verelenden und letzten Endes lautlos zu verhungern. Bei dem jetzigen Lebensstandard
von 60% des Vorkriegsstandes bedeuten 9% Zulage eine Steigerung auf 65,4% - wenn keine
Preis- und Steuererhöhungen diese Rechnung nach unten revidieren! Nur Arbeiter, die bereit
sind, Stadianowdienste für den Kapitalismus zu leisten oder Selbstmord und Mord an ihren
Angehörigen zu begehen, können sich mit Böcklers Lohnpolitik abfinden.

Nur um die Arbeiter von diesen unbefreitbaren Konsequenzen abzulenken, wird als gewerkschaftliche Hauptforderung das „Mitsprache- und Entscheidungsrecht“ aufgestellt. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer, die mit immer größerer diktatorischer Machtvollkommenheit die Preise bestimmen und mit ihrem anarchischen Profitsystem die ganze Wirtschaft zugrunde richten, werden nach theatralischem Sträuben schließlich gern bereit sein, den Gewerkschaftsführern das Mitspracherecht zu gewähren, sichern sie sich dadurch doch ihr diktatorisches Entscheidungsrecht über Leben und Sterben der deutschen Arbeiterchaft. Es gibt keine Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit. An Verlauf und Ergebnis der äußerst lehrreichen Lohnbewegung hat sich die Größe der Gefahr gezeigt, die der Arbeiterklasse droht, hat sich aber auch gezeigt, daß sich die Abwehrkräfte zu organisieren beginnen. Die überaus wertvolle Lehre für alle Arbeiter besteht darin, daß sie sich zur Durchführung der elementarsten Gewerkschaftsaufgaben zusammenfinden müssen, weil unsere heutige Gewerkschaftsführung dazu nicht mehr imstande ist.

China und die SU

„Mao Tse Tung vor Stalin: ein symbolisches Ereignis, ein packendes Bild, gut geeignet die Umwälzungen zu illustrieren, die sich in Asien vollzogen und so die Kräfteverhältnisse in der Welt geändert haben. - Wenn jedoch Stalin Mao im Kreml empfängt, hat er weder einen Vasallen noch einen Untergebenen vor sich, sondern einen Freund und Verbündeten. . . Einerseits sind die chinesischen Kommunisten unter der geschickten und energischen Führung Mao Tse Tungs Revolutionäre, die selbst ihre Revolution vollendet haben im Verlauf eines Kampfes, der über ein Vierteljahrhundert gedauert hat. Im Unterschied zu den kommunistischen Parteien Zentraleuropas schuldet die KPCh ihren Sieg weder der Gegenwart der russischen Armee, noch einer militärischen Hilfe der SU, noch auch nur dem Spiel hypothetischer Emissäre des Kremls.“ (Le Monde, 18. 12. 49)

Rings um die chinesische Revolution

Den sozialen Charakter der chinesischen Revolution kann man heute ebensowenig bestimmen, wie man 1917 den Charakter der russischen Revolution vorausbestimmen konnte. Mehr als die doppelte Menschenzahl ist durch die chinesische Revolution nach 1000jährigem Schlaf aufgeweckt worden, tritt an die Seite der gesellschaftlichen Umwälzungen, die 1917 durch die Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet wurden. 1911 erhob Sun Yatfen das Banner der bürgerlichen Revolution und des nationalen Aufstandes gegen die fremde imperialistische Herrschaft und Ausbeutung. Krieg, Bürgerkrieg, Hungersnöte verheerten in den 40 Jahren Land und Leute. Erst unter Führung der vor 28 Jahren gegründeten KP konnte die Kraft organisiert werden, die die politische Herrschaft der Arbeiter- und Bauernklasse erobern konnte. Jetzt gilt es, die eroberte politische Macht zu verteidigen, zu festigen, auszubauen. Indem die chinesische Volksarmee die vom USA-Imperialismus finanzierte, ausgerüstete, z.T. ausgebildete Armee Tschiangkaischeks besiegte, zerstückte, vernichtete, verursachte sie dem stärksten Kapitalismus der Welt eine große Niederlage. Der asiatische Festlandsbrückenkopf der USA wurde liquidiert.

Mit nur wenig verhülltem Groll suchten die USA-Finanzgewaltigen, die alle westeuropäischen Regierungen ihrer Botmäßigkeit unterwerfen, die Niederlage zu überwinden, das verlorene Terrain zurückzugewinnen. Keine Frage, der USA-Imperialismus könnte eine Armee, Flotte, Luftwaffe ausrüsten,

denen die schlecht bewaffnete chinesische Volksarmee nicht standhalten könnte. Aber was theoretisch möglich ist, wäre praktisch nur durchführbar, wenn die USA das ganze Land, die ganze Wirtschaft auf totalen Krieg umstellen würde. Was würde auch im Falle eines militärischen Erfolges der „Sieg“ bedeuten? 1. Höchste Abnutzung, wenn auch nicht Erschöpfung der militärischen und ökonomischen Kraft der USA zur Eroberung des Vorderlandes für den Krieg mit der militärisch ebenbürtigen, wenn nicht überlegenen SU. 2. Zur militärischen Okkupation und zur Niederhaltung des Volkswiderstandes reichen die Menschenkräfte der USA nicht aus. Die USA-Befatzungsarmee säße auf einem Pulverfaß mit aufreibendem Partisanenkrieg beschäftigt. Das wäre eine ganz andere Aufgabe als die Befatzung Deutschlands oder Japans, wo die besiegte Bourgeoisie und die durch Krieg und Enttäufung erschöpften Massen dem Sieger aus der Hand fressen, wenn noch so wenig darin ist. Nur die Heißsporne in den USA wollen jetzt diesen Krieg. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Nicht weniger Kopfzerbrechen verursacht die chinesische Revolution den britischen Imperialisten. Sie bildete das Hauptthema der Commonwealth-Konferenz in Colombo. Die Armeen der chinesischen Revolution stehen vor Hongkongs Toren, das die Briten den Chinesen im Opiumkrieg geraubt haben. Die Briten, die Hongkong gegenüber einer kleinen japanischen Invasionsarmee nicht halten konnten, können einem Angriff des chinesischen Volkes, von innen durch die Bevölkerung, von außen durch die Volksarmeen, noch weniger standhalten. Das ist kein Geheimnis. Die britischen Kaufleute in China drängten die Labourregierung, die chinesische Volksregierung anzuerkennen, die bis jetzt sehr glimpflich mit den fremden Kaufleuten, Kapitalisten usw. umgesprungen ist. Sie ist bereit, mit ihnen Geschäfte zu machen, wenn sie sich den neuen Bedingungen unterwerfen. Die Briten, die China viel länger, schamloser, intensiver ausgebeutet haben als die Amerikaner, sind jetzt durch die frühere amerikanische und japanische Fremdherrschaft an die dritte Stelle unter den Feinden gerückt. Sie glauben, wahrscheinlich nicht zu Unrecht, jetzt profitable Geschäfte machen zu können, weil die junge chinesische Republik Außenhandelsbeziehungen benötigt. Deshalb hat England die neue Regierung anerkannt. Wo die Profitinteressen der englischen Bourgeoisie in Frage stehen, riskiert die Labourregierung sogar das Mißfallen ihrer USA-Herren.

Auf der Commonwealth-Konferenz ging das Bestreben dahin, 1. Geschäfte mit dem neuen China zu machen, 2. eine Feuerwehr in Asien zu errichten, um die Ausbreitung der Revolution auf Burma, Malaya, Indonesien, Siam, Vietnam usw. zu hindern. Dabei kamen die widersprechenden Interessen der einzelnen Commonwealthländer einander ins Gehege. Die neuen Regierungsvertreter von Australien, Neuseeland, Kanada fanden sich nur verdrießlich mit der Anerkennung der Mao-Tse-Tung-Regierung ab. Aber Indien, Pakistan, Ceylon drängten auf Anerkennung; sie können sich offene Feindschaft gegen die chinesische Revolution nicht gestatten, weil sie die Revolution selbst im Leibe haben. Diese Regierungen bilden sich ein, sie könnten ihre eigenen Arbeiter und Bauern besser betrügen, wenn sie anerkennen.

Der Streit innerhalb der herrschenden Klasse der USA ist weniger interessant. Alle benötigen sie den Zusammenbruch der amerikanischen Chinapolitik, um

den anderen die Schuld zuzurechnen. Die einen wollen Formosa besetzen, dagegen sind die, die hoffen, doch noch Geschäfte mit Rotchina machen zu können. Die ernstesten Militärs sind dagegen, weil ein Angriff der Volksarmee auf Formosa sofort Amerika in den Krieg verwickeln würde. Alle wollen Wahlpropaganda mit der Stellung der anderen zur Chinapleite machen.

Die Differenzen der Commonwealthländer beleuchten aufschlußreicher die Kräfteverhältnisse des Nachkriegskapitalismus. Auf der Kolombo-Konferenz hat man einem Plan für die Feuerwehr gegen die chinesische Revolution zugestimmt. Begründung und vorgeschlagene Maßnahmen sind interessant. Noel Baker, der Vertreter des englischen Außenministers, und der Minister von Ceylon dringen auf ökonomische Hilfe zur Hebung der Lebenshaltung der von der Revolution infizierten asiatischen Bevölkerung. Zum Kriegführen reicht die Kraft nicht. Die USA-Politik der Bewaffnung des Quislings Tschiang-kaischek war eine Fehlspekulation. Millionen Zwangsrekruten ergaben sich mit ihrer USA-Ausrüstung der Revolutionsarmee, die sie gegen die übrigbleibenden Reste anwendete. Nach 200-300jähriger Ausbeutung entdeckten die Herrschaften, man müsse das angerichtete Elend beseitigen durch Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Massen. Wie doch revolutionäres Handeln die stupidesten herrschenden Klassen denken macht! Wie 1918 die deutsche Bourgeoisie, als sie befürchten mußte, vom revolutionären Proletariat weggefegt zu werden.

Der Economist, die führende Wirtschaftszeitschrift der englischen Kapitalisten, kritisiert den Defaitismus ihrer Klassengenossen gegenüber der chinesischen Revolution. Man müsse gewiß ökonomische Hilfe leisten, sagt er. Aber man müsse auch den militärischen Widerstand organisieren. Engländer und Amerikaner seien zu verhaßt, als daß sie die konterrevolutionären Armeen organisieren und führen könnten. Deshalb sollen es die von den Engländern ausgebildeten indischen und pakistaniischen Offiziere tun. Wahrscheinlich wird aber die indische und pakistaniische Bourgeoisie der Meinung sein, daß es vorichtiger ist, die zuverlässigen konterrevolutionären Offiziere zu Hauße zu behalten. Ökonomische Hilfe, auch wenn Amerika zahlt, was es jetzt nicht tut, läßt zu lange auf befriedigende Resultate warten. Dann klagt der Economist, Anleihen würden zur „sinnlosen“ Errichtung von Industrieunternehmen verwandt, statt zur Hebung der Landwirtschaft - wo keine Konkurrenz zu fürchten wäre. Alsdann belehrt der Economist:

„Es kann nicht oft genug hervorgehoben werden: gegenwärtig bedeutet ein kühnes neues Programm westlicher Investitionen in Asien eher eine politische Entscheidung, als ein wirtschaftliches Wagnis. Die Bedingungen, die Privatkapital, und das bedeutet vor allem privates Kapital von Amerika, anlocken, existieren nicht; sie müßten erst geschaffen werden. Kapital wird nicht angezogen, wo die politischen Bedingungen ungewiß sind, wo Außenhandelskontrolle die Verwandlung der Profite und ihre Repatriierung hindert, wenn zu Hauße weite Anlagemöglichkeiten bestehen.“

Die deutschen Proleten sollten darüber nachdenken: Als sie kampfbereit waren, legten europäische und USA-Kapitalisten ihre überschüssigen Gelder in Asien an, weil dort die größten Profite winkten und die Gefahr der Enteignung der Investitionen gering war. Heute ist es umgekehrt. - Wie lange noch?

Bayrische Politik 1950 Bei der Regierungsbildung in Bonn wurden dem bayrischen Partikularismus erhebliche Zugeständnisse gemacht, vor allem bei der Vergebung des Finanzministeriums an Schäffer, das Bindeglied zwischen dem päpstlich orientierten Hundhammer-Flügel der CDU und der Bayernpartei. Hochbefriedigt kehrten die Bayern von Bonn heim; doch bald wich die Hochstimmung einem Gefühl des Unbehagens. Die bayrische Presse aller Richtungen stellt seit einiger Zeit mit sichtbarem Unmut fest, in Bayern blicke jetzt alles nach Bonn und fast keiner mehr nach München. Der Föderalismus habe dort bloß einen Scheinieg errungen; in Bonn werde unentwegt zentralistisch regiert.

Das Geraunze der bayrischen Partikularisten aller Schattierungen ist nicht grundlos. Die Politik Adenauers, so sehr er auch Befehlsempfänger der Alliierten ist, hat gewisse Erfolge für die deutsche Bourgeoisie erzielt, die eine Stärkung der Bonner Regierung gegenüber den Länderregierungen mit sich bringen. Die wilden Männer der Bayernpartei und um Loritz benehmen sich in Bonn recht zahm und gefittet; knurrend und widerwillig zwar, aber doch überraschend gut ausgerichtet, folgen sie dem politischen Exponenten des Großkapitals, dem recht selbstherrlichen Bundeskanzler.

Diese relativ starke Stellung Bonns hat eine handgreifliche Grundlage: den Produktionsapparat der Ruhrindustrie, den weitaus wichtigsten Europas. Er ist zwar angefdlagen und die Verfügungsgewalt ist zur Zeit nicht allein in den Händen der deutschen Schwerindustriellen; dennoch wiegt er zentnerschwer gegenüber dem Federgewicht der Wirtschaft Bayerns. Dieses ökonomische Schwergewicht wird sich auf die Dauer auch innerhalb Europas auswirken. Kein Wunder, daß er erst recht dem bayrischen Bierpartikularismus den Rang abläuft. Diese bittere Erkenntnis hat den unentwegten Bayernparteilern die Forderung entlockt, Bayern möge sich ganz vom Bund trennen und sich als selbständiger Staat wie Österreich proklamieren. Das müssen natürlich bloße Hirngespinnste bleiben.

Die bayrische SP unter dem linken von Knoeringen hat auf ihrer jüngsten Tagung wieder einmal dem bayrischen Partikularismus den „entschiedensten“ Kampf angefagt. Dieser beschränkt sich auf parlamentarische Redefschlachten. Als einmal einigen ihrer Abgeordneten der Geduldsfaden riß und sie die Schmähungen eines neofaschistischen Häuptlings mit handgreiflichem Hinauswurf aus dem Parlament beantworteten, brachte ihre Presse darüber nur eine versteckte kleine Notiz. Den Parteiinstanzen war die Verlegenheit ob solcher das Ansehen des Parlaments schädigender Aktion deutlich anzumerken.

Knoeringen, der an die Stelle des Partikularisten Högner getreten war, ist der Typ eines sozialdemokratischen Linken. Zur Zeit des Umsturzes in der Tschechei wurde in Bayern gerade der Gemeindevwahlkampf geführt. Unter dem frischen Eindruck der Ereignisse im Nachbarland proklamierte er in seinen Wahlversammlungen offen: „Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaftsordnung.“ In diesen Versammlungen herrschte damals eine gedrückte Stimmung; gar manchem Sozialdemokraten wurde klar, daß seine Partei in Deutschland ein Anachronismus, ein Relikt der Vorzeit ist. Diese Untergangsstimmung beherrschte auch die bürgerlichen Parteien; man hörte manchen Stoßleufzer: „Nun, wenn die Russen schon kommen, werden wir

auch mit ihnen auf irgendeine Weise schon gütlich fertig werden.“ Mit den Russen ist der Kommunismus gemeint.

Inzwischen ist viel Wasser die Donau hinabgeflossen, die Russenfurcht ist allwärts wieder der Gottesfurcht gewichen. Bei den Bundestagswahlen sind die Bayernpartei und die Lorits-Vereinigung als neue Größen aufgetaucht und haben die CSU um ihre absolute Mehrheit gebracht. Die CSU hat ihre „Linken“ um Haußleitner und Josef Müller, den der Sympathie mit dem Bolschewismus verdächtigen Ochsen-Sepp, aus der Führung gebootet und v. Knoeringen hat seine „linken“ Extratouren wieder auf Eis gelegt. In München haben einige, aus dunklen Geldquellen gespeiste Nahahmer des seligen Adolf Hitler versucht, an die Öffentlichkeit zu treten, wobei sie allerdings von der Polizei geschützt werden mußten. In Gesetzgebung und Verwaltung wird fleißig nach rückwärts regiert, und überall führt die Kirche das große Wort. Dennoch ist das dumpfe Gefühl des Unbehagens darüber, daß „draußen“, jenseits der weiß-blauen Grenzpfähle, die Welt aus den Angeln sei, nicht gewichen.

Die kommunistischen Wahlversammlungen waren überfüllt und die Parteigrößen sahen schon eine erkleckliche Zahl von den ach so begehrten Parlamentsmandaten in sicherem Besitz. In den Versammlungen erblickte man viele neue Leute, die gespannt auf etwas Neues warteten. Als sie die alten, abgenutzten Tiraden der Stalinisten hörten, gingen sie enttäuscht nach Haus und wählten lieber Lorits oder die Bayernpartei. Nach der fürchterlichen, ganz unerwarteten Pleite - es gab kein einziges Mandat in Bayern - herrschte auf den kommunistischen Parteibüros in München und Nürnberg zunächst eine förmliche Selbstmordstimmung. Dann wurde aus dem Ofen gehörig aufgemöbelt und es begann auch hier die Hats auf „Agenten des Klassenfeindes“. Alte Funktionäre, die nicht bloß mit dem Kopf nickten, wurden hinausgeworfen, und diese „Reinigung“ sollte durch eine Welle von öffentlichen Versammlungen untermauert werden. Die meisten kamen aus Mangel an Besuchern diesmal gar nicht zustande; selbst viele Parteimitglieder hatten gerade keine Zeit. In kleineren Orten kam es vor, daß nicht einmal die Einberufer anwesend waren. Das war die Abstimmung über den „Titoismus“ im Lande.

Wie alle Parteien, so hat auch die KP in Bayern ein besonderes Gepräge. Nach dem Zusammenbruch liebbedienerte sie vor den Pfaffen und tadelte öffentlich ihre Vertreter, die nicht für die Zuwendungen an die Kirche stimmten. Die allgemein übliche Verdummung der Arbeiter durch nichts sagende demokratische Phrasen würde eifrig mitgemacht. Dann setzte man seine Hoffnung auf die Amerikaner; mit ihrer Hilfe wollte man allen Ernstes durch die berüchtigte „Entnazifizierung“ dem Großkapital zu Leibe gehen. Nachdem man sich eine Zeitlang vergeblich bemüht hatte, überhaupt eine Linie zu finden und munter im lauwarmen Gewässer der Tagespolitik einherplätscherte, ist man jetzt glücklich auf die Linie der nationalen Front gestoßen worden. Praktisch ausgewirkt hat sich diese neue Linie bei den Sammlungen für die Weihnachtsfeiern bei von Russenangst geplagten Bäckermeistern und sonstigen Kleinbürgern. Das politische Ergebnis ist gleich null. Die Mitarbeit der Parteimitgliedschaft bei diesem Treiben beschränkt sich im wesentlichen aufs Kleben der Beitragsmarken.

Stalin als Außenpolitiker

2. Teil

Stalin liquidiert

die deutsche Parteiführung 1923

gibt, nicht nur Brandler-Thalheimer auszuschließen, sondern auch den Brandlerismus zu liquidieren. Die Thesen bezeichnen den Stalin-Brief als einen Brief an die deutsche Partei. Das ist er nicht. Es ist ein Brief Stalins an Maslow privat, als ihn Maslow deutsch veröffentlichte, wurde er gerügt. Wir geben eine andere charakteristische Stelle aus diesem Brief, einer Antwort Stalins vom 28. Februar 1925 auf zwei Briefe Maslows vom 20. und 25. Februar:

„Gefährter Genosse Maslow!

Du hast vollkommen recht, wenn Du sagst, daß die deutsche Partei enorme Erfolge hat. Thalheimer und Brandler sind ohne Zweifel ein Typ von Führern, deren Zeit vorbei ist und einem anderen Typ Platz machen müssen. Bei uns in Rußland werden „alte Führer“, besonders Literaten, fortgesetzt ausgestoßen. Dieser Prozeß nimmt zu während Perioden revolutionärer Krisen und flaut ab während Perioden der Heranbildung der Kräfte, aber vollzieht sich dauernd. Die Lunatscharkis, die Pokrovskis, die Stroyevs, die Rozhkovs, die Goldenbergs, die Bogdanovs und Krassins - dies ist das beste Muster alter bolschewistischer Führer, das mir gerade in Erinnerung kommt - sind dazu übergegangen, die zweite Fiedel zu spielen. Das ist ein notwendiger Prozeß der Erneuerung der führenden Kader einer lebendigen und sich entwickelnden Partei. Der Unterschied zwischen Brandler-Thalheimer und Genossen dieser Art ist nebenfächlich, hinzukommt, daß sie einen sozialdemokratischen Ballast mit sich schleppen, von dem die in der Liste frei sind. Dieser Unterschied ist nicht zu Gunsten von Brandler und Thalheimer, im Gegenteil. Die Tatsache, daß die deutsche Partei mit Erfolg Brandler und Thalheimer beseitigt und rausgeworfen hat, zeigt an, daß die deutsche Partei wächst, sich vorwärts bewegt und einen Erfolg nach dem andern hat.“

Der Erfolg war kurzlebig. Der kommunistische Stimmenzuwachs bei den Reichstagswahlen Mai 1924: 3 693 000 Stimmen = 12,6% und 62 Mandate war nämlich Nachwirkung der Politik der alten Brandlerzentrale. Die breiten Massen der Werktätigen hatten nicht gemerkt, daß eine Revolution verfallen oder verraten worden sei. Über die Kreise der Parteimitglieder war diese Kampflöschung der Russen zur Gleichhaltung der KPD vor den Maiwahlen nicht gedrungen. Aber bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 verlor die Partei eine Million Stimmen und 17 Mandate. Inwieweit die Radaufzügen der Ruth Fischer und Thälmann bei der Reichstageröffnung mitgewirkt hatten, ist schwer zu schätzen. Aber dieser „revolutionäre Parlamentarismus“ hat gewiß Stalin und Sinowjew mehr begeistert als die deutschen Werktätigen.

Stalins Bekenntnis zur marxistischen Methode - ein Lippenbekenntnis

Reimann zitiert in seinem Referat aus Stalins „Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPSU“:

„Die Kraft der marxistisch-leninistischen Theorie besteht darin, daß sie der Partei die Möglichkeit gibt, sich in der jeweiligen Situation zu orientieren, den inneren Zusammenhang der rings um sie vor sich gehenden Ereignisse zu verstehen ... vorauszusehen und zu erkennen, nicht nur wie und wohin sich die Ereignisse gegenwärtig entwickeln, sondern auch wie und wohin sie sich künftig entwickeln müssen.“

Das hat Stalin ganz richtig aus Lenin abschreiben lassen. Aber wahrscheinlich hat Stalin bei der „Analyse“ des Faschismus und der Einschätzung der Lage Deutschlands und der KPD den Marxismus-Leninismus nicht angewandt. Oder...? Die Marxistische Theorie des dialektischen Materialismus ist die beste Theorie zur Erforschung der Lebensbedingungen der menschlichen Gesellschaft. Nicht die Theorie ist schuld an den vollkommen falschen Ergebnissen Stalins. Stalin versteht sie nicht anzuwenden. Für ihn sind die Forschungsergebnisse von Marx-Engels-Lenin starre Dogmen, er hat keine Ahnung von der lebendigen marxistischen Methode, nämlich die Tatsachen ihrer Entstehung, Entwicklung, Wechselwirkung zu erforschen und daraus die Folgerungen abzuleiten. Wo Marxs und Lenins Forschungsergebnisse nicht durch Veränderungen in den Lebensverhältnissen abgeschwächt oder unbrauchbar geworden sind, weil die Voraussetzungen nicht mehr bestehen, aus denen sie abgeleitet wurden, konnte Stalin mehr oder weniger brauchbare Ergebnisse erzielen, wenn er sie nur dogmatisch - für in die Praxis umsetzte, militärisch-schematisch an Organisation und Einsatz der vorhandenen Kräfte heranging. Wo es sich um kompliziertere weltpolitische Zusammenhänge handelt, fehlt Stalin die Tatsachenkenntnis; ja, schlimmer: er weiß nicht einmal, daß er die Tatsachen nicht kennt. In russischen Fragen reichen seine Tatsachenkenntnisse, um nach Lenins Plan mit kräftiger Faust positive Resultate zu erzielen. Auf dieser Beschränktheit Stalins beruhen die kolossalen Fehler in den Fragen der Weltpolitik.

Stalin erforscht die Geschichte der Arbeiterbewegung In demselben Brief Stalins an Maslow befindet sich ein weiteres Beispiel vollkommener Unwissenheit in Grundfragen der europäischen Arbeiterbewegung:

„Sei mehr vorsichtig, Genosse Maslow!..Kein Zweifel, Eure Linie - Ich spreche von Eurer politischen Linie - ist korrekt... Du hast vollkommen recht in bezug auf die Arbeit in den Gewerkschaften. Die Rolle der Gewerkschaften in Deutschland ist verschieden von der in Rußland. In Rußland entstanden die Gewerkschaften nach der Partei. Das ist vollkommen verschieden von Deutschland und Europa im allgemeinen. Dort hat sich die Partei aus den Gewerkschaften entwickelt.“

Das trifft nicht einmal auf England zu. Dort entwickelten sich die Gewerkschaften gleichzeitig mit und nicht selten aus der ersten politischen Arbeiterbewegung der Chartisten. In Frankreich, Italien, Spanien, der Schweiz, Österreich, Deutschland entwickelt sich die sozialistische Arbeiterbewegung der vormalistischen Periode und bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts in engster Berührung mit der vorrevolutionären und liberalen Bourgeoisie, und die Gewerkschaften existieren überhaupt noch nicht oder sind bedeutungslos. Stalin kennt nur die spätere Geschichte, wo sich in England um die Jahrhundertwende aus den Gewerkschaften die Arbeiterpartei bildet oder in den anderen westeuropäischen Ländern Gewerkschaften neben den sozialdemokratischen Parteien sich entwickeln: in Deutschland, Österreich, Skandinavien in engster Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien, in Frankreich, Italien, Spanien im Gegensatz zu ihnen. Wer diese Wechselbeziehungen: liberale bürgerliche Bewegung - vormalistische sozialistische Arbeiterbewegung - Gewerkschaften nicht kennt, wie soll der die heute noch nachwirkenden Traditionen richtig bekämpfen können? (Fortsetzung in der nächsten Nummer)

Die Wurzeln der Politik der KPD Die politische Praxis der KPD liefert ein so buntes Bild, daß selbst der kritische Beobachter der Gefahr unterliegt, im Durcheinander opportunistischer, ultralinken und kleinbürgerlicher Lofungen ihre wirkliche Rolle aus den Augen zu verlieren. So ist es angebracht, die Triebkräfte ihres Handelns zu prüfen.

1. Das Führermonopol der KPSU Es bedarf keiner großen Beweise, daß die Tätigkeit kommunistischer Parteien aufs engste mit ihren Beziehungen zur KPSU verbunden ist. Das wichtigste Merkmal des Verhältnisses der KPSU zu den außerrussischen kommunistischen Parteien ist, abgesehen von gewissen Ausnahmen der letzten Jahre, bis heute das Führermonopol der KPSU geblieben.

Die Bolschewiki siegten als selbständige kommunistische Kraft, weil sie sich in den 15 Jahren ihrer vorrevolutionären Geschichte die Fähigkeit aneigneten, unter den eigentümlichen Bedingungen der russischen Gesellschaft die revolutionären Klasseninteressen des Proletariats herauszuarbeiten, zu vertreten und durchzusetzen. Keiner anderen Arbeiterklasse war es gelungen, eine ebenbürtige Partei zu errichten. Nur in Deutschland entsprang den Klassenkämpfen im Spartakusbund eine den Bolschewiki vergleichbare kommunistische Partei, die jedoch zur siegreichen Revolution zu schwach war. Dem im Gefolge des russischen Oktober sich in den europäischen kommunistischen Parteien sammelnden Arbeitern fehlten zwar nicht revolutionäre Leidenschaften, aber eigene revolutionäre Erfahrungen und daher die Fähigkeit selbständiger Anwendung der Grundsätze des Kommunismus auf die besonderen gesellschaftlichen Kampfbedingungen. Das gab der KPSU das Übergewicht in der Komintern. Wir meinen hier nicht das materielle, sondern das politische, durch den Sieg in Rußland bedingte Führermonopol. Kein Zweifel, daß es feinerzeit nützlich und zweckmäßig war. Es vermittelte treibhausartig die allgemein gültigen Erfahrungen der russischen Revolution und die Grundsätze des Kommunismus den Arbeiterklassen außerhalb der Sowjetgrenzen. Mittlerweile ist es zur schwersten Fessel der kommunistischen Bewegung geworden, da es sie in engherzigster Weise zum ausschließlichen Werkzeug sowjetischer diplomatischer Interessen degradiert hat. Dieser Zustand ist nicht, wie viele Genossen meinen, durch russische Vergewaltigung verschuldet; es ist vielmehr der Ausdruck der Tatsache, daß es der westeuropäischen Arbeiterbewegung noch immer nicht gelungen ist, eine ihren Klassenverhältnissen entsprechende Politik und Organisation in selbständiger Arbeit zu schaffen.

2. Das Verhältnis der KPSU zu den kommunistischen Parteien Dem landläufigen Vorwurf, nach dem die Wurzel allen Übels der „Verrat“ der KPSU an den kommunistischen Grundsätzen sein soll, liegt eine ordinäre undialektische, idealistische Anschauungsweise zugrunde. Es wird nämlich unterstellt, daß es die Aufgabe der Führung der ersten siegreichen Arbeiterklasse sei, die Grundsätze des Kommunismus zu verwirklichen. Diese Betrachtung ist verlockend, aber falsch. Die Verwirklichung der kommunistischen Prinzipien ist nicht der Anfang, sondern das Resultat einer ganzen historischen Epoche, der Epoche des Übergangs der gesamten Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die konkrete

Aufgabe der proletarischen Diktatur in Rußland bestand und besteht in der Errichtung des der Sowjetgesellschaft fehlenden Fundamentes, anders ausgedrückt: in der Durchführung der sozialistischen Akkumulation. Die Lösung dieser Aufgabe bestimmte alle Erscheinungen der sowjetischen Gesellschaft, so auch das Verhältnis der KPSU zu den außerrussischen kommunistischen Parteien.

So lange die Welle revolutionärer Klassenkämpfe nach dem ersten Weltkrieg hoffen läßt, daß siegreiche Räteregierungen im Westen dem russischen Aufbau helfend zur Seite treten, steht das Verhältnis der KPSU zur kommunistischen Bewegung unter dem Zeichen des proletarischen Internationalismus. Die Niederlage der proletarischen Revolution in Westeuropa, die erneute Festigung der bürgerlichen Gesellschaft, gab den innerrussischen Fragen in der Kommintern den Vorrang. In der SU ist der Auftakt der Fünfjahrespläne die straffste Zusammenfassung aller Kräfte. Der Kampf gegen die „Rechten“, die vor den Erschütterungen und Gefahren der sozialistischen Akkumulation zurückzucken, steht auf der Tagesordnung. Schematisch auf den völlig verschiedenen Boden des kapitalistischen Deutschland übertragen, soll der ultralinke Kurs das deutsche Proletariat „bolshewisieren“. Das Resultat ist der kampflöse Zusammenbruch der mächtigen deutschen Arbeiterbewegung vor Hitler.

3. Die Periode der Volksfront und ihre Resultate. Der Aufstieg des neu-deutschen und japanischen Imperialismus, die militärische Bedrohung der SU erzwingen den Einsatz des letzten Grans Energie zum beschleunigten Ausbau der Schwer- und Rüstungsindustrie. Hilfe und Bundesgenossen für das unter dem Joch unentrinnbarer Notwendigkeiten voranschreitende Sowjetvolk zu finden, muß das Ziel der Führung sein.

Der unerfättliche Appetit der faschistischen Imperialisten bedroht nicht nur die SU. Die Welt der gesättigten, imperialistischen, westlichen Demokratien ist gleichfalls in ihren vitalen Interessen angegriffen. Die Möglichkeit einer gemeinsamen Kriegsführung der SU mit ihnen besteht. Mit Recht sucht die Sowjetdiplomatie die Isolierung zu vermeiden. Das ist allerdings nicht einfach. Die herrschenden Klassen der demokratischen Länder sehen in Hitler den Retter aus der bolschewistischen Gefahr, den erfolgreichsten Henker der Arbeiterbewegung. Sie fördern ihn und sein Regime, indem sie keinen Finger rühren, um der deutschen Aufrüstung und der Aushöhlung ihres Versailler Friedens entgegenzutreten. Diese Klassensympathie wird nur langsam zurückgedrängt durch die sie bedrohenden imperialistischen Ziele Hitlerdeutschlands. Je nach der Schärfe der Klassenkämpfe, der Bedrohung durch das eigene Proletariat, überwiegt innerhalb dieser herrschenden Klassen der Wille zum Kompromiß oder der Wille zur Abwehr des zu erwartenden Naziangriffs.

In dieser Lage befürchtete die SU von der Aktivität der kommunistischen Parteien eine Verstärkung der prodeutschen Tendenzen der demokratischen Imperialisten. Die Blickrichtung der russischen Parteiführung ist bestimmt und kann nur bestimmt werden, durch das aus der bedrängten Lage der SU sich ergebende Bestreben nach gemeinsamer Kriegsführung mit dem Westen. Zur Bekräftigung der militärischen Einheitsfront im kommenden Krieg mit bürgerlichen Partnern will sich die SU als salomfähig erweisen. Dabei ist der

einzig dienlich, den ihr die Kommunisten der Welt leisten können, der, aufzuhören Kommunisten zu sein. Die Politik der Einstellung des Klassenkampfes, der Unterordnung der kommunistischen Bewegung unter das Kommando der kapitalistisch-imperialistischen Generalstäbe der Westmächte, ist der politische Inhalt des vom siebten Weltkongreß 1935 eingeleiteten Volksfrontkurfes. Diese Politik, die den kommunistischen Parteien nach Ende des zweiten Weltkrieges die Früchte ihrer führenden Rolle in der Widerstandsbewegung raubt, ist nur möglich, weil es keine selbständigen kommunistischen Parteien gibt, die in richtiger Einschätzung ihrer Aufgaben den Weg des Kampfes gegen Hitlerdeutschland und die einheimische Bourgeoisie gehen.

Die weitere Entwicklung hat eindeutig bewiesen, daß die Volksfrontpolitik der kommunistischen Bewegung unendlichen Schaden zufügte, ohne der SU den gewünschten Dienst zu leisten. Das erste Opfer der neuen Politik ist die spanische Revolution, der Stalin aus Liebedienerei vor der englischen und französischen Bourgeoisie in den Rücken fällt. Das Ergebnis ist keine Schwächung, sondern eine gewaltige Stärkung der antifaschistischen, defaitistischen Strömungen, die ihren Ausdruck im Münchener Abkommen finden. Hier unternehmen die Demokratien, mit den italienischen Faschisten brüderlich vereint, den Versuch, Hitlerdeutschland auf die SU zu hetzen. Die Westmächte müssen zu ihrem tiefsten Leidwesen trotz alledem die Waffen gegen die deutsche Wehrmacht ergreifen, weil ihre imperialistischen Lebensinteressen vom gefräßigen Naziimperialismus bedroht werden. Frankreichs Bourgeoisie ist gelähmt aus Furcht einerseits vor der eigenen Arbeiterklasse, die in Massenstreiks und Fabrikbesetzungen 1936 eine unvergeßliche Kraftprobe ablegte, andererseits vor Hitlerdeutschland, dessen Niederlage auch ihre Klassenherrschaft mitreißen könnte. Diesem Defaitismus hätte nur die Arbeiterklasse Frankreichs durch Umwandlung des sabotierten imperialistischen in den revolutionären Krieg ein Ende bereiten können. Sie aber ist durch die Volksfrontpolitik kampfunfähig geworden und verwirrt durch die mit deutsch-russischem Zusammen spiel einsetzende Umwälzung der Kominternpolitik. Das ergibt den Hintergrund des beispiellosen Zusammenbruches Frankreichs.

Im gemeinsam mit der SU geführten Krieg haben die westlichen Alliierten alles getan, um Rußland so lange als möglich allein in den schwersten Kämpfen mit Deutschland zu belassen und zu schwächen. Die Invasion fand erst statt, als die Rote Armee der deutschen Grenze bedrohlich nahe gerückt war. Die an erster Stelle der Widerstandsbewegung kämpfenden Kommunisten konnten daran nichts ändern, sie waren den Generalstäben der herrschenden Klassen ausgeliefert. - Das Fehlen kommunistischer Kriegspolitik hatte noch eine andere folgenschwere Konsequenz. Nach dem „fortschrittlichen“ Krieg gelang den westeuropäischen Bourgeoisien die Sicherung ihrer Klassenherrschaft einzig und allein dank der von den Kommunisten betriebenen Politik der verlängerten Volksfront, der „Nationalen Union“, Eintritt der Kommunisten in bürgerliche Regierungen, Mitarbeit an der Wiederbeseftigung der bürgerlich-demokratisch-kapitalistischen Republiken.

Ein tiefgreifender Widerspruch kennzeichnet die kommunistische Weltbewegung nach dem zweiten Weltkrieg. Auf der einen Seite der gewaltigste Erfolg, den sie je zu verzeichnen hatte: Die siegreiche militärische Behauptung der

SU und Erweiterung des sozialistischen Einflusses. Auf der anderen die völlige Zerrüttung und Kampfunfähigkeit des Kommunismus in den am meisten entwickelten kapitalistischen Ländern. Am sinnfälligsten kommt das in Deutschland zum Ausdruck.

4. Casablanca und Potsdam Stalingrad ist nicht nur der militärische Wendepunkt des Krieges. Die Niederlage Hitlerdeutschlands rückt in die Nähe und damit der drohende Sieg des Kommunismus in Europa. Das Ziel der kapitalistischen Front ist die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Deutschland. Das würde gleichzeitig revolutionäre Bewegungen im Westen und Süden Europas von der SU abschneiden. Der deutschen Bourgeoisie fehlt die Kraft, die Aufgabe selbst zu meistern. Nur die Befreiung des Kernstückes des europäischen Kapitalismus gibt den imperialistischen Weltmächten die Gewähr der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Es ist kein Zufall, daß der bedeutendste Kopf des imperialistischen Lagers, Roosevelt, auf der Casablanca-Konferenz im Januar 1943 die Forderung der „bedingungslosen Kapitulation“ aufstellt und durchsetzt. Vergessen sind die schönen Redewendungen der Atlantikcharta. Die bedingungslose Kapitulation verhindert jede Spaltung der herrschenden Klassen in Deutschland; jede revolutionäre Entwicklung; denn sie bedeutet das Ende der nationalen Souveränität.

Aber die ausschließliche Befreiung durch die westlichen Alliierten würde der SU freie Hand zur Entfaltung und Unterstützung der proletarischen Revolution in Deutschland geben. Nur ihre Beteiligung an der Knebelung nimmt ihr den revolutionären Wind aus den Segeln. Weder die bornierten amerikanischen Kritiker Roosevelts, die ihm vorwerfen, den Russen Ostdeutschland ausgeliefert zu haben, noch die den „großen Demokraten“ beweihräuchernden Stalin-Esel verstehen, daß gerade die Forderung der Einbeziehung der SU in das Befetzungsregime die klügste Tat des imperialistischen Interessenvertreters Roosevelt war.

Die SU steht am Kriegsende einer einheitlichen, wirtschaftlich und militärisch gefestigten imperialistischen Front gegenüber. Sie hat die Hauptlasten des Krieges getragen. Aus tausend Wunden blutend, benötigt sie eine Atempause. Die amerikanischen Vorschläge lassen sie auf rasche Wiedererholung der verwüsteten Landstriche hoffen. Noch mehr aber zählt die Erwartung, über die gemeinsame Knechtung Deutschlands eine Brücke zur kapitalistischen Welt, die sogenannte „Einheit der drei Großen“ zu finden. Diese unmittelbaren Interessen der erschöpften SU führen zum Potsdamer Abkommen, das die Zerstückelung und Entindustrialisierung Deutschlands, Demontagen und Reparationsklaverei vorsieht. Dadurch gerät die deutsche Arbeiterchaft als direktes Opfer der Potsdamer Verträge in unmittelbarem Gegensatz zur russischen Außenpolitik.

5. Die KPD, der verlängerte Arm der sowjetischen Außenpolitik in Deutschland

Die KPD, einst die größte Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse, tritt 1945 in neuem Gewand vor die Arbeitermassen: Im Troß der Siegermächte, mit dem Potsdamer Abkommen auf der Fahne, vertritt sie ein Programm proletarischer Knechtschaft. Ihre Führung, deren wahnwitzige

Politik den Nazifieg 1933 ermöglichte, bezichtigt die Arbeiterklasse der Schuld am Sieg des Faschismus und am Krieg. Sie fordert Sühne in Form von Reparationen und Demontagen, auch für die imperialistischen Sieger.

Sie sanktioniert den Verrat an der deutschen Arbeiterklasse durch den Eintritt in die Marionettenregierungen.

In den romanischen Ländern zeitigte die Politik der „nationalen Union“ gewisse Scheinerfolge. Der Massenanhang in diesen Ländern ist der plebejischen Energie geduldet, mit der die Kommunisten den Kampf gegen die nationale Knechtung durch den Naziimperialismus führten. In Deutschland ist die KP-Bannerträgerin der Fremdherrschaft. Die Verachtung des Proletariats muß sie treffen. Unausgesetzt verliert sie an Boden.

Im Sommer 1948 wird „gewendet“. Es ist aber nicht die Einsicht in die katastrophalen Auswirkungen der falschen Politik, die eine politische Umkehr veranlaßt. Die Tatsache, daß die in Warschau versammelten Außenminister des Ostblocks die politische Linie der KPD festlegen, weist auf die weltpolitischen Hintergründe hin: Westdeutschland wird von seinen Besatzungsmächten unverdrossen zur antifaschistischen Festung ausgebaut. Sie müssen daher unter Druck gesetzt werden.

Die KPD beginnt den „Kampf um die nationale Unabhängigkeit“. Wie diese ausliegt, beweist das „Manifest an das deutsche Volk“ des dritten Volkskongresses im Juni 1949. Hier heißt es: „Ausarbeitung von Grundfätzen für einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam.“ Die „vaterlandsliebenden Deutschen“ sollen für folgende „Grundfätze des Friedensvertrages“ kämpfen:

1. Reparationsleistungen
2. Endgültige Liquidierung des Kriegspotentials, besonders der Rüstungsindustrie (was praktisch auf jede Industrie zutreffen kann)
3. Anerkennung einer befristeten und sachlich begründeten Viermächtekontrolle.

Die nationale Unabhängigkeit heißt also Viermächtekontrolle, der „gerechte“ Friedensvertrag, Demontage und Reparationen.

Das waren die tatsächlichen Ziele der KPD-Politik, und sie sind es bis auf den heutigen Tag geblieben.

Selbst die Lösung der Räumung bleibt Strohflecken, denn sie ist kein Bestandteil revolutionärer Klassenpolitik, sondern demagogisches Anhängsel der geforderten Viermächtekontrolle, die wiederum nichts anderes als Militärrégierung bedeuten kann.

Im Rahmen des Potsdamer Abkommens kann man keine revolutionäre Politik betreiben, auch wenn man noch so gern möchte. So ist denn die Taktik der KPD ein würdiges Gegenstück ihrer allgemeinen Politik. Es ist die Nationale Front, das Zusammengehen mit den „Fabrikanten und Kaufleuten“, den „patriotischen Unternehmern“. Ein Bündnis mit Unternehmern läßt sich naturgemäß nur auf dem Boden ihrer kapitalistischen Klasseninteressen abschließen. Das ist Verzicht auf proletarische Klassenpolitik. Da

die Grundfäße des Kommunismus für die KPD-Politik Papierweisheiten geworden sind, ist die ihr zugewiesene Aufgabe viel bescheidener und mit Unternehmerinteressen durchaus vereinbar. Sie lautet: Ost-West-Handel.

Den KPD-Führern ins Stammbuch:

„Es gab Momente in der Geschichte unserer Partei, als die Meinung der Mehrheit oder die Augenblicksinteressen der Partei mit den Grundinteressen des Proletariats in Konflikt gerieten. In solchen Fällen trat Lenin ohne Bedenken entschlossen für die Prinzipientreue ein und wandte sich gegen die Mehrheit der Partei. Mehr noch, er scheute sich nicht, buchstäblich einer gegen alle aufzutreten, wobei er davon ausging - wie er das oft sagte - dass die prinzipienfeste Politik die einzig richtige Politik ist.“

J. W. Stalin „Über Lenin“, Lenin, Auserwählte Werke, Bd. I, S. 34

Nirgends in der Welt geraten die Interessen der Sowjetdiplomatie in größeren Widerspruch zu den elementarsten Klassenforderungen des Proletariats als in Deutschland. Als Preisfechter der Außenpolitik der SU ruft die KPD den Boden unter den Füßen weg. Arbeitermassen für die eigene nationale Knechtung gewinnen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. - Die Führung der SU kann nur nach eigenen Bedürfnissen und Erfahrungen handeln. Sie ist nicht in der Lage, der deutschen Arbeiterklasse den Ausweg aus dem Niedergang des Kapitalismus zu weisen. Dieser Ausweg kann nur lauten:

Räumung Deutschlands von allen Besatzungstruppen
Frieden ohne Reparationen und Gebietsabtrennungen
Rätedeutschland.

Die deutschen Kommunisten müssen selbst die Kräfte organisieren, die die deutsche Arbeiterklasse auf diesen Weg führen können. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Anhang: Die Rolle der SPD Man könnte bei oberflächlicher Betrachtung annehmen, daß die reformistische Politik der SPD und der Neoreformismus der KPD der gleichen Quelle entspringen, und den Fehler begehen, sie in einen Topf zu werfen. Der Verzicht der KPD auf den revolutionären Klassenkampf ist die Folge ihrer Abhängigkeit von der SU. Die Haltung der SPD entspringt dagegen ihrer geschichtlich gesehenen Rolle als Vertreterin der kleinbürgerlichen Demokratie. Die bürgerliche Demokratie ist eine Form kapitalistischer Klassenherrschaft. Die kleinbürgerliche Demokratie dagegen entspringt den ökonomischen Lebensbedingungen dieser Klasse. Die aus dem Mittelalter in die Gegenwart hereinragende Welt der einfachen Warenproduktion, die Welt des kleinen Handwerkers und Bauern, kennt keine Ausbeutung. Ihre Parole ist Harmonie und Gerechtigkeit. Die Kämpfe der beiden großen, allein zur Herrschaft fähigen, modernen Klassen, der Bourgeoisie und des Proletariats, sind ihr unverständlich. Die historische Rückständigkeit dieser Produktionsweise und daher kleinbürgerliche Unfähigkeit zur selbständigen Klassenherrschaft, das Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat, spiegelt sich in den Köpfen ihrer Vertreter als Illusion wider, über den Klassen zu stehen und deren historische Konflikte mit allerlei Patentmedizinen kurieren zu können. Der Generalnenner ist Klassenveröhnung statt Klassenkampf.

Der kleinbürgerlichen Illusion steht die Tatsache gegenüber, daß ihre praktischen Ergebnisse die Verklärung und Sicherung der bestehenden Gesellschaftsordnung bedeuten. Kleinbürgerlich-demokratisches Gedankengut ist daher die ideale Interessenvertretung des Kapitals in

Zeiten, in denen offen bürgerliche Ideologien nicht mehr vertretbar sind. Zu diesem Kapitel gehört die organische Einheit von Kapital und Arbeit Böcklers, auch Mitbestimmungsrecht, Wirtschaftsdemokratie genannt, kurz: der ganze Saß reformistischer Plunders.

In Deutschland ist die SPD zur konsequentesten Vertreterin der kleinbürgerlichen Demokratie in der Periode des imperialistischen Aufstiegs geworden und bis heute geblieben. Nicht umsonst bezeichnet die SPD die Förderung des Mittelstandes in ihrem letzten Wahlauftrag als „volkswirtschaftlich und politisch nötig“.

Um ihre heutige Rolle zu verstehen, genügt es, ihre Haltung gegenüber dem deutschen Faschismus zu betrachten. Die SPD hat nicht aus Feigheit vor den Nazis kapituliert. Sie war gelähmt durch ihre Rolle als kleinbürgerliche Klassenvertretung. Sie mußte dem Kampf ausweichen, denn der Kampf hätte entweder den Sieg des Faschismus oder den Sieg der proletarischen Diktatur zur Folge gehabt. Beides hätte das Ende der kleinbürgerlichen Demokratie bedeutet. Deshalb fürchtet die SPD die proletarische Revolution wie die Pest. Heute weiß sie ebenfugut wie die Bourgeoisie, daß ein Befähigende die proletarische Revolution in Reichweite bringt. In der Erkenntnis, daß nur die westlichen Befähigungsmächte das verhindern können, wird sie zu ihrer bedingungslosen Dienerin. Sie ist gegen die Räumung Deutschlands und für Befähigungstatut. Sie ist nicht grundsätzlich gegen, sondern nur für eine „Änderung“ des Ruhrstatuts.

Neben dieser allgemeinen Befähigungsfreundlichkeit, die das Gesicht des Herrn Schumacher nicht verdecken lassen darf, hat sie noch besondere Zuneigungen.

Die USA, mit ihrer Politik der offenen Herrschaft des Monopolkapitals und der Bevorzugung direkter Vertreter der deutschen Bourgeoisie als Befähigungshandlanger, ziehen christliche Parteien vor. Frankreich, soweit es eine eigene Befähigungspolitik haben darf, ist für eine Neuauflage des Westfälischen Friedens, für die totale Zerstückelung Deutschlands, was ebenfugut in das kleinbürgerlich-demokratische System paßt. Der wahre Bundesgenosse ist England. Nicht in erster Linie wegen der Geschäftsverwaltung des britischen Weltreiches durch die der SPD blutsverwandte Labour Party, sondern vor allem wegen der Deutschlandpolitik des englischen Imperiums, die wie auf das Programm der SPD zugeschnitten ist. Englands Bourgeoisie hat nicht die Kraft, das von ihr besetzte westdeutsche Kernstück, das Ruhrgebiet, finanziell zu verpfeifen. Sie vertritt im Gegensatz zu den USA ein Programm der Verstaatlichung der deutschen Schwerindustrie, die sie kraft ihrer rheinisch-westfälischen Befähigungsmacht zu kontrollieren gedenkt. Das ist die Basis der Englandfreundlichkeit der SPD, durch deren Vermittlung ein solches Programm realisiert werden würde.

Die SPD hat trotz ihrer knechtischen Politik noch die Mehrheit der deutschen Arbeiter hinter sich. Teils aus Tradition, teils aus Mangel an einer besseren Arbeiterpartei, teils als Folge ihrer Mutlosigkeit, geben die Arbeiter ihr ihre Stimmen. Ihre Stunde hat geschlagen, sobald die Arbeiterklasse aus ihrer gegenwärtigen Lähmung erwacht.

Aus der Arbeiterbewegung

Massenauschlüsse in Kiel

Im Zuge der Bolschewisierung - lies: Zerstückelung - der KPD

wurden in Kiel außer dem Genossen Laßke noch eine Reihe weiterer Genossen ausgeschlossen. Trotz dieser Einschüchterungsversuche erlitt der Landesvorstand auf der Kieler Mitgliederversammlung eine schwere Niederlage. Daher haben die Bürokraten beschlossen, eine allgemeine Bühnenkontrolle durchzuführen. Jedes Mitglied muß sein Buch abgeben. Es wird geprüft, ob es „von den Parteifeinden um Laßke in die KPD eingeschmuggelt wurde“. Der Sinn ist klar: lieber keine Mitglieder haben, als selbständig denkende. - Diese blindwütigen Bürokraten sind die wirklichen Feinde der kommunistischen Bewegung, nicht die Ausgeschlossenen!

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 5

1. Märzhälfte 1950

Preis: -,20 DM

Die englischen Wahlen

Die englischen Parlamentswahlen haben, wie erwartet, der Labour Party eine knappe, absolute Mehrheit gebracht. Die Konservativen haben aufgeboten, was in ihrer Macht war. Die Liberalen sind auf 9 Sitze zusammengeschrumpft. Die Kommunisten verloren ihre beiden Sitze. Alle Dissidenten, die aus der Labour Party ausgeflohen oder ausgetreten waren, wurden nicht wiedergewählt. Es ging nur um die Frage: Soll die Politik der Labour Party fortgesetzt oder soll sie durch die Churchill-Politik abgelöst werden? Obwohl die Wahlversammlungen meist schwach besucht waren, waren die Wähler nicht teilnahmslos, das beweist die 85%ige Wahlbeteiligung. - Die Arbeiter wählten geschlossen Labour. (Fortsetzung Seite 16)

Stalin als Außenpolitiker

3. Teil (Schluß)

Stalin als Strategie in China

Stalin war als Strategie in China nicht fähiger als in Deutschland. Sun Yatfen, Gründer der Kuomintang und leitender Kopf der chinesischen Revolution von 1911, wandte sich nach all den Enttäuschungen mit den westeuropäischen und amerikanischen Demokratien der SU zu. Er blieb bis an sein Lebensende bürgerlicher Revolutionär, begriff aber, daß die chinesische Revolution nur von der SU wirkliche Hilfe erwarten konnte. Alle kapitalistischen Staaten hielten mit Nägeln und Zähnen an ihren imperialistischen Privilegien fest, die sie China abgepreßt hatten. Die SU verzichtete unter Lenins Führung auf alle Vorrechte und imperialistischen Forderungen des zaristischen Rußland. Das Festhalten an den Eisenbahnrechten in der Mandchurie seitens der SU war nicht im Widerspruch zu den Interessen des chinesischen Volkes, im Gegenteil entsprach ihnen. Der japanische Imperialismus hätte sie sofort annektiert. Die Chinesen waren außerstande, dies zu verhindern. Sun Yatfen beeinflusste die Kuomintang in sowjetfreundlichem Sinne. 1925/26 sammelten sich die Anhänger Sun Yatfens im Süden Chinas in Kanton, zu einem neuen Vorstoß gegen die reaktionären und konterrevolutionären Mächte im Norden. Sun Yatfen forderte von der SU militärische und politische Berater. Das Polbüro der KPSU sandte General Galen-Blücher mit einem Stab roter Offiziere nach Kanton. Sie organisierten dort die erste siegreiche chinesische Revolutionsarmee, die in raschem Vormarsch bis Schanghai vorstieß. Die russische militärische Ausbildung war eine große Hilfe für die Kantonarmer.

Anders verhielt es sich mit der Arbeit der politischen Ratgeber, die ebenfalls vom Polbüro der KPSU nach China geschickt worden waren. An ihrer Spitze stand der alte Bolschewik Borodin. Das Versagen der politischen Berater ist nicht persönlichen Mängeln Borodins und seiner Mitarbeiter zuzuschreiben, sondern Folge der falschen politischen Direktiven, die Stalin mit Bucharin

ausgearbeitet hatte, die vom Polbüro bestätigt und natürlich von der KI angenommen worden waren. Diese Direktiven beruhten auf einer völligen Verkennung der chinesischen Umstände und Klassenkräfte. Stalin bewies ein zweites Mal, daß er unfähig ist, außerrussische Lebensformen mittels der Methode des dialektischen Materialismus sich klar zu machen und aus der richtigen Erkenntnis der gegebenen ökonomischen und sozialen Verhältnisse eine richtige Strategie und Taktik für den revolutionären Kampf abzuleiten.

Die Frage: Was ist die chinesische Revolution? wurde nicht durch tiefdhürfende Unterfuchung der vorgefundenen Klassenlage und ihrer ökonomischen Triebkräfte zu beantworten verfuht, sondern nur oberflächlich mit der Lage Rußlands 1905 gleichgesetzt. Es ist der charakteristische Arbeitsstil von Stalin. Alle Zustände und Vorgänge in der Welt werden in eine oberflächliche Analogie zu ähnlich scheinenden Vorgängen und Zuständen in Rußland gebracht - und die russischen Erfahrungen und Methoden gedankenlos in andere Länder übertragen. Diese Beschränktheit im Denken ist einer der wichtigsten persönlichen Mängel Stalins. Daß sie sich international so verhängnisvoll auswirken, ist aber nur möglich, weil in der SU seit Lenins Tod keine stark genug wirkenden Kräfte mehr vorhanden sind, deren Gesichtskreis über die beschränkten Erfahrungen der politischen Praxis in der SU hinausreicht, und weil die kommunistischen Parteien, denen solche Aufträge erteilt werden, nicht reif genug sind, die Aufgaben, vor die sie in ihrem Land gestellt sind, selbständig besser zu erfassen und praktisch zu lösen.

Die Klassenkräfte in China waren ganz andere in den zwanziger Jahren als in Rußland 1905 oder 1917. - Das Bedürfnis zu nationaler Befreiung von imperialistischer Beherrschung und Ausbeutung war in allen Klassen vorhanden, aber es dämpfte keineswegs den tieferen Klassegegensatz, dessen Austragung durch die Fremdherrschaft nur getarnt und kompliziert wurde. Der Klassenspalt zwischen Generälen und Bauern, Handelskapital und Kulis war größer als der der räuberischen Generäle, der Handels- und Wucherkapitalisten zu den fremden Imperialisten, mit denen sie sich sofort verbündeten, wenn sie von ausgebeuteten Bauern oder Kulis bedroht wurden - obgleich sie natürlich die Profite lieber selbst eingesteckt hätten, die ihnen die Imperialisten wegnahmen.

Dies beachtete Stalin 1926/27 ebenfowenig, wie er es heute versteht, wenn er die „nationale Front“ zur Hauptkampflösung der KPD macht. Borodin hatte den Auftrag, die KPCh zu veranlassen, in die Kuomintang einzutreten und dort als linker Flügel im „Block der 4 Klassen“ zu wirken. Die KPCh folgte dem Rat, wie die KPD heute in Deutschland. Das chinesische Proletariat war nur in wenigen Hafenstädten konzentriert und setzte sich mit ganzer Kraft und Aufopferung ein; denn Klassenkrieg gegen den imperialistischen Ausbeuter und seine Quislinge war der richtige Anfang im Kampf für die eigene Befreiung. Die verelendeten Bauernmassen folgten dem Beispiel der Arbeiter, die sie aufriefen, organisierten und in den Kampf führten.

Das schuf zwangsläufig panischen Schrecken bei den Geldgebern und politisch Führenden der Kuomintang. Je mehr die Arbeiter und Bauern am Kampf gegen die reaktionären und konterrevolutionären Generäle teilnahmen, sie vernichtend schlugen, ihr geraubtes Land unter sich verteilten, Schulden und

Steuern nicht mehr bezahlen, die Arbeiter menschenwürdige Löhne fordern, desto mehr wandten Bourgeoisie und Generäle sich gegen diese „wilden Auswüchse“, d. h. gegen die Kommunisten, die keine selbständige Partei mehr hatten, weil sie dem Rat Stalins gefolgt waren. Je disziplinierter sie sich dem Krieg gegen Reaktion und Konterrevolution widmeten, Bauern und Arbeiter mobilisierten, desto näher rückte der Zeitpunkt, an dem Tschiangkaiſhek – der Nachfolger des verstorbenen Sun Yatſen – die Ausschließung der Kommunisten aus der Kuomintang, die blutige Niederwerfung der kämpfenden Arbeiter- und Bauernarmee teile, die Verabschiedung der russischen militärischen und politischen Ratgeber durchführte. Aller Verzicht auf eigene Klassenpolitik, alle Unterordnung unter die Kuomintang hatte nur die Arbeiter und armen Bauern getäuscht und geschwächt, nicht die Generäle und Compradors (Handelsbourgeoisie), die die Kuomintang beherrschten. Sie schlossen mit den reaktionären Generälen Frieden, gegen die sie eben noch Krieg geführt hatten, krochen weiter vor den fremden Imperialisten und führten jetzt Krieg gegen die Arbeiter und Bauern.

Beim Tode Sun Yatſens sandte Stalin dieses Telegramm an Tschiangkaiſhek:

„Das Zentralkomitee der KPSU glaubt, daß die Kuomintang das Banner Sun Yatſens hochhalten wird in dem großen Befreiungskampf vom Imperialismus, und daß sie ehrenvoll die Fahne zum vollen Sieg über den Imperialismus und seine Agenten in China tragen wird.“

Gegen dieses Telegramm und den Beschluß der Überführung der KPCh in die Kuomintang erhob sich in der KPSU und KI Widerspruch und Opposition. Das war 1926/27 immerhin noch möglich. Aber die öffentliche Diskussion blieb im scholastischen Wortgefecht stecken. Stalin und Bucharin erklärten sich die Lage Chinas ähnlich der von 1905 in Rußland: Die chinesische Revolution stehe vor der Aufgabe, ein geeintes, modernes China zu schaffen, nationale Unabhängigkeit und nicht Sozialismus zu erkämpfen, nicht die proletarische Diktatur zu errichten, sondern harmonisch mit Mittelklasse, Bauern und fortschrittlichen Generälen zusammenzuarbeiten. Die KP müsse in der Kuomintang strikte Disziplin halten. Die Kuomintang wurde eingeladen, ihre Vertreter in die KI zu entsenden. Tschiangkaiſhek wurde in der gesamten SU-Presse als der tadellose Führer des neugeborenen China gefeiert.

Auch Sinowjew und Kamenjew vertraten den Standpunkt: 1905. Aber sie klagten Stalin an, die Strategie der Menschewiki von 1905, statt die von Lenin anzuwenden. Lenin war mit den Menschewiki und allen Sachkennern 1905 der Meinung, daß in Rußland der Sturz des Zarismus erst die bürgerliche Revolution bedeute, denn die ökonomischen und gesellschaftlichen Vorbedingungen für den Sozialismus müßten erst nach dem Sturz des Zarismus geschaffen werden. Er bekämpfte aber aufs heftigste die Auffassung der Menschewiki, daß man der Bourgeoisie die Führung überlassen müsse. Er erklärte, die russische Bourgeoisie ist noch weniger als die deutsche 1848 fähig oder gewillt, eine gründliche bürgerliche Revolution zu machen, wie die französische Bourgeoisie 1789. Deshalb müsse die Führung das Proletariat und die Bauernklasse in der Form der Diktatur der Arbeiter und Bauern ausüben – eine marxistische Einschätzung der Lage in Rußland, die durch die Erfahrung vollkommen bestätigt worden ist. Dagegen erwies sich Stalins Beurteilung der Lage in China als vollkommen falsch.

In der Diskussion vertrat Trotski den Standpunkt, daß es sich in China nicht um 1905, sondern um 1917 handle – ein Standpunkt, der durch die 20jährige Erfahrung und den Sieg der Arbeiter- und Bauernarmee, geführt von der KPCh, ebenfalls als falsch erwiesen wurde. Das von Trotski gestellte unmittelbare Ziel, die Diktatur des Proletariats anzutreiben, ist vorläufig in der Form einer Arbeiter- und Bauernregierung realisiert worden, in der Kleinbürger und auch imperialistische Bourgeoisie noch eine Rolle spielen. Die KP hat die Führung fest in der Hand. Sie kann aber die infolge der rückständigen ökonomischen und gesellschaftlichen Ausgangsbasis notwendigen Etappen nicht überspringen, sondern muß durch feste Zügelführung und Kompromisse, bei denen sie führt, die Ausgangsbasis zu ändern versuchen und erst eine ökonomische Grundlage für die sozialistische Gesellschaft schaffen.

Während die Diskussion über den Charakter der chinesischen Revolution in der KPSU und in der KI in den engen scholastischen Formen russischer Erfahrungen geführt wurde, der Führungsanspruch der KPSU sich dank der Schwäche und Unerfahrenheit der jüngeren chinesischen KP durchsetzte, sehr zu ihrem Schaden, und den chinesischen Werktätigen große Opfer auferlegte, hat die KPCh gelernt und das Gelernte auch in die Praxis umgesetzt. Dabei kam der KPCh zugute, daß sich die KPSU und Stalin nach der großen Blamage und Niederlage 1926/27 fast gar nicht mehr um sie kümmerte. Sie konnte sich ziemlich ungestört von Stalins Eingriffen entwickeln.

Die japanische Bedrohung war eine Ursache zur Hände-weg-von-China-Kampagne. Die europäischen Ereignisse nahmen das Hauptinteresse der SU-Politiker in Anspruch. Bis in die letzte Periode hat Stalin Tschiangkaifek wie ein rohes Ei behandelt. Erst als die KPCh unter Mao Tse-tung dieses rohe Ei zerbröckeln hat, macht Stalin keine schlechten Witze mehr über die chinesischen Kommunisten, die nach seinen Worten „gar keine sind“, sondern verhandelt sehr ernsthaft mit ihnen. Die chinesische Revolution macht nicht nur imperialistische Staatsmänner umlernen, sondern sogar den nach der Legende weisesten der Weisen: Stalin.

SED-Kampagne gegen die bürgerlichen Parteien

Genauer gesagt richten sich die letzten Maßnahmen der SED gegen jene Elemente in den bürgerlichen Parteien, die der Befassungspolitik Widerstand entgegensetzen. Der gegebene Anlaß ist die Einheitslistenwahl im Oktober 1950.

Die Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) machte eine Reihe von Zugeständnissen an die bürgerlichen Parteien notwendig. Sie erhielten die Mehrheit in der Regierung und die Zusage, daß „nationalbewußte“ Teile des Bürgertums stärker als bisher in den Staatsapparat eingebaut würden. Aber erst das Versprechen, baldmöglichst Wahlen nachzuholen, bestimmte die Leitungen der CDU und LDP, die bei der Gründung der „Republik“ angewandten juristischen Kunstgriffe anzuerkennen und bei der nach Stalin „historischen Wende“ mitzumachen. Seitdem versucht man, die rebellierende Mitgliedschaft der bürgerlichen Parteien mehr oder weniger offen damit zu trösten, daß man es der SED bei den kommenden Wahlen „zeigen“ werde.

Wahlen sind notwendig, wenn das von der Befatzungsmacht in Erfüllung der Potsdamer Befchlüsse kunstvoll aufgebaute System von Gemeinde-, Kreis- und Länderparlamenten, zu dem nun noch Provisorische Volks- und Länderkammer getreten sind, zur vollendeten Farce werden soll. Als Folge der verschiedenen Kampagnen gegen „reaktionäre, undemokratische Volksfeinde“ und Korruptionserkheinungen sind die feinerzeit aufgestellten Fraktionslisten verbraucht. Man muß bereits kooptieren. Auch die auf Druck der SED in die Parlamente aufgenommenen Parteien: Nationaldemokratische und Bauernpartei, Schöpfungen der Befatzungsmacht und als Auffang- und Erfatzparteien für LDP und CDU gedacht, bedürfen der Bestätigung durch eine Wahl. Diese Parteien werden allerdings nicht mehr dazu kommen, ihren tatsächlichen Einfluß in der Bevölkerung festzustellen. Da die SED sich Listenwahlen auf Grund der Stimmung in der Bevölkerung nicht leisten kann, verkündete Pieck bei Jahresbeginn die Einheitslistenwahl im Zeichen der Nationalen Front. Die bürgerlichen Parteien waren wieder einmal betrogen. Jetzt trat der Widerstand jener bürgerlichen Politiker offener zutage, die noch bürgerliche Klasseninteressen vertreten wollen, getrieben und unterstützt von einer tiefen Unzufriedenheit ihrer Mitgliedschaft. Der Zeitpunkt für die Kampagne zur „Festigung der Blockpolitik und Stärkung der Nationalen Front“ war gekommen.

Man packte das in den Schubladen der SED-Büros gefammelte Material aus und entlarvte die eben noch als Stützen der DDR gepriesenen CDU- und LDP-Politiker als Feinde der SU, der antifaschistischen-demokratischen Ordnung, als Agenten der anglo-amerikanischen Imperialisten usw. Allen Argumenten ist die Nationale-Front-Terminologie gemeinsam, die den Klassendcharakter der Auseinandersetzungen verschleiert, damit das Verständnis der Arbeiter erschwert und diese den Klassenfeinden in die Arme treibt.

Die Arbeiter nehmen herzlich wenig Anteil am Kampf der Parteibürokratie, der sich mehr in den oberen Regionen abspielt. Daran ändern auch die nach bewährtem Muster organisierten Proteste der Betriebsbelegchaften nichts. Wirkliche Klassenkräfte stehen nicht hinter der SED-Kampagne: Nach wie vor, wenn auch weniger deutlich erkennbar, muß die Befatzungsmacht mit ihren Mitteln und Methoden Aufgaben der deutschen Arbeiter übernehmen.

Der in der sowjetischen Zone vollzogene Umsturz kann Ausgangspunkt einer sozialistischen Entwicklung werden. Voraussetzung dafür ist, daß sich die deutschen Arbeiter gegenüber der sowjetischen Befatzungsmacht politische Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung erkämpfen. Damit sind DDR und die den Arbeitern der Sowjetzone aufgezwungene Karikatur einer bürgerlichen Demokratie überflüssig. Dann tritt an ihre Stelle eine echte, proletarische Demokratie, die proletarische Diktatur, für die objektiv gesehen in der Sowjetzone alle Voraussetzungen vorhanden sind und zu der die besten Kräfte der Arbeiterklasse drängen.

Wirkliche Kommunisten werden den zum Abtreten gezwungenen bürgerlichen Politikern keine Hilfestellung leisten. Dagegen werden sie unter Ausnutzung der engen Möglichkeiten legalen Auftretens den Arbeitern den Klassendcharakter der Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien enthüllen und die Nationale Front als das darstellen, was sie ist: ein Hemmnis für die Entwicklung der proletarischen Klassenkräfte.

Der Verlag Arbeiterpolitik sucht:

1. Taktik und Organisation der revolutionären Offensive: Die Lehren der Märzaktion. Verlag der VKPD, Berlin 1921
2. Der Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler vor dem außerordentlichen Gericht am 6. Juni 1921 in Berlin. Berlin 1921

Leser der ARPO, die im Besitze dieser Broschüren sind, werden gebeten, sie dem Verlag zum Kauf anzubieten oder leihweise zur Verfügung zu stellen.

Gewerkschaftswahlen in der Ostzone

Die Wahlen begannen im Dezember

1949, werden abschnittsweise bis Oktober 1950 durchgeführt und mit der Neuwahl des Bundesvorstandes des FDGB abgeschlossen. Sie dienen der politischen Mobilisierung der Arbeiterklasse im Zeichen der Nationalen Front und der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft, bereiten also die Wahlen im Oktober 1950 vor und bezwecken die Qualifizierung und Verbreiterung des Funktionärkörpers. Die zentrale Losung der Wahlen wurde auf der Kottbuser Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB aufgestellt: Durch zielklare, starke Gewerkschaften zu neuen Erfolgen, zu Einheit u. Frieden!

In den volkseigenen Großbetrieben soll die Gewerkschaftsarbeit durch die Wahl von Abteilungsgewerkschaftsleitungen und Vertrauensleuten unter verstärkter Heranziehung von Aktivistinnen, Frauen und Jugendlichen verbreitert und aktiviert werden. Weitere wichtige Ziele sind die Herausbildung wirklich arbeitender Ortsvorstände der Industriegewerkschaften und solcher Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in den Privatbetrieben, die die gewerkschaftliche Losung der „Mitbestimmung und Kontrolle“ verwirklichen. Die Wahlen werden verknüpft mit der Diskussion der wichtigsten gewerkschaftlichen Aufgaben: vorfristige Planerfüllung, Qualitätsverbesserung, Stärkung der Wettbewerbs- und Aktivistinnenbewegung, Durchführung von Produktionsberatungen, Entwicklung der Kulturarbeit, Sicherung des Arbeitsschutzes usw.

Der Abschluß des ersten Wahlabschnittes, Wahl der BGL in den volkseigenen Betrieben, ist Anlaß, die wichtigsten Erfahrungen aufzuführen:

Erstmalig ist die SED nach einem festen Plan bei einer Gewerkschaftskampagne in Erscheinung getreten. Bis Ende 1948 kümmerte sich die SED fast gar nicht um die Gewerkschaften. Sie war durch innere Machtkämpfe vollauf in Anspruch genommen. Einig waren sich die beiden Lager der „Einheitspartei“ nur dann, wenn es galt, die Schuld für das eigene Verfallen auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Mit der Zurückdrängung der Reformisten und der Proklamation der „Partei neuen Typus“ traten starke Tendenzen des Kommandierens auf. Da man mit Gewerkschaften als Befehlsempfänger der Partei nicht die Massen mobilisieren kann, versucht man nunmehr, in der Partei Klarheit in der Gewerkschaftsfrage zu schaffen. Den Wahlen gingen Parteifunktionärkonferenzen voraus, auf denen über Rolle der Partei und der Gewerkschaften und die Aufgaben der Partei bei den Wahlen diskutiert wurde.

Die starke Einflußnahme der SED bei den Wahlen ist unverkennbar. In der Praxis erstreckte sie sich allerdings weniger auf die Diskussion der gewerkschaftlichen Aufgaben und die Unterstützung bei deren Lösung, als auf die

Aufstellung der Kandidaten. Das Aushandeln der Kandidaten war zumeist der Hauptpunkt in den Sitzungen der SED-Betriebsgruppen, was bedeutet, daß sie sich um die Lösung der oft unpopulären Aufgaben, die Partei- und Gewerkschaftsführung stellen, herumdrücken. Nicht selten wurden reine SED-Listen aufgestellt. Ursache dieser von der SED als sektiererisch kritisierten Erscheinung ist das in den meisten Betrieben vorherrschende Durcheinander von Partei- und Gewerkschaftsarbeit, die mangelhafte Abgrenzung der Aufgaben und die Rivalität zwischen den Funktionären. Hinzu kommt, daß in zahlreichen Betrieben, besonders in SAG-, aber auch in volkseigenen Betrieben, die Betriebsleitungen als dritter Faktor auftreten und die BGL als verlängerten Arm bei der Erfüllung ihrer Aufgaben betrachten und einsetzen.

Bislang wurde die Gewerkschaftsarbeit in den volkseigenen Großbetrieben von wenigen, zumeist freigestellten Funktionären geleistet. Durch die Wahl von Abteilungsgewerkschaftsleitungen und Vertrauensleuten soll die ehrenamtliche Arbeit und damit die Initiative der Belegschaften entwickelt werden. Hiergegen gibt es Widerstände sowohl der betrieblichen Gewerkschaftsbürokratie wie auch der vorgesehenen Kandidaten. Fürchten die Bürokraten für ihre Machtbefugnisse des „Mitbestimmungsrechtes“, so ist es bei den Kandidaten Angst vor dem Verdienstaufschlag (Arbeitsausfall durch Funktionäertätigkeit wird nur im Grundlohn bezahlt) und Mißtrauen gegen die Linie.

Das Schicksal der Betriebsräte, denen bereits bei den letzten BGL-Wahlen durch Einbau der genehmen Vertreter in die BGL der Garaus gemacht wurde, ist nunmehr besiegelt. Sie sind kampflos untergegangen.

Partei und Gewerkschaften zeigen sich über den Inhalt der Jahresberichte der BGL befriedigt. Beschränkten sich die BGL bisher auf die Schilderung der sozialen Seite ihrer Tätigkeit, so ist es jetzt als Erfolg angestrebter Instrukteurtätigkeit und sonstiger „Anleitung“ (z. B. Vorexerzieren einer Musterberichterstattung) zu werten, daß die Jahresberichte den gewünschten politischen Abschnitt enthalten und auf die neuen Aufgaben eingehen.

Die Diskussion ist spärlich, das Interesse der Arbeiter denkbar schwach. Versammlungen nach der Arbeitszeit werden schwach besucht und vorzeitig verlassen. Mit Phrasen über die Nationale Front und Freundschaftserklärungen zur SU wissen die Belegschaften nichts anzufangen. Die Arbeiter sprechen höchstens zu Themen, die ihre Lebenshaltung unmittelbar betreffen (Bezugscheinverteilung, Arbeitsschutzkleidung usw.). Einstimmige Annahme der Jahresberichte, Arbeitsprogramme und der hinter den Kulissen ausgehandelten Kandidaten ist üblich. Selten machen Belegschaften eigene Vorschläge.

Hier und da regen sich Kräfte, die sich nicht mit dem bestehenden Zustand politischer und wirtschaftlicher Entmachtung abfinden. In einem volkseigenen Großbetrieb Ostthüringens trat ein Diskussionsredner auf, der unter der stürmischen Zustimmung der Belegschaft den Jahresbericht der BGL einer scharfen Kritik unterzog. Totes Zahlenmaterial vorzutragen genüge nicht, die Belegschaft wolle wissen, ob ihr Betrieb rentabel arbeite, was mit den Überschüssen geschehe, wie die Produktion verwandt werde usw. Der BGL-Vorsitzende konnte nur entgegnen, daß es verboten sei, derartige Angaben zu machen. Der Kritiker hatte den in allen Betrieben schwächsten Punkt der Berichterstattung angerührt: die Verteilung der Produktion.

Bezeichnend für die in den Betrieben herrschende Lethargie ist, daß die vom Parteivorstand der SED im Verlauf der BGL-Wahlen herausgegebene Lobung „Erfüllung des Zweijahresplans bis zum 3. Parteitag am 20. Juli“ (eigentlicher Termin: 31. Dezember) überhaupt nicht aufgegriffen wurde, so daß nach bewährtem Muster erst wieder Beispiele der „begeisterten“ Aufnahme dieses Beschlusses organisiert werden mußten, wieder ohne den gewünschten Erfolg.

Die Lobung „Wählt Aktivistin, Frauen, Jugendliche“ stößt besonders in bezug auf die Jugendlichen auf Widerstand. Zweifellos begegnet die FDJ in den Betrieben großem Mißtrauen. Sie erhielt im Vertrauen auf die Begeisterungsfähigkeit und Unbedenkenhaftigkeit der Jugend eine führende Rolle und viel Vorfußlorbeeren. Wohl ist sie in der Lage, bei Ulbricht-Verfammlungen stürmische Begeisterung, Fanfarengetöse und Fahneneinmärsche zu organisieren, bei der Lösung praktischer Produktionsaufgaben verfliegt der Rauch jedoch recht rasch. So wurde am 13. Oktober, dem Tag der Aktivistin, ein enttäuschend kleiner Prozentsatz Jungaktivisten ausgezeichnet. Alle von der FDJ organisierten Aktionen, wie Berufswettkampf, Jugendaktivs, bleiben Papier. Weder sie noch SED noch FDGB sind in der Lage, wirkliche Kräfte zu mobilisieren.

Die Zahl der wegen angeblich formeller Verstöße wiederholten Wahlhandlungen ist die bisher höchste. Hier zeigt sich, wie fest Partei- und Gewerkschaften den Ablauf der Wahlen in der Hand haben. Laufen die Dinge nicht nach ihrem Willen, so werden die Wahlen noch einmal exerziert.

Vereinzelt haben die bürgerlichen Parteien Versuche unternommen, mit Hilfe gemeinsamer Betriebsgruppenverfammlungen, besonders in den Verwaltungen, Einfluß auf die Wahlen zu gewinnen, meist ohne Erfolg. Ihr Kandidatenteil ist gegenüber dem stark angelegenen SED-Anteil ohne jede Bedeutung. - Zusammenfassend kann gesagt werden:

1. SED- und Gewerkschaftsbürokratie haben den Ablauf der Wahlen und damit die Arbeiterklasse fest in der Hand. Die Betriebsräte sind tot.
2. Die Wahlen nehmen einen formal-organisatorischen Verlauf. Die Teilnahme der Arbeiter an den Wahlen ist gering. Sie sind nicht davon überzeugt, daß sie mit den Wahlen über ihr eigenes Schicksal entscheiden.
3. Die Verteidigung ihrer Interessen geht nicht hinaus über eng begrenzte, wirtschaftliche Forderungen, die sich in dem von der Bürokratie gezogenen Rahmen bewegen.
4. Vereinzelt regen sich Kräfte, die versuchen, diesen Rahmen zu sprengen und die Interessen der Arbeiter unter den neuen politischen, ökonomischen, kulturellen Bedingungen aufzuzeigen und durchzusetzen. Sie finden die starke Beachtung und Zustimmung der Arbeiter.
5. Auch durch die Wahlen wird nicht der Widerspruch gelöst werden, der zwischen der Passivität der Arbeiterklasse auf der einen und der Fülle der zu lösenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Aufgaben auf der anderen Seite besteht. Deshalb muß die Bürokratie der Sowjetzone ihren Druck auf die Arbeiterklasse weiter verstärken, was sicher nicht geeignet ist, die Arbeiterklasse zu gewinnen. Dieser Kreis kann nur durchbrochen werden, indem die Arbeiter der Sowjetzone sich politische Bewegungsfreiheit erkämpfen.

Auf dem Wege zur „Partei neuen Typus“ „Unsere Partei ist im Grunde genommen gesund,“ sagte Reimann auf der 14. Parteivorstandssitzung. Aber die Zustände, die sein Kollege Sperling enthüllte, strafen ihn Lügen. Deutlich zeigt sich, wie die KPD-Führung mit ihrer Politik die Partei heruntergewirtschaftet hat. Bestenfalls 20-30% der Mitglieder besuchten die Mitgliederversammlungen. Bezeichnenderweise steht es um die Betriebsarbeit noch schlimmer. Die Hälfte der Parteimitgliedschaft des Ruhrgebiets besteht aus Betriebsarbeitern. Davon ist 1/5 in Betriebsgruppen zusammengefaßt. Es sind also nur 10% der Ruhrkommunisten betrieblich organisiert; selbst die sind nur zum Teil aktionsfähig bzw. -willig. Wo, wie z. B. in Duisburg, überhaupt Betriebsgruppenversammlungen zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen abgehalten wurden, kamen nur etwa 1/3 der Mitglieder zusammen. Sperling bezeichnet selbst anhand des niederschmetternden Zahlenmaterials die „gesunde“ Partei als Wahlverein, der eine Nachtrabpolitik betreibt. Über die Rolle der KPD-Zelle im Betrieb sagte er:

„Viele unserer Leute wenden sich bei der Durchführung von Aktionen nicht an die Leitungen ihrer Betriebsgruppen, sondern sie wenden sich direkt an die Betriebsräte, an Gewerkschaftsfunktionäre. Eine solche Praxis führt dazu, die Entwicklung arbeitsfähiger Leitungen in den Betriebsgruppen zu hemmen. Eine solche Praxis führt faktisch zur Ausschaltung unserer Parteiorganisation in den Betrieben oder aber verhindert den Aufbau von Betriebsgruppen.“

Die KPD, die die reformistische Mitbestimmungspolitik mitmacht und jede organisierte kommunistische Fraktionsarbeit ablehnt, entzieht daher ihren Betriebsgruppen den Aktionsboden, so daß ihnen nichts anderes übrig bleibt als einzuschlafen.

Aber nicht nur im Betrieb zeigt sich der passive Widerstand der Mitglieder gegen die Parteilinie. Nach Sperling ist das Verhältnis zu Stalin der Prüfstein für die Treue und Überzeugung des Kommunisten. Die Mitgliedschaft bewies anlässlich der Stalinfeiern, daß sich Stalin ihrer ganz besonderen Zuneigung erfreut: „Vom Argument, daß man aus finanziellen Gründen nichts tun könne, über die Behauptung, daß es sich bei diesen Feiern um das Treiben eines Personenkultes handle, bis zu Fällen ganz offener feindlicher Argumentation ist aber auch alles zu finden.“ Bei der Durchführung der Bildungsabende in Hamburg mit dem Thema: „Das Leben und der Kampf des Genossen Stalin“ war das „Ergebnis der Bildungsabende bedeutend schlechter als im Vormonat, und fast die Hälfte der Grundeinheiten wurden gar nicht erfaßt“. Im gesamten mittleren Ruhrgebiet mit 800000 Einwohnern und 11500 Parteimitgliedern, nahmen nur 300 Genossen an einer einzigen, in einem ungeheizten Bodumer Saal organisierten, Stalingeburtstagsfeier teil. Das will aber nicht heißen, daß die Parteigenossen politisch uninteressiert sind. In einem Kreis des Ruhrgebiets wurden 119 Funktionäre gefragt: Wer erhält Titomaterial? Von 25 die bejahten, gaben 20 zu, es gelesen zu haben. Von den 119 hatten aber nur 15 (!) die Parteivorstandsentschließung gelesen.

Die von Sperling dargelegte innere Mordlichkeit der KPD unter den der kommunistischen Bewegung denkbar günstigen objektiven Bedingungen beweist erneut den alten Satz: Organisatorische Fragen sind politische Fragen! Die

äußersten organisatorischen Absichten sind nicht in die Tat umzusetzen, wenn der politische Gehalt fehlt, dem sie Gestalt verleihen sollen. Was den kommunistischen Arbeiter im Betrieb aktionsunfähig macht, ist die Kluft zwischen wirklich kommunistischer Politik, die von den Klassenbedürfnissen des deutschen Proletariats auszugehen hat, und der tatsächlichen KPD-Politik, die eine blinde und ausschließliche Verteidigung jeder Maßnahme der SU-Politik ist.

Das gilt auch für die anderen kommunistischen Parteien Westeuropas. Doch sind die Verhältnisse dort jeweils besonders gelagert. England und Frankreich sind Siegermächte. Italien ist aus dem Krieg ohne Einbuße seiner nationalen Souveränität hervorgegangen. Die kommunistischen Parteien dieser Länder nehmen an der Friedensoffensive der SU mit dem Ziel einer Verständigung der SU und der USA teil. Diesem Kampf um den Frieden fehlt die wuchtige Schlagkraft der Demonstrationen der alten Vorkriegssozialdemokratie, die eine besondere Form des proletarischen Klassenkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft waren. Die Friedensdemonstrationen der westeuropäischen kommunistischen Parteien haben nicht den revolutionären Sturz der eigenen Bourgeoisien zum Zweck, sondern die Verhinderung der Einreihung dieser Länder in die amerikanische Aufmarschfront. Man nehme nur die Generalparole der KPF: „Demokratische Regierung“ oder anders gesagt: Koalition der KPF mit bürgerlichen Parteien im imperialistischen bürgerlich-demokratischen Staat. In den meisten Ländern Westeuropas bestanden solche Koalitionen nach 1945. Ohne viel Federlesen zu machen, verrieten die KP-Minister die Klasseninteressen der eigenen Werktätigen, um in bürgerlichen Regierungen die Außenpolitik im russischen Sinne zu beeinflussen. Die gegenwärtige Friedensoffensive hat kein anderes Ziel. Sie kann in Frankreich und Italien Massen auf die Beine bringen, weil die Werktätigen dort nicht unmittelbare Opfer des Potsdamer Abkommens sind. Anders in Deutschland. Hier bedeutet der „Kampf für den Frieden“ nichts weniger als die Verewigung der Besatzungsdiktatur, deren Hauptkosten von der eigenen Bourgeoisie dem Proletariat aufgebürdet werden. Wer das will, kann keine Massen in Bewegung setzen. Das fühlen die Führer der KPSU sehr genau. In den Siegerländern können sie sich die alten kommunistischen Kader dienstbar machen, in Deutschland können sie es nicht. Hier versuchen sie mit der Nationalen Front eine Art Nationalbolshewismus in Szene zu setzen, der den leeren Platz ausfüllen soll, an dem einst die KPD stand. Sie vergessen, daß nationalbolshewistische Strömungen nach dem 1. Weltkrieg um sich greifen konnten, weil die konsequente internationalistische Außenpolitik der jungen SU vom Versailler Vertrag nichts wissen wollte und so zeretzend ins bürgerliche Lager eindrang. Voraussetzung war eine zielbewußte, aktionsfähige kommunistische Partei. Für den revolutionären proletarischen Klassenkampf ist nationalbolshewistischer Geist im Lager der Bourgeoisie vorteilhaft und wünschenswert, denn er schwächt die konterrevolutionäre Schlagkraft der dem Proletariat feindlichen Klasse. Heute aber züchtet die Propaganda der patriotisch-unternehmerfreundlichen Nationalen Front nationalbolshewistischen Geist im Lager der Arbeiterklasse und wirkt da demoralisierend und desorganisierend.

In diesem Zusammenhang müssen die organisatorischen Vorgänge in der KPD betrachtet werden. Den deutschen Kommunisten wurde vor und nach 1933 hundertfach das politische und moralische Rückgrat gebrochen. Es ist unmöglich

sie für eine Sache zu begeistern und einzusetzen, die dem Klassenbedürfnis der deutschen Arbeiter ins Gesicht schlägt. Was die russische Parteiführung in Deutschland will, hat nichts mehr mit einer kommunistischen Partei zu tun. Sie hat den Glauben an die revolutionäre Vorhut verloren, die in eigener Arbeit auf dem Boden der innerparteilichen Demokratie die Grundätze des Kommunismus auf Deutschland anwendet. Was sie wünscht, ist die „Partei neuen Typus“, ein blind ergebener, militärisch organisierter Stoßtrupp, der keinen eigenen politischen Verstand hat, sondern unbedacht von den Erfahrungen und Erkenntnissen der kommunistischen Bewegung sein muß. Er wäre natürlich unfähig, die Mehrheit der deutschen Arbeiter zu gewinnen. Seine Aufgaben liegen in der Durchführung kleiner begrenzter Aktionen, vielleicht bewaffneter Zusammenstöße mit der Polizei, kurz der Anbahnung einer Putztaktik. Anätze dazu hatten wir bereits 1931 als der RFB den Reichsbannerleuten den Schädel einflug, zur ungeteilten Freude der SA, die bald beide kassierte.

Ein Drittel der KPD-Mitglieder war schon vor 1933 in der Partei. Aus ihnen bildet sich fast ausschließlich der Funktionär- und Leitungskörper. Sie sind das Hindernis, das auf dem Weg zur Partei neuen Typus weggeräumt werden muß. Das Rauschmeißen hat bereits Formen angenommen, die an die schönsten Zeiten von 1929/30 erinnern. Zur „Neuwahl“ der Parteileitungen hat Sperling recht unzweideutige Richtlinien erlassen, wonach nur Mitglieder gewählt werden sollen, die erstens bewiesen haben, daß sie für die Durchsetzung der Parteilinie kämpften und „Agenten“ d. h. Oppositionelle entlarvten, zweitens ohne Schwanken zur SU, den Volksdemokratien (d. h. Oder-Neiße-Grenze) und der Ostzonenregierung stehen.

Das Schwergewicht der Aktion liegt im Ersatz der alten Genossen durch Jugendliche. Sie haben den Vorzug, „unverbraucht und kühn“ zu sein! Weniger gesprochen wird von einem anderen „Vorzug“, nämlich dem, daß sie von der deutschen Arbeiterbewegung von vor 1945 und dem Kommunismus überhaupt keine Ahnung haben. Infolgedessen nimmt man an, daß sie ohne größere Bauchschmerzen die obrigkeitlichen Anweisungen durchführen werden.

Das wird vielleicht bei vielen der Fall sein, die aus von keiner Sachkenntnis getriebenem Idealismus oder wegen Karriereausichten mitmachen. Daß sie aber die Arbeiter von der Richtigkeit der KPD-Politik überzeugen könnten, glauben die Instanzen selber nicht. - Das Resultat der Bolschewisierung, Auflage 1950, wird die Zerfällung der letzten aktionsfähigen Reste der KPD sein. Hier muß unsere Gruppe eingreifen, um zu retten, was aus der offiziellen Knodienmühle dem Kommunismus noch erhaltbar ist.

Solinger Arbeiterbrief Die Arbeiterbewegung hat in Solingen eine hundertjährige Geschichte. Bereits 1848 traten hier in Verbindung mit Wuppertal und Remscheid revolutionäre Arbeiter in Aktion. In der modernen sozialistischen Bewegung steht Solingen auf dem linken Flügel. Nach der Überwindung des Zentrismus (USP) beherrschte mit der kommunistischen Gewerkschaftstaktik der KPD nach dem ersten Weltkrieg die KPD die Solinger Arbeiterbewegung. Die SP trat - extrem reformistisch - nur noch als Mauerblümchen auf und mußte diese Rolle spielen, bis in den Jahren 1928-29 der „revolutionäre“ Gewerkschaftskurs der Thälmann-Führung die sozialdemokratische Mühle wieder in Bewegung setzte.

Seitdem wurde in Solingen die revolutionäre Arbeiterbewegung sowohl von „links“ als auch von rechts systematisch zerstört; das Dritte Reich fand auch hier eine dezimierte Arbeiterbewegung.

Bei den Wahlen war bis 1933 ein starkes Übergewicht der kommunistischen Stimmen zu verzeichnen. Aber die Unfähigkeit der KPD vor 1933 und nach 1945, wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben, hat der guten Tradition der Solinger Arbeiter ein Ende gesetzt: Die SPD konnte bei den letzten Wahlen die KPD schlagen.

Gewerkschaftlich stand Solingen mit an der Spitze der organisierten Arbeiter. Besonders der unter Führung unserer Genossen stehende Metallarbeiterverband erkämpfte Lohn- und Arbeitsbedingungen, die neben Berlin und anderen Orten für ganz Deutschland beispielhaft waren, bis 1928/29 die Leute um Hahnenfurth und Kuli im Auftrage der KPD den roten Verband ins Leben riefen. Damit besiegelten sie das Schicksal der revolutionären Gewerkschaftspolitik in Solingen. Heute sind diese Leute zu Bürokraten geworden, die ebenso wie ihre Kollegen von der reformistischen und christlichen Fakultät den Arbeitern die Mitbestimmungsthefen eintrichtern.

Was diese Leute seit 1945 als „Erfolg“ buchen können, sind einige Betriebsvereinbarungen. Aber in diesen fünf Jahren kam es zu keinen wirtschaftlichen Kämpfen. Das gewerkschaftliche Leben ist so abgestumpft, daß die Branchenversammlungen nicht mehr besucht werden und selbst die Ortsvorstände der Verbände mangels Masse nicht immer tagen können. Die Teilnahmslosigkeit führt dazu, daß die Beiträge katastrophal im Rückstand sind, so daß das Sekretariat Hilfskräfte entlassen mußte. Die Ortskassen sind leer. In den Betrieben herrscht Katzenjammer. Daran ändert auch nichts, wenn im Metallbetrieb C. A. Schlemper sich die Arbeiter unter Hinzuziehung aller Parteien zu einer Aussprache fanden. Solche Aussprachen sind gewiß kein Fehler. Aber viel wichtiger ist es, die Arbeiter zum Widerstand gegen den allseitig in Erscheinung tretenden Lohndruck zu mobilisieren. Hier sehen wir aber, daß die Stellungen nicht immer behauptet werden. So sind bei den Heimarbeitern der Solinger Stahlwarenindustrie zwischen Gewerkschaften und Unternehmern Lohnabzüge bis zu 25% vereinbart worden, ohne daß es zu Kampfhandlungen kam. Und all das, obwohl in der IG Metall in Solingen sogenannte Kommunisten die führenden Funktionäre sind.

Der Währungschnitt der Kapitalisten

Nach Continental-Gummi, Klöcknerkonzern u. a. hat auch Karstadt das Aktienkapital von 60 Mill. Mark im Verhältnis 1 : 1 umgestellt. Für das halbe Jahr 1948 bleibt nach allen Rücklagen noch ein Gewinn. - Noch besser geht's bei Torpedo AG., Frankfurt/M. Nach der gleichen Umstellung verteilt sie 6% Dividende und Gratisaktien an ihre Aktionäre. Sie haben an uns den Schnitt gemacht.

Kapitalistische Planung

Die Gemüseanbaufläche wird im Bundesgebiet dieses Jahr um 32% auf 87000 ha verringert. Eine besonders starke Einschränkung erfahren die Grobgemüsekulturen, in denen das Angebot so klein ist, daß die Preise gegenüber dem Vorjahr kräftig anstiegen. So erhöhten sich Weißkohl und Meerrettich im Preise um bis zu 100%, Möhren um bis zu 80%, Zwiebeln um bis zu 60%.

Kein Anlaß zur Beforgnis“ sagte unser Gewerkschaftskollege und Arbeitsminister

Stichtag	Erwerbslofen- zahl
15. 12. 49	1498851
31. 12. 49	1558469
15. 1. 50	1783000
31. 1. 50	1897700
15. 2. 50	2018303

Storch vor einigen Wochen über das Wachsen der Erwerbslosigkeit. Denn die Profite steigen, wenn auch die Proleten entlassen werden. Die nebenstehende Entwicklungsreihe zeigt den Anfang der dritten Million offiziell zugegebener Erwerbslofer an. Trotz des milden Winters eine wüdentliche Erhöhung um rund 100000! Die ständig wachsende Erwerbslofenzahl in Westberlin (z.Z. über 300000) ist nicht mit eingerechnet. - Zur Zeit der Währungsreform hatte die Erwerbslofenzahl 701000 betragen.

Der englische Reformismus als Arzt

am Krankenbett seines Kapitalismus

Anfang November berichtete die NZZ über eine Rede Attlees:

„Während bisher die Mahnungen, mehr zu produzieren herunterpraffelten, ohne

daß der Einzelne sich davon bemühen lassen mußte, wird jetzt eine neue Antriebsmethode angewandt, die an das russische System erinnert. Es werden nämlich Firmen und Industriezweige beim Namen genannt, die sich bei der Exportoffensive und der Produktionssteigerung ausgezeichnet haben.“

Die Belegschaft einer Glasfabrik in Lancashire habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, eine Extraschicht einzulegen, um für den Export zu produzieren. Eine Papierfabrik in Südwest Wales habe die Arbeitszeit erhöht, um 25% mehr zu leisten. Das Labourorgan „Daily Herald“ stellt in großer Aufmachung solche Beispiele als „Ehrenliste“ zusammen und bringt sogar Fotografien von Arbeitern, die sich besonders ausgezeichnet haben. Der NZZ fiel es auf, daß konservative und liberale Zeitungen in dieselbe Kerbe schlagen und der Regierung helfen, soweit das nur irgend möglich ist.“

Wenn es also um die Rettung der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft geht, sind Labouristen, Konservative und Liberale begeisterte Anhänger der russischen Stachanow- und Hennekemethoden, über die sie bisher Krokodilstränen geheult oder blutige Witze gerissen haben. Aber damit nicht genug. Wie die NZZ weiter aus London berichtet, hat Bevin am 21. Dezember in einer „großen Konferenz hinter geschlossenen Türen vertraulich zu den Vertretern von über fünfzig Arbeitgeberverbänden“ gesprochen. - Worüber?

„Der Hauptakzent der Erklärung Bevins lag vielleicht in der Bitte an die Unternehmer, auch ihrerseits nicht nur durch die Stabilhaltung der Dividenden, sondern auch durch Festigkeit der Arbeiterschaft gegenüber zur Verhütung des Zusammenbruchs der Lohnstabilisierung mitzuwirken. Eine solche Bitte aus dem Munde eines sozialistischen Ministers mag sich seltsam ausnehmen. Sie berührte indessen zweifellos einen Aspekt des Stabilisierungssystems - das Übel von Lohnüberbietungen zur Anziehung neuer Arbeitskräfte - dem bisher vielleicht nicht immer die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wurde.“

Den Kommentar zu der ungeheuerlichen Tatsache, daß ein sogenannter Sozialist, den die Arbeiter doch wohl zur Vertretung ihrer Interessen gewählt haben, die Unternehmer „bittet“ niedrige Löhne zu zahlen, wird sich jeder denkende Arbeiter selbst machen können, auch wenn die Organe des DGB (die „Welt der Arbeit“ usw.) über solche blamablen Dinge schweigen sollten.

Soziale Marktwirtschaft „Die Fettverforgung ist bei den gegenwärtigen Preifen ge-
fihert. Allerdings ist bei diesen Preifen und dem starken
Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung der Fettverbrauch wesentlich niedriger als vor
dem Kriege, je Kopf der Bevölkerung etwa 40-50%.“ (Welt, 19.1.1950)

„Es wird vermutet, daß 1950 nur mit einem Monatsbedarf von 80000-85000 t Zucker zu
rechnen ist (im letzten Quartal 1949: 100000 t), da beim Einzelhandel die Monatsmenge
nicht mehr gekauft wird. . . So wird nichts anderes übrigbleiben, als den Verbraucherpreis
um 2-3 Pf. heraufzusetzen.“ (Welt, 4. 2. 1950)

Aus der Arbeiterbewegung

Streik in Gelfenkirchen

Der Verkehr auf den Vestfischen
Straßenbahnen wurde wieder

aufgenommen, nachdem der Aufsichtsrat sich entschieden hatte, den von der Belegschaft ab-
gelehnten kaufmännischen Direktor Greve nicht zu beschäftigen. - Arbeiterwünsche in der
Sprache des Streiks vorgebracht, werden kapiert!

Das Recht der Betriebsräte - Streik führt zu vollem Erfolg

Am 2. Januar
streikten bei
Daimler-Benz AG., Werk Mannheim etwa 500 Arbeiter der Gießerei und einiger ange-
schlossener Abteilungen. Anlaß war die gegen den Willen des Betriebsrats erfolgte Einstel-
lung eines Ingenieurs. Obwohl am Tage des Arbeitsbeginns des Ingenieurs weder der Be-
triebsratsvorsitzende noch die Direktion anwesend waren, wurde sofort in den betroffenen
Abteilungen der Streikbefehl gefaßt und verwirklicht. Die Streikenden erklärten einmütig,
daß sich der Streik nicht gegen die Person des Neueingestellten, sondern gegen den Bruch
des seit 1946 bestehenden Betriebsabkommens richtet, das dem Betriebsrat weitgehende
Rechte, insbesondere in der Personalpolitik, einräumt.

Der Gewerkschaftssekretär und Vorsitzende des Ortsausschusses, Distel, wollte vom Streik nichts
wissen. „Man müsse erst die Rückkehr von Betriebsrat und Direktion abwarten, um dann zu
verhandeln. Ein Grund zum Streik sei nicht vorhanden.“ Die Arbeiter von Daimler-Benz
hatten jedoch erkannt, daß nur sofortiges Reagieren und Handeln die Direktion zum Nach-
geben zwingen konnte.

Diese wollte zunächst von einer Bezahlung des durch den Streik entstandenen Lohnausfalls
nichts wissen und lehnte rundweg ab. Dann schlug sie vor, die betroffenen Abteilungen sollten
durch Überstunden den Ausfall wieder wettmachen. Als auch dieser Vorschlag an der ein-
mütigen Ablehnung scheiterte, wurde nach 11stündigem Streik diese Vereinbarung getroffen:

1. Die Einstellung des Ingenieurs wird zurückgenommen.
2. Der Lohnausfall wird vergütet: 8 Stunden zahlt die Direktion von Daimler-Benz, 3
Stunden zahlt die Gewerkschaft.

Die rasche und entschlossene Tat und die Solidarität der Arbeiter haben gesiegt über die
Hartnäckigkeit des Unternehmers und die Kapitulationsbereitschaft des Gewerkschaftssekretärs.

So ist's richtig! Die Generäle und verhinderten Führer werden aktiver. Remer, Feiten-
hanf, Stumpff von der Luftwaffe, jetzt CDU, reisen im Lande herum und
fammeln ihre arbeitslosen Offiziere und Unterführer. Es ist erfreulich, daß die Arbeiter in
Wilhelmshaven, Göttingen, Rosenheim und anderen Orten diesen Herren die von den Be-
fabungsmächten und ihren deutschen Lakaien erteilte Sprecherlaubnis entzogen und sie nach
Haufe geschickt haben. Macht's überall so! Wenn die Arbeiter gemeinsam handeln, kommen
diese Herren nicht auf. Wehret den Anfängen! Vergeßt aber auch nicht, daß sie dann nicht-
öffentlich weiterwühlen. Auch diesem Treiben muß durch die geeinte Aktion aller Arbeiter
ein Ende gesetzt werden.

Hedler und seine Wegbereiter werden von proletarischer Klassenkraft vernichtet

Der Hedlerprozeß in Neumünster war eine Justizkomödie, sie enthüllte den Heldenmut der neuen deutschen Demokratie, von der die

SPD noch vor einem Jahr großspurig behauptete, sie habe die Erfahrungen von Weimar beachtet. - In einem ähnlichen Prozeß in Magdeburg 1924 hatte Fritz Ebert erklärt: „Von Beginn des Krieges bis zu seinem Ende habe ich mich rückhaltlos auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und in diesem Sinne gehandelt.“ Jetzt beteuerte Dahrendorf, SPD, er und seine Widerstandskämpfer hätten nichts getan oder tun wollen, was der Front (Hitlers!) schade können. Sein Widerstand bestand im Schwäzen und in Vorbereitungen zur Verhinderung revolutionärer Konsequenzen durch die Arbeiter - wie 1918. In ihrem Wunsch, die bürgerliche Ordnung zu erhalten, sind sich Hedler, Adenauer, Dahrendorf, Schumacher einig. Dahrendorf hat sogar dieselben Ehrbegriffe wie Hedler, sonst hätten die SPD-Leute die Beschimpfung durch einen Nazi als eine Ehre betrachtet. Jetzt wird die SPD nicht mehr von den Kapitalisten gebraucht und kriegt Fußtritte. Bonn hat sich ganz mit dem Freispruch Hedlers solidarisiert. Justizminister Dehler - auch ein Widerstandskämpfer - erklärte, der von der SPD beantragte Verfassungsgerichtshof werde sich zuerst mit der Verfassungsmäßigkeit der KPD beschäftigen, d. h. mit ihrem Verbot. Die Bonner Regierung, ihre Gesetze und ihre Beamten bis zum Richter in Neumünster schießen nur gegen links. Die SPD hat sich entrüstet und ein Republikstuhlgesetz verlangt - von Bonn! Sie will diesen Kräften, die den Klassencharakter des Staates unverhüllt zeigen, weitere Waffen in die Hand geben. Das Jammern und die Proteste der SPD sind Zeichen für Unehrlichkeit und Unbelehrbarkeit.

Um die Entwicklung wirksam bekämpfen zu können, muß man das Übel an der Wurzel packen. Die deutsche Bourgeoisie lag 1945 am Boden, wurde mit Hilfe der Befehlsmächte wieder auf die Beine gestellt. Also war es falsch, daß Arbeiterparteien mit diesen „demokratischen“ Befehlsmächten zusammenarbeiteten. Im Interesse des gemeinsamen Aufbaus „unserer“ Wirtschaft verzichteten sie auf die sozialen Forderungen der Arbeiter, im Interesse der Wiedergewinnung internationalen Vertrauens“ auf unsere nationalen Forderungen.

Beide Arbeiterparteien! Das war das Neue gegen 1918. Damals war die KPD ein revolutionärer Faktor, der die SPD von links unter Druck setzte. Nach 1945 machte sie dieselbe reformistische Politik wie die SPD und saß mit Adenauers PGs in westdeutschen Marionettenregierungen, bis sie auf amerikanischen Befehl hinausgedrängt wurde. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan! Diese Politik des Verzichts auf die sozialen und nationalen Forderungen, diese Verteidigung der Scheindemokratie hat den Neofaschisten ihr Spiel erlaubt: Sie können auf die Hohlheit der Bonner Demokratie hinweisen.

Binsenwahrheit ist: 1. Der Kapitalismus braucht heute faschistischen Druck. Seine Widersprüche sind so zugespitzt, daß er mit der klassischen bürgerlichen Demokratie nur noch in kurzen Intervallen operieren kann. Das gilt vom deutschen Kapitalismus wie auch vom amerikanischen, französischen, spanischen usw. 2. Die demokratischen Mächte stützen Franco in Spanien, Tsalldaris in Griechenland, de Gaulle in Frankreich, Halder, Remer, Hedler in Deutschland, Kraus in Österreich usw. Die bürgerliche Demokratie ist eine Herrschaftsform des Kapitalismus. Sie kann kein Kampfinstrument gegen die andere Form, den Faschismus, sein. Das gilt zehnfach mehr für unsere Scheindemokratie, geschützt von fremdem Militär, korrupt, zerstückt, durchsetzt mit Nazibeamten von Bonn bis Neumünster. 3. Koalitionspolitik schwächt immer die Kampfkraft des Proletariats und festigt die Position der Bourgeoisie.

Zur Verteidigung ihrer Koalitionspolitik haben SPD- und KPD-Führungen nach 1945 erklärt, das deutsche Proletariat sei zu schwach gewesen zur Revolution. Das stimmt. Aber die Zusammenarbeit mit der deutschen und ausländischen Bourgeoisie hemmt die proletarischen Kräfte,

die der Bourgeoisie werden gestärkt. Das zeigt der Fall Hedler. - Die Mobilisierung der proletarischen Klassenkraft räumt mit dem ganzen Spuk sehr schnell auf. Ohne Bonner Hilfe haben die Arbeiter vielerorts die faschistischen Maulhelden zum Teufel gejagt. Also nicht nach Bonn und der Polizei um Hilfe rufen! Sozialdemokratische, kommunistische Arbeiter, Arbeiterjugend müssen sich zusammen tun und schon das erste Auftreten der Neofaschisten verhindern. Durch Vertretung aller Forderungen der Arbeiter gegenüber allen Kapitalisten und allen Befehlsmächten werden wir wieder kämpfen lernen und unser Selbstvertrauen stärken. Dann entlarven wir auch die verlogene Entrüstung der Befehlsmächte, die mit all ihren Maßnahmen den Neonazismus fördern, und die verlogene nationale Propaganda der neonazistischen Führer, die die deutschen Werktätigen als Kanonenfutter an den westlichen Imperialismus verkaufen wollen. - Treiben wir in allen Fragen Arbeiterpolitik! Dann räumen wir deutschen Arbeiter schnell und gründlich mit dem faschistischen Gefindel, seinen Wegbereitern und Beschützern auf.

(Fortsetzung von Seite 1) Die Konservativen konnten den Mittelstand und die Frauen für sich gewinnen, Elemente, die 1945 vielfach für Labour gestimmt hatten. Die kleinbürgerliche Labour-Politik hat die Mittelschichten nicht gehalten. Die Arbeiter, auf deren Kosten diese Politik ging, gaben in Ermangelung von etwas Besserem, Labour das Mandat zur Fortsetzung dieser Politik.

Was nun? Die Fortsetzung der bisherigen Politik ist unmöglich. Die kapitalistische Weltkrise ist in USA im Anfangsstadium, in der Periode der Depression. Die Verringerung der Jahresproduktion um 5% droffelte bereits 1949 die USA-Einfuhr um 30%. Das brachte England die „Dollarkrise“, die die Pfundabwertung erzwang, damit die Senkung der Reallöhne und diese die Kampfkräftung der Arbeiter gegen den Lohnstopp brachte. Das ist der ökonomische Untergrund der Gesamtkrise der Labour-Politik - Ein Ausweg ist nur zweifach möglich: Änderung der Innen- und Außenpolitik, um die Krisenlasten von den Werktätigen abzuwenden. Um das Abflinken der Reallöhne zu verhindern, würden Einstellung der Zinszahlung an die „enteigneten“ Kapitalisten und Reduzierung der Rüstungsausgaben um 50% genügen. Diese Ersparnisse lassen die Zuschüsse für Lebensmittel und Massenbedarfsgüter erhöhen. Die Verständigung mit der SU ermöglichte die Verlagerung des Handels. England könnte die aus den Einflußgebieten der SU bezogenen Rohstoffe und Lebensmittel mit Fertigprodukten bezahlen. Der andere Ausweg besteht in einer Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen: Preiserhöhung für Massenbedarfsgüter, Produktionseinschränkung und Arbeitsintensivierung, Sozialausgabenminderung - trotz Kostensteigerung für die dabei wachsende Erwerbslosenzahl. Diese Politik kann nur eine Koalitionsregierung zwischen Labour und Konservativen durchführen. Eine rein konservative Regierung würde auf einen scharfen Widerstand der Arbeiter stoßen. Keine Regierung kann die englische Arbeiterklasse niederwerfen, sobald diese zielklar kämpft. Solcher Kampf lehrt die Arbeiter zwangsläufig revolutionär denken und handeln. Wenn die KP, die bei den Wahlen kein Mandat bekommen hat, lernt, dem erwachenden Kampfwillen revolutionäre Führung zu geben, dann kann sie bald die Mehrheit der kampfbereiten Arbeiter gewinnen. Entscheidend ist: Freihaltung von Kominform-Einmischungen.

Die Labour Party kann keine Regierung bilden, die die Krisenlasten von den Arbeitern abwälzt. Die jetzige winzige Mehrheit macht sie doppelt zaghaft. Diese Labour-Strategen denken nicht im Traum daran, daß man eine schwache parlamentarische Mehrheit durch außerparlamentarische Massenaktionen riesenstark machen kann. Der heiße Sturm der kommenden Klassenkämpfe wird diese „Führung“ wie Spreu verwehen. Der größte Teil wird bereit sein, mit den Konservativen eine „Einheitsregierung“ zu bilden, eine kleine Gruppe wird mit den kämpfenden Arbeitern gehen, in Kämpfen, die das Schicksal der englischen Arbeiter entscheiden.

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 6

2. Märzhälfte

Preis: -,20 DM

Sturm über Salzgitter

Seit die Werktätigen von Salzgitter die Weihnachtsbotschaft von der Fortsetzung der Reichswerke-Demontage

in abwartender Hoffnung auf die allseitig versprochene Hilfe hinnehmen mußten, hat die sogenannte öffentliche Meinung einen dichten Vorhang des Schweigens über dieses Elendsgebiet zu hängen versucht. Unterdessen schritten die Demonteurs in Ermangelung anderer Objekte zur Sprengung der Fundamente, die den Verprechungen zufolge zum Aufbau neuer Betriebe dienen sollten. Ende Februar fanden Salzgitters Werktätige vor der traurigen Gewißheit, daß 90% der Reichswerke der Vernichtung geweiht waren. Sogar die kostbare Wasserleitung sollte, soweit sie „überflüssig“ geworden war, gesprengt werden, obwohl sie für die Wasserversorgung bis nach Oldenburg mit auszunutzen ist. Somit war anstelle der Hoffnung die Gewißheit noch größeren Elends getreten. Das hat schließlich die von allen Instanzen im Stich gelassenen Reichswerkearbeiter am 2. März zur Selbsthilfe getrieben. Mit elementarer Wucht brach sich die bis aufs Blut gereizte Belegschaft Bahn zum Schauplatz der Demontage. Zündkabel wurden unschädlich gemacht, Bohrtürme umgeworfen. Die menschliche Vernunft der Arbeiter nahm hier den Kampf gegen kapitalistischen Zerstörungswahn auf.

Einen englischen Offizier, der von seinem Wagen aus beruhigen wollte, erinnerten die Arbeiter an das Kriegsverprechen der Alliierten, nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die Naziführung zu kämpfen, und fragten ihn, gegen wen sie denn jetzt kämpften. Die Demontearbeiter erklärten sich solidarisch. Zwei überfüllte Protestversammlungen am 3. 3. bewiesen die Bereitschaft der Werktätigen zur Unterstützung des aufgezwungenen Abwehrkampfes. Als sich am Montag zeigte, daß die Vertreter der Besatzungsmacht des angeblich sozialistisch regierten Englands bereit waren, das Zerstörungswerk fortzusetzen, brach der Sturm verstärkt los. Außer Zündkabelzerstörungen u. a. wurden auch vier 40 m hohe Demontagemasten an dem umkämpften Hochofen umgekippt. Am Braßfertbau, dem Sitz der Demontageleitung, gingen Schreibtische und Akten in Flammen auf. Zur Verstärkung der 700 Mann Polizei rückten 600 englische Soldaten mit Panzern an. Als ein Soldat sein Maschinengewehr auf eine Arbeitergruppe richtete, legte ein Arbeiter seine Hand auf die Mündung und drehte es kaltblütig zurück. Von einer Gruppe PKWs mit Engländern wurden alle bis auf einen am Weiterfahren gehindert. Um auch diesem den Weg zu verlegen, warf ein Arbeiter sein Fahrrad unter die Räder, das zermalmt wurde, ohne den Wagen aufzuhalten. Der Arbeiter setzte seinen Weg fort in der Gewißheit, alles, was er konnte, getan zu haben, um seinen Widerstandswillen gegen die Zerstörung seines Arbeitsplatzes auszudrücken.

Zahlreiche solcher Beispiele haben gezeigt, zu welchem Opfermut die Arbeiter fähig sind, wenn sie sich auf richtigem Wege zur gemeinsamen Verteidigung ihrer elementarsten Interessen fühlen.

Wie die politische Atmosphäre heißer wurde, hat besonders die neofaschistische DRP und ihr Dr. Richter in Salzgitter erleben müssen. Seine auf den 5. 3. angekündigte Kundgebung fiel aus, weil ihm der Saal der Bergbau AG. auf Druck der Belegschaft verweigert wurde. Seine daraufhin für den 6. angelegte Kundgebung im Ratskelleraal mußte polizeilich verboten werden, weil schon seine Sonntagnadmittag-Veranstaltung im benachbarten Lebenstedt aufgeißt werden mußte. So mußte er am Montag vor ca. 150 geladenen Gästen unter stärkstem Polizeischutz seine Nazithesen stottern und vorzeitig abbrechen, weil vor dem Lokal Salzgitters Werkstätige und Jugend protestierten, deren Zahl auf 4000 geschätzt wurde. Dabei flogen auch einige Steine in den Raum der geladenen Gäste, was manchem Gast das Geißnis entlockte, sich nie wieder in eine solche Gefahr zu begeben. Die Richter und Genossen haben erfahren, daß im Salzgittergebiet ein anderer Wind weht als in ihrem Wolfsburg, wo leider noch keine bewußte Kraft gegen die heraufziehende Nazipeft wirkt.

Über die am Dienstag geführten, praktisch ergebnislosen Verhandlungen mit den Engländern mußte sich Arbeitsminister Storch entschließen, vor den versammelten Reichswerkearbeitern am Mittwoch früh zu berichten. Leicht wurde ihm das nicht. Die Werksbahnarbeiter hatten z. B. in der sicheren Erwartung weiterer leerer Verbrüstungen fünf Lokomotiven der Werkzüge in unmittelbare Nähe des Versammlungsplatzes dirigiert und unterstrichen mit deren schrillen Pfeifen die Protestrufe der Belegschaft gegen die lahmen Rechtfertigungsversuche ihres Kollegen Arbeitsminister. (Fortsetzung Seite 15)

2,3 Millionen Arbeitslose Die Normalisierung der kapitalistischen Gesellschaft in Westdeutschland macht rasende Fortschritte. Dazu gehört das immer raschere Anwachsen der industriellen Reservearmee des Kapitals, die Heerscharen der Erwerbslosen. Bereits heute ist jeder 10. Arbeiter brotlos. Ohne Umschweife erklärte der Monatsbericht Januar-Februar 1950 der Bank deutscher Länder den 7 Millionen Angehörigen der Erwerbslosen, die unter dem Existenzminimum leben, daß der Ausstoß ihrer Ernährer aus dem Produktionsprozeß „an sich sogar ein Gefundungssymptom darstellt“. Nach diesem Bericht hat die westdeutsche Wirtschaft Aussicht, bald noch gefünder zu werden: Man rechnet mit dem jährlichen Zustrom einer halben Million arbeitssuchender Frauen und Jugendlicher. Außer dem sind in der Landwirtschaft 200 000 und im Staatsapparat 150 000 schon jetzt überzählig. Das ist das von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Politikanten aller Schattierungen gepriesene Zeitalter der Befähigungsdemokratie.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich die Arbeitslosigkeit erst zu entfalten beginnt. Noch haben wir es mit keiner allgemeinen Wirtschaftskrise zu tun. Die jetzige Erwerbslosigkeit ist in erster Linie das Ergebnis der Rationalisierung und der erhöhten Arbeitsleistung: Die Produktion ist nur unbedeutend abgefunken, d. h. es handelt sich vor allem um strukturelle oder

Dauerarbeitslosigkeit. Und das in einem Lande, das, vom Kriege verheert, generationenwährende Arbeit in Hülle und Fülle erfordert. Kann Widerfynn und Verfall der kapitaliftischen Produktionsweife anhandlicher demonftriert werden?

Die Bonner Minifter haben bisher verfucht, durch Verabreiden der üblichen Beruhigungspillen - „Lage nicht beforgniserregend“ - die Arbeiterklaffe über den Ernst der Dinge hinwegzutäufchen, was ihnen um fo leichter fiel, als die Mut- und Tatenlofigkeit der Arbeiterfchaft den reaktionären Klügel ermutigt. Die weftdeutche Bourgeoisie fördert und benützt die Arbeitslofigkeit zum weiteren Herabdrücken der Löhne,

1. um im verfhärften Konkurrenzkampf zu beftehen,
2. um fich für den Profitanteil zu entfchädigen, den die Alliierten einfteden und ihr fo entziehen,
3. um die gegen fie gerichteten Wirtschaftsmaßnahmen der Alliierten auf die Arbeiterklaffe abzuwälzen.

Hier find u. a. zu nennen: Die Liberalifierung, d. h. der fortfdreitende Abbau der Einfuhrdranken Weftdeutschlands, dem nichts Gleichwertiges auf der Gegenseite entspricht, die ungünstige DM-Abwertung, der Exportkohlenpreis. Daneben wollen die deutchen Kapitaliften von den Amerikanern höhere Marfhall-Kredite erpreffen, indem fie auf die Unmöglichkeit hinweisen, selbst die Lage zu meistern. Ihr Programm ift noch weitergehende Rationalifierung, die die Arbeitslofigkeit steigern muß.

Die Alliierten find über die Auswirkungen dieses Kurfes beunruhigt. Die Arbeitslofigkeit fei ein „explosiver politischer Faktor“, heißt es im Memorandum der hohen Kommissäre, das die Bonner Wirtschaftspolitik kritifiziert. Sie fürchten den Kontrast zum langsam ansteigenden Lebensstandard, zur Vollbefchäftigung in der Oftzone und das Aufleben kommunistischer Bewegungen in den darbenden Massen. Den deutchen Markt vor der Liberalifierung fhützen, würde auf Kosten des alliierten Exports gehen; daher lehnen fie dieses Anftinnen als „eine unfreundliche Geste im Rahmen der Entwicklung der Handelsbeziehungen in Europa“ ab. Sie empfehlen der Bundesregierung eine Politik der Kreditausweitung und Konfumsdroffellung.

In anderen Worten: langfame Geldentwertung, wie etwa nach der Währungsreform, gepaart mit Rationierung, erhöhtem Steuerwucher oder sonstigen Maßnahmen „um die Ausgaben der Verbraucher (lies der Arbeiter) zu verringern“.

Für die Arbeiterklaffe ift entscheidend, daß beide Pläne, der der weftdeutchen Bourgeoisie und der der Alliierten, auf ihre Kosten gehen.

Gewerkschaften und SPD „appellieren“ an Staat und Unternehmer, Erwerbslose einzustellen, entwerfen herrliche Arbeitsbefchaffungspläne Marke 1930-32. Die Grundlinie ift die Befchränkung auf den parlamentarischen Rahmen und das ängstliche Vermeiden jeglicher Massenbewegung. Die Bourgeoisie auf dem Boden ihrer Klasseninteressen beschwören wollen, heißt aber von vornherein die Verteidigung der Interessen des Proletariats zur Farce herabzuwürdigen.

Die KPD hat „vergeffen“, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist. Getreu ihrer nationalen Front ist sie nur gegen jene Faktoren, die durch die kapitalistische Befassung hervorgerufen sind und krisenverfärbend wirken: Marshallplan, JEIA, Stahlausfuhrverbot nach dem Osten usw. Ihr Ausweg lautet: Schaffung eines „gesicherten, aufnahmefähigen innerdeutschen Marktes“ vermittels Ost-West-Handel. Dabei genügt schon der Hinweis auf die USA mit 4,5 Millionen Arbeitslosen, um schon zu beweisen, daß das Befassungsregime die Erwerbslosigkeit wohl erhöht, keineswegs aber verurfacht. Zwecks Durchführung ihrer Patentlösung wendet sich die KPD an den sich ihrer besonderen Zuneigung erfreuenden „deutschen freien Unternehmer“, dem Ulbricht höchstpersönlich Beteiligung am Wohlstand der Ostzone verspricht. Was aber sagt sie den westdeutschen Arbeitern und Arbeitslosen?

„Es wäre grundfalsch, wollte man die Arbeitslosen durch Arbeitslosenausshüsse, wie sie vor 1933 bestanden, vertreten lassen. Es müssen mit Hilfe der Gewerkschaften und unter deren Führung Arbeitslosenausshüsse geschaffen werden, deren Aufgabe darin bestehen muß, die sozialen Interessen der Arbeitslosen zu vertreten und ihre Eingliederung in den normalen Arbeitsprozeß mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu betreiben.“

(Wahrheit, KPD, 21. 2. 1950)

Etwas Schöneres können sich Böckler und Reuter wohl nicht erträumen. Den Gewerkschaftsreformisten war und ist die organisatorische Zusammenfassung der radikalisiertesten proletarischen Schichten von jeher ein Greuel, wie überhaupt jede Form der Räteorganisation. Die Ausshüsse unter Gewerkschaftsführung zu schaffen, heißt sie überhaupt zu sabotieren und zur Untätigkeit zu verdammen. Noch hirnloser ist das Gerede vom Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel zur Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Was soll das bedeuten? Der KPD-Führung schweben wohl noch Erinnerungen an ihre glorreiche Politik in der großen Wirtschaftskrise vor, als sie bei Massenaußsperrungen die Streikparole ausgab.

Die Arbeiterklasse muß sich klar sein, daß nur der Einsatz ihrer gesamten außerparlamentarischen Kampfkraft, der gewerkschaftlichen und vor allem der politischen, Erfolge bringen kann. Richtige Lösungen müssen verhindern, daß es dem Unternehmertum gelingt, Arbeitende gegen Arbeitslose auszuspielen. Die Verbindung der Interessen der im Betrieb stehenden Arbeiter mit denen auf der Straße erfolgt durch die Forderung der

40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Bei gleichbleibender Gesamtstundenzahl würden dadurch Millionen Erwerbslose in den Produktionsprozeß zurückgeführt. Selbst wenn es „nur“ gelingen sollte, die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich durchzudrücken, so würde die gewaltige Stärkung der proletarischen Kampfmoral durch einen solchen Erfolg naturnotwendig zum Kampf um höhere Löhne führen. Nur ein solches Programm kann die Antwort der Arbeiterschaft auf die Pläne der Befassungsmächte und der Bonner Regierung sein, denn es stellt den Ausweg auf Kosten der Bourgeoisie dar. Aber gerade weil die Profite empfindlich beschnitten würden, wird sich die Bourgeoisie mit aller Kraft zur Wehr setzen. Dem Wesen nach ist das Ringen um gesetzliche Arbeitszeitverkürzung ein politischer

Kampf. Daher muß die Arbeiterklasse vor allem die ihr zu Gebot stehenden politischen Kampfmittel einsetzen: Organisierung politischer Massenfrevs, Demonstrationen zusammen mit den von ihren gewählten Ausschüssen geführten Erwerbslosen. Das Kapital wird mit Massenausperrungen und Betriebsstillegungen antworten. Hier muß die Arbeiterklasse unter der Fahne der
Arbeiterkontrolle der Produktion

durch direktes Eingreifen, Weiterführen und Organisieren der Produktion - darin besteht die wichtigste Aufgabe der Betriebsräte - die kapitalistische Sabotage brechen.

Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Ausweg unermüdlich zu propagieren. Rafft sich das westdeutsche Proletariat nicht zum Kampf auf, wird es als verelender Haufe von Hungerleidern in den kommenden historischen Konflikten zertreten werden.

Ist die deutsche Arbeiterklasse wehrlos? Die deutsche Arbeiterklasse hat sich noch nicht von der Betäubung erholt, die 12 Jahre Hitlerherrschaft, Krieg und Niederlage, Besatzungspolitik, Umerziehung zur Demokratie usw. geschaffen haben. Während in den Siegerländern die Arbeiterklasse anknüpfend an die Vorkriegsarbeiterbewegung ihre Parteien und Gewerkschaften wieder aufgebaut, in Frankreich und Italien zum ersten Mal kommunistische Massenparteien geschaffen und Kämpfe geführt hat und führt, ist dies in Deutschland noch nicht der Fall. Zwar sind auch in Deutschland Massengewerkschaften organisiert, eine SP und eine KP neu gebildet worden; aber sie führen nur ein gespenstisches Schattendasein. Die SED in der Ostzone führt ein geschäftiges Dasein als Werkzeug der sowjetischen Besatzungsmacht und verzichtet vollkommen auf die Verteidigung der Interessen der deutschen Arbeiter. Ruf sich brutal werden die unmittelbaren Aufgaben der Lebenshaltungsverbesserung dem Eingliederungsplan der Ostzonenwirtschaft in das Gefüge der Sowjetwirtschaft untergeordnet. In der weiteren Perspektive führt das zweifellos zu einer festeren Grundlage als die Politik der SPD in der Westzone. Denn die Sowjetwirtschaft ist von den Auswirkungen der herannahenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise verschont. Wäre die deutsche Arbeiterklasse fähig gewesen oder fähig, sich eine selbständige kommunistische Partei zu schaffen, die die Werktätigen zum Kampf gegen die völlig unnötige Brutalität der Maßnahmen der Sowjetbesatzung mobilisiert, dann wäre auf der von der SU geschaffenen neuen gesellschaftlichen Basis: Liquidierung der Großgrundbesitzer und Großbourgeoisie, das erstrebte Ziel - der Sozialismus - früher und schmerzloser zu erreichen. Nicht der revolutionäre Inhalt der Sowjetpolitik, sondern die barbarische Form der Durchführung stößt die deutschen Arbeiter der Ost- und Westzone ab und wirkt ungewollt konterrevolutionär.

In der Westzone spielt die Sozialdemokratie die Rolle des Werkzeugs der kapitalistischen Besatzungsmächte. Ohne die Gewalt- und Polizeimethoden der Sowjetbesatzung hätte die West-SPD keinen Boden in der Arbeiterklasse. Die Zahl der Werktätigen, die an die politischen Sonntagspredigten der Apostel der Staats- und Wirtschaftsdemokratie, an die Möglichkeit harmonischer Zusammenarbeit mit den auf die anglo-amerikanischen Bajonette

gestützten deutschen Kapitalisten glauben, ist nur gering. Und diese wenigen würden durch eine den deutschen Voraussetzungen entsprechende Politik der Schaffung der ökonomischen Vorbedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Ostdeutschland bekehrt und könnten für den Kommunismus gewonnen werden. Das wäre die solideste Unterstützung der SU gegen die Pläne des anglo-amerikanischen Imperialismus.

All das ist nicht. Aber man muß sich dies immer wieder klar machen, um das, was noch nicht ist, zu schaffen. Die deutschen Arbeiter dürfen über die Augenblicksnöte, die brutalen Terrormaßnahmen in der Ostzone, die albernen Rechtfertigungsversuche der völlig unnötigen Gewaltmethoden, nicht aus dem Auge verlieren, wohin dies letzten Endes führt. Die Macht der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten ist in der Ostzone ein für allemal vorbei. Niemand kann die alten Zustände wieder herstellen. Wir dürfen die Versuche, sie wieder aufzurichten, nicht aus berechtigtem Zorn über die brutalen Begleiterdehnungen begünstigen. Im Gegenteil, es ist unsere Aufgabe, den Aufbau der Wirtschaft auf der neuen Grundlage zu unterstützen. Je rascher die Produktivität gesteigert, die Qualität der Produkte verbessert wird, desto rascher wird der gesellschaftliche Reichtum gesteigert und damit der Anteil, der zum Lebensunterhalt der Werktätigen verwandt werden kann. Wir dürfen uns trotz der Härten auch nicht dagegen wenden, daß der Anteil der Einzelnen in dieser Übergangszeit bestimmt wird durch den Anteil, den das Individuum zur Herstellung des Gesamtprodukts leistet. Vom Gesamtprodukt muß in Abzug gebracht werden, was zum Ersatz und zur Erweiterung der Produktionsmittel erforderlich ist, ebenso die Kosten für Erhaltung der Arbeitsunfähigen, Kranken, Erziehung und Ausbildung der Kinder usw., ferner die Reparationen. Die Werktätigen sind zwar nicht schuld am Kriege, aber wir müssen die Kosten bezahlen, weil wir nicht die Kraft hatten, ihn zu verhindern.

Kämpfen müssen wir gegen die Entmachtung der Arbeiterklasse, gegen die Bürokratenwirtschaft der SED, die hündisch ergebend die Befehle der Befehlsmacht entgegennimmt, die die Arbeiterklasse behandelt wie Unteroffiziere Rekruten behandeln. Freiheit wird nicht geschenkt, sie muß erkämpft werden. Die durch die Sieger von Hitler befreiten SED- und SPD Führer betragen sich wie freigelassene Sklaven: sie schleifen die Kette hinterher, mit der sie an ihre „Befreier“ gebunden sind. Als Freier kann sich nur der bewegen, der sich die Freiheit teuer erkämpft hat. Für ihn gibt es keine Macht und keinen Großen, neben dem er sich verstecken müßte.

Aber welche Mittel gibt es zum Kampf um diese Freiheit?

Schon oberflächliche Betrachtung führt zu dem Ergebnis, daß die „alten bewährten Methoden“ der Vorkriegsarbeiterbewegung nicht ausreichen. In der Westzone sind z. B. Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder Abwehr von Verschlechterungen nur ausnahmsweise noch erfolgreich anwendbar, z. B. in lebenswichtigen Industrien wie Bergbau, Transportgewerbe, Eisenbahn, falls es gelingt, 95% der Arbeiter in diese Kämpfe zu führen. Die Arbeiter fühlen dies instinktmäßig, wenn sie sich darauf beschränken, von den Betriebsräten und Gewerkschaften zu fordern, diese sollten für sie „das irgendwie decheln“. Die Gewerkschaftsbeamten begreifen ebensowenig wie

die Masse die vollkommen veränderten Machtverhältnisse der Klassen in der Verfallskrise des Kapitalismus. Sie schimpfen auf die Passivität der Massen, deren Verständnislosigkeit gegenüber ihrer Gefährdung, durch Verhandlungen mit den Unternehmern und Befehlsmächten doch „herauszuholen, was herauszuholen ist“. Sie putzen Ladenhüter aus der Ideologie der christlichen und Hirsch-Dunker'schen Arbeiterbewegung neu auf als Wirtschafts-demokratie und Mitbestimmungsrecht.

Je mehr bürgerliche Intellektuelle, Doktoren, Volkswirtschaftler, Sozialdirektoren in Großbetrieben die Gewerkschaftspolitik beeinflussen, desto größer wird der Leerlauf, der nur wissenschaftlich aufgemachte Kleinbürgerbeschränkung liefert. Eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne Kapitalisten können sie sich nicht einmal denken - wieviel weniger können sie dafür kämpfen! Deshalb feilschen sie mit den Kapitalisten, statt die Arbeiter kampffähig zu machen. Aber die Kapitalisten, die auf dem Weltmarkt kämpfen müssen mit finanziell und technisch überlegenen Konkurrenten, die politische Monopolstellungen haben, können den Arbeitern nur Hungerlöhne bieten und sind außerstande, Vollbeschäftigung herbeizuführen, bei der alle Werktätigen eine einigermaßen erträgliche Existenz haben könnten. Dazu kommen im Westen die Abzüge vom Sozialprodukt für die Profite und die hohen Verwaltungsausgaben, ferner, daß bei über 2 Millionen Erwerbslosen, über 4 Millionen Kriegs- und Sozialrentnern, Witwen und Waisen je 2 Beschäftigte einen Arbeitsunfähigen erhalten müssen. Dazu die Befehlskosten und die Milliardensummen für Investitionen, Wohnungsbau usw. - Die Lasten, die aus den Werktätigen der Westzone herausgepreßt werden müssen, wenn der Kapitalismus leben soll, sind viel größer als in der Ostzone.

Um wieder kampffähig zu werden, muß die deutsche Arbeiterklasse zuerst diese Tatsachen durchdenken, um sich das Bewußtsein, die notwendige Einsicht in die Kampfbedingungen anzueignen. Bevor die sozialistische Revolution, der Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse, praktisch geführt werden kann, muß die revolutionäre Umwälzung gedanklich in den Köpfen der breiten Massen vorangegangen sein. Die Einsicht muß da sein, daß ein Ausweg nur durch sozialistische Planwirtschaft herbeigeführt werden kann. Planung, d.h. Umstellung der heutigen kapitalistischen Wirtschaft, die nur als Profitwirtschaft leben kann, auf eine Wirtschaft zur Befriedigung des Massenbedarfs, ist nur möglich durch Beseitigung aller Hindernisse, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln verursacht, durch Vergefellshaftung aller Produktionsmittel.

Planmäßige Anwendung der Produktionsmittel durch Produktion für den Massenbedarf schließt planmäßige Verwendung des wichtigsten Produktionsmittels, der menschlichen Arbeitskraft, ein. Ebenso wie alle Eigentumsfesseln fallen müssen, um einen Plan zu verwirklichen, der das Gesamtprodukt so steigert, daß alle Bedürfnisse des Menschen befriedigt werden können, muß auch das Einzelinteresse des Menschen den Gesamtinteressen der Gesellschaft untergeordnet werden. Erst in einer Gesellschaft, die genügend gesellschaftlichen Reichtum produziert, kann der Einzelne außer dem Zwange, seinen Anteil an der gesellschaftlichen Produktion zu leisten, voll und frei seine persönlichen Bedürfnisse befriedigen.

Der Übergang von der bestehenden zu dieser sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft ist kein einmaliger Akt, sondern ein langwieriger Klassenkrieg zwischen sozialistischem Proletariat und allen Gegnern des Sozialismus. Der Aufbau der neuen Wirtschaftsgrundlage kann erst begonnen werden, wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat und fähig ist, sie zu behaupten. In der Ostzone ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln in den wichtigsten Industrien aufgehoben, wo es noch besteht, der Plankontrolle unterworfen. Aber die Planung geht nicht von den Interessen der Werktätigen aus, ist nicht ihr Werk, sondern Werk der Sowjetbesatzung. Der Kampf muß dort beginnen mit der Durchsetzung dieser unmittelbaren Interessen. Wir hemmen nicht die Steigerung der Produktion, wenn wir der Brutalität von oben den Widerstand von unten entgegensetzen. Streik wird nur kurzfristig bei besonders günstigen Umständen möglich sein. Aber „ca-canny“, Langsamarbeiten kann wirksam sein, um Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Hauptsache ist dabei, daß die Arbeiter sich auf ihre eigene Kraft zu gemeinsamem Kampf besinnen. Ist dies erreicht, können die Kampfmittel und die Forderungen gesteigert werden. Natürlich werden die Machthaber vor Machtmitteln nicht zurückweichen. Aber es gibt nur die Wahl zwischen kampfloser Unterwerfung und opferreichem Kampf, um aus Objekten zu selbstbewußten Subjekten zu werden. Eine Kampagne gegen die Übergriffe der Bürokraten, nicht nur gegen die Sabotage der Bourgeoisie, muß organisiert werden. Jeder Bürokrat muß für seine Handlungen gegenüber jedem Werktätigen zur Verantwortung gezogen werden vor dem Betriebskomitee, der Gewerkschaft, der unteren SED-Einheit und wo möglich vor Gericht.

Auch in der Westzone müssen solche für Deutschland neuen Kampfmethoden angewandt werden, wo offene Streiks nicht möglich sind. Wenn von den qualifizierten Arbeitern, die entscheidende Schlüsselstellungen im Betrieb einnehmen, schnelle Lieferungen verlangt werden, kann langsame Arbeiten Verschlechterungen abwehren oder kleine Erfolge erzwingen. Von der Arbeiterchaft erfordert dieses Kampfmittel strenge Disziplin, aber nur erträgliche Opfer, zeitweiligen Verzicht auf Akkordverdienst, auf Prämien und Überstunden, jedenfalls geringere Opfer als Streik ohne Unterstützung.

In Frankreich und USA ist die Methode des Sitstreiks, Besetzung des Betriebes während des Streiks, erfolgreich angewandt worden, wenn sie unterstützt wurde durch allgemeine Massenaktivität. 1935-36 wagte die reaktionäre Regierung in Frankreich nicht, die gewaltsame Räumung der Betriebe anzuordnen, sondern trat zurück. Der Erfolg war groß: Lohn- und Arbeitszeitverbesserungen, bezahlter Urlaub usw. Ergebnis dieser Kampfbereitschaft war bei der Wahl eine Mehrheit von SP, KP und Radikalsozialisten, die sich zur Bildung einer Volksfrontregierung bereitfanden, die die im Kampf eroberten Erfolge in Gesetzesform funktionierte. Beraubt von diesen Anfangserfolgen verzichteten die Arbeiter darauf, weiter vorzustoßen bis zur völligen Entmachtung der Bourgeoisie. Die Folge war, daß 1938-39 die Erfolge rückgängig gemacht werden konnten. 1939 wurden die streikenden Metallarbeiter von demselben Daladier, den sie 1935 an die Macht gebracht hatten, mit Polizei, Militärgewalt und Tränengas aus den Betrieben hinausgeworfen.

Der tapfere Widerstand der isoliert streikenden Metallarbeiter reichte nicht, um die Verdüchterungen abzuwehren.

In Italien und Japan wurde die Betriebsbesetzung ebenfalls erprobt. In einigen Fällen übernahmen die Arbeiter die Leitung des Betriebes, arbeiteten auf eigene Rechnung, solange Rohstoffe beschafft und aus dem Verkauf der Waren die Löhne bezahlt werden konnten. Aber letzten Endes führten diese Betriebsbesetzungen nicht weiter (obgleich z. B. in Genua die Polizei erfolgreich abgewehrt werden konnte), weil die Bewegung sich nicht aufs ganze Land ausbreitete.

Auch die deutsche Arbeiterklasse ist nicht wehrlos. Sie muß die Kampfformen und -erfahrungen der Arbeiter anderer Länder studieren und ausprobieren.

Ruhe vor dem Sturm Die Lage der Arbeiter hat sich in den letzten Monaten

Südwestdeutsche Arbeiterkorrespondenz

fühlbare verschlechtert, und man sieht kein Ende dieser Entwicklung. Straßenbahn, Butter, Kohle sind teurer geworden, Milch wird jetzt teurer, Brot in einigen Monaten, wenn die Getreidesubventionen aufhören, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nehmen zu, auch in dieser relativ krisenfesten Ecke. Die Rationalisierung feiert neue Triumphe. Kein Wunder, daß mancher Arbeiter vorläufig zur individuellen Selbsthilfe greift: Überstunden im Betrieb, Arbeit in der Freizeit, „freiwilliger“ Lohnverzicht zwecks Erhaltung des Arbeitsplatzes - alles Dinge, mit denen kluge Gewerkschaftssekretäre das angeblich schwache Klassenbewußtsein der Proleten beweisen. Als ob sie nicht an dieser Lage mitschuldig sind, und als ob sie irgendeinen Kampf führen oder fördern wollten.

Der Kampfwille bei den breiten Massen ist instinktiv dabei durchaus vorhanden. Wer in die Betriebe, die seltenen Betriebsräte- und Gewerkschaftsversammlungen, zur Gewerkschaftsjugend kommt, fühlt dort diesen Willen zu aktiver Gegenwehr, wie er sich so machtvoll in der Demonstration des 28. Oktober 1948 gegen die Warenhorte und Währungsgewinnler ausdrückte. Bei der Delegiertenkonferenz der Metallortsverwaltung Stuttgart, die 46000 Organisierte umfaßt, kam der Kampfwille klar zum Ausdruck in dem Beschluß, der die Kündigung des Tarifvertrages und Lohnerhöhung verlangt. Die ganze Diskussion war auf sehr hohem Niveau, sachlich, aber scharf gegen den wirtschaftsfriedlichen Kurs der DGB-Führung. - Bei Bosch, dem zweitgrößten Unternehmen des Gebiets, wurde diese Linie fortgesetzt: in der Betriebsversammlung wurde Kündigung und Lohnforderung beschlossen. Ähnliche Beschlüsse wurden in mehreren Ortsverwaltungen angenommen. Bei den Eisenbahnern konnten sich die Reformisten nur mit großer Mühe knapp die Unterstützung ihrer Linie sichern; die Opposition war stark. In einem Betrieb der Lederbranche haben die Kollegen beschlossen, die Beiträge weiter zu kassieren, aber nicht abzuführen, bis ein anständiger Tarifvertrag gemacht ist. - Ähnliches kann man auf Versammlungen der Gewerkschaftsjugend erleben, wo guter Widerhall besteht für die aktuellen Kampfesforderungen.

Aber der Weg von diesem Kampfwillen bis zur -handlung ist lang und voller Hindernisse: Arbeitslosigkeit, Gewerkschaftsführung, mangelndes

Selbstvertrauen - alles Faktoren, die gebieterisch eine Überprüfung der alten gewerkschaftlichen Kampfmethoden fordern, die vor 50 Jahren in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus Erfolge brachten. Vielleicht müßte man am Anfang nicht ganze Großbetriebe in den Streik führen, sondern erst wichtige Abteilungen mit Schlüsselstellungen in der Produktion langsam arbeiten lassen? Oder es ähnlich den Pariser Untergrundbahnarbeitern machen, die eine Reihe technischer Störungen auf verschiedenen Linien zu verschiedenen Zeiten hatten und damit sehr bald ihre Forderungen durchsetzten. Am verkehrtesten wäre es, zu hoffen, die Gewerkschaftsführung könnte etwas Wesentliches herausholen. Man muß den Arbeitenden und Erwerbslosen sagen, daß sie nicht mehr zu erwarten haben als sie selbst erkämpfen.

Entnazifizierungskandal Korruptionskandale gibt es in Württemberg-Baden genug. Der jüngste ist der der Entnazifizierung der alle Regierungsparteien schwer kompromittierte. Ministerpräsident Maier, DVP (Landesorganisation der FDP), hat dem schwerreichen Industriellen Käb auf dem Gnadenweg 32000 DM Buße erlassen - zufällig sitzt Maier im Aufsichtsrat der Käbschen Unternehmen. Oder: Abgeordneter Haußmann, Fraktionsführer der DVP, hat von einem begnadigten Nazi große Honorare bekommen - natürlich nicht für die Hilfe bei der erwirkten Begnadigung, sondern für „andere Dienste“. Entnazifizierungsminister a. D. Kamm, SPD, ist schwer belastet. Es riecht auch im ehrlichen Schwabenlande, weil der ganze Staatsapparat schwer angeflagen ist. - Das ist das logische Ende der Entnazifizierung, auf die beide Arbeiterparteien so viel Zeit, Kraft und Gedanken verwandt haben. Darüber haben sie ihre wirklichen Aufgaben gar nicht gemerkt. Inzwischen sammeln sich die Nazis auch hier, Zusammenkünfte von RAD-Führern, Offizieren, entlassenen Nazibeamteten finden statt, deren nicht bescheidene Forderungen erhoben werden. Sie kommen aus ihren Mauflöchern heraus und werden wieder frech - das ist das Ergebnis der demokratischen Umerziehung durch die Besatzungsmächte und der Mitarbeit der Arbeiterparteien.

SPD Von dieser Linie kommt die SPD nicht los. Sie hat zwar gegen Maier, als der US-Landeskommissar gegen ihn schoß, etwas geschossen, aber nur mit Platzpatronen und Schalldämpfung. Im Interesse der Koalition hat sie schon manche bittere Pille geschluckt, z. B. die unbegrenzte Pension für ehemalige Nazibeamtete. Wirtschaftsminister Veit, SPD, treibt hier auch die Erhard'sche Politik der Millionen-Subventionen an die Unternehmer - er kann gar keine andere treiben. In Bonn hat er in der Arbeitslosigkeitsdebatte „einen für Regierung und Opposition gemeinsamen wirtschaftspolitischen Weg“ angeregt! Das ist der kompromißlose Kampf der SPD! Die Koalitionsgenossen CDU und DVP dagegen verhindern Verlängerung des günstigen Urlaubs-gesetzes, hintertreiben das BR-Gesetz usw. Aber nichts erschüttert die Koalitionsbereitschaft der SPD.

Die KPD hat einige „neue“ Parolen. Willi Bohn schmückt sich mit den Erfolgen der chinesischen und indochinesischen Kommunisten: Wir haben gesiegt in China, wir haben gesiegt in Indochina. So erfreulich diese Siege der kommunistischen Weltbewegung im Fernen Osten sind, so wenig ist uns in Westdeutschland mit billiger Demagogie gedient. Wir in Westdeutschland

haben nicht gefiegt; im Gegenteil, die KPD marschiert rückwärts. Die Ursachen gilt es zu untersuchen, nicht sich an den Erfolgen anderer zu beraufen. Mit großem Redeschwall beweist Bohn, daß in der Ostzone alles in Ordnung sei: es gäbe natürlich Schwierigkeiten, aber keine ungelösten Probleme. Damit kann er zwar die Verfammlungen im allgemeinen totreden, aber keine nachhaltigen Wirkungen erzielen. Denn jeder weiß, daß es in der Ostzone noch viele Schwierigkeiten gibt, die z. T. erst durch die „Hilfe“ der SU entstanden sind, also nicht notwendig waren.

Im übrigen spricht die KPD mit verschiedenen Zungen. Bei Verfammlungen für Bürgertum und „Arbeitgeber“-wir Kommunisten nennen sie Kapitalisten!-spricht man sehr gefittet, nichts von Klassenkampf, vielmehr von gemeinsamen Kampfinteressen. Aber auf diesen Verfammlungen sind nur KPD-Leute, Unternehmer sind nicht zu sehen. Man führt Veitstänze auf, um zu beweisen, daß wir mit der Betriebsleitung von Bofch zusammen gegen die Entkartellierung kämpfen könnten und sollten, „vergißt“ aber wohlweislich, daß bislang Entkartellierung und Konzernzerfchlagung ein Hauptpunkt des Potsdamer Abkommens und der KPD-Politik war. Ganz abgesehen von diesem alten Unfinn können wir uns kaum vorstellen, daß es irgendeine wichtige Frage gibt, wo wir mit den Kapitalisten zusammenarbeiten können, ganz gewiß nicht in der Frage der Demontage von Salzgitter, über die Hartmann aus Hannover größten Unfinn und z. T. falsche Informationen brachte. Auf den KPD Verfammlungen dagegen werden im Zuge der ideologischen Festigung Beschimpfungen und Drohungen ausgestoßen: wenn man nach dem Sieg der Russen die Macht habe, werde man den Kapitalisten nichts tun, aber „ihr Agenten des Feindes der Arbeiterklasse . . .“ Die KPD-Sekretäre geben damit ihren Bankrott zu, ihre Unfähigkeit, aus eigener Kraft die Revolution zum Siege zu

Wie wird die Apathie der Arbeiterklasse überwunden?

„Daß die gegenwärtige Apathie nicht auf theoretischem Wege überwunden werden kann, darin hast Du ganz recht. Ich generalisiere diesen Satz sogar dahin, noch niemals ist eine Apathie auf rein theoretischem Wege überwunden worden. Die Massen werden nicht nur praktisch, sondern auch geistig nur durch die Siedehitze der tatsächlichen Ereignisse zu Fluß und Bewegung hingerissen.“

Doch glaube ich, daß man jetzt etwas tun kann: Man kann eine mehr oder weniger große Zahl Proletarier theoretisch bilden und in diesen in möglichst vielen Städten dem Proletariat Vertrauensmänner und geistige Mittelpunkte für künftige Bewegungen erzeugen, welche dann verhindern, daß sich das Proletariat nochmals zum Chorus für die bürgerlichen Helden hergibt. Diese Proletarier können vermöge der Höhe und Klarheit geistigen Bewußtseins, das man in ihnen zu entwickeln weiß, und vermöge des unmittelbaren Anhangs und Einflusses, den sie als Arbeiter unter den Arbeitern haben, überaus wichtig und heilsam in künftigen Bewegungen wirken; wenige Proletarier können so häufig für eine ganze Stadt sprechen.

Was aber nun jene gegenwärtige Apathie betrifft, so hat ihre 12. Stunde geschlagen. Gewaltige politische Ereignisse sind in unmittelbarem Anzuge.“

Lassalle in einem Brief an Karl Marx, 1854

führen: sie warten auf die Ruffen, die es machen sollen. Aber was sollen wir tun, wenn das noch 10-15 Jahre dauert? Sollen wir im kapitalistischen Chaos sterben und verderben? Wir wollen gar nicht von den Schwierigkeiten sprechen, die aus einer solchen Befreiung von außen und von oben sich ergeben müßten, oder von der Tatsache, daß gerade die Formen dieser Befreiung Millionen deutscher Arbeiter ins Lager des Reformismus und des Kapitalismus getrieben haben.

Kommunisten halten es mit Marx und Engels: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Der Weg dahin führt weder über die reformistischen Bettelweiser in Bonn, noch über das Warten auf die Ruffen. Unterfuchen wir statt dessen die Ursachen des Niedergangs der Arbeiterbewegung, fuchen wir neue Kampfformen, die den neuen Verhältnissen entsprechen! Aus den ersten kleinen Kampferfolgen wird wieder das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Kraft wachsen. Dann werden die wütembergischen Arbeiter wieder wie so oft bisher an der Spitze der proletarischen Bewegung marschieren.

Lenin über die proletarische Partei und die Jugend

„Ist es nicht natürlich, daß bei uns, in der Partei der Revolution, die Jugend überwiegt? Wir sind die Partei der Zukunft, die Zukunft aber gehört der Jugend. Wir sind die Partei der Neuerer, den Neuerern aber leistet die Jugend immer gern Gefolgschaft. Wir sind die Partei des aufopfernden Kampfes gegen die alte Fäulnis, zum aufopferungsvollen Kampf aber wird stets die Jugend als erste bereit sein.“

Lenin, Die Krise des Menschewismus

SED-Führung und Nachwuchs Es ist offensichtlich, daß Besatzungsmacht und SED-Führung der Jugend große Aufmerksamkeit widmen und sie planmäßig für die Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu mobilisieren versuchen. Dies zeigen der verstärkte Einbau von FDJ-Funktionären in führende Partei- und Staatsfunktionen, der allgemeine Ruf nach Verjüngung der Leitungen in SED und Gewerkschaften, die materielle Unterstützung der FDJ aus Staats-, Partei- und Gewerkschaftsmitteln, ihre Privilegierung in Bezug auf Sport usw.

Wie bei allen politischen Erscheinungen in der Ostzone, muß auch in der Beurteilung der Jugendfrage zwischen den progressiven und den konterrevolutionären Seiten der Erscheinung unterschieden werden.

Es ist der natürliche Drang der Jugend, sich zu Sport und Spiel und auf der höheren Entwicklungsstufe zum Lernen, zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben zusammenzufinden. Die Jugend drängt nach dem Neuen, nach schöpferischer Tätigkeit, nach einem Feld für die Entfaltung der ihr eigenen Initiative. Das hat die SED-Führung gut verstanden, und niemand kann ihr einen Vorwurf daraus machen, daß sie die in der Jugend schlummernde Begeiferungsfähigkeit freizulegen und auf konkrete Aufgaben zu lenken versucht. Die neue Aufgabenstellung einer Partei nach der Machtübernahme

- und eine ähnliche Funktion übt die SED ja aus - wie auch der natürliche Verdienst des Funktionärkörpers verlangen die Auffüllung und Verbreiterung der Kader. Das einzig mögliche Reservoir ist die Jugend. Eine Partei, die diese grundlegende Frage nicht erkennt, gefährdet die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Eine der konterrevolutionären Seiten in der Behandlung der Jugendfrage macht sich in den letzten Monaten stärker bemerkbar: das bewußte Auspielen junger gegen alte erfahrene Funktionäre, die Ablösung kritischer, also unzuverlässiger Elemente durch unkritische, „feste“, linientreue Jugendliche. Diese Art von Kaderpolitik ist gesichert durch die große Zahl von Parteiführern, denen einige elementare Kenntnisse des Marxismus und die Phrasologie der aktuellen Politik der Linie beigebracht wurden, sowie durch die Stalinshüler unter den entlassenen Kriegsgefangenen, die mit einem Rezept über die Verwirklichung des Sozialismus, mit neobolschewistischer Überheblichkeit und der dazugehörigen „Festigkeit gegenüber ideologischen Abweichungen“ auf die Arbeiterklasse losgelassen werden. Beiden Kategorien fehlt die Kenntnis der wirklichen Probleme der deutschen Arbeiterbewegung und die Fähigkeit, die auf jeder Parteischule verkündete These: „Der Marxismus ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln“ in der Wirklichkeit anzuwenden. Natürlich müssen ihre praktischen Erfolge begrenzt bleiben. Das reicht aus, um die Partei- und Staatsbürokratie auszubauen, die politischen Absichten der Führung organisatorisch zu lösen, die Arbeiter zu beherrschen; aber es gelingt nicht, die Arbeiter zu mobilisieren.

Nun kann man von der Führung der SED, die in der Vergangenheit versagte und sich auch heute wieder unfähig zeigt, eine richtige proletarische Politik zu führen, nicht erwarten, daß sie einen Nachwuchs heranbildet, der über ihr eigenes Niveau hinausgeht. Als direkt schädlich muß jedoch die Unterdrückung jedes klärenden Meinungs austausches, die Beseitigung der letzten Reste innerparteilicher Demokratie mit Hilfe und unter Mißbrauch der Jugend bezeichnet werden.

Auch die Ausnützung der Begeisterung der Jugend für die Züchtung eines Byzantinismus, der die Masse der Arbeiter abstoßt, muß kritisiert werden. Mit Fanfarenmärschen, Vorbeimärschen am Präsidenten der DDR, Fahneinmärschen allein läßt sich wohl ein Strohfeuer anzünden, aber keine echte, tiefgreifende, zu Aktionen führende Begeisterung. Gerade damit sieht es aber nach wie vor schlecht aus in der Ostzone. Die Masse der werktätigen Jugend, ob in- oder außerhalb der FDJ, steht skeptisch abwartend beiseite. Zu stark sind die Widersprüche zwischen proklamierter Politik und Wirklichkeit. Dort, wo Aktionen deutlich sichtbare Erfolge versprechen, gibt es Beispiele echten Zupackens und neuer Arbeitsmoral, die andeuten, wessen die Jugend der Ostzone bei einer richtigen Politik fähig wäre. Die besten Elemente dieser Jugend drängen nach der Überwindung des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis, nach der selbständigen Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie und der Verteidigung der kommunistischen Grundsätze. Das beweist die Opposition von Arbeiterstudenten an der sozialwissenschaftlichen Fakultät in Jena und ihre terroristische Liquidierung.

Aufgabe der Kommunisten ist es, die Synthese zwischen Erfahrungen und Kampfwillen der alten und Begeisterungsfähigkeit und Kampfkraft der jungen

Arbeiter zu schaffen. Die offene Diskussion der Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der Vergangenheit und der notwendigen Lehren für die Gegenwart ist die Grundvoraussetzung für die Heranbildung eines kommunistischen Nachwuchses, der fähig ist, gemeinsam mit den Alten den Berg zu überwinden, der zwischen der Parallele der Arbeiter von heute und ihrer hellen sozialistischen Zukunft liegt.

Aus der Arbeiterbewegung

Einem Bericht aus Heidelberg entnehmen wir:

„Daß die kampfgewillte Jugend sich in der SPD nicht wohlfühlt, ist verständlich. Der recht junge Ortsvereinsvorsitzende der SPD in Handfuhlsheim - Heidelberg erklärte dies bei einer Generalversammlung treffend:

»Genossen, ich habe das Gefühl, als gelänge es unserer Partei nicht, das richtige Gesicht aufzusetzen. Wir leiden an Konzeptlosigkeit. Darum können wir sachliche Erfolge nicht zu ideologischen Erfolgen machen...«

Mit diesem Gefühl ist er auf dem richtigen Wege, obwohl er noch Erfolge sieht. Wie diese Erfolge aussehen?

»Wir konnten mit Erfolg viele Genossen in Wohnraumfragen unterstützen. - Es gelang, den wichtigen Posten des Feuerwehrdirektors durch einen SP-Mann zu besetzen.«

Welch unfreiwillige Selbstironie und Symbolik: Feuerwehrdirektor!

Dr. Schumacher ist mit diesem Feuerwehrposten nicht zufrieden. Er hat Angst schon vor dem kleinsten Feuerchen. Wenn die FDJ zu Pfingsten in Berlin demonstrieren wird, sieht er jetzt schon Gefenster und fordert „gegen kommunistischen Putzversuch wirkliche Maßnahmen der westlichen Alliierten. Mögliche Zwischenfälle können nur vermieden werden, wenn alliierte Panzer an allen Zufahrtsstraßen stehen.“

Schumacher hat Angst vor demonstrierenden jungen Arbeitern und sucht Schutz hinter alliierten Panzern. Das ist kein Kampf gegen die alliierte Bevormundung! Der Bundespräsidentenkandidat der SPD und der KPD entpuppt sich!

Bergarbeiterstreik in Bodum Aus Protest gegen die Wiedereinstellung des Bergaffektors Sonnenschein haben rund 1200 Bergarbeiter der Zechen Klosterbusch gestreikt. Eine Beurlaubung bis zur Klärung des Falles hat die Belegschaft abgelehnt. Sonnenschein war während des Krieges Gauobmann der DAF und hat sich dabei gegen deutsche und ausländische Arbeiter rücksichtslos benommen. - Nach 3 Tagen Streik lehnten die Arbeiter ihren Willen durch: Sonnenschein bleibt draußen!

Schlagende Argumente Einem Bericht aus Frankreich entnehmen wir: Beim Lenin-Zirkel der Trozkisten sprach der ehemalige Trozkist Delmas über seine Jugoslawienreise. Er hatte als erster französischer Journalist eine Unterredung mit Tito. - Zu dieser gut besuchten Veranstaltung hatte die KPF ihren Studenten-Stoßtrupp entsandt, der mit gut 150 Mann den Saal besetzt hatte. Als Delmas das Wort ergriff, begannen diese Mutterföhnchen und verhinderten Intellektuellen einen Sturmangriff von Unterbrechungen und Schimpfereien. Als nach 20 Minuten die Ordner eingriffen, um Ruhe zu schaffen, verduftete ein Teil der Mutterföhnchen, einige hielten die Schnauze, der Rest griff zu den Stuhlbeinen. Saalfehldacht nach allen Regeln der Kunst im SA-Stil. Nach 10 Minuten waren die Friedenskämpfer trotz ihrer Stuhlbeine mit blutenden Nasen auf der Straße. Nun konnte die Versammlung - bei noch immer vollem Saal - in Ruhe zu Ende

geführt werden. - Die Humanität beschimpfte in ihrem Bericht die anwesenden Arbeiter als Titofaschisten und nannte die zur proletarischen Ordnung gebrachten Parteifolgende Friedenskämpfer. Die Arbeiter hatten zwar zerrissene Hosen und einige verbeulte Köpfe, aber führten die Diskussion in Ordnung durch. Dagegen die Friedenskämpfer standen draußen, beschimpften sich gegenseitig und versprachen sich dann, es das nächste Mal besser zu machen. Die Humanität machte daraus einen Sieg. Es war in wenigen Monaten das zweite Mal, daß die italienistischen Stoßtrupps als Gefchlagene aus trozkistischen Verfammlungen abziehen mußten!

(Fortsetzung von Seite 2)

Einige Lehren aus Salzgitters Existenzkampf

in Aussicht gestelltes besseres Verhandlungsergebnis abzuwarten. Wenn Vernunftgründe entscheiden konnten, wäre das Argument Robertsons, es gehe bei dieser Demontage um die Vernichtung deutschen Rüstungspotentials, kinderleicht zu widerlegen anhand der Gegenargumente des Betriebsrats und der Werksleitung. Aber es geht nicht um Vernunftgründe. Es geht um die materiellen Interessen einer kapitalistischen Mächtigkeitsgruppe, die aus Selbsterhaltungstrieb auch vor dem Weg über Leiden nicht zurückfährt - es sei denn, daß eine größere Kraft ihr diesen Weg versperrt.

Die Sturmtage von Salzgitter haben erst einen Teil dieser größeren Kraft sichtbar gemacht. Sie hat ausgereicht um den eisernen Vorhang des Schweigens über dem Hungergebiet zu zerreißen und die himmelführende Not ins Blickfeld der Arbeiterchaft Deutschlands und darüberhinaus zu stellen. Die Kampfkraft dieses Teils hat dem Gegner die Grenzen seiner Macht erst angedeutet. Mehr noch nicht. - Aber andererseits hat der Kampf den Arbeitern das Bewußtsein ihrer eigenen Kraft geweckt. Daß ihr erwachter Widerstandsgedanke nicht gebrochen ist, zeigt ihre oft ausgedrückte Bereitschaft, notfalls mit Frauen und Kindern aufzumarschieren zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Das Heulen der Sirenen, mit dem die Arbeiter, die am Mittwoch wieder aufgenommenen Sprengungen begleiteten, ist ebenso ein Zeichen weiterer Wachsamkeit. Daraus ergibt sich die zwingende Pflicht für die gesamte Arbeiterchaft und alle Werktätigen Deutschlands, den Arbeitern von Salzgitter Hilfe zu leisten. Denn ein noch so opferbereiter Teil der Arbeiterklasse kann die notwendige Kraft zum Siege über die zusammengeballte Kraft kapitalistischen Irrsinns nicht aufbringen. Die ganze Arbeiterklasse mit all ihren Bundesgenossen muß mobilisiert und eingesetzt werden.

Alle Parteien bieten sich als Bundesgenossen gegen die Demontage an. Aber die offene Feindschaft der Arbeiter von Salzgitter gegen die DRP und ähnliche Gebilde beweist, daß sie begriffen haben, daß man sich gegen gewisse „Freunde“ schützen muß, um gegen die Feinde siegen zu können. Gewiß kämpfen auch die dunklen Gestalten der immer frecher auftretenden Reaktion gegen die Demontage und für die Lockerung der Fesseln, die der deutschen Wirtschaft durch die Besatzungsmächte angelegt sind. Aber Gründe und Ziele ihres Kampfes sind denen der Arbeiter genau umgekehrt. Mit ihren demagogischen Reden vom gemeinsamen Schicksal des deutschen Volkes, mit ihrem heuchlerischen Appell zur Einheit (d. h. zur Einstelllung des Klassenkampfes gegen ihre schamlose Ausbeutung) versuchen sie die werktätigen Massen, wie im Ruhrkrieg 1923, für ihre Klassenziele einzufangen. Sie möchten wieder selbst „Herr im Hause“ sein und den aus den Arbeitern gepreßten Profit allein haben, statt diesen mit den alliierten Kapitalisten zu teilen. DRP, CDU und alle bürgerlichen Parteien sind sich trotz unterschiedlicher Methoden im Volksbetrug darin einig, die Betriebe vor der

Demontage zu retten, um sie zur Erzeugung ihres Profites auf Kosten der Werktätigen auszunutzen und sie rücksichtslos stillzulegen, sobald der notwendige Gewinn ausbleibt. - Sie alle können also keine Bundesgenossen der Arbeiter sein, die mit dem Ziel der Übernahme der Betriebe in die Hände der Gefellshaft kämpfen müssen, um die Betriebe ihrem wirklichen Zweck dienstbar zu machen: der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes. Ihr Klasseninteresse zwingt die bürgerlichen Parteien zu unverfönllichem Kampf gegen die elementarsten Lebensinteressen der Werktätigen.

Aber es gibt innerhalb der bürgerlichen Parteien, besonders in der CDU, proletarische Schichten, die als Bundesgenossen gewonnen werden können und müssen. Salzgitter hat erneut bewiesen, daß der Kampf für die unmittelbaren Lebensinteressen die einzig tragfähige Basis bildet, auf der sich alle Ausgebeuteten ohne Unterschied ihrer persönlichen Auffassungen vereinigen können. Hier gibt es zwischen christlich, sozialdemokratisch oder kommunistisch denkenden Werktätigen keinerlei Hindernis für gemeinsames Handeln. Nur auf dieser Basis ist die Einheit aller Werktätigen möglich. Wer diese Basis preisgibt, sabotiert das Werden der Einheit.

Der DGB Vorstehende Boedker rät als logische Folge seiner sonderbaren Gewerkschaftspolitik vom Kampfe ab. Es ist der Verzicht auf den Kampf für die Verteidigung der proletarischen Klasseninteressen und Zerstörung der Basis einer wirklichen Gewerkschaftseinheit. Das wirkt um so schlimmer, wenn obendrein von den DGB-Spitzen, den Betriebsräten und Funktionären, die sich für die Durchführung der eigentlichen Gewerkschaftsaufgaben einsetzen, mit Funktionsenthebung und Ausschuß gedroht wird. - Die SPD-Führung betreibt keine bessere Politik. Schumacher verspricht zu helfen, aber Kopf hilft den Engländern, den Kampf zu lokalisieren. Und die SPD-Journalisten hetzen gegen die mutigen Vertrauensleute der Arbeiter von Salzgitter.

Auch die KPD-Politik erweist sich als gefährliches Hindernis, hauptsächlich wegen ihrer kritiklosen Unterordnung unter die russische Befatzungspolitik, die es ihr unmöglich macht, die Demontagen der Westmächte konsequent zu bekämpfen und sich das Vertrauen der Mehrheit der deutschen Arbeiter zu erobern. Sie versucht ihren sinkenden Einfluß bei den Arbeitern durch Gewinnung kleinstädtischer Elemente mit Hilfe der Propagierung der „Nationalen Front“ zu ersetzen. Das kann nur zur Verstärkung der Illusionen beitragen, die von den Bürgerlichen bewußt in die Arbeiterköpfe hineingepaukt werden.

Heute verlagen die Führer der Arbeiterparteien genau wie vor 1933. Wie weit die KPD die Arbeiterköpfe verwirrt, zeigte sich in Gebhardshagen, wo ein KPD-Mitglied dem DRP-Richter mit Handschlag versicherte, mit ihm weitgehend einverstanden zu sein. Aber das Gesamtergebnis des Kampfes im Salzgittergebiet zeigt, daß die Massen mehr gelernt haben als ihre Führer. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß in der deutschen Arbeiterklasse trotz aller Hindernisse die Erkenntnis des richtigen Weges wächst.

Notwendig ist, daß überall in Deutschland, wo es Arbeiter gibt, die sich ihrer Klasse gegenüber verantwortlich fühlen, das Gewissen breite: Arbeiterschichten wachgerufen und diese zu Solidaritätsaktionen für Salzgitter mobilisiert werden. Gewerkschafts- und Betriebsfunktionen müssen ausgenutzt werden, um den Druck auf die zaudernden Spitzen zu verstärken. Über Salzgitter darf nie wieder der Vorhang des Schweigens fallen. - Solidarität mit Salzgitter!

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 7

1. Aprilhälfte 1950

Preis: -,20 DM

Betriebsrätewahlen 1920 - 1950 Am 20. Januar 1920 protestierten die klassenbewußten Arbeiter Berlins unter Aufopferung von 19 Toten und 100 Verwundeten vor dem Reichstag gegen die Annahme des Betriebsrätegesetzes, dessen erklärter Zweck es war, den kapitalistischen Betrieb „vor Erschütterungen zu bewahren“. Der Oberdarmmacher Dr. Vogler sagte in seiner Reichstagsrede, mit dem damaligen ADGB-Vorsitzenden Gustav Bauer darin einig zu sein, daß die BR nur Unruhe in den Betrieb bringen könnten. Für sie war deshalb das BR-Gesetz nur das Mittel, um die proletarische BR-Bewegung in der bürgerlichen Weimarer Verfassung zu „verankern“, d. h. bewegungslos zu machen. Alles, was ihnen möglich war, haben die kapitalistisch-reformistischen Arbeitsgemeinschaftspartner getan zur Bevormundung und Drosselung der BR. (Fortsetzung Seite 15)

Republikchutzgesetz in Sicht Die Presse beginnt die Öffentlichkeit auf ein neues Meisterwerk der Bonner Verfassungsschutzengel vorzubereiten. Der Wechselbalg der weltdeutschen Befatzungsdemokratie bedarf des Schutzes vor feinen Feinden. Nimmt man die Worte der Regierung für bare Münze, so geht es um die Schaffung rechtlicher Handhaben, die es den Behörden ermöglichen sollen, die Nazis am Kragen zu packen. Indessen haben Befatzung und Behörden soviel Mittel, wie sie wollen, um der braunen Auferstehung zu begegnen. Woran es mangelt, ist der Wille, sich ihrer zu bedienen. Auch die SPD-Führung schwindelt den SPD-Arbeitern vor, es handle sich um Maßnahmen gegen die immer frecher vorstoßenden neonazistischen Parteien und Gruppierungen. Was es mit diesen Ausflüchten auf sich hat, zeigt die provokatorische Milde, mit der Hedler und seine Spießgefellen bedacht werden. Der ganze Rattenschwanz politischer Prozesse der letzten Zeit, in denen die allergrößten Nazisdurken bestraft werden sollten, artete in Komödien aus, bei denen sich die Betroffenen, den antikomunistischen Wind spürend, ins Fäustchen lachen. Die neugebackene Demokratie hat nämlich ihre ganze Richterstippe aus dem 3. Reich einfach übernommen, und das war keine schlechte Schule für den Schutz der kapitalistischen Klassengesellschaft. Dieselben Veteranen des Paragraphenschutzengels werden morgen das Republikchutzgesetz in der Hand haben.

Was ein Republikchutzgesetz ist, wissen die Arbeiter aus der Weimarer Zeit. Schon damals sollte es die „demokratischste Republik der Welt“ gegen die Nazis verteidigen. Praktisch aber war es ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten und alle Arbeiterorganisationen. Es war ein Schritt weiter auf dem Wege des Abbaues der demokratischen Rechte der Werkfätigen und ihrer

Auslieferung an den Faschismus. Folgerichtig war sein Ende. 1933 wurde es durch das „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ ersetzt.

Was man heute will, setzt die britisch kontrollierte „Welt“ vom 9. 3. auseinander:
„Das Republikschutzgesetz unseligen Angedenkens vermochte den Bestand des Staates nicht zu schützen. Es war eine Halbheit. . . Es reichte nicht aus, um vom Tatbestand und vom Strafmaß her genügend scharfe Waffen für den Verteidigungskampf zu liefern.“

Das unselige Angedenken rührt also von der ungenügenden Bestrafung revolutionärer Arbeiter her. Dieser „Halbheit“ gegenüber war das Nazigesetz „zum Schutz von Volk und Staat“ allerdings ganze Arbeit! Das geplante Gesetz beseitigt diese Schwächen. Es ist wesentlich elastischer geworden:

„Es läßt sich nicht auf eng begrenzte Tatbestände ein, durch deren Mafßen die gefährlichsten Elemente mit Eleganz hindurchlavieren. Es wendet sich vielmehr gegen alle Pläne zur Verletzung der Verfassung und gegen alle Handlungen, die direkt gegen das Grundgesetz gerichtet sind. Bei diesem frühen Beginn der Strafbarkeit ist es möglich, jene Agentennebe zu fassen . . .“

Das ist absolute Willkür in der Bestimmung dessen, was strafbar ist. Die auf den klar umrissenen Tatbestand so stolze bürgerliche Rechtsprechung verzichtet auf ihre eigenen Postulate, wenn es gilt, die Arbeiterklasse zu knebeln.

Noch ist der ziemlich umfangreiche Entwurf der Öffentlichkeit nicht bekannt. Doch reicht die Aufstellung der „Welt“ aus, um den reaktionären Streich ins rechte Licht zu rücken.

Als erstes wird der „Friedensverrat“ bestraft. Danach soll u. a. „Kriegshetze, Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker durch Aufstellung unwahrer Behauptungen“ mit Zuchthaus bestraft werden. Es liegt auf der Hand, daß Bonn nicht den amerikanischen Imperialismus meint. Dagegen kann man anhand solcher Kaufstrichparagrafen jede antiimperialistische Propaganda mit Zuchthausstrafen belegen. Klassenkampf (der Arbeiter, nicht der Kapitalisten!) ist auch Verrat am sozialen Frieden. In der Politik „Unwahrheit“ bestrafen, läuft einfach auf Bestrafung des politischen Gegners hinaus. Sogar die „Welt“ sieht sich veranlaßt, mit erhobenem Zeigefinger zu warnen, „der Mißbrauch des Gesetzes könnte auch eine verantwortliche Presse treffen“.

Im Hochverratsartikel erscheint ein neues Ungetüm: „Verfassungsstörung“, die so definiert wird:

„Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder rechtswidrig zu stören oder zu ändern, insbesondere wer eine auf dieses Ziel gerichtete Propaganda betreibt oder hierfür Pläne ausarbeitet oder Listen über Gleichgesinnte oder Gegner aufstellt oder Geld, Schriften oder andere Hilfsmittel bereitstellt, wird wegen Verfassungsstörung mit Gefängnis bestraft.“

Jede Demonstration, jede Versammlung, jeder „wilde“ Streik wäre eine solche Verfassungsstörung. Vor kurzem hieß es, man diskutiere im Justizministerium die Verfassungsmäßigkeit der KPD. Offenbar liegt hier das Resultat der Debatte vor; denn jede Arbeiterpartei kann mit diesem Artikel vom Fleck weg verboten werden.

Daneben darf in diesem Ausbund demokratischer Freiheiten nicht die Bestrafung der „Herabwürdigung des Staats und der Staatsorgane“ fehlen.

Der DGB geht der Reaktion mit gutem Beispiel voran, indem er die Kommunisten ins eigene Haus eröffnet. Er verlangt von den „Trägern der verfassungsmäßigen Gewalt“, gegen den Radikalismus einzuschreiten. Die SPD ist natürlich mit allem einverstanden. Die weiterführende Besonderheit ihres Standpunktes liegt im Wunsche, das Schutzgesetz als Sondergesetz und nicht als Änderung des Strafgesetzbuches annehmen zu lassen. Das zeigt den SPD-Arbeitern wieder einmal, daß die Opposition zur Regierung, in der sich ihre Führung augenblicklich gefällt, nichts weiter ist als Lug und Trug.

Die deutschen Arbeiter müssen sehen, um was es geht. Nicht allein die KPD wird von diesem famosen Gesetzesentwurf bedroht. Rasch verschlechtert sich die proletarische Lebenshaltung. Die Arbeitslosenziffern schnellen in die Höhe. Demontagen, Ruhr- und Besatzungstatut lassen die kümmerliche Existenzbasis Westdeutschlands immer mehr eindrumpfen. Schon grollt es dumpf in den werktätigen Massen. Was Bourgeoise, Besatzung und Bonner Regierung mehr als alles andere fürchten, ist der Beginn großer Kampfaktionen der breiten Massen. Hier wollen sie der Arbeiterklasse vorföhrlich Handföhren anlegen. Nur von der Kampfbereitschaft des Proletariats wird es abhängen, ob die reaktionären Bäume in den Himmel schießen dürfen.

2 Spitzenleitungen des DGB-Vorstandes

Während in Westdeutschland die Arbeiter versuchen, sich ihrer Haut zu wehren und zum Teil in machtvollen Aktionen ihren Kampfwillen zeigen, hat der DGB-Vorstand seine Sorgen. Nicht die, wie er die organisierte Kraft der 5 Millionen als Hilfe für die Salzgitterarbeiter einsetzen könnte, nicht den Kampf gegen die Kapitaloffensive, nicht die bittere Not der Millionen Kriegs- und Sozialrentner. Er nimmt Stellung gegen Maiaufmärsche und gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften.

Im Rundschreiben Nr. 16/50 des DGB-Bundesvorstandes vom 8. 2. liest man:

„Es scheint uns wichtig und notwendig, darauf hinzuweisen, allen Feiern, insbesondere eventuellen öffentlichen Kundgebungen, den noch im vergangenen Jahre gelegentlich zu beobachtenden militaristischen Charakter zu nehmen. . . Es sollten auch tatsächlich keine aufmärschähnlichen Umzüge unter Vorantritt von Marschkapellen veranstaltet werden. Wir wollen an diesem 1. Mai unter Beweis stellen, daß man auch mit einer zivilen Ordnung eindrucksvolle Kundgebungen durchführen kann. . . gez. Georg Reuter“

Die Maiaufmärsche der Arbeiter militaristisch?! Ist das nicht eine unerhörte Provokation der besten Tradition der klassenbewußten deutschen Arbeiter? Und das in einer Zeit, in der die wirklichen Militaristen sich wieder sammeln und immer frecher ihre Forderungen – erst auf Ruhegehälter, dann auf Betätigungsmöglichkeiten – erheben. So spricht eine Gewerkschaftsföhrung, belastet mit der schändlichen Tradition der alten Reformisten, die auf den antimilitaristischen Kampfcharakter des 1. Mai oft genug verzichtet hat (1915–18, 1929, 1933), die in der WdA sich offen zum Krieg gegen die Welt des Sozialismus bekannte. – Aus dieser Anweisung spricht die Angst der Gewerkschaftsföhrung vor dem Marschtritt der Arbeiter, der den Marschierenden wieder das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Klassenkraft gibt. Diese Föhrung will keine machtvolle Demonstration der proletarischen Kraft. Sie will nur damit drohen und in den sicheren Kämmerlein von Bonn und

Düsseldorf mit den Kapitalisten kühn handeln. Jeder Verhandlungspartner weiß aber, daß die DGB-Führer nicht gewillt sind, ihre ständigen Drohungen in die Tat umzusetzen. Daher werden die Drohungen nicht ernst genommen, sie sind entwertet.

Dem Klassengegner imponiert nur eins: die Kraft der Arbeiterklasse. Zeigen wir sie am 1. Mai durch machtvolle Aufmärsche unter den Lofungen des proletarischen Klassenkampfes, unter den roten Fahnen des Sozialismus und der proletarischen Revolution. Das ist die beste Antwort auf die Beleidigung der deutschen Arbeiter durch den DGB-Vorstand.

+

Eine Sonder Sitzung des DGB-Bundesausschusses hat sich mit der politischen Lage befaßt. Anschließend erklärte Dr. h. c. Böckler am 6. März:

„Die Gewerkschaften sind entschlossen, Abwehrmaßnahmen gegen das gewerkschaftszerstörende Treiben der KP zu treffen. Der Bundesausschuß habe sich eingehend mit diesem Treiben beschäftigt. Der DGB könne es nicht länger dulden, daß einzelne politische Fanatiker in seinen Reihen eine zerstörende Tätigkeit ausüben oder Weisungen der KP entgegennehmen und ausführen, die gewerkschaftsschädigend sind. Dies bedeutet nicht einen generellen Ausschluß der KPD-Mitglieder aus dem DGB. . . Böckler vermutet, daß die am 27. März beginnenden Betriebsrätewahlen bereits Anlaß geben werden, KPD-Funktionäre zu fassen oder ihnen ihre Tätigkeit zu verbieten.“

Zwar beschäftigt sich der DGB „auch“ mit der Gefahr von rechts, die aber ganz vorsichtig umschrieben wurde. Gegen diese Gefahr appelliert er an die Bundesregierung, die „einer Gefahr entgegentreten soll, die eine Wiederholung der Vorgänge von 1933 befürchten läßt“. Das heißt fürwahr den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Die Bundesregierung, die den Hedler Freispruch billigte, voller Nazibeamter ist, die mit den Nazigenerälen verhandelt und sie wie kleine Fürsten abfindet, die die Hausknechtsaufträge der Befatzungsmächte, die die faschistische Untergrundbewegung („Katakomben Scheinwerfer“, „Werwolf“, „Bruderschaft“) als nicht gefährlich ansehen, übernimmt, soll gegen die faschistische Gefahr vorgehen! Der DGB muß zugeben, es bestehe die Gefahr, daß der Verwaltungsapparat zum „legalen Organ der Verschwörer gegen Demokratie und Verfassung“ werde. Aber an die Leitungen dieses Verwaltungsapparates, die Regierungen in Bonn und den Ländern, wendet sich der DGB, sie sollten die Entwicklung zu einem neuen 1933 aufhalten!

Schöne Arbeitsteilung: Bonn „kämpft“ gegen die Neofaschisten – daraus kann natürlich nichts werden –, der DGB-Vorstand gegen die Kommunisten. Zwar kann sich die Entwicklung unter der anglo-amerikanischen Befatzung nicht in den Formen von vor 1933 vollziehen. Aber die Gewerkschaftsführung trägt redlich ihr Teil bei, daß der 1933er Weg beschritten wird. Sie schreit und kämpft wie damals: Der Hauptfeind sind die kommunistischen Arbeiter.

Die Begründung dieses Ausnahmegesetzes gegen kommunistische Arbeiter ist mehr als fadensteinig. Es kann keine einzige gewerkschaftsschädigende Handlung der Kommunisten genannt werden. Aber Böckler vermutet – er hofft –, daß die kommenden Betriebsratswahlen Gelegenheit zu Einzelausschlüssen bringen werden. Woher weiß er, daß die Kommunisten statutenwidrig handeln werden? – Die SPD und die CDU haben offen organisierte

Fraktionen im DGB – das ist ihr gutes Recht. Denn jede politische Richtung will ihre Auffassungen in den Massenorganisationen durchsetzen. Sie wurden von Böckler selbst als solche anerkannt, indem er in München eine stärkere Vertretung des CDU-Flügels im Bundesvorstand verlangte! Nur wir kommunistischen Arbeiter sind Mitglieder zweiter Klasse.

Der DGB-Vorstand, der sonst die Kommunisten mit einer Handbewegung abtut, muß doch mächtig Angst haben vor der Werkkraft wirklich kommunistischer Politik. Auch diese Angst und die organisatorischen Maßnahmen zeigen, daß der DGB mit großen Kämpfen rechnet und sich vorbereitet – auf seine Weise: Säuberung der Organisation von ihren aktivsten Kämpfern!

Leider hat die KPD durch ihre Gewerkschaftspolitik seit 1945 dieser Diktatur des DGB-Vorstandes Vorhub geleistet. Sie hat

1. die reformistische Gewerkschaftspolitik unterstützt (Wirtschaftsdemokratie, Wirtschaftsaufbau, Mitbestimmungsgesetz);
2. die Einheit mit den christlichen Gewerkschaftsführern als große Errungenschaft hingestellt;
3. jede Fraktionsarbeit abgelehnt;
4. unsere Genossen denunziert, weil sie diese Fraktionsarbeit organisierten.

Der Dank der Reformisten ist der Fußtritt – wie zu erwarten war.

Wahrscheinlich wird diese ideologische Vorbereitung der „kommunistischen“ Gewerkschaftsfunktionäre jetzt dahin führen, daß mancher vor den Reformisten zu Kreuze kriecht, vielleicht mit der Begründung, er wolle sich tarnen. Es gibt heute keine Tarnung. Ein Kommunist muß als Kommunist auftreten, sprechen und handeln – oder er ist keiner. Daß er sich dabei an die Satzungen der Gewerkschaft hält, ist selbstverständlich.

Wir müssen überall die Tradition proletarischer Demokratie in der Arbeiterbewegung vertreten, sie gegen die Amerikanisierung verteidigen. Dazu gehört das Recht jedes Arbeiters, seine Meinung in allen proletarischen Organisationen zu vertreten. Dazu gehört auch das Recht auf Fraktionsbildung in den Gewerkschaften. Auf dieser Linie werden wir viele ehrliche sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter für die gemeinsame Verteidigung der demokratischen Rechte der Gewerkschaftsmitglieder gewinnen, da auch sie mit der Politik des DGB-Vorstandes äußerst unzufrieden sind. Mit ihnen zusammen müssen wir die gemeinsame Kampffront gegen Kapitaloffensive und neofaschistische Gefahr bilden, die schließlich die reformistischen Führer vorantreibt oder beiseiteschiebt.

Das Ziel der Gewerkschaftsführer

„Wenn auch das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 nicht in idealer Vollkommen-

heit die Wünsche der Beteiligten erfüllte, so kann rückschauend doch festgestellt werden, daß es sehr wesentlich zur Befriedigung und Beruhigung der Verhältnisse beigetragen hat.“ (Die Quelle, Funktionärorgan des DGB, Januar 1950, Seite 35)

Dieser Gedankengang ist typisch für die heutigen Gewerkschaften. Das Gesetz sorgte für Beruhigung. Das ist goldeswert. Heute will man wieder für Ruhe und „Ordnung“ sorgen. Vielleicht führt es wieder zum Nazismus? Wenn die Gewerkschaftsführer auch nicht aus der

Geldsichte gelernt haben, daß ihre Beruhigungsarbeit zu Hitler führte, so werden sie aber doch gelernt haben, wie man das nächste Mal in Amt und Würden bleibt.

Milliardenprofite und Millionengeschenke Wirtschaftliche und politische

Konsolidierung des Kapitalismus in Westdeutschland gehen Hand in Hand. Die politische Konsolidierung wird u. a. gekennzeichnet durch die Funktionsübertragung an Bonn, die Remilitarisierungsforderungen, die Neuorganisation der Offiziere und Nazibeamten, ihr immer frecheres Auftreten. Die wirtschaftliche Konsolidierung wird leider von den Arbeitern nicht so beachtet, weil sie Geschäftsbilanzen, Börsenkurslisten, Steuerfragen meist nicht lesen. Aber einige Tatsachen sind doch wert, kurz berichtet zu werden.

DM-Bilanz Theoretisch hätte dem Geldschnitt bei der Währungsreform ein Kapitalschnitt bei den Kapitalgesellschaften folgen müssen.

Aber hier gab's keine Abwertung 16:1, sondern sehr viele Umstellungen 1:1. Zwar ließen Krieg, Bomben, Demontagen, Verlust von Betrieben in von Hitler okkupierten Gebieten, Enteignungen in der Ostzone Substanzverluste erwarten. Dennoch sehen wir diese günstige Umstellung, bei der also die Aktienbesitzer ihren vollen Besitz erhalten haben. Eine Zusammenfassung von 25 Gesellschaften, die ihre Umstellungsbilanz fertig haben, zeigt, daß 20 im Verhältnis 1:1 umstellen, 2 erhöhen das Kapital, geben ihren Aktionären also mehr, als sie vorher hatten, nur 3 nehmen einen kleinen Kapitalschnitt vor. - Wie ist das möglich? Einmal durch die beinahe kostenlose Arbeit der deutschen Arbeiter nach 1945, als die verringerte Produktion doch riesige Profite brachte, die sofort neu investiert wurden; zum andern durch die großen Rücklagen, die zu verschleiern Hauptaufgabe der Bilanzfachleute ist. Auf 1,- RM abgeschriebene Fabrikhallen oder Maschinen, niedrigbewertete Rohstofflager, nominell niedrige Beteiligungen an anderen Firmen sind Milliardenwerte, die jeder Besteuerung entzogen wurden. Große Teile der Gewinne fließen in diese stillen Reserven und entgehen so der Steuer. Die ausgeschütteten Dividenden sind immer nur ein kleiner Teil der gemachten Profite.

Eigentlich müßten jetzt die Gewinne, die man aus den Reserven herausholt und in die Bilanz einsetzt als Deckung des neuen DM-Kapitals, versteuert werden. Aber da hilft Bonn: Denn das DM-Bilanzgesetz § 73 besagt, daß die aus der Eröffnungsbilanz und der Neufestsetzung sich ergebenden zahlenmäßigen Veränderungen im Vermögen der Aktiengesellschaften und ihrer Aktionäre für die Steuer vom Einkommen, Ertrag und Vermögen keine Steuerpflicht begründen. Kein Wunder, daß „das DM-Bilanzgesetz höchst anregend gewirkt“ hat.

Der § 73 ergibt „die einmalige Gelegenheit, bisherige stille Reserven steuerfrei in Aktienkapital umzuwandeln und für die Aktionäre die Möglichkeit, über das bisherige Nennkapital hinausgehende Aktienbeträge steuerfrei in Empfang zu nehmen“. Die hohen Neufestsetzungen des Aktienkapitals zeigen einmal, daß die Geschäftsaussichten für die nächsten Jahre optimistisch beurteilt werden, man also hohe Kapitalien mit Dividenden bedenken kann, und geben zum andern die Möglichkeit hoher Abschreibungen, die wieder Steuern sparen. So gibt das DM-Bankgesetz Steuererlaß für vergangene Gewinne

und für die der nächsten Jahre auf einmal. Es ist schwer, den realen Wert dieser stillschweigenden Steuergeschenke zu schätzen; aber er muß in der Größenordnung von über 100 Millionen DM liegen.

Die Vereinigten Stahlwerke haben kurz vor dem Petersberger Abkommen, das Salzgitter zur Demontage auslieferte, aber die Vereinigten Stahlwerke schonte, ihre Bilanz veröffentlicht. Diese Kerngesellschaft der westdeutschen Schwerindustrie hatte bei ihrer Gründung 800 Millionen RM Aktienkapital, kaufte allmählich Aktien für 340 Millionen RM zurück und hatte 1948 460 Millionen RM Aktienkapital. Nach Abzug aller Schulden sind jetzt noch Vermögenswerte von 575 Millionen DM vorhanden! - Solche Tatsachen schaffen das Klima für ausländische Kapitalbeteiligungen, die ihrerseits eine gewisse Garantie für die Existenz der deutschen Bourgeoisie darstellen. Denn der Dollarimperialismus läßt seine Dollars nicht so schnell im Stich.

Selbstfinanzierung Der aufgeblähte dringende Bedarf hat es vielen Industriellen in den ersten 2 Jahren nach der Währungsreform ermöglicht, Phantasiepreise zu berechnen. Das trug mit dazu bei, daß viele Betriebe ihren Neuaufbau ohne Kredite fortsetzen konnten - durch Selbstfinanzierung. Damit wurden Bankzinsen eingespart. Allerdings bezeichnet es eine Börsenübersicht der Commerz-Bank Hamburg als fraglich, ob „die mancherorts herrschende Gewohnheit, die Selbstfinanzierung durch erhöhte Aufschläge auf die Verkaufspreise fortzusetzen, noch längere Zeit durchführbar ist“.

Die Aktienkurse Diese günstigen wirtschaftlichen Ausichten zusammen mit den Steuergeschenken Bonns und das Gefühl der politischen Stabilisierung (Ende des Sozialisierungsgeredes und des Lastenausgleichs) haben zu großen Kurssteigerungen an der Börse geführt. Sie sind natürlich kein objektives Maß für das Wiedererstarken der kapitalistischen Wirtschaft, sondern nur ein Maß für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die großen Aktienbesitzer. An den 7 Westbörsen werden jetzt die Aktien von ca. 450 Gesellschaften notiert, die Ende 1937 ein Aktienkapital von 6 Milliarden RM hatten, das inzwischen auf 8 Milliarden anwuchs. Diese Aktien hatten Ende 1948 einen Börsenwert von 2,1 Milliarden DM, Ende 1949 von 4,08 Milliarden, ihr Wert hatte sich also verdoppelt. Der Kursdurchschnitt lag bei 50%, dürfte sich aber noch steigern mit Fortschreiten der Bilanzbereinigung. Eine ganze Reihe Aktien haben den Parikurs überschritten. Die stärksten Kurserhöhungen hatten Montan-, Kali-, Elektro- und Verforgungsindustrien. Bei den Vorkriegswerten lagen einige Unternehmungen der Kali-, Auto-, Gummi-, Lederindustrie.

Bei diesen Aktien ist nach dem Gefagten die optimistische Bewertung verständlich. Aber die Hauffe hat auch Bank-, Schifffahrts- und Kolonialaktien erfaßt. Bei den Bankaktien bedeutet das, daß allgemein die Aufhebung der bisher auch nur formalen Zerfdragung der Großbanken und ihrer Beschränkung auf einzelne Länder erwartet wird. Nur politische Narren konnten glauben, daß die kapitalistischen Demokratien lebenswichtige Organe der kapitalistischen Wirtschaft zerfdragen würden, an denen sie selbst beteiligt sind und die ihnen helfen sollen, Profite zu machen. - Aber Schifffahrts- und Kolonialaktien? Hier ist doch fast die ganze Substanz nicht stillgelegt, sondern verloren.

Das Altsparkengesetz bringt schon in seiner Planung des Rätsels Lösung. Jeder meint, hier solle den währungsenteigneten Rentnern und Sparern geholfen werden. Weit gefehlt! Unter diesem schönen Namen verbirgt sich „die Absicht der Bundesspitze, die ärgsten Kantten der Ungerechtigkeiten der Dekartellierung und Geldumstellung abzufchleifen“. Ferner: „Gerade in §§ 36-38 des DM-Bilanzgesetzes kann man die amtlich unterftrichene Hoffnung erblicken, daß bei solchen Unternehmungen hinsichtlich einer Gutmachung erlittener Kriegsschäden noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.“ Die Kapitalisten werden also für erlittene Verluste weitestmöglich entschädigt, anders als die wirklichen Opfer des Krieges. Im Kapitalismus ist der Besitz einer Fabrikruine oder der Aktie eines enteigneten Betriebes aus dem Ofen ein Rechtstitel, der von der Regierung eingelöst wird. Es ist ihre vordringlichste Aufgabe, kapitalistische Ansprüche zu befriedigen. Solche elementaren Erkenntnisse haben die Arbeiterführer 1945 „vergessen“ im Interesse der Zusammenarbeit mit den deutschen und ausländischen Kapitalisten.

Bonner Geschenke Erhard hat in der Bundestagsdebatte über die Arbeitslosigkeit die Eigeninvestitionen der Industrie auf 4,5-5,5 Milliarden DM im ersten Jahr nach der Währungsreform beziffert. Sie bewegen sich weiterhin auf gleicher Höhe. Das sind also die Summen, die außer den ausgeschütteten und ausgewiesenen Gewinnen verdient wurden. Da kann die Bonner Regierung nicht untätig bleiben. Neben den erwähnten Steuernachlässen gibt es noch viele andere Formen tatkräftiger Hilfe für unsere notleidenden Kapitalisten, deren Spartätigkeit gefördert wird durch

1. Steuerfreiheit für Staatsanleihen. Diese Anleihen werden doppelt steuerbegünstigt. Sie geben für Besitzer und Neuerwerber volle Freiheit von Einkommen-, Körperschafts-, Gewerbeertragssteuer, Kapitalbeträge und Zinsen dieser Anleihen brauchen in Steuererklärungen nicht aufgeführt zu werden. Also staatlich organisierte Steuerhinterziehung!
2. die neue Einkommensteuer-Reform - ein Muster kapitalistischer Regierungskunft: die stärkste Steuerfenkung für die größten Einkommen, für einen Arbeiter mit 1500 DM Jahreseinkommen 0,75% Ermäßigung
 „ „Unternehmer„ 40000 „ „ „ 15 % „
3. „steuerbegünstigtes Sparen, das vor allem den Beziehern höherer Einkommen ganz erhebliche Vergünstigungen gewährt.“
4. direkte Subventionen unter verschiedenen Titeln: Remontagekredite, Grenzlandhilfe, Hilfe für enteignete Ostbetriebe, Arbeitsbeschaffungskredite.

Unter Einsatz aller Kräfte und Mittel arbeitet die Bourgeoisie an der Wiederherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit, ihrer Produktionsstätten, ihrer Profite, ihrer Kreditwürdigkeit. Aber diese Konsolidierung kann aus allen Gründen nicht mehr die Festigkeit der guten alten Zeit vor 1914 erreichen. Wenn die Werktätigen und die Kriegsoffer von dem Kuchen etwas abhaben wollen, dürfen sie nicht einen Tag länger auf Lastenausgleich, Vergemeinschaftung der Grundindustrien und andere reformistische Gesetzesentwürfe warten. Nur was sie durch organisierten Druck von außen erzwingen, das bekommen sie.

Freiheit für Alfred Schmidt!

Zur Auflösung der KZs
in der sowjetischen Zone

Wie gut doch die Bourgeoisie Entsetzen und Abscheu über Verletzung der elementaren Menschenrechte heudeln kann, wenn es sich darum handelt, Stimmung

gegen die SU zu machen! Die von der sowjetischen Befehlsmacht verfügte Auflösung der KZs und die Gründung eines Ministeriums für Staatsicherheit in der Ostzone sind willkommener Anlaß, mit scheinheiligen Phrasen über Humanität, Freiheit der Persönlichkeit u. ä. aus der Mottenkiste der bürgerlichen Aufstiegsperiode hervorgeholten Begriffe dem deutschen Volke die Vorzüge westlicher Demokratie zu demonstrieren.

Die Arbeiter dürfen sich über den Klasseninhalt solcher Propagandafeldzüge nicht täuschen lassen. Ein halbes Jahrhundert imperialistischer Entwicklung hat der Bourgeoisie Fähigkeit und Willen genommen, die Sache des menschlichen Fortschritts und der menschlichen Freiheit zu verteidigen. Das beweisen uns die Erfahrungen zweier Weltkriege, die Versuche, die Befreiungsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker aufzuhalten und zu unterdrücken, der grausame Terror gegenüber den um ihre sozialen Rechte kämpfenden Arbeitern in Frankreich, Italien, Großbritannien und USA. Und wenn morgen die deutschen Arbeiter aufwachen und um ihre Befreiung kämpfen werden, dann wird Herr Adenauer, unterstützt von seinen imperialistischen Freunden, süßliche Worte über die „besonnene“ (lies: sklavische) Haltung der deutschen Arbeiter zu reden und nach der Peitsche langen.

Das Humanitätsgeschrei der Bourgeoisie ist das Feigenblatt der zynisch betriebenen Propaganda zur Vorbereitung eines dritten Weltkrieges, bei dem die deutschen Werktätigen das Kanonenfutter abgeben sollen.

Bedeutet aber die Abgabe, sich der verlogenen, die eigene Barbarei vertuschenden bürgerlichen Kritik barbarischer Methoden der SU anzuschließen, Verzicht auf die Kritik dieser Methoden vom Standpunkt der Arbeiterklasse? Wir wären schlechte Kommunisten, wenn wir uns der schematischen Übertragung russisch-barbarischer Methoden des sozialistischen Aufbaus auf Deutschland widerspruchslos fügen würden. Die Interessen der deutschen wie der sowjetischen Arbeiterklasse verlangen, daß alle wirklichen Kommunisten den Kampf gegen die politische Bevormundung der Arbeiter in der Ostzone organisieren. Nur so kann der progressive Inhalt der durch den Umsturz in der Ostzone geschaffenen Verhältnisse gesichert und eine Ausgangsbasis für den Kampf um den Sozialismus in ganz Deutschland geschaffen werden.

Unter denen, die als „besonders gefährliche Feinde der SU“ auch nach der Auflösung der KZs von der sowjetischen Befehlsmacht hinter Kerkermauern gehalten werden, befindet sich der Kommunist Alfred Schmidt, dessen Persönlichkeit weit über seine Heimatstadt Erfurt hinaus zum Inbegriff von Grundsatztreue, Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und proletarischem Heldentum geworden ist.

Mehr als ein Jahrzehnt verbrachte Alfred Schmidt als unverföhnlicher Feind bürgerlicher Klassenherrschaft in Gefängnissen, Zuchthäusern und KZs der Weimarer Republik und des Hitler-Staates. Es blieb der sowjetischen

Befatzungsmacht und ihren Speidellekern vorbehalten, diesen unbefehllichen proletarischen Kämpfer als „Agenten des anglo-amerikanischen Monopolkapitals“ zu verleumden und hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Worin bestehen die „Verbrechen“ Alfred Schmidts? In ihm begegnete die sowjetische Befatzungsmacht einem Marxisten, der nicht bereit war, die von ihr bestimmte politische Linie der SED und ihre Befatzungspolitik kritiklos hinzunehmen. Im Gegensatz zu den früher ultralinken KP-Funktionären in Thüringen, wie Kops, Noll, Albrecht, Heilmann ufw., ließ sich Alfred Schmidt nicht zu einem Werkzeuge konterrevolutionärer Befatzungspolitik degradieren, sondern wandte den Marxismus-Leninismus selbständig auf die besonderen und neuen Bedingungen an und arbeitete die Aufgaben und Kampfmethoden der deutschen Arbeiter aus. Er scheute sich nicht, unter Ausnutzung seiner Gewerkschaftsfunktion offen für die Einschränkung der Reparationslasten, für die Beendigung der Demontagen, für echten Internationalismus auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Rechts der Kritik aufzutreten. Er zog die Einheit mit den Arbeitern der Einheit mit den SED-Bürokraten vor. Bald stand er im Kreuzfeuer der Angriffe der Befatzungsmacht und ihres verlängerten Armes, der SED, die ihn zwangen, entgegen dem Willen der Arbeiter vom Landesvorstand der IG Nahrung und Genuß zurückzutreten. Vorangegangene Korrumptierungsversuche (Direktorenposten) waren erfolglos. Schmidt gab keinen Zoll seiner kommunistischen Grundsätze preis. Er organisierte einen Zirkel der Gruppe Arbeiterpolitik und schuf in einem großen Kreis von Arbeitern Klarheit über Ziel, Wesen und Aufgaben wirklicher kommunistischer Politik. Denunziation führte dann zur Zerschlagung des Zirkels und zur Verhaftung von Alfred und einer Reihe anderer Genossen. Die Denunzianten mögen versichert sein, daß sich die deutschen Arbeiter ihrer zu gebener Zeit erinnern werden.

Die Kommunisten in der Ostzone haben aus den Erfahrungen der Verhaftung Alfred Schmidts die richtige Lehre gezogen, daß die Diskussion mit Befatzungsmacht und SED-Bürokraten gegenwärtig Selbstaufgabe bedeutet. Erst die Entwicklung eigener Klassenkräfte und die erfolgreiche Führung des Klassenkampfes kann die sowjetische Befatzungsmacht von der Schädlichkeit ihrer Politik überzeugen und die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit den SED-Bürokraten schaffen. Dieser Zeitpunkt reißt unaufhaltsam heran. Je schneller die Arbeiter Westdeutschlands den Kampf um ihre Befreiung aufnehmen, verstärken und zu ersten Erfolgen führen, um so mehr erleichtern sie den schweren Kampf unserer Genossen in der Ostzone. Das und nur das heißt im Geiste Alfred Schmidts und unserer anderen verhafteten Genossen zu handeln.

Wir verlangen, daß die sowjetische Befatzungsmacht alle von ihr verhafteten Werktätigen an ein freies und öffentliches Gericht deutscher Arbeiter übergibt. Dort sollen sie sich für ihre wirklichen und behaupteten Verbrechen verantworten. Um den Ausgang des Prozesses für Alfred Schmidt und seine Genossen ist uns nicht bange.

Schluß mit dem Terror gegenüber Angehörigen der Arbeiterklasse!
Freiheit für Alfred Schmidt!

Der Vertrag China - SU Am 14. Februar wurde in Moskau der Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Er wurde abgeschlossen nach 2 Monaten Verhandlungen zwischen den führenden chinesischen und russischen Kommunisten. Hier wurde also wirklich unter Gleichen verhandelt, die Probleme diskutiert, die beiderseitigen Bedürfnisse berücksichtigt und doch dem gemeinsamen Ziel des Sozialismus untergeordnet. Die SU verpflichtet sich zur Rückgabe der Häfen Dairen und Port Arthur, der ostchinesischen Eisenbahn, des gesamten jetzigen russischen Besitzes in der Mandchurei - z.T. noch 1950, spätestens aber 1952. Weiter gibt die SU eine mehrjährige Anleihe von 300 Mill. Dollar, die den guten Willen, aber auch die begrenzten Möglichkeiten der SU zeigt.

Die verhaltene Wut der Westmächte drückte sich aus in den ausgestreuten Faldmeldungen. Eine davon besagte, daß die chinesischen Randprovinzen dem Einfluß der chinesischen Kommunisten entzogen bleiben und praktisch weiter von Moskau aus regiert werden sollten. Jetzt berichtet Le Monde, daß die Sinkiang-Armee in die chinesische Revolutionsarmee einverleibt wurde und daß die kommunistischen Führer von Sinkiang der KPCh beigetreten sind. Ohne Zweifel werden auch die anderen amerikanischen Meldungen bald von der Wirklichkeit dementiert werden.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind die Zweifel am Wert dieses papiernen Vertrages verständlich. Aber hinter dem Vertrag steht jetzt zum ersten Mal nicht eine große sozialistische Macht, sondern zwei sozialistische Mächte gleicher Größenordnung, die beide aus eigener Kraft ihre soziale Revolution beendet haben. Die Länge der Verhandlungen und die Verpflichtungen der SU zeigen klar, daß hier ein neues Verhältnis zwischen sozialistischen Staaten sich anbahnt, neu allerdings nur für die Stalin-Führung. Der Vertrag bedeutet die Rückkehr zu den Grundsätzen Leninscher Außenpolitik, zum Frieden ohne Annexionen und Reparationen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung, nicht des Führungsmonopols der SU. Das ist es, was die kapitalistischen Mächte durcheinanderbringt. Wären diese Grundsätze Leninscher Außenpolitik auch gegenüber den deutschen Werktätigen angewandt worden - der Kommunismus hätte heute anderes Ansehen bei den Arbeitern Westeuropas. Aber die deutschen Arbeiter dürfen nicht ewig klagen über die Behandlung durch die russische Befehlsmacht. Wenn sie ihre kapitalistischen Unterdrücker besiegt haben, werden die russischen Kommunisten auch diese neugeschaffenen Tatsachen zur Kenntnis nehmen müssen.

Lieber barfuß als Gefinnungswechsel In einer Rede im Wahlkampf in Jugoslawien forderte Tito die Westmächte auf, ihre Anleiheversprechen zu erfüllen, sagte aber gleichzeitig, daß Jugoslawien nicht bereit sei, irgendeinen Grundsatz des Sozialismus als Gegengabe zu opfern. Eher würde das ganze Land barfuß gehen. Das Land stehe in keinem Lager und keinem Block. „Wir haben Amerika und die Banken um Anleihen gebeten. Die Kominformländer haben das gleiche getan, aber mit Ausnahme Polens bisher ebenfalls nichts erhalten. Wenn der Westen etwa nicht mit uns Handel treiben wollte oder bereits geschlossene Abkommen brechen sollte oder uns unter Druck setzen würde, dann würden wir uns lieber mit der Tatsache abfinden, daß unser Fünfjahresplan eine Zeitlang nicht erfüllt werden kann, als unsere Grundsätze zu opfern.“

Das Wichtigste In einer Verordnung des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Ulbricht, werden die Reparationsverpflichtungen als die gegenwärtig wichtigsten internationalen Verpflichtungen der DDR bezeichnet.

Ostzonale Souveränität So wie Schumacher nicht ohne die alliierten Panzer in Deutschland auskommen kann, so kann auch die SED nicht ohne die russische Hilfe sein. Ein Mitglied des Politbüros der SED erklärte am 6. März in Leipzig: „Eine Evakuierung der sowjetischen Truppen würde die reaktionären Elemente in und außerhalb Ostdeutschlands in die Versuchung bringen, unsere Regierung trotz unserer gut ausgebildeten Volkspolizei zu stürzen. Diese Gefahr muß vermieden werden.“ Nach den Berichten der bürgerlichen Presse wandte er sich gegen die Gerüchte, wonach die sowjetischen Truppen im Laufe dieses Jahres abgezogen werden sollten.

Wenn sich die SED noch immer nicht selbst gegen die kapitalistischen Feinde schützen kann, worin besteht dann ihre Hilfe für die Sowjetunion?

Westdeutsche Freiheit Aus Washington meldet Associated Press, daß die USA-Regierung sich bei den kommenden Dreimächtebesprechungen über Deutschland gegen die Aufhebung des Kriegszustandes aussprechen werde. Aber selbst wenn England und Frankreich sich für die formelle Beendigung des Kriegszustandes erklären sollten, „würde die Beibehaltung der Besatzungstruppen in Deutschland auf jeden Fall von einer Beendigung des Kriegszustandes nicht betroffen werden“.

McCloy hat eine gesamtdeutsche Abstimmung vorgeschlagen (aber eine Volksabstimmung an der Saar abgelehnt). - Wie wäre es mit einer Abstimmung in Westdeutschland über die Wünsche der Bevölkerung betr. amerikanischem Schutz?

Wahnsinn als Methode Die Vernichtung von Weizen, Kaffee und anderen Gebrauchsgütern, die immer häufiger angewandt wurde, um aus den Widersprüchen der anarchischen kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Atempause zu suchen, stieß vor dem ersten und zwischen den beiden Weltkriegen auf die lebhafteste Entrüstung auch kleinbürgerlicher Schichten, die sich mit der Vernichtung von Produktions- und Konsumtionsmitteln sowie Millionen Menschen im Krieg abzufinden verstanden. Die Praxis der „verbrannten Erde“ im 1. und 2. Weltkrieg trieb Tausende der unmittelbar Betroffenen in geistige Umnachtung, weil ihre Nerven dem Grauen nicht gewachsen waren. Die Überlebenden, die aktiv oder passiv Beteiligten, verstummten, wenn sie sich daran erinnerten. Die Kriminellen rekrutierten sich aus den Schichten, die stumpfsinnig auch gegenüber diesen „notwendigen“ Verbrechen zu leben vermochten. Die besten Elemente reihten sich in die sozialistische Kampffront ein, in der Überzeugung, daß eine Gesellschaftsordnung, die zu ihrer Existenz solcher Mittel bedarf, keine Existenzberechtigung hat. Sie suchten nach den zweckmäßigsten Methoden für den Kampf zum Sturz dieser „Ordnung“. Aber alle Greuel und Verbrechen der Vergangenheit werden überboten durch die planmäßige Zerstörung unentbehrlicher Produktionsmittel, die heute, 5 Jahre nach dem 2. Weltmorden, als Demontagen gerechtfertigt werden, weil die Produktionsmittel auch zu Rüstungszwecken gebraucht werden können, in Wirklichkeit, weil die Herren glauben, nur dadurch den 3. Weltkrieg gewinnen und sich vor der Konkurrenz schützen zu können. Welcher Betrieb, welches Produktionsmittel kann und muß im totalen Krieg nicht eingesetzt werden?

Zur barbarischen Graufamkeit kommt der Hohn hinzu. Atom-, Wasserstoffbomben, chemische und biologische Gifte werden ferienweise bereits jetzt produziert von denselben Friedensaposteln, die die Vernichtung der Produktionsstätten von Tausenden und Abertausenden Menschen mit Panzern und Maschinengewehren sichern gegen jene, die die Verzweiflung dazu treibt, sich mit nackter Brust und bloßen Fäusten der Durchführung dieser Demontagen zu widersetzen.

Der methodische Wahnsinn des anglo-amerikanischen Kapitalismus, der sich bei uns in der Befetzungs- und Demontagepolitik austobt, nimmt in USA, England, Frankreich, Italien bereits Formen an, die die Werktätigen dieser Länder in ähnliches Elend bringen müssen. Ein Teil der verantwortlichen Regierungsleute lebt in Angst, ja Panik. Nicht alle, die irrsinnige Politik machen, springen in ihrer geistigen Umnachtung aus dem Fenster der Nervenheilanstalt, wie der USA-Kriegsminister Forrestal, der - weil ein Nebenhaus abbrannte - glaubte, die Russen hätten mit einem Atombomben-Angriff den 3. Weltkrieg begonnen. Die Spionen- und Kommunistenangst hat bereits solche Formen angenommen, daß Außenminister Acheson von Senator McCarthy des Kommunismus und der Beschützung von Kommunisten im Personal des Außenministeriums angeklagt wurde. Auch der Sondergesandte Trumans im Fernen Osten, Jessup, wird von McCarthy in gleicher Weise beschuldigt und muß sich jetzt - beschleunigt zurückgekehrt - verantworten. Der Sieg der chinesischen Revolution, der Fall Fuchs, der aus Überzeugung die Ergebnisse seiner Atomforschungsarbeit in England und USA der alliierten SU 1941-42 mitgeteilt hatte; ferner die Tatsache, daß die SU auch Atom- und Wasserstoffbomben machen kann, hat das seelische und politische Gleichgewicht höchster politischer Führer in USA vollkommen durcheinandergebracht.

Die letzte Frucht dieser Panik zeigt sich in einer Rede Achesons in Kalifornien, wo er die Chinesen und anderen asiatischen Völker, die Jahrhunderte vom europäischen und amerikanischen Imperialismus beherrscht und ausgebeutet wurden, aber jetzt wirksam dieses Joch abshütteln, ausgerechnet vor dem „russischen Imperialismus“ warnt. Unter dem Druck der amerikanischen Kapitalisten, die sich nicht von den englischen auf dem großen chinesischen Markt ausstechen lassen wollen, beschimpft Acheson die SU und bietet Rotchina Handelsbeziehungen an, falls es sich den Wünschen der USA fügt. Acheson höhnt über die geringe Geldleihe, der SU an China und hält dem entgegen, daß USA 1948 China, d.h. Tschiangkaifek, 400 Millionen Dollar gegeben habe. Obgleich Acheson nicht daran erinnert, die Chinesen und die anderen asiatischen Völker, die um ihre nationale Befreiung kämpfen, dürften sich doch sehr gut erinnern, daß dieses Geld zum Kampf gegen Rotchina gegeben wurde, wie andere Milliarden Dollar ebenfalls.

Die amerikanischen Werktätigen sollten sich sehr reiflich überlegen - ehe es zu spät ist -, ob sie Politikern, die so vollkommen den Verstand verloren haben, die Führung der Außen- und Innenpolitik überlassen dürfen.

Aber nicht nur der vollkommene Zusammenbruch der imperialistischen Politik der USA in Asien macht die herrschenden Schichten nervös und kopflos. In „United States News and World Report“ ist folgender Stoßfussler zu lesen:

"Der kalte Krieg ist teuer und geht schlecht. In Asien ist Rußland siegreich. In Europa sprechen die anspruchsvollen Alliierten von der Neutralität. . . Friedensgebeten, eine Bewegung für einen Waffenstillstand, sind schwierig, solange USA die Verlierenden sind. Man muß zugeben, das „trockene Spiel“ ist gescheitert. Jene, welche USA in den kalten Krieg geführt und den Sieg versprochen haben, streifen an die Niederlage."

Aus solchen Einsichten sind Vorschläge geboren, wie der von Senator McMahon, der mit 50 Milliarden Dollar den Frieden kaufen will. Statt diese Milliarden für Rüstungen auszugeben; sollen sie angewandt werden, um in Europa und Asien den verhungerten Völkern zu helfen, die kapitalistische Ordnung zu festigen oder neu aufzubauen und sie vor dem Kommunismus zu retten. Obgleich dieser Vorschlag menschlicher klingt, er ist nicht realisierbar, nicht nur weil die USA-Imperialisten kaum zustimmen werden. Wenn auf Basis des kapitalistischen Privateigentums angewandt, würde er das Elend, das aus dem Überfluß stammt, nur vermehren. Amerika kann seine Produktionsfähigkeit schon heute nicht ausnützen, weil kein kaufkräftiger Markt für seine Waren vorhanden ist. Sogar Westdeutschland kann aus denselben Ursachen heute seine Produktionsmöglichkeit nur zu 75% ausnützen. Deshalb 2,4 Millionen Erwerbslose bei uns und 5 Millionen in USA.

Der General Bilotte, Vertreter Frankreichs im Stab der Atlantikpaktmächte, hat vor kurzem sein Amt niedergelegt, um freie Hand zu bekommen, um für die totale Kriegsvorbereitung Propaganda zu machen. Er stellt fest, daß die Atlantikpaktmächte den Krieg nicht führen könnten, auch wenn sie wollten. Die europäischen Länder, die den ersten Stoß aushalten sollen, mit überalterten Waffen aus den Beständen der USA vom 2. Weltkrieg zu beliefern, sei nutzlos. Um mit der SU auf gleich zu kommen, müßten alle Atlantikpakt-Staaten inkl. USA ihre ganze Wirtschaft darauf einstellen, mindestens 2 Jahre lang. Sicher ein gutes Mittel, diese Länder schon vor Kriegsausbruch bankrott zu machen. - Adieson ist noch nicht für die totale Aufrüstung, sondern nur für die „totale Diplomatie“. Wenn darunter die Kunst der Diplomaten verstanden werden sollte, ihre Gedanken zu verbergen, so ist dies dieses Mal gründlich gelungen; denn sie haben keine. Einheitliches diplomatisches Auftreten kann nicht gemeint sein, denn dies versuchten die USA schon immer. Es scheiterte an den Interessengegensätzen zwischen den Marshallplan- und Atlantikpakt-kontrahenten - und wird weiter scheitern.

Amerikanischer Rekord „Mit fast 6,5 Mrd. Dollar waren die von amerikanischen AG. für 1949 ausbezahlten Dividenden um 400 Mill. Dollar höher als 1948. Sie stellen einen neuen Rekord dar. An der Zunahme sind vor allem die industriellen Betriebe beteiligt, unter diesen zuerst die Automobilindustrie.“ (Welt)

Die Arbeitslosigkeit liegt in USA offiziell bei 5 Millionen.

Aus der Arbeiterbewegung

Streikaktionen

Außer der Demontageabwehr von Salzgitter werden große

Protestaktionen berichtet aus Töging in Bayern. Dort und in allen westdeutschen Aluminiumwerken haben Proteststreiks gegen die Demontagen des Töginger Werkes stattgefunden.

Die 1000 Mann Belegschaft der Zedeh August Viktoria in Marl (Ruhrgebiet) führte einen zähen Kampf gegen die lange Arbeitszeit.

Erfolgreiche Aktionen

Aus Arbeiterkorrespondenzen entnehmen wir:

Die Fahrradfabrik Hoffmann, Düsseldorf-Lintorf, mit USA-Kapital ausgestattet, versuchte bei den auswärtigen Arbeitern einen Lohnabbau, indem sie diesen, etwa 50 Leuten, die Trennungsgelder abzog. Einmütig legten die Arbeiter die Arbeit nieder und zwangen den Ausbeuter Hoffmann zum Rückzug.

Bei der Firma Walter Gott, Gefenkschmiede, Solingen wollte ein Refa-Mann im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsbund Düsseldorf Zeitstudien machen. Die klassenbewußte Haltung der Gefenkschmiede lies den Mann vor dem Portier - Zeit studieren.

Außerparlamentarischer Druck ist wirksam

In Württemberg-Baden stand die Verlängerung des Urlaubsgebetes zur Debatte, das für Arbeiter unter 18 Jahren 24 Tage vorsah. Die Bürgerlichen machten ihre Zustimmung zur Verlängerung des Gesamtgebetes abhängig von einer Kürzung des Jugendurlaubs um 6 Tage. Nach allen Informationen waren die Gewerkschaftsvertreter im Landtagsauschuß, Kleinknecht (SPD) und Rueß (KPD), zu diesem Kuhhandel bereit. Erst der Druck der vielen Verammlungen, Resolutionen und Delegationen zu den Fraktionen und der zahlreiche Besuch der fraglichen Landtagsitzung zwang die Arbeitervertreter, sich wieder gerade zu machen und die Ablehnung der Verschlechterung zu beantragen. Auch CDU und DVP mußten unter diesem Druck einen Rückzieher machen und z.T. für 24 Tage stimmen. So, durch diesen Druck der „Straße“, wurde die Verschlechterung abgewehrt. Also dürfen wir uns auf nichts verlassen als auf unsere Wachsamkeit und unseren Druck auf die Volksvertreter.

(Fortsetzung von Seite 1) Als dann der ADGB-Vorstand zum 22. Januar 1933 nach 10jähriger Unterbrechung endlich wieder einen Reichsbetriebsrätekongreß nach Berlin einberief, war es zu spät. Denn diese Tagung verstummte unter dem Toben der braunen Marschkolonnen, die am gleichen Tage in Berlin einzogen. Vier Monate später - am 19. 4. 33 - forderte der ADGB-Vorstand in seiner traurig berühmten Mai-Resolution die Gewerkschaftsmitglieder auf, „im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken . . . sich allerorts an der von der Regierung (Hitlers!) veranlaßten Feier festlich zu beteiligen“. - Am 2. Mai bekamen sie die Quittung: Die einst so stolze Gewerkschaftsbewegung hatte aufgehört zu existieren.

In der völligen Unfähigkeit der reformistischen Gewerkschafts- und der damaligen KPD-Führung zur Lösung der Probleme, die der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit dem Aufkommen der BR am Ende des 1. Weltkrieges gestellt worden waren, lag letzten Endes ein entscheidender Grund ihres kampflosen Zusammenbruchs. 1933 hat endgültig bewiesen, daß reformistisch geführte Gewerkschaften in der Periode des kapitalistischen Niederganges ihre Aufgaben nicht erfüllen können und schließlich der faschistischen Konterrevolution erliegen müssen, wenn nicht aus ihrem Innern heraus sich eine führende Kraft entwickelt, die imstande ist, die gesamte Bewegung zur Erfüllung ihrer eigenlichen Aufgaben reif zu machen, wodurch allein der Faschismus für immer geschlagen werden kann.

Heute behaupten die Partei- und Gewerkschaftsführungen, aus jener Katastrophe nicht nur gelernt zu haben, sondern auch imstande zu sein, diesmal durch eine bessere Politik den Sieg

der Reaktion zu verhindern. Tatsächlich aber wachsen die heute noch zerplitterten Neofaschisten mit jedem Tag. Offen erklärt Remer, in 2 Jahren werde er soweit sein. Und wenn nicht tausend andere Tafsachen, dann beweisen schon allein die Alarmrufe der Gewerkschaftspresse, daß die bisherige Politik der alten Führungen das Wiedererzittern der faschistischen Gefahr nicht zu verhindern vermochte. Also hat sich trotz aller neuen Phrasen am Inhalt der Politik, die 1933 zur Katastrophe geführt hat, nichts Grundlegendes geändert. Sie wird fortgesetzt, und die BR werden wieder die Opfer dieser selbstmörderischen Politik werden.

So einig wie 1920 die Scharfmacher mit der Gewerkschaftsbürokratie, stehen seit 1945 auch die Vertreter der Befehlsmächte mit der Gewerkschaftsführung zusammen, in der wohlüberlegten Absicht, jedes Eigenleben der BR zu unterbinden und sie – wie Mr. Luce 1946 treffend sagte – von oben bis unten in den Gewerkschaftsorganismus einzugliedern, d.h. der Vormundschaft der Arbeitsgemeinschaftsspezialisten zu unterstellen. Noch raffinierter und rückwärtsloser als 1918–33 wird jede Zusammenfassung der BR bewußt verhindert. Der Gedanke eines Reichsbetriebsrätekongresses klingt heute wie ein Märchen aus uralter Zeit. Jeder geringste Ansat (z. B. BR-Ausschuß Stuttgart) wird abgedrosselt. So wie einst die Dr. Vögler und Gustav Bauer bemüht waren, das „unvermeidliche politische Wirken der BR“, dieser größten Gefahr für ihre Wirtschaft, mit Gesetzesparagrafen und gewerkschaftlichen Zwangsregeln zu verhindern, so wird heute gegen die sogenannte Politifizierung der BR gekämpft, wiederum mit dem durchsichtigen Zweck, die BR zu Organen der kapitalrettenden und arbeiterfeindlichen Bankrottspolitik zu machen, die den Kapitalisten Milliardenprofite und den Lohnsklaven Elend einbringen muß.

Ungeniert organisiert und dirigiert Pöcher als direkter Beauftragter Adenauers in aller Offenlichkeit seine CDU-Sozialaushülfe. Schumacher mit den SPD-Betriebsarbeitsgemeinschaften versucht das nachzuahmen. Und das alles unter der verlogenen Parole „politischer Neutralität“ mit dem eindeutigen Zweck, jede proletarisch-klassenmäßige Widerstandsregung gegen diese Gewerkschaftsvernichtungspolitik als „kommunistisch“ zu denunzieren und unmöglich zu machen. Kein Wunder, daß die Kräfte wachsen, die ein zweites 1933 wollen!

Das wäre unmöglich, hätten die sich heute noch Kommunisten nennenden kleinbürgerlichen Zerstörer der Gewerkschaftseinheit nicht seit 1945 mit ihrer unfähigen Gewerkschaftspolitik diesen Kurs erleichtert, wie vor 1933 mit ihrer unseligen RGO-Politik. Auch heute sind sie die Opfer ihres eigenen Unverständes und dank der widerstandslosen Unterwerfung unter die russische Befehlspolitik unfähig, den BR und Gewerkschaften den Weg zur Durchführung ihrer wirklichen Aufgaben aufzuzeigen und die Massen dafür zu gewinnen.

Trotz alledem gibt es für die vielen Gewerkschaftsmitglieder, denen das Schicksal ihrer Gewerkschaften höher steht als die Unterordnung unter eine total falsche Gewerkschaftspolitik, keine Ursache zum Verzweifeln oder Herauslaufen aus den Gewerkschaften. Vielmehr haben sie die Pflicht, die BR-Wahlen auszunutzen, den deprimierten Mitgliedern die ganze Größe der Gefahr aufzuzeigen, die ihrer Organisation droht und darauf hinzuweisen, daß es von ihnen allein abhängt, diesmal einen erfolgreicheren Weg einzuschlagen. Die besten Gewerkschaftler zu BR wählen, d. h. diejenigen zu wählen, die bereit sind, sich der Arbeitsgemeinschaftspolitik entgegenzustellen und die ganze Kraft der Gewerkschaften für die proletarischen Klasseninteressen einzusetzen. Nur auf diesem Boden ist die Gewerkschaftseinheit zu erhalten und das Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes zu erreichen.

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 8

2. Aprilhälfte 1950

Preis: -,20 DM

Manöver im kalten Krieg Die „feierliche Protestaktion“ des Bonner Parlaments gegen die wirtschaftliche Annexion des Saargebiets ist wirkungslos verpufft. Adenauer und Bevin traten offen für Frankreich gegen Westdeutschland auf. Die „Forderung“ Adenauers, das Saargebiet nicht in den Europarat aufzunehmen, wenn man Westdeutschlands Beitritt wünsche, wurde gleichfalls abgewiesen. Bonn wurde zum Beitritt aufgefordert, aber hinzugefügt, das Saargebiet werde gleichzeitig aufgenommen. Wie Hohn klingt die Erklärung, die endgültige Regelung des Verhältnisses Saar-Deutschland-Frankreich durch den eventuellen Friedensvertrag werde nicht berührt. Formal ist dies sogar richtig. Aber wenn ein Friedensvertrag durch eine Verständigung der 4 Großen zustande käme, würde er am Saarabkommen bestimmt nicht scheitern. Bei einem Sonderfrieden mit Westdeutschland würde dieses einfach aufgenommen.

Interessant ist die Beurteilung des Saarabkommens durch die deutschen Patrioten des Saargebiets. In deren Zeitung „Saarwirtschaft“ heißt es am 6. 4.:

„Wirtschaftsminister Singer weiß sich mit maßgebenden Wirtschaftspolitikern in Deutschland einig in der Auffassung, daß 1. die Saarwirtschaft von der Demontage unberührt geblieben ist, folglich hat die Vollbeschäftigung des Saarvolkes gesichert werden können, 2. durch die Anerkennung der Saarabtrennung als Demontage ist die Erhaltung bedeutender deutscher Wirtschaftsbetriebe ermöglicht worden. Dadurch ist die Zahl der deutschen Arbeitslosen um 250 000-300 000 geringer.“

Der deutsche Patriotismus der Saarkapitalisten und der mit ihnen einigen westdeutschen wird wieder lebhaft werden, wenn der französische Kohlenmarkt gesättigt ist und Profite nur gemacht werden können, wenn die Saar dem deutschen Wirtschaftsgebiet angeschlossen ist. Wo es ihnen gut geht, dort ist das Vaterland der Apoll der westeuropäischen christlichen Kultur, Demokratie, Freiheit.

Auch die „Forderung“ Adenauers, einen Beobachter in das Ministerkollegium des Europarats senden zu dürfen, wurde brüsk abgelehnt. Bevin erklärte scharf, Bonn habe überhaupt nichts zu fordern. Als Adenauer erklärte, es sei keine Forderung, nur ein Wunsch, antwortete Bevin:

„Westdeutschland kann kein vollberechtigtes Mitglied des Europarates werden, bevor es berechtigt ist, eine eigene Außenpolitik zu führen.“

Genossen! Die Mai-Nr. der Arpo erscheint rechtzeitig vor dem 1. Mai. Sorgt für weiteste Verbreitung und tätigt Mehrbestellungen sofort! Verlag Arbeiterpolitik

Diese Feststellung der realen Machtverhältnisse - nämlich daß Bonn nur Hilfsorgan der anglo-amerikanischen Befatzungsmacht ist - beleuchtet scharf ein anderes Manöver im kalten Krieg: der Vorschlag des US-Hochkommissars McCloy, die deutsche Einheit durch gesamtdeutsche demokratische Wahlen zu schaffen.

Die Vorstellung, McCloy oder andere Anglo-Amerikaner glaubten, mittels Wahlen und einer so geschaffenen gesamtdeutschen Regierung nach Bonner Muster das von der SU besetzte Ostdeutschland ihrem kapitalistischen Machtbereich eingliedern zu können, ist einfältig. Der Vorschlag ist vielmehr ein Manöver der Westmächte gegen die Manöver der Ostzonenregierung mit der Nationalen Front. Die SPD schlägt Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung unter anglo-amerikanischem Schutz vor. Eine so geschaffene Nationalversammlung, Verfassung und Regierung, die diese in die Praxis umsetzen soll, könnte natürlich nur solange leben, als die Machtmittel der Anglo-Amerikaner sie schützen. Pastor Niemöller will daselbe, aber die Siegermächte durch eine von neutralen Militäreinheiten gebildete Befatzungsmacht ersetzen. - Die Einheit Deutschlands wird weder durch Wahlen à la McCloy noch mit Verbesserungsvorschlägen Schumachers noch durch Nationale-Front-Manöver der SED geschaffen.

Was für eine nationale Einheit ist das?

Es ist eine auf fremde Militärgewalt gestützte Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung für ganz Deutschland!

(Fortsetzung, Seite 15)

Remilitarisierung In den Geheimberatungen der Siegermächte des 2. Weltkriegs wird eifrig die Frage der Remilitarisierung des besetzten Deutschland und Japans behandelt. Schamlos offen wird die Aufrüstung und die Vorbereitung des 3. Weltkriegs propagiert, soweit USA, Großbritannien und Frankreich in Frage kommen. Die öffentliche Behandlung der Aufrüstung, Schaffung von Brückenköpfen rings um das Einflußgebiet der SU dient besonders zur psychologischen Beeinflussung der Massen, die noch zu lebhaften Erinnerungen an das Grauen haben, die Vernichtung von Millionen Menschenleben, die Verwüstung der von Generationen geschaffenen Reichtümer. Zum anderen ist die öffentliche Behandlung dieser Fragen notwendig, um die hohen Steuern aufzubringen. Nur wenn die Bevölkerung in Panikstimmung versetzt, die Bedrohung durch den Gegner in den lebhaftesten Farben ausgemalt wird, gelingt es den Kriegshetern, die Erinnerung an die noch nicht überwundenen Folgen des 2. Weltkriegs durch Drohung mit dem noch größeren Grauen des Zukunftskrieges zurückzudämmen, die „Bedrohten“ gefügig zu machen, damit sie die Kosten der Vorbereitung des 3. Weltkriegs zu den Lasten des 2. Weltkriegs tragen. Diese Wahnsinnspolitik ist nur der Reflex der sich verschärfenden Klassengegensätze zwischen der immer schneller verfallenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung und den ihr Einflußgebiet erweiternden neuen Kräften der aufsteigenden sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die wirkliche Neuaufrüstung beider Mächtegruppen, der von USA geführten Kapitalisten, der von der SU geführten Antikapitalisten, ist über das Anfangsstadium kaum hinausgekommen. Über den tatsächlichen Stand der Kriegsbereitschaft der SU ist weniger bekannt als über den Stand im Lager der Imperialisten. Aus den bekannten Ziffern über die Erfolge des ersten Fünfjahresplans nach dem Kriege lassen sich nur allgemeine Folgerungen ziehen. Die Hauptzerstörungen des zweiten Weltkrieges sind in Industrie und Landwirtschaft überwunden. Da in derselben Zeit das Realeinkommen der russischen Werktätigen das Niveau von 1939 erreicht und auf Grund der dritten Preislenkung überschritten hat, muß der für Rüstungszwecke verbrauchte Teil des Gesamtprodukts heute wahrscheinlich geringer sein als 1939. Das bedeutet für den Kriegsfall, wenn die gesamte Wirtschaft auf totale Kriegsführung umgestellt würde, ungefähr dieselbe Leistungsfähigkeit wie 1944-45.

In diesen Jahren bestritt die SU 95% des Kriegsbedarfs aus eigener Kraft. Was das Menschenmaterial betrifft, über das die SU bei Beginn eines 3. Weltkrieges verfügt, so ist dies um die Menschen der SU-Einflußgebiete in Europa vergrößert, also wesentlich größer als das der Anglo-Amerikaner. Die Entwicklung der Industrie in der Tschechoslowakei und Polen dürfte dazu ausreichen, ihre Armeen mit kleineren und mittleren Waffen auszurüsten. Für Rumänien, Bulgarien, Ungarn müßte die SU auch die kleineren und mittleren Waffen, dafür erforderliche Munition, mechanische Transportmittel, liefern. Für alle müßte die SU die Großkampfmittel liefern. Dazu käme noch die Waffenlieferung für China und die übrigen asiatischen und eventuell afrikanischen Kolonial- und Halbkolonialländer, die in einem 3. Weltkrieg bereit sind, an der Seite der SU zu kämpfen.

Das Problem der Kriegsbereitschaft der SU besteht nicht in der Frage der Atom-, chemischen und biologischen Waffen und Kampfmittel des Zukunftskrieges. Es gibt hier keine Geheimnisse, die der SU verschlossen sind oder auf die Dauer verschlossen bleiben. Solche Betrachtung gehört in die Philisterstrategie, wenn der Alkohol die leeren Räume dieser Gehirne einnimmt. Das Problem für die SU besteht darin, in welchem Tempo die Sowjetwirtschaft imstande ist, die latente Kraft zu aktivieren, d. h. mit den nötigen Kampfmitteln auszurüsten, ihre Massen in kriegsfähigen Zustand zu versetzen.

Im Lager des USA-Imperialismus kann die Wirtschaft, wenn auf den totalen Krieg umgestellt, gleichfalls mit der Leistungsfähigkeit der Jahre 1944-45 beginnen. In USA, Kanada, Großbritannien kann sie in rascherem Tempo gesteigert werden als in der SU. USA kann ihr Menschenreservoir rascher mobilisieren und ausrüsten. Die Wehrbudgets in USA, England, Kanada, Frankreich liegen ein vielfaches über dem Stand von 1939. In USA sind fast alle wichtigen Kommandohöhen, auch in den zivilen Staatsstellen, bereits mit hohen Militärs besetzt, besonders im Außenamt, in den wichtigsten Gefandtenposten. Pläne strategischer, taktischer, technischer Art sind ausgearbeitet, aber in der Praxis nur hinsichtlich der Ausbildung mit amerikanischen Waffen aus den Resten des zweiten Weltkrieges verwirklicht. 1950 wird besonders die französische Armee mit USA-Waffen ausgerüstet werden, in geringerem Umfange die italienische Armee - und mit Weisstreckenbomben, und wahrscheinlich auch mit einem Depot von Atombomben, England.

Alle weitergehenden Pläne stießen im Lager der Satelliten der USA auf die größten ökonomischen, politischen und militärtechnischen Schwierigkeiten.

Die ökonomischen Schwierigkeiten stammen aus der gemeinsamen Notlage Westeuropas im Gefolge des Krieges. Obgleich in keinem dieser westeuropäischen Länder die Schäden so umfangreich und tief waren wie in der SU, Polen usw., ist ihre Überwindung schwieriger, weil es sich um industriell und kulturell hochentwickelte Wirtschaften und Staatengebilde handelt, die in Jahrhunderten gewachsen sind. Jedes dieser Länder hat eine eigene Geschichte, eine mehr oder weniger wirksame Tradition. Sie haben ihren alten „Lebensraum“ verloren, haben sich auf Grund ihrer verschiedenen ökonomischen Entwicklung als Konkurrenten gegenübergestellt und stehen sich noch gegenüber. - Die Marshallhilfe hat diese Länder vor dem sofortigen Bankrott gerettet, die Industrieproduktion durchschnittlich auf 15% über den Stand von 1938 gehoben, ihre Landwirtschaft an den Stand von 1938 herangebracht. Dadurch aber sind alle diese Länder vor das Dilemma gestellt, für die gesteigerte Produktion entsprechenden Absatz zu finden, nicht nur auf dem enger gewordenen Weltmarkt, sondern wegen der Abhängigkeit von USA auf dem „Dollarmarkt“. Die Dollarkrise ist kein Geldproblem, sondern nur der Ausdruck der ökonomischen Abhängigkeit aller westeuropäischen Satelliten von USA.

Aber: die militärische Gewalt ist in letzter Instanz abhängig von der ökonomischen Kraft.

Die politischen Schwierigkeiten, die die Einordnung und Gleichhaltung der 12 Atlantikpakt-Länder auf Schritt und Tritt hemmen, sind, weil auf der Ökonomie fußend, nicht geringer. Als Produkte gleichfalls jahrhundertelanger Entwicklung sind staatliche Formen und politisches Denken entsprechend dieser eigenartigen Geschichte geformt. Ihre allmähliche Überwindung setzt Angleichung in der ökonomischen Basis voraus. Die traditions- und, im europäischen Sinne, geschichtslosen Nordamerikaner, die sich erst um die Jahrhundertwende mit ihrer die europäische Ökonomie überflügelnden Wirtschaft von der europäischen Nabelfürin lösten, wollen diese ökonomische Einheit der 270 Millionen Europäer schaffen, wie sie ihr einheitliches Wirtschaftsgebiet im Raum zwischen Atlantik und Stilleem Ozean geschaffen haben. Sie haben kein Verständnis für die hunderterlei Hemmungen, die sie nicht begreifen, weil sie in ihrer Entwicklung fehlen. Auf ihre Art stehen die Amerikaner den europäischen Verhältnissen fast so verständnislos gegenüber wie die Russen. Aber die SU ist Träger der Zukunftsentwicklung zum Sozialismus, die USA ist Ideologe der alten kapitalistischen Ordnung - amerikanischer, nicht europäischer Prägung.

Zu diesen politischen Widersprüchen kommen die militärisch-technischen der verschiedenen Organisationsformen der Armeen und der in den Armeen besonders festgefrorenen Traditionen.

Die stärkste Militärmacht in Europa war bis zum 2. Weltkrieg die deutsche Armee. Sie ist ein entscheidender Faktor in allen Berechnungen und Planungen des 3. Weltkrieges. Wer die jetzt desorganisierten militärischen Potenzen Deutschlands mit einordnen kann, hat in Europa das militärische Übergewicht.

Zum militärischen gehört das ökonomische Potential. Trotz aller Zerstörungen ist Deutschland, wenn sein Wiederaufbau nicht verhindert wird, ökonomisch nicht nur jedem einzelnen europäischen kapitalistischen Land überlegen, sondern, wie die Verwandlung seiner ökonomischen in militärische Kraft im 1. und 2. Weltkrieg offenbarte, allen zusammen. Deutschland konnte im 1. Weltkrieg nur durch das Eingreifen der USA besiegt werden, im 2. durch Eingreifen von SU und USA.

Die Politik der SU ist letzten Endes zu verstehen aus folgender Überlegung: Wenn die SU Deutschland nicht zu ihrem Bundesgenossen machen kann, muß sie sich mit den imperialistischen Alliierten verständigen, Deutschland zum Niemandsland zu machen, es niederzuhalten, weil man es nicht ganz zerstören konnte.

Frankreich weiß kein anderes Mittel, als Deutschland nach dem Programm von Richelieu in machtlose Kleinstaaten zu zer schlagen. England versucht Deutschlands Industrie zu zerstören, um den Konkurrenten zu liquidieren. USA fürchtet Deutschlands Konkurrenz nicht und hält sich für stark genug, es militärisch einzuordnen und die dazu erforderliche wirtschaftliche Macht zu lassen. Die deutsche Bourgeoisie versucht diese Widersprüche auszunützen, aufmerksam die günstigsten Bedingungen zu ergattern, in der Hoffnung, gestützt auf die wirtschaftliche Stärke, die zu schaffende amerikanisch-deutsche Hilfstruppe bei günstigen Konstellationen ihren eigenen Zwecken dienstbar zu machen.

Für die Arbeiterklasse ist die Stellung klar und einfach. Gegen jede Form der Remilitarisierung! Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Aber wir sind keine Pazifisten. Wir wären nicht wert, jemals die Freiheit zu erlangen, wenn wir Pazifisten wären. Unsere Zeit, positiv Stellung zu nehmen, kommt erst, wenn wir unsere eigene Armee für Rätereutschland schaffen können.

Wohin treiben wir? „Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts.“ Das schrieb Engels vor 75 Jahren in einem Brief an Schweitzer. Die Richtigkeit dieses Wortes erleidet heute das deutsche Proletariat. In England denkt und handelt das Proletariat nicht revolutionär, aber es kämpft politisch und gewerkschaftlich für seine Interessen und beeinflußt das gesamte politische und gesellschaftliche Leben Großbritanniens. Dasselbe sehen wir in Frankreich und Italien. Auch in Italien, Frankreich fehlt die zielklare revolutionäre Führung, weil die dortigen kommunistischen Parteien ihren Kampf den augenblicklichen Bedürfnissen der Sowjetaußenpolitik zu sehr unterordnen. In Deutschland wirken SPD und Gewerkschaften jeder Aktivierung der Werktätigen mit ganzer Kraft entgegen. Die KPD, die nur als verlängerter Arm der sowjetischen Befehlsmacht wirkt, hat jeden Einfluß auf die Werktätigen vertan und kann nicht einmal ihre Mitglieder bewegen, die Kominformaufträge durchzuführen, was in Frankreich und Italien noch gelingt. So erleben wir das traurige Schauspiel, daß die gesamte deutsche Arbeiterchaft passiv zuschaut, wie die Werktätigen des Industriegebiets Watenstedt-Salzgitter, die gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze kämpfen, von Tanks, 600 englischen Soldaten und 700 widerstrebend mitwirkenden Schupos niedergehalten werden.

Dies 30 Jahre nach dem Kapp-Putsch, wo die deutschen Arbeiter in einer Woche den Spuk der konterrevolutionären Noske Garden beendeten, weil sie einheitlich kämpften.

Die Werktätigen von Salzgitter haben lokal alles getan, was in einer lokalen Aktion möglich ist, die über den Rahmen der Protestaktion nicht hinausgehen kann. Diese lokale Aktion kam zustande, weil sich die Arbeiter von Salzgitter Betriebsräte wählten, die anstelle der die Protestaktionen sabotierenden Gewerkschaften, SP und KP ihrem Protestwillen Organisation und Führung geben können. Weil die Salzgitter-Arbeiter von ihren deutschen Klassengenossen im Stich gelassen wurden, eine gemeinsame Aktion verhindert wurde von der Gewerkschaftsbürokratie, deren Pflicht es gewesen wäre, die Gesamtprotestaktion im Bundesgebiet zu organisieren, übersteigerte sich die Protestaktion bis zu Verzweiflungsaktionen, die naturgemäß die Gesamtaktion nicht ersetzen und die Demontage nicht verhindern können. Die Solidaritätsaktion aller Metallarbeiter, wenn dies nicht zureichte, die Verstärkung des Protestes durch die Teilnahme der Bergarbeiter, Hafenarbeiter, Eisenbahner, hätte wahrscheinlich auch die Besatzungsorgane der englischen Labourregierung zum Umdenken veranlaßt, besonders wenn die englischen Arbeiter ihrerseits durch Solidaritätsbekundungen nachgeholfen hätten. Eine Gesamtaktion der deutschen Arbeiter zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze hätte bei breiten Schichten der englischen Arbeiter wahrscheinlich Unterstützung gefunden; denn sie selbst stehen vor schweren Kämpfen zur Verteidigung ihres Lebensstandards - Kämpfen, wo sie auf die solidarische Hilfe der deutschen und internationalen Bergarbeiter, Hafenarbeiter, Metallarbeiter angewiesen sein werden, wie wir jetzt auf ihre Solidarität.

Die deutsche Bourgeoisie kämpft für ihre Interessen viel klarer und konsequenter als die Arbeiterklasse für die ihren. Sie weiß, daß sie nur gestützt auf die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte an der Ausbeutung der deutschen Werktätigen teilnehmen kann. Das hindert sie jedoch nicht, den Protest gegen Maßnahmen derselben Besatzungsmächte bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten zu steigern. Das zeigt die Protestverwahrung gegen die Eingliederung des Saargebiets an Frankreich. Für diesen Protest schaffte sie die Einheitsfront aller Parteien des Bundesparlaments. Weiter kann die Bourgeoisie nicht gehen. Die Massen zu außerparlamentarischen Unterstützungsaktionen aufrufen kann sie nicht. Deshalb werden zwar noch einige parlamentarische Manöver gemacht, aber mehr kaum. Würden die Massen zur „nationalen Front“ aufgerufen, so würden sie gewiß den Kampf für die nationale Befreiung aufnehmen, ihn aber zwangsläufig mit ihren sozialen Forderungen zur Lösung der Wohnungsnot, gegen Teuerung und Massenarbeitslosigkeit verbinden. Weil die Bourgeoisie dies weiß, beschränkt sie sich auf rein parlamentarische und diplomatische Manöver. Käme die proletarische Einheitsfront zustande, würden die nationalen Helden, die jetzt so tapfer gegen Saar- und Ostannexion schmähen, das tun, was die Saarbourgeoisie tut, nämlich für das Linsengericht der Teilnahme an der Ausbeutung der Werktätigen der Saar unter französischem Schutz ihr „autonomes“ Vaterland zu liefern.

Es ist eine Fehlspekulation der Sowjetpolitiker, daß sich wesentliche Teile der westdeutschen Bourgeoisie unter dem Druck der Politik der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte mit der Oder-Neiße-Grenze abfinden, wenn sie

dafür größere Profitmöglichkeiten durch Lieferungen für den Ostmarkt und China einhandeln können, wie die ganze Politik der Potsdamer Vereinbarungen, die auf der Zusammenarbeit mit den „friedliebenden demokratischen Mächten“ basieren sollte. Gewiß, den deutschen Schwerindustriellen würde der Verzicht auf den jetzt so offen zur Schau gestellten Patriotismus nicht schwer fallen als den Saarpatrioten der ihre. Der anglo-amerikanische Imperialismus verfügt über genügend Druckmittel und Manövriermöglichkeiten, um den „deutschen Patriotismus“ gegen die Pläne der SU aufrechtzuerhalten. Die 12 Millionen Heimatvertriebenen, Millionen und Abermillionen von Werktätigen, die durch die Besatzungspolitik der SU den anglo-amerikanischen Imperialisten gratis geliefert worden sind, sind eine nicht zu unterschätzende Waffe der USA-Imperialisten.

Aber wenn diese Pläne der SU Erfolg hätten, d. h. die SU ein Bündnis mit einer national-bolschewistischen deutschen Bourgeoisie dem Bündnis mit dem revolutionären deutschen Proletariat vorziehen würde, müßte sich die deutsche Arbeiterklasse dem mit ganzer Kraft widersetzen. Die deutsche Arbeiterklasse muß die deutsche Bourgeoisie dann ohne die militärische Mitwirkung der SU entmachten, die politische Macht aus eigener Kraft erobern und als selbständiger Verbündeter des sozialistischen Weltfaktors ihre eigenen Wege des sozialistischen Aufbaus beschreiten, wie China oder Jugoslawien.

Den heutigen SU-Politikern und den von ihnen geführten Kominform-Politikern ist ein solcher Gedanke Keßerei, Verrat an der proletarischen Revolution, „Agentenarbeit für den Imperialismus“. Die Tatsache, daß die heißen Hoffnungen der Führer und Kämpfer der Oktoberrevolution auf Sieg und Hilfe durch proletarische Revolution in den Ländern des hochentwickelten westeuropäischen Kapitalismus, besonders Deutschland, im Verlaufe der 32 Jahre nicht in Erfüllung gegangen sind, hat bei den Epigonen der Oktoberrevolution die Überzeugung bis zum Vorurteil verstärkt, daß ohne die direkte militärische Hilfe und Eroberung dieser Gebiete die Macht der Bourgeoisie nicht gebrochen werden, das Proletariat über seine eigene Bourgeoisie nicht siegen könne. Von solchen Gedanken wird die Außenpolitik der SU heute letzten Endes bestimmt.

Es hat keinen Sinn, mit diesen dem Marxismus-Leninismus vollkommen widersprechenden Auffassungen zu polemisieren. Überzeugungskraft, die auf die Politik der SU zurückwirken wird, haben nur Tatsachen. In China siegte zwar die Revolution ohne Einmischung der SU. Auch in Jugoslawien ist der revolutionäre Umsturz, die Eroberung der politischen Macht durch das von der KPJ geführte Proletariat selbständig - ohne wesentliche Hilfe der SU - durchgeführt worden. Aber ohne den siegreichen Vormarsch der Roten Armee bis Wien und Stettin und bis ans Gelbe Meer hätten die Imperialisten, gestützt auf die noch nicht vernichteten Reste der inneren Konterrevolution, die isolierte jugoslawische und chinesische Revolution vernichten können. Die Schaffung der Vorbedingungen des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen ist durch die Existenz der Sowjetmacht gesichert, die die imperialistische Intervention verhindert. Diese Tatsachen bestärken die Stalinisten in ihrer bornierten Auffassung.

An welche Voraussetzungen ist eine selbständige, siegreiche proletarische Revolution in Deutschland, Frankreich, Italien, England gebunden? Bei den heutigen Kräfteverhältnissen müßte jede siegreiche proletarische Revolution in Frankreich und Italien mit der sofortigen Intervention der anglo-amerikanischen Imperialisten rechnen. Käme die Sowjetarmee den Revolutionären zu Hilfe, wäre dies der Beginn des 3. Weltkrieges. Andernfalls würde die amerikanische Interventionsarmee im Bunde mit der Konterrevolution dieser Länder siegen. In der Tschechoslowakei versuchte die innere Konterrevolution vor 2 Jahren keinen ernstlichen Widerstand, weil die amerikanische Armee nicht in die Einflußsphäre der SU hätte einrücken können, ohne den 3. Weltkrieg zu beginnen. Die Existenz der SU verhinderte die konterrevolutionäre Intervention gegen die Tschechoslowakei.

So sind die augenblicklichen internationalen Machtverhältnisse. Ist mit ihrem dauernden Bestand zu rechnen? Nein. Die SU hat kein Interesse, in absehbarer Zukunft sich ohne dringenden Zwang in einen 3. Weltkrieg verwickeln zu lassen. Sie dürfte kaum das Risiko auf sich nehmen, den Aufbau ihrer Wirtschaft zu unterbrechen, um einer proletarischen Revolution im Westen zu helfen, die sich aus eigener Kraft nicht behaupten kann. Die Hoffnungen der KPD-Leute im Westen, daß „die Russen bald kommen“ und für sie die Revolution machen, ist eine Illusion und nicht einmal eine schöne. Käme sie bei den heutigen Verhältnissen, wäre dies der Krieg. Den wird die SU nur dann in Kauf nehmen, wenn die Maßnahmen des anglo-amerikanischen Imperialismus sie dazu zwingen. Nach dem Zustand im Lager der Imperialisten ist dies wenig wahrscheinlich.

Das schafft uns vor allem in Deutschland die Atempause, um die revolutionären Kräfte zu schulen und zu organisieren, damit wir die deutsche Revolution selbst machen und nicht russisch über uns ergehen lassen brauchen. Die Fähigkeiten, die die tschechische Arbeiterklasse hatte, um ihre Revolution ohne militärische Mithilfe der SU zu machen, haben wir bestimmt, sobald die fremden Besatzungsmächte die deutsche Bourgeoisie nicht mehr künstlich als ihre Prokuristen an der Macht halten können. Im Falle militärischer Mitwirkung der SU ist nicht damit zu rechnen, daß das englische und das amerikanische Proletariat seine Macht einsetzt, um die Intervention zu verhindern, wie die englische Arbeiterklasse 1919-20, als die moralische Auswirkung der Oktoberrevolution die Voraussetzungen dieser Solidaritätsaktion geschaffen hatte. Diese Wirkung ist heute durch die Nachkriegspolitik der SU vertan. Der Aufschwung in der SU, der jetzt zum ersten Mal für die Werktätigen der SU einen Lebensstandard schafft, der den der deutschen, französischen, italienischen Werktätigen erreicht oder übertrifft, wird auch im Denken der englischen und amerikanischen Arbeiterklasse den Aufschwung fördern und sie zu Solidaritätsaktionen bereit machen, um ihre Bourgeoisie an der Intervention zur Erwürgung selbständiger europäischer Revolutionen zu hindern. Die Kämpfe, vor denen sie selbst stehen, werden sie zum Umlernen zwingen.

Die Arbeitslosigkeit der kapitalistischen Welt steigt

Das internationale Arbeitsamt berichtet über die Arbeitslosigkeit in 20 Ländern, daß nur in 4 die Zahl abgenommen hat: Irland, Schweden, Australien, Neuseeland. Im übrigen verläuft sie wie folgt:

Großbritannien	Dez. 1949	352 900	1,7%	Dez. 1948	350 200	1,5%
USA	Jan. 1950	4 480 000	7,9%	Jan. 1949	2 664 000	4,4%
Kanada	Dez. 1949	222 100	9,7%	Dez. 1946	144 100	6,3%
Frankreich	"	153 500		"	98 600	
Holland	Nov. 1949	49 900		Nov. 1948	32 700	
Belgien	Jan. 1950	309 000	15,4%	Jan. 1949	253 600	12,7%
Italien	Okt. 1949	1 502 300		Okt. 1948	1 481 600	
Spanien	Nov. 1949	169 300		Nov. 1948	129 500	
Schweiz	Jan. 1950	30 200		Jan. 1949	15 500	
Deutschland Bizonie	Dez. 1949	1 481 900	10,9%	Dez. 1948	742 900	5,7%
" franz. Zone	"	76 600	5,1%	"	16 700	1,2%

Die Prozentzahlen geben das Verhältnis der Zahl der Arbeitslosen zur Zahl aller Arbeiter des jeweiligen Landes an. Die Zahlen geben die offiziell zugegebenen, registrierten Erwerbslosen an. Die wirkliche Zahl dürfte in allen Ländern wesentlich höher liegen.

Fleischverbrauch in Deutschland Der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung beträgt z. Z. etwa 2150 g im Monat (etwa 26 kg im Jahr) gegenüber 4300 g vor dem Kriege. Nach Ansicht des Ernährungsministeriums von Nordrhein-Westfalen ist die Erhöhung des Fleischkonsums nur mittels Preisfenkung zu erreichen.

3 Meldungen um den Brotpreis Welt, 18. Januar: Das Bundesernährungsministerium teilt mit, daß sich in nächster Zeit die Getreideeinfuhren verbilligen werden. - Welt, 5. Februar: Stärker rückläufig waren die Getreidepreise. . . Chicagoer Getreidebörsen verstimmt wegen hoher Lagerbestände an Weizen und Mais, die höchsten in der amerikanischen Geschichte. - Welt, 3. März: Bundesernährungsminister Niklas teilte mit, daß die Hohen Kommissare den deutschen Plänen zustimmten, die Getreidepreise am Ende des Wirtschaftsjahres (30. Juni) zu erhöhen.

Beherrschte Arbeiterklasse Vor einem Jahr wurde in einem ostthüringer volkseigenen Betrieb ein Abteilungsleiter benötigt. Auf Vorschlag eines SED-Mitgliedes, Angehöriger der Direktion und seinem ganzen Verhalten nach ein Reaktionär, wurde ein CDU-Mann eingestellt, der sofort einen ganzen Stab von Büropersonal, alles Mitglieder der bürgerlichen Parteien nach sich zog. So verdreifachte sich das Verwaltungspersonal innerhalb Jahresfrist. Derselbe Abteilungsleiter geht nun daran, die Mehrausgaben für die Verwaltung aus den Knochen der Arbeiter herauszuholen, indem er, gestützt auf die Propagierung des Leistungslohnes durch SED und FDGB, laufend für Normerhöhungen sorgt. In einer Abteilung des Betriebes wurden innerhalb kurzer Zeit die Normen dreimal heraufgesetzt; den Spitzenarbeitern, die noch 150% leisteten, wurde bereits eine erneute Überprüfung der Normen angekündigt.

In schreikendem Gegensatz dazu stehen die Versicherungen der Gewerkschaftsführung, daß im Volksbetrieb nicht die berüchtigte kapitalistische Akkordföhre angewandt würde.

Die betroffenen Arbeiter wandten sich beschwerdeführend an ihre Gewerkschaft und erhielten hier als Trost die Antwort: „Je tiefer die Selbstkosten

(also praktisch die Arbeiterlöhne) liegen, um so niedriger werden die Preise der Waren.“ - In Wirklichkeit liegen die Lebenshaltungskosten.

Enttäuscht wenden sich die Arbeiter nunmehr von der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie ab. Lieber Stundenlohn beim Unternehmer als Leitungslohn im VEB, sagen sie. So treibt die SED, die sich jedes Vertrauen verdient hat, die Arbeiter dem Unternehmer in die Arme.

Lösungen wie Senkung der Produktionskosten müssen Schall und Rauch bleiben, solange in der Ostzone die Lösung aller Aufgaben bürokratisch, unter Ausfaltung und Beherrschung der Arbeiter, erfolgt. Wo die Initiative einer praktisch selbständigen Arbeiterklasse fehlt, wird die Bürokratie übermächtig. Als Lohn für die Beherrschung der Arbeiter im Interesse der Befassungspolitik erhält sie Prämien am laufenden Band. Bei den Arbeitern aber entsteht ein wütender Haß gegen Bürokratie und technische Intelligenz, die in Deutschland bei einer aktionsfähigen Arbeiterklasse auch ohne materielle Korruption zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewinnen oder zu zwingen wäre.

Das Bürgertum lacht sich ins Fäustchen. Unter Ausnutzung von Blockpolitik und Nationaler Front nimmt es an der Beherrschung der Arbeiterklasse teil, die infolge Verkleisterung der Klassegegensätze mit patriotischen SED-Phrasen ihren Klassegegner nicht erkennen und erfolgreich unterdrücken kann.

Der Kampf der Arbeiter in der Ostzone muß mit der Verteidigung ihrer materiellen Interessen beginnen und bei der Reduzierung und Kontrolle der Bürokratie durch die politisch herrschende Arbeiterklasse enden. Die Folge wird eine freiwillige Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit eine schnelle Hebung des Wohlstandes und des Dranges zur Selbstverwaltung der Werktätigen sein, wie sie mit den gegenwärtigen bürokratischen Methoden niemals erreicht werden kann.

Lenin und das Selbstbestimmungsrecht

Nehmen wir an, die Baschkiren stützten die Ausbeuter und wir würden ihnen dabei helfen. Aber das ist ja nur dort möglich, wo die Umwälzung vollkommen herangereift ist. Und das muß vorsichtig getan werden, damit wir durch unsere Einmischung jenen Prozeß der Differenzierung des Proletariats nicht aufhalten, den wir beschleunigen müssen. Was können wir aber hinsichtlich solcher Völker tun, die wie die Kirgisen, die Sarten bis auf den heutigen Tag unter dem Einfluß ihrer Mullahs stehen? .. Könnten wir etwa zu diesen Sarten gehen und sagen: »Wir wollen eure Ausbeuter stürzen«? Das könnten wir nicht, weil sie restlos unter dem Einfluß ihrer Mullahs stehen. Man muß da die Entwicklung der betreffenden Nation abwarten, die Differenzierung des Proletariats von den bürgerlichen Elementen, die unvermeidlich ist.“

Bericht über das Parteiprogramm, 8. Parteitag, Ausgew. Werke, Bd. 2, S. 512

Das deutsche Proletariat den deutschen „Mullahs“ Adenauer, Heuß, Kalnauer, Dertinger in die Arme getrieben zu haben, ist das Verdienst der Stalinischen Befassungspolitik und ihrer deutschen Werkzeuge Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Reimann. Es vom bürgerlichen Einfluß zu befreien, den Differenzierungsprozeß gegen den Widerstand der Nationale-Front Strategen zu beschleunigen, ist die Pflicht jedes verantwortungsbewußten Kommunisten.

Gewerkschaftswahlen in der Ostzone verfaßt

Arbeiterkorrespondenz

Aus unserem Artikel „Gewerkschaftswahlen in der Ostzone“ (Nr. 5, 1950) war zu erkennen, daß alle Anstrengungen, in der Ostzone die Arbeitermassen zu mobilisieren, scheitern müssen, wenn sie nicht auf der Grundlage einer richtigen kommunistischen Politik geführt werden. Hierzu ist die SED- und FDGB-Bürokratie unfähig. Die Richtigkeit unserer Auffassung wird durch den Fortgang der Gewerkschaftswahlen bestätigt. Die Wahlen sind trotz aller Agitation verfaßt. Alle Aufputzversuche ziehen nicht mehr. Wenn es noch gelang, zu den BGL-Wahlen eine Scheinaktivität zu entwickeln, so ist die Reaktion jetzt um so schlimmer. Kein Echo, keine Anteilnahme der Arbeiter trotz aller Anstrengungen.

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß SED-Mitglieder ihre eigenen Parteikandidaten in den Betrieben nicht gewählt haben.

Selbstkritisch wurde auf einer SED-Tagung festgestellt, daß die Bedeutung der Wahlen von den Parteibetriebsgruppen überhaupt nicht oder zu spät erkannt wurde. Zur Beseitigung des Sektierertums der Partei-Betriebsgruppen wurden Instrukteurgruppen aufgestellt, die die Ursachen dieser Erscheinung untersuchen sollen. Es wird dabei, wie bei allen formal-organisatorisch geführten Aktionen der SED, nichts herauskommen.

Die Arbeiter haben andere Sorgen. Sie beobachten mit wachsender Erregung, wie die HO-Preise zwar sinken, gleichzeitig aber die Preise der rationierten und freien Konsumgüter steigen. Die Entwicklung zum „einheitlichen Preisniveau“ besteht also in Verbindung mit Erhöhung der Normen in einer Senkung des Reallohnes. Die Arbeiter erinnern sich der schönen, nicht eingehaltenen Versprechungen bei der Gründung der HO. Es sollte z. B. dort erst dann Lebensmittel geben, wenn die Kartenverförgung gesichert ist. Heute gibt es Fett und Fleisch in der HO in Mengen, während die Kartenverförgung immer wieder stockt. Die Arbeiter erinnern sich der Versprechungen bei Beginn des 2-Jahresplans. Jetzt erfüllen sie den Plan fast $\frac{1}{2}$ Jahr früher, aber die Verbesserung ihrer Lebenslage steht in keinem Verhältnis zu ihren Mehrleistungen.

Das sind die Folgen einer Politik, die verspricht, aber nichts einhält, die die Bedürfnisse der Befassung vor die Bedürfnisse der Arbeiter stellt.

Die Arbeiter protestieren auf ihre Weise. In einer Resolution des SED-Parteivorstandes über die Hilfe der SED bei Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit muß zugegeben werden, daß in Schwerpunktbetrieben die Zahl der ungültigen Stimmen bei den Gewerkschaftswahlen „Besorgnis erregt“. Hier ergeben sich Ansatzpunkte für wirkliche Kommunisten, um die Arbeiter vom Protest zur politischen Aktion zu führen.

Freie Meinungsäußerung in der SED

dpa meldet: Der Leiter der Parteikontrollkommission, Matern, ist von der Parteileitung aufgefordert worden, den Kampf gegen „Partei Feinde und Fraktionsmacher“ in der SED energischer zu führen. Die Anweisung wird auf das Vorhandensein oppositioneller Gruppierungen in der SED zurückgeführt, die versuchen, Auffassungen der KPO und SAP

unter den Mitgliedern der SED zu verbreiten. In mehreren Orten Sachfens seien solche Gruppen in der SED entdeckt worden.

Keine Konzession an die Westmächte Auf dem Kongreß der Volksfront Serbiens erklärte Tito, die Westmächte könnten auf keine Konzessionen rechnen. Die Stunde der alten Parteien sei vorbei und werde nie wiederkehren. Das Ziel sei der Aufbau des Sozialismus ohne die geringste politische oder wirtschaftliche Konzession, auch wenn dabei wachsende Schwierigkeiten zu überwinden wären.

Wirtschaftsplanung in der Ostzone (I.) 1. Die Grundlage

Im Gegensatz zur kapitalistischen „Planung“, deren Ergebnisse nicht von ihren Initiatoren und Trägern, sondern von den blind wirkenden Gesetzen kapitalistischer Wirtschaftsanarchie bestimmt werden, besitzt die Wirtschaftsplanung der Ostzone reale ökonomische und gesellschaftliche Grundlagen.

Die militärische Macht der SU zerbrach den faschistischen Machtapparat als Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft und errichtete ihre Befatzungsdiktatur eines sozialistischen Staates. Sie liquidierte das Monopolkapital als stärksten Teil der bisher herrschenden Klassen und überführte die Produktionsmittel der Monopolisten in die Verwaltung des von ihr beherrschten neuen Staatsapparates. Daß diese Enteignung als in den Potsdamer Beschlüssen festgelegte „Befrafung der Kriegsverbrecher“ rechtlich firmierte, ändert nichts an ihrem revolutionären Inhalt. Der Grund für einen starken sozialistischen (volkseigenen) Wirtschaftssektor war gelegt.

Obwohl Enteignungen mit dem Jahre 1948 praktisch aufgehört haben, wachfen Umfang und Bedeutung des sozialistischen Wirtschaftssektors ständig. Die Zahl der in ihm Beschäftigten ist von 714312 am 30. 6. 1948 auf 949475 am 30. 9. 1949 gestiegen. 48% aller industriell Beschäftigten arbeiten heute in VEB (volkseigenen Betrieben). Das ist der entscheidende Teil der Betriebe und des Proletariats – Betriebe und Proletariat sind der Schlüssel – der großen Industrie. Deshalb ist es möglich, den privatkapitalistischen Sektor der Wirtschaft dem sozialistischen unterzuordnen und ihn auf diese Weise in die sozialistische Planung einzubeziehen.

2. Das niedrige Ausgangsniveau Solange die Enteignungen noch nicht abgeschlossen waren und die Sowjetbefatzung blindwütig und barbarisch die modernsten Industrieanlagen demontierte oder ihrer direkten Verwaltung einverleibte, konnte von einer ernsthaften Planung keine Rede sein. Erst als der russische Bär seinen durch die furchtbaren Kriegsfolgen im eigenen Lande ins Riesenhafte gestiegenen Appetit gestillt hatte, waren die Voraussetzungen für den Aufbau auf der Grundlage sozialistischer Planung gegeben.

Das Ausgangsniveau war niedrig. Das fehlende 2. Gleis lähmte den Transport. Entscheidende Teile der nach der Annexion der östlichen Industriegebiete verbliebenen Schwerindustrie waren demontiert, die dazugehörenden Fabrikanlagen im Zuge der „Demokratisierung“ gesprengt, die Rohstoffreserven weggeführt. Das feinnervige Netz moderner Produktion war tausendfach zerrissen. Hinzu kam die immer stärker in Erscheinung tretende Zonentrennung,

während die Einbeziehung der Ostzone in die Wirtschaftsplanung des sozialistischen Blocks infolge der national beschränkten Politik nur sehr zögernd einsetzte.

Der politische und wirtschaftliche Unfinn der Demontage ist offenbar. Selbst bei sorgsamster Behandlung müssen demontierte Anlagen durch Witterungs- und Transporteinflüsse schwer leiden, vom Produktionsausfall bis zur Inbetriebnahme ganz zu schweigen. Politische Folge der Demontage aber war ein Vertrauensverlust bei den Arbeitern, der für die Nachkriegsentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung die schädlichsten Folgen hatte.

Heute muß die SU die schwersten Demontagefolgen durch Lieferung von vorm demontierten Walzenstraßen usw. im Interesse ihres eigenen Aufbaues wieder beseitigen. Die SED-Bürokraten preisen diese Maßnahmen als „großzügigen Akt internationaler Solidarität“. Die Demontagen bezeichneten sie als gerechte Sühne; Reparationen sind Ehrenpflicht. Diese „marxistische“ Führung will nicht begreifen, daß die Denkweise der deutschen Arbeiterklasse von einem 100jährigen Kampf um bessere Lebensbedingungen bestimmt wird, der ihr im Kapitalismus einen höheren Lebensstandard eingebracht hatte, als die Arbeiter der sozialistischen SU gegenwärtig noch besitzen. Die russische Führung kann das nicht begreifen. Ihr ist die Fähigkeit zu marxistischer Analyse westeuropäischer Bedingungen in mehr als 30jähriger opfervoller Isolierung verlorengegangen. Im Stich gelassen von den deutschen Arbeitern in den entbehrungsreichen Jahren sozialistischen Aufbaus, durch den Hitler-Krieg um die Früchte härtester Arbeit betrogen, ließ sie 1945 den deutschen Arbeiter im Stich. Nur eine kraftvolle, um ihre eigene Befreiung kämpfende deutsche Arbeiterklasse kann sie wieder internationalistisch denken lehren.

3. Der Zweijahrplan Der Wirtschaftsplan 1949-50 ist ein „Plan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft als Ausgangspunkt für kommende langfristige Pläne“. Seine wichtigsten Kontrollziffern sind:

- Erhöhung der Produktion um 35% (= 81% des Standes von 1936)
- Steigerung der Arbeitsproduktivität um 30%
- Anwachsen der Gesamtlohnsumme um 15%
- Senkung der Produktionselbstkosten um 7%.

Für Investitionen in Industrie, Transport, Landwirtschaft und Kommunalwirtschaft sieht der Plan 2 Milliarden vor.

Die Ergebnisse der im Plan 1949 festgelegten ersten Etappe des Zweijahresplans zeigen eine zum Teil erhebliche Überdrehung der Planziele.

Der Monatsdurchschnitt des in den VEB erzeugten Produktionswertes war 1949 um 83% höher als 1948. Am stärksten war der Aufschwung in der Elektroindustrie mit 108%, in der Feinmechanik und Optik mit 183%, in der Zellstoff- und Papiererzeugung mit 162%, in der Nahrungsmittelindustrie mit 165% Mehrproduktion.

Zuverlässiger sind die folgenden Zahlen, die den mengenmäßigen Produktionsanstieg des gleichen Zeitraumes in Prozenten angegeben andeuten:

Rohbraunkohle	9
Steinkohle	12
Kupfererz	40
Roheisen	36
Rohstahl	190
Walzwerkerzeugnisse	119
Schwefelsäure	43
Benzin	68
Kali, Salze	60
Zellwolle	63
Zement	34
Elektro-Energie	18

Diese nebenstehenden Prozentzahlen zeigen zugleich, daß das Schwergewicht der industriellen Entwicklung auf der Schwerindustrie liegt.

Ende Oktober 1949 war der Plan 1949 in den einzelnen Industriezweigen erfüllt, wie es nachstehende Tabelle in Prozenten angibt:

Zu diesem Zeitpunkt war in der Leichtindustrie die Arbeitsproduktivität von 1936 erreicht. In anderen Industriezweigen lag der Lohnanteil über dem Friedensstand in Prozenten

Bergbau	91
Metallurgie	82
Elektroindustrie	99
Maschinenbau	96
Feinmed., Optik	95,5
Leichtindustrie	85
Chemische Industrie	98
Baumaterialien	98,5
Holzindustrie	115
Textilindustrie	98
Zellstoff-, Papierind.	133
Energiewirtschaft	113,5

laut nachstehender Tabelle:

im Braunkohlenbergbau um	100
im Steinkohlenbergbau um	150
in der Metallurgie um	100
im Maschinenbau um	30
in der Feinmechanik um	35
in der Chemie um	10

Wenn man den Lohnanteil als Maßstab der Arbeitsproduktivität nimmt, war diese niedriger als in der Zeit vor dem Kriege.

Der Plan 1949 schloß mit einer Gesamtplanerfüllung der Industrie von 104%. Dies war die Ausgangsbasis für den als Gesetz vorliegenden Plan 1950. Die Gesamtindustrieproduktion soll Ende 1950 103% der von 1936 betragen. Hier wie bei den Investitionen, die allein 1950 2,35 Milliarden betragen sollen, werden also die ursprünglichen Kontrollziffern weit überschritten, d.h. es ist mit einem schnelleren Tempo des industriellen Aufbaus zu rechnen als der Zweijahresplan zunächst vorsah.

In der Landwirtschaft will man 1950 die Friedenshektarerträge erreichen. Das Kartenystem soll mit Ausnahme von Fett und Fleisch aufgehoben werden. Auch die schrittweise Beseitigung der Rationierung anderer Konsumgüter ist geplant. Bis Ende 1950 soll ein einheitliches Preisniveau erreicht werden, also die Beseitigung des Überpreissystems in der HO (staatl. Handelsorganisation).

Unzweifelhaft wird der Zweijahresplan in seiner ursprünglichen Gestalt bis Jahresende weit überschritten sein, was weitere Verbesserungen in der Lebenshaltung der Bevölkerung ermöglicht. (II. Teil folgt in der nächsten Nr.)

Aus der Arbeiterbewegung

Fiasco der SP-Internationale

Die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien Europas in Hastings (England) hat mit einem Fiasco geendet. In den beiden wichtigsten Fragen konnte keine einheitliche Auffassung gefunden werden: Vereinigung der verschiedenen sozialdemokratischen Fraktionen Italiens, Stellung zur Saarfrage. In der Saarfrage zeigte sich, daß jede SP den Standpunkt ihrer Kapitalisten vertrat, wobei die französische Sozialdemokratie sich noch den Scherz erlaubte, ihr Eintreten für die Annexion der Saar damit zu begründen, daß man die Saararbeiter vor

dem Faschismus retten wolle! – Lenin nannte die reformistischen Führer „Arbeiteroffiziere der Kapitalistenklasse“. Er hatte und er hat recht.

Erste Proteste gegen Koalitionspolitik Wie uns berichtet wird, hat die SPD-Mitgliederversammlung von München eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich scharffstens gegen die Haltung der Landtagsfraktion wendet. Diese hatte dem Etat des Kultusministers Hundhammer ihre Zustimmung gegeben. Die Stuttgarter Delegiertenversammlung der SPD hat sich auch gegen die Politik ihrer Regierungsmitglieder in Württemberg-Baden gewandt. Der konkrete Anlaß ist die Haltung der Minister im Entnazifizierungskandal. „Die Versammlung erwartet von ihrer Landtagsfraktion, daß sie auf alle personellen und politischen Konsequenzen hin sich mit scharfster Energie um die gründliche Bereinigung dieser Angelegenheit bemüht,“ heißt es in der Entschließung.

Leider sind das erst tastende Versuche der Kritik, die bei den besonders deutlichen Symptomen der Koalitionspolitik stehen bleiben, aber noch nicht die Ursache dieser üblen Erscheinungen, die Koalitionspolitik selbst, grundsätzlich angreifen. – Wenn man bedenkt, daß auch die KPD seit 1945 bedingungslos für Koalition mit bürgerlichen Parteien eintrat und bis heute keine marxistische Kritik an diesem ihrem damaligen Verlagen geübt hat, so ist das Vorläufige, Suchende dieser Kritik der SPD-Arbeiter verständlich. Aber sie müssen weitergehen. „Radikal sein, heißt die Dinge an der Wurzel packen.“ (Marx)

Ein merkwürdiger Kommunist – aber linientreu Der einzige „kommunistische“ Beigeordnete der Stuttgarter Stadtverwaltung wurde jetzt von SPD und Bürgerlichen zusammen ausgebootet. Daraufhin schrieb er dem Oberbürgermeister Klett,

„er habe sich in Erfüllung der Dienstpflicht stets unabhängig gegenüber seiner Partei gefühlt und stets gemäß dem von ihm geleisteten Diensteid, die Verfassung und die Gesetze des Staates zu achten, seine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Er habe sich in der Ausübung seiner Amtspflichten nie der KP, sondern nur dem Gemeinderat verantwortlich gefühlt.“

Die KPD hat diesen Brief trotz Kenntnis nicht veröffentlicht, dagegen in einer Erklärung festgestellt, daß es keinerlei Gegensätze oder Differenzen zwischen ihr und ihrem Beigeordneten Kaufmann gebe. Statt Kaufmanns Brief an Klett abzudrucken, zitiert die Volksstimme eine Stellungnahme der CDU:

„Sein Verhalten gebe keine Veranlassung, seinen Rücktritt zu fordern. Er habe sich in seiner Eigenhaft als Beigeordneter tadellos verhalten und an seiner Arbeit für die Stadt Stuttgart sei nichts auszusetzen. Auch ein Vorwurf, daß er parteipolitische Interessen vertreten habe, könne ihm nicht gemacht werden.“

Wir von der Gruppe Arbeiterpolitik, die jede Stellung im Staatsapparat von USA-Gnaden abgelehnt haben, sind ja nun Arbeiterfeinde und bezahlte Agenten von McCloy und Adenauer. Aber die, die den Kommunismus in Erbpacht zu haben behaupten, schwören Eide auf die „Spalterverfassungen“, fühlen sich an diese Eide, nicht an ihre Partei gebunden und werden von der CDU für ihre Arbeit gelobt. – Die Volksstimme hat die Geschmacklosigkeit, Bebels Geist herbeizuzitieren für ihre oberfaule, unmarxistische Koalitionspolitik. Was sagt Bebel: Wenn mich meine Feinde loben, dann habe ich bestimmt einen Fehler gemacht.

(Fortsetzung von Seite 2) Die Restauration des deutschen Kapitalismus nach dem 1. Weltkrieg führte zwangsläufig zur Vorbereitung des 2. Weltkriegs

gegen die Weltmächte, deren Monopole dem deutschen Kapitalismus den Weltmarkt verperrten. Zur Vorbereitung dieses Krieges mußten die Organisationen der Arbeiterklasse vernichtet werden. Auch die politischen Parteien der Bourgeoisie mußten aufgelöst werden, um die Gegensätze im Lager der Bourgeoisie auszuhalten und alle Bourgeoisiekoalitionen den Interessen der imperialistischen Großbourgeoisie unterzuordnen. Also steht am Ende Gesamtdeutschlands nach Schumadiers Muster die Rekonstruktion der Politik des Nationalsozialismus. Aber um das zu verhindern, hatten sich USA und England mit der SU verbunden. Die „demokratischen“ Realpolitiker und ihre sozialdemokratischen Mitläufer und Nachfolger sind phantastische Utopisten.

Die Ostzonenregierung will mit der Nationalen Front die außerparlamentarische Massenaktion „aller guten Deutschen und Patrioten“ organisieren. Daran ist richtig der Gedanke, breite Massen zum außerparlamentarischen Kampf zu mobilisieren. Aber dieser richtige Grundgedanke wird verfälscht durch die Käteridee, man könne diese Massen auf nationaler statt auf Klassenbasis organisieren.

Die französische Bourgeoisie sabotierte 1939-40 den Krieg gegen Hitler aus Furcht vor dem französischen Proletariat. Der bürgerliche Klassenhaß war die Basis aller Hitlerquislinge im 2. Weltkrieg. Aber die SED-Esel bilden sich ein, die deutsche Bourgeoisie 1950 sei nationaler, patriotischer. Das trotz des Beispiels der Saarkapitalisten, die bei der Saarabstimmung 1935 Nazipatrioten waren, aber jetzt unter die französische Schutzherrschaft flüchten. Die bayrischen und rheinischen Separatisten haben doch 1918-24 genügend Proben ihres Patriotismus geliefert - auf weiter zurückliegende Proben wollen wir verzichten.

Die deutschen Werktätigen müssen für die Einheit Deutschlands, die Räumung von allen Besatzungsmächten kämpfen zu dem einzigen Zweck, die deutsche Bourgeoisie zu entmachten und den planmäßigen sozialistischen Aufbau beginnen zu können. Die Grundlage dieser Einheitsfront der Werktätigen kann nur geschaffen werden durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Werktätigen der Ost- und Westzone für ihre unmittelbaren Interessen, gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Besatzungsmächte im Osten und Westen. Der Verzicht auf diesen Kampf hat zur Spaltung der größten proletarischen Massenorganisationen, der Gewerkschaften, geführt. Das ist schlimmer als die von den Besatzungsmächten aufgezwungenen Zonengrenzen. Wenn die Arbeiterklasse die Zonengrenzen überwindet durch gemeinsamen, koordinierten Kampf gegen die Tagesnöte und für die nächsten politischen Aufgaben - Räumung - und eine selbständige Macht wird, sind anglo-amerikanische, russische oder neutrale Beschützer überflüssig. An eine solche proletarische Macht werden sich auch jene bourgeoisien Elemente anschließen, deren Klasseninteresse ihr nationales Interesse nicht erschlägt. An das Gespenst einer nationalen Front, hinter der im besten Falle nur die Russenangst jener Philister steht, die ein Alibi für alle Eventualitäten haben möchten, schließt sich weder das Gros der Werktätigen an, noch die kampffähigen Elemente aus den Trümmern der anderen Klassen.

SPENDENAUSWEIS bis 1. April 1950: Baden 15,-, Bayern 90,-, Hamburg 50,-, Hessen 45,-, Niederlanden 55,- und einige Emigrantengenossen 50,-, insgesamt 235,-. Dank allen Spendern! Genossen! Verkürzte Unterbrechung für die Arpo bedeutet Erweiterung und Verbesserung Eurer Zeitung! Verlag Arbeiterpolitik

Arbeiterpolitik

5. Jahrgang Nr. 9

1. Maihälfte 1950

Preis: -,20 DM

Macht den 1. Mai wieder zum Kampftag! Wie der Gezeitenpegel

der Küstenwetterwarten Ebben und Fluten registriert, so kann man am Verlauf der Maifeiern in der bisherigen Geschichte des 1. Mai das bald stürmischere, bald ruhigere Tempo des Klassenkampfes ablesen: die geschichtlichen Sturmfluten und die Perioden der Flaute; die Verschärfungen und die Entspannungen; die Vormärche und Rückzüge; die Strategie und Taktik der Klassegegner. Der Gedanke, alljährlich an einem festgelegten Tage durch Arbeitsniederlegung den herrschenden Klassen den Kampfwillen der Arbeiterklasse zu demonstrieren, war eine kühne Kraftprobe gemeinamer internationaler Aktion der proletarischen Massen selbst. Daß dieser Maiaufmarsch sich anfangs um die zündende Losung des Achtstundentages formierte, beweist die Instinktsicherheit der Massen im Aufgreifen der zeitgemäßen, allen Arbeitern gleich wichtigen, organisierenden Losung.

Die Bourgeoisie geriet vor der Kampfanfrage der alljährlich wiederholten Arbeitsniederlegung in Panik. Militär wurde bereitgestellt, in Demonstrationen hineingeschossen. Die Spießbürger verbarrikadierten sich in ihren Läden und erzählten sich: die Roten führen die Weibergemeinschaft ein und holen dem Bauer die letzte Kuh aus dem Stall - ein Vorpiel zur Kommunistenangst von heute. - Bis zum 1. Weltkrieg spiegeln die Maifeiern die ganze Härte eines unverföhllichen Klassenkrieges wider. Immer erneut lieferten die Proletarier am 1. Mai glänzende Proben ihres Mutes und ihrer Opferbereitschaft, die dieser Tag nicht nur von dem politisch und gewerkschaftlich organisierten Teil der Arbeiterklasse, sondern von jedem am Streik beteiligten Arbeiter persönlich abverlangte. Von jenem 1. Mai 1890 an, als in Hamburg das Unternehmertum die Arbeitsniederlegung mit Massenausperrung und Massenentlassungen beantwortete, bis zum Ende des 1. Weltkrieges war das deutsche Kapitel der Geschichte des 1. Mai eine Geschichte des Opfermutes der proletarischen Vorhut, eines Opfermutes, der trotz zeitweiliger Niederlagen immer wieder aufflammte, der Maifeier eine immer größere Basis in den Massen gab und weder vor den Schlägen des Feindes noch vor dem Wankelmut und der Feigheit der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen sich beugte.

Ein besonders tolles Stück leistete sich Ministerpräsident Kopf, SPD. Nach seiner Ankündigung werden die Anführer der Demonstration gegen die Demontage in Salzgitter vor Gericht gestellt. Die Landesregierung betrachte die Anwendung von Gewalt gegen die Demontage als einen schweren Verstoß gegen das Grundgesetz. - SPD-Logik: Fabrikenzerstörung, Panzer, MGs - das ist keine unerlaubte Gewaltanwendung. Aber die unbewaffnete Demonstration der Arbeiter - ist Gewaltanwendung!!

Das war so bis zu den Erschütterungen des kapitalistischen Regimes im Gefolge des 1. Weltkrieges. Aus revolutionären Perioden lernt nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch ihr Klassengegner. Und so wie in der Weimarer Republik dem Rätegedanken das revolutionäre Rückgrat mit Hilfe des Betriebsrätegesetzes gebrochen wurde und der Kampf um den Sozialismus von der Straße in die Geheimkammern der Sozialisierungskommission hineinmanövriert wurde, um dort am Giftgas der Arbeitsgemeinschaft zu verrecken, so begannen auch in der Weimarer Republik die Verbände der Leipart, Legion und Genossen, aus dem Weltkampftag des Proletariats den Maienspaziergangsfeiertag des Arbeiterpießbürgers zu machen. Als Einnahmequelle für ihre Partei- und Gewerkschaftskassen und als Gelegenheit zu völkerverföhllichen Wald- und Wiesenreden war der ideologisch restlos verrotteten Bürokratie der 1. Mai gerade gut genug. Sie war auch hierin nur die Handlangerin der Bourgeoisie, die eingesehen hatte, daß man vorläufig auf Anwendung wirtschaftlicher, polizeilicher oder militärischer Maßnahmen gegen die Maidemonstration verzichten mußte.

Mit dem Abebben der revolutionären Nachkriegswelle, die noch einmal in der Inflation ihre stärkste Wucht erreichte, büßten nunmehr auch die Maifeiern von Jahr zu Jahr an revolutionärem Elan ein. An dieser Entwicklung trägt die fehlerhafte Gewerkschaftspolitik, die unter Ruth Fischer-Maslow begonnen und vom Stalin-Nachbeter Thälmann um die Sozialfaschismus-Theorie und um die RGO-Politik „bereichert“ wurde, ihr Maß Schuld.

Die Maidemonstrationen waren neben den Betriebsrätewahlen stets das deutlich sichtbare Messen der kommunistischen und reformistischen Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung. Bis zur Ruth-Fischer-Ära waren es wohl an fast allen Industrieorten die – vor allem jungen – Kommunisten, die den Maiumzügen Schwung, Gesicht und politische Zielrichtung gaben. An Kampftagen wie dem 1. Mai erhält der Arbeiter eine Vorstellung von der geballten Macht seiner Klasse, und es ist leichter, sein politisches Bewußtsein zu heben und anzufeuern. Selbst die Zahl der aufmarschierenden Massen an solchen Tagen ist für die politische Bewußtseinsbildung von großer Bedeutung, und es ist nicht gleichgültig, ob solche Aufmärsche einheitlich vor sich gehen oder nach Parteien getrennt. Die Einheit der Aufmärsche bei voller Aufrechterhaltung der Kritik war darum immer eine Forderung der Kommunisten, die sie selbst dann zu verwirklichen verstanden, wenn sie keine eigenen Redner stellen durften oder die Gefahr des Ausschlusses aus den Gewerkschaften bestand. (Fortsetzung Seite 16)

Aus der Geschichte des 1. Mai

1886. 1. Mai. Erster großer Streik für Achtstundentag in Chicago.

1889. Am 20. Juli beschließt der 1. Kongreß der 2. Internationale:

„Es ist eine große internationale Manifestation zu organisieren, dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderungen richten, den Arbeitstag auf 8 Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris zur Ausführung zu bringen.“

1890. Erste internationale Maifeier des Weltproletariats.

„Denn heute hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerföhre über seine zum erstenmal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer, unter einer Fahne und für ein nächstes Ziel: den achtstündigen Normalarbeitstag. Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, daß heute die Proletarier aller Länder in der Tat vereinigt sind. – Stände nur Marx noch neben mir, das mit eigenen Augen zu sehen.“ (Fr. Engels am 1. Mai 1890)

1915. Maifeier der Bourgeoisie. „Der erste Mai.“ – Die bevollmächtigten Zentralinstanzen empfehlen den Organisa-

tionen, in diesem Jahr in Anbetracht der besonderen Umstände auf die Arbeitseinstellung am 1. Mai zu verzichten. In Anbetracht dessen, werden die Zeitungen am 1. Mai erscheinen. Die Maibeiträge werden nicht erhoben werden. Wo man Versammlungsäle finden kann, empfiehlt sich, abends Mitgliederversammlungen abzuhalten. Eine besondere Maianummer wird in diesem Jahre nicht erscheinen.“ (Notiz im »Vorwärts«, SPD-Zentralorgan)

SPD und ADGB waren völlig mit der Hilfe beim Völkermorden beschäftigt, hatten keine Zeit für Maifeiern. (Siehe 1950!)

1916. Maifeier der Spartakisten. 1.-Mai Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin unter

Führung Karl Liebknechts. Losungen: Krieg dem imperialistischen Kriege! Der Feind steht im eigenen Lande! – Karl Liebknecht verhaftet.

1929. Maifeier der Polizeipräsidenten. Der Sozialdemokrat Zörgie-

bel, Polizeipräsident von Berlin, verbietet alle Maidemonstrationen, fest preußische Polizei ein gegen demonstrierende Arbeiter. 27 Tote, 275 Schwer- und Leichtverletzte.

1933. Hitler-Maifeiern mit reformistischen Zutreibern. Zum Zwangsaufmarsch Hitlers beschloß der ADGB-Vorstand am 19. April 1933 einen Aufruf, in dem es heißt:

„Der Bundesausführer des ADGB begrüßt den 1. Mai 1933 als gefehligen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, in vollem Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maidgedanken . . . und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiter in den Staat sich allorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.“

1950. Maifeier des Burgfriedens. Im Rundschreiben 16/50 des DGB heißt es:

„Es scheint uns wichtig und notwendig, darauf hinzuweisen, allen Feiern, insbesondere öffentlichen Kundgebungen den . . . militaristischen Charakter zu nehmen. . . Es sollen auch tatsächlich keine aufmarschähnlichen Umzüge veranstaltet werden . . .“ (Siehe 1915!)

+

Der Reformismus hat den 1. Mai immer wieder gehändet. Nur die Anhänger des revolutionären Klassenkampfes sind die Erben der großen Tradition des 1. Mai, der war, ist und bleibt der Kampftag der Proletarier aller Länder für Einreihung aller Arbeitsfähigen in die Produktion, für ein menschenwürdiges Leben, gegen imperialistischen Krieg, für die proletarische Revolution, für den Sozialismus.

Wie kämpft die Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg

5 Jahre nach Kriegsende ist die Welt voller Kriegsgefahr. USA übertrifft die eigene Atombombe mit der noch vernichtenderen Wasserstoffbombe, USA erwägt Remilitarisierung

Deutschlands, USA sucht Luft- und Marinestützpunkte auf allen Kontinenten, USA finanziert mit 1 Md. Dollar die Belieferung Westeuropas mit altem Material, USA interveniert in Griechenland, Indochina, China offen, in allen Atlantikpaktländern verhüllt. Auf der Konferenz der Kriegsminister der Atlantikpaktstaaten im Haag wurden Pläne ausgearbeitet, über die der konservative englische „Observer“ schreibt:

„Die USA haben (im Kriegsfall) mit strategischen Bombardements sowjetischer Industrie- und Militärzentren zu beginnen; es wird bestätigt, daß Atom- und Wasserstoffbomben eingesetzt werden.“

Die Folgen des letzten Krieges sind noch längst nicht beseitigt. Deutschland, Österreich, Japan haben noch keinen Friedensvertrag. Und schon wird offen der 3. Weltkrieg vorbereitet. Nichts zeigt deutlicher die Beschleunigung der Entwicklung der kapitalistischen Welt als diese Tatsache. – Der Nervenkrieg, die Betonung der amerikanischen Stärke usw. sind hierbei oft nur als diplomatische Manöver gedacht; es steckt nicht hinter jeder Maßnahme der Wille zu sofortigem militärischem Einsatz. Aber die ständigen Drohungen und Demonstrationen militärischer Macht machen die chronische Kriegsgefahr zu einer akuten.

Wenn das Proletariat der kapitalistischen Welt, das aus seiner Arbeit die Rüstungen bezahlt, das mit seinem Blut die Kriegsrechnung begleicht, neue Aderlässe verhindern will, muß es schon im Stadium der Kriegsvorbereitungen sich aktiv einschalten, die Rüstungen aufdecken und anprangern, Kriegsmaterialtransporte verhindern. Aber die Sozialdemokratie, als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, unterstützt in allen westlichen Ländern die amerikanischen Kriegsvorbereitungen ideologisch und praktisch. Sie ist auch in Deutschland nicht gegen die Teilnahme am Kreuzzug gegen die SU, sondern sucht nur nach den besten Methoden der Vernebelung der Arbeitermassen. Sie ist zum Zutreiber des amerikanischen Antikominternpaktes geworden.

Auch der DGB-Vorstand hat sich vor den Karren des Dollarimperialismus gespannt (siehe Arpo 1950, Nr. 3). Aber die deutschen Arbeiter haben wenig Luft, ihre Metzger selber zu wählen. Daher finden Forderungen auf Widerstand gegen die USA-Pläne immer stärkeren Widerhall. In der „Quelle“, Funktionärorgan des DGB, sucht nun der Exkommunist Enderle Argumente für die reformistische Hilfe bei den kapitalistischen Kriegsvorbereitungen: „Jeder Gewerkschafter könnte sich nur freuen, wenn die Beschlüsse (des WGB, jede Waffenproduktion zu verweigern) in der ganzen Welt durchgeführt würden.“ Aber „in der SU wird mindestens so eifrig gerüstet wie in den kapitalistischen Staaten“. Das ist wahr, und hier ergreift der klassenbewußte Arbeiter in Frankreich, Italien und anderen Ländern Partei für die SU, gegen die kapitalistischen Staaten. Enderle ergreift Partei für das Lager des Kapitalismus. Denn, so erklärt er entrüstet in der „Quelle“ des DGB, „mit Friedens- und Sabotagepropaganda der Kommunisten sollen die westlichen

Länder militärisch geschwächt und gleichzeitig der Osten gestärkt werden.* Das wird für August Enderle zu viel – denn sein Ziel ist die Erhaltung des Kapitalismus.

Die Arbeiter denken nicht in den kleinbürgerlichen Begriffen von Verteidigung und Angriff. Aber der Marxist weiß, daß der Kapitalismus auf Grund seiner inneren Widersprüche zum Krieg treiben muß, daß für seine Produktivkräfte der kapitalistische Weltmarkt zu klein wird und er mit Gewalt neue Märkte erobern muß – jenseits des „eisernen Vorhangs“. Das Lager des Sozialismus steht nicht vor dem Problem unabsetzbarer Warenüberschüsse, sondern hat riesige Bedürfnisse. Und je mehr hier die Produktion wächst, um so größer wird der allgemeine Wohlstand und der Lebensstandard, um so geringer werden die Reibungen und Schwierigkeiten innerhalb dieses Lagers.

Es besteht ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen beiden Lagern. Beide erstreben ihre Ausdehnung, das kapitalistische, weil es Märkte braucht, das sozialistische, weil sozialistische Planwirtschaft auf die Dauer nur im Weltmaßstab sinnvoll wirken kann. Aber während in keinem sozialistischen Lande wesentliche Kräfte für die Restauration des Kapitalismus eintreten – abgesehen von den Resten der Bourgeoisie –, gibt es in jedem kapitalistischen Lande Kräfte, die für den Sturz des Kapitalismus arbeiten. Die Ausdehnung des sozialistischen Lagers erfolgt also in der Regel durch die eigenen revolutionären Kräfte jedes Landes (China, Jugoslawien), nur wo die eigenen Kräfte fehlen oder nicht ausreichen, durch die Sowjetarmee. Die Erhaltung und Ausdehnung des kapitalistischen Machtbereichs ist nur möglich durch bewaffnete Intervention der stärksten kapitalistischen Mächte.

Hier fallen also die Interessen der westeuropäischen Arbeiter mit denen des sozialistischen Blocks zusammen. Indem sie um ihre eigene soziale Befreiung und gegen die Eingliederung in das Militärsystem der USA kämpfen, verteidigen sie gleichzeitig die SU.

Der Aufruf des WGB und der kommunistischen Parteien an die Hafen- und Transportarbeiter der kapitalistischen Welt, die Kriegsmateriallieferungen der USA zu verhindern, entspricht den besten Traditionen der Transportarbeiter und dem Interesse der Arbeiterklasse. Obwohl vor allem für Frankreich und Italien herausgegeben, geht er auch uns deutsche Arbeiter an. Jeder Arbeiter muß ihn unterstützen und realisieren helfen. Die Verhinderung amerikanischer Rüstungstransporte scheint uns wichtiger und wirkungsvoller als Unterschriftenfammlung und Friedenskongresse, die nur Illusionen erzeugen. Wer nimmt die Unterschriftenfammelei noch ernst?! Dagegen haben die Aktionen der Hafenarbeiter den USA-Imperialisten schon viel Kopfzerbrechen gemacht. In Frankreich haben bisher die Hafenarbeiter der Mittelmeerküste jede Entladearbeit verweigert, nur in Cherbourg haben sie unter reformistischen Einfluß Kriegsmaterial ausgeladen. Im Norden Italiens haben die Arbeiter gleichfalls die Arbeit verweigert. Nur in Neapel ist jetzt die Landung geglückt unter größten Vorichtsmaßnahmen. (Riesige Polizeiaufgebote schützen die Arbeit, viele Kisten mit Schrott werden vorausgeschickt, um die Haltung der Arbeiter zu erproben und das wertvolle Material nicht zu gefährden; die Hafenarbeiter erhalten höhere Löhne etc.)

Teilweise Mißerfolge der Bewegung haben ihre Ursache in vergangenen Fehlern. Jahrelang haben die kommunistischen Parteien die USA als friedliebend und demokratisch hingestellt, in den kapitalistischen Regierungen gefeiert, haben die kommunistischen Minister die Kriegskredite für den Indochinakrieg bewilligt, hat man die deutschen Arbeiter als Menschen 3. Klasse behandelt. Mit einem Mal schwenkt man um 180 Grad, tut, als wäre die ganze vorherige politische Linie nicht gewesen, verlangt von den deutschen Arbeitern internationale Solidarität. - Das Vertrauen zur kommunistischen Bewegung, die Voraussetzung für das Gelingen schwieriger antimilitaristischer Aktionen, kann nur das Resultat langjähriger richtiger Politik sein. Aber wenn die anderen keine Solidarität gezeigt haben, so werden dennoch die deutschen Arbeiter vorangehen und zeigen müssen, daß ihre antimilitaristische und internationalistische Tradition tief verwurzelt ist und damit die internationale Kampffront gegen den Imperialismus wiederherstellen helfen.

Wirtschaftsplanung in der Ostzone (II.)

3. Planhemmnisse, Planungsfehler

Nur ein Philister wird sich einbilden, daß die völlig neuen Aufgaben sozialistischer Planung von Anfang an fehler- und krisenfrei gelöst werden könnten.

Eine der Hauptschwierigkeiten, an deren Beseitigung mit Erfolg gearbeitet wird, wie die Leipziger Messe zeigt, ist die mangelhafte Qualität der Produktion (viel Ausschuß bei Maschinenguß). Sie bedeutet Vergeudung von Rohstoffen, Arbeitskraft und Produktionsmitteln und ist eine Folge schlechter Rohstoffe, überalterter Produktionsmittel, Interessellosigkeit der Produzenten und einseitig gedankenloser Anstrengungen zur Erhöhung der Quantität der Produktion. - Eine Kinderkrankheit der Planung war (und ist z.T. noch) die falsche oder nicht vorhandene Sortimentsplanung (Männerchuhe Größe 38), die den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht wird.

Große Schwierigkeiten gibt es auch bei der Planung und Lenkung der Arbeitskraft und des Nachwuchses. Sie treten besonders brennend im Bergbau auf, wo die Beschäftigtenziffer um 4% zurückgegangen ist. Ein Durcheinander und Nebeneinander ergibt sich aus den Reparationsforderungen der Besatzungsmacht, die oft sprunghaft Umfang und Art der geforderten Waren ändert und die Wirtschaftsplanung ihren eigenen Bedürfnissen unterordnet. Hier sprechen die Tatsachen der betrieblichen Praxis eine andere Sprache als das Gesetz der DDR über den Plan, nach dem die Reparationsverpflichtungen „genau nach Warenart, Menge und Wert“ im Plan festgelegt sind. Infolge Durchbrechung der Plandisziplin kommen Fehlinvestitionen vor. Die Leichtindustrie ist gegenüber dem Haushalt mit 150 Millionen DM im Rückstand, was Investitionen in anderen Industriezweigen verzögert.

Daß solche und andere Fehler und Hemmnisse infolge der Erkennbarkeit und Anwendbarkeit der Gesetze sozialistischer Wirtschaft korrigiert und überwunden werden können, bestätigt nur die Überlegenheit der sozialistischen über die bankrotte kapitalistische Produktionsweise.

4. Die bürokratische Lösung und ihre Kritik Ebenlowenig wie die zahlreichen Befehle der Befatzungsmacht vor Gründung der DDR ist der Zweijahresplan Ausdruck des Willens einer selbständigen, um Weg und Ziel ringenden Arbeiterklasse. Der SED fällt bei allen Entscheidungen über die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens die Rolle der Verkündung und Popularisierung zu. Auf der Grundlage vollzogener Entscheidungen ist sie das ausführende Organ und hat die Aufgabe, die Massen für die Erfüllung der von der Befatzungsmacht festgelegten Aufgaben zu mobilisieren. Die Befatzung diktiert - vermeintlich oder wirklich im Interesse der Bevölkerung -, und die werktätigen Massen dürfen über befatzungshörige SED und Gewerkschaften „mitbestimmen“.

Alle Propaganda der Bürokratie über das „türmische Wachstum der Aktivenbewegung“ kann nicht über den wirklichen, wie ein Alpdruck auf Befatzungsmacht, Partei- und Staatsbürokratie lastendem Zustand hinwegtäuschen, daß die Werktätigen keinen Gebrauch von ihrem Mitbestimmungsrecht machen. Zuweilen kommt das in offiziellen Äußerungen sehr klar zum Ausdruck. In der „Arbeit“, dem theoretischen Organ des FDGB, schreibt Prof. Kuczynski über das „nachhinkende Bewußtsein“:

„Viele Arbeiter erkennen noch nicht, daß sich durch beispielhafte Hebung der Produktion in den VEB die Lebenshaltung der Werktätigen bessert und daß gleichzeitig dadurch die Grundlage für eine weitere fortschrittliche Gestaltung der gesamten Wirtschaft und überhaupt des Lebens (auf deutsch: Sozialismus. D.V.) gelegt wird. Sie betrachten die VEB noch nicht als volkseigen. Sie betrachten die Produktion in den VEB noch nicht als Volksproduktion. Sie betrachten die Entwicklung der Arbeitsleistung, der Produktivität der Arbeit in den VEB noch nicht als Sache des ganzen Volkes und darum als ihre eigene, ganz persönliche Angelegenheit.“

Kuczynski schildert den tatsächlichen Zustand recht gut. Was er aber mit seinem Professorenverstand nicht begreifen kann, ist, daß die Produktion der VEB von den Arbeitern nicht als Volksproduktion anerkannt werden kann, solange sie nur „mitbestimmen“ über den Produktionsprozeß, aber nicht entscheiden über die Verteilung der Produktion. Gegenwärtig kann nicht von einem Mitbestimmungsrecht und schon gar nicht vom Entscheidungsrecht der Arbeiterklasse bei der Verteilung der Produktion die Rede sein.

Hierin drückt sich besonders deutlich aus, daß die Arbeiterklasse der Ostzone nicht herrscht, sondern beherrscht wird. Die im Befatzungsauftrag herrschende Staats- und Parteibürokratie denkt z. B. gar nicht daran, über den Verbleib der Produktion Rechenschaft abzulegen. So wird z. B. das Gebiet des Außenhandels im § 17 des Gesetzes über den Plan 1950 mit folgenden Phrasen abgetan:

„Der Außenhandel besonders mit den Ländern einer sozialistischen Planwirtschaft gibt die Gewähr, daß sich der Handel nicht auf der Basis einer gegenseitigen Übervorteilung vollzieht, sondern sich nach fortschrittlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Interessen des Handelspartners entwickelt.“

Keinerlei Zahlen über den Umfang des geplanten Exports, über die geplante Verwertung der Importgüter. Nur schöne Reden, Phrasen.

Noch dürftiger nimmt sich § 16 über Reparationen und Befahrungskosten aus. Immerhin werden „Zahlen“ genannt. Der Befahrungskostenanteil an der Brutto-(Gesamt-)Produktion wird auf 6,3% festgesetzt. Handelt es sich um die wert- oder mengenmäßige Produktion? Wie hoch ist der Anteil an der entscheidenden Netto-(Fertigwaren) Produktion? Wie ist der Stand der Reparationserfüllung insgesamt? Sind die Demontagen Bestandteil der Reparationen (und werden – falls bejaht – die zurückgelieferten demontierten Anlagen rückgebaut)? All diese Fragen bleiben unbeantwortet. Zudem tragen die veröffentlichten Angaben über die Reparationsleistungen durchaus nicht den Stempel der Ehrlichkeit. Gibt es doch kaum einen Qualitätsgüter erzeugenden Betrieb der Sowjetzone, der nicht vorwiegend für die nebelhaften Begriffe „Export“ und „Reparationen“ arbeitet.

Aus der fehlenden Redenshaft über den Verbleib der Produktion resultiert die berechtigte Einstellung der Arbeiter, daß ihr Lebensniveau nicht ihren hervorragenden Aufbauleistungen entspricht. Hieraus und aus ihrer politischen Knebelung entspringt ihre Apathie, ihr Widerstand gegen die Verfaßte der Bürokratie, die Massen über die „Mitbestimmung“ in Produktionsberatungen, Wettbewerben, BGL und Verwaltungsräten der VEB, in Aktivistenkonferenzen und mit anderen zumeist schematisch aus der SU übernommenen Formen und Methoden zu mobilisieren. Deshalb müssen alle Aufgaben bürokratisch gelöst werden. Deshalb haben die Verordnungen über Qualitätskontrolle Erfolg, während die gewerkschaftlichen Qualitätsbrigaden ein Papierdasein führen. Deshalb kann man zwar die Arbeitsnormen erhöhen kraft der Autorität der Betriebsleitungen, aber nicht die Begeisterung der Arbeiter für die Steigerung der Arbeitsproduktivität wecken. Deshalb kann man zwar Betriebsverträge abschließen, in denen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und Pflichten der VEB-Betriebsleitungen und der Belegschaft genau festgelegt sind, aber nicht erreichen, daß sich die Werktätigen freiwillig daran gebunden fühlen.

5. Proletarische Demokratie überwindet Schwierigkeiten Der Kampf um die offene

Rednungslegung der Produktion, den die Arbeiter der Sowjetzone eröffnen müssen, ist einer der ersten Schritte zur Überwindung der Bürokratenherrschaft in der Zone. Er kann geführt werden im Zusammenhang mit dem Kampf um den Wegfall der Bürokraten-Sonderrechte. Die Ansatzpunkte sind leicht gefunden. Treten doch auch Ulbricht und Selbmann für die Senkung der Selbstkosten der Verwaltung, gegen Repräsentations- und Reklameausgaben ein. Schwieriger ist es schon, gegen die Bonzengehälter der Staatsangestellten und der VEB- und SAG-Direktoren aus der Arbeiterklasse und für ihre Entlohnung zu Fachtarbeiterlöhnen einzutreten. In solchen und anderen Formen muß und wird sich der Kampf der Arbeiterklasse um die Kontrolle und Unterordnung der Bürokratie unter die politische Herrschaft des deutschen Proletariats vollziehen. In der Sowjetzone sind objektiv alle Voraussetzungen vorhanden daß sich der Übergang der Herrschaft aus den Händen der Befahrungsmacht in die der deutschen Arbeiter ohne Revolution, wenn auch nicht ohne Kampf vollzieht. Bevormundung und Polizeiaufsicht müssen überwunden werden. Das geht nicht kampfflos. Aber der Lohn ist hoch: Es

gilt das Beispiel und den Ausgangspunkt für die proletarische Revolution in Deutschland und Westeuropa zu schaffen. Nicht um die Mitbestimmung geht es, sondern um die Räte-diktatur als höchste Form der Demokratie. Sie mußte in der SU an der mangelnden kulturellen Reife der Arbeiterklasse zugrundegehen. Sie wird in Deutschland und in der Ostzone zuerst wiederaufleben, wenn die deutschen Arbeiter sich ihrer gewaltigen Kraft bewußt werden und sie für ihre Befreiung einsetzen.

„Theoretische“ Begründung der Nationalen Front

In der Beilage „Wissen und Tat“ des „Freien Volk“ vom 20. 3. versucht Anton Predkel, Bonn, eine sozusagen theoretische Erläuterung der Politik

der nationalen Front zu geben. Er will „einige gewichtig klingende theoretische Bedenken . . . von Genossen, die sich für besonders gute Leninisten halten, und linken Sozialdemokraten, die sich als treue Verwalter des Gedankengutes von Karl Marx fühlen“, berichtigen. Predkel nennt nicht die Bedenken, aber aus feiner Polemik muß man folgern, daß die „guten Leninisten und sozialdemokratischen Verwalter des Gedankengutes von Marx“ den Kampf um die nationale Befreiung wenn nicht ablehnen, doch unterschätzen und Zweifel äußern, ob nennenswerte Teile der deutschen Bourgeoisie als Bundesgenossen im nationalen Befreiungskampf gewonnen werden können.

Wir brauchen uns nicht mit dem Teil des Artikels beschäftigen, der die Notwendigkeit des Kampfes um die nationale Befreiung zu begründen versucht. Der Artikelschreiber rennt hier mit einem Sack voll passender und unpassender Zitate offene Türen ein. Wir haben als erste 1945 die Vordringlichkeit des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen alle Befatzungsmächte betont – zu einer Zeit, als uns die Befatzungsmächte als Befreier, Erzieher zur Demokratie und Sühneengel geschildert wurden, denen wir dankbar sein müßten, weil sie uns ja nur die gerechte Strafe für unsere Schuld am Kriege gnädigst angedeihen lassen. Wir können also auf diese Belehrung der spät Aufgestandenen verzichten. Wir setzen voraus, daß die KPD-Strategen und -Taktiker jetzt ernstlich für die nationale Befreiung kämpfen wollen – denn jetzt dürfen sie und in der Westzone sollen sie sogar. Aber um es zu können müssen sie noch viel lernen. Wir wollen ihnen helfen.

Akrobatik mit Marx-Zitaten Da sie im Zusammenstellen von Zitaten geübt sind als in der lebendigen Handhabung der Methode des Marxismus-Leninismus, wollen wir an ihren Geisteszustand anknüpfen und sie bitten, einmal nachzulesen, was sie zitiert haben und sich anzustrengen, das Zitierte mit dem wirklichen Zustand in Deutschland statt mit einem anderen Zitat zu vergleichen. Aus der Resolution der 14. Parteivorstandstagung wird zitiert:

„Die ausländischen Imperialisten können ihre Kolonialherrschaft nur ausüben, indem sie sich auf die deutschen Imperialisten stützen, die die Nation verraten und mit den ausländischen Monopolkapitalisten, vor allem mit dem Imperialismus der USA, im Bunde sind.“

Dann wird breit dargestellt, daß gegen diese verräterische Bourgeoisie der härteste Kampf geführt werden muß. Richtig! Aber weiter heißt es:

„Im Kampf gegen den USA-Imperialismus und seine deutschen Kollaboranten (Mitarbeiter) muß sich die Arbeiterklasse verbünden nicht nur mit den Bauern und Mittelschichten, sondern auch mit den Teilen der Bourgeoisie, die in ihrer Existenz durch den USA-Imperialismus bedroht werden. Dabei handelt es sich auch um Teile der deutschen Großbourgeoisie, die beispielsweise durch die Demontagen in der Schwerindustrie oder den Nordfliehfabriken gefährdet werden.“

Hier stutzt Predkel. Er fühlt instinktiv einen Widerspruch. Aber er unterfucht nicht marxistisch-leninistisch die Ursachen des Widerspruchs, sondern versucht ihn wegzureden. Zwei Zitate, eins von Marx: „Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben“, ein zweites von Lenin aus einem Brief an die Genossin Inez Armand: „Mir scheint, daß Sie irgendwie etwas einseitig und formalistisch urteilen.“ - Das ist Marxismus-Leninismus Modell 1950, verzapft von einem „Theoretiker“, Strategen und Taktiker der KPD, Frankfurter Parteiverstand.

Dann folgt ein Absatz, in dem nachgewiesen wird, daß das Zitat von Marx aus dem Kommunistischen Manifest, 1847 geschrieben, nicht auf die Nationale-Front Frage paßt! Diese Entdeckung ist einen Stalinorden wert! Dann entdekt Predkel:

„Das Verhältnis der Arbeiterklasse zur nationalen Frage wird von der jeweiligen konkreten gesellschaftlichen Situation bestimmt.“

Aber statt die konkreten nationalen und sozialen Klassenverhältnisse Deutschlands wirklich zu zergliedern, wieder nur Zitate von Lenin über den Imperialismus nach dem Stande von 1917 und Seichtbeuteleien über Internationalismus. Nachdem dieser „Theoretiker“ so 3 1/2 Spalten wertvollen weißen Papiers vollgemacht hat, fällt er von den luftigen Höhen der KPD-Wissenschaft auf ein Baumstumpf auf die Erde:

„Sind nicht der Raub von Zehntausenden Patenten der deutschen chemischen Industrie, die Deportation von deutschen Wissenschaftlern nach USA usw. zweifelsfreie Akte des imperialistischen Konkurrenzkampfes? Durch ihn wurde die deutsche chemische Industrie aus ihrer führenden Stellung in der Welt verdrängt...“

Jetzt müssen alle Trommeln wirbeln. Denn jetzt erfolgt der Todesprung:

„Die betroffenen Teile der Bourgeoisie müssen, ob sie wollen oder nicht, sich gegen diese Konkurrenzmaßnahmen des anglo-amerikanischen Imperialismus zur Wehr setzen.“

Zum Glück für den Akrobaten auf dem Seil des Stalinismus ist der Abturz nur ein ideologischer; edlere Körperteile sind nicht zu Schaden gekommen. Arm in Arm mit den deutschen Chemieherren, den durch Demontagen geschädigten Thyssen, Krupp, Pferdenges et tutti quanti kann unser Held den Hauptfeind bekämpfen, nämlich wie oben festgestellt: „die deutschen Imperialisten... die die Nation verraten... und mit den Imperialisten der USA im Bunde sind.“

Wieder zu Atem gekommen, schmettert Predkel die letzte Strophe:

„Noch energischer als bisher muß sich die KPD um die Überwindung des Sektierertums (gegen das sich diese Zeilen richten) in den eigenen Reihen bemühen. Es muß jedem Genossen in Fleisch und Blut übergehen: Wer im nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes Mißtrauen gegen die SU sät, der ist, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht, ein Werkzeug des USA-Imperialismus.“

Ende gut, alles gut, sagt ein Sprichwort. Auch ein Parteibürokrat, der keine Ahnung vom Marxismus-Leninismus hat, kann eine große Wahrheit gelassen aussprechen. Es ist richtig: beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis der Weltmächte ist der nationale Befreiungskampf der deutschen Werktätigen aufs engste mit dem Tun und Lassen der SU verbunden. Die nationale Selbständigkeit Deutschlands steht nicht im Widerspruch zu den Interessen der SU. Ein Rätedeutschland würde das Lager der SU so verstärken, daß der Block der anglo-amerikanischen Imperialisten dauernd unfähig würde, einen dritten Weltkrieg zur Erreichung seiner Ziele mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg zu beginnen. Aber die Epigonen der Oktoberrevolution haben durch ihre Nachkriegspolitik - um von früheren Fehlern nicht zu sprechen - am wirksamsten Mißtrauen gegen die SU gefät, Millionen Anhänger und Sympathisierende ins Lager der Imperialisten getrieben. Indem wir dies aussprechen, helfen wir nicht den Imperialisten, sondern der SU, das Mißtrauen zu beseitigen.

Wurzeln des Mißtrauens gegen die SU Die Fähigkeit einer KP wird bestimmt von ihrem Verhalten zu ihren Fehlern, von der Fähigkeit, sie zu erkennen und zu korrigieren. Die SU-Politiker sehen nicht die Balken ihrer eigenen Fehler, sondern nur die Splitter in den Augen der anderen. Je bornierter sie sich der Einsicht in ihre Fehler verschließen, desto unfönniger toben sie gegen wirkliche Kommunisten, die im Interesse ihrer eigenen revolutionären Aufgaben für die Korrektur dieser Fehler kämpfen, weil die Politik der SU ihnen die Erfüllung ihrer Aufgabe erschwert oder unmöglich macht. In ihrem direkten Einflußgebiet und wo sie mit den Mitteln der Befatzungsmacht auftreten kann, kann die SU das Mißtrauen mit Gewalt und Terror in Schach halten. Auch bei einer richtigen Politik geht es in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht ohne Gewalt. Wir sind keine kleinbürgerlichen Pazifisten. Planwirtschaft erfordert nicht nur planmäßige Verwendung der Maschinen und Rohstoffe, sondern auch planmäßige Verwendung des entscheidenden Produktionsmittels, der menschlichen Arbeitskraft. Das geht nirgends ohne mehr oder weniger starke Reibungen vor sich. Die Unfähigkeit der SU-Politiker, sich in die entwickelten und komplizierten gesellschaftlichen Verhältnisse moderner Industrieländer auch nur hineinzudenken, schafft hundertfältige vermeidbare Reibungen. Nichts schafft mehr Mißtrauen gegen die SU als rohe Gewaltmethoden, wo sie überflüssig sind und als überflüssig erkannt oder empfunden werden.

Stumpföinnig wurde die in der SU unvermeidliche Aufteilung des Großgrundbesitzerlandes in der Sowjetzone durchgeführt, wo alle Voraussetzungen gegeben waren, um eine moderne Großlandwirtschaft mit den deutschen Landarbeitern, deutschen Maschinen, Kunstdüngern, Agronomen usw. zu schaffen, die spätestens ab 1947 die Sowjetzone mit genügend Lebensmitteln hätte versorgen und der SU hätte abgeben können. Über kurz oder lang muß man in der Ostzone dazu übergehen, den aufgeteilten Boden wieder zu Großbetrieben zusammenzulegen. Die Menschen, die diesen groben Fehler erkennen, die Folgen mit Unterernährung bezahlen, also an der Weisheit der SU-Politik zweifeln, werden als Feinde der SU behandelt. Gewiß gibt

es Entschuldigungsgründe. Man mußte die Millionen Heimatvertriebener unterbringen. Dann durfte man die Betriebe nicht demontieren und weg-schleppen, die landwirtschaftliche Maschinen herstellen konnten. Wer diese Tatsachen feststellt, wird als Faschist bekämpft; der Faschist jedoch, der sich der offiziellen Politik einordnet, wie er sich Hitler einordnete, genießt das Vertrauen der Sowjetmachthaber. Statt Bündnis mit den fortgeschrittensten Arbeitern, die voraussehen, daß die kurzfristige Politik der SU nicht einmal dem raschen Wiederaufbau der zerstörten Sowjetwirtschaft dienlich war, - Bündnis mit der politisch, moralisch und technisch stumpfsinnigsten Schicht der Speichel-lecker und Poltenjäger.

Die tiefere Ursache dieser fehlerhaften Sowjetpolitik ist die Unfähigkeit, die Klassenkräfte zwischen Imperialismus und SU am Ende des 2. Weltkrieges zu erkennen. Aus Furcht vor einem sofortigen militärischen Zusammenstoß mit USA hatten die Sowjetpolitiker kein Vertrauen in die latenten revolutionären Kräfte in Westeuropa, sondern schlossen mit ihren kriegsverbündeten Imperialisten die Abkommen von Jalta und Potsdam, die nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden.

Nationale Front in Ost- und Westzone An dieser verhängnisvollen Politik ist heute nichts mehr zu ändern. Aber sie muß als Fehlerquelle erkannt werden. Denn die Politik der nationalen Front ist nur die Nachgeburt der Fehlgeburten von Jalta und Potsdam.

In der Ostzone machen alle „bürgerlichen Politiker“ in nationaler Front mit. Was können sie anders, wenn sie nicht zu den leeren Fleischtöpfen der Westzone überlaufen wollen? Es mag weiße Raben geben, die subjektiv ehrlich sind, d. h. sich im nationalbolshewistischen Sinne entwickelt haben. Aber warum ist diese Entwicklung der Bourgeoisie in der Westzone nicht vorhanden?

Die Reeder, Chemie- und Stahlherren, die von ihren anglo-amerikanischen Klassengenossen gerupft werden, möchten natürlich lieber ihre anglo-amerikanischen Klassengenossen rupfen - aus dieser edlen Absicht haben sie ja den Krieg geführt. Aber daraus zu folgern, „sie müssen, ob sie wollen oder nicht“, für die nationale Befreiung kämpfen, ist dämlicher als die Polizei erlaubt. Denn sie wissen, sie können nur gestützt auf die imperialistische Befehlsmacht als Prokuristen und Handlanger leben. Im Bunde mit einem vom Comité des Forges (Verband der französischen Schwerindustrie, der die Politik Frankreichs entscheidend beeinflusst) regierten Frankreich erreichen sie, was sie seit 100 Jahren anstreben: Vereinigung der deutschen Kohle und Schwerindustrie mit dem lothringischen Erz. Das ist die Grundlage von Adenauers Zweibund Westdeutschland-Frankreich. Es ist die z. Z. einzig mögliche Form, in der dieses Ziel verwirklicht werden kann, falls die Amerikaner damit einverstanden sind. Adenauer hat sein Leben lang für diese Vereinigung gekämpft. Er verrät nichts. Nationale Freiheit Deutschlands? Lächerlich! Wo es ihnen gut geht, dort ist ihr Vaterland. Denen vormachen wollen, daß es ihnen in einem freien Deutschland, in dem demokratisch à la Ostzone gewirtschaftet und geherrscht wird, besser oder nur ebenso gut geht wie unter dem imperialistischen Joch ihrer Klassengenossen - um das zu tun, muß man Parteivorstandsstrategie der KPD sein.

Aber die anderen kleineren Bourgeois samt Kleinbürgern und Bauern können doch Bundesgenossen im nationalen Befreiungskampf werden? Bis zu einem gewissen Grade ja, wenn die Arbeiterklasse eine selbständige Kraft bildet, von der die Kleinbürger glauben, daß sie die Macht erobert. Es gibt in Deutschland außer dem Proletariat keine Klasse oder nennenswerte Mindertrümmer, die noch zu einem nationalen revolutionären Klassenkampf fähig sind. Sogar in Brennpunkten nationaler Befreiungskämpfe, wie in China und den Kolonien, kämpft nur ein kleiner Teil der Kleinbürger und nichtimperialistischen Bourgeoisie im national-revolutionären Kampfe mit. Das Gros ist bestenfalls wohlwollend neutral und passiv. Das ändert sich erst, wenn Bauern, die Boden von der Revolution erhalten haben, diese Errungenschaft gegen die Gegenrevolution verteidigen müssen. Die Bourgeoisie, die die Nationalen-Front-Kämpfer der KPD in Deutschland gewinnen will, verhält sich vorsichtig. „Wenn die Russen kommen“, wollen sie ein Alibi haben. Solange sie nicht kommen, werden sie es nicht mit den Besatzungsmächten der Imperialisten verderben. Am Stammtisch – o ja, da wird „gekämpft“. Kampfstärke wird nach Alkoholwirkung bemessen. In KPD und SED sehen sie keine werdende Macht. Die sowjethörige Politik hindert die KPD, eine selbständige Macht zu werden, „ob sie es weiß oder nicht“. Sie verteidigt weder die SU noch die Interessen der deutschen Werktätigen, wenn sie sich einbildet, das Vorhandene Mißtrauen mit dummen Redensarten aus der Welt schwätzen zu können.

KPD und Gewerkschaften

Reimann stellte auf der 15. Parteivorstandssitzung fest, daß die KPD keine Gewerkschaftsplattform hat. Die dort angenommene Gewerkschaftsresolution soll diesem Mangel abhelfen. Wer aber nun erwartet, auf den 3 engbedruckten Seiten etwas Neues oder überhaupt etwas Greifbares in der Gewerkschaftsfrage zu finden, der wird – wie gewöhnlich – sie enttäuscht weder weglegen. Die Grundlinie kommunistischen Handelns dieser an Gemeinplätzen reichen Abhandlung ist auch nichts weiter als ein Gemeinplatz: Die Kommunisten sollen die „besten Gewerkschafter“ sein. Damit glaubt der 1. Vorsitzende der KPD eine neue, klare kommunistische Gewerkschaftslinie entwickelt zu haben! In Wirklichkeit verwischt gerade diese nichtsagende Phrase den Unterschied zwischen kommunistischer und reformistischer Gewerkschaftsarbeit. Denn man kann auch im reformistischen Sinne bester Gewerkschafter sein! Gerade dieser Unterschied wäre klar auseinanderzusetzen gewesen. Das hat der Parteivorstand nicht getan. Ja, noch schlimmer: soweit in der Resolution Aufgaben konkret genannt werden, zeigt sich, daß die Reimänner völlig in der reformistischen Gewerkschaftsideologie befangen sind. Sie sagen der Arbeiterklasse:

„Heute steht der Kampf um die Erhöhung der Löhne im Vordergrund. . . Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen, daß dort, wo die Arbeiter mittels ihrer Gewerkschaftsorganisation sich im Betrieb auf gemeinsame Forderungen geeinigt haben, auch erfolgreich gekämpft werden konnte.“

Stimmt es, daß allein der Wille der Arbeiter, Lohnerhöhungen durchzusetzen, genügt, um diese erfolgreich über die Gewerkschaften zu erreichen? Bereits vor 50 Jahren stellte Rosa Luxemburg fest:

„Faßt man größere Strecken der sozialen Entwicklung ins Auge, so kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß wir im großen und ganzen nicht einer siegreichen Machtentfaltung, sondern wachsenden Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Bewegung entgegensehen. Hat die Entwicklung der Industrie ihren Höhepunkt erreicht und beginnt für das Kapital auf dem Weltmarkt der absteigende Akt, dann wird der gewerkschaftliche Kampf besonders schwierig. Der bezeichnende Gang der Dinge ist es, dessen Gegenstück der Aufschwung des politischen und sozialistischen Klassenkampfes sein muß.“

Der Grund dieser sich ständig verschlechternden Erfolgsaussichten des rein gewerkschaftlichen Kampfes ist nicht zu suchen im schlechten oder guten Willen der Arbeiterchaft, sondern in der Strukturwandlung der kapitalistischen Wirtschaft. Im Zeitalter des Industriekapitalismus standen sich die einzelnen Kapitalisten konkurrierend gegenüber. Das konnten die Gewerkschaften ausnützen, um durch Streiks, Betriebsperrung, eventuell Boykott, den Wert der Ware Arbeitskraft zu realisieren, d. h. die Löhne nicht unter ein gewisses Existenzminimum absinken zu lassen, ja sie bisweilen leicht zu steigern. Der Monopolkapitalismus schaltet die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander weitgehend aus und vervielfacht so ihre Abwehrkraft. Durch die Monopolpreise senkt er die Lebenshaltung der Arbeiterchaft und macht eventuelle Lohnerhöhungen illusorisch, was dann die Reformisten zur Proklamierung eines neuen „Gesetzes“ veranlaßt: „Lohnerhöhungen haben Preiserhöhungen zur Folge.“ Die Armee der Dauererwerbslosen macht die gewerkschaftliche Sperre des Arbeitsangebots praktisch mehr oder minder unwirksam. Nach dem 1. Weltkrieg konnte die Arbeiterklasse in Europa nirgends mehr mit rein gewerkschaftlichen Kampfmitteln nennenswerte Erfolge buchen. Der 8-Stundentag und die gesamte Sozialgesetzgebung waren nicht, wie die Gewerkschaftsführer sich schmiedeln, Erfolge der Gewerkschaftsbewegung, sondern Abfallprodukte der revolutionären Kämpfe des deutschen Proletariats 1918–23, die 40-Stundenwoche, bezahlte Ferien und Lohnerhöhungen in Frankreich 1936 das Resultat gewaltiger Betriebsbesetzungen und Massendemonstrationen.

Wenn bereits zwischen den beiden Weltkriegen der reine Lohnkampf unwirksam wurde, wie soll er heute Erfolge bringen, wo neben den Profiten des Unternehmertums noch etliches für die Alliierten herausgeschunden werden muß, wo die alliierte Politik der deutschen Wirtschaft ein Hindernis nach dem andern in den Weg legt? Dem Entschwinden der Möglichkeit, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ihre Lage auch nur einigermaßen zu halten, kann die Arbeiterklasse nur durch Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Ganzes begegnen. In diesen Kampf müssen die Gewerkschaften einbezogen werden, sollen sie überhaupt noch Nutzen bringen.

Demgemäß beschloß der 3. Weltkongreß der KI die Bildung kommunistischer Gewerkschaftsfraktionen, die alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Elemente um sich scharen sollen. Die KPD lehnt jedoch jede gewerkschaftliche Fraktionsarbeit als „Spaltertätigkeit“ ab, und die Resolution spricht davon überhaupt nicht. Ohne Fraktionsarbeit ist aber systematische Überzeugung der Gewerkschafter von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Einsatzes im Kampf für den Sozialismus unmöglich. Aber selbst wenn die KPD

doch noch dazu übergehen sollte, gewerkschaftliche Fraktionsarbeit zu organisieren, wäre sie keinen Schritt weitergekommen. Nutzbringende Fraktionsarbeit setzt den kommunistischen Standpunkt voraus, der den Gewerkschaftern zeigt, wie die engen Grenzen des Lohnkampfes überschritten und der politische Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung geführt wird. Hier verstrickt sich die KPD in unlösliche Widersprüche. Abgesehen davon, daß die Aufgabenstellung der Resolution im Sinne des reinen Lohnkampfes reformistisch ist, und zwar schlechter Reformismus - denn die waldedichten Reformisten erkennen immerhin, daß der rein gewerkschaftliche Kampf erfolglos bleiben muß und handeln danach - allerdings reformistisch -, ist es unmöglich, die allgemeine Politik der KPD und ihre Gewerkschaftslinie auf einen Nenner zu bringen.

Einerseits ist nationale Front - der Wunsch nach Zusammenarbeit mit Teilen der Bourgeoisie - die Hauptaufgabe. In den Gewerkschaften aber soll der Kommunist gegen jede Klassenverföhnung, gegen die Arbeitsgemeinschaft sein. Die Verlegenheit der Führung ist so offensichtlich, daß man die sonst bei jeder Gelegenheit erwähnte Nationale Front in der Gewerkschaftsresolution vergebens sucht. Nähme die Parteileitung sich ernst, hätte sie die Beziehungen zwischen beiden analysieren müssen. Ergebnis dieser Haltung ist, daß die einzelnen Parteimitglieder im Betrieb auf eigene Faust handeln, die Konfusion zunimmt und die Reformisten ungeföhrt das Feld beherrschen.

Nationale Front? Wirtschaftsdemokratie? Nein! Aufgabe der Kommunisten ist fraktioneller Zusammenschluß aller klassenbewußten Arbeiter zur Führung von Massenkämpfen, die sich nicht auf Lohnforderungen beschränken dürfen. Kampf für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Das ist in einer kapitalistischen Ordnung von Gnaden der Besatzungsmächte nicht möglich. Nur wenn die Arbeiterklasse ihre Gewerkschaften zu Kampforganen für eine sozialistische Planwirtschaft umgestaltet, kann sie sich aus dem Verfall der kapitalistischen Ordnung den Weg in eine menschenwürdige Zukunft bahnen. Nur wenn die Arbeiterklasse revolutionär kämpfen lernt, wird sie ein Machtfaktor. Die KPD-Führer sind radikale Phrasendrescher, schimpfende Spießbürger ohne Geld, aber keine Revolutionäre im Denken und Handeln.

Jugoslawien auf dem Wege zum Sozialismus

Die kapitalistische »Welt«
schreibt am 29. 3.:

„Aber wie ist es mit der Anlehnung nach Westen, die nach dem Moskauer Radio schon längst vollzogen ist? Tito hat stets betont, daß er zwar bereit ist, mit dem Westen Handel zu treiben, sich aber politisch nicht verkaufen werde. Es gibt bis heute keine einzige Handlung, die mit dieser Versicherung im Gegensatz stände. Er hat auch gar nicht die Möglichkeit eines anderen Verhaltens. Seine Basis im Innern bleibt die kommunistische Partei, von der ein planwirtschaftlich durchorganisiertes Staatswesen geleitet wird. Seinem Glauben nach ist der jugoslawische Kommunist genau so antiwestlich wie der russische.“

„Titoismus“ nicht auszurotten

Die albanische Nachrichtenagentur teilt mit, daß der frühere Industrieminister und der frühere Transportminister wegen staatsfeindlicher und trozkistischer Betätigung aus dem Zentralkomitee der albanischen Arbeiterpartei ausgeschlossen wurden.

Der Fünfjahresplan wird größtenteils erfüllt

Die Industrieproduktion Jugoslawiens erreichte 1949 das Dreifache

die von 1939. Für die einzelnen Wirtschaftszweige liegen folgende Zahlen vor:

	1936	1949	1951 (Endziel des Planes)
Kohle	600 000 t	12 100 000 t	16 500 000 t
Elfenerz	613 000	790 000	1 800 000
Stahl	235 000	375 000	760 000
Erdöl 1 000 t (1939)	20 000 (1945)	62 000	450 000
Elektroenergie	1 Md. kWh	2 Md. kWh	4 Md. kWh

Am größten sind die Schwierigkeiten offenbar bei der Erdölförderung, wo unter diesen Verhältnissen das Planziel wohl nicht erreicht werden kann.

Übt Solidarität!

Aus Westdeutschland und Westberlin werden eine ganze Reihe Verhaftungen von KPD-Redakteuren und -Abgeordneten gemeldet. Ferner die Beschlagnahme der Rotationsmaschine der KPD-Zeitung in Hannover. Der Platz der Arpo reicht nicht aus zur Aufzählung aller dieser Unterdrückungsmaßnahmen der Militärdiktatur gegen kommunistische Funktionäre. Nur die Solidarität aller Arbeiter kann die Freiheit der KPD-Genossen erkämpfen und sicherstellen.

(Fortsetzung von Seite 2) Je mehr die stalinistische Gewerkschaftspolitik auf das Niveau plumper Schimpfkanonaden gegen die reformistische Bürokratie herabfank, um so leichter wurde es dieser, die Masse der Gewerkschafter von den kommunistisch beeinflussten zu trennen. Die Spaltung der Gewerkschaften und die gespaltenen Maiaufmärsche wurden eine Tatsache, so daß es zu jenem Blutmai 1929 kommen konnte, wo der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, Vorarbeit für die nazistische Niederknüppelung der Arbeiterklasse leistete. Erleidert wurden die reformistischen Spaltungsmanöver durch die RGO-Politiker, die nicht begriffen hatten, daß man die Massen nur von den Bonzen lösen kann, wenn man bei der Masse solange bleibt, bis sie sich selbst zu lösen beginnt.

Welche Stellung jedoch sollen wir heute einnehmen, nachdem die Nazis den Weltkampftag zum bezahlten „nationalen Feiertag der Arbeit“ erniedrigt hatten und die heutigen komischen demokratischen Matchhaber diese Tradition fortsetzen? Hat sich nicht an der grundlegenden Bedeutung dieses Tages etwas geändert, seitdem jeder klassenbewußte deutsche Proletarier es 12 Jahre lang für eine Ehrensache anfaß, sich von dem Nazirummel möglichst fern zu halten?

Wie lange können aber die augenblicklich amtierenden Handlanger der Befehlsmächte in Westdeutschland den sich häufenden sozialen Zündstoff meistern? Bei weiter steigender Arbeitslosigkeit, bei den unausbleiblichen Enttäuschungen über gebrochene Versprechen (Eingliederung und soziale Sicherstellung der Flüchtlinge, Wohnungsbau, Lohnerhöhung usw.) besteht die Gefahr, daß sich marschierende Massen nicht mit der Kindermelodie „Alles neu macht der Mai . . .“ zufrieden geben werden, und daß die linden Maillüfte zu einem braufenden Sturm aufschwellen.

Es ist die Aufgabe aller wirklichen Kommunisten, den Willen zum Sturz einer an Mark und Gliedern verfaulenden Klassenherrschaft, die bereits mitten in der Vorbereitung des 3. Weltkrieges steht, in die am 1. Mai besonders aufnahmebereiten Arbeiterhirne zu tragen.

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 10

2. Maihälfte 1950

Preis: -,20 DM

Gefährlich mit Kriegsgefangenen

Die TASS-Meldung über die Beendigung der Kriegsgefangenentransporte

diente der bürgerlichen Meute als willkommenen Vorwand zu einer neuen Propagandawelle. „Opposition“ und Regierungsparteien liegen sich in den Armen – alles ist einig gegen die SU. Dabei sind die Tatsachen über die Kriegsgefangenen im wesentlichen schon lange bekannt. Aber Adenauer braucht ein Ablenkungsgefährt, denn er kapituliert in der Frage des Europarates und der französischen Saarannexion, zugleich kündigt der Landwirtschaftsminister die Brotverteuerung an, und Bonn verpflichtet sich zur Mitarbeit bei der weiteren Demontage in Salzgitter. Der Zeitpunkt der Kampagne ist also nicht zufällig. Die SU hat ihnen wieder mal rechtzeitig einen Vorwand geliefert. Einen Vorwand – denn den Adenauer nebst Deutschen und alliierten Hintermännern geht es nicht um die Menschen. Sonst würden sie protestieren gegen die Verwendung deutscher Kriegsgefangener als Soldaten gegen den Freiheitskampf Indochinas, gegen die Werbung für die Fremdenlegion usw. Die USA Propaganda ist hier genau so verlogen wie bei den Ost-Flüchtlingen. Aber die KPD ist unfähig, dieser Propaganda wirksam zu begegnen. Denn die SU hat den Amerikanern fortlaufend Material geliefert, und die KPD-Führung hat alle Fehler der SU-Politik befähigt.

Die Kriegsgefangenenbehandlung in der SU ist eines der traurigsten Kapitel des von Hitler begonnenen imperialistischen Krieges. Als die deutschen Soldaten in die Gefangenschaft marschierten, war die SU selbst ausgehungert, ihr Verpflegungs- und Transportsystem überlastet, z.T. desorganisiert, nicht vorbereitet auf die Verpflegung, Unterbringung von Millionen Menschen. In dieser Situation hätte es nur eines geben dürfen: sofortige Entlassung der Gefangenen. Sie wären zu Fuß heimgekehrt, und jeder Heimkehrer wäre ob solcher guten Willens der SU zu einem Propagandisten deutsch-sowjetischer Freundschaft geworden. (Fortf. S. 15)

Fritz Sautter gestorben

Völlig überraschend verstarb im Alter von 54 Jahren am 3. Mai unser Genosse Fritz Sautter, Stuttgart.

Er erlitt am 27. April einen Schlaganfall, von dem er sich nicht mehr erholen konnte. Mit ihm verliert die kommunistische Bewegung wiederum einen hervorragenden Funktionär, einen zielklaren Kopf und unermüdllich schaffensfreudigen Genossen.

Fritz wurde in Blaubeuren als Sohn eines Kleinhandwerkers geboren. Nach Beendigung seiner Lehrzeit als Schuhmacher ging er auf Wanderschaft bis in die Schweiz. In Zürich kam er mit russischen Emigranten zusammen, u.a. auch mit Lenin. Bei deren Diskussionsabenden erwarb er sich gründliches theoretisches Wissen und die von Lenin ausgearbeiteten Grundsätze kommunistischer Politik und Taktik. 1918 kam er wieder nach Deutschland, schloß sich dem Spartakusbund an und war bis 1928 Mitglied der KPD und einer der eifrigsten Funktionäre. Trotzdem wurde Fritz Sautter mit anderen Funktionären aus der KPD ausgeschlossen, weil er den RGO-Kurs nicht mitmachen konnte. Von 1926 gehörte er der KPD-O an.

1945 trat er wieder der KPD bei. Nach 3 Jahren vergeblichen Diskutierens verließ er diesmal freiwillig die Partei, angewidert von der Unselbständigkeit und Verkommenheit der Parteiführung, deren Politik sich schlimmer denn je gegenüber der Arbeiterschaft auswirkte.

Im Dezember 1933 wurde Sautter wegen illegaler Arbeit zu 2 Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach der Entlassung mußte er sich mühselig eine Existenz suchen, bis die Kriegsindustrie ihn dienstverpflichtete. Nach 1945 machte er sich mit einer Schuhmachereiwerkstatt selbstständig. Jede freie Minute aber galt der Arbeiterbewegung, der kommunistischen Idee. Sein früher Tod hat eine fühlbare Lücke gerissen in die Reihe der aufrichtigen und aktiven Kommunisten in Stuttgart und darüber hinaus. Sie werden Fritz nicht vergessen und in feinem Geiste weiterarbeiten an der Klärung und Erneuerung der Arbeiterbewegung.

SPD und Republikschutzgesetz Wir haben in Arpo Nr. 7, 1950 auf die Vorbereitungen hingewiesen, die die Regierung Adenauer zur weiteren Knebelung der Arbeiterklasse unter dem Firmenschild Republikschutzgesetz unternimmt. - Wie steht die SPD zu dieser Bedrohung? Weist sie Gesetze zurück, deren Inhalt die Arbeiterbewegung zu fesseln trachtet? Weit gefehlt! Die SPD hat selbst einen Gesetzesentwurf zum "Schutz der Demokratie" eingebracht! Zwar wurde das Bonner Grundgesetz von der SPD abgelehnt, aber gleich in § 1 ihres Entwurfs bedroht sie jeden, der den „auf dem Grundgesetz bestehenden Zustand der Bundesrepublik Deutschland oder den verfassungsmäßigen Zustand eines ihrer Länder angreift . . . mit Zuchthaus auf Lebenszeit“. Mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren werden Angriffe bedroht, die keine ernststen Gefahren verursachen, schon die Aufforderung zum Angriff soll Zuchthaus einbringen.

Sämtliche 17 §§ atmen den gleichen Geist des Schutzes der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. Um nur an einem einzigen Beispiel zu zeigen, wen der SPD-Entwurf schützt, führen wir den § 6 an: Wer Einrichtungen politischer Parteien oder der politischen Presse „beschädigt“, wird mit Zuchthaus bestraft.

Zu den „demokratischen Parteien“, die hier geschützt werden sollen, gehört indessen der ganze Segen der nationalen Rechten: DP, DRP, SRP und wie die ganze Sippschaft heißen mag, die sich um die Führerrolle in der neunazistischen Bewegung balzt. Ihre Spießgesellen im Richtertalar werden schon dafür Sorge tragen, daß wohl revolutionäre Arbeiter, die ihnen das Fell verderben, nicht aber sie selbst, vom Arm des Gesetzes etwas zu fürchten haben.

Dieser Sachverhalt ist der SPD-Führung keineswegs unbekannt. So sagte Schmader vor der Kontrollkommission, dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß der SPD am 14. März in Bonn:

„Wenn wir einmal die erste Gründergarnitur der Deutschen Rechtspartei ansehen, dann sehen wir, daß viele zivile Angestellte der britischen Militärregierung dabei waren.“

Nach diesem recht aufschlußreichen Hinweis auf gewisse Hintergründe der Nazitätigkeit, die bezeichnende Schlaglichter auf die sozialistische Regierungs- und Bruderpartei in England werfen, gibt uns Schmader seine noch aufschlußreichere Meinung über den Charakter des Staatsapparates, dem seine SPD das Republikschutzgesetz in die Hand drückt:

„Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß bei einer solchen Machtverteilung die Polizei als Institution kein verlässlicher Faktor, sondern ein Unsicherheitsfaktor, daß aber die Justiz ein verlässlicher Faktor gegen uns ist.“

Der Klassencharakter der westdeutschen Justiz wurde im Falle Hedler zur Genüge demonstriert. Hedlers Äußerungen in Einfeld lagen in zwei wörtlich übereinstimmenden Stenogrammen vor, wovon eins von einem CDU-Abgeordneten angefertigt war. Nichtsdestoweniger wurde Hedler freigesprochen

von Landgerichtsrat Dr. Paulick, wie Hedler ehemaliger Deutschnationaler, in einem Lande mit SPD-Regierung.

Wie ohnmächtig die SPD diesen Erdbeinungen gegenübersteht, beweist gerade ihre Stellungnahme zum erzreaktionären Richtertum. Ihr Sprecher, Prof. Carlo Schmid, erklärte am 1. 3. im Bundestag, „das Problem des Richters sei im wesentlichen ein Problem der Erziehung“.

Dieser Verschiebung der Fragestellung vom gesellschaftlichen auf den psychologischen Boden schloffen sich neben der CDU sogar die Vertreter der erzreaktionären DP und FDP an.

Die gesamte bürgerliche Rechtspflege ist der staatlich organisierte Schutz der bestehenden Gesellschaftsordnung, der Richter ihre Personifizierung. Die materielle, gesellschaftliche Grundlage der Rechtspflege, den Kapitalismus, kann und will die SPD nicht zertrümmern. So gibt sie vor, den Richter „verbessern“ zu wollen. Aber der weiße Rabe des „demokratischen“ Richters steht mit seinen reaktionären Kollegen auf demselben Klassenboden, sonst wäre er nicht Richter. Léon Blum, einer der raffiniertesten und gebildetsten Vertreter dieser Sorte, kam vom höchsten Verwaltungsgerichtshof Frankreichs, vom Staatsrat. Seine „demokratische Erziehung“ war für die französische Bourgeoisie im sozialen Sturmjahr 1936 von größerer Bedeutung als alle anderen reaktionären Richter zusammengenommen.

So ist und bleibt es Tatsache, daß die SPD sich wieder einmal ansieht, der Reaktion Stricke zu flechten, mit denen klassenbewußte Arbeiter gehängt werden sollen.

Die Hilfs- und Solidaritätsaktionen für Salzgitter

haben recht eigenartige Formen angenommen. Die westdeutsche Öffentlichkeit überläßt es der Bonner Regierung, Hilfsmaßnahmen oder richtiger gesagt Pläne dafür zu beschließen. Die klassenbewußten Arbeiter Salzgitters wissen, daß die Hilfe von dieser Seite vielmehr den Spendern selbst als den damit Bedachten zugute kommen soll. Die Bourgeoisie kann nicht anders als auch ihre heiligsten Gefühle im eiskalten Wasser egoistischer Berechnungen zu erläufen. Um so heller hebt sich z. B. der Beschluß einer Hamburger Betriebsbelegschaft ab, einen Stundenlohn für die Reichswerkarbeiter zu opfern und die gesammelten 700,- DM durch eine persönliche Delegation zu überbringen. Das ist echte proletarische Solidarität, die gibt, ohne auf Vergeltung zu spekulieren.

Etwas anders sieht es mit der großaufgemachten Hilfsaktion der Ostzone aus. Hier werden Massen von Kindern und Frauen zum Erholungsurlaub eingeladen, Lehrstellen angeboten, Kinder neu eingekleidet usw. Aber bei aller Anerkennung dieser großzügigen Hilfe wird die große Mehrheit der Werktätigen Salzgitters dennoch von einigem Zweifel über Zweck und Hintergründe dieser Aktion beherrscht. Gar zu viele Ostflüchtlinge gibt es hier, die von ihren „drüben“ zurückgebliebenen Angehörigen immer noch Bittbriefe wegen Lebensmitteln usw. erhalten. So fragen sie, weshalb in der Ostzone nicht in erster Linie für die dortige arbeitende Bevölkerung gesorgt wird. Hiesige KPD-Funktionäre antworten darauf, daß es eben immer und

überall die Ärmsten sind, die den Armen helfen. Das ist zweifellos richtig, und jeder erfahrene Kommunist könnte hier mit Fug und Recht auf das Beispiel des hungernden Rußland Lenins hinweisen, das trotz seiner Not 1918 den kämpfenden deutschen Arbeitern einige Getreidezüge schickte als Zeichen internationaler proletarischer Solidarität, das auch vom besten Teil der Arbeiter trotz aller chauvinistischen Hetze der Ebert-Scheidemänner sehr gut verstanden wurde.

So wäre vom Standpunkt klassenbewußter Arbeiter nichts gegen die Hilfsaktion einzuwenden, wenn sie vom Geiste Lenins getragen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Denn stände die russische Politik noch immer so wie unter Lenins Führung in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, dann gäbe es sicher in Deutschland keine Befatzungsmacht mehr, die noch im März 1950 die Demontage der Reichswerke und weiterer Betriebe überhaupt nur wagen könnte.

Erst Stalins Preisgabe der Leninischen Losung „Friede ohne Annexionen und Kontributionen“, erst die widerrechtlich durchgeführte Annexion bis zur Oder-Neiße-Linie, erst die Beteiligung der Russen an den Reparationslieferungen und Demontagen, die auf Grund des Potsdamer Abkommens bis zum 2. Februar 1948 offiziell erlaubt waren, - das alles hat erst den imperialistischen Siegermächten ermöglicht, nach hunderten anderer Betriebe auch die Reichswerke zu demontieren.

Und ebenso wie die Zustimmung und die aktive Beteiligung der Russen die Demontage- und Reparationspolitik der imperialistischen Mächte erst ermöglichte, ebenso hat es die russische Befatzungspolitik der KPD im Westen glattweg unmöglich gemacht, einen wirklichen kommunistischen Standpunkt vor den Massen zu vertreten. Niemand anderm als den Verteidigern der grundfalschen russischen Befatzungspolitik wäre es gelungen, das Vertrauen der Massen zum Kommunismus derartig zu demontieren und zu untergraben, daß die KPD in ganz Westdeutschland und besonders in den Reichswerken Salzgitters zu einer einflußlosen Sekte werden mußte.

Wenn die Russen heute mit dieser Hilfsaktion das ramponierte Ansehen der KPD wieder aufbügeln wollen, dann mögen sie bei einigen Spießern Erfolg haben, die nur mit dem Magen zu denken gewohnt sind, die aber heute wie morgen bereit sind, jedem, auch einem Naziführer, zu folgen, der ihnen größere Brocken verspricht. Die entscheidend wichtigen Proletarierfraktionen aber, die nur dank der falschen KPD-Politik noch keine organisierten Kommunisten sind, sondern der SPD oder bürgerlichen Parteien angehören oder enttäuscht beiseite stehen, können mit solchen Hilfsaktionen nicht als zuverlässige Bundesgenossen für die Verteidigung der SU gewonnen werden. Die Arbeiter der Ost- und Westzone können sich ihr Erstgeburtsrecht auf ihre nationale Selbstbestimmung, ihr Recht auf die Befreiung ihres eigenen Weges zum Sozialismus nicht für das Linsengericht von Hilfsaktionen einhandeln lassen. Dieses unveräußerliche Recht, das den Werktätigen aller Länder nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus zusteht, und das Lenin auch in den schwierigsten Situationen des jungen Sowjetstaates wahrte, wieder zum Leitmotiv der gesamten proletarischen Bewegung zu machen, das ist die erfolgreichste Hilfsaktion für die Arbeiter Salzgitters.

Neue Demontageanordnung für Krupp Am 10. April wurde die sofortige Demontage einer Reihe von Werkzeugmaschinen in den Krupp-Werken, deren Abbau bisher aufgeschoben worden war, befohlen.

Wo stehen und wohin gehen unsere Gewerkschaften?

Das Verlagen der Gewerkschaften in den Hungerjahren vor der Währungsreform und in der darauffolgenden sogenannten Wiederaufbauperiode hat die Hoffnung der Gewerkschaftsmitglieder enttäuscht, die von ihrer Führung zumindest nach diesem Kriege eine erfolgreichere Politik erwarteten. Aber bei dieser Enttäufung stehen zu bleiben und sich nur mit passivem Schimpfen auf die verlagende Führung zu begnügen, bringt keine Änderung zum Guten, sondern erleichtert letzten Endes den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse das Einfangen der enttäufchten Arbeiter- und Mittelfstandsschichten für ihre konterrevolutionären Ziele. Besser und unbedingt notwendiger ist es dagegen für jeden klassenbewußten Gewerkschafter, sich über die Ursachen des Stillstandes und der immer krasser zutage tretenden Aktionsunfähigkeit der Gewerkschaften klar zu werden, damit ein erfolgversprechender Ausweg für den Wiederaufstieg der gesamten Arbeiterbewegung gefunden werden kann.

Rosa Luxemburg, die schon um die Jahrhundertwende jene Ursachen des heutigen Verfalls aufdeckte und bekämpfte, hat in einem ihrer treffenden Vergleiche die Rolle der rein reformistisch-wirtschaftlich kämpfenden Gewerkschaften mit der Funktion eines Regulators im komplizierten Getriebe des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus verglichen. Daraus folgt, daß die Gewerkschaften in demselben Maße ihre Funktionsfähigkeit einbüßen und schließlich ganz verlieren müssen, in dem dieser Wirtschaftsmechanismus auf Grund seiner inneren Widersprüche ins Stocken gerät und zum Stillstand kommt.

Solange der Antriebsmotor der kapitalistischen Wirtschaft auf vollen Touren lief (in der imperialistisch aufsteigenden Periode des Kapitalismus, etwa 1850-1900), solange der Kapitalismus auf einem genügend großen und noch erweiterungsfähigen Weltmarkt tiefenprofite aus seinem Waren- und Kapitalexport ziehen und dadurch seinen Lohnklaven einige Zugeständnisse in Form verbesserter Lohn- und Arbeitsbedingungen machen konnte, solange konnten die Gewerkschaften tatsächlich die Funktion eines Regulators innerhalb der normal funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft ausüben.

Der rein wirtschaftlich geführte Gewerkschaftskampf zur Beseitigung der Schundlöhne in den rückständigen Kleinbetrieben half z. B. den fortschrittlicher produzierenden Großbetrieben bei der Beseitigung ihrer lästigen Schmutzkonkurrenten, wirkte somit regulierend auf die Herstellung eines Durchschnittslohniveaus. Ebenso zwang der allgemeine, gegen alle Unternehmer gerichtete Lohnkampf diese schon zwecks Lohnersparnis zur Anschaffung besserer Maschinen, zur Verbesserung der Technik überhaupt, was der deutschen Unternehmerklasse zur Überlegenheit im internationalen Konkurrenzkampf verhalf. Auch der Kampf um die Anerkennung der Gewerkschaften als „gleichberechtigter“ Tarifpartner wirkte nicht zerstörend, sondern regulierend innerhalb der Kapitalwirtschaft. Denn während der Geltungsdauer

des Tarifs blieb den Unternehmern die gesicherte Möglichkeit zu ungeförter Kalkulation und Konjunkturausnützung. Die tariflich festgelegten Zugeständnisse an die Arbeiter bildeten den Preis für den Waffenstillstand, der die Unternehmer vor den unberechenbaren Zufälligkeiten des gewerkschaftlichen Kleinkrieges für eine bestimmte Zeit sicherte.

Solche und ähnliche Tatsachen haben einst jene besonderen, aber nur zeitweiligen Bedingungen geschaffen, unter denen die heute noch amtierende gewerkschaftliche Führergeneration erfolgreich kämpfen konnte - und zwar mit den Methoden des rein gewerkschaftlichen Kampfes, der sich innerhalb bestimmter, von der Bourgeoisie erlaubter Grenzen hielt. Aber diese Führung, deren politisches Bewußtsein von den damaligen materiellen Bedingungen endgültig geformt wurde, ist außerstande, einzusehen, daß sich die materiellen Bedingungen grundlegend geändert haben. Diese Führergeneration um Böckler will die Gewerkschaften auch heute noch auf die längst unmöglich gewordene Rolle eines Regulators im kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus beschränken. Sie kann nicht einsehen, daß diese Rolle der Gewerkschaften in dem Maße ausgespielt sein muß, in dem der Antriebsmotor des Kapitalismus auszufersetzen beginnt, wie in Deutschland nach 1900, im Amerika von heute und erst recht dort, wo sein Uhrwerk abgelaufen ist, wie im heutigen Deutschland.

Aber die Tatsachen von heute erweisen sich härter als Böcklers Illusionen. Wenn schon ein „siegreiches“ aber kriegsverarmtes England zur ständigen Verschlechterung des proletarischen Lebensstandards gezwungen ist, um wieviel mehr ist der zweimal vernichtend geschlagene deutsche Kapitalismus dazu verurteilt! Alle Marshallhilfe und Ermahnungen der Amerikaner, Deutschland möge sich durch gesteigerten Export seinen Lebensunterhalt selbst verdienen, täuschen nicht darüber hinweg, daß die imperialistischen Siegermächte um ihrer Selbsterhaltung willen gezwungen sind, dem kapitalistischen Deutschland den Zutritt zum viel zu klein gewordenen Weltmarkt durch Außenhandels- und Produktionsbeschränkungen, Ruhrkontrolle, Demontage usw. unmöglich zu machen. Aber ohne diesen Absatzmarkt verliert die wichtigste Quelle der Profite, die den Antriebsmotor einer kapitalistischen Wirtschaft in Bewegung halten. Der Verluh der Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaften weiter die Rolle eines Regulators in diesem todgeweihten Wirtschaftskörper spielen zu lassen, verurteilt sie zum Stillstand und schließlichem Tod.

Aus dem Verhalten des Klassegegners und auch der eigenen proletarisch denkenden und handelnden Mitglieder könnte diese überlebte Führergarnitur ersehen, wie unfähig sie selbst zum Begreifen der Wirklichkeit seit je gewesen und bis heute geblieben ist. Aber sie bleibt mit Blindheit geschlagen.

Die Todfeindschaft, mit der die Bourgeoisie aller Länder der Gründung und Machtentfaltung der Gewerkschaften gegenüber stand, beweist, daß sie sich über Charakter und Konsequenzen des Gewerkschaftskampfes nicht täuschen läßt. „Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution,“ war das Leitmotiv des preußischen Ministers von Puttkammer während des Bismarckschen Sozialistengesetzes. 20 Jahre später erklärte der Oberstarfmacher Büchler (trotz aller schon bemerkbaren reformistischen Mauferung der Gewerkschaftsführer), daß den deutschen Unternehmern nichts anderes übrig bliebe, als

„die Gewerkschaften zu vernichten oder sich ihrem Kommando zu beugen“. 1933 haben sie das wahr gemacht und werden es wieder wahr machen, wenn es auch weiterhin von der blind gewordenen Führergarnitur abhängen sollte.

Aber noch ist es nicht so weit. Noch hängt es von der Einsicht und der Kraft der Gewerkschaftsmitglieder ab, die im Gegensatz zu ihrer Führung schon 1905 auf die Anwendung schärferer Kampfmethoden wie des politischen Massentreiks drängten. Es waren nach diesem Kriege die Ruhrarbeiter, die im März 1947 zum ersten Mal gegen das Hungerregime der Besatzungsmacht streikten, gegen das sich auch die Hungerstreiks im ersten Halbjahr 1948 richteten. Indem sie sich „an die Spitze der Bewegung stellten“, gelang es der Führung, alle diese berechtigten Abwehrbewegungen in die bekannten Bahnen der Ruhe und Ordnung zu leiten und bis heute darin zu halten. Aber die Zuspitzung der Lage zwingt die Arbeiter zu weiterem Handeln. Salzgitter war ein weithin leuchtendes Fanal dafür, daß ihre Geduld am Ende ist.

Mit verdächtiger Eile werden jetzt die seinerzeit suspendierten Betriebsrätegesetze in Hessen und Württemberg in Kraft gesetzt. Ein Betriebsrätegesetz für das ganze Bundesgebiet soll im Eilzugtempo geschaffen werden. Es soll sogar noch weiter gehen als das traurig berühmte vom Jahre 1920. Dieses verpflichtete die Betriebsräte, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren“. Das neue aber soll ihnen, wie Ministerpräsident Stöck (SPD) von Hessen treuherzig bekennt, nicht nur das Recht auf (papierne!) Mitbestimmung bringen, sondern auch die Pflicht zur Verantwortung für diese kapitalistische Bankrottwirtschaft auferlegen. Es soll verhindert werden, daß „an die Stelle des Egoismus der Betriebsinhaber der Egoismus der Betriebsräte tritt“. Das Weimarer Betriebsrätegesetz war einer der Meilensteine auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft, der mit der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 endete. Es hängt von Klassenbewußtsein und Kampfkraft der deutschen Arbeiter selber ab, ob sie diesmal imstande sind, ihren eigenen Weg einzuschlagen, der zum Wiederaufstieg der Gewerkschaften und zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft führt. Das ist nur möglich, wenn die Arbeiter den schlaun Plan der Kapitalisten und ihrer frei- und unfreiwilligen Helfer durchkreuzen, wenn die Kraft der Gewerkschaften von den Mitgliedern selbst für die ausschließliche Verteidigung der proletarischen Klasseninteressen mobilisiert und eingefetzt wird.

Zwei Manifeste Der internationale Bund freier Gewerkschaften

veröffentlichte vor kurzem ein Manifest, in dem er seine wirtschaftlichen und sozialen Forderungen niederlegte. Bundesmitglieder sind die verschiedensten reformistischen und christlichen Gewerkschaften, darunter der DGB, dessen 1. Vorsitzender Böckler im Exekutivkomitee sitzt. Die Freiheit des IBFG besteht darin, daß er frei von jeder marxistischen Erkenntnis, ideologisch wie praktisch, in der Zwangsjacke bürgerlich-bornierter Anschauungen steckt.

Die tiefgründige Philosophie des Manifestes erdheint gleich in Punkt 1, der als Voraussetzung eines steigenden Lebensstandards festlegt, daß „freie Männer und Frauen in Eintracht in einer freien Gesellschaft zusammenarbeiten“. Natürlich müssen wir diese Neuauflage der christlichen Nächstenliebe ein

Jahrhundert nach dem Kommunistischen Manifest und der Erkenntnis, daß der Klassenkampf der Motor der gesellschaftlichen Entwicklung ist, aufs Wort glauben, denn die Verfasser sehen sich keineswegs veranlaßt, ihren Standpunkt zu begründen. Aber wenn hier die Predigt der Klassenharmonie mit dem sorgfältigen Verhweigen des ausbeuterischen Charakters der kapitalistischen Gesellschaft gepaart ist, so wäre es verfehlt, anzunehmen, die Verfasser seien so dumm, wie sie gerne erscheinen mögen. Am Ende ihres Programms (Punkt 34) erscheinen die unzweideutigen Sätze:

„Aber wir wissen sehr wohl, daß es keine Rechte ohne Verpflichtungen gibt. . . Die Arbeiter müssen sich darauf vorbereiten, immer größere Verpflichtungen dieser Art zu übernehmen. Die Arbeiter müssen sich ebenfalls darüber im klaren sein, daß ihre Gewerkschaften, die in erster Linie den Interessen ihrer Mitglieder dienen, das Gemeinwohl im Auge behalten müssen.“

Das „Gemeinwohl“ in der kapitalistischen Gesellschaft kann naturnotwendig nichts anderes sein, als das der herrschenden Klassen; die „immer größeren Verpflichtungen“ sind auch nichts weiter, als die moralisierende Heuchelei, die dem Proletariat die Ausbeutung mit süßlichen Redensarten von Freiheit und Würde verzuckern will.

Sobald sich der IBFG auf die dornigen Pfade der politischen Ökonomie begibt, im unangenehmen Gefühl, dem granitenen Quader der Marxistischen Lehre nichts als den morschen Zunder seiner Sammlung von Plattheiten entgegenzusetzen zu können, zeigt sich die ganze Dürftigkeit seines Standpunktes:

„Wir bekennen uns zu dem grundlegenden Satz, daß die Arbeit keine Ware ist. . . Wir werden alles tun, um das System der freien Arbeit zu schützen.“

Der naive Versuch, den Warencharakter der Lohnarbeit aufzuheben, indem man diese fundamentale Tatsache einfach wegdchwächt, übrigens ziemlich wortgetreu der Enzyklika Quadragesimo anno des Papstes Pius XII nachgeschrieben, wird vollends lächerlich, wenn im selben Atemzug das „System der freien Arbeit“ geschützt werden soll. Denn nur in diesem System der freien Arbeit, das nichts anderes ist als die kapitalistische Produktionsweise, ist die Arbeitskraft Ware. Die menschliche Arbeit wird den Warencharakter nicht durch verlogene Beteuerungen der Pfaffen verlieren, sondern allein durch die Vernichtung des Systems der freien Arbeit in der proletarischen Revolution, die mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die sozialistische Gesellschaft einleiten wird.

Nach solch großem Eifer zum Schutze der kapitalistischen Ausbeutung tritt dann die ausgleichende Gerechtigkeit in Erscheinung. Punkt 18: „Das Grundrecht der Arbeiter . . . ist ihr Anrecht auf wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit.“ Sehen wir vom Blödsinn der „Steigerung der Würde der Arbeit“ ab! Was ist der ökonomische Inhalt dieses Lieblingsmottos aller Spießbürger in der Arbeiterbewegung? Der Wunsch nach „gerechter Verteilung“ der produzierten Werte. Hier gilt, was Marx in seiner Polemik gegen Proudhon schlagend nachgewiesen hat. Der IBFG will den Kapitalismus, aber ohne seine „schlechten“ Seiten. Kampf den „Ungerechtigkeiten“ – ohne Abschaffung der sie erzeugenden Klassengegensätze und der ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Widersprüche. Die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts ist niemals

Angelpunkt sozialer Umwälzungen; denn sie ergibt sich aus der bestehenden Produktionsweise. Kapitalistische Produktionsweise bedingt und ermöglicht nichts als kapitalistische - und das heißt „ungerechte“ - Verteilungsweise. Sozialistische Produktionsweise wird sozialistische Verteilungsweise bringen, die auch noch nicht gerecht sein kann: Erst die kommunistische Gesellschaft, die die sozialistische auf weit höherer Stufenleiter ist, wird den alten Menschheits Traum - jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen - erfüllen können. Das sind die tatsächlichen Zusammenhänge. Den Arbeitern vorführen, man könne im Rahmen des Kapitalismus „gerechte Verteilung“ zuwege bringen, ist schamloser Betrug im Dienste der gegnerischen Klasse.

Ein anderer Punkt ist die Forderung nach Vollbeschäftigung. Die Wege des IBFG sind hier denkbar einfach. Er fordert die Regierungen zu staatlichen Maßnahmen und die Unternehmer zu Verhandlungen auf. Bereits vor 20 Jahren haben sich diese Rezepte als völlig wirkungslos erwiesen. Man kann nur den Mut bestaunen, mit dem diese „Arbeitervertreter“ ihre geborstenen Illusionen zusammenleimen, um sie der itanenden Nachwelt als neueste Erkenntnisse ihrer tiefstürfenden Geistesarbeit darzubieten.

Der verquollene Brei, den uns der Berichterstatter der Kommission sozialer und wirtschaftlicher Forderungen des IBFG, der Renegat Irving Brown, bisher vorsetzte, gewinnt urplötzlich deutliche Gestalt, sobald wir beim Kapitel Weltpolitik angelangt sind. Kritikal klar reihen sich nun die bekannten Ziele des USA-Imperialismus aneinander. Marshallplan, Einheit des kapitalistisch-imperialistischen Westeuropas, Regionalabkommen, UNO, gegen den „Veto mißbrauch“ durch die SU, Atomkontrolle und internationale Inspektion, Abbau der Zollschranken im Interesse des amerikanischen Warenstroms, Trumar s Kapitalexportprogramm - alles, was der amerikanischen Unternehmerseele lieb und teuer ist, können wir hier wiederfinden. Kein Zufall, daß die Deutlichkeit und Klarheit dort beginnt, wo es sich um die realen Interessen handelt, die der IBFG im Lager der Arbeiterklasse zu verteidigen hat: die der kapitalistischen Welt und ihres bedeutendsten Wortführers, der USA. Das beweist auch die Tatsache, daß die freiheitsdürftigen und vor Menschenwürde vergehenden IBFG-Demokraten den unterjochten Kolonialvölkern nur das Recht zubilligen, auf „demokratischem Wege“ - lies: Stimmzettel - ihre Lage zu verändern.

Hat die Welt der farbigen Arbeiter und Bauern mit der Waffe in der Hand ihre revolutionäre Reife bewiesen, so hoffen wir, daß die „kultivierten und zivilisierten“ weißen Lohnknechte recht bald auf gleiche Art beweisen werden, daß sie frei sind, frei vom dummen Geschwätz der wohlbestallten Schönredner des verfaulenden Kapitalismus.

+

Der WGB hat auf seinem 2. Kongreß gleichfalls ein Manifest sozialer und wirtschaftlicher Forderungen angenommen, das offenbar die Antwort an den IBFG darstellen soll. Die im WGB vereinigten Gewerkschaftszentralen stehen unter kommunistischer Führung, und man sollte annehmen, daß sein Manifest die gewerkschaftlichen Probleme vom kommunistischen Standpunkt aus beleuchtet. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Bestenfalls stellt dieses Manifest die Aufzählung einiger Reformforderungen innerhalb

der kapitalistischen Gesellschaft dar, wie z. B. Verbot willkürlicher Entlassungen, öffentliche Arbeiten usw. Vom Ziele der Arbeiterklasse, der Vernichtung der Klassengesellschaft, dem Sozialismus und ähnlichen Kleinigkeiten ist kein Wort zu finden. Der WGB erzeugt dadurch bei den Arbeitern die trügerische Hoffnung, daß es noch möglich sei, in der Epoche des kapitalistischen Niedergangs eine andauernde Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung durchzusetzen. Damit bewegt er sich auf grundtätlich gleicher Ebene wie der IBFG. Ja noch mehr. Sobald er den engen Rahmen der Reformforderungen zu überschreiten versucht, wird er zum hilflosen Gefangenen wirtschaftsdemokratischen Stumpfhirns. So fordert er:

„Die Teilnahme der Delegierten wirklich repräsentativer Gewerkschaftsorganisationen an der Ausarbeitung, Anwendung und Kontrolle aller oben aufgezählten Maßnahmen sowie der Leitung und Kontrolle der Betriebe und der Gesamtheit des Wirtschaftslebens der Länder.“

Diese Teilnahme ist nichts anderes als das famose deutsche Mitbestimmungsrecht auf internationale Ebene übertragen: denn unterstellt wird die kapitalistische Wirtschaft und der kapitalistische Betrieb, in denen die Gewerkschaftsfunktionäre an der Betriebsleitung teilnehmen sollen.

Kommunistisch betrachtet müßte hier statt Teilnahme Arbeiterkontrolle der Produktion – und zwar ausschließlich Arbeiterkontrolle – stehen, die nicht durch die Gewerkschaften, sondern durch die Betriebsräte durchzusetzen ist zur Zertrümmerung der ökonomischen Macht des Kapitals im Betriebe, als Auftakt der proletarischen Revolution. Wie die kommunistischen Parteien des Westens, haben auch die kommunistisch geführten Gewerkschaften auf eine eigene revolutionäre Zielsetzung verzichtet. Das einzige Bindeglied zum Sozialismus ist der unterwürfige Einsatz für die jeweiligen Phasen der Außenpolitik der SU. Daher bezieht sich der WGB als Hauptaufgabe der Gewerkschaften den Kampf um den Frieden. Es ist dies die Politik der revolutionären Impotenz, des Wartens „bis die Russen kommen“. Wie weit das würdelose Speichellecken geht, haben die traurigen Führergestalten des WGB durch den Ausfluß der jugoslawischen Gewerkschaften bewiesen.

In den schweren Klassenkämpfen der Gegenwart gibt es kein Auf-der-Stelle-treten. Stößt die Arbeiterklasse nicht in Richtung der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft vor, dann wird es der Bourgeoisie gelingen, sie zurückzuwerfen. Welches A-mutszeugnis stellen sich sogenannte Kommunisten aus, die in der Einleitung ihres Manifestes wehklagen:

„Zur Zeit der Gründung des WGB hofften die Völker, daß sich eine Ära dauernden Friedens und Wohlstandes eröffnet. . . Die kapitalistischen Staaten haben die Verpflichtungen nicht gehalten, die sie im Kriege eingegangen waren.“

Angesichts dieses ohnmächtigen Gejammer müssen die kommunistischen Gewerkschafter zeigen, daß nur der Kampf für revolutionäre Übergangslösungen zum Sturz des Kapitalismus führen kann, daß Klassenkampf und Diktatur des Proletariats die großen Richtlinien des proletarischen Befreiungskampfes sein müssen.

Amerikanische Demokratie

Der Präsident der amerikanischen Hafnarbeitergewerkschaft, Harry Bridges, wurde zu 7 Jahren Gefängnis und 15000 Dollar Geldstrafe verurteilt. Er verliert seine Staatsbürgerschaft und wird nach Australien ausgewiesen. Grund: Verstoßen der Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung.

Sind KPD und SED kommunistisch? Die KPD der Westzone ist weder eine kommunistische Partei noch vertritt sie kommunistische Grundsätze. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die Propaganda des Friedens und der sogenannten nationalen Front. Sie hat keinerlei Einfluß auf die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse. Das ist die Folge der Preisgabe der kommunistischen Grundsätze. Daß sie überhaupt noch als Propagandamaschine wirken kann, verdankt sie einem aufgeblähten bürokratischen Apparat, um den sie einige tausend Mitglieder vereinigt, die noch mitmachen aus alter Tradition oder in der Hoffnung, die SU werde für sie die Revolution machen. Die instinktive Verbundenheit dieser Menschen mit der SU als der im Kreuzfeuer des Imperialismus stehenden sozialistischen Staatsmacht ist das einzige Positivum gegenüber jenen Schichten der Werktätigen, die auch den Glauben an die SU verloren haben oder sich gar von der anglo-amerikanischen Kommunistentheorie haben einfangen lassen.

Das Wesen der kommunistischen Partei In der Ostzone hat die KPD den kommunistischen Namen aufgegeben und sich in die SED verwandelt. Der Name entspricht ihrer Politik, wenn man unter sozialistischer Einheit ein Gemisch aus vormalistischem Sozialismus versteht. Geleitet werden beide von dem vermeintlichen Interesse der SU und den Befehlen der sowjetischen Beherrschungsmacht. Weil die SED praktisch ausführendes Organ der Sowjetpolitik ist, hat sie eine reale Basis, die der KPD der Westzone mangelt.

Als Maßstab einer kommunistischen Partei gilt heute immer noch, was Marx und Engels vor über 100 Jahren im Kommunistischen Manifest aus sagten:

1. Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien.
2. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen.
3. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.
4. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in der verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets die Interessen der Gesamtbewegung vertreten.
5. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

SED und KPD sind Karikaturen auf diese Grundsätze.

Die Stalinisten verstoßen gegen diese Grundsätze, indem sie das Interesse der Gesamtbewegung den Interessen der SU unterordnen. Diese nationale Beschränktheit ist verursacht durch das Ausbleiben einer siegreichen proletarischen Revolution im industriellen Westen Europas und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft der SU in der Isolation. Obwohl in Westeuropa die ökonomischen Vorbedingungen des Sozialismus herangereift sind, zieht die Bourgeoisie aus ihrer ökonomischen Lebenskraft die politische Macht und

Staatsgewalt zur Erhaltung ihrer Herrschaft. Die Arbeiterklasse war noch nicht imstande, dem eine zum Umsturz fähige revolutionäre Gewalt entgegenzustellen.

Bündnisse der SU - notwendige und nutzlose Die SU mußte und muß mit vorhandenen Machtverhältnissen rechnen. Das zwingt sie zum Lavieren, zu zeitweiligen Bündnissen mit unzuverlässigen Bundesgenossen. Der schwere Kampf des Aufbaues der sozialistischen Wirtschaft in der SU, wo die KPSU die nichtsozialistische Bauernklasse gegen ihren Willen, wenn auch in ihrem Interesse, der sozialistischen Planwirtschaft einordnen muß, zwang sie in der SU zu Methoden, die konterrevolutionäre Auswirkungen haben, wenn sie in Westeuropa angewandt werden. Daß diese Methoden in der Ostzone hemmungslos angewandt werden konnten, ist aber Folge des Fehlens deutlicher Kommunisten, die fähig sind, den Interessen der deutschen Werktätigen Geltung zu verschaffen. Zwischen den Interessen der westeuropäischen und deutschen Arbeiter und den Interessen der SU besteht kein grundsätzlicher Gegensatz. Ein zeitweiliger Widerspruch bestand zwischen dem Zwang, so rasch wie möglich die Kriegsverwüstungen in der SU zu überwinden; und dem Interesse der deutschen Werktätigen, den Zusammenbruch der Hitlerherrschaft so gut wie möglich zu überleben.

Das Bündnis der SU mit den Westmächten zur Abwehr der Angriffe der deutschen Imperialisten war zwangsläufig. Dieses Bündnis zwang die SU, auf revolutionäre Kriegführung zu verzichten, weil revolutionäre Verbündete nicht vorhanden waren und eine revolutionäre Zielfestlegung die Anglo-Amerikaner zum Bündnis mit Hitler getrieben hätte. Aber dieser Zwang fiel weg, als Hitler besiegt war. Der größte Fehler bestand und besteht darin, daß die SU an dem Bündnis mit den Imperialisten noch festhielt, es in Jalta und Potsdam in Verträgen für den Frieden glauben festlegen zu können, als alle Voraussetzungen zu dessen Aufrechterhaltung verschwunden waren. Hätte die KPSU nicht in 30jähriger Isolation die Fähigkeit verloren, die Kräfteverhältnisse außerhalb der SU richtig einzuschätzen, dann hätte sie sich 1945 mit den latenten Kräften des deutschen und westeuropäischen Proletariats verbündet. Eine so kühne Politik hätte der SU raschere Aufbauhilfe gebracht als die Annexions- und Demontagepolitik und hätte das Kräfteverhältnis zwischen USA und SU zuun Gunsten der SU radikal gewendet. Der große Fond von Vertrauen, den die SU als Hauptmacht im Hitlerkrieg gewonnen hatte, ist durch die opportunistische, bornierte nationale Politik der Behandlung Deutschlands als Niemandsland schmähsch vertan worden. Sie widerspricht dem Interesse der proletarischen Gesamtbewegung und dem Interesse der SU, weil sie die Opfer dieser Politik sinnlos vermehrt und den Imperialisten zugetrieben hat.

Demokratische Tarnung verwirrt die Arbeiter Die SU als sozialistische Befatzungsmacht mußte in der Ostzone Großgrundbesitzer und Großbourgeoisie entmachten, wie umgekehrt die Anglo-Amerikaner die geschlagenen deutschen Imperialisten stützen und das revolutionäre Proletariat niederhalten mußten und müssen. Diese zwangsläufige Wirkung des Klassencharakters der Alliierten nicht rechtzeitig erkannt zu haben, ist der größte Fehler der SU. Er hat verhängnisvolle

Folgen gezeitigt. Die SU kann sich nur auf die klassenbewußte Arbeiterschaft stützen. Kapitalistische Verbündete gibt es für die SU nicht mehr. Statt dies offen im politischen Handeln zum Ausdruck zu bringen, leugnet die SU den Klassencharakter der Vertreibung der Großgrundbesitzer und die tatsächliche Entmachtung der großen Bourgeoisie in der Ostzone, plakatiert sie als demokratische Maßnahmen im Kampf gegen den gefährlichen Faschismus, behandelt die Arbeiter nicht als verbündete Klassengenossen, sondern als Werkzeuge einer Radepolitik der 4 Siegermächte und klagt die 3 kapitalistischen Kriegsverbündeten an, daß sie nicht daselbe tun wie sie. Natürlich täuscht die SU niemanden im Lager der Bourgeoisie, sondern verwirrt nur die Arbeiter.

In der Westzone erleichtert sie den Befehlsmächten die Ausnützung der demokratischen Freiheitsphrasen der Ostzonen-Politikanten gegen diese selbst. Die Westmächte können sich als die wahren, älteren, richtigen Vertreter der Freiheit, Demokratie, westlicher Kultur aufspielen, indem sie auf die Unterdrückung der Großgrundbesitzer, Großbourgeoisie und der mit ihr sympathisierenden sozialdemokratischen Kleinbürger als Tatsachen hinweisen. Diese Dinge könnten als revolutionäre Unterdrückungsmaßnahmen einer zur Macht gelangten Arbeiterklasse gegen kapitalistischen Widerstand gerechtfertigt, aber nicht als demokratisch belächelt werden.

Entmachtung des Proletariats - Stärkung des Reformismus Da die Arbeiter der

Ostzone nicht einmal als Freigelassene behandelt werden, die ihre Interessen selbst vertreten können, stehen sie auch Maßnahmen des planmäßigen Aufbaus der Wirtschaft passiv oder feindlich gegenüber und unterwerfen sich mürrisch dem Zwang, obgleich er ihrem Klasseninteresse entspricht. Der rasche Aufbau wird durch die Behandlung der Werktätigen als bloße Objekte auf Schritt und Tritt gehemmt, und die korrupte Bürokratenwirtschaft der SED verflimmert nur das Übel. Die jüngere Generation, die Perspektiven in der Ostzone hat, die ihren Klassengenossen in der Westzone fehlen, ist zwar weniger widerpenftig, kann aber mangels technischer Qualifikation die älteren qualifizierten Arbeiter nicht ersetzen. Diese würden Menge und Güte des Planfolles rascher überbieten, als mit den in Deutschland ganz unzweckmäßigen Hennekemethoden möglich ist, wenn man sie als freie Verbündete, statt als Unterworfenen behandeln würde.

In der Westzone wirkt sich die Entmachtung der Arbeiterklasse in der Ostzone noch katastrophaler aus. Die SPD lebt nur von den Fehlern der Ostzone; die Gewerkschaften sind bei der Theorie und Praxis der christlichen und Hirsch-Dunderschen Harmoniepolitik zwischen Kapital und Arbeit angelangt. Die KPD hat keine Gewerkschaftspolitik, mit der sie versuchen könnte, die Gewerkschaften in Kampforgane der Arbeiter für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen umzugestalten.

Propaganda für Frieden und nationale Front Die KPD weiß kein anderes Mittel als Unter-

schriften sammeln für den Frieden. Dabei ist sie unfähig, die Hauspropaganda mit Agitation zur Organisation der Kampfkraft der Werktätigen zu verbinden. Sie stärkt damit nur die Illusion, als ob die Kriegsheber durch Unterschriften zurückgehalten werden könnten.

Richtig und notwendig ist die Mobilisierung der Werktätigen zum Kampf um die nationale Selbständigkeit und Einheit Deutschlands. Aber eine Propaganda der nationalen Front, die in der Hauptsache die patriotischen Bürger gewinnen will, heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen. Der Bourgeois, der sein Klasseninteresse dem nationalen Interesse unterordnet, ist so selten wie weiße Raben. Denn er weiß, daß er von den kapitalistischen Befugsmächten abhängt. Schwankende Kleinbürger aber werden nur von einer Kraft angezogen. SED und KPD sind keine Kraft. Sie sind nur Werkzeuge der SU. Und solange die Werktätigen der Ostzone entmacht sind wie Junker, Bourgeoisie und Kleinbürger, bedeutet nationale Front Unterordnung und Einordnung in die Politik der SU. Ebenso bedeutet die Forderung Adenauers und Schumachers nach Einheit mittels gesamtdeutscher Wahlen Unterordnung unter USA und Aufrechterhaltung oder Atempause für den verfallenden Kapitalismus.

Wenn eine Nationale-Front-Bewegung zustande käme ohne eine durch gemeinsamen Klassenkampf erlarkte und kampffähige Arbeiterklasse, geführt von einer kommunistischen Partei im Sinne des kommunistischen Manifestes, würden neofaschistische Elemente die Führung haben. Diese würden sich dem Atlantikpakt der USA eingliedern, um sich im Krieg gegen die SU die Bewegungsfreiheit zu schaffen, die sie für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus - ohne Bevormundung der USA - anstreben.

Nur deutsche Revolution schafft neues Verhältnis zur SU Wenn die SU einen Bruderteil des Vertrauens in die selbständige revolutionäre Kraft der deutschen und westeuropäischen Arbeiterklasse aufbrächte, das sie noch den Imperialisten entgegenbringt mit dem Köhlerglauben an ein friedliches Nebeneinanderleben, würde die Möglichkeit der Kriegsvorbereitung der USA so geschwächt, die Kraft der SU, gestützt auf ein für den Sozialismus kämpfendes deutsches Proletariat so stark, daß die Erfolgsmöglichkeiten der Imperialisten zerrinnen würden.

Aber die deutsche Arbeiterklasse darf nicht weiter passiv abwarten. Sie muß in der Ost- und Westzone sich auf ihre Kraft besinnen, sie organisieren, sich die kommunistische Führung selbst schaffen. Nur Taten werden die SU von der falschen Einschätzung der deutschen Arbeiter abbringen, daß sie unfähig seien, ohne russische militärische Hilfe und ohne russische Methoden die Macht zu erobern, zu verteidigen und im freien, gleichberechtigten Bündnis mit der SU Europa kommunistisch zu machen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse diese Kraft nicht aufbringt, wird die deutsche Revolution russisch gemacht werden, weil sie gemacht werden muß.

Stefan Heymann hilft die Kirchen füllen Im »Neuen Deutschland« vom 31. 3. vermittelt Stefan Heymann, seines Zeichens Kulturpapst der SED, dem erstaunten Leser „die klare politische Erkenntnis (der SED-Bürokraten), daß heute die Jugendweihen keine Berechtigung mehr haben“. Warnend hebt er den Zeigefinger: „Das ist die richtige Anwendung der Grundfähe des Marxismus-Leninismus auf die heutige konkrete Situation.“

Wie so oft, wenn die Heymann und Genossen die proletarische Ideologie profituierten, muß die veränderte Situation als Begründung für die neue Linie herhalten:

„In der nationalen Front des demokratischen Deutschlands sind alle Kräfte zum gemeinsamen Kampf für die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, für den Frieden und für den Fortschritt vereinigt. Nicht wenige kirchliche Vertreter nehmen aktiven Anteil an diesem Existenzkampf des deutschen Volkes. Und die Kirchen stehen in einem loyalen Verhältnis zur DDR. (Als Beweis folgt Dibelius.) Daher können wir nicht dieselbe Stellung wie vor 1933 einnehmen.“

Um einige Pfaffen als zweifelhafte Kämpfer für die nationale Front und ein loyales Verhältnis zur DDR zu gewinnen, verzichtet Heymann darauf – wie er über die Jugendweihe von vor 1933 richtig sagt –, „die ins Leben gehenden jungen Menschen durch einen feierlichen Akt in die Gemeinschaft der kämpfenden Arbeiterklasse aufzunehmen“.

Eine kämpfende Arbeiterklasse gibt es in Deutschland gegenwärtig nicht. Kämpfen können die Arbeiter nur für ihre eigenen Klasseninteressen, nicht für kleinbürgerliche Nationale-Front-Phrasen. Um sie für den Kampf vorzubereiten, muß man sie von der bürgerlich-christlichen Ideologie lösen, d. h. die bredendvollen Kirchen der Ostzone leeren, nicht mit den Mitteln polizeilicher Gewalt, sondern mit der Überzeugungskraft proletarischer Ideologie. Indem Heymann die Jugendweihen abschafft, hilft er die Kirchen füllen. Und all das, um zu erreichen, „daß sich die patriotischen Kräfte auf beiden Seiten (Christentum und Marxismus) zum gemeinsamen Kampf für Einheit und Frieden zusammenfinden“.

Heymann sucht krampfhaft nach Verbündeten, sebt um den Preis des Verzichts auf die proletarische Ideologie. Seine Rechnung kann nicht aufgehen, weil das Verhalten der Umworbene nicht von den Wünschen und Zugeständnissen Heymanns, sondern von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse der Klassen abhängt. Wenn heute einzelne kirchliche Stimmen zugunsten des sozialistischen Weltlagers zu hören sind, so ist dies wahrlich nicht eine Folge der Selbstkastration der SED in Fragen der proletarischen Ideologie. Hierin drücken sich vielmehr Stimmungen gewisser bürgerlicher und kleinbürgerlicher Schichten aus, die die Siegeschancen des Imperialismus dahinschwinden sehen. Wieviel stärker würden diese Schwankungen sein, nichtproletarische Schichten zum Proletariat hinneigen, wenn dieses als kämpfende Kraft in Erscheinung träte! Proletarische Klassenkräfte kann man aber nur mit proletarischen Ideologien mobilisieren.

Das können die edlen SED-Patrioten Heymann, Pieck und Ulbricht nicht begreifen. Die Arbeiter werden es begreifen. Man muß es ihnen sagen.

(Fortsetzung von Seite 1) Die materiellen Schwierigkeiten – Mangel an Nahrung, Kleidung, Medikamenten, Heizmaterial – wurden verstärkt durch schlechte Verteilung des Vorhandenen. Von bereitgestellten Lebensmitteln hat mancher Offizier und Bürokrat auf dem Wege zum Kriegsgefangenen den Rahm abgeschöpft, mancher deutscher Lagerälteste Schiebergeschäfte gemacht, mancher Antifa-Schüler sich mit den zu verteilenden Postkarten Tabak und Brot eingetauscht. Gegen diese Auswirkungen des militärischen Bürokratismus, wie sie 1945 auch in englischen, französischen, amerikanischen Lagern wucherten und auch hier Hunderttausende Menschenleben kosteten, hätte wieder nur geholfen: sofortige Gefangenentlassung.

Dem stand in der SU der Wunsch der Regierung entgegen, zur Beseitigung der Kriegsschäden und zum Wiederaufbau der Wirtschaft die qualifizierte deutsche Arbeitskraft einzuführen. Als „moralische Begründung“ dafür galt der Schwindel von der Kriegsschuld aller deutschen Soldaten und das bürgerliche Prinzip, daß die Soldaten – die deutschen Arbeiter und Bauern im Waffenrock – zur Wiedergutmachung (der Verbrechen der deutschen Kapitalisten) verpflichtet seien. Lenin hatte die „Völker“ differenziert in Arbeiter und Kapitalisten. Den Arbeitern streckte er die Hand der Solidarität entgegen, gegen die Kapitalisten führte er den Klassenhaß. Die Sowjetmilitärs und ihre deutschen Propagandisten differenzierten umgekehrt: Deutsche Soldaten, unter ihnen mancher Kommunist und KZler, kamen zur Zwangsarbeit, die Nazigeneräle wurden umworben. So hat man die Soldaten weiter verbittert.

Auch bezüglich der Aufbauarbeit der Gefangenen haben sich die SU-Politiker mit ihrer Schlaueit in die eigene Falle gelogen. Hätte man die Arbeiter nach Hause gehen lassen, hätten sie aus freiem Willen alle Kräfte eingesetzt und so der SU zehnmal mehr genützt als ausgehungerte, verbitterte Menschen hinter Stacheldraht, für die man Zehntausende Arbeiter brauchte. Materiell für den Wiederaufbau wie politisch für die Sympathien zur SU hätte also eine großzügige Behandlung der wehlosen Kriegsgefangenen sich positiv ausgewirkt.

Aber das ist gewesen, und die unermesslichen Leiden der wirklichen Opfer des Hitlerkrieges waren jedermann offenkundig. Daher waren alle Versuche der KPD-Bürokraten, den Arbeitern ein X für ein U zu machen, zum Scheitern verurteilt und schädeten dem Ansehen der KPD. Das Verhältnis zwischen der SU und dem deutschen Proletariat wäre besser, wenn alle deutschen Kommunisten so wie die Gruppe Arbeiterpolitik die Dinge beim richtigen Namen genannt und an den Fehlern der SU sachliche Kritik geübt hätten. Das wäre das beste Mittel gegen die unsachliche und heuchlerische Kritik gewesen, die heute mit den Kriegsgefangenen ein politisches Geschäft machen kann, weil unsere sachliche Kritik noch zu wenig hörbar ist.

So wie seit 1945 müssen wir auch jetzt im Interesse des guten Namens der kommunistischen Bewegung verlangen, daß sofort alle Tatsachen über die deutschen Kriegsgefangenen offengelegt werden, jeder Gefangene in der SU Schreibmöglichkeit erhält, daß sofort der letzte Soldat entlassen wird aus der SU und aus Indochina. Die Paulus, Seydlitz, von Eintriedel mag die SU behalten. Im Namen proletarischer Klassenolidaritat erheben wir diese Forderungen und nehmen dadurch der verlogenen Antifowjetpropaganda den Wind aus den Segeln.

Drohung mit KPD-Verbot Offenbar besteht die Absicht, die Kriegsgefangenen für viele Zwecke auszunutzen. Nach der „Debatte“ des Bundestages, in der man Renner, KPD, praktisch nicht mehr anhörte, verlangte Euler, FDP, das KPD-Verbot. Justizminister Dehler trägt sich mit gleichen Plänen. Wehner, SPD, früher Ultralinker und Sekretär Thalmanns, sekundierte Euler faktisch. Für ihn war das Verbot nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht des Prinzips. Das ist die „prinzipielle, unverfohlne Opposition“ der SPD gegen die deutsche Reaktion!

Freiheit für Neonazis und Nazis, Verbot der Kommunisten – das ist die Bonner Demokratie! Hier zeigt sich auch die Unbelehrbarkeit der SPD-Führung, die trotz 1933 nicht weit: der 1. Schlag den Kommunisten, der 2. d n Sozialdemokraten! Auch die Verkehrtheit der Spekulation der KPD-Führung wird offenbar, nicht gegen die Befehlsmächte zu kämpfen, da sonst Verbot droht und die Verkehrtheit der Koalition mit der CDU und FDP.

Gegen die drohende Verschärfung der Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse hilft keine nationale Front, keine „Tarnung“, nur konsequenter, revolutionärer Kampf, Schaffung der proletarischen Klassenfront gegen die Klassenfeinde: Kapitalsoffensive, Unterdrückung, faschistische Gefahr, – Sozialdemokratische Arbeiter lat Euch von Eurer Führung nicht länger mißbrauchen gegen uns Kommunisten! Erkennt, daß Euer und unser Schicksal das gleiche ist! Oder braucht Ihr, Klaffengenossen der SPD, ein neues 1933, um das zu erkennen?

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 11

1. Junihälfte 1950

Preis: -,20 DM

Die Londoner Konferenzen Sowohl die Konferenz der 3 Außenminister wie die Konferenz der Atlantikpaktmächte, die in London stattfanden, haben die Pläne der Veranstalter keinen Schritt vorangebracht. Die „totale Diplomatie“ erweist sich als leeres Schlagwort. Die Interessen der USA, der Briten und Franzosen sind zu verschieden, als daß sie gemeinsam handeln könnten. Es langt nur zu gemeinsamen Kommuniqués, die nichts sagend sind, weil sie die Widersprüche verhüllen sollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Adhese, der wieder mit leeren Händen zurückkommt, als Sündenbok in die Wüste geschickt wird. Die demokratische und die republikanische Partei bereiten die Novemberwahlen zum Repräsentantenhaus und die Neuwahl eines Drittels des Senats diesmal mit Friedensphrasen vor. Das Geföhrei über den Präventivkrieg ist verstummt, der russische Besitz der Atombombe scheint die Friedensbereitschaft in den Massen so beeinflußt zu haben, daß die Politikanten glauben, damit Wahlgelächte machen zu können. Der Sieg der chinesischen Revolution über den USA-Imperialismus, der auch Japan als Brückenkopf für USA zweifelhaft gemacht hat, zwingt Amerika, sich auf Europa zu konzentrieren.

In Europa droht keine proletarische Revolution, weil die europäische Arbeiterklasse, besonders die deutsche, von der SU als antikapitalistischer Staatsmacht enttäuscht ist und ihr mißtraut, weil sie von ihr so viel Unheil erfährt. Das hat das Proletariat so verwirrt, daß es auch jene Gedanken und Methoden ablehnt, die seinem Streben nach dem revolutionären sozialistischen Ausweg entsprechen. So ergibt sich die ideologische Konfusion, die sie zu revolutionärem Denken und Handeln unfähig macht. Die Pläne der kapitalistischen Regierungsvertreter scheiterten also nicht infolge proletarischer Gegenwirkungen, sondern an den Interessengegenständen im Lager der Bourgeoisie.

Nachdem der deutsche Weststaat als Brückenkopf gegen die SU geschaffen wurde, die Anglo-Amerikaner im Fernen Osten geschwächt sind, ist der Weg zum Kompromiß verbaut. Darin waren auch alle 3 Außenminister einig. Im Vorjahr, auf der Pariser Konferenz, war die SU kompromißbereit: Wiederherstellung der Viererkontrolle über ganz Deutschland - Verzicht auf die Errichtung des Weststaates. Das lehnten die Westmächte ab. Die SU schuf die Ostregierung, startete die Nationale-Front-Bewegung und den Friedensrummel. Die Westmächte schlugen „gesamtdeutsche freie Wahlen“ vor; die SU antwortete mit der Herabsetzung der Reparationen. Alles Manöver im kalten Krieg. Jetzt folgte auf der Außenministerkonferenz eine vage Erklärung über die Revision des Besatzungsstatuts im Herbst, deren einziger klarer Satz lautet: „Die höchste Machtbefugnis in Deutschland muß in Händen der Alliierten bleiben.“ Die USA-Besatzungstruppen bleiben und werden verstärkt.

In der Öffentlichkeit spielte der Schuman-Plan mehr als auf der Konferenz eine große Rolle. Er beinhaltet die Vereinigung der deutschen Kohle- und Eisenindustrie mit der französischen und belgischen. Adenauer hat dem zugestimmt. England wird vielleicht gezwungen, zuzustimmen, wie man es zwang zur Pfundabwertung. Die historisch gewordenen Staatsgrenzen verhinderten bisher trotz geographisch günstiger Lage die Entfaltung eines einheitlichen Erz- und Kohlegebietes. (Fortsetzung Seite 16)

Gefährliche Bundesgenossen Alle bürgerlichen Parteien, darunter auch die allerreaktionärsten, haben sich den Salzgitter Arbeitern als Bundesgenossen im Abwehrkampf gegen die Demontage angeboten. Dem gefunden Klasseninstinkt der Arbeiter und dem Einfluß wirklicher Kommunisten ist es zuzuschreiben, daß die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter die Gefährlichkeit solcher Bundesgenossenschaft erkennt und sich unmißverständlich gegen die Reaktionäre gewandt hat.

Aber diesem Beispiel richtiger proletarischer Einstellung stehen leider zahlreiche andere gegenüber, die zeigen, wie Arbeiter auf die Lockrufe der Bourgeoisie hereinfallen - und das nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Deutschlands. Es sind im Grunde dieselben Ursachen, die z.B. den Betriebsrat der Duisburger Kupferhütte auf den Leitungslohnschwandel hereinfallen lassen und Belegschaften privater Betriebe in der Ostzone zu dem Beschluß bringen, geschlossen aus dem ihnen verhaßt gewordenen FDGB auszutreten und sich faktisch auf Wohlwollen und Zusammenarbeit mit ihren Unternehmern zu verlassen.

So verschieden die Nebengründe solcher selbstschädigenden Einstellung der Arbeiter sein mögen, der Hauptgrund liegt in der Enttäufung breiterer werktätiger Schichten über ihre Führung, von der sie sich im Stich gelassen, wenn nicht gar betrogen fühlen. Trotz aller flammenden Aufrufe dieser Führungen gegen die neuaufziehende faschistische Gefahr entwickelt sich eine ähnliche Atmosphäre, wie vor 1933, in der Millionen Proletarier den Glauben an die Kraft ihrer Klasse verloren und den Lockrufen Hitlers bis zum bitteren Ende folgten. Es ist die praktische Politik der Arbeiterführungen und nicht die Phrasen ihrer Aufrufe, die letzten Endes die Stellung der Arbeitermassen bestimmt. Und die Politik dieser Führer ist nicht von der felsenfesten Überzeugung geleitet, daß nur die Arbeiterklasse im Bunde mit allen Werktätigen als die Kraft entwickelt werden muß, die allein imstande ist, die heutigen Probleme zu lösen.

Von den reformistischen Führern ist nicht zu erwarten, daß sie sich auch nur die Frage stellen: Wer braucht wen als Bundesgenossen? Sie werden nie begreifen, daß immer und überall die zahlenmäßig schwache Bourgeoisie in all ihren inneren und äußeren Konflikten an die Hilfe des millionenstarken Proletariats appellieren muß und von vornherein entschlossen ist, dessen Kraft nur für die Durchsetzung ihrer egoistischen Zwecke zu gebrauchen. Von der reformistischen Arbeitsgemeinschaftspolitik mit Stinnes & Co. 1918 bis zur heutigen Politik widerlich kriechenden Bettelns um Zulassung als „gleichberechtigt mitbestimmende“ Kontrahenten beim Verkauf und Verrat der proletarischen Klasseninteressen ist ein gerader Weg, von dem diese Führer nicht abweichen,

bevor sie nicht von einem neuen faschistischen „Führer“ oder von den Arbeitern selbst davongejagt werden.

Daß aber diese hilflosen Figuren einer unglückseligen Vergangenheit heute noch den ausschlaggebenden Teil der Werktätigen beeinflussen, d.h. ihn lähmen und vom Gebrauch seiner eigenen Millionenkraft abhalten können, ist noch mehr als 1933 die Folge der „kommunistischen“, von den Russen maßgebend bestimmten Politik. Diese Politik liefert den Reformisten die Scheinargumente für ihre Bundesgenossenschaft mit den Unternehmern. Die russische Befatzungspolitik macht es jedem Kommunisten, der sie verteidigt, unmöglich, die Arbeiter vom lähmenden reformistischen Einfluß zu befreien und gegen die Lockrufe der bürgerlichen „Bundesgenossen“ zu festigen; macht es diesen Kommunisten unmöglich, die Arbeiter zum Kampf für ihre eigenen proletarischen Klasseninteressen zu mobilisieren, wodurch sie zu wirklich zuverlässigen Bundesgenossen zur Verteidigung des Sozialismus werden.

+

Schon dadurch, daß die Russen überhaupt an der Befetzung und Ausplünderung Deutschlands teilnehmen, statt von vornherein die Befetzung eines besiegten Landes als typische Methode imperialistischer Vergeltungs- und Raubpolitik abzulehnen und zu bekämpfen, setzen sie sich in grundlegenden Widerspruch zu den Aufgaben eines Proletarierstaates. Obendrein muß eine solche Einstellung gegenüber einem Lande, das wie Deutschland reif und überreif für die proletarische Revolution ist, besonders schwere Folgen zeitigen. Ihrem völlig falschen Ausgangspunkt entsprechend bewegt sich diese Politik auf allen Gebieten in derselben falschen Richtung, die der Arbeiterbewegung schadet und deren Gegnern unfreiwillig hilft. Sie liefert die Argumente für die von rein imperialistischen Konkurrenzgründen diktierte Erdroffelungspolitik der Westmächte.

Obwohl es z. B. bisher noch keinem Russen eingefallen ist, die Ostzonenrepublik als sozialistischen Staat zu erklären, obwohl gerade umgekehrt durch die verschiedensten Krampfmethoden, wie Galvanisierung der alten Parteien und Schaffung der neuen NDP, durch Festhalten von typisch bürgerlich-parlamentarischen Formen, an der schwarz-rot-goldenen Fahne usw., das zerfallene demokratische Mäntelchen zu erhalten versucht und damit der bürgerliche Charakter dieses Gebildes unterstrichen wird, wird ausgerechnet der Arbeiterklasse ihr elementarstes Recht, in einem solchen Staat für die proletarischen Klasseninteressen zu kämpfen, abgesprochen. Jeder Versuch der Ausnutzung ihrer gewerkschaftlichen Kraft zur Verbesserung ihrer Existenz wird faktisch als Vergehen gegen die sozialistische Ordnung ausgelegt. Alle, die noch den Mut aufbrachten, von diesem Recht Gebrauch zu machen, werden diffamiert, mundtot gemacht, schwerstens bestraft. Hier reitet der Irrsinn zu Pferde. Einerseits begründen die Russen ihre Anwesenheit (und damit auch die der Westmächte) als Befatzungsmacht mit der Notwendigkeit, Deutschland vor dem Rückfall in den Faschismus zu bewahren und den gesellschaftlichen Fortschritt zu sichern; andererseits hindern sie (ähnlich wie die Westmächte) den dafür wichtigsten Hebel, den proletarischen Klassenkampf. Für die sozialistische Ordnung wurden zwar in der Ostzone durch Enteignung der Parasiten wichtige Voraussetzungen geschaffen, aber sie beginnt aller marxistischen Auffassung nach erst dann zu existieren, wenn die

Arbeiterklasse des betreffenden Landes die politische Macht erobert und die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel in eigenen Händen hat. Gegen diese noch gar nicht existierende sozialistische Ordnung können die Arbeiter folglich nicht freveln. Daran ändert auch die Anwesenheit einer sozialistischen Befatzungsmacht nichts Entscheidendes. Solange die Russen noch die, wenn auch schattenhafte Existenz bürgerlicher Parteien, d.h. Organen zur Vertretung bestimmter Sonderinteressen für notwendig halten, können sie den proletarischen Organisationen das Recht zur Interessenvertretung der Arbeiter nicht absprechen, ohne diesen Arbeitern und den wirklichen Interessen der SU zu schaden.

+

Die Ostzonenarbeiter sind elementarsten Rechtes durch die russische Befatzungsmacht beraubt und von ihren SED- und Gewerkschaftsführern (schön) im Stich gelassen. So entsteht für sie dieselbe Gefahr, die sich auch in der Demontageabwehr in Salzgitter bemerkbar machte: den Einflüssen des Klassegegners zu unterliegen. Wie weit das Vertrauen zum FDGB gesunken ist, zeigt u. a. der hohe Prozentsatz ungültiger Stimmen bei den BGL-Wahlen. Ein erheblicher Teil dieser ungültigen Stimmen ist mit Galgen und Losungen wie „Deutschland erwache“ gekennzeichnet. Ganze Belegschaften in Privatbetrieben fordern den Austritt aus dem FDGB oder Funktionäre können die Beitragskassierung im Betrieb wegen der vorhandenen Widerstände nicht durchführen und müssen den zweifelhaften Weg vorschlagen, die Beiträge vom Lohn einzubehalten. Die eigentlichen Ursachen der Enttäuschung der Arbeiter und des wachsenden Einflusses der Reaktion zeigen solche Tatsachen, daß die Zahl der ungültigen Stimmen in den VEB den Durchschnitt erheblich überträgt und um so höher ist, je mehr SED-Kandidaten auf der Wahlliste figurieren. Die von den Russen bestimmte verhängnisvolle SED- und FDGB-Politik, die sich kritiklos den Interessen der Befatzungsmacht unterordnet, treibt die Arbeiter den Reaktionären und ihren Agenten in die Arme.

Was sich bei einer wirklichen kommunistischen Gewerkschaftsarbeit erreichen läßt, hat sich 1918-1923 an zahllosen Beispielen gezeigt. Bei den Delegiertenwahlen zum Metallarbeiterverbandstag 1923 erhielten in Berlin die Kommunisten 56000, die Reformisten nur noch 22000 Stimmen. Und heute werden die FDGB- und SED-Strategen mit dem erbärmlichen UGO-Schwindel nicht fertig - trotz, oder besser wegen der Hilfe der russischen Befatzungsmacht. Das kann nicht anders werden, wenn die verantwortungsbewußten Vertreter zu Schweigen und Zuchthaus verurteilt werden, während die unfähigen, aber gewissenlosen gehorhames Dummköpfe die Arbeiterbewegung diskreditieren und den Klassegegnern wirksame Hilfe leisten.

+

In unvermeidlicher Konsequenz dieser Politik, die der deutschen Arbeiterklasse ihr Erstgeburtsrecht auf Befreiung durch die eigene Kraft vorenthält und sie deshalb nicht zum zuverlässigen Bundesgenossen der SU gewinnen kann, sehen sich die Vertreter dieser Politik gezwungen, sich nach zweifelhaften und gefährlichen Bundesgenossen in der „Nationalen Front“ umzusehen. Was dabei herauskommen muß, hat schon die traurige Geschichte des „Nationalen Befreiungsprogramms“ von 1931 gezeigt. Auch dieses opportunistische Monstrum war nur die Ausgeburt der völligen Unfähigkeit der KPD,

durch eine richtige kommunistische Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik die Massen zu gewinnen und in proletarischer Einheitsfront gegen den Faschismus zu mobilisieren. Alle diese Krampfversuche können die Enttäufung des besten Teiles der Arbeiter nur steigern und die Illusionen breiter Massen auf Bundesgenossenschaftshilfe reaktionärer Kreise verstärken. Es bleibt den deutschen Arbeitern nichts anderes übrig, als unter strikter Abweisung solcher Manöver an der Herbeiführung der proletarischen Klassenfront zu arbeiten, zu deren Schaffung ihre bisherigen Führungen nicht mehr imstande sind.

Samariterhilfe genügt nicht Es hat erst der eigenen Aktion der Arbeiter von Salzgitter gegen die verbrecherische Demontage bedurft, um die Hilfsaktion der Kinderverfückung durch die Ostzonenpolitiker auszulösen. Bisher sollen ca. 2000 Kinder vorgehen sein. So sehr die Arbeiter des Elendsgebietes von Salzgitter jede wirkliche Hilfe begrüßen, so wenig Grund haben sie, darüber zu vergessen, daß die Ursachen beseitigt werden müssen, die sie außerstand setzen, ihren Kindern das Nötigste selbst zu beschaffen. Die Ursache dafür, daß Deutschland fünf Jahre nach dem Kriege immer noch auf einem Produktionsniveau steht, das pro Kopf gerechnet 69% des Friedensstandes ausmacht, während alle übrigen westeuropäischen Länder den Friedensstand erheblich überfahren haben, liegt in der Besatzungspolitik. Erst die Räumung Deutschlands von allen Besatzungsmächten kann den deutschen Arbeitern die Hände frei machen, um sich ihr Erbtgeburtsrecht auf die Verfügungsgewalt über die Produktionskräfte zu erkämpfen.

Hoffnungsvolles Zwischenpiel Adenauer gibt der Bonner Politik ohne Zweifel das Gepräge. Sie ist unverdrossen auf das gleiche Ziel ausgerichtet, wie feinerzeit die Politik Stresemanns, nämlich auf die „Gleichberechtigung“ Deutschlands, will sagen, die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus in neuen Formen.

Adenauers Plan einer deutsch-französischen Wirtschaftsunion ist nicht etwa ein Verlegenheitsprodukt, er entspringt vielmehr ganz nüchternen realpolitischen Erwägungen. Als Morgengabe würde Herr Adenauer in diese Verunftete die Ruhrkohle bringen und die Franzosen als Aussteuer das lothringische Erz. Bald würde es sich erweisen, wer die Hofen an hätte, wiegt doch die wirtschaftliche Potenz des Ruhrgebiets nicht nur die Frankreichs, sondern ganz Europas auf.

Auf Drängen des sich immer einsamer fühlenden Professors Reuter hat Adenauer endlich in Berlin ein Gastspiel gegeben. Aber er hat die Erwartungen des „roten“ Schnorrers arg enttäufht. Anstatt der erwarteten Brandrede gegen den Osten hat er in Berlin einen massiven Angriff gegen die englische Deutschlandpolitik gerichtet und die Revision des Besatzungsstatutes verlangt. Demonstrativ ließ er zunächst einmal die dritte Strophe des Deutschlandliedes singen – die erste wird bei passender Gelegenheit nachfolgen – und das war keine Taktlosigkeit, sondern eine wohlberechnete Herausforderung. Die Hohe Kommission warf der Bundesregierung daraufhin das neue Einkommensteuergesetz vor die Füße. Diese dachte trotz aller heroischen Ankündigungen von früher nicht daran, zurückzutreten. Sie nahm die Sache nicht ernst und behielt auch vollkommen recht.

Es wäre übertrieben, zu sagen, die Bundesregierung stehe nicht mehr unter der Kuratel der Westmächte oder sie sei dabei, diese Vormundschaft abzuwerfen. Aber die deutsche Bourgeoisie weiß, daß sie gebraucht wird, dringend gebraucht wird, und sie wird mit Erfolg immer mehr gegen den Stachel locken. Der amerikanische Senat hat die Abgeordneten des Bundestages wie Abgeordnete einer verbündeten Macht empfangen. Auch in der Öffentlichkeit war die Begrüßung herzlich, und man kann annehmen, daß der Beifall nicht gemacht war. Der amerikanische Durchschnittsbürger, von Angst über die „Tücken“ der russischen Politik gepeinigt, betrachtet heute Westdeutschland als einen Vorkämpfer gegen den Kommunismus. Je mehr der Imperialismus in Asien und anderswo an Boden verliert, desto höher steigen die Ausichten der deutschen Bourgeoisie. Der USA-Generalstab hat das deutsche Kriegspotential nebst der zukünftigen Armee bereits als feststehende Größe in seine strategischen Pläne einkalkuliert. Noch werden England und Frankreich mit Vorrang behandelt, aber wenn die deutsche Armee erst stehen wird, wird das anders werden. Und von diesem Ereignis kann man sagen, das es gewiß ist, nur der Zeitpunkt ist ungewiß.

Seinerzeit von den Siegern zertreten und ihrer Selbständigkeit beraubt, schöpft die deutsche Bourgeoisie heute wieder Atem und hofft auf die Zukunft. Sie hofft nicht nur darauf, sie arbeitet auch dafür. Sie kann das ungehindert tun, weil sich die Arbeiterklasse von den tausend Enttäufungen, die ihr bereitet wurden, noch nicht wieder erholt hat. Schumachers Tiraden sind nur Lufterfütterungen, weil die SPD um ihrer selbst willen die Grenze der aufs Parlament beschränkten Opposition nicht überdreiten darf. Ihre Parteiführer schwätzen, ihre Widersacher aber handeln.

Sünden der Vergangenheit Schwer lastet die Beteiligung der KPF an der imperialistischen Politik der französischen Bourgeoisie auf dem tapferen Kampf der französischen Arbeiter gegen Kapitalangriff auf ihre Existenz und Kriegsvorbereitungen des imperialistischen Lagers. Eine Führung, die die Unterjochung fremder Völker unterstützt, kann keine revolutionäre Führung sein.

September 1945: Die Regierung einschließlich der kommunistischen Minister verlangt 193 Md. Kriegskredite, wovon 100 Md. gegen Indochina bestimmt sind. Die KPF stimmt dafür.

Januar 1946: Der kommunistische Bewaffnungsminister weist den Antrag der SFIO zurück, die Kriegskredite um 20% zu kürzen. Die KPF stimmt für das Budget.

3. Oktober 1946: Die KPF stimmt für das Gesamtbudget, in dem die Kriegskredite enthalten sind.

20. Dezember 1946: Bombardierung von Haiphong. 182 KPF-Abgeordnete stimmen einheitlich mit der gesamten Deputiertenkammer für Glückwünsche an General Leclerc und sein Expeditionskorps.

23. Dezember 1946: Die KPF stimmt für ein provisorisches Budget von 70 Md. für das Indochinakorps.

So half die KPF, den indochinesischen Freiheitskampf zu unterdrücken und die Kriegsvorbereitungen gegen die SU zu beschleunigen.

Die Sünden von gestern sind aber auch Sünden von heute. Bis jetzt unterstützt die KPF die Reparationsforderungen ihrer Bourgeoisie gegen das deutsche Volk. In einem Telegramm an die Regierung der DDR gab sie ihrer Befriedigung über die Anerkennung der Reparationsklaverei durch die Pöck und Grotewohl Ausdruck. Der unerbittliche Gang der Ereignisse wird die Illusion der KPF zerstören helfen, auf dem Rücken der deutschen Werktätigen ihre eigene Bourgeoisie beliegen zu können. Nur die solidarische Hilfe der deutschen Arbeiterklasse kann die französische Arbeiterklasse vor entscheidenden Niederlagen bewahren. Umgekehrt kann die deutsche Arbeiterklasse ohne die Hilfe der französischen Arbeiter den nationalen Befreiungskampf nicht erfolgreich führen. Kominform und KPF haben alles getan, um diese Erkenntnis bei den Werktätigen beider Länder zu verhindern. Die ehrliche Offenlegung der Sünden der Vergangenheit und Gegenwart wird ihnen helfen, zum solidarischen und revolutionären Kampf zurückzufinden.

SPD schützt Monopolkapitalismus Wahrscheinlich wird der sozialdemokratische Arbeiter, dem dieser Titel vor die Augen kommt, nachsichtig über das plumpe kommunistische Agitationsgeschrei lächeln. Seine Partei, die für die „Demokratisierung der Wirtschaft“ eintritt – man höre nur! – soll den Monopolkapitalismus beschützen?

In der Tat redet die SPD sehr viel von ihren wirtschaftsdemokratischen Träumereien und nur sehr wenig von der tatsächlichen Macht des Monopolkapitals, das die breiten werktätigen Massen auswuchert. Aber gelegentlich ist sie dazu gezwungen und dann bekennt sie auch Farbe.

In der 32. Sitzung des Bundestages begründete Prof. Nölting, der SPD-Wirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens, einen Gesetzentwurf „gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht“. Dabei führte er aus:

„Die Wirtschaft sei von Machtballungen und Machtpositionen durchsetzt, die sich nicht einfach auflösen lassen. Es habe sich eine Entwicklung vom freien zum organisierten Kapitalismus vollzogen, die nicht aufzuhalten sei. Die Entwicklung der Technik zwingt zu einer weitgehenden Ersetzung der Machtbeziehungen durch Verständigungsformen (!), und die einfache Zerfällung der konzentrierten Gebilde müsse zu einem technischen Rückschritt führen...“

Diese Einschätzung ist im großen und ganzen durchaus richtig. Aber gerade deshalb nimmt sie sich recht merkwürdig im Munde eines der bedeutendsten Sprecher der Partei aus, die seit Jahr und Tag den Arbeitern vorschwätzt, man könne auf dem Stimmzettel-, Verhandlungs- oder gesetzlichen Wege die Wirtschaft „demokratisieren“, was, wenn es überhaupt etwas bedeuten soll, ja nur die Vernichtung dieser Machtpositionen des beherrschenden Monopolkapitals zum Inhalt haben kann. Nölting hält also die Entwicklung zum „organisierten Kapitalismus“ (womit er Monopolkapitalismus meint) für vollzogen und unaufhaltbar. Mit anderen Worten: das Monopolkapital ist die herrschende ökonomische und daher gesellschaftliche Macht. Was tut der SPD-Wirtschaftsminister Nölting also in der Regierung Nordrhein-Westfalens? Er führt die Geschäfte des rheinisch-westfälischen Monopolkapitals! Was könnte er anderes tun, da sich nach seinen eigenen Worten die Machtpositionen des Großkapitals „nicht einfach auflösen“ lassen?

Wie klar dem führenden SPD-Wirtschaftspolitiker seine Rolle ist, geht noch aus seiner Rede hervor, die von der SPD-Presse so kommentiert wurde:

„Nunmehr wolle Bundeswirtschaftsminister Erhard mit der von ihm angestrebten völligen Beseitigung der Monopolorganisationen den vollen Leistungswettbewerb herstellen. Gegen eine solche radikale Wendung warnte Prof. Nöltling, indem er darauf hinwies, daß es auch einen ruinösen Vernichtungswettbewerb gebe.“

Über den demagogischen Hintergrund, der den Erhard veranlaßt, antimonopolistische Posaunenstöße von sich zu geben, erübrigt sich jedes Wort, da auch Nöltling das als Scheinalarm einschätzt. Interessant für den sozialdemokratischen Arbeiter muß aber die Tatsache sein, daß einer seiner Führer sich zur Verteidigung des Monopolkapitalismus berufen fühlt.

Wie kommt es, daß führende Sozialdemokraten das System der unverdämtesten Ausplünderung der Werktätigen mittels monopolistischer Wucherpreise verteidigen? (Vor dem Kriege gab es in Deutschland 2500 Kartelle, die unter der Hand weiterbestehen.) - Weil die SPD als staaterhaltende und regierungsfremde Arbeiterpartei notgedrungen vom Standpunkt der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft an die Probleme herangehen muß. Und auf ihrem Boden ist das Monopol die höchste Entwicklungsform des Kapitalismus. Seit 1914 hat die SPD den Kampf für den Sozialismus aufgegeben. Als Vertreterin der kleinbürgerlichen Demokratie hat sie ihren Frieden mit den herrschenden Mächten der kapitalistischen Gesellschaft geschlossen, sie muß sich daher den Bedingungen dieser Gesellschaft unterordnen.

Dementsprechend sehen die SPD-Vorschläge auch aus. Nicht Sturz der Monopolherrschaft, sondern Gesetze, denn „die ganze Materie bedürfe dringend der Ordnung“. Der „Kampf“ der SPD gegen die Monopole soll laut ihrem Gesetzesentwurf vor sich gehen, „ohne daß wirtschaftsordnende Funktionen gestört werden und solche Organisationsformen, die der Leistungssteigerung oder den Zwecken einer guten und preiswerten Verforgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs dienen, eine Behinderung erfahren“.

Der Lebenszweck der Kartelle ist aber immer die Erzielung von monopolistischen Überprofiten auf Kosten der Werktätigen, gerade bei Bedarfsgütern, und nicht die „preiswerte Verforgung“. „Wirtschaftsordnend“ sind alle Monopole, Kartelle und Trusts in dem Sinne, daß sie durch Ausschaltung der Konkurrenz in den von ihnen beherrschten Wirtschaftszweigen die Produktion planmäßig nach kapitalistischen Grundsätzen organisieren.

Die Vorbehalte unseres Professors machen damit den ganzen Gesetzesentwurf zur Komödie, die der des Bundeswirtschaftsministers Erhard in nichts nachsteht, dem in dieser Frage ein „Sitten-, Rechts- und Ehrenkodex“ lieber ist.

Gekrönt wurde die ganze Angelegenheit durch Nöltlings Forderung nach einem „Monopolamt...“, bei dem alle Kartelle angemeldet werden müssen“.

An diesen lehrreichen Beispielen sozialdemokratischer Praxis kann der klassenbewußte Arbeiter, dem es um die Abschaffung der auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen begründeten Gesellschaftsordnung ernst ist, nur einen Schluß ziehen: Dem Monopolkapitalismus kann nicht durch den Betrug wirtschaftsdemokratischer Phantastereien das Genick gebrochen werden, sondern einzig und allein durch die proletarische Revolution. Auf diesem

Wege aber wird er einer Partei begegnen, die sich schützend vor den Todfeind des Proletariats stellt: die SPD.

Katze aus dem Sack

Bei der Eröffnung des Lehrganges der Akademie der Arbeit erklärte der 2. DGB-Vorstande Reuter:

Die Gewerkschaften seien der Auffassung, daß das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht unserem Land und unserem Volke allein den sozialen Frieden erhalten sowie den Wiederaufstieg und Wohlstand ermöglichen könnten . . . Wenn diesen Forderungen nicht stattgegeben würde, sei der soziale Frieden in Westdeutschland auf das ärgste bedroht und der wirtschaftliche Aufstieg gefährdet. . . Wer die Forderungen der Gewerkschaften ablehne, der wolle den Kampf der Gesellschaftsklassen verewigen. Es gehe aber heute darum, diesen Kampf überwinden zu helfen.

Reuter will also nicht die Klassen beseitigen, sondern den Klassenkampf überwinden. Er sieht den jehigen einseitig von den Unternehmern geführten Klassenkampf (Senkung des Reallohnes, Steigerung der Arbeitsintensität, Massenarbeitslosigkeit, Sperrung der Berufsausbildung für die Jungarbeiter, Arbeitsdienstdrohung usw.) als „sozialen Frieden“ an, der erhalten (!) werden soll. Die Gewerkschaften bitten die Unternehmer, einzusehen, daß damit der wirtschaftliche Aufstieg gefährdet würde. Die Erfahrung seit 1945 zeigt, wessen Aufstieg und Wohlstand gemeint ist. Und die Erfahrung nach 1918 und nach 1945 zeigt, daß wohl die Arbeiterführungen auf den Klassenkampf verzichten können, daß aber die Kapitalisten deswegen noch lange nicht verzichten, nicht verzichten können, vielmehr durch die Kapitulation der Arbeiterführer noch in ihren Angriffen ermutigt werden. Die schönen Worte dienen der Vernebelung der Arbeitermassen. So war es 1918 mit Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie, so ist es heute mit der Mitbestimmung. Es ist nur ein Unterschied. Nach 1918 hat eine revolutionäre kommunistische Partei unter Brandler und Thalheimer diese Illusionen der Massen beseitigen helfen, 1950 hilft die KPD unter Max Reimann die Illusionen aufrechterhalten. Wie lange werden sich die Arbeiter noch einnebeln lassen?

Mutige Maidemonstration

Die bürgerliche Stuttgarter Zeitung berichtet:

„Propagandarede vom Zuchthaus-Schornstein. Am 1. Mai kletterte in der Strafanstalt Schwäbisch Hall ein Strafgefangener während des Rundgangs im Gefängnishof auf den 38 Meter hohen Schornstein. Oben angekommen, holte er aus seiner Jacke ein rotes Tuch hervor und schwang es über den Köpfen seiner nach oben starrenden Kameraden. Dann hielt er eine Propagandarede für die SED und schimpfte mit den übelsten Worten auf die amerikanische und britische Befehlsmacht. Da er der Aufforderung, herunterzukommen, nicht Folge leistete, wurde der große Kessel angeheizt, so daß es ihm auf seinem luftigen Sitz zu heiß wurde. Trotzdem stieg er nicht herunter, sondern sprach, an der Schornsteinwand hängend, weiter. Erst nach über zwei Stunden verließ er seinen Hochsitz, die rote Fahne band er an der Schornsteinleiter fest. Bei dem Gefangenen handelt es sich um den Rädelsführer der im Jahre 1948 in Stuttgart veranstalteten Demonstration, der von der Militärregierung zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war.

Dieser mutigen Demonstration eines politischen Häftlings, der von amerikanischer Militärjustiz zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, müssen die Arbeiter antworten, indem sie überall die Freilassung von Mokros und seinen Haftgenossen fordern. - Wir fragen:

Warum kümmern sich KPD und SPD im Bundestag nicht um diese jungen Arbeiter?

Was tut der württembergisch-badische Landesbezirk des DGB für die Befreiung dieser Teilnehmer der Gewerkschaftsdemonstration vom 28. Oktober 1948?

Kommunisten und Friedensbewegung Die Schrecken des zweiten Weltkriegs-

ges und die fürchterliche Gewißheit, daß die Vernichtungskraft eines neuen Krieges ums Vielfache stärker sein wird, haben alle Gesellschaftsklassen, besonders aber die unteren, mit einer großen Sehnsucht nach dauerndem Frieden erfüllt. Diese Friedenssehnsucht hat nichts zu tun mit dem haltlosen Friedensgeschwafel berufsmäßiger bürgerlicher Pazifisten, die im besten Falle heillose Illusionisten, oft aber bloße Werkzeuge ausländischer Generalstäbe sind. Für eine kommunistische Partei ist es geboten, an einer solchen Bewegung, die auf einer echten Friedensstimmung der Volksmassen beruht, nicht bloß teilzunehmen, sondern auch eine führende Rolle in ihr zu spielen. Sie darf dabei allerdings nicht der haltlosen Friedensdufelei kleinbürgerlichen Zuschnitts verfallen, sie muß sich vielmehr innerhalb der Bewegung scharf von allen derartigen Strömungen abgrenzen und bestrebt sein, der Friedenssehnsucht der Volksmassen ein solides Fundament zu geben, das auf der Basis des proletarischen Klassenkampfes ruht. Die Arbeiterklasse kann nicht „pazifistisch“ im Sinne der bürgerlichen „Friedensfreunde“ sein. Sie muß es auch verstehen, der Gewalt eine noch stärkere Gewalt entgegenzusetzen; dabei kann es nicht immer mit friedlichen Mitteln abgehen. Vor allem aber ist es die Aufgabe einer kommunistischen Partei, den friedenssehnsüchtigen Massen klarzumachen, daß die Sicherung des Friedens bei Fortbestand des Kapitalismus nicht möglich ist.

Die KPD macht sich die Sache einfach wie immer. Für sie ist die SU die himmlische Feste des Friedens und die USA mit allem was in der Welt an ihr hängt die Hölle, in der der Krieg geführt wird. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, und diese Propaganda kann letzten Endes zu nichts führen. So richtig es ist, mit Hilfe der Friedensbewegung eine Schwächung des imperialistischen Lagers, das sich um USA konzentriert, und eine Stärkung der SU herbeizuführen, so unzureichend ist dieses Ziel. Denn ein neuer Weltkrieg kann nur durch den Sieg der Arbeiterrevolution in Westeuropa verhindert werden! Daß aber die KPD mit ihrer beschränkt prorussischen Einstellung imstande ist, die Bewegung für den Frieden nach diesem Ziele auszurichten, das muß glühend bezweifelt werden.

Schon zu einer Zeit, als die KPD noch eine bessere Politik als heute betrieb - wenn sie auch immer unzulänglich blieb -, war sie der Aufgabe, eine Massenbewegung in die richtige Bahn zu lenken, nicht gewachsen. Die selige Weimarer Republik war im Jahre 1925 bereit, dem 1918 entthronten Fürstengeschlecht Millionen und Abermillionen als Abfindung nachzuwerfen. Die Antwort darauf war eine gewaltige Welle der Empörung, die von der Arbeiterklasse ausgehend die kleinbürgerliche und weithin auch die bürgerliche Klasse überflutete. Die KPD verstand es damals nicht, die Abstimmungskomödie des Volksentscheids durch außerparlamentarische Aktionen der Arbeiterklasse zu überrennen. Die Bewegung veränderte mit einem merkwürdigen „Kongreß der Werktätigen“. Ähnlich ging es ein paar Jahre später, als der Justizmord der amerikanischen Patentdemokratie an den Anarchisten Sacco und Vanzetti auch in Deutschland die Empörung über diese Schändlichkeit bis ins letzte Dorf trieb.

Nach 1945 hat die KPD (speziell in Bayern) schon einmal einen Anlauf genommen, eine Massenbewegung zu starten. Sie sammelte Unterschriften für ein Volksbegehren zur Lösung der Flüchtlingsfrage. Der Mangel einer klaren, eindeutigen Stellungnahme zu der schändlichen Austreibung der deutschen Werktätigen aus dem Osten trieb die anfangs interessierten Flüchtlinge aber gleich wieder ab und trieb sie Figuren dunkler Herkunft in die Arme. Die Friedensparole findet jetzt eine gewisse Resonanz in Schichten, die weit über die eng begrenzte Einflußsphäre der KPD hinausgehen, so daß unter anderem die schwarzen Mutterdemokraten am Strande der Isar mit dem Ministerpräsidenten Ehard an der Spitze verzweifelt nach verstärkter Polizeigewalt schreien. Die teilweise Panikstimmung in den Reihen des Gegners darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es notwendig wäre, der Bewegung eine festere Grundlage zu geben als eine papierne Unterschriftensammlung und ein paar Friedenskomitees, die nicht wissen, was sie praktisch weiter anfangen sollen. Die Mißstimmung über die Politik Adenauers hat sich auch in bürgerlichen Kreisen, besonders aber unter den Jüngeren, verstärkt. Es kommt darauf an, dieser und anderen Strömungen der Unzufriedenheit einen festen Halt durch eine aktive Politik der Arbeiterklasse zu geben. Hier hapert es aber an allen Ecken und Enden: Die KPD als bloße Hilfstruppe der russischen Deutschlandpolitik kann eben nur am Rande der Arbeiterbewegung vegetieren. So werden ihr bald die einigen Erfolge, zu denen sie die edle Volksbewegung für den Frieden getragen hat, wie Wasser in den Händen zerrinnen. Die immer wieder auftauchenden Möglichkeiten können in Deutschland eben nur durch eine kommunistische Politik auf deutscher Grundlage und nicht auf russischer, ausgenutzt werden.

Zur Ökonomik der nationalen Front Die Strategie der KPD ist die nationale Front. Sie proklamiert das Bündnis des Proletariats mit dem „Mittelstand“ im Kampf gegen Befassung und „verräterische Großbourgeoisie“. Nirgends unternahmen die Parteitheoretiker auch nur den Versuch, zu untersuchen, ob ein derartiges Klassenbündnis ökonomisch möglich ist. Sie begnügen sich mit dem Herunterleiern der ihnen vorgelegten Formeln.

Wie sieht es um die nationale Front aus, wenn man von den ökonomischen Interessen der Klassen ausgeht, die die KPD zu gewinnen trachtet? Der Marxist wird zunächst unterscheiden zwischen dem Kleinbürgertum, soweit seine Existenzgrundlage die einfache Warenproduktion ist, d. h. soweit es ohne oder nur von geringfügiger Ausbeutung fremder Arbeitskräfte lebt, und auf der anderen Seite jenem „Mittelstand“, „den kleinen bis mittleren Betrieben, deren Basis fraglos in der Ausbeutung mehr oder weniger zahlreicher Proletarier liegt. Die ersteren werden nicht direkt ausgebeutet, da sie ihre geringfügigen Produktionsmittel selbst besitzen. Sie sind aber indirekt die Opfer des Monopolkapitalismus, der sie durch Kreditwucher, Steuerdruck usw. ökonomisch bedrängt und ihre Lebenshaltung der proletarischen immer mehr angleicht. Daher ist es möglich, sie im Klassenkampf zu neutralisieren, ja aus ihnen unter gewissen Umständen Bundesgenossen der Arbeiter zu machen.

Anders muß die Stellung der Kleinunternehmer gesehen werden. Hierüber schrieb Rudolf Hilferding, als er noch Marxist – und damals ein recht

hervorragender - war, in dem von der SED neu herausgegebenen, aber wenig beherzigten »Finanzkapital«:

„Wesentlich anders ist die Stellung des jetzt existierenden Kleinbetriebs. Der Konkurrenzkampf ist hier im wesentlichen ausgefochten, sofern es sich um Konkurrenz zwischen Kapital und Handwerk handelt. Der Kampf um die Konzentration spielt sich vielmehr ab innerhalb der kapitalistischen Sphäre selbst als Kampf zwischen kleinen und mittleren Betrieben gegen den Riesenbetrieb. Die kleinen Betriebe sind heute im wesentlichen nur Annex (Anhangsel) von Großunternehmungen: auch wo ihre Selbständigkeit nicht bloß fiktiv ist, sind sie nur Hilfsunternehmungen großer Betriebe; so die Installationsgeschäfte der Beleuchtungsbranche, die modernen großstädtischen Geschäfte, die Fabrikprodukte vertreiben usw. Sie alle kämpfen keinen Konkurrenzkampf gegen die große Industrie, sind vielmehr an deren größtmöglicher Ausdehnung interessiert, deren Geschäfte sie besorgen als Reparatur- oder Hilfsgewerbe, als Händler oder Agenten. Das schließt nicht aus, daß sie untereinander konkurrieren, daß die Konzentrationsbewegung auch unter ihnen wirksam ist. Aber dieser Kampf löst keine antikapitalistische Haltung mehr aus, vielmehr sehen sie ihr Heil nur in der raschen Entwicklung des Kapitalismus, deren Produkt sie selbst sind und die ihnen das Beschäftigungsfeld erweitert. Dagegen geraten sie in immer schärferen Gegensatz zur Arbeiterklasse, sofern sie Lohnarbeiter beschäftigen, da ja die Macht der Arbeiterorganisationen gerade in den kleinen Betrieben am größten ist.

Aber selbst in jenen Schichten, wo der Kleinbetrieb noch überwiegt, wie z. B. im Baugewerbe, verliert der Gegensatz zum Großkapital seine Schärfe. Nicht nur, weil auch diese Unternehmer, die auf den Kredit der Banken angewiesen sind, durchaus mit kapitalistischem Geist angefüllt sind, nicht nur, weil ihr Gegensatz zu den Arbeitern immer intensiver wird, sondern auch weil sie, wo sie spezifische Forderungen vertreten, immer weniger Widerstand, häufig sogar Unterstützung gerade beim größten Kapital finden. . . Dagegen sind die Vertreter dieser Forderungen gerade die heftigsten und erbittertsten Gegner der Arbeiterforderungen. In dieser Sphäre der Kleinproduktion herrscht die erbitterteste Konkurrenz, ist die Profitrate am niedrigsten. Jede neue Sozialreform, jeder gewerkschaftliche Erfolg macht einer Reihe dieser Existenzen den Garaus. Hier finden die Arbeiter ihre wütendsten Gegner, hier aber auch das Großkapital und das Großrentnertum ihre beste Schutztruppe.

(Das Finanzkapital, Dieb-Verlag Berlin, 1947, S. 479-480)

Hilferding behandelt hier die veränderte Rolle der verschiedenen Klassen im Zeitalter des Monopolkapitalismus. Sein „jetzt existierender“ Kleinbetrieb ist allerdings schon 40 Jahre alt. Aber denen, die etwa seine Analyse widerlegen wollen mit dem Hinweis auf die inzwischen verstrichene lange Zeit, sei gesagt, daß wir auch heute noch in der Periode der Herrschaft des Finanzkapitals leben, mit den gleichen grundlegenden, aber unerhört verdärferten Klassenbeziehungen.

Die entscheidenden wirtschaftlichen Triebkräfte und Interessen des Kleinunternehmertums diktieren seine Haltung. Seine Stellung zum Proletariat und seinen Kämpfen kann durch keine noch so einstimmig gefaßten Resolutionen oder Beschwörungen der KPD aus der Welt geschafft werden. Auf der Grundlage der proletarischen Klassenziele ist es nicht zu gewinnen.

Wenn die KPD das Bündnis mit ihnen und gar dem mittleren Unternehmertum als wichtigste Aufgabe in den Vordergrund stellt, so ist der nicht ausgesprochene, verleugnete, aber tatsächlich vorhandene Hintergrund ihrer Politik

der des Verzichts auf den revolutionären Klassenkampf, auf den Kampf um die Diktatur des Proletariats, die für Hilferding 1910 die einzige Richtschnur des Kampfes der Arbeiterklasse unter monopolkapitalistischen Bedingungen waren.

Klassenbasis der Einheitsfront des Proletariats mit dem Kleinunternehmertum kann nur die Klassenveröhnung sein. Damit hat der Kommunist bereits Stellung zur nationalen Front bezogen.

Höhere Nationale-Front-Strategie

Arbeiterkorrespondenz aus der Ostzone

In der Ostzone macht sich ein verstärkter Drang der CDU- und LDP-

Funktionäre zur Befetzung von Funktionen in den Nationalen-Front-Ausdrüßen bemerkbar. Sie haben begriffen, daß sie als ehrliche Patrioten getarnt am besten bürgerliche Klasseninteressen vertreten und den Kampfwillen der Arbeiter lähmen können. Geschickt nutzen sie die Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus aus, um unrealisierbare Zusatzpläne aufzustellen und dann häßlich lächelnd auf das Veragen der SED-Bürokratie hinzuweisen. Wütend muß die SED-Führung neue Maßnahmen zur „Entlarvung reaktionärer Kräfte in den bürgerlichen Parteien“ einleiten. Sie steigert damit nur die Verwirrung in der Arbeiterklasse, die den „dialektischen Prozeß“, in dem die eben noch „fortschrittliche“ Gefinnung eines Bürgers in eine reaktionäre „umschlägt“, nicht recht begreift. So zersetzt die Bürokratie, gestützt auf die Befatzungsmacht, nicht nur das Bürgertum, sondern auch die Aktion des Proletariats.

Die Bildung von Taufenden von Nationalen-Front-Ausdrüßen hat zwar zu einer gewaltigen Steigerung des mit Aufrufen, Resolutionen usw. bedruckten Papiers, aber nicht zur Mobilisierung der Bevölkerung für die nationale Befreiung geführt. Deshalb entwickelt man neuerdings eine starke Aktivität zur Forcierung der Friedenskomitees. Die Nationale Front, so argumentieren die NF-Strategen, setze immerhin ein gewisses ideologisches Fundament voraus. Bei den Friedenskomitees werde dagegen nur die Erklärung verlangt, man sei gegen den Atomkrieg.

Wenn die Dinge nicht so ernst wären, müßte man in ein schallendes Gelächter über diese Politik der Mädchen ausbrechen. Offenichtlich nützt alles Zitieren schlechtverdauter Leninischer Denkergebnisse nichts. Das oft zitierte „Erstellen des nächsten Kettengliedes“ erweist sich jedesmal als ein neuer Griff in die Sch...

Der gesunde Klasseninstinkt der Arbeiter bewahrt sie davor, ihre Zeit für den Austausch von Liebeserklärungen mit bürgerlichen Patrioten in Friedens- und NF-Ausdrüßen zu verplempern. Der schwache Arbeiteranteil in diesen Ausdrüßen ist eine der Haupt Sorgen der SED-Führung. Deshalb muß sie mehr oder weniger unter Druck Arbeiter delegieren, womit die „führende Rolle der Arbeiterklasse“ wieder einmal gerettet ist.

Die SED-Führung kann und wird nicht begreifen, daß die Mobilisierung der Werktätigen für nationale Befreiung, Frieden und Sozialismus nur auf Klassenbasis, nicht mit der Bourgeoisie, sondern nur gegen sie möglich ist. Die Arbeiter werden es um so besser begreifen: Es geht um die Ablöfung der

Befabungsdiktatur durch proletarische Demokratie. Diese Lösung ist nur möglich mit einer Politik, die von den Interessen der deutschen Arbeiter ausgeht. Jede andere führt in den Sumpf, zu neuen Niederlagen und furchtbaren Opfern.

Kurt Müller verhaftet und ausgeschlossen

Der Umfang der »ARPO« ist zu knapp, um die laufend durchgeführten Ausschlüsse aus der KPD zu registrieren. Der faule Fisch stinkt am meisten am Kopf. Aus fast allen Landesleitungen wurden Landesleitungsmitglieder als »Parteifeinde« und »Agenten« entlarvt und ausgeschlossen. Anschuldigungen und Verfahren gleichen sich überall. Meist sind es Mitglieder, die jahrzehntelang der KPD angehört haben. Beschuldigt werden sie der Verbindung mit Parteifeinden, Agenten imperialistischer Mächte, Doppelzüngigkeit und Zerstückungsarbeit. In keinem einzigen Falle ist in der Öffentlichkeit eine sachliche Diskussion über Meinungsverschiedenheiten prinzipieller oder taktischer Art geführt worden, so daß sich die Öffentlichkeit selbst ein Urteil bilden könnte. Stumpfsinnig folgen den Instanzenbeschlüssen Zustimmungsfresolutionen der Mitgliedschaft. Auch hier Nachahmung und Karikatur der Moskauer Prozesse.

In der SPD war es bis 1914 und in der KPD bis 1923 üblich, daß Meinungsverschiedenheiten in der Partei, in den Zeitungen, auf den Parteitag sachlich und offen ausgekämpft wurden. Ausschlüsse erfolgten nur, wenn die Differenzen grundsätzlicher Natur waren. Das gab der Partei die große Werbe- und Überzeugungskraft, den Glauben an den Sieg des Sozialismus und den Mitgliedern der Partei die Fähigkeit, überzeugend gegenüber der dem Sozialismus feindlichen Welt zu werben. Die heutige Generation kennt diese Quelle der Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht mehr. Die KPD hat weder Glauben noch Werbekraft, nur eine »Organisation neuen Typus«, wo die Bürokratie befiehlt und die Mitglieder gehorchen – oder weglafen. Diese Bürokratie ohne Grundsätze, Kenntnisse oder Glauben ist unfähig zu einer prinzipiellen Diskussion innerhalb der Partei oder mit dem Gegner. Ihre Diskussionen sind Herunterleiern von Beschlüssen oberer Instanzen und Cliquenkämpfe.

Der Ausschluß Kurt Müllers, des 2. Vorsitzenden der KP der Westzone, ist die neueste Leistung. In der Sache die alte Geschichte. In der »Begründung« des Ausschlusses durch Reimann heißt es, daß »Müller gegenüber einigen Genossen in raffinierter Weise die Meinung vertrat, die nationale Politik der Partei sei im Referat des Parteivorstehenden nicht genügend klar herausgearbeitet worden«. Welch ein Parteihodverrat! Auch wird Müller beschuldigt, verdächtige Genossen verteidigt und mit Ausgeschlossenen im Parteihaus noch verhandelt zu haben. Dann kommt die übliche Anschuldigung der Verbindung mit Agenten einer imperialistischen Macht, natürlich ohne jeden Beweis. Seine ultralinke Fraktionstätigkeit vor 1933 wird hervorgehoben usw. Interessant ist das Eingeständnis, daß die KPD in dem einzigen Gebiet, in dem deutsche Arbeiter gegen die Demontage kämpften, in Watenstedt-Salzgitter, vollkommen einflußlos ist – schuld ist: Kurt Müller! Nach der Dialektik Reimanns entspricht der Gegensatz Reimann – Müller dem Gegensatz Thälmann Heinz Neumann vor 1933. Der Bankrott wird derselbe sein wie damals.

Müller war vor 1933 in der Zentrale des KJVD und in der Jugendinternationale in Moskau. Unter den Nazis war er von 1934 bis 1945 im Zuchthaus und in Buchenwald. Er scheint einige Hemmungen in seiner Funktion als Zentralsekretär gehabt zu haben, aber nicht den Mut oder Verstand, offen gegen den verhängnisvollen Parteikurs anzukämpfen. Daran ist er gescheitert.

Wann wird die Geschichte der Komintern und der Kommunistischen Parteien so umgedreht, daß sie dem Rechnung trägt, daß fast alle ihre Gründer und Pioniere „Agenten des Imperialismus“ waren oder wurden?

Neue „Erfolge“ der KP

Arbeiterkorrespondenz

In der »Badischen Anilin- und Sodafabrik« (I. G. Farben), Ludwigshafen, war die Betriebsgruppe der KP bis Anfang 1948 auf etwa 600 Mitglieder angewachsen. Dann begann im Zuge der allgemeinen Krise der KP die Stagnation und schließlich der Zerfall. Die Betriebsgruppe war das Sorgenkind des Parteivorstandes in Ludwigshafen. Vielfache Versuche, die Gruppe zu einer lebendigen Arbeit zu bringen, schlugen fehl. Schließlich war ihre Mitgliederzahl Anfang 1950 auf 86 zusammengedrumpft.

Im März 1950 wurde Gustav Müller vom Parteivorstand, Frankfurt, als Betriebsgruppensekretär nach Ludwigshafen beordert, um Ordnung zu schaffen und die »ungebrochene Kraft der Partei« zu demonstrieren. Im KP-Organ »Neues Leben« vom 13. 5. meldet Müller seine ersten Erfolge. Es sei gelungen, die Zahl der Gruppe wieder zu erhöhen (!?), eine provisorische Leitung von 7 Mitgliedern zu wählen und 2 Jugendliche darin aufzunehmen. 1 Jugendliche wurde zu einem Kurzlehrgang gewonnen.

Müller kommt in seinem Artikel zu der großartigen Erkenntnis, daß mit organisatorischen Mitteln allein nichts zu ändern sei. Er kommt dabei nicht auf den einzig richtigen Gedanken, daß die fehlerhafte Politik der KP jegliche Vertrauensbasis zerstörte. Die Quittung der Anilin-Arbeiter wurde auch prompt vorgelegt. Während im alten Betriebsrat noch 7 Kommunisten waren, konnte bei den BR.-Wahlen im April nur ein KP-Kandidat durchgehen.

Die Schuld an dieser Niederlage kann natürlich nur auf das Konto eines Agenten kommen. Also ist der Weisheit letzter Schluß die Zerfetzungsstätigkeit des im Vorjahre aus der KP ausgetretenen Landtagsabgeordneten und Mitglied des KP-Vorstandes Rheinland-Pfalz, Herbert Müller, der im Auftrage des Imperialismus... usw. uff. - Die Argumente sind zu dumm, um sich dabei aufzuhalten. Es ist die alte Methode: für eigene Fehler Sündenböcke suchen!

Gelähmte Arbeiterklasse

Arbeiterkorrespondenz

Der 1. Mai ist in Solingen so verlaufen, wie ihr die Reformisten wünschten: als ein Sonntagsausflug durch Solingens Hauptstraßen unter dem Motto der Mitbestimmung. Von keinem Betrieb wurde eine Fahne mitgeführt - weder eine rote noch eine andere. Zwei rote Fahnen der Naturfreunde-Ortsgruppen gaben ein klägliches Bild in dem an sich guten Aufmarsch (8000 Teilnehmer). Arbeiterlieder wurden nicht gesungen. Dafür sah man Jugendliche mit Gitarren, die auf dem Sammelplatz Karnevalsclhlager zum Beistehen gaben.

In keinem Betrieb wurde vom Klassenstandpunkt zum 1. Mai Stellung genommen, mit einer Ausnahme, wo ein Arbeiter der Gruppe »Arbeiterpolitik« die Geschichtsfälschungen des reformistischen Betriebsrats gerade stellte und z. T. guten Anklang fand. Er mobilisierte die KP-Genossen für eine Geldsammlung zur Anschaffung einer roten Fahne. Aber als ein CDU-Mann protestierte, kniffen die KP-Leute, um am 1. Mai die „Einheit“ zu wahren. Die KP-Plakate, die im Vordergrund die rote, im Hintergrund aber die Fahne von Weimar zeigen, haben hier einige Arbeiter flüchtig gemacht. In der KPD herrscht hier augenblicklich ein komisches Schweigen. Obwohl eine Reihe Mitglieder auschlußreif sind (Tito), wird nichts gegen sie unternommen.

In einigen Dutzend Betrieben beltehen Lohndifferenzen. Das wird von der „kommunistischen“ Gewerkschaftsbürokratie verschwiegen, anstatt daß sie die Arbeiter zum Kampf aufruft, läuft sie mit dem Unternehmer zum Arbeitsgericht. Betriebsräte werden auf die Straße gefeuert, die Bürokratie winselt um ihre Wiedereinstellung. Ungefähr 150 Betriebe sind zahlungsunfähig, die Krankenkasse hat ihnen die Beiträge, die sie den Arbeitern vom Lohn abgezogen hatten, gestundet. Die Gewerkschaft winselt.

Noch herrscht keine Kampf Stimmung. Noch sind erst wenige Arbeiter bereit, für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich einzutreten. Die Arbeiter drängen sich noch nach Überstunden, weil sie glauben, als einzelne dem Angriff auf die Lebenshaltung der gesamten Klasse entgehen zu können. Und das in dem ehemals roten Solingen.

(Fortsetzung von Seite 2) Die konkurrierenden nationalen Kapitalisten waren das Haupthindernis. Jetzt, da USA Westeuropa gegen die SU ökonomisch und militärisch zusammenschließen will, wird der von der deutschen und französischen Schwerindustrie seit Jahrzehnten angestrebte Zusammenschluß wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Aber die Konferenz kam zu keinem Beschluß. Es wird noch lange gekuhandelt werden.

Nicht positiver ging die Konferenz der Atlantikpaktmächte aus. Man bestätigte bereits angenommene strategische Pläne, konnte sich jedoch nicht einigen, wer die Kosten für die aufzustellenden 36 Divisionen zahlen soll. Die europäischen Staaten können die Kosten dieser Kriegsrüstung nur aufbringen, falls sie ihren Werkträgern eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung aufzwingen könnten. Das ist weder in England noch in Frankreich, Italien, Belgien und Holland eine leichte Aufgabe. Und in Westdeutschland, wo 3 Erwerbstätige 2 Nichterwerbstätige erhalten müssen und 4 Milliarden Besatzungskosten mit allem Drum und Dran aus den Arbeitern herausgeschunden werden, werden die Proleten weiter stumm verelendet?

Nur von diesem Untergrund ist die Pleite der Konferenzen zu begreifen. Sie ist eine Etappe im Verfall des Kapitalismus, dessen Opfer die Werkträgern sind und solange bleiben, bis sie die Kraft werden, die das Fallende stößt, selbst die Macht aus den Händen der bankrotten Kapitalsvertreter nimmt, um die sozialistische Planwirtschaft zu errichten.

Die Mission Trygve Lies nach Moskau kann im besten Fall die UNO vor der baldigen Auflösung retten, falls eine Mehrheit für die Ersetzung der Tschiangkaifek-Chinesen durch Vertreter Mao Tse-tungs zustande käme. - An den Grundproblemen ändert das gar nichts.

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 12

2. Junihälfte 1950

Preis: -,20 DM

West- und Ostzonenbürokraten vereint gegen Salzgitter Betriebsrat!

Die bürgerliche Presse meldet, daß der Hauptvorstand IG-Metall die beiden BR-Vorsitzenden aller gewerkschaftlichen Funktionen enthoben habe. Das - vor jeder Mitteilung in der Gewerkschaftspresse - dürfte wohl offiziell von der Gewerkschaftsbürokratie stammen. Begründung: sie hätten „interne Gewerkschaftsangelegenheiten den Arbeitgebern mitgeteilt“. - Ein guter Witz!

Die Gewerkschaftsbürokratie, die immer enger mit den Unternehmern zusammenarbeitet, den sozialen Frieden als ihr Hauptziel proklamiert, mit den Kapitalisten überall Tüdführung hat, hat also Geheimnisse, interne Gewerkschaftsangelegenheiten! Der BR, seit langem systematisch von allen internen Gewerkschaftsvorgängen ferngehalten, erzählt diese Interna dem Unternehmer. Dazu muß man wissen, daß ein Sozialdemokrat und Gewerkschaftsspitzenvertrauter in der Direktion sitzt als Arbeitsdirektor. - Jetzt haben wir also schwarz auf weiß: die Gewerkschaftsbürokratie kämpft gegen die Unternehmer - während der seit 5 Jahren mit vollem Belegschaftsvertrauen ausgestattete BR der Reichswerke diese Klassenkämpfer an den Unternehmer verrät! Kronzeuge der IG-Metall-Führung ist der Leipziger Sender, der schon am Tage der Presstenotiz meldet, die beiden Sozialdemokraten Södting und Wegener haben sich der vom Gewerkschaftsvorstand angeordneten Demontageabwehr widersetzt. - Der Witz übertrumpft den der IG-Metall. Erich Södting wird zum Sozialdemokraten ernannt und der Gewerkschaftsführung bescheinigt, daß sie den Antidemontagekampf führen will - doch von den BR gehindert wird! Dabei ist Salzgitter das einzige Werk in ganz Deutschland, wo es zu ernsthafter Gegenwehr gegen die Demontage kam.

Wir wollen die traute Harmonie der Bürokratie der Ost- und Westzone nicht stören, die so mutig gegen die Demontage kämpft. Die Salzgitter Arbeiter haben sich ihren Vers gemacht, indem sie seit 5 Jahren diese unabhängigen Kommunisten zu BR wählten. Die Patentdemokraten à la USA führen sich einen Dreck um diesen eindeutigen Willen der Arbeiter. Wenn aber die Reichswerke-Arbeiter weiter allein bleiben, von den andern Arbeitern im Stich gelassen werden und sich weiterhin im Kampf um ihre Rechte auf ihren lokalen Rahmen beschränken, wird den reformistischen Spaltern die Demontage der Gewerkschaftsbewegung so gelingen, wie den Befehlsmäädten die Demontage der Arbeitspläne. Nur der Kampf der Salzgitter Arbeiter, unterstützt durch die aktive Solidarität aller klassenbewußten Arbeiter kann dem verbreiterischen Treiben der Bürokratie Einhalt gebieten. SED und KPD gehen hier Arm in Arm mit den Bürokraten. Die Arbeiter brauchen also auf niemand hoffen oder warten. Nur ihre eigene Kraft, die sie im Februar/März bewiesen, kann ihnen helfen.

Beachte zum Thema „Salzgitter“ die Beiträge Seite 5 und Seite 51

Wie Herr Kubel Salzgitter fanieren will In einer Rede in Braunschweig erklärte Kubel: An eine Erweiterung der Roheisen- und Stahlproduktion sowie an Errichtung von Zementwerken sei nicht zu denken, denn für 1952 müßte mit einer Stahlschwemme gerednet werden, und heute schon bleibe die Kapazität der niederfährdischen Zementindustrie zu 30% unausgenützt. Daher gebe es nur durch eine Umfiedlung von ca. 7000 Arbeitskräften mit ihren Familien eine Lösung des Arbeitslosenproblems für Salzgitter und ähnlich so für Wilhelmshaven. Wohin die 7000 umgefiedelt werden sollen, hat er nicht gesagt. - Kubel ist wohlgernekt Arbeits- und Gesundheitsminister Niederfährdis und nebenbei auch noch Sozialdemokrat, aber alles andere als ein Sozialist. Denn als Sozialist wüßte er, daß Stahlschwemme und unabfährbarer Zement unvermeidliche Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und nur zusammen mit dieser widerfährdischen Ordnung beseitigt werden können. Als Sozialdemokrat und Minister muß er aber für die Erhaltung dieser Ordnung eintreten.

Der Hamburger SPD-Parteitag I. Im Mittelpunkt des 4. Parteitags der SPD seit Kriegsende standen die Behandlung der Außenpolitik und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. - Unter den Gästen befanden sich Vertreter der westlichen Befugungsmächte, dagegen fehlte Hans Böckler, dessen Adenauer-Telegramm und sonstige „realpolitische Erwägungen“ den Anlaß einer diplomatischen Krankheit geliefert haben dürfte. An seiner Stelle hatte der DGB Hans vom Hoff entsandt, der, um dem Parteitag gleichsam das ideologische Gepräge zu verleihen, die Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit „unter sehr starkem Beifall“ als gemeinsames Panier der SPD und des DGB hervorhob. In der Tat bewegten sich auf dem Boden dieses Spießbürgermottos alle Verhandlungen der reformistischen Tagung.

1. Der Europarat Der Europarat soll die Keimzelle eines schlecht und recht unter der Fuchtel des amerikanischen Imperialismus „ge-einten“ Europas werden. Der amerikanische Druck in Richtung einer Vereinheitlichung der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kräfte Westeuropas ist natürlich nicht menschenfreundlichem Mitleid mit den ständig sich in den Haaren liegenden, heruntergewirtschafteten Ländern und Ländchen des alten Kontinents geschuldet, sondern der sehr nüchternen machtpolitischen Erwägung, daß dem kompakten, eine ¾ Milliarde Menschen umfassenden sozialistischen Giganten gegenüber die internen europäischen Katsbalgereien hintanzustellen sind. Aber mit der Feststellung der antisozialistischen Stoßrichtung der europäischen Einheitspläne ist bereits ihr reaktionärer Klassengehalt gegeben. Das bedeutet weiter, daß die realen Gegensätze unter den europäischen Kapitalistenklassen nicht verschwinden, vielmehr innerhalb der Einheit fortexistieren, falls das vereinigte kapitalistische Europa zustande käme.

Der Hamburger Parteitag hat sich in seiner Ablehnung des Beitritts zum Europarat mit großer Mehrheit hinter Schumadier gestellt. Aber keineswegs aus dem Grunde, daß es sich hier um eine kapitalistische Interessengemeinschaft handelt, mag auch Willi Eichler erklärt haben: „Wir weigern uns, einen Feldzug mitzumachen, der in Wirklichkeit nur der Verteidigung der kapitalistischen Welt gilt.“ Schumadier betonte ausdrücklich, daß er „für Europa“

fei, und der Parteientwurf bekennt sich zum vereinigten Europa. Die für die Europarats-Ablehnung hervorgekramten antikapitalistischen Argumente sollen eine tiefere politische Bedeutung verdecken. Die englische Labourregierung kann zwar nicht offen den Europarat ablehnen, sie sabotiert ihn dafür auf Schritt und Tritt. Wenn zum wirtschaftlichen und politischen Übergewicht der USA noch die amerikanisch geführte klerikal-konservative Regierungsmehrheit in Straßburg käme, wäre der Labourregierung ein weiterer schwerer Schlag verfehlt. So wie das verzweifelte Sträuben Englands, in das Fußvolk der USA-Satellitenstaaten herabgedrückt zu werden, die Ideologie der „dritten Kraft“ erstehen ließ, so ist das Schumaderische „edle Europäertum“ ein Reflex dieser zur Ohnmacht verurteilten Zuckungen.

Es ist daher kein Zufall, daß die Delegierten der USA-Fraktion in der SPD, die „in Straßburg kämpfen“ wollen, die Löbe, Brauer, Brandt, Heydorn, starken Beifall erhielten, der keineswegs im Abstimmungsergebnis zur Geltung kam, da Schumader sicherheitshalber über die sozialdemokratische Gesamtpolitik und nicht gefondert über den Europarat abstimmen ließ. Die Bürgerlichen haben deshalb mit Recht die Ablehnung keineswegs als grundsätzlich aufgenommen. „Der Unterschied der Neinsager zu den Jaägern ist nur taktischer Natur,“ hieß es in der britischen »Welt«. Diese Haltung der Sozialdemokratie ist ebenso opportunistisch wie ihre Ablehnung des Bonner Grundgesetzes. Die großen Töne von wegen „Kanzler der Alliierten“, das pathetische Nein in Bonn sind einer geläuterten Auffassung gewidmet. Schumader sagte in Hamburg:

„Wir bejahen jetzt diesen Staat, in dem wir leben, als Ausgangspunkt einer höheren nationalen Einheit.“

Der 1. SPD-Vorsitzende betonte immer wieder die Notwendigkeit, Deutschland als gleichberechtigt zu behandeln. Es ist dies eine Gleichberechtigung im Reich der Worte, nicht der Taten; denn letztere würde die Räumung Deutschlands von allen Besatzungstruppen voraussetzen. Schumader will aber nur die Revision des Besatzungsstatuts, d. h. die Verewigung der Fremdherrschaft. Er sagte wörtlich:

„Aus einer ganzen Reihe von Gründen sind wir Sozialdemokraten heute gegen den Abschluß eines Friedensvertrages der Alliierten oder eines Teiles der Alliierten mit einem Teil von Deutschland. Aber wir sind für die Schaffung eines Friedenszustandes.“

Man sieht: Die KPD-SED „bekämpft“ die Feinde der deutschen Arbeiterklasse mit dem Potsdamer Vertrag in der Hand, die SPD „kämpft“ gegen die Besatzung mit der Forderung der Aufrechterhaltung dieser Besatzung. Die wirkliche Rolle dieser Parteien ist daraus und nicht aus dem Propagandarummel zu verstehen.

2. Der Schuman-Plan Trotz Theaterdonner gegen kapitalistische Gruppeninteressen, schwerindustrielle Kartelle, trotz entrüsteter Zurückweisung von Adenauers Unionsangebot an Frankreich hat die SPD den Schuman-Plan sehr günstig aufgenommen. Wäre die Saar wirklicher, nicht nur vorgeschobener Grund der Ablehnung des Europarats, dann würde die SPD doch gerade gegenüber Frankreich, das diese Annexion vollzogen hat, nicht betonen, der Schuman-Plan sei „etwas entscheidend Positives“, daß

er zu „ernsten, gestaltenden Verhandlungen führen kann“. Angesichts der Saarannexion klingen die Ratschläge an Schuman über „vorbehaltlose Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker“ geradezu lächerlich. Allerdings sind die Rollen der Gleichberechtigung, die Schumacher im Schuman'schen Hundekudien vermisst, nur die demagogische Verführung, die den deutschen Arbeitern das Herunterwürgen erleichtern soll.

Was der Schuman-Plan tatsächlich bedeutet, davon war in den Parteitagestreden wenig zu vernehmen. Die Geschichte der deutsch-französischen Schwerindustriellen Beziehungen zeigt abwechselungsweise gemeinschaftlich-mono-pölkapitalistische Ausplünderung und Beherrschung des Marktes und bei veränderten Kräfteverhältnissen den erbittertsten Kampf um die Quoten (Marktanteile) für die darauffolgende „ruhige“ Ausbeutungsperiode. Solche Kämpfe waren die Weltkriege, die Ruhrbesetzung und der Ruhrkampf. Sobald ein neues Gleichgewicht hergestellt worden war, einigte man sich in einem Truft, der sogenannten Internationalen Rohstoffgemeinschaft.

Der Schuman-Plan, gefeiert als Beweis des neuen Europageistes, dessen Erleuchtete nun endlich das Kriegsbeil einbuddeln und voller Großmut den Besiegten umarmen, ist nichts anderes als das westeuropäische Stahlkartell, wie es sich aus der Kräfteverteilung nach dem 2. Weltkrieg ergibt. Grundlage ist die Knebelung der deutschen Stahlindustrie und die Produktionsbeschränkung auf 11 Mill. t. Auf der andern Seite hat Frankreich seine Vorkriegserzeugung von 6-8 Mill. t auf 14 Mill. t gebracht und strebt 16 Mill. t an. Vom fieberhaften Ausbau der englischen, belgischen, luxemburgischen, sogar der italienischen Stahlkapazität sehen wir ganz ab. Das bedeutet:

1. daß eine riesige, auf kapitalistischer Grundlage unausnützbare Stahlkapazität vorhanden ist und mit dem Abflauen der Nachkriegskonjunktur verschärfter Konkurrenzkampf eintreten würde, dem eben die französischen Vorschläge durch Marktaufteilung zuvorkommen wollen;
2. daß Deutschland, dessen Stahlerzeugung nicht einmal den eigenen Bedarf decken kann, Stahl importieren muß. Hier wollen die französischen Stahlbarone sich einen gesicherten Absatzmarkt schaffen;
3. daß sie die Ruhrkohle noch billiger erhalten und die weniger ergiebigen mittel- und südfranzösischen Kohlenreviere stilllegen wollen;
4. daß sie im Namen der „Angleichung der Produktionsbedingungen“ die Löhne der französischen Stahlarbeiter auf deutsches Hungerniveau drücken wollen.

Diesem famosen Plan der französischen Schwerindustriellen haben die französischen Sozialisten bereits zugestimmt, die deutschen sind auf dem „gestaltenden“ Wege dazu.

„Wir begrüßen“, sagte Schumacher, „den Vorschlag Schumans als den Versuch, zu einer Realisierung von sachlich und ökonomisch notwendigen Dingen zu kommen.“

Das einzige Haar in der Suppe wäre allerdings eine Kampfstellung der deutsch-französischen Stahlindustrien gegen die englische.

„Die deutsche Arbeiterbewegung hat keine Veranlassung unser Volk in eine Konstellation zu führen, wo wir zusammen mit der einen Macht gegen eine andere Macht konkurrieren und daraus die Gefahren ökonomischer Distanzierung und politischer Entfremdung entstehen.“

Nach diesen Worten Schumachers zu urteilen, hat die deutsche Arbeiterbewegung angeblich ein Interesse an der Beteiligung der „sozialistischen Planwirtschaft Großbritanniens“, an der Niederhaltung der deutschen Stahlindustrie und der dadurch notwendigen Stahleinfuhr. (Fortsetzung folgt)

Ein trauriges Lob! Am 3. März 1950 erklärte der Fraktionsführer der CDU in der Hamburger Bürgerhaushalt, Erik Blumenfeld:

„... In diesem Zusammenhang möchte ich auch von dieser Stelle aus, sowohl meinerseits wie auch für meine Fraktion, unsere Anerkennung den Gewerkschaften für ihre klare Haltung in der Vergangenheit ausdrücken. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß der soziale Frieden in Westdeutschland und in Hamburg gewahrt worden ist, nicht zuletzt im Hafen. ... Ich kann nur die Erwartung aussprechen, daß in Zukunft, in den nächsten anderthalb Jahren nicht etwa durch politische Zielsetzung der soziale Frieden gestört wird durch unnötige Lohnerhöhungen.“

Unsere Klassengegner können wahrlich mit dem Zustand der deutschen Gewerkschaften und Arbeiterparteien zufrieden sein. Um so mehr müssen sich die deutschen Arbeiter darüber Gedanken machen, wie sie ihre Kampfkraft wieder herstellen können.

Gegen die reformistischen Demonteure der Gewerkschaften!

Die Vertrauensmänner der Salzgitter Arbeiter
ihrer Gewerkschaftsfunktion enthoben

In Salzgitter hat es sich von Anfang an nicht nur um eine Demontage von Fabrikanlagen gehandelt. Soweit es darum ging, ist die

imperialistisch dirigierte Zerstörungsaktion auf die Abwehraktion breiter Bevölkerungsschichten gestoßen. Aber gleichzeitig und gleichlaufend mit dieser imperialistischen Demontage materieller Güter wurde und wird die Zerstörung der Errungenschaften der Arbeiterklasse fortgesetzt. Hier ist die Gewerkschaftsbürokratie am Werk, um die Arbeiterbewegung zu „demonstrieren“, die den Abwehrkampf führt. Vorläufig demontieren sie noch nicht mit Zündkabeln und Dynamit, sondern mit den heimtückisch angewandten Regeln ihres verknöcherten Bürokratenregimes. Und – gleichsam um das Maß des grotesken Widerfinns voll zu machen – finden sie dabei die Unterstützung der ihr wegensverwandten KPD-Bürokratie, der Zeisler und Genossen. Ausgetrocknete Reformisten- und Stalinistenhirne produzieren dürres Reisig, mit dem sie die „Titoisten“ zu verbrennen versuchen.

Dafür daß die Betriebsräte im Juni 1949 einer Einladung der Ostzonen-Wirtschaftskommission folgten zwecks Arbeitsbeschaffung für die Reichswerke im Interesse der Werktätigen Salzgitters, wurde ihnen von derselben Bürokratie, die Tag und Nacht vom wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte träumt, eine Rüge erteilt. Ohne jeden sachlichen Grund haben diese Bürokraten jetzt nach einem monatelangen „Feststellungsverfahren“ einen formellen Fehler des Betriebsrats im Verkehr mit der Werksleitung zum Anlaß genommen, um am 21. Mai die beiden Betriebsratsvorsitzenden Söchtig und Wegener auf ein Jahr ihrer gewerkschaftlichen Funktionen zu entheben. Ein Jahr Mundtotmachung scheint den Bürokraten genügend Zeit, um den heute noch nicht gut möglichen Ausfluß perfekt zu machen.

Die Arbeiterchaft Salzgitters hat lange gebraucht, ehe sie ihre eigene Kraft dem imperialistischen Zerstörungswahn entgegensetzte und sich damit auch gegenüber ihren eigenen „Führern“ soviel Respekt verschaffte, daß sogar Böckler die Reifestrapsen auf sich nehmen mußte. Die hier von ihm vorgefundene Atmosphäre hat ihn und seinesgleichen belehrt, daß ein sofortiger Ausschluß der „Rädelsführer“ den Preis einiger weiterer tausend Mitgliedsbücher und Beiträge erfordern könnte. Raffinierter als die machtberaubten Kommissärfel verzichten die DGB-Bürokraten auf so kostspielig-riskante Sprengmittel und rechnen nach bewährter Methode mit der Zeit zur Aushöhlung des proletarischen Widerstandes.

Zu lange haben die Reichswerkearbeiter auf das menschliche Einsichtsvermögen der Besatzungsvertreter gehofft, bis ihnen kein Zweifel an der völligen Vergeblichkeit ihrer Hoffnungen mehr übrig blieb. Nur durch eigene Erfahrung konnten sie dazu gelangen. Ihren Funktionären geht's nicht anders. Auch sie sind vor der Ungeheuerlichkeit des Gedankens zurückgeschreckt, daß die gewerkschaftliche Spitzenführung in konsequenter Fortsetzung ihrer arbeiterfeindlichen Politik bereit sein muß, die elementarsten Lebensbedingungen einer proletarischen Organisation mit Füßen zu treten. Auch sie haben auf deren bessere Einsicht gehofft. Diese Hoffnung hat sie während des ganzen Abwehrkampfes gegen die Werksdemontage darauf verzichten lassen, die zweideutige Rolle der Spitzenführung in diesem Kampfe mit der notwendigen Schärfe herauszuleuchten und zu bekämpfen. Die Bürokratie hat in kalter Berechnung davon zu profitieren gewußt.

Jetzt stehen die Funktionäre gegenüber der Demokratie dort, wo sie 3 Monate zuvor mit der gesamten Belegschaft vor den Zündkabeln der Besatzungsmächte gestanden haben. Wieder stehen sie vor einem Kampfe, den sie nicht gesucht haben, der ihnen aufgezwungen wurde. Der Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes ist unzertrennlich verbunden mit dem Kampf um die Erhaltung der Gewerkschaftsorganisation, die fähig gemacht werden muß, ihre Klassenkampfaufgabe zu lösen. Die Bürokratie macht die Gewerkschaften noch aktionsunfähiger als sie es bereits heute sind durch den Ausschluß von Funktionären, die deren wirkliche Aufgaben zu erfüllen versuchen.

Die Arbeiter haben genau die umgekehrte Aufgabe: ihre Arbeitsplätze, ihre Gewerkschaften, ihre selbstgewählten Funktionäre zu verteidigen. Nicht die Mitgliedsbücher hinwerfen, sondern gemeinsam mit den Funktionären kämpfen für die Umgestaltung der Gewerkschaften zur Verteidigung ihrer proletarischen Klasseninteressen. Darauf kommt es heute an. Das ist ebenso wie die Abwehr der Demontage eine Aufgabe der ganzen deutschen Arbeiterklasse. Das Echo, das dieser Kampf Salzgitters in ganz Deutschland und weit darüber hinaus gefunden hat, läßt die berechtigte Hoffnung zu, daß der Kampf gegen die blind wütenden Demonteuere der Gewerkschaften eine wirksamere Unterstützung finden wird. Die deutschen Gewerkschafter können nicht länger tatenlos zusehen, wie ihre Organisationen von denselben Leuten, die den Zusammenbruch von 1933 verschuldet haben, wieder für die Vernichtung durch die faschistische Konterrevolution reif gemacht werden.

Solidarität mit Salzgitter – bleibt die Parole aller klassenbewußten Proletarier!

Antikommunistische Hysterie in Düsseldorf In einem Rundschreiben des DGB-Vorstandes wird „allen Angestellten und Funktionären der Bundesorgane folgendes zur Kenntnis gebracht:

Der Bundesvorstand sieht die Beteiligung an dem Treiben der sogenannten Friedenskomitees als Schädigung der Gewerkschaftsinteressen an. Der BV ist entschlossen, allen Angestellten und Funktionären in Bundesorganen gegenüber, die sich an folchem Treiben beteiligen, gestützt auf die Bestimmungen der Satzung des DGB und der Anstellungsverträge, die sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen.“

Soll man lachen oder soll man weinen? Die KPD richtet einen Friedenswall auf aus Unterschriften gegen die Atombombe. Und davor wird dem DGB-Vorstand angst und bange. Wie Don Quixote kämpft er gegen die Windmühlenflügel.

Aber dahinter steckt etwas Ernsteres. Wenn der Vorstand der 5-Millionen-Organisation so in Schrecken und Hysterie gerät ob der völlig wirkungslosen Friedenskampagne der KPD, so zeigt das seine eigene innere Unsicherheit. Hier sedten Gespenster gegen Gespenster. Es ist auch eine sehr merkwürdige Auslegung der Satzungen und der parteipolitischen Neutralität, daß man Angestellten mit Brotlosmachung und Funktionären mit dem Ausschluß droht, weil sie eine politische Aktion unterstützen, die den Böckler, Reuter, Föder nicht in den Kram paßt. Gegen diese amerikanische Demokratie müssen wir uns in der deutschen Arbeiterbewegung energisch zur Wehr setzen.

+

Der Kampf gegen die kommunistische Bewegung scheint überhaupt in Düsseldorf Punkt 1 zu sein. So hat man Anfang Mai dort das Gras der Ostzone wachsen hören. Nach den genauen Informationen des DGB plant das SED-Politbüro, während des Pfingsttreffens der FDJ die allgemeine Wehrpflicht in der Ostzone zu proklamieren. Die Rekrutenausbildung soll unter Umständen gar in Rußland stattfinden. Auch ist erwogen worden, die politisch unzuverlässigen Jugendlichen der Zone während des Berlin-Treffens zu verhaften und sie in den Uranbergbau zu bringen. Soweit die authentischen Informationen des DGB. Ist es nicht etwas umständlich, die Jugendlichen aus Sachsen nach Berlin zu locken, sie dort zu verhaften und nach Sachsen in die Uranbergwerke zu stecken?

+

Aber so lächerlich all diese Greuelmärchen sind, so wirkungslos das Verbot der Zusammenarbeit des DGB mit der FDJ - weil sie beide nichts tun -, so ernst ist die politische Seite der Sache: die Diskriminierung von Gewerkschaftern, weil sie kommunistischen Organisationen angehören.

+

Hand in Hand damit geht die immer größere Bürokratisierung der Gewerkschaften. Auf der Beiratstagung der IG Metall kam zur Sprache, daß der Hauptvorstand zukünftig die Bevollmächtigten der Ortsverwaltungen selbst bestellen will. Durch die Opposition zahlreicher Beiratsmitglieder kam dieser Vorstoß noch einmal zu Fall. Aber die Tendenz ist beachtlich.

So sieht die Demokratie aus, die die DGB Führer bei ihren Reisen nach USA lernen. Die klassenbewußten Gewerkschafter müssen sich zusammentun und gegenüber der christlich-reformistischen Führung proletarische Demokratie und Klassenkampfstandpunkt verteidigen.

Kampf der Bürokratenwirtschaft Berichte aus der Ostzone zeigen, daß sich die Arbeiter dort in weit stärkerem Maße gegen die bürokratische Bevormundung befechtungs-höriger „Arbeiterführer“ zur Wehr setzen, als gemeinhin angenommen wird. Sie geben dabei Beispiele eines geschlossenen Kampfwillens und Opfermutes, der die Arbeiter der Westzone, die sich vom Kapitalangriff, von der Feigheit, dem Verrat und der Unfähigkeit ihrer offiziellen Führungen lähmen lassen, beschämen muß.

In einem volkseigenen Textilbetrieb z. B. führte die Belegschaft einen mehr-tägigen Sitstreik durch, weil die Betriebsleitung über ihre Köpfe hinweg die Arbeitsnormen erhöht und damit den Inhalt ihrer Lohntüte verkleinert hatte. Voller Verachtung wandte sie sich gegen die zuständigen Funktionäre des FDGB, die diese bürokratische Lösung der Aufgaben der Produktions-erhöhung guthießen.

Wie produktionshemmend sich das Bürokratenregime auswirkt, zeigt sich am Beispiel eines SAG-Betriebes der Fertigungsindustrie. Hier wurden zwar technisch begründete Arbeitsnormen festgelegt, aber die Betriebsleitung wagt nicht, sie einzuführen. Die Arbeiter, die sich mit Recht ausgeplündert glauben, gaben, als die Betriebsleitung die neuen Normen versuchsweise in einer Abteilung anwenden wollte, ihrem Abwehrwillen durch einen hohen Prozentsatz ungültiger Stimmen bei den Gewerkschaftswahlen Ausdruck. Arbeitszurückhaltungstendenzen traten auf, die Produktion ging zurück.

Während die Bürokratie sich immer neue Vorteile, z. B. durch Steuerfreiheit großer Teile ihrer Bonzengehälter, verschafft, gehen die Arbeiter leer aus. So hatten in einem Betrieb der Leichtindustrie mehrere Arbeiter eine Vorrichtung entwickelt, die dem Betrieb jährlich gewaltige Selbstkosten einspart. Sie erhalten keinen Pfennig für ihre Leistung.

Unter solchen Umständen verlieren selbst solche Betriebsfunktionäre den Mut, die treu und kritiklos alle Anweisungen der Bürokraten erfüllen, weil sie glauben, damit dem Sozialismus zu dienen. So verliert die Bürokratie Schritt für Schritt an Boden bei der Arbeiterklasse. Sie hat sich jedes Vertrauen verdorrt und steht den Aufgaben der Massenmobilisierung für die Produktionssteigerung hilflos gegenüber. Alle organisatorische Geschäftigkeit dieser Stalin-Zitaten-künstler täuscht nicht darüber hinweg, daß sie in Wirklichkeit den Aufbau in der Ostzone hemmen, ja sabotieren. Gegen diese Sabotage gilt es mit eigenen Produktionssteigerungsmethoden aufzutreten. Es gilt die proletarische Klassenfront zur Unterordnung der Bürokraten unter den Arbeiterwillen zu schaffen. Es ist sicher, daß die Ostzonenarbeiter auf diesem schweren und opfervollen Wege bereits die ersten Schritte zurückgelegt haben.

Konsequenzen der Ostzonen-Bodenreform In der Arpo Nr. 4, 1949 befaßten wir uns mit der Agrarpolitik, wie sie von der sowjetischen Befehlsmacht nach 1945 gehandhabt wurde.

Der revolutionäre Inhalt der Ostzonen-Bodenreform ist die Liquidierung des Großgrundbesitzes als Klasse. Diese ist nach vollzogenem Umsturz eine

zwingende Notwendigkeit. Die nachfolgende Parzellierung der Güter stellte politisch und wirtschaftlich einen unnötigen und gefährlichen Umweg dar. In den industriell hochentwickelten westeuropäischen Ländern mit starkem Industrieproletariat müssen die landwirtschaftlichen Großbetriebe vorwiegend erhalten und sozialistisch bewirtschaftet werden. (Siehe auch Lenin „Thesen zur Agrarfrage“, Ausgewählte Werke, Band 2)

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Logik der sowjetischen Befassungspolitik zur Parzellierung des Großgrundbesitzes zwang. Man kann nicht demontieren, annektieren, Reparationen entnehmen und gleichzeitig die für die Bewirtschaftung sozialistischer Güter notwendige industrielle Großproduktion von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen gewährleisten. Kritik an der Ostzonen-Bodenreform kann also nur im Zusammenhang mit der Kritik der sowjetischen Befassungspolitik überhaupt geübt werden.

Nachdem sich die Befassungsmacht für die Parzellierung des Großgrundbesitzes entschieden hatte, war die Errichtung selbständiger Höfe (Wohnhaus, Stall, Scheune) unumgänglich. Sie wurde im Befehl 209 festgelegt. Dieser sah vor, daß bis Ende 1949 alle Neubauern im Besitz der zur selbständigen Bewirtschaftung notwendigen Gebäude sein mußten. Für 1948 wurde der Bau von 150000 Neubauernhöfen befohlen. Der stärkste Anteil an der Gesamtquote fiel auf das vorwiegend agrarische Mecklenburg.

Bislang waren die Bauern in den Gutshöfen untergebracht. Der Besitz der Neubauern an den Gebäuden bzw. Gebäudeteilen war durch die Bodenreform grundbuchamtlich festgelegt. Jetzt sah der Befehl 209 die Zerstörung des Gutscharakters der Güter, also auch die völlige oder teilweise Niederreißung vor. Jeder Neubauer bemühte sich, seine Gebäude zu erhalten. Aber es gelang nur einigen durch Um- oder Anbau. Allerdings kamen auch sie infolge der Abbruchkosten nicht billiger weg als die Mehrzahl, die außerhalb des Gutes neu bauen mußte. Die Neubauern pochten auf ihre Eigentumsrechte an den Gutshöfen, natürlich ohne jeden Erfolg. Da jeder versuchte, die Lasten des unsinnigen Abbruchs auf den andern abzuwälzen, kam es zu erheblichen Reibereien. Am größten war die „Begeisterung“ unter den Neubauern, denen auf russischen Befehl das Dach über dem Kopf abgerissen wurde und die nicht wußten, wo sie mit Familie, Vieh und Ernte unterkommen sollten.

Der Aufbau der Neubauernhöfe stieß auf große Material- und Transport-schwierigkeiten. Nägel und Glas z. B. konnten sich die Neubauern nur auf dem Wege der Kompensation beschaffen. Die Organisierung von Patenschaften der Betriebe half die Neubauten zu beschleunigen. Trotz aller Anstrengungen ist es jedoch nicht gelungen, das Bauprogramm bis Ende 1949 reiflos zu erfüllen.

Die finanzielle Belastung eines Neubauern durch Befehl 209 liegt zwischen 15000 und 30000 DM. Bis 15000 DM gibt es unter sehr günstigen Bedingungen Darlehen. Trotzdem kann ein Neubauernhof, selbst bei intensiver Bewirtschaftung, diese Belastung kaum tragen, zumal die Reparaturarbeiten an den Höfen infolge der Verwendung schlechten Materials nicht aufhören.

Mit Hilfe der Maschinenausleihstationen (MAS), die in letzter Zeit ausgebaut und allmählich mit den notwendigen Maschinen ausgerüstet werden (1950

ollen in der Ostzone 5400 Traktoren gebaut werden), ist es möglich, die Mechanisierung des Arbeitsprozesses auf dem Lande trotz der durch die Parzellierung geschaffenen Eigentumsstränken teilweise durchzusetzen. Die MAS sind auch eine Ausgangsbasis für eine zukünftige genossenschaftliche Zusammenfassung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes nach Art der Kollektivgüter.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die Durchführung der Bodenreform fügt sich ein in den Gesamtrahmen der Befassungspolitik. Sie bedeutet einen vermeidbaren Umweg. Der für Befehl 209 erforderliche Riefenaufwand an Arbeit hätte dem Auf- und Ausbau eines starken sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft auf der Grundlage des Staatsbesitzes nutzbar gemacht werden können. Damit wäre auch eine feste Basis für die Bündnispolitik mit den werktätigen Schichten der Bauern vorhanden gewesen, wie sie mit den MAS und zerstreuten volkseigenen Gütern (VEG) nicht annähernd erreicht werden kann. Außerdem wären mit sozialistischen Staatsgütern sofort höhere Formen des Sozialismus auf dem Lande geschaffen worden als sie nach vollzogener Parzellierung erreicht werden können. Man wird also höchstwahrscheinlich mit dem genossenschaftlichen Zusammenfluß nach russischem Muster beginnen müssen.

Die Wahrheit über China

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hat mit unverhohlenem Wohlbehagen Nachrichten wiedergegeben über die Hungersnot im kommunistischen China, sie aufgebauscht und hämische Bemerkungen über die ewige, unabänderliche Korruption und Unfähigkeit aller chinesischen Staatsbeamten, auch der kommunistischen, daran geknüpft. Mit Schweigen hat dagegen dieselbe Presse eine Meldung des Le Monde, der Zeitung der französischen Schwerindustrie, übergegangen, der am 4. 5. den Augenzeugenbericht eines Korrespondenten bringt:

„Das kommunistische China führt den Kampf um den Reis mit Energie. Trotz der außergewöhnlichen Regenfälle und Überschwemmungen im Sommer und Herbst 1949 – so verheerend waren sie seit 20 Jahren nicht mehr gewesen – trotz der nationalistischen Luftangriffe, trotz der Desorganisation der Transporte und dem Fehlen von Importen, trotz der vielen anderen Folgen des Bürgerkrieges, hat das neue Regime mit Erfolg die Hungersnot eingedämmt, die in gewissen Gebieten herrschte. Im allgemeinen sind in China die Preise für Getreide und andere Lebensmittel stabil geblieben seit gut 2 Monaten. In vielen Fällen sanken sie um 10–40%, in Tientsin und Peking um 10%, Hankau 25%, Tchantcha 17%, Kanton 30%, Mukden 80%. In Schanghai mit seinen 5 Millionen Einwohnern sind sie stabil.“

Im Gebiet des Gelben Flusses habe ich Tausende junge Bäume gesehen, gepflanzt nach dem großen Aufforstungsplan der Volksregierung, was zur Regulierung des Flußlaufes beitragen wird. Große gemeinsame Anstrengungen werden von den Lokalbehörden mit Unterstützung der Volksarmee unternommen zur Wiederherstellung der Bewässerungs- und Drainagekanäle und zur Steigerung der Anbauflächen.

Objektive und qualifizierte ausländische Beobachter erinnern sich gut der schamlosen Spekulation, die vorher unter Beteiligung der korrupten Beamten

der alten Regierung in den Städten herrschte, wo die Lebensmittel verdarben, während die Bevölkerung Hungers starb. Dieselben Beobachter müssen jetzt feststellen, daß diese Situation nur eine Erinnerung ist, dank der konkreten und koordinierten Maßnahmen der neuen Behörden:

1. Absolute Sicherung der Warentransporte zwischen Land und Stadt durch die Behörden und Volksarmee.
2. Förderung der Privattransporteure.
3. Organisierung großer Staatsgenossenschaften zur Hebung des Austausches zwischen Stadt und Land und zwischen den verschiedenen Gebieten.
4. Schnelle Wiederherstellung des Eisenbahnnetzes.
5. Kontrolle des Getreidehandels in den Städten. Viele Getreidespekulanten sind in den letzten Monaten ruiniert worden, da die Behörden riesige Mengen Lebensmittel auf den Markt werfen konnten. Diese Spekulanten wissen auch, daß sie jetzt Bestrafung riskieren seitens einer Verwaltung, die nicht mehr käuflich ist.
6. Beseitigung vieler Zwischenhändler und Entwicklung der Genossenschaften.
7. Einzelhandelsgeschäfte der Regierung in den großen Städten.

Indem die neuen Behörden ein effektives Verteidigungssystem entwickelten, scheinen sie die Schwierigkeiten der Versorgung gelöst zu haben. Aber vor allem: außer einer bestimmten Schicht der Mittelklassen, vor allem derer, die vom Handel mit den Ausländern lebten, fühlt die überwiegende Mehrheit der Chinesen, daß die neue Regierung wirklich ihre Lebensbedingungen und ihr Befinden verbessern will.

Soweit Le Monde: Dieser Bericht zeigt die Verlogenheit der bürgerlichen Presseberichte, die gewaltige Überlegenheit des neuen, noch unfertigen Staatsapparates des kommunistischen China, seine starke Moral - alles Folgen der Entfesselung der schöpferischen Kräfte der Massen im Gefolge der Revolution aus eigener Kraft. Dem kann man gegenüberstellen die katastrophalen Zustände in Deutschland von 1945-48, wo Warenhorte und Spekulanten vom Hunger der Proleten Riesengewinne machten.

Die Spekulation auf die russischen Bajonette

Der aus dem Saargebiet ausgeviesene Spitzenfunktionär

Niebergall wurde vom Parteivorstand der KPD zum Leiter der sogenannten Kontrollkommission ernannt. Seine Aufgabe wird wohl offiziell lauten: Überwachung der Durchführung von Beschlüssen der Partei, Entwicklung der Partei zu einer „Partei neuen Typus“, Bolschewisierung der Partei u. ä. Wie das in der Praxis mitunter aussieht, zeigt sein Auftreten Anfangs 1950 in Zweibrücken. Vor Genossen der dortigen Ortsgruppe erklärte er in Kenntnis oppositioneller Auffassungen und Strömungen, daß alle KP-Leute, die es wagen, jetzt abzuspringen, ins Bergwerk gesteckt werden, „wenn die Russen kommen“. Der kommunistische Stadtrat Georg Kuhn quittierte diese Drohung mit seinem Austritt aus der KP.

Kommentar überflüssig!

Merkwürdiger Burgfrieden

In Neumünster (Schleswig-Holstein) kamen KPD, Deutsche Reichspartei, Sozialistische Reichspartei, SPD,

überein, nichts zu unternehmen, was bis zum 9. Juli, dem Tag der Wahl, die freie Meinungsbildung gefährden könnte.

6 Tage vor dieser Meldung berichtete das Hamburger Abendblatt:

„In der Wohnung Hedlers in Rendsburg wurde bei einer Vorstandssitzung der DRP beschlossen, eine Organisation für den Saal- und Versammlungsdruck der DRP zu errichten. Der Beauftragte Hedlers in Schleswig, Mündow, erklärte vor der Presse, sein OD (Ordnungsdienst) sei bereits einfabberelt.“

Es ist unzweifelhaft, daß dieser OD der Neofaschisten sich nur gegen die Arbeiter richtet. Um so merkwürdiger scheint uns der Neumünster Burgfrieden. Sieht so die nationale Front aus? Für Kommunisten kann es mit Faschisten keinen Burgfrieden geben, nur den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter in proletarischer Einheitsfront gegen diese wütendsten Gegner der Arbeiterklasse.

Nicht Burgfrieden, nicht nationale Front - proletarische Klassenfront gegen die Kapitalisten und ihre-neofaschistischen Knechte, ist die Parole der Arbeiter. (Arbeiterkorrespondenz)

Wehret den Anfängen der faschistischen Horden!

In Schleswig-Holstein „regiert“ die SPD allein. Einem Bericht aus diesem Mutterland höchster sozialdemokratischer Regierungskunst entnehmen wir:

Auch in Mölln ist der Faschist Remer, der sich noch heute rühmt, die Leute vom 20. Juli 1944 ans Messer geliefert zu haben, aufgekreuzt. Ein aus der KPD ausgeschlossener Kommunist wurde von mehreren „Zuhörern“ der Versammlung vom Pult gezerrt und überfallen. Der Genosse ging wieder hinauf und versuchte, seine Diskussionsrede zu Ende zu führen. 7 herbeigeeilte Polizisten entfernten den kommunistischen Arbeiter erneut vom Podium, der wieder hinauf ging, bis er von der Polizei überwältigt wurde. Über 30 Kriminal- und Schutzpolizisten aus Rabeburg und Mölln schützten dann den weiteren Ablauf der Versammlung.

Der „Ordnungsdienst“ des Herrn Mündow ist hier also schon in Aktion getreten. Jeder OD-Mann muß wenigstens Unteroffizier gewesen sein. Krankenkasse, Anwaltskosten und Einfaß regelt die Leitung, die sich allen bürgerlichen Parteien für den Saaldruck offeriert. Ausgerüstet sind sie mit Polizeiknüppeln oder Schlagringen. Sie erhalten die vollen Fahrtkosten und 8,- DM für jeden Einfaß.

Wichtig ist die Rolle der Polizei im sozialdemokratisch regierten Schleswig-Holstein. So scharf sie gegen die FDJler vorging, so scharf gegen den kommunistischen Genossen Madeleit, so schonend stellt sie sich vor die Faschisten. Daraus gilt es zu lernen und sich nicht länger auf Regierungen und „demokratische“ Polizeiorgane zu verlassen, sondern zu organisierter Selbsthilfe aller Arbeiter zu streiten.

Wirkliche kommunistische Arbeiter in Geesfacht haben nun die Lehren aus dem Vorgehen der OD-Leute und Remers in Mölln gezogen. Da eine Remer-Versammlung auch in Geesfacht geplant ist, haben sie alle Werk tätigen aufgefordert, in proletarischer Einheitsfront zusammenzutreten und Remer und seinen Söldnern die gebührende Antwort zu erteilen.

Die Schacht, Remer, Hedler werden wieder frech. Paßt auf, Proleten, sonst ist's zu spät!

Duisburger Kupferhütte - Beispiel oder Warnung?

In der Duisburger Kupferhütte, die mit 2700 Beschäftigten einen Teil des ehemaligen IG-Farben-Konzerns bildet, hat der Werksleiter Dr. Kuß ein sogenanntes Ergebnislohnsystem geschaffen. Von so ausgemachten Reaktionen wie DRP-Richter wird es als Patentmittel zur Vermeidung des Klassenkampfes gefeiert, von seinem Schöpfer Dr. Kuß als Garantie des Arbeitsfriedens gefordert, von Dr. Schmid vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut

des DGB als interessantes Experiment der Aufmerksamkeit empfohlen (Metall-Zeitung), vom SPD-Sekretär S. Neumann dagegen als romantische Illusion abgelehnt, schließlich im selben Gewerkschaftsblatt vom Betriebsratsvorsitzenden der Kupferhütte als eine für die Belegschaft vorteilhafte Tatsache verteidigt. Die Hohepriester und Schriftgelehrten der obersten Gewerkschaftsspitzen scheinen hier mit ihrem wirtschaftsdemokratischen Latein am Ende zu sein, weshalb sie schweigen.

Halten wir uns an bisher darüber bekannte Tatsachen. „Auf Grund einstimmigen Beschlusses der Kupferhüttebelegschaft legt der Betriebsratsvorsitzende H. Schlüter Verwahrung gegen Neumanns ablehnende Darlegung ein. Denn – die greifbaren Früchte, d. h. die am Jahresende ausgezahlten Ergebnislöhne haben die Belegschaft zu der Überzeugung gebracht, daß mit dem »Neuen Weg« (des Dr. Kuß) dem Schaffenden am besten gedient ist.“ Mit dem Führer dieses Weges fühlt sich Schlüter bereits so verbunden, daß er den ungläubigen Neumann in trefflich nachgeahmtem Unternehmerjargon zurechtweist:

„Es stimmt ferner nicht, daß wir (!) als laufenden Lohn nur den Tariflohn zahlen. . . Richtig ist vielmehr, daß wir (!) Zeit- und Akkordlöhne zahlen, die sich mit den Effektivlöhnen anderer Werke durchaus messen können.“ Sich in die eigene Tatsache lügend behauptet er: „Tatsächlich wird der Ergebnislohn aus Mitteln finanziert, die früher das Kapital für sich in Anspruch nahm.“ Sichtlich empört weist er „alle Ausführungen Neumanns zurück, die unfern (!) Werkleiter verdächtigen oder die Lauterkeit seiner Absichten in Zweifel ziehen.“ Und zu guter Leht lädt er alle noch Mißtraulichen ein, sich an Ort und Stelle zu überzeugen, was aus den Kupferhütteproleten geworden ist – auf dem neuen Wege: „Freie Menschen durch uneingeschränktes Mitbestimmungsrecht, durch gerechte Entlohnung und vernünftige soziale Maßnahmen.“

Demgegenüber genügt es hier, einige Tatsachen so wiederzugeben, wie sie das Unternehmerorgan »Wirtschaftszeitung« sieht. Unter dem Titel »Der Arbeiter als Mitunternehmer« wird dort am 9. 4. über die neuesten Theorien des Dr. Kuß berichtet. Danach

„sei der Betriebsratsvorsitzende so in die Leitung des Betriebes einzubauen, daß er aus einem Organ der Opposition zu einem mitbestimmenden und damit mitverantwortlichen Teil eines einheitlich auf den Betriebszwecken ausgerichteten Führungskörpers wird. Nicht Kritik und Kontrolle, sondern Mitbestimmung und Mitverantwortung seien die Aufgaben des Belegschaftsvertreters.“

Daß dies Verwandlungsexperiment gelang, beweist Schlüter, der auf die Lauterkeit der kapitalistischen Absichten schwört.

Über das „uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht der freien Menschen“ in der Kupferhütte sagt die »Wirtschaftszeitung«:

„Nicht Parität in der Gesellschaftsversammlung und im Aufsichtsrat ist das erstrebenswerte Ziel, sondern eine Ausfüllung der Funktion gemäß dem Verhältnis, in dem Kapital und Arbeit im Betrieb wirksam sind. Zu berücksichtigen sei dabei, daß die Belegschaft keine Eigentumsrechte am Unternehmen besitze. Wie das Kapital nicht über den Lohn der Arbeit verfügungsberechtigt sei, habe die Belegschaft ebensowenig ein Verfügungsrecht über den „Lohn“ des Kapitals, d. h. über Gewinnverwendung, Rücklagen und Dividendenpolitik.“

Die elementare Tatsache, daß der Unterschied zwischen Kapital und Arbeit im Betrieb darin besteht, daß die Arbeiter alle Werte schaffen, die sich der

Kapitalist zu einem immer größer werdenden Teil kostenlos zueignet, ist weder einem Schlüter noch seinen reformfröhlichen Kritikern bisher bewußt geworden. Daß der Ergebnislohn nicht aus der Tasche hochherziger Kapitalisten stammt, beweist das Unternehmerorgan ebenfalls, indem es sagt:

„Ebenso wird die Ansicht, daß die Beteiligung der Belegschaft am Betriebsergebnis den eigentlichen Unternehmergewinn schmälere auch den Tatsachen nicht gerecht. Die veränderte Einteilung der Arbeiter erschließt Betriebserparnisse, die bisher ungenützt blieben.“

Nach dieser kurzen Gegenüberstellung bleibt vom Duisburger Wirtschaftswunder nicht viel übrig, außer der einzigen wirklich nüchternen Feststellung Schlüters, die wohl nicht beabsichtigt ist:

„Es liegt auf der Hand, daß kein Ergebnislohn ausgezahlt werden kann, wenn die Bücher am Schluß des Geschäftsjahres nur Verlustzahlen aufweisen.“

Ganz gewiß. Es wird dann unserm klugen Hans nicht anders gehen als seinem großen Vorbild Fritz Tarnow, der vor nunmehr 22 Jahren die Erfolge Henry Fords beweihräucherte und damals in seiner Broschüre »Warum arm sein?« kühn behauptete, „daß Armut eine soziale Krankheit sei, deren Heilbarkeit im Rahmen des Kapitalismus außer Zweifel stehe“. 2 Jahre später haben 12 Mill. USA-Proleten mit ihrem Arbeitslosenelend in der Wirtschaftskrise 1929-32 den Tarnow-Schwindel widerlegt. Ob die Duisburger Kupferhüttenproleten in der wieder herausziehenden Weltwirtschaftskrise die deutsche Arbeitslosenarmee direkt verstärken werden oder ob sie das zweifelhafte Glück haben sollten, im Zuge der schon entfesselten amerikanischen Wettaufrüstungskampagne für ihren Ergebnislohn noch an der Herichtung der Mordwerkzeuge zu ihrer eigenen Vernichtung unverantwortlich mithelfen zu dürfen, wird die Zukunft beweisen. Aber ebenso sicher wie Tarnows Wirtschaftsdemokratie die deutschen Proletarier nicht davor bewahrte, daß fast ausnahmslos alle Betriebe Deutschlands „nur Verlustzahlen“ aufzuweisen hatten, so sicher wird auch kein Ergebnislohnlystem das gleiche Ergebnis in der kommenden Krise verhindern können.

Darüber sind sich die deutschen Unternehmer und sogar die Gewerkschafts-
spitzen klar. Deshalb haben sie auch keinerlei Neigung, ein so offensichtlich bankrotttes Experiment, das überhaupt nur unter besonderen Bedingungen möglich ist, zu verallgemeinern. Die Propaganda dafür überlassen sie den dazu bereiten wirtschaftswissenschaftlichen Hanswürsten. Der Zweck der Übung bleibt für alle das gleiche: die werktätigen Massen vom Gebrauch ihrer eigenen Kraft zur Erkämpfung des einzig möglichen Auswegs abzuhalten. Dr. Kuß versucht seinen neuen Weg mit der Behauptung schmackhaft zu machen, daß der Sozialismus „nur zu weltfremden, verkrampten Lösungen und damit zum Produktionsabfall führen müsse...“ Dr. Schmid sekundiert ihm mit seinem Klage lied über das „verhängnisvolle Ergebnis“ des Sozialismus in der SU. Neumann unterstützt ihn mit der gleichen Melodie, daß das „ruffische Experiment nicht zur Befreiung der Menschheit geführt habe“.

Die deutschen Arbeiter aber wollen wissen, wie sie hier in Deutschland aus ihrer ständig größeren Not herauskommen. Sie als die einzigen, die Werte schaffen, werde mit und ohne Ergebnislohn um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Ihre einzige Ware Arbeitskraft müssen sie weit unter deren

Herstellungskosten verkaufen, d. h. für einen Hungerlohn, der zur Wiederherstellung der täglich verausgabten Arbeitskraft nicht mehr ausreicht, und links auf die Stute von denkenden Arbeitstieren herab. Seit Jahren reden die Gewerkschaftsführer von der Notwendigkeit der Lohnerhöhung. Aber sie beschränken sich auf das Feilschen um ein papiernes Mitbestimmungsrecht, statt die Massen zu mobilisieren und die Unternehmer vor die Frage zu stellen, ob sie menschenwürdige Löhne zahlen wollen und können. Wenn sie weder wollen noch können, dann beweisen sie – um mit Dr. Kuß zu reden –, daß ihre Wirtschaft keinen Sinn mehr hat, weil sie nicht imstande ist, „allen Beteiligten in gleicher Weise im Kampf ums Dasein zu dienen“. Dann bleibt den Werk tätigen nichts anderes übrig, als die zur sinnvollen Leitung der Wirtschaft unfähigen Privatbesitzer der Produktionsmittel durch Arbeitervertreter zu ersetzen. Weichen die Gewerkschaften dieser unvermeidlichen Konsequenz des gewerkschaftlichen Kampfes aus, dann müssen sie daran zugrunde gehen.

Das Duisburger Experiment zeigt, wohin Arbeiter kommen können, wenn sie nur auf sich selbst angewiesen sind, wenn die leitende Kraft fehlt, die ihrem Existenzkampf eine revolutionäre Richtung gibt. Diese fehlende Führung werden sich die Arbeiter selbst schaffen müssen.

Das Pfingsttreffen der FDJ in Berlin ist ohne Sensation abgelaufen. Auf Wunsch Schumachers und aus eigener Angst um ihre „Festung“ sind die Westmächte in Westberlin aufmarschiert – aber es kam kein Feind. Zur Rache für die fehlenden Sensationen hat die edel demokratische Regierung in Schleswig-Holstein sich eine besondere Schikane ausgedacht: An der Zonengrenze sollten alle Jugendlichen ärztlich auf Typhusgefahr untersucht werden. Mit der Registrierung aller des Kommunismus verdächtigen Jugendlichen haben die Herren SPD-Minister hier gleich eine Verdächtigung und Erniedrigung verbunden. Diese Maßnahme reiht sich würdig an die zentral gesteuerte Verweigerung von Interzonenlammelpässen. Sollte in Berlin die Einheit Deutschlands demonstriert werden, so wurde hier den Demonstranten selbst die Tiefe der Spaltung vor Augen geführt, die vorläufig weiter wächst und wachsen muß, bis die westdeutschen Arbeiter ihre Kapitalisten zum Teufel gejagt haben.

Die FDJ-Leitung und die anderen Arrangeure des Treffens haben ihre Ansprüche stark zurückgedraht. Zuerst wollten sie Westberlin geistig und durch ihren Durchmarsch erobern. Sowa s tut man, aber davon prahlt man nicht 3 Monate vorher. Dann haben sie darauf verzichtet und sich mit dem Sieg im Ostsektor begnügt. Nur ca. 100 FDJler und Volkspolizisten eroberten Westberlin und blieben gleich dort, während Volkspolizei aufmarschiert war, um jeden Übertritt in den Westsektor zu verhindern. Auch auf dieser Seite nach anfänglicher Großprederei weiße Beschränkung.

Nach den Kommentaren der West- und Ostpresse sind beide Seiten Sieger geblieben. So wie die Ereignisse eine Illustration der realen Spaltung sind, so ist ihr unentschiedenes Ergebnis ein Ausdruck des realen Gleichgewichts zwischen den beiden großen Lagern der Weltpolitik. Aber dieses Gleichgewicht ist labil, und die Partner werden gelegentlich recht hysterisch, was die

Gefahr der kriegerischen Störung des Gleichgewichts allmählich vergrößert. Pflingsten ist auch ein Ausdruck der allmählichen Erhitzung des kalten Krieges.

Jetzt wird darum gestritten, ob die Jugend wirklich begeistert war. Sicherlich kann der Dümme nicht von einem Druck auf die 10000-20000 westdeutschen Gäste sprechen. Sie sind freiwillig gefahren. Und man kann annehmen, daß auch der größte Teil der ganz Jungen in der Ostzone von Herzen dabei ist. Darin drückt sich die Tatsache aus, daß die Jugend der Ostzone alle Betätigungsmöglichkeiten hat, die eine Wirtschaft ohne Arbeitslosigkeit bieten kann, die nicht nur konjunkturelle Vollbeschäftigung hat, wie USA und Großbritannien, zur Befriedigung des vom Kriege geschaffenen Warenhungers, sondern Planwirtschaft ist als ein Abschnitt der russischen Planwirtschaft. Wenn die halbe Million jugendlicher, die Pflingsten für den Frieden demonstrierten, lernen, für den Frieden zu kämpfen, dann - aber nur dann - kann es ein Anfang werden, der auf die Westzone und das gesamte europäische Proletariat wirken muß.

Der Kampf muß sich gegen die Abhängigkeit von der SU-Befassung und gegen den SED-Bürokratismus wenden. Die deutschen Arbeiter der Ostzone müssen sich im Kampf aus Objekten der Befassungspolitik in Subjekte des Aufbaus der Ostzone verwandeln, die Bürokratie - soweit sie noch notwendig ist - ihrer Kontrolle unterwerfen, statt sich von ihr bevormunden und terrorisieren zu lassen. Das geht nicht ohne Opfer. Aber wenn die Jugend erst einmal ihre Aufgabe erkannt hat, heulmeiert sie nicht mehr tatenlos über die Toten, Verwundeten, Verfolgten eines Kampfes, zu dem sie die Geschichte berufen hat, wie jetzt die in Spießeranschaunungen befangenen Alten, die die neue Zeit nicht mehr begreifen. Wir müssen der Jugend helfen, damit der große Aufwand nicht umsonst vertan ist.

Gepflaster Propagandafadewindel

„Lord Henderon wäre weiser gewesen, erst zweimal zu überlegen, bevor er sich herbeiließ, im Oberhaus Dr. Adenauers Behauptung zu übernehmen, daß noch 1-1½ Millionen deutsche Kriegsgefangene in der SU zurückgehalten werden. Der Manchester Guardian hat schon - gestützt auf eine sehr sorgfältige statistische Analyse von Prof. Frumkin in Genf - festgestellt, daß es wenig wirkliche Beweise gibt, um die russischen Angaben zu bestreiten, daß die totale Zahl der Gefangenen der Roten Armee 1900000 betrug und alle repatriert worden sind, außer einigen wenigen Tausend Kriegsverbrechern.“

Die deutschen Angaben - 3-3½ Millionen - scheinen durch einfache Addition aller Gefangenzahlen erreicht zu sein, die die Russen in den Berichten über die einzelnen Schlachten veröffentlicht haben. Abgesehen davon, daß dies höchstwahrscheinlich übertriebene Zahlen waren, schließen sie bestimmt viele Tausende Verwundete ein, deren Tod unter den Bedingungen der russischen Winterkriegsführung als gewiß vermutet werden kann.

Überdies ergab eine Untersuchung in der US-Zone 1947 - übertragen auf ganz Deutschland - als Zahl der Kriegsgefangenen fast genau dieselbe Zahl damals noch in Rußland befindlicher Kriegsgefangener, wie die Angaben der SU. Das Gerede über eine Million vermißter Deutscher, die noch in der SU leben, ist ohne Zweifel gute Propaganda im kalten Krieg, aber wenn man damit ungezählte Familien in Deutschland unglücklichlicherweise in dem Glauben hält, daß sie einmal Menschen wiedersehen werden, die längst tot sind, so ist dies grausam und empörend.“

(«New Statesman and Nation», 3. Juni 1950)

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 13

1. Julihälfte 1950

Preis: -,20 DM

Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen: Bourgeoisie festigt sich

Je öfter wir in der Nachkriegs-Wahlen-Inflation wählen dürfen, um so weniger die Bedeutung

haben diese demokratischen Kulthandlungen. Sie sind der erste und letzte Akt der Beteiligung des Demos an der Herrschaft. Danach hat das Volk keinen Einfluß mehr auf die Abgeordneten, und diese selbst haben nur sehr beschränkten Einfluß auf die Regierung, deren wirkliche Arbeitsdirektiven auf dem Peterberg ausgearbeitet werden. (Fortsetzung Seite 15)

Salzgitter gegen die Demontage der Gewerkschaften

Die gewerkschaftlichen Spitzenführungen der Reichswerke, IG-Metall- und DGB-Vorstand, haben den Demontageabwehrkampf nicht unterstützt, sondern gegen den Widerstand dieser Spitzen sind die großen öffentlichen Demonstrationen vom 17. 8. und 22. 11. v. J. und Anfang März d. J. zustande gekommen. Obwohl der BR nach Bekanntwerden der berühmten Weihnachtsbotschaft über die Demontagefortsetzung den IG-Metall-Vorstand in Frankfurt persönlich um Unterstützung durch Mobilisierung der Arbeiteröffentlichkeit ersuchte, blieben Salzgitters Arbeiter allein. Erst nachdem diese zu Verzweigungsaktionen getrieben waren, erschien Böckler selbst. Geredet haben die Gewerkschaftsführer gegen die Demontage ebenso wie gegen die Wucherpreise, aber getan haben sie für die Demontageabwehr so wenig wie für die Beseitigung der Hungerlöhne. Um so mehr Energie haben sie darauf verwandt, die Betriebsfunktionäre der Reichswerke, die notgedrungen und pflichtbewußt die Führung des Abwehrkampfes übernehmen mußten, zu schikanieren. Sie haben den BR im Mai v. J. verboten, zur ostzonalen Wirtschaftskommission zu fahren, zwecks Hereinbringung von Betriebsaufträgen. Als diese, der Not ihrer Belegschaft Rechnung tragend, dennoch tuihren, hat man ihnen eine „Rüge“ erteilt und insgeheim bedauert, daß es zum Ausfluß noch nicht langte. Das Ostzonengeschäft hat bisher für 7 Mill. DM Aufträge gebracht, aber was macht das den Preisfechtern der „Vollbeschäftigung“ aus, ob ein paar hundert Kumpels mehr oder weniger klemmen gehen müssen, wenn nur das Ziel der Beseitigung der Störenfriede erreicht wird. Gar zu offen hat der IG Metall-Vorsitzende W. Peterfen im April d. J. erklärt, daß der Zigeuner Süchtig fliegen müßte, auch wenn dabei ein paar tausend Mitgliedsbücher hintergingen. Das nötige Quantum Alkohol und seine Annahme, in diesem Gremium der Gewerkschaftsschule von Rummenohl „ganz unter sich“ zu sein, haben ihn zu dieser begrüßenswerten Offenherzigkeit verleitet. Wer den Hund hängen will, findet auch den Strick dazu.

Die schon Monate vorher entstandene Differenz zwischen BR und dem Arbeitsdirektor Jungbluth gab den Anlaß. Schon Anfang Dezember 1949 hatte der BR den IG-Metall-Vorstand schriftlich und vordem auch mündlich um gütliche

gewerkschaftsinterne Regelung des Streitfalles erludt. Obwohl diesem bekannt war, daß die Bestellung eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitsdirektor) durch den Aufsichtsrat akut war, reagierte er auf das Schreiben nicht, um den BR vor vollendete Tatsachen zu stellen. In Übereinstimmung mit dem einmütigen Beschluß des gesamten 45köpfigen BR blieb dessen beiden Vor- sitzenden nichts anderes übrig, als dem Aufsichtsrat seine Bedenken bezüglich der Neubefetzung mitzuteilen. Im Prinzip ging es also um die Streitfrage, die genau so alt ist wie die ganze deutsche BR-Bewegung, ob nämlich der BR zu selbständigem Handeln berechtigt ist, oder ob er in jedem Falle dem Diktat der Gewerkschaftsbürokratie unterworfen sein soll. Es genügt, daran zu erinnern, daß sich sowohl der ehemalige Scharfmacher Dr. Vögler in seiner Reichstagsrede zum Weimarer BR-Gesetz, wie nach diesem Kriege Mr. Luce von der englischen Militärregierung für die Diktaturmethode ausgesprochen haben, um zu sehen, in wessen Interesse eine solche liegt. Und mit der viel- erwähnten Betriebsdemokratie steht sie gar zu sehr in Widerspruch. Alle diese Dinge waren beim Erscheinen Böcklers vor der Reichswerkebelegschaft am 12. März bekannt. In der damaligen Betriebsfunktionärerversammlung hat er seine Bereitschaft zur Beilegung der Differenzen zwischen BR und Verbands- leitung zwar nicht direkt zugelagt, aber in Aussicht gestellt. Weil sie bei ihren Führern denselben Grad ehrlicher Sorge um das Wohl ihrer Gewerkschaft wie bei sich selber voraussetzen, haben sich BR und Belegschaft an die Hoff- nung geklammert, daß eine gütliche Verständigung möglich sei. Es ist anders gekommen. Eine sogenannte Feststellungskommission ist nach monatelangem Verhandeln zu dem Beschluß gekommen, den beiden BR-Vorsitzenden Söchtig und Wegener bis zum 17. 5. 1951 sämtliche gewerkschaftlichen Funktionen zu entziehen und Teilnahme und Redeverbot an Gewerkschaftsversammlungen auszusprechen.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß sich die Böcklersche Gewerkschaftsführung damit selbst untreu geworden ist. Eine Gewerkschaftsführung, die es nach Böcklers eigenen Worten auf dem letzten Mündener Kongreß für die Pflicht der Gewerkschaften hält, „Arbeit und Kapital als eine organische Einheit“ zu- sammenzukoppeln, muß jene Elemente ausschalten, die sich in der Vertretung spezifischer Arbeiterinteressen der Verelendungs- und Vernichtungspolitik der kapitalistischen Machthaber entgegenstellen und es für die oberste Pflicht der Gewerkschaften halten, Organe des proletarischen Klassenkampfes zu sein bzw. wieder zu werden.

Für diese beiden grundverschiedenen Auffassungen gibt es auf die Dauer keine Verständigung. Welche von ihnen aber die Gewerkschaften künftig lei- ten soll, darüber werden Böckler und seine Freunde letzten Endes nicht allein bestimmen, sondern die Gewerkschaftsmitglieder, die schließlich auf ihr de- mokratisches Selbstbestimmungsrecht innerhalb ihrer eigenen Organisation nicht verzichten können. Und davon hängt Sein oder Nichtsein der Gewerk- schaften ab, ob sie nämlich wieder so kampfflos wie 1933 zusammenbrechen oder fähig werden, ihre geschichtliche Aufgabe, die Abschaffung der kapita- listischen Lohnklaverei, zu erreichen.

Auf der Salzgitter Kreisdelegiertenkonferenz haben 30 Delegierte aus Protest gegen die Nichtteilnahme der beiden Funktionäre den Saal verlassen. Die

nach verbliebenen 50-60 Delegierten, die zumeist kleinere Betriebe vertreten, beschloßen einstimmigen Protest gegen die Funktionsenthebung. Ihr Verbleiben im Saal entsprach der Tatsache, daß sie überhaupt nicht wußten und nicht wissen konnten, um was es sich eigentlich handelt. Die übergroße Mehrzahl selbst der aktivsten Gewerkschaftsmitglieder erfuhr erst zwei bis drei Tage nach dieser Delegiertenkonferenz durch die bürgerliche Lokalpresse und den Rundfunk - und dann auch noch in völlig entstellter Weise - von dem Willkürakt der Gewerkschaftsleitung. Der Leipziger „volksdemokratische“ Sender hatte nichts Besseres zu tun, als den Schwindel seiner „demokratischen“ Konkurrenz weiter zu kolportieren, daß Söchtig und Wegener wegen „Verrats gewerkschaftlicher Interessen an die Unternehmer“ amtsentoben seien. Das KPD-Lokalblättchen hat bisher die Sprache noch nicht wiedergefunden.

Aber diese Dinge haben über Salzgitter hinaus Bedeutung. Vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft ist die Frage akut geworden, was aus ihrer Gewerkschaftsbewegung wird, ob sie „organisch verbunden“ mit dem kapitalistischen System zugrunde gehen soll oder befreit von den Fesseln der Mitverantwortung für die kapitalistische Mißwirtschaft, für ein wirklich proletarisches Mitbestimmungsrecht, für Arbeiterkontrolle über die Produktion, kämpfen kann.

Eine erste Schwalbe In der Mainnummer des »Socialist Outlook«, Monatschrift einer Gruppe linker Mitglieder der britischen Labour Party, ist die Zeitschrift eines „deutschen Sozialisten“ veröffentlicht, der die englischen Arbeiter zum Protest gegen die Demontage-Politik der englischen Regierung aufruft. Die Redaktion unterstützt den Protest und fordert Resolutionen von Sozialisten und Gewerkschaftern, die den Salzgitter Arbeitern die Sympathie bekunden und an das Außenministerium und den englischen Premier-Minister gefandt werden sollen mit der Aufforderung, mit der Demontage Schluß zu machen.

In der Juninummer wurde folgende Resolution veröffentlicht:

„Das Nationalkomitee der sozialistischen Kameradschaft protestiert aufs strengste gegen die gegenwärtige Politik der Demontage der deutschen Industrie. Wir glauben, daß die Zerstörung der deutschen industriellen Leistungsfähigkeit nicht die Möglichkeit des Krieges oder Faschismus beseitigt. Im Gegenteil, die Schaffung von Elend über Tausende unehudiger Männer und Frauen der Werttügen, die budstfäblich aus dem Produktionsprozeß der Gesellschaft vertrieben werden, diese Demontage-Politik mag sehr wohl die faschistische Propaganda in Deutschland wachsen machen.“

Wenn die britische Arbeiterbewegung nicht protestiert gegen die sinnlose Zerstörung, zu deren Durchführung am 2. und 6. März die Anwendung britischer Truppen nötig war, um den Widerstand der deutschen Arbeiter zu brechen, mögen diese Arbeiter sehr wohl und mit gewissem Recht den Glauben in die internationale Solidarität der Arbeiterklasse verlieren. Deshalb, und weil wir uns tief verpflichtet fühlen gegenüber unseren Arbeitskameraden in Deutschland, und weil wir an eine Politik der internationalen sozialistischen Solidarität glauben, dringen wir auf die Labour-Regierung, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, aufzuhören mit der Politik, die großen Staatswerke in die Luft zu sprengen und statt dessen wiederzubeleben die Politik der Überführung in Volkseigentum, um auf diese Weise die Produktionsfähigkeit solcher Betriebe umzuverteilen zum Bau von Wohnungen, Schulen und Produktion von Konsumgütern.“

Die Aktion der Salzgitter Arbeiter hat also nicht nur die deutschen Arbeiter aufhorchen gemacht. Die »Veritee«, Zweimonatschrift der französischen Trotskyisten, hatte sich gleichfalls mit den Salzgitter Arbeitern solidarisiert. »Socialist Outlook« beginnt eine Kampagne. In dem Maße, in dem die deutschen Arbeiter ernstlich zu kämpfen beginnen, wird auch die lange verstummte internationale Solidarität wieder in Erscheinung treten. Ein Ansporn für die Salzgitter Arbeiter, sich kräftig gegen die Funktionsenthebung der beiden BR-Vorsitzenden durch die obere Gewerkschaftsbürokratie zur Wehr zu setzen.

Der Hamburger SPD-Parteitag II. Über diese Frage referierte der württemberg-

3. Die Wirtschaftspolitik badische Wirtschaftsminister Dr. Veit. Solange er kritisch gegen Erhard zu Felde zieht, lehnt er die Einführung moralisierender Schlagwörter in die politische Ökonomie ab:

„Warum nennt man die bei uns herrschende Wirtschaftsform »soziale Marktwirtschaft«? Der Markt liegt jenseits von Gut und Böse und ist keine Verwirklichung des Sittengebietes.“

Man höre aber den Veitstanz, sobald der SPD-Standpunkt entwickelt wird:

„Theoretisch: Überlegungen und Erfahrungen der Praxis führen somit zum gleichen Ergebnis: Diese Wirtschaftsform ist nicht sozial und wird es nie sein. Da sie als Motor und als Steuerung nur das Gewinnstreben kennt, kann sie nicht zu ethischen Ergebnissen (!) führen und ist auch mit den Lehren des Christentums nicht zu vereinbaren. Sie führt zu ernstlichen Gefahren.“

In diesem Satz liegt die völlige Preisgabe der Klassenziele und des Klassenstandpunktes der Arbeiterbewegung als Resultat des Übergangs zu den „Erkenntnissen der modernen volkswirtschaftlichen (bürgerlichen) Wissenschaft“.

Veit spricht von der Wirtschaftsform im Gegensatz zur Gesellschaftsordnung. Die SPD findet eine besondere Form der kapitalistischen Wirtschaft (nämlich die Erhard'sche) als nicht sozial, während sie andere Formen (England) bereits als sozialistisch bezeichnet. Nicht Befreiung der Gesellschaft von der kapitalistischen Ausbeutung, sondern Befreiung der Kapitalisten vom lüdnigen Gewinnstreben vermittelt sozialdemokratischer Moralinspritzen und einiger herzerquickender Baldriantropfen aus der Apostelgeschichte! Die völkerbefreiende Sozialdemokratie hat sich also zum Beichtvater der kapitalistischen Gesellschaft verwandelt, die zu stürzen sie gegründet wurde. Danach sieht auch die Wirtschaftspolitik aus, die sie der „Programmlosigkeit“ der Regierung triumphierend entgegenhält.

Die SPD „fordert“ Vollbeschäftigung. Daß das Kapital zwangsläufig durch die nationale und internationale Konkurrenz zur Rationalisierung greift, so das Heer der Arbeitslosen vergrößern muß, zumal es eine Reservearmee braucht, wird einfach wegdisputiert.

Wie dieser Zustand der Vollbeschäftigung erreicht werden soll, ist ein äußerst lehrreiches Kapitel „sozialistischer Realpolitik“. Zunächst Kredite. Da aber der Bund mit einigen Milliarden defizitär ist, bleibt die sogenannte Kreditausweitung, was nur Inflation bedeuten kann. Das erste Heilmittel unserer Weisen ist also eine Kur nach den bewährten Rezepten des Dr. Eisenbart. Denn Inflationkonjunktur hat zur Grundlage die starke Senkung der Reallöhne.

Die SPD will ordnend in die Wirtschaft eingreifen und sie nicht dem bloßen Gewinnstreben überlassen. Diese hohlen Deklamationen nehmen sich recht eigenartig neben dem Abschnitt »Kapitalbildung und Kapitalfenkung« aus. Woraus wird denn Kapital gebildet, wenn nicht aus Profiten? Das haben die SPD-Parteiväter im Laufe der Jahre ganz gut begriffen. Sie sagen:

„Zur Vermehrung der Kapitalbildung, insbesondere durch Kleinsparen, sind steuerliche Anreize, gefesliche und Verwaltungsmaßnahmen zur Anregung des Zwecksparens sowie Kapitalbildung der öffentlichen Hand erforderlich. Das jetzige ungedunde Maß der Investitionsfinanzierung aus Gewinnen (Selbstfinanzierung) ist zugunsten der Investitionsfinanzierung über die gemeinnützigen und privaten Kapitalfammelfellen einzufdränken.“

Schlicht und einfach:

1. „Vermehrung der Kapitalbildung“ heißt Vermehrung der Ausbeutung der Arbeiterklasse.
2. „insbesondere durch Kleinsparen“ heißt: Werkttätige spart, damit die Banken auch über eure Grofden zur Ausbeutung eurer Arbeitskraft verfügen und womöglich in entwertetem Geld zurückzahlen.
3. „steuerliche Anreize“ hat Adenauer mit seiner Einkommenssteuerreform gegeben, indem er unerhörte Geschenke an die Großverdiener austeilte. Bekanntlich hat die SPD darüber groß gezetert.
4. „Zwecksparen“. Neuauflage des »Eisernen Sparens« der Nazis.
5. „Kapitalbildung der öffentlichen Hand“ ist gleich erhöhte Steuerlasten für die werktätigen Massen und Abbau der Sozialausgaben.
6. Statt Selbstfinanzierung des Monopolkapitals - Investitionen über private „Kapitalfammelfellen“. Im großen Herzen der freiheitsliebenden Sozialdemokraten gibt es also auch ein Plätzchen für die Banken und ihre Profite!

Ein Satz - sechsfacher Verrat an der Arbeiterklasse. Doch ist das nur ein kleiner Auschnitt vom innigen Verständnis der SPD für das durch die schlechten Zeiten drangefalierte Kapital.

Veit stellt zwei Grundfäfte für Kapitalanlagen auf:

1. Ausrichtung auf ein gesamteuropäisches Wirtschaftsprogramm, d. h. Unterstellung unter das Kommando des amerikanischen Marshallplanes.
2. Vorrang den Ausfuhrindustrien.

„Die Ausfuhrteigerung ist ein wesentlicher Faktor der Vollbeschäftigungspolitik“. Über den zusammenschrumpfenden Weltmarkt, den erbitterten Konkurrenzkampf, die Hindernisse, die dem deutschen Export in den Weg gelegt werden, sagt er nichts, offenbar gehört das zur gesamteuropäischen Wirtschaftsordnung. Natürlich gibt es für die Exportindustriellen steuerliche Vergünstigungen und billige Kredite. Unterlassen hat er nur eins. Jede Kapitalfaltung geht an die begünstigten Kapitalistengruppen, wie das die Labourregierung treibt. Leidtragende sind die Arbeiter, deren Steuergröfden erhalten müssen.

Eine solche Planwirtschaft, die für die Unternehmer plant, wie sie die größten Profite zusammenraffen können, ist natürlich ohne Schuß radikaler Redensarten ungenießbar. Daher Auferstehung der Sozialifizierung, die bekanntlich seit 30 Jahren auf sozialdemokratischen Tagungen marfdiert.

In Großbritannien haben die englischen Parteigenossen seit Jahren „die Macht“ verstaatlicht wurden – gegen fette Entschädigungsprämien – die rückständigen und heruntergewirtschafteten Industrien, wie der Kohlenbergbau. Das bedeutet nur, daß auf Kosten der englischen werktätigen Steuerzahler dem Unternehmertum billige Rohstoffe geliefert werden. Der „Sozialismus“ hört auf, wo Kapital profitbringend angelegt ist, siehe Labours Verzicht auf Verstaatlichung der Stahlindustrie.

Soweit sie nicht bloße demagogische Redensart ist, ist die Verstaatlichung gewisser Produktionszweige eine Festigung des Kapitalismus auf neuer Grundlage. Die Sozialisierung der deutschen Schwerindustrie hat allerdings einen anderen Hintergrund. England hat die Ruhr besetzt. Die Regierung Nordrhein-Westfalens, die eine verstaatlichte Ruhrindustrie verwalten würde, würde England größeres Gewicht in der deutschen Schwerindustrie schaffen. Daher Bündnis Labour-SPD-DGB in dieser Frage.

Die theoretische Standarte der SPD ist die Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit. Für das Kapital bedeutet dies Recht auf Ausbeutung und Profit, für die Arbeiterklasse „gleichberechtigte Mitwirkung“ an ihrer eigenen Verklavung. (Fortsetzung folgt)

Deutschlands Weg zur Einheit

Unter der Zerreißung ihres Landes haben die deutschen Werktätigen am schwersten zu tragen. Ihrem Drang nach Wiederherstellung der Einheit müssen die Siegermächte – jede auf ihre eigene Weise – Rechnung tragen. Den besonderen Zwecken der imperialistischen Befassungsmächte angepaßt ist das von McCloy lancierte und von seinen Befehlsempfängern in verschiedenen Variationen fortgesetzte Manöver: Vorschlag gesamtdeutscher Wahlen, aus denen eine deutsche Verfassung als Endprodukt hervorgehen soll. Demgegenüber wäre es im Interesse der deutschen Werktätigen dringend erforderlich, daß die Grotewohl und Genossen nicht nur mit Worten sagen, sondern mit Taten beweisen könnten, daß sie „nicht einen derartigen Unfinn mitmachen“. Dazu müßten sie imstande sein, diesem kapitalistischen Unfinn, der die Massen für die konterrevolutionären Zwecke der Imperialisten einzufangen versucht, den proletarisch-revolutionären Verstand entgegenzustellen, der den Massen einen wirklich gangbaren Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands auf dauerhaft gesicherter Grundlage aufzeigt.

Worum geht es in Wirklichkeit? Nicht um irgendeine, sondern um eine ganz bestimmte, heute überhaupt noch einzig mögliche Einheit kann es sich handeln, die aber alle Befassungsmächte zu verhindern versuchen, wenn auch aus genau entgegengesetzten Gründen. Von 1848-1871 ging es um die Schaffung eines kapitalistischen lebens- und entwicklungsfähigen Deutschland. Diese Zeit ist vorbei. Heute können sich die westlichen, imperialistischen Siegermächte nicht einmal mehr die Wiederherstellung des Deutschland von 1936 leisten, wenn sie sich nicht selbst um die Früchte ihres militärischen Sieges von 1945 bringen wollen. Denn ein solches kapitalistisches Deutschland könnte nicht auf dem heutigen Produktionsniveau der Westzone gehalten werden, das pro Kopf der Bevölkerung 69% von 1936 beträgt oder das statt des heutigen Einfuhrüberschusses von fast 2,5 Milliarden DM einen Ausfuhrüberschuß von 500 Millionen DM aufzuweisen hätte.

Das kapitalistisch geeinte Deutschland, das sich die Westmächte noch leisten können, muß hineingepreßt bleiben in die Zwangsjacke ihres Kontrollsystems, in dem es als Konkurrent ausgehalten und zum Absterben verurteilt ist.

Andererseits bleibt die Adenauer-Regierung trotz gelegentlicher Zugeständnisse, die sie unter geschickter Ausnutzung der zahllosen inneren und äußeren Schwierigkeiten ihrer Unterdrücker ertrösten und zur Festigung ihrer Position ausnutzen konnte, dennoch so unlösbar mit dem Schicksal des heute noch übriggebliebenen kapitalistischen Weltmarktes verbunden, daß sie im Ernst an eine Überschreitung der ihr gesetzten Grenzen, an eine gewaltsame Sprengung ihrer Fesseln nicht denken kann. Die ökonomische Grundlage der kapitalistischen Ordnung von 1918 ist heute verschwunden. Aber mit dem Verschwinden dieser ökonomischen Grundlage, die den tragfähigen Unterbau der heute noch bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung bildete, verliert auch dessen ideologischer Überbau mit all seinen Herrschaftsformen jede Daseinsberechtigung. In einem Deutschland, dessen materieller Unterbau für die weitere Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft längst nicht mehr ausreicht, können nur Ignoranten vom Schlage Dr. Schumachers von der Erhaltung des dazu gehörenden Überbaus träumen, zu dem ja auch das bürgerliche Parlament mit seinem Wahlzauber etc. gehört.

Das diktatorische Eingreifen der Hochkommissare - das darauf regelmäßig folgende Protestieren, Feilschen und schließlich Kapitulieren der deutschen Quislinge zeigt ebenso wie die Interesselohigkeit der Parlamentarier die völlige Überflüssigkeit dieses leerlaufenden, aber kostspieligen bürgerlichen Parlaments.

Wir aber dürfen keinen Augenblick unser Ziel aus den Augen verlieren: Nicht mit den überlebten Methoden des parlamentarischen Wahlkampfes, sondern im täglichen Kampf für die proletarischen Klasseninteressen die Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen, als wichtigste Voraussetzung für den Kampf zur Schaffung eines selbständigen sozialistischen Räte-Deutschlands.

Deutschland ist und bleibt gespalten, solange seine Arbeiterklasse im Bunde mit allen Werktätigen nicht den Kampf aufnimmt für die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsgrundlage, auf der allein ein wirklich lebensfähiges Deutschland entstehen kann. Die Westmächte müssen ein lebensunfähiges Deutschland wollen, um es als wichtigen Teil ihres imperialistischen Machtbereichs auszunutzen. Insofern ihnen hier die Russen als Vertreter des gesamten sozialistischen Weltsektors direkt gegenüberstehen, müssen sie das genau umgekehrte Interesse an einem wirklich lebensfähigen Deutschland haben. Insofern aber die Russen als Vertreter ihrer rein russischen, national beschränkten Interessen den deutschen Arbeitern gegenübertreten, müssen sie die Gesamtinteressen der sozialistischen Weltbewegung preisgeben und der deutschen Arbeiterklasse ihr proletarisches-international verbürgtes Recht auf Selbstbestimmung, auf die Schaffung eines selbständigen sozialistischen Deutschland freitig machen. Ihre eigene inkonsequente Politik macht es den Russen und ihren Quislingen nicht nur unmöglich, den imperialistischen Betrugsmanövern erfolgreich zu begegnen, sondern zwingt sie zu unfreiwilliger Unterstützung.

Volksrat, Volkskongreß, Ministerpräsidenten, künstlich aufrechterhaltene Parteien mit der dazu gehörigen Wahlkomödie usw. - das ganze Gerümpel des Überbaus einer sterbenden Ordnung versucht man schwarz-rot-gold aufzubügeln, was um so grotesker wirkt, als in Wirklichkeit bewußt an der Schaffung des sozialistischen Unterbaus gearbeitet wird. Der Unfinn reaktionärer Wahlwindelmanöver kann mit dem noch unfinnigeren volksdemokratischen Gaukeltänzen nicht widerlegt werden.

Um den notwendigen, mit dem entstehenden sozialistischen Unterbau in der Ostzone übereinstimmenden Überbau zu schaffen, muß das deutsche Proletariat den sozialistischen Aufbau in die eigenen Hände nehmen und sich die dazu notwendigen Organe schaffen. In dem Maße, in dem die Ostzonenarbeiter den Kampf für ihr Erbtgeburtsrecht aufnehmen, wird es leichter werden, die bürgerlich-parlamentarischen Illusionen aus den Köpfen der westdeutschen Arbeiter zu vertreiben. Der verlogenen bürgerlichen Demokratie muß die proletarische Demokratie entgegengestellt werden.

Im Kampf um die Beherrschung des Parlaments hat die Bourgeoisie ihr höchstes Ziel erreicht: die volle Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Am Ziel angelangt, kann sie diese nicht mehr meistern, ist sie gezwungen, sie stillzulegen und in steigendem Maße zu vernichten. Die Arbeiterklasse kann sich nicht auf die Eroberung des Organs beschränken, das der Bourgeoisie zur Erreichung ihres Zieles diente. Sie muß umgekehrt darum kämpfen, der Bourgeoisie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu entreißen, die sie nur noch zum Schaden der ganzen Gesellschaft ausnützen kann. Um den unter kapitalistischer Herrschaft geschaffenen vermehrten gesellschaftlichen Reichtum, um den Inhalt zu retten, muß die zu eng gewordene Form zerbrochen und durch eine neue, zweckmäßigere ersetzt werden. An die Stelle des bürgerlichen Parlaments, in dem die Parlamentarier ungestraft und unkontrolliert die Interessen der im Dunkeln gelassenen Wählermassen zertreten dürfen, statt sie zu vertreten, muß das proletarische Räteorgan gesetzt werden, dessen Delegierte von allen Werktätigen frei gewählt, jederzeit kontrolliert und abberufen werden können. Nur die lebendige Verbindung zwischen den beauftragten Räten und ihren werktätigen Auftraggebern gibt die Gewähr, daß in den Räten, im Gegensatz zu den bürgerlichen Schwatzbuden, die wirklichen Lebensfragen im Interesse der werktätigen Mehrheit des ganzen Volkes gelöst werden.

Es waren die zahlenmäßig schwachen russischen Industriearbeiter, die in den revolutionären Kämpfen von 1905 den Rätegedanken ebenso gefunden haben wie die englischen Arbeiter 10 Jahrzehnte vorher den Gewerkschaftsgedanken. 1917 siegten die proletarischen Räte als Kampforgane der Revolution, konnten aber infolge der zahlenmäßigen Schwäche des Industrieproletariats und der ungeheuren kulturellen Rückständigkeit Rußlands nicht zur vollen Reife als demokratische Staatsorgane gelangen. So übernahm aus der Not heraus die Sowjetbürokratie die Vormundschaft, die sie auch heute noch ausübt. Aber die Voraussetzungen, die damals in Rußland fehlten, sind heute in Deutschland und Europa gegeben. Hier hat das Proletariat im Bunde mit den Werktätigen und zahlreichen intellektuell geschulten Elementen Kräfte genug zur vollen Entfaltung des Räteystems, des Systems der proletarischen Demokratie.

Statt höherem Lohn - Ganze Bibliotheken sind schon über papierne Mitbestimmung Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung geschrieben, kleine und große Kapazitäten, darunter auch der Papst,

haben sich dafür oder dagegen ins Zeug gelegt, Gesetze sind darüber gegeben, aufgehoben und wieder in Kraft gesetzt worden - aber den Arbeitern die durch diese emsige Treiben zu Wirtschaftsbürgern emporsteigen sollten, geht's dreckiger denn je. Ihre Rechtlosigkeit wird um so größer, je lauter über ihr sogenanntes Mitbestimmungsrecht geschwätzt wird. Die aufgehobene Suspendierung der heftigen und württembergischen BR-Gesetze hat die Unternehmer eher zu ihren scharfen Maßregelungen ermuntert, als sie gehemmt. Deshalb finden auch die Arbeiter kein Interesse an der jetzigen Spiegelfechtereier um das Mitbestimmungsrecht. Es sind nicht der Arbeiter eigene, brennende Fragen, um die in Hattenheim oder Bonn gestritten wird. Ob im Aufsichtsrat ein Gewerkschaftsdelegierter einen Stuhl mehr besetzt, auf dem er nichts machen darf, ob Handels- in Wirtschaftskammern umgetauft werden, ob ein Bundeswirtschaftsrat als Farce wiederholt, was der Weimarer Reichswirtschaftsrat als Tragödie vorgespield hat usw. - das alles läßt den Arbeiter herzlich kalt.

Ihn interessiert zunächst, seinen Arbeitsplatz zu erhalten bzw. einen neuen zu bekommen, ihn plagt die Sorge, wie er die Miete und alles andere bezahlen und daneben seiner Frau das allernotwendigste Kostgeld beschaffen soll. Das und ähnliches sind Fragen, die ihm kein noch so paritätisch zusammengesetzter Bundeswirtschaftsrat abnehmen kann.

Auch nach diesem Kriege hat man dem Arbeiter mehr zu arbeiten als zu fordern empfohlen und ihm dabei versichert, daß seine jetzigen Entbehrungen die Voraussetzung seines späteren Wohlergehens in der wieder aufgebauten Wirtschaft seien. Aber nach 5 Jahren sieht er, wie eine zahlenmäßig kleine Schicht an diesem Wiederaufbau profitiert hat, während sein Reallohn bestenfalls $\frac{2}{3}$ seines Vorkriegslohns erreicht und über diese Hungergrenze nicht hinwegkommt. - Der Druck seiner Not treibt ihn zur Abwehr. Sein eigentlicher Kampfplatz ist sein Betrieb. Sein Betriebsrat ist oder soll ein Organ seines Abwehrkampfes sein. Und der große, alle Arbeiter erfassende Kampfverband soll oder sollte die Gewerkschaft sein. Das unmittelbare Ziel ist ein höherer Preis für die einzige Ware, die er zu verkaufen hat, seine Arbeitskraft, also ein höherer Lohn. Aber sein Unternehmer erklärt „in Anbetracht des schlechten Geschäftsganges“ dazu außerstande zu sein. Der Arbeiter hat jedoch noch nicht vergessen, daß ihm seine Gewerkschaftsführung vor nicht allzulange zurückliegender Zeit erklärt hat, daß hohe Löhne die Massenkaufkraft steigern und den Geschäftsgang beleben könnten. Folglich kann der Arbeiter nicht begreifen, warum ihm heute dieselben Führer in trauter Übereinstimmung mit den Unternehmern vorreden wollen, er müsse auf hohe Löhne verzichten, weil sie der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft ihres Landes schaden.

Das Ende des Liedes heißt also für die Arbeiter:

1. Wiederaufgebaute Kapitalwirtschaft, die Hungerlöhne zahlt und Massen-erwerbslosigkeit schafft.
2. Wiederaufgebaute Einheitsgewerkschaften, die auf Lohnkampf verzichten.

Und so bleibt dem Arbeiter nichts anderes übrig als Selbsthilfe, zunächst in individueller Form, durch Überstunden, Nebenarbeit usw. Aber die Konkurrenz, die sich die Arbeiter dabei selber machen, zieht die Grenzen dieser Möglichkeiten immer enger, während die Not immer größer wird, die auf diese Art nicht mehr gemeistert werden kann. Die Not drängt zu gemeinsamer Abwehr. Und wo die gesellschaftliche Entwicklung eine Aufgabe stellt, müssen auch die Formen zu ihrer Lösung gefunden werden. Bevin hat in seiner Unterhausrede am 25. Mai über die englische Politik im Fernen Osten der Beforgnis Ausdruck gegeben, daß in Deutschland, ähnlich wie in Südostasien, ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte. Der Bourgeoisie droht die Gefahr, daß die Massen dazu gezwungen werden, von ihrer Kraft Gebrauch zu machen und ihre gewerkschaftlichen Organisationen für ihre eigenen Interessen auszunützen, um sich die Kontrolle über die Produktion zu erkämpfen, wodurch allein die kapitalistische Wirtschafts-anarchie überwunden werden kann.

Auch heute wieder „ist etwas in der Seele des deutschen Arbeiters geplatzt“ - wie Fritz Tarnow auch 1925 feststellte. Der deutsche Arbeiter hat sich vom Wiederaufbauschwindel überzeugt. Wenn er die volle Wirklichkeit erkennt, ist's aus mit der Herrschaft, die ihn um die Früchte seiner Arbeit betrügt. Deshalb versuchen die DGB-Führer heute so, wie es Tarnow 1925 versuchte, ihm ein „neues Ideal“ zu geben, an das er wieder glauben soll: das Mitbestimmungsrecht, das dem Arbeiter die Mitverantwortung für diese Bankrottwirtschaft aufbürden und ihn damit wehrlos machen will. Von der Einsicht der deutschen Arbeiter wird es abhängen, ob der alte Schwindel noch einmal gelingt. Die deutschen Unternehmer können sich ihr Scheingefecht gegen die Mitbestimmung leisten, weil sie sicher sind, daß die DGB-Führer längst auf jeden Kampf verzichtet haben, und weil die deutsche Arbeiterschaft dank des Einflusses ihrer Führung als entscheidender revolutionärer Faktor nicht auftreten kann. Aber: der Herren Hodmut bricht, wenn Eure Sklaverei sich legt!

Zerrbild einer leninistischen Partei Der Parteivorstand der SED hat eine EntschlieÙung über »Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED« ausgearbeitet, die dem 3. Parteitag vorgelegt werden soll.

Sie ist voller Widersprüche, Phrasen und Illusionen, aufgebaut auf der Unterordnung unter die Befassungspolitik.

Unfähigkeit zur konkreten Analyse Ausgangspunkt ernsthafter kommunistischer Politik ist die Analyse der Kräfteverhältnisse, Interessen und Wechselbeziehungen der Klassen der Gesellschaft. Der SED-Parteivorstand macht sich seine „Analyse“ nach bekanntem Kominform-Klischee sehr einfach. Er stellt dem „gestärkten Friedenslager“ das „geschwächte Lager der Kriegstreiber“ gegenüber und fügt hinzu:

„Es wäre jedoch ein Irrtum und für die Sache des Friedens schädlich, die Gefahr eines neuen Krieges zu unterschätzen.“

Kurz zuvor war mit dem bekannten Stalin-Zitat bewiesen worden, daß mit der Gründung der DDR die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausgeschlossen ist. Kein Erklärungsversuch der komplizierten Weltlage, nur unbegründete Behauptungen.

Es wird von einer „gewaltigen Volksbewegung zum Verbot der Atombombe“ gesprochen. Die „Volksbewegung“ besteht aber lediglich im Sammeln von Unterschriften und periodischen Friedenskongressen. Die Friedenssehnsucht breiter Massen braucht nicht durch Unterschriften bestätigt zu werden, aber die SED ist außerstande, die Friedenssehnsucht in eine kämpfende Kraft umzugestalten.

Es wird ferner vom „Anwachsen der Autorität und des Masseneinflusses der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ gesprochen. Was die entscheidenden kapitalistischen Länder betrifft, ist dies unwahr. Der Masseneinfluß wird hier immer geringer. In Westdeutschland ist er gleich Null.

Richtig ist, daß das Lager der sozialistischen Länder wächst (China, Indochina), nämlich dort, wo revolutionär gekämpft wird. Wo aber die KP aufhört, die Interessen der Werktätigen zu vertreten, sich einer Befehlsmacht unterwirft, wie in der Ostzone und in Westeuropa, geht es mit dem offiziellen Kommunismus bergab.

Weil die SED die Ursachen dieses Niederganges nicht aufdecken kann und will, deshalb das abstrakte Gerede vom gestärkten Friedenslager.

Vom Standpunkt der SED konsequent ist die Behauptung, daß die „Entlarvung der faschistischen Titoclique“ das Lager der Kriegstreiber schwächte. Wer Lügen zum Ausgangspunkt einer Analyse macht, muß zu diesem Schluß kommen. In Wirklichkeit bedeutet der Stalin-Tito-Konflikt eine Schwächung des sozialistischen Lagers durch die Schuld der Stalin-Bürokratie.

Bezeichnend für die verwachsene und unmarxistische Terminologie der Entschleißung ist der Satz: „Sie (die Imperialisten) wollen dem deutschen Volke eine Befetzung von 50 Jahren und mehr aufzwingen, um die Wiederverstärkung Deutschlands zu verhindern.“ Solche im Geiste der nationalen Front geprägten Redewendungen sollen Nazichauvinisten einfangen für die SU.

Die USA fördert die Nazichauvinisten und die Kapitalisten, um die „Wiederverstärkung“ des kapitalistischen Deutschlands gegen die SU vorwärtszutreiben.

In den Thesen heißt es:

„Gleichzeitig verfolgt die deutsche Finanzoligarchie insgeheim ihre Pläne zur Wiederrichtung eines selbständigen deutschen Imperialismus, die aber angesichts der Kolonisierungspolitik der USA wenig Aussicht auf Erfolg haben.“

Die deutsche Bourgeoisie weiß so gut wie die englische, französische und italienische Bourgeoisie, daß sie nur noch unter den Fittichen der USA-Bourgeoisie vegetieren kann. Ihr geht es nicht um die Selbständigkeit eines deutschen Imperialismus, sondern um den zweiten Platz im imperialistischen Lager der USA, in das sie ihr ökonomisches Gewicht einbringt und entsprechend diesem Anteil an der Ausbeutung des deutschen Proletariats teilhaben will.

Politik des Potsdamer Abkommens Grotesk wirken die immer wieder gegen die imperialistischen Befehlsmächte vorgebrachten Vorwürfe, das Potsdamer Abkommen gebrochen zu haben. Sie (die Imperialisten und ihre deutschen Klassengenossen) haben deshalb die Demokratisierung Westdeutschlands verhindert, die demokratischen

Kräften systematisch geknebelt und den alten Verderbern Deutschlands, der imperialistischen Bourgeoisie und den Junkern, wieder zur Macht verholfen.“

An anderer Stelle:

„Der Weg der Demokratisierung ist der einzig mögliche Weg zur Einheit Deutschlands. Dieser Weg war dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen vorgeführt worden . . . Der im Potsdamer Abkommen vorgezeichnete demokratische und friedliche Weg ist der einzige Weg, der zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands führen kann. Soll dieser Weg gegangen werden, dann müssen alle dem Potsdamer Abkommen widersprechenden Maßnahmen rückgängig gemacht werden.“

5 Jahre Besatzungspolitik in Ost und West haben klar bewiesen, welch ungeheuerlichen Betrug an den deutschen Werktätigen das Gerede aller Besatzungsmächte von der Demokratisierung des deutschen Volkes darstellt.

In Ostdeutschland liquidierte die sozialistische Besatzungsmacht die herrschenden Klassen, förderte aber keineswegs die Selbständigkeit der Werktätigen, die Räte- oder Räte-ähnliche Demokratie, die Form der Demokratie, in der die Arbeiterklasse die nationale Selbständigkeit verwirklichen kann, sondern errichtet ihre eigene Besatzungsdiktatur, für die die DDR nur das neu übermalte Aushängeschild ist. Die SU konnte den deutschen Arbeitern nicht geben, was sie selbst nicht besitzt. Proletarische Demokratie muß sich die Arbeiterklasse der Ostzone erkämpfen - oder Objekt im Machtkampf und Wirtschaftsaufbau des sozialistischen Weltsektors bleiben.

In Westdeutschland bestand die Hauptforge der imperialistischen Besatzungsmächte darin, den Kapitalismus zu restaurieren. Das ist ihnen dank der Hilfestellung durch KPD und SU geglückt. Um sich einzubilden, daß die Imperialisten ihre eigenen Klassengenossen mehr entmachten würden als ihr Konkurrenzinteresse erfordere, um den Vorstellungen der SU von der Demokratisierung Deutschlands gerecht zu werden, bedarf es der erdütternden Unfähigkeit kommunistischen Denkens der Kominform-Strategen. Sie haben jeden Glauben an die revolutionäre Kraft des deutschen Proletariats verloren und erfert durch den Glauben, daß die USA-Imperialisten auch die Entmachtung der Junker und Finanzhyänen Westdeutschlands den Abmachungen von Jalta und Potsdam mit der SU zuliebe durchführen könnten und würden. Eine Illusion wird aber nicht dadurch zur Realität, daß man sie mit einer störrischen Verbissenheit, die einer besseren Sache würdig, jahrelang herunterbetet. Auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens kann man keine Arbeitermassen mobilisieren. Arbeiter kämpfen nur für ihre eigenen Interessen, wie jede andere selbständige Klasse auch. Sich auf den schwankenden Boden des Potsdamer Abkommens zu begeben, heißt den Klassenkampf faktisch einzustellen und zum Handlanger einer Besatzungspolitik zu werden, die weder im Interesse des deutschen noch des russischen Proletariats liegt. Unter „Demokratisierung“ versteht die SU, die russische Form der proletarischen Revolution nach Deutschland zu übertragen. Die Imperialisten verstehen unter derselben Phrase die Konservierung der alten, verrotteten gesellschaftlichen Zustände. Es hat nie eine Demokratie gegeben, die nicht ihre Schranke in der Sicherung der Grundlagen und Privilegien der herrschenden Klassen gefunden hat. Das deutsche Proletariat muß begreifen, daß es sich nur selbst demokratisieren

kann und seine Herrschaft sichern muß. Der Sozialismus kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Nationale Front und Kampf um den Frieden Einen drolligen Eiertanz führt der SED-Parteivorstand auf, um die Verwirrung zu beseitigen, die er selbst mit der Proklamation der Nationalen Front und der Bildung der Friedenskomitees geschaffen hat.

„Der III. Parteitag der SED stellt fest, daß die Friedensbewegung in Deutschland nicht die große und selbständige Rolle gespielt hat, die ihr zukommt. Vielfach wurde die Friedensbewegung mit der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gleichgesetzt und dadurch eingeengt.“

Lenin hat jede selbständige Friedensbewegung als irreführenden Pazifismus bekämpft (siehe Thesen zum Haager Kongreß). Er betonte, daß nur der Kampf zum Sturz des Kapitals den Frieden in der Welt in dem Maße schaffen kann, als der Krieg den Sturz der Bourgeoisie beschleunigt, und daß man daher den Kampf um den Frieden nicht vom Kampf der Arbeiterklasse um ihre soziale und politische Befreiung trennen kann, sondern auf ihn gründen muß. Die SED-Führung, die in Worten die Grundsätze des Marxismus-Leninismus in Erbpacht genommen, sie jedoch in ihren Taten verraten und verkauft hat, macht es allen Parteimitgliedern zur Pflicht, an alle Menschen heranzutreten, die sich durch die Gefahr eines neuen Krieges bedroht fühlen. Sie begreift nicht die Binsenwahrheit, daß die Frage Krieg oder Frieden vom Klasseninteresse, nicht von ethischen Schwärmereien, entschieden wird und von der Kraft, die die Klasse aufbringt, um ihr Interesse durchzusetzen.

Die falsche Politik der SED hemmt die Arbeiter und Werktätigen Deutschlands an der Organisation dieser revolutionären Kraft, die im Kampf um ihr Hauptziel, die wirkksamste Kraft zur Friedenssicherung als Nebenprodukt erzeugen würde.

Eine ähnliche Verkennung der Lage und Interessen der verschiedenen Klassen kommt bei der Charakterisierung der Aufgaben der Nationalen Front zum Ausdruck, in die „alle patriotischen Kräfte“ gehören, „die gewillt sind, für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, für den Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen einzutreten“. Es wird appelliert an „alle ehrlichen Deutschen, ungeachtet ihrer sozialen Lage, ihres religiösen Bekenntnisses und ihrer politischen Anschauungen, sich in die nationale Widerstandsbewegung einzugliedern“, u. a. auch an die „Unternehmer, die vom ausländischen Monopolkapital erdrückt werden“.

Daß die Aufgabe der nationalen Befreiung ebenfalls nur auf Klassenbasis und nicht auf Grund patriotischer Stimmungen gelöst werden kann, beweist die praktische Erfahrung und entspricht der marxistischen Theorie.

Die SED als Werkzeug der SU wird durch die sowjetische Besatzungspolitik, die sie kritiklos vertritt, so diskreditiert, daß sie unfähig ist, das nicht geringe Positive für die deutsche revolutionäre Arbeiterklasse den von der USA-Propaganda verhetzten Werktätigen zu erklären.

Nur eine kampffähige Arbeiterklasse ist in der Lage, auf andere werktätige Schichten, auf das Kleinbürgertum und auf weiße Raben der Bourgeoisie

anziehend zu wirken. Dieser Kampf muß mit den elementaren sozialen Forderungen der Arbeiter beginnen und bis zur politischen Massenaktion geführt werden. Der „Kampf“ der nationalen Front aller patriotischen Kräfte muß Krampf bleiben. Daß er bisher erfolglos war, liegt nach der SED-Führung daran, daß „die Aufklärung der verschiedenen Schichten häufig allgemein und abstrakt durchgeführt wurde“.

Die KPD wird als entscheidende organisierende Kraft im nationalen Widerstandskampf proklamiert. Sie ist es so wenig wie die angeblich gewaltigen Massenbewegungen in Westdeutschland, die mit „unvermeidlicher Sicherheit den nationalen Widerstandskampf vorbereiten“. Bisher hat es zwei ernstzunehmende Massenaktionen in Westdeutschland gegeben: Den Massenprotest gegen den Währungschwundel und den Demontageabwehrkampf der Arbeiter von Salzgitter. Beide Aktionen wurden von den Reformisten abgebremselt, statt gesteigert, und dies gelang, weil keine führende revolutionäre Kraft vorhanden war.

Die Resolution spricht vom drohenden Verbot der KPD. Die Imperialisten sind wahrcheinlich zu klug, eine Partei zum Märtyrer zu stempeln, die ihre einzige Funktion, den Kommunismus zu kompromittieren, zur vollsten Zufriedenheit der Imperialisten löst.

Beachtenswert ist im Rahmen des Nationalen-Front-Zaubers die Absicht, den Ost-West-Handel zu forcieren.

„Die Kaufleute und Unternehmer Westdeutschlands müssen entgegen den Anweisungen der westlichen Befähigungsbehörden den Handel mit der DDR in jeder Weise fördern.“

Das Profitstreben der Kapitalisten ist ein mächtigerer Antrieb für den Ost-West-Handel als die Nationale-Front-Phrasen. Es als patriotische Tat umzustempeln und dem mit dem nationalen Befreiungskampf untrennbar verbundenen sozialen Kampf der Arbeiterklasse damit in den Rücken zu fallen, blieb der SED-Führung vorbehalten. Die Bourgeoisie kann ihr dafür dankbar sein.

Die hemmende Rolle der Bürokratenherrschaft Seit der Gründung der DDR ist zweifellos eine Festigung der Herrschaft der Ostzonen-Bürokratie eingetreten. Der Hebel dafür war die Blockpolitik, die nur kraft der Anwesenheit der Sowjetmacht möglich ist und deshalb die wirklichen Kräfteverhältnisse und Beziehungen der Klassen in der Ostzone verschleiert. Der Versuch der SED-Führung, Klarheit in die sich hieraus ergebenden Fragen zu bringen, endet mit einem völligen Fiasko. Es wird darüber geklagt,

„... daß die Blockpolitik in den Orten und Kreisen nicht genügend aktiv durchgeführt wurde. . . Die Heranziehung der positiven demokratischen Kräfte und der Kampf gegen die reaktionären Elemente war nicht beharrlich und systematisch.“

Auf der anderen Seite werden vorhandene Schwächen der Nationalen Front mit der „Verwischung der Klassengegensätze“ erklärt. Wer verwischt die Klassengegensätze, die SED-Führung, die in beispielloser ideologischer Verkommenheit von positiven demokratischen Kräften fafelt, oder die breite Mitgliedschaft, die den bürgerlichen „Patrioten“ berechtigtes Mißtrauen und Ablehnung entgegenbringt? Die SED-Führung gibt selbst zu:

„Auch durch die Entwicklung der kapitalistischen Elemente in der DDR selbst erhalten die Reaktionen ständig neue Nahrung.“ Und ferner: „Diese Verbesserungen (der Lebenslage) werden jedoch häufig durch das bürokratische Verhalten und die Sabotage von reaktionären Elementen nicht voll wirksam.“

Die SED-Führung zieht jedoch nicht die auf Grund der ökonomischen Voraussetzungen einzig mögliche Schlußfolgerung, daß die Bourgeoisie der Ostzone offen, nicht auf Schleichwegen, unterdrückt und die Bürokratie unter die Kontrolle der Arbeiterklasse gestellt werden muß. Als ausführendes Organ der Befehlsmacht kann sie das auch nicht, denn der Mechanismus der Befehlsdiktatur kann nur funktionieren, wenn alle Klassen, auch die Arbeiterklasse, entmachtet sind, solange sie ihre Sonderinteressen durchsetzen will.

Offene Unterdrückung der Bourgeoisie wäre nur möglich durch eine Arbeiterklasse, die für sich Selbstverwaltung, proletarische Demokratie, verwirklicht hat. Deshalb müssen die Oktoberwahlen in der DDR genauso Farce bleiben, wie „freie Wahlen“ in der Westzone. Was soll z. B. der Hinweis, „die werktätigen Massen müssen auch aktiv an der Aufstellung aller Kandidaten zu den Wahlen am 15. Oktober teilnehmen“, wenn in der Praxis keine Rückberufung und Verantwortung der Gewählten möglich ist.

Die SED-Führung schreibt die beim Wirtschaftsaufbau erzielten Erfolge der „Initiative und dem Arbeitsenthusiasmus“ der Arbeiterklasse zu. Wer die wirklichen Verhältnisse in der Ostzone kennt, weiß, daß die Arbeiter sich nur mühsam dem Druck der Bürokratie zur Lösung der Aufgaben der notwendigen Produktionssteigerung beugen. Eine der Ursachen ist die kritiklos aus der SU übertragene, in Deutschland hemmend wirkende Stachanow-(Henneke)-Methode. Untaugliche Methoden und Bevormundung ersticken die Initiative und Sachkunde der Arbeiter. Z. B. haben die SED-Betriebsgruppen die Aufgabe, „für die Popularisierung der Betriebspläne in den Belegschaften und für die Mobilisierung der Arbeiter für ihre konkreten Planaufgaben Sorge zu tragen“. Gäbe es in der Sowjetzone proletarische Selbstverwaltung, dann würden die Arbeiter ihren Betriebsplan nach Vorschlag des Gesamtplanes selbst aufstellen und erfüllen.

Die Arbeiter der Ostzone müssen um die Kontrolle und Unterordnung der Bürokratie unter ihren Willen kämpfen. Die technisch-kulturellen Fähigkeiten haben sie dazu. Kommunistische Führung, Kampfwille und Opfermut können nur aus ihren eigenen Reihen im Kampf geschaffen werden. (Fortsetzung folgt)

(Fortsetzung von Seite 1) Von dort werden den gelehrigen „demokratischen“ Ministern (etwa Dehler, Hellwege und anderen Naziverteidigern) Vollmachten erteilt, wenn sie alles richtig machen, andernfalls Tadel ausgesprochen und Korrekturen vorgenommen. So funktioniert auch unser demokratisches Recht: wenn und solange die deutschen Proleten entgegen ihren Klasseninteressen wählen und handeln, klappt die Demokratie ausgezeichnet. Andernfalls fahren englische Panzer - oder bei mehr Souveränität Adenauers Bundespolizei - auf. Aber die deutschen Arbeiter sind so sehr ohne revolutionäre Führung, daß sie in wachsendem Maße der herrschenden bürgerlichen Meinung zum Opfer fallen. Sie lernen Kolonialdemokratie: so wählen, wie es den Herren paßt.

Auch bei den Bürgerlichen ist die Demokratisierungsarbeit der Alliierten erfolgreich. Die ganzen und halben Nazis heißen jetzt christliche oder freie Demokraten. - Im ganzen haben

die bürgerlichen Parteien ihren Stimmenanteil noch erhöht, wobei auch hier die Tendenz nach rechts geht: Die reaktionärste der großen bürgerlichen Parteien, FDP, hat beträchtlich zugenommen. Sie hatte hier, wie auch früher in Hessen, Wahlbündnisse mit kleineren neofaschistischen Gruppen, die für selbständiges Auftreten noch zu schwach sind und erst nach der sich anbahnenden Konzentration offener und offener auftretenden können.

Auch die SPD hat geliegt. Sie stieg von 64 auf 68 Abgeordnete. In Wirklichkeit ist sie ganz von der Gnade der CDU abhängig. Adenauer will sie aus der Landesregierung raus haben. Ihre Tolerierungspolitik, d. h. das Stillhalten auch ohne Ministerposten, hält er für gefährlich und ausreichend zur weiteren Nasführung der Proleten. Sein Gegenspieler Arnold will die SPD in der Regierung haben, nicht aus Sozialistenfreundschaft, sondern die CDU-Fraktion Arnold vertritt eine andere Gruppe kapitalistischer Interessenten, die ein gewisses Gegengewicht gegen die Schwerindustriellen brauchen, deren Vertreter Adenauer ist. Es ist noch ungewiß, welche CDU-Fraktion sich durchsetzt. - Die „siegreiche“ SPD bettelt um Ministerposten und entpuppt sich weiter: 1945: kämpferische sozialistische Partei, Sozialismus als Tagesaufgabe, 1946: die unabdingbaren Kölner Bedingungen für die weitere Regierungsteilnahme, von denen keine erfüllt wurde, 1949: prinzipielle und unerbittliche Opposition gegen die CDU: 1950: Bettetei um Ministerposten. Das ist die natürliche Entwicklung jeder Koalitionspolitik einer Arbeiterpartei mit Bürgerlichen.

Das allgemeine Wahlrecht kann unter kapitalistischen Bedingungen für das Proletariat nur Gradmesser seines Klassenbewußtseins sein, wenn eine proletarische Klassenpartei besteht, die als Fahne dient, um die es sich sammelt und durch Stimmzettel dies demonstriert. Mit dem Aufgeben kommunistischer Politik durch die KPD sammeln sich die Proleten an Rhein und Ruhr nicht mehr um sie, weil diese mit Recht in ihr nicht mehr ihre Interessenvertretung sehen. Sie wählen auch nicht sozialdemokratisch, sondern scheinen neofaschistischen Demagogen die Stimme gegeben zu haben. Der Stimmverlust der KPD entspricht ziemlich genau dem Stimmgewinn der DP. In NRW, dem roten Herzen, dem größten Industriegebiet Deutschlands, ging die KPD zurück von 701000 1947 auf 512000 1949 und 338000 1950!

Schlimmer als Niederlagen und Fehler, die im Klassenkampf unvermeidlich sind, ist ihre Vertuschung. Die Einstellung zu den eigenen Fehlern ist das wichtigste Kriterium des Kommunisten und der kommunistischen Partei. Untersucht man sie schonungslos offen und bis an die Wurzel, sind sie Vorboten des kommenden Sieges. Wählt man die Methode der Sündenböcke, der Kritik der oberen, unfehlbaren Führung an den kleinen Funktionären, dann wandert die KPD von dieser zu weiteren Niederlagen. Die Ideologie der Bourgeoisie beherrschte noch die Proleten, sagt die KPD-Führung. Stimmt! Aber ist damit erklärt, warum sie heute sogar Hunderttausende in NRW und Millionen in West- und Ostdeutschland beherrscht, die nach 1945 schon kommunistisch beeinflusst waren? Das gilt es zu erklären! Eine Partei, die nicht die Interessen des deutschen Proletariats vertritt gegenüber allen Mächten, kann diesem keine revolutionäre Führung geben. Die kritiklose Verteidigung der offensichtlichen Fehler der Sowjetpolitik hat die Arbeiter abgehoßen; die Koalitionspolitik der KPD hat dann vollends die Klassenfeindlichkeit in den Köpfen der Proleten verwirklicht und sie dem Neofaschismus zugänglich gemacht, der Protest und Kampf gegen die Befehlsmacht vortäuscht. Diese KPD-Politik ist unfreiwillige Agentenarbeit für den Klassenfeind.

Es gibt keine kommunistische Partei mehr. Also steht die Aufgabe, ihre Neufassung vorzubereiten: marxistische Analyse, Sammlung aller noch kommunistischen Kräfte. Die Zerstückelung der KPD durch die Führung räumt eines der letzten Hindernisse in den Köpfen der Arbeiter weg: daß man bei der großen Partei bleiben müsse und nicht spalten dürfe. - Der Kommunismus ist der einzige Ausweg für das deutsche Proletariat. Er wird liegen, wenn die wirklichen Kommunisten sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigen. Höher die Fahne des Kommunismus!

Arbeiterpolitik

3. Jahrgang Nr. 14

2. Julihälfte 1950

Preis: -,20 DM

Hände weg von Korea!

Die Notwendigkeit und Berechtigung des Eingreifens der USA in den koreanischen Bürgerkrieg wird damit begründet, daß die nordkoreanische Armee durch Überfallen des 38. Breitengrades Südkorea angegriffen und überfallen habe. Nordkorea behauptet, daß es nur in Abwehr des Überfalles der Südkoreaner auf sein Gebiet zurückgefluge. Wir beteiligen uns nicht an dieser „Wahrheitsfäule“, weil nicht entscheidend ist, wer angreift, sondern um was es geht.

Die Spaltung Koreas in ein südliches Einflußgebiet der USA und ein nördliches der SU ist das Ergebnis der Abmachungen zwischen SU, Großbritannien und USA. Dies ist die Ursache der verhärteten Klassen Spannungen, die zum Bürgerkrieg führten. Im Norden unterstützte die SU die Agrarrevolution der Mehrheit der Bevölkerung, half bei ihrer Stabilisierung und zog sich als Befassungsmacht zurück, als das neue Regime sich selbst behaupten konnte. Im Süden unterstützt die USA-Befassungsmacht ihre Klaffengenossen, eine kleine Minderheit, in der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Regimes. Die Mehrheit der Südkoreaner sympathisiert mit der Agrarrevolution im Norden. Auch jene, die mit dem Nordregime nicht sympathisieren, wollen die Einheit Koreas. Bei den 2. Wahlen in Südkorea im Mai 1950 erhielt das Regime Syngman Rhee nur 20% der Stimmen, trotz Polizeiterror und Wahlfälschungen.

Wir geben Teile eines Berichtes von Charles Winter, einem bürgerlichen Beobachter, aus »Le Monde« vom 28. 6., zur Illustration der Lage:

„Korea war niemals »demokratisch«. Herausgekommen aus der japanischen Tyrannei kam Südkorea unter die Gewaltherrschaft Syngman Rhees, mit dem Spitznamen »der furchtbare Alte«, der mit seiner Polizei nach japanischem Muster regiert. Er lebt umgeben von einer bewaffneten Garde, weit entfernt vom Volke, aus Furcht vor Attentaten. Wenn sein Spezialzug die »sicheren Gebiete« durchfährt und »spontane Beifallskundgebungen« inszeniert werden müssen die Dorfbewohner in 300 m Abstand ein Karree bilden. Die Gardisten stehen mit dem Rücken zum Zug und richten die Maschinenpistolen schußbereit auf die Menge. Ich erfinde nicht; ich habe es selbst gesehen.

Die kommunistischen Guerillas haben sich besonders im Chiri-Gebirge und in den Gebieten von Samdok und Shunfen entwickelt. 20000 »Banditen«, sagt man offiziell. Im Laufe des Winters 1948-49 fand eine Revolte der Kommunisten auf der Insel Cheju in Südkorea statt. 2-3 Regimenter wurden im Hafen von Yosu gelandet, um die Guerillas zu vernichten. Einige Hundert von den Mannschaften einschließlich einiger Offiziere meuterten und liquidierten ihre Vorgesetzten. Die Meuterer erschlugen die Polizisten und einige Reiche und führten die Agrarreform durch.“

Mit dieser Schilderung der Zustände in Südkorea, die beliebig ergänzt werden könnte, müssen wir uns wegen Platzmangel begnügen.

Das ist die Demokratie, die Freiheit und Gerechtigkeit, die der ehrenwerte Präsident Truman verteidigt und die nicht weniger ehrenwerten Gentlemen des Weltfriedensrates nebst ihren Regierungen sich beizugehen, zu legalisieren. (Fortsetzung Seite 15)

Dauererwerbslosigkeit - Riefenprofite

Arbeiterkorrespondenz aus Berlin

Trotz Zweckoptimismus, Kreditspritzen, Arbeitsbeschaffungs-

programmen ist im wesentlichen die Wirtschaftslage ungebeffert, obwohl der wichtigste Teil des Sommers vorüber ist. Die Finanzhilfen schaffen vielmehr die Voraussetzungen einer Verschärfung der Erwerbslosigkeit im Herbst. Denn die Beschäftigtenzahl hat nur zugenommen bei den Notstandsarbeiten, nicht aber in der Industrie. In der privaten Wirtschaft dienen die Hunderte Millionen Berlinhilfe der Rationalisierung; der Beschäftigtenstand wird kaum gehalten. So schreibt das Institut für Wirtschaftsforschung:

„Offensichtlich greift die Rationalisierung immer stärker auch auf die nicht industriellen Wirtschaftsbereiche über und steigert zunehmend die volkswirtschaftliche Produktivität, fest aber zugleich Arbeitskräfte frei.“

Bei den Notstandsarbeiten werden Löhne gezahlt, die wenig über den Unterstützungssätzen liegen, was zur Senkung der Alu bei erneuter Erwerbslosigkeit führt. Aber die Unternehmer haben prima Zeiten. Von den Westkrediten in ihren verschiedenen Formen bleibt das meiste bei ihnen hängen. Sogar der »Tagespiegel« gibt das zu:

„Es besteht der nicht unberechtigte Eindruck, daß in Berlin noch oder wieder gut verdient wird. Selbst wenn man offen läßt, ob es sich dabei um einen kleinen oder größeren Kreis handelt, so kann doch nicht geleugnet werden, daß dort, wo sichtbar Geld vorhanden ist, der Ursprung nicht immer legal ist.“

Aus den Steuergrößen der westdeutschen Proleten werden den Kapitalisten Berlins Riefengewinne in den Rachen gehoben. Das ist die wirtschaftliche Seite der Berlinhilfe, organisiert von der „sozialistischen“ SPD. Versteht sich am Rande, daß in Berlin sogar das Gerede von Sozialisierung aus Reden und Schriften der SPD verschwunden ist, die die absolute Mehrheit im demokratischen Westberlin hat. Man darf ja die ängstlichen Kapitalisten in ihrer freien Privatinitiative - beim Profiteeinschieben - nicht stören.

Zur Bonner Notstandshilfe, mitbewilligt von der SPD, für die armen Berliner Kapitalisten kommen die Schiebergewinne aus den Währungspekulationen und dem illegalen Ost West-Handel:

„Im Gegensatz zur Wendigkeit gewisser das Währungsgefälle ausnützender Gruppen mangelt es im legitimen Wirtschaftsverkehr noch stark an der Entfaltung echter Initiative.“

Die Bürgerlichen können den Hals nicht voll kriegen und erheben immer neue Forderungen auf Abbau der sozialen Errungenschaften der Arbeiter. So laufen sie Sturm gegen die einheitliche Sozialversicherung, ein vernünftiges Ergebnis des damaligen russischen Einflusses. Dieser Kampf gegen die Versicherungsanstalt Berlin (VAB), die die freien Berufe mitbesteuert und alle Sozialversicherungsparten umfaßt, ist typisch für die wirklichen Ziele und Zwecke des „demokratischen Kampfes gegen die Ostzonten Tyrannie“. Diesen Kreuzrittern geht es nicht um die Rechte der Arbeiter, sondern um ihre Klassenprivilegien, um immer höhere Profite für sich, bei Senkung des proletarischen Lebensstandards.

Die vielen Hunderte Millionen, die nach Berlin flossen und fließen, beweisen, daß mit Krediten die Wirtschaftsdepression zwar für die Kapitalisten zu beheben ist (deren Profite werden vom Bünd gesichert), aber nicht für die Erwerbslosen. Diese Erfahrung widerlegt eindeutig das SPD-Gerede von Konjunkturanhebung durch erhöhte Kredite. Die fortschreitende Rationalisierung wird auf die Dauer noch mehr Arbeiter freisetzen. Dazu kommen Erhöhung der Wettbewerbsbedingungen für deutsche Kapitalisten und speziell für Berlin fortgesetzte Abwanderung wichtiger Grundindustrien, während nur wenige Firmen zurückwandern.

Die Wirtschaftspolitik der SPD steht also im Zeichen der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung. So ist auch ihre ganze Politik in Berlin noch amerikanischer als in Westdeutschland. Unter Führung des ultralinken Renegaten Reuter sehen die SPD-Bürokraten ihren Hauptfeind in den kommunistischen Arbeitern. Sie setzen sie ständigem Druck und Drangsalierungen aus; auf SPD-Verfammlungen kommt keiner zu Wort, meist werden gar nur Kundgebungen veranstaltet. Das SED-Haus in Britz wurde abgebrochen, SED-Lehrer verfuhr man zu entlassen trotz gegenteiliger Arbeitsgerichtsentscheidungen und trotz Sympathien der sozialdemokratischen Eltern, Ostberliner sollen von Arbeiten im Westsektor entfernt werden. Die SPD verlangt am schärfsten die widersinnige völlige Isolierung der zwei Stadthälften und die Eingliederung der halben Stadt Westberlin als 12. Land in die Bonner Republik. Nur logisch, daß auch in außenpolitischen Fragen die Berliner SPD-Führer in Hamburg auf dem rechten, am entschiedensten und offensten amerikanischen Flügel standen und den vorbehaltlosen sofortigen Europarats-Beitritt verlangten.

Diese amerikanische Politik der SPD ist nur möglich infolge der völligen Unfähigkeit der SED, die Arbeiter für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren. Daß sich in der SPD selbst keine aktive Opposition gegen diesen Kurs zeigt, beweist den Tiefstand der SPD. Die Einstellung vieler Werktätiger: lieber im kapitalistischen Westen hungern als im sozialistischen Osten unterdrückt sein - ist die Reaktion auf die barbarischen Methoden der Russen und die bürokratischen und Polizei-Methoden der SED. 1945 war die amerikanische Propaganda in dieser Richtung völlig unwirksam. Trotz allem hofften die Arbeiter auf die sozialistische Grundhaltung der SU. In den 5 Jahren hat die SED eine Mauer der Ablehnung gegen sich aufgerichtet.

Was tut man jetzt? Kritik und Selbstkritik nach bewährtem Muster! Mit der bolschewistischen Methode der Selbstkritik zu Lenins Zeiten hat sie nur noch die Bezeichnung gemein. Heute richtet sie sich gegen unten, wird von oben gesteuert und gesteuert, packt die Dinge nicht an der Wurzel, sondern sucht die Fehler bei den kleinen Funktionären und den ausgefuchten Sündenböcken. Sie ist meistens verbunden mit einer prahlerischen Beschönigung der allgemeinen Lage und einer Lobhudelei auf die richtige Parteilinie. Nach diesem Muster ist die „Selbstkritik“ von Herrstadt, Chefredakteur des »Neuen Deutschland«, an Jendretsky, 1. Vorsitzender des SED-Landesvorstandes Berlin, gemacht:

„Die objektiven Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des Kampfes um den Frieden auch in Westberlin sind ungleich günstiger geworden. Übereinstimmend berichten die Genossen, daß in der Bevölkerung eine große Aufgeschlossenheit gegenüber unseren Argumenten zu verzeichnen ist. Ja, es besteht ein ausgesprochener Hunger nach der Wahrheit, d. h. nach unseren Argumenten; es haben sich sogar schon bürgerliche Westberliner

Organisationen gefunden, deren Vertreter mit dem Vorwurf hervortreten, sie würden in ihrem schweren Kampf um den Frieden von der SED nicht genügend unterstützt. Andererseits ist festzustellen, daß selbst verantwortliche Funktionäre unserer Partei in Berlin die Stimmung der Bevölkerung nicht kennen. In vielen Fällen konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß sich unsere Kreisleitungen so weit von den Massen isoliert haben, daß sie nicht einmal wissen, wie die Bevölkerung diskutiert. Opportunismus und Sekterertum sind die Grundübel an der Partei in Westberlin. . . " Dann wird Jendretsky direkt angesprochen: „Wir richten daher an das Sekretariat des LV der SED Groß-Berlin, insbesondere an den 1. Sekretär, Gen. H. Jendretsky, die Bitte, sich im Zentralorgan zu dieser Frage zu äußern.“ (»Neues Deutschland«, 11. 6. 1950)

Das hat unsern Hans im Unglück etwas den Atem verschlagen. Aber am 16. hat er sich wieder gefaßt, „erkennt ernsthafte Versäumnisse auf dem Gebiet des Kampfes um den Frieden an, wesentliche Schwächen, ungenügende Konkretisierung der Aufgabenstellung für Berlin“ usw. usw. Die Spatzen pfeifen es in Ost- und Westberlin von den kaputten Dächern, daß die SED in Westberlin nichts zu melden hat. Ihre Macht und ihre Regierungskunst hören dort auf, wo der Machtbereich der Roten Armee aufhört.

Der panische Schrecken der Westberliner Werktätigen für die russischen Methoden führt zu keiner Lösung. Ergebnis der UGO Politik ist, daß die meisten Arbeiter weder in der UGO noch im FDGB organisiert sind. Sie haben die Gelegenheit des Streits ergriffen und allen Organisationen den Rücken gekehrt, was zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beiträgt. Noch hält man die Westberliner Erwerbslosen etwas besser als die westdeutschen und nur auf deren Kosten. Aber das ist kein Dauerzustand und hält die Berliner Werktätigen in einem allmählichen Dahinvegetieren, bietet ihnen keine Aussicht, zu einem menschenwürdigen Dasein zu kommen. Der Weg der SPD ist kein Ausweg, ist nur eine erste gefühlsmäßige Reaktion auf die falsche SED-Politik, führt aber zum Verfinken in die Barbarei des Kapitalismus. Die Berliner Arbeiter müssen sich vom verfallenden Kapitalismus lösen und für ihre eigenen Interessen kämpfen. Nur dann werden sie ihre Kampfeinheit wieder herstellen und ihre materielle Not überwinden.

Arpo-Kommentar Die »Deutsche Zeitung« vom 21. 6. zitiert einen Bericht der Londoner »Times« zum Abschluß der Internationalen Landwirtschaftlichen Konferenz in Stockholm. Dort steht u. a. zu lesen, daß Dänemark einen Schweinebestand in Höhe von dem des Jahres 1939 und Westdeutschland einen Viehbestand von 90% der Vorkriegszeit aufzuweisen habe. Unter Hinweis auf USA-Stimmen, daß die Kaufkraft der Massen in Europa gehoben werden müsse, um die landwirtschaftliche Produktion aufzuehren zu können, heißt es dann wörtlich:

„Dieser Aufriß des eigentlichen Problems der Ernährungslage in der Welt mit ihrem drohenden Überfluß brachte die Internationale Landwirtschaftliche Konferenz dazu, sich für den »freieren Handel« zu erklären.“

Der Zweck dieser Zeilen ist weniger, zu zeigen, wie auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion sich der stärkste Partner, die USA, kraft der Gesetze kapitalistischer Konkurrenz durchsetzt, sondern vor allem die

deutschen Werktätigen zu erinnern, wie das Thema »Ernährung« noch vor wenigen Jahren behandelt wurde. Es war die Zeit der größten Hungerkrise um 1947, als die Ernährungswissenschaftler der Besatzungsmächte mit erhobenem Zeigefinger darauf hinwiesen, daß in der ganzen Welt gehungert würde. Es sei dies, so bewiesen die Kapazitäten, die Folge einer aus dem Krieg resultierenden Unterproduktion verheerenden Ausmaßes, die erst langsam und schrittweise überwunden werden könne.

Sieht man von der Zwecklüge sogenannter Wissenschaftler ab, so wird hier die harte Tatsache offenbar, daß der Kapitalismus den Hunger organisiert. Nicht als böse, schandwürdige Tat einzelner (oder wie es heute im KPD-SED-Jargon heißt: einer Handvoll) Kapitalisten, sondern einfach auf Grund des ökonomischen Tatbestandes vom Profit als Hebel der kapitalistischen Produktion. Produktionsgüter, Waren - auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gehören dazu - fließen dorthin, wo sie Profit bringen. In den Jahren des Hungers war diese Möglichkeit in Deutschland nicht gegeben. Für die kommende Zeit sieht man keine Möglichkeit, die Ernten unterzubringen, wenn nicht die Kaufkraft wesentlich steigt. Also Überfluß (auf Seiten der Erzeuger) aus Mangel (an Kaufkraft). Das Gegenstück ist Mangel (an Kaufkraft wegen Arbeitslosigkeit) aus Überfluß (stillgelegte Produktionsstätten oder Vernichtung von Lebensmitteln bzw. Einschränkung landwirtschaftlicher Produktion, um hohe Preise zu halten).

Für wahr, der unlösbare Widerspruch, den der Kapitalismus seit seiner Geburt in sich trägt, muß beseitigt, die sozialistische Ordnung geschaffen werden, um eine sinnvolle Welt zu schaffen.

Der Hamburger SPD-Parteitag III. Es gibt eine ganze Reihe

4. Die Opposition der Opposition „linker“, die in der SPD „arbeiten“. Sie erzählen immer wieder, daß dort der Boden sei, von dem aus man seine sozialistische Erneuerung der Arbeiterbewegung in die Wege leiten könne. Von einer linken Opposition war aber auf dem Parteitag nichts zu sehen, es sei denn, man erblicke sie im Vorschlag, dem Parteivorstand und Parteiausfluß das Stimmrecht auf der Tagung zu entziehen. Alles was in linken Redensarten machte, stand geschlossen hinter dem Parteivorstand. Die Angriffe gegen diesen kamen von der Rechten um Brauer, Loebe usw. und bezeichnenderweise nur in außenpolitischen Fragen, wo sich in der SPD die Gegensätze der Westalliierten widerspiegelten. Die Politik des Parteivorstandes wurde gegen 11 Stimmen der Rechten gebilligt, das Wirtschaftsprogramm einstimmig angenommen.

Wohl noch niemals standen die SPD-Arbeiter so vollkommen unter dem Einfluß der verkalkteten Reformisten. Es ist dies der Ausdruck des organisierten wie politischen Auseinanderfaulens der KPD, das den sozialdemokratischen Arbeiter mit Verachtung und Abscheu erfüllt. Eine »Sozialdemokratische Aktion«, die den SPD-Arbeitern die Verheißungen der KPD auf schmerzlosem Wege beibiegen will, trat außer auf dem geduldigen Papier ihrer Zeitung überhaupt nicht in Erscheinung und fristete neben dem Parteitag eine kümmerliche Existenz.

5. Carlo, der Theoretikus Professor Carlo Schmid blieb es vorbehalten, in seinem Referat »Die SPD vor der geistigen Situation unserer Zeit« den reformistischen Ladenhütern mit philosophischen Seidbeutelereien den Schein höherer Gelehrsamkeit zu verleihen. Gehörte es früher zum guten Ton, die Kapitulation vor den herrschenden Klassen in wohlverstandene Auslegung der Marx'schen Lehren umzulügen, und widmeten die Kautsky, Hilferding & Co. nach ihrem »Umlernen« einen erheblichen Teil ihrer Zeit dieser theoretischen Hausknechtsarbeit, so macht unser Professor sich das wesentlich einfacher. Er »warnt davor, Karl Marx und sein Werk als einen Leitfaden zu nehmen«. Hören wir die Begründung: »Marx kann nur aus der Erkenntnis jener Faktoren verstanden werden, die den Geist des 19. Jahrhunderts bestimmten.« Von der Welt dieses Jahrhunderts teilt uns Carlo mit, sie »durfte auch daran glauben, daß es gelingen könnte, den zukünftigen Zustand der menschlichen Gesellschaft vorauszusagen, in ihr und ihrem Weltbild konnte spontanes Gelingen und willkürliche Sprünge der Natur keinen Platz finden«. - Der weitere Fortschritt der Wissenschaft hätte nun die Erkenntnis gebracht, »daß die Entwicklung kein kontinuierlicher Vorgang ist, sondern in Sprüngen vor sich geht«.

Es mag unglaublich klingen. Schmid wagt es, den Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus zum alten Eisen zu werfen mit der einfältig-unwissenden Behauptung, nachmarx'sche Erleuchtungen von sprunghaften Veränderungen werfen dessen Weltbild um.

Dem Abc-Schützen des historischen Materialismus, wenn auch offensichtlich nicht unserem Theoretikus, dürfte es bekannt sein, daß zu den hervorragendsten Leistungen Marx' und Engels' die Übernahme der Hegel'schen Dialektik zählt. Eines ihrer bedeutendsten Gesetze ist Umschlagen der Quantität in Qualität, oder etwas anders ausgedrückt:

„Die Entwicklung in Natur und Gesellschaft ist nicht kontinuierlich, sondern wird von Sprüngen, Knotenpunkten unterbrochen.“

In der Geschichte sind diese Sprünge die Revolutionen, durch die eine höhere Entwicklungsform, die in der vorangegangenen Entwicklung heranreife, sich Bahn bricht. Doch nicht für Carlo. Seine Einsicht in die sprunghafte Entwicklung fördert anderes zutage:

„So vermag die Naturwissenschaft uns anstelle absoluter Wahrheiten nur noch Wahrscheinlichkeiten zu enthüllen.“

Das Ergebnis dieser Sorte »Dialektik« ist also das Ende jeder Wissenschaft. An ihre Stelle tritt - Wahrscheinlichkeit mit dem nicht weiter erstaunlichen Auftauchen der Kategorie des Schicksals. Somit ist die SPD auf den gewundenen Pfaden unseres Jahrhunderts bei der Lehre von der Gnadenwahl angelangt. Eine Reihe von Propheten, deren letzter Carlo Schmid, führte sie solange, bis der wissenschaftliche Sozialismus in den reaktionären Mythos, letzten Endes den Glauben an schicksalhafte, überirdische Kräfte, umschlug.

Wenn sie indessen im angenehmen Dunkel der Wahrscheinlichkeit herumzutapfen beliebt, in dem jeder Kuhhandel, jeder Verrat an der Arbeiterklasse mit der Gloriette höherer Weisheit verherrlicht werden kann, so hat sie trotzdem noch einen Vorrat an ehernen Wahrheiten auf Lager:

„Aber wir wissen, daß sie (die klassenlose Gesellschaft) uns nicht durch einen automatischen Umschlag gebracht wird.“

Der automatische Umschlag ist die proletarische Revolution. Das plötzliche Wissen von Leuten, die soeben grundsätzlich festgestellt hatten, man könne gar nichts wissen, hat aber einen sehr handfesten Hintergrund: die bange Furcht vor der proletarischen Revolution, von der sie nur wenig, das aber ganz genau wissen: sie wird sie und ihre kleinbürgerliche Welt wegfügen. Die kleinbürgerliche Furcht vor der proletarischen Revolution zwingt sie, ganze Systeme aufzubauen, mit denen diese Gesellschaftsordnung der Ausbeutung gesichert werden kann. Daher das Resultat Carlos schöngeistiger Spaziergänge:

„Zwei Instrumente haben die Werktätigen auf ihrem Weg: die Gewerkschaften und die Partei. In den Gewerkschaften haben sie die Waffe, mit der sie innerhalb der jeweiligen Wirtschaftsordnung schrittweise die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erkämpfen können; in der Partei haben sie die Waffe, mit der sie schrittweise die Veränderung des heute bestehenden Systems von der Wurzel her erstreiten können.“

Das sagt ein Mann, der soeben von der sprunghaften (im Gegensatz zur nur schrittweisen) Entwicklung deklamierte! Ein halbes Jahrhundert, nachdem Bernstein die Krücken schuf, auf denen Carlo herumhumpelt, hat dem Proletariat reichlich Gelegenheit gegeben, praktisch die reformistischen Verheißungen zu erleben. Zwei Weltkriege, eine allumfassende Wirtschaftskrise, der Faschismus, Revolutionen, die in Rußland, China und Jugoslawien liegten - doch wo ist die schrittweise Veränderung, die schrittweise Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen im Monopolkapitalismus? Gerade die Partei, deren theoretischer Repräsentant Schmid ist, hatte reichlich Gelegenheit, 1918-1933 schrittweise zu wirken. Das Ende war der Faschismus.

6. Die Rolle der SPD Nichts gelernt und nichts vergessen - das ist der Eindruck, den die SPD-Tägung hinterläßt. Eingeklemmt in den großen Klassenkonflikten unserer Zeit - die Angst vor der proletarischen Klassenherrschaft im Nacken, muß sie ein Spielball der herrschenden Klassen werden. Niemand kann diese Partei besser charakterisieren, als dies Marx im »18. Brumaire des Louis Bonaparte« tat:

„Den sozialen Forderungen des Proletariats ward die revolutionäre Spitze (Spitze) abgebrochen und eine demokratische Wendung gegeben, den demokratischen Ansprüchen des Bürgertums die bloß politische Form abgestreift und ihre sozialistische Spitze herausgebohrt. So entstand die Sozialdemokratie. . . Der eigentliche Charakter der Sozialdemokratie faßt sich dahin zusammen, daß demokratisch-republikanische Institutionen als Mittel verlangt werden, nicht um zwei Extreme, Lohnarbeit und Kapital, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzufschwächen und in Harmonie zu verwandeln. . . Was sie zu Vertretern des Kleinbürgertums macht, ist, daß sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber jener (der Kleinbürger) nicht im Leben hinauskommt, daß sie daher zu denselben Aufgaben und Lösungen theoretisch getrieben werden, wohin jene das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben.“

Um die Masse der deutschen Arbeiter für den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, für den Sozialismus zu gewinnen, müssen wir daher erbarmungslos an allen Fronten die wirkliche Rolle der SPD den Massen erklären, um diese Kleinbürgervorstellungen im Kampf um den Sozialismus zu überwinden.

Zerrbild einer leninistischen Partei II. Die Entschließung stellt fest, daß „die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus nicht mit den Erfordernissen der Entwicklung Schritt hält“. Deshalb werden alle Mitglieder dazu verpflichtet, „ständig daran zu arbeiten, die Theorie des Marxismus-Leninismus zu beherrschen“. Der Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus soll forciert werden. Sie kommen zum Ausdruck „in einer falschen formalen Einteilung zur Demokratie, in der opportunistischen Auffassung der Blockpolitik und der Nationalen Front . . . im Sinne der Aufgabe der selbständigen Politik der Partei, in der Unterschätzung der Rolle der SU, in nationalistischen Tendenzen gegenüber Volkspolen“ usw.

Gleichzeitig soll auch der Kampf gegen „die Kehrseite des Opportunismus, das Sektierertum,“ verstärkt werden. Seine Sünden kommen in der „Unterschätzung und Vernachlässigung der Blockpolitik zum Ausdruck“. „Die Sektierer haben keinen Glauben an die Massen als Schöpfer der neuen Ordnung.“

Man muß staunen, mit welcher Borniertheit und Erfindungsgabe die SED-Führung alle „Abweichungen“ von ihrer („niemals falschen“) Parteilinie katalogisiert. Da diese Führung keine kommunistische Politik treibt, ist ihr „Kampf gegen den Reformismus“ zur Erfolglosigkeit verurteilt. Denn alle gerügten Fehler und Mängel sind am stärksten in der Spitze. Alle Formulierungen über innerparteiliche Demokratie, Entwicklung von Kritik und Selbstkritik ohne Anfehn der Person, Parteimoral, Kadererziehung usw. müssen solange Pirasale bleiben, solange die Leitung die Interessen der deutschen Arbeiter den Bedürfnissen der Besatzungspolitik unterordnet.

Verwirklicht werden wird der verstärkte Druck der Parteibürokratie zur bürokratisch-organisatorischen Durchsetzung ihrer falschen Politik. Als wichtigste Aufgabe wird z. B. „die Überzeugung der breiten Massen von der Richtigkeit unserer Politik“ bezeichnet. Deshalb wird jedes Parteimitglied verpflichtet, eine Gruppe Parteilofer um sich zu sammeln und mit diesen geduldig und beharrlich politisch zu arbeiten. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich sehr gut, wie ihm ein Offizier der sowjetischen Verwaltung gerade diesen Rat gab, um den Masseneinfluß der SED zu stärken. Die sowjetischen Verfasser der SED-Resolution können nicht begreifen, daß sich die Massen nur durch ihre eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit der kommunistischen Politik überzeugen lassen, wenn sie ihren Interessen entspricht.

Ihre Erfahrungen lehren sie das Gegenteil, deshalb wird die leere, bürokratisch-organisatorische Geschäftigkeit der SED-Führung nicht zur heiß ersehnten Mobilisierung der Arbeitermassen führen. Hier helfen alle Machtmittel nichts, auch nicht die Beherrschung aller propagandistischen Tricks. Die „Parteipresse,“ so klagt die Entschließung, „versteht es noch nicht, die Erziehung der Massen zum Kampf, die Überzeugung der Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zum Leitfaden jeder Nummer zu machen.“ Weil die Politik der SED falsch ist, nicht nur weil die Redakteure schlechte Journalisten sind, verfaßt die Presse.

Die SED-Führung will die Partei militarisieren, d. h. zu einem blind-gehorsamen Stoßtrupp zur Erfüllung der Besatzungsziele machen - und sie ist auf

dem besten Wege dazu - aber nicht zu einem Vortrupp, der von den Werktätigen als ihre Elite anerkannt und geliebt wird. Das Vertrauen der Massen kann nicht durch terroristische Einschüchterung erzwungen, sondern muß geduldig und beharrlich durch eine richtige kommunistische Politik der Vertretung der Interessen der Massen der Werktätigen erobert werden.

Eine Partei wie die SED, die auf die Vertretung der Arbeiterinteressen verzichtet, ist nicht kommunistisch. Deshalb wird sie auf dem Milthaufen der Geschichte landen. Helfen wir der deutschen Arbeiterklasse, eine aktionsfähige kommunistische Partei zu schaffen.

„Was die Partei sagt, gilt“ - Im Rahmen der Vorbereitung des 3. Parteitages hat die SED-Führung eine Kampagne zur „ideologisch-politischen Festigung“ der Partei gestartet. Mit der Losung „Was die Partei sagt, gilt“, verflucht sie die Neigung breiter Mitgliederkreise, der Westpropaganda offene Ohren zu leihen, mit Methoden zu überwinden, die sehr drastisch in einer Zuschrift von Karl Mathös, Leuna, an das »Neue Deutschland« vom 2. 4. zum Ausdruck kommen:

„Unser Genossen können die Zeit, die sie dazu verlieren, Heilmeldungen in sich aufzunehmen, lieber für das Studium unserer Presse verwenden. Dort finden sie die nötigen Nachrichten gleich mit dem Kommentar versehen. Noch besser können sie aber ihre Zeit verwenden, die sie anscheinend noch übrig haben, indem sie sich das Wissen verschaffen, das es ihnen ermöglicht, Lügen sofort zu widerlegen, auch ohne sie vorher gelesen zu haben, und das können sie durch das Studium des Marxismus-Leninismus.“

Diese Zuschrift offenbart die grauenhafte Verwirrung, die die SED-Politik unter der eigenen Parteimitgliedschaft angerichtet hat. Wenn die SED Mathös die Anfangsgründe des Marxismus-Leninismus beigebracht hätte, müßte er wissen, daß der Marxismus kein Schema ist, das Antwort auf Fragen geben kann, die man nicht kennt, nicht geprüft und untersucht hat. Der Marxismus ist die beste Methode, mittels derer man die Tatsachen, deren Kenntnis man sich aneignen muß, nach ihrer Entstehung, zeitbedingten Wirkung usw. untersuchen kann. Nur auf solche Weise kann man Lügen der bürgerlichen Propaganda wirksam unschädlich machen. Gewiß, dazu hat der einzelne Arbeiter keine Zeit und oft auch nicht die notwendige Schulung. Diese Arbeit kann der klassenbewußte Arbeiter nur durch seine Partei leisten. Es ist Aufgabe einer kommunistischen Partei, alle auftauchenden Fragen vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse aus und mit der Methode des dialektischen Materialismus zu prüfen und zu beantworten. Dadurch - und nur dadurch - kann sie der Arbeiterklasse die notwendige Führung geben zum Kampf um die Verwirklichung ihrer Zwecke und Ziele. Die SED-Führung ist dazu nicht fähig, weil sie die entscheidende Voraussetzung dafür preisgegeben hat: die Interessenvertretung der Werktätigen der Ostzone auch gegen die Sowjetbesatzung zu sein, statt, wie die SED tut, die Interessen der Sowjetbesatzung denen der Werktätigen überzuordnen. Es bestehen keine prinzipiellen und keine dauernden Interessengegensätze zwischen der SU und den Werktätigen der Ostzone oder den Werktätigen überhaupt, wohl aber zeitweilige, vorübergehende Interessendifferenzen.

Z. B. die Zerstückelung der leistungsfähigen Großgüter dient nicht dem Interesse der SU, und den deutschen Werktätigen brachte diese sinnlose Maßnahme 3 Hungerjahre, die hätten vermieden werden können, wenn man nach Verjagung der Großgrundbesitzer die Großgüter durch Planwirtschaft unter Kontrolle der Landarbeiter noch leistungsfähiger ausgebaut hätte.

Oder: Hennecke-Methoden sind in Deutschland nicht nur überflüssig, sondern schädlich, weil sie den Arbeitswillen der qualifizierten deutschen Arbeiter nicht fördern, sondern hemmen. Die SED, die sich den Anordnungen der Befähung unterwirft, welche diese Methoden gedankenlos aus der SU auf die ganz anderen, ihr fremden Lebensformen überträgt, hört auf, eine kommunistische Partei zu sein in demselben Maße, in dem sie auf die Interessenvertretung der deutschen Werktätigen verzichtet. Dies schadet der SU, die mit bürokratischem und Polizeiterror die Arbeiter zwingt, sich diesem Regime zu unterwerfen, und den deutschen Arbeitern. Mit Terror kann jeder Esel eine Weile regieren, besonders wenn die Bajonette der Befähigungsmacht ein solches Regime stützen.

Eine wirklich kommunistische Partei hat indessen die Aufgabe, die Werktätigen zu freiwilligen, ja begeisterten Anhängern einer Planwirtschaft unter ihrer Kontrolle zu machen. Sozialismus und proletarische Demokratie gegen die Werktätigen und die Arbeiterklasse einführen zu wollen, ist das Gegenteil von Marxismus-Leninismus. Diese falsche Politik treibt die Werktätigen den feindlichen Imperialisten in die Arme und macht sie für deren Lügen empfänglich. Deshalb ist der Kampf gegen die SED-Methoden die wichtigste Aufgabe im Interesse der deutschen Werktätigen und der SU.

Die Partei hat nur dann recht, wenn sie eine richtige marxistisch-leninistische Politik macht, diese in demokratischen Diskussionen innerhalb der Partei mit der Gesamtmitgliedschaft erarbeitet. Nur so schafft man in der Parteimitgliedschaft das nötige Verständnis, das sie sich nicht durch bloßes Studium des Marxismus-Leninismus, sondern im Kampf für ihre Interessen erwerben kann, und dazu die eiserne Disziplin der überzeugten Kämpfer, die notwendig ist um die Beschlüsse durchzuführen.

Zweierlei Sabotage In Nr. 3/1950 der »Arbeit«, des theoretischen Organs des FDGB, gibt E. Söllner eine Reihe Beispiele für die Sabotage der Bourgeoisie und bürgerlicher oder korrupter Elemente der Verwaltungsbürokratie am Aufbau der volkseigenen Wirtschaft.

Mit Hilfe des als Treuhänder eingesetzten alten Direktors und der bürgerlichen Mitglieder der Regierung von Sachsen-Anhalt, an der Spitze der CDU-Wirtschaftsminister Herwegen, verschob der Klassenfeind ein Aktienpaket der Conti-Gasgesellschaft im Werte von mehr als 100 Millionen Mark nach Westdeutschland. - Der Direktor der VVB »Bauffaser« konnte lange Zeit ungestört Schiebungen über Schiebungen mit den in den Betrieben hergestellten Erzeugnissen vornehmen. - Mitglieder der Betriebsleitung der Deka-Werke, Ketschendorf, kompensierten unerlaubt die Produktion ihres Betriebes nach dem Westen und legten auf einer hannoverschen Bank ein schwarzes Konto von 20000 DM an.

Zöllner stimmt ein bewegtes Klagegedicht über das Verfehlen der gewerkschaftlichen Kontrolle und die mangelhafte Klassenwachfamkeit der Arbeiter an. Im Falle der VVB »Baiffafer«

„zeigte fidi augenfällig, daß fidi die Verwaltungsräte (aus Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsarbeiterchaft zufammengefeht. D. V.) nicht als Kontrollorgan der Werkftätigen im Betrieb fühlten und handelten, fondern wie in noch vielen anderen Fällen, als Instrument des Betriebsleiters zur Durchführung und Dedung feiner Maßnahmen. . . Bei einer Stellungnahme der Belegschaft zu dem Urteil (Deka, Kettfidiendorf) erföhien den Arbeitern das Urteil als ungerecht und hart. . . Aus den Beifpielen fehlender oder unzureichender Klassenwachfamkeit geht mit befonderer Deutlichkeit immer wieder hervor, daß der Hauptgrund aller diefer Fehler, Mängel und Schwächen das geringe Klassenbewußtfein und das tiefe ideologifche Niveau des größten Teiles der Werkftätigen und der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre find.“

Ohne fidi auch nur mit einem Satz über die Urfachen der gefchilderten Situation auszulaffen, verrät Zöllner fogleich das Rezept der Wendung zum Besseren:

„Wir müffen hieraus die allgemeine Schlußfolgerung ziehen, daß unfere Schulungsarbeit wefentlich verbreitert und verbessert werden muß.“

Die mangelhafte Klassenwachfamkeit des Proletariats ift eine Erfcheinung der noch nicht vollzogenen Klaffenfcheidung zwifchen Proletariat und Bourgeoisie. Sie reife nach 1945 fchnell heran, wurde aber durch das Eingreifen der Befatzungsmacht und der ihr hörigen SED-Bürokratie immer wieder zurückgeworfen und unterdrückt. So fteht neben der Sabotage der Bourgeoisie, die labotiert, weil fie ihre Klaffeninteressen vertritt, die Sabotage der SED-Führung, die labotiert, weil fie die Befatzungsinteressen über die proletarifchen Klaffeninteressen fteht. Wie anders als Sabotage foll man das Zufammengehen mit der Bourgeoisie in der »Nationalen Front« bezeichnen, für das in Deutschland keinerlei Voraussetzungen befehen? Als Patrioten getarnt, nehmen und nehmen die Herwegen, Nufdike, Dertinger ufw. an der Beherrfchung der Arbeiterklaffe teil. Es ift klar, daß die Arbeiter die „demokratifch“ getarnte Ausfchaltung bürgerlicher Elemente „hintenherum“ nicht verftehen und daher nicht mitmachen.

Die Arbeiter, deren Interessen nicht berückfichtigt werden, die nur Objekte, nicht Subjekte der Planwirtschaft find, werden nicht wachfam fein gegen die von den Instanzen eingefetzten Betriebsleiter, folange fie nicht für fidi, fondern für die Wirtschaft der Befatzungsmacht und ihrer Werkzeuge wachen föllen.

Beginnen die Arbeiter aber erft, die Sabotage der Bourgeoisie zu unterdrücken, dann werden fie auch das Joch der Partei- und Staatsbürokratie abfchütteln. Der Augenblick wird kommen, wo die Arbeiterklaffe die Bürokratie unter ihren Willen zwingen und die Rätedemokratie verwirklichen wird. Dann wird die offene Niederhaltung der Bourgeoisie von den Arbeitern Westdeutschlands verstanden und unterfützt werden. Dann wird die Verdrängung induftrieller Werte mit Hilfe der Oftzonearbeiter abgelöst werden von der Mithilfe der Westzonearbeiter beim Wirtschaftsaufbau im Often. Schon wehrt fidi die Arbeiterklaffe der Oftzone gegen die Bevormundung der Bürokratie. Helfen wir ihr, den Kampf gegen zweierlei Formen der Sabotage zum Siege zu führen.

Der DGB verhandelt, die Unternehmer rüften zum Klassenkrieg

Laut Pressemeldungen hat sich der Papst vor dem internationalen Kongreß für soziale Studien gegen das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht ausgesprochen. Das kam den Unternehmern ebenso zu passe, wie es denkbar schlecht zum Konzept der Gewerkschaftsführer paßt, die den Arbeitern nur papierne Versprechungen statt materieller Lohnerhöhungen in Aussicht stellen können. Aber diese päpstliche Stellungnahme ist durchaus nichts Neues. Dieser vielseitig beschäftigte Pius XII hat z. B. schon in seiner Adresse vom 8. 5. 1949 an den internationalen Kongreß katholischer Unternehmer unzweideutig erklärt:

„Eigentümer an Produktionsmitteln müßten, ganz gleich, ob es sich um Privatpersonen oder Genossenschaften (lies: Monopolgenossenschaften) handle, Herr ihrer wirtschaftlichen Entschlüsse sein.“

Neu erscheint lediglich die geheuchelte Überraschung der DGB-Führung, die in der »Welt der Arbeit« vom 16. 5. diesen geschworenen Feind der Arbeiter und verbissenen Gegner jeden gesellschaftlichen Fortschritts reinzuwaschen versucht. Ihr Chefredakteur, Artur Saturnus, will die „auffallende Stellungnahme“ seines geistigen Oberhirten damit erklären, daß „er fraglos unter dem Eindruck der radikalen Tendenzen steht, die in der Gewerkschaftsbewegung der romanischen Länder, vor allem in Italien und Frankreich, um sich gegriffen haben und deren Kampf sich auch unmittelbar gegen die Kirche richtet“. Der brave Saturnus hält es also für verständlich, wenn sein hl. Vater so ungeratenen Gewerkschaftern das hl. Sakrament der wirtschaftsdemokratischen Mitbestimmung vorenthalten will. Und um den „falsch informierten“ Papst von dem genau entgegengesetzten Wirken der DGB-Leitung zu überzeugen, zählt er deren Verdienste um den Wiederaufbau in Deutschland auf:

„Die Aktien unserer(!) Großunternehmungen werden mit 1:1 aufgewertet, obwohl durch Kriegsschäden, Demontagen usw. sehr erhebliche Vermögenseinbußen entstanden waren. Warum konnten diese Vermögenswerte sich halten, während die Sparguthaben um 90% entwertet wurden? - Nun, weil die Masse der Arbeitnehmer, deren Löhne, Rentenanprüche, Gehälter usw. durchaus nicht im gleichen Verhältnis aufgewertet worden sind, für den Wiederaufbau Deutschlands eine gewaltige Vorleistung geboten hat: sie hat in der Zeit größter Not diesen Wiederaufbau ermöglicht, sie hat damit die Produktion in Gang gebracht, sie trug zum größten Teil die Lasten für die Massen der Vertriebenen, sie hat die Gefahr des Kommunismus in Westdeutschland gebannt. . . Darum haben sie auch ein Recht, an den Früchten dieser Vorleistung teilzunehmen, und das geht nur über die Mitbestimmung.“

In seiner typisch reformistischen Begriffsverwirrung ahnt dieser Chefredakteur nicht einmal, daß er in demselben Maße, wie er die traurigen Ergebnisse der arbeiterverräterische(n) Gewerkschaftspolitik vor dem Papst zu verherrlichen versucht, sie gleichzeitig vor den deutschen Arbeitern aufs schärfste anklagen muß. Saturnus hält es heute noch für ein Verdienst der Gewerkschaftsführung, die deutschen Arbeiter (im Gegensatz zu den italienischen und französischen) zum widerstandslosen Ertragen aller Lasten des kapitalistischen Wiederaufbaus überredet und gezwungen zu haben. Aber die von ihm selbst aufgezählten Tatsachen liefern den unwiderlegbaren Beweis, daß die gesamte reformistische Gewerkschaftsstrategie und -taktik restlos den Arbeitergegnern zugute kam.

Das beweist der Artikel der WdA, der unmittelbar neben dem Papstartikel ihres Chefredakteurs auf der Titelseite prangt. Darin wird unter der alarmierenden Überschrift »Für Korruptionsfonds ist Geld genug da!« ein Unternehmerrundschreiben abgedruckt, das die bayrischen Industriellen zu einer Umlage von 1 DM pro Kopf ihrer Beschäftigten auffordert zwecks Bildung eines Fonds zur Beeinflussung der bürgerlichen Presse und Parteien und Ausnützung aller Mittel „zum Schutz der privaten Wirtschaft“. Die generelle Durchführung würde bei 13,5 Mill. Beschäftigten im Bundesgebiet ebensoviele Mill. DM ergeben, die nach der WdA zur Bildung von Streikbrechergarden u. dgl. benutzt werden könnten. Dazu sagt die WdA:

„Das Empörendste aber ist: jede DM, die in diesen Fonds fließt, stammt schließlich aus der Leistung der Arbeiter, stellt also vorenthaltenen Lohn dar. Dieser vorenthaltene Lohn wird nun zum Kampf gegen die Arbeiterchaft und ihre Rechte eingesetzt.“

Indem es nur die halbe Wahrheit sagt, lügt das Zentralorgan des DGB: Nicht die Bereitschaft der Unternehmer zu rücksichtslosem Klassenkampf, sondern die arbeiterräterische Lohnpolitik der DGB-Führung ist das Empörendste an der Sache. Als am 22. 1. 1950 144 von 402 Bergarbeiterdelegierten in Gelsenkirchen die volle Durchsetzung der 12-%-Lohnforderung verlangten, hat die WdA diese Oppositionellen als Propagandisten des politischen Kampfes zu diffamieren versucht und sich „für eine verantwortliche Lohnpolitik, die auf die Interessen des Volksganzen Rücksicht nimmt“ festgelegt. Jetzt beweisen es harte Tatsachen, wie durch diese „verantwortliche“ Lohnpolitik dem ausbeutenden Teil des Volksganzen die Mittel zugeschanzt wurden, mit denen die Ausbeuter ihren Kampf gegen die Arbeiter auf der ganzen Linie finanzieren können.

Aber das Tollste dabei ist, daß die DGB-Führung bereit und sogar gezwungen ist, ihre Niederlagenstrategie verschärft fortzusetzen und somit den Todfeinden der Gewerkschaften in die Hände zu arbeiten. Saturnus wie alle seinesgleichen sehen keinen anderen Weg, auf dem die Arbeiter die Früchte ihrer Aufbauarbeit erlangen können, als nur den über die „Mitbestimmung“. Saturnus appelliert an die bessere Einsicht des Papstes, wie die DGB-Führer an die der Unternehmer. Letztere „verhandeln“ mit den reformistischen Wirtschaftsdemokraten. Aber im eigenen Lager rüsten sie - wie das Rundschreiben beweist - zur Generalauseinandersetzung mit der Arbeiterklasse nach dem Beispiel von 1933, d. h. zur Aufrichtung ihrer Diktatur in Staat und Wirtschaft. Der Papst erläßt Erklärungen, Adressen, die alle nur das eine sagen: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“

Die Saturnus und Gen. sind nicht nur Knechte des Kapitals, sie wollen es auch bleiben. Wie dressierte Hofhunde lassen sie sich zur Hetze gegen ihre nach Freiheit strebenden proletarischen Brüder mißbrauchen. Bis auf die Bibel zurückgehend, in der von „Jesus selbst als eine seiner ersten Taten die Vertreibung der Geldwechsler aus dem Tempel berichtet wird“, versucht Saturnus dem Papst dafür zu gewinnen, daß den braven Wirtschaftsdemokraten im Tempel dieser kapitalistischen Loderwirtschaft doch ein Platz an der Mitbestimmung gegönnt werde. Die Wucherer und Saboteure vertreiben, um die Wirtschaft ihrem wirklichen Zweck, der Bedarfsdeckung der Massen, dienstbar zu machen, das wollen die Gewerkschaftsführer beileibe nicht. Auf dem

Wege der Mitbestimmung wollen sie teilnehmen an der kapitalistischen Gestaltung der Wirtschaft und am Betrug an der Arbeiterklasse. Das ist ihr einziger Weg.

Der Weg der Arbeiterklasse aber ist der konsequente Klassenkampf für ihre eigenen proletarischen Interessen, der keine Rücksicht auf die kapitalistischen „Allgemeininteressen“ nimmt und dadurch die Diktaturgelüste der bankrotten Kapitalsclique endgültig zum Scheitern verurteilt. Dazu brauchen die Arbeiter ihre Gewerkschaften, die sie vor dem Mißbrauch und der Zerstörung durch ihre heutige Führung schützen müssen, um sie für ihre eigenen Zwecke einsetzen zu können.

Sozialismus à la Morrison Herbert Morrison, Englands Vizepremierminister erklärte in einer Rede, die Arbeiterregierung werde von weiteren Verstaatlichungsmaßnahmen absehen. Dann gab er eine neue Definition des Sozialismus, wie er und seine Parteigenossen ihn verstehen:

„Der Sozialismus fordert die Unterstützung und die Anregung des privaten Unternehmens, um es zu erweitern und ihm Initiative zu gewähren. Er ist die Bejahung der sozialen Verantwortlichkeit für alle Fragen, die die Gemeinschaft in gleicher Weise angehen.“

Das also ist übriggeblieben vom friedlichen Weg zum Sozialismus, vom allmählichen Auskaufen der Kapitalisten, von der schrittweisen „Sozialisierung“: Modernisierung der bankrotten Wirtschaftszweige auf Kosten der Arbeiter, Nichtanrühren der leistungsfähigen Industriezweige und Garantie ihrer Erhaltung durch die „labour lieutenants of the capitalist class“, wie Lenin die reformistischen Arbeiterführer nannte.

Bonner Augenauswicherei Als die 3 Hochkommissare ihren Einspruch gegen die Steuerreform anmeldeten, geschah das mit der Begründung, das Haushaltsgleichgewicht würde gefährdet und die großen Einkommen würden zu sehr bevorzugt. Bonn versprach daraufhin die Einführung einer Luxus- und einer Spesensteuer. Nach Kenntnisnahme dieser Pläne zogen die 3 Kommissare ihren Einspruch zurück und die Steuererleichterungen für die Großverdiener traten in Kraft. - Jetzt nehmen die Pläne Gestalt an. Zuerst haben mal die Pelzhändler, Sektfabrikanten, Lederwarenindustrie usw. nachgewiesen, daß ihre Produkte kein Luxus seien, sondern Devisenbringer und Steuerquellen. Also bleiben für die Luxussteuer nur ganz wenige Waren übrig, und sie wird genau so lax erhoben werden wie die anderen Steuern für die Reichen.

Noch besser ist es bei der Spesensteuer. Sie soll erhoben werden auf Ausgaben für die Bewirtung von Geschäftsfreunden. Jeder weiß, daß die bei der Steuererklärung abgezogenen Geschäftsspesen in den letzten Jahren ins Astronomische gewachsen sind. Sie sind einmal ein Weg der Gewinnverschleierung und der Steuerhinterziehung, zum anderen ein Zeichen für die steigenden Bedürfnisse der Reichen nach Luxus, Festfreiereien und -laufereien, schließlich Ausdruck auch für das Zunehmen der neuen Geschäftsmoral unserer gottgewollten kapitalistischen Ordnung: Geschäfte werden nur noch abgeschlossen, wenn man günstig gestimmt wird durch kleine oder größere Geschenke und Zuwendungen. In Zukunft sollen diese Spesen nur dann bei Einkommen und Körperschaftsteuer abzugsfähig sein, wenn Spesensteuer gezahlt wird. Diese

ist aber niedriger als die bei Nichtzahlung zu erwartende Körperschafts- oder Einkommensteuer! Verständlich, daß diese neue Steuer freiwillig ist.

Dennoch scheint uns sicher, daß diese neue Steuer nicht die Steuerehrlichkeit der Kapitalisten wieder herstellen wird. Gegen die kapitalistischen Profitmacher und Steuerhinterzieher ist kein kapitalistisches Kraut gewachsen. Erst wenn die Arbeiter die Geschäftsbücher und Steuererklärungen kontrollieren, werden die Voraussetzungen geschaffen, um diesen Betrug an den Massen der Werktätigen Steuerzahler zu verhindern. In Bonn treut man nun den Proleten Sand in die Augen - die alliierten Scheinproteste sind eine gute Hilfe dabei.

(Fortsetzung von Seite 1) Was in Korea geschieht, ist ein Bürgerkrieg des koreanischen Volkes zur Vertreibung des USA-Stadthalters Sygman Rhee, nicht ein Überfall auf ein fremdes Land. In China kamen die USA-Imperialisten zu spät, um das werktätige Volk an der Vertreibung Tschiangkaifscheks, des USA-Schützlings, zu hindern. Die Vorbereitungen der chinesischen Volksarmee zur Befreiung Formosas, des letzten Schlupfwinkels Tschiangs auf chinesischem Boden, scheinen beendet zu sein. Deshalb der Eifer der USA, eine ganze Flotte zum Schutz Formosas bereitzustellen. Rhee und Tschiang sind Vertrauensleute der USA-Imperialisten. Jede Politik zieht die Menschen an, die sie benötigt. Bessere findet der verfallende Kapitalismus nicht mehr, weder in Korea noch in China, Indochina, Burma oder Malaya. Um dieses verfallende System zu retten, ist man bereit, den koreanischen Bürgerkrieg in einen imperialistischen Raubkrieg umzuwandeln, in den 3. Weltkrieg.

Aufhalten des Bolschewismus ist der Vorwand. Bolschewismus ist die Agrarrevolution in China und Korea. Bolschewismus ist der Kampf der Werktätigen in Vietnam, Burma, Malaya, Indonesien um nationale Befreiung und Agrarrevolution. Bolschewismus ist unamerikanische Gelinnung und jeder Angriff der Werktätigen zur Sicherung ihrer nackten Existenz auf die Profitwirtschaft der Kapitalisten. - Wenn die Werktätigen und die Arbeiterklasse Europas und Amerikas nicht bald begreifen, was gespielt wird, und sich nicht mit den um ihre Freiheit und Existenz ringenden Völkern Ostasiens solidarisieren, ihrem Hauptfeind, den Kriegstreibern im eigenen Land, ein Paroli bieten, dann wird den Überlebenden des 3. Weltkrieges ein grauenhaftes Schicksal als Erbe einer Generation bleiben, die unfähig war, für die eigenen Interessen zu kämpfen. - Nieder mit den Kriegsbrandstiftern! Hände weg von Korea!

Einige Lehren

Der britische Generalstaatsanwalt Shawcross bemäntelt juristisch die Umwandlung des koreanischen Bürgerkrieges in einen imperialistischen Krieg. Er behauptet: „Der Vorstoß der Nordkoreaner ist ein Angriff auf ein souveränes Land.“ Die 2 Einflußsphären der Siegermächte werden hier in 2 selbständige Staaten umgefächelt. Völker, die die Abmachungen der Sieger, die die Völker zu Objekten herabwürdigen, nicht beachten, werden als Friedensbrecher im Namen des „Völkerrechts“ verurteilt. Diese Rechtskonstruktion ist die Stütze des USA-Angriffs auf Korea. Nach Trumanns Erklärung, daß Amerika militärisch gegen Nordkorea vorgehen werde, wurde der Weltfriedensrat der UNO einberufen. Die Erklärung der SU, daß die Beschlüsse des Sicherheitsrates unrechtmäßig und daher ungültig seien, entspricht dem Wortlaut und Sinn der UNO-Satzung nach Artikel 27, § 3:

„Die Entscheidungen des Sicherheitsrates über alle anderen Fragen (außer der des Verfahrens) erfordern die Zustimmung von 7 Mitgliedern, eingeschlossen alle Stimmen der ständigen Mitglieder.“ (Der Vertreter der SU war nicht zur Sitzung erschienen.)

Für die Koreaner wird die Schaffung von Einflußsphären mit Puppenregierungen „völkerrechtlich“ zurechtgebogen. Um den USA-Angriffe zu „legalisieren“, werden die selbstgegebenen Verfahrensgebote mißachtet - alles namens der Verteidigung von Recht und Verträgen!

Der „Verteidiger“ von Recht und Verträgen ist in diesem Falle die SU. Daß die SU so handelt, um so lange wie möglich dem Weltkrieg auszuweichen, wird ihr als besondere Heimtücke angekreidet. Würde die SU sich als Schützer des vergewaltigten „Rechts“ mit ihren militärischen Machtmitteln einsetzen und Nordkorea unterstützen, bedeutete dies den Krieg.

Diese Tatbestände sind durch die USA-Propaganda nicht aus der Welt zu lügen. - Die USA-Propaganda behauptet, der Vorstoß der Nordkoreaner sei von der SU provoziert. Die Prüfung der Tatsachen stützt diese Behauptung nicht. Es ist nicht gut möglich, anzunehmen, daß der Vorstoß der Nordkoreaner ohne Kenntnis der SU erfolgte. Aber bedurfte es einer Provokation der SU? - Grenzzusammenstöße gab es wiederholt. Drei große Bauernaufstände sind in Südkorea niedergeschlagen worden. Daß die Südkoreaner einen militärischen Vorstoß gegen Nordkorea planten, ist durch Zeugnisse bürgerlicher Beobachter bekannt geworden. Ob Shawcross und die UNO bei einem erfolgreichen Angriff der Südkoreaner sich auch als Retter des Völkerrechts zugunsten Nordkoreas betätigt hätten, bezweifeln wir. Der Angriff Südkoreas scheiterte daran, daß große Teile ihrer Armee zu den Revolutionären überliefen, wie Tschiangkaifheks Soldaten. Wenn die SU im Falle eines Sieges Südkoreas mit Truppen und Blockade Koreas in den Bürgerkrieg zur Wahrung des Völkerrechts bei gleichzeitiger Einbeziehung Formosas in ihre Aktion eingegriffen hätte, würde der Weltfriedensrat das auch legalisiert haben? Diese Frage aufwerfen, heißt die Heuchelei der USA durchschauern.

Die SU proklamiert die Nichteinmischung in den koreanischen Bürgerkrieg. Dies wird die Einmischung der Amerikaner zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Zwecke ebensowenig aufhalten, wie die Lösung der Nichteinmischung in den spanischen Bürgerkrieg die Faschisten am Eingreifen hinderte. Seit dem spanischen Bürgerkrieg ist es handgreiflich klar geworden, daß die Solidarität der kapitalistischen Länder bereit steht, ihren Klassengenossen mit militärischen und diplomatischen Mitteln zu Hilfe zu kommen überall dort, wo Proletarier für ihre sozialen oder nationalen Interessen kämpfen.

Die SU, die des roten Imperialismus angeklagt wird, beschränkt sich in Korea auf Proteste, auf Unterschriftensammlung, Demonstrationen, auf die Forderung der Nichteinmischung. - Die kommunistischen Grundätze der internationalen Solidarität mit den Werktätigen der ganzen Welt und besonders mit den Werktätigen, die gegen ihre Unterdrücker aus eigener Kraft kämpfen, erfordert mehr: die Unterstützung des Schwachen durch den Starken.

Das Eigeninteresse der SU verlangt jedoch, die Kräfte richtig einzuführen, sie nicht zu verzetteln, sie auszubauen. In China, Jugoslawien, wie in Vietnam und anderen Kolonialgebieten reiften die eigenen Kräfte der sozialen und nationalen Revolution heran, ehe die SU stark genug war, ihnen zu helfen. In diesen Ländern konnten die eigenen revolutionären Kräfte so stark werden, weil die SU die kommunistischen Parteien nicht schulmeisterte, oder, soweit es doch geschah, es dort nicht so katastrophal wirkte wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas. Im Fernen Osten ist die Politik der SU noch progressiv. So wuchsen in Nord- und auch in Südkorea opferbereite Kämpfer heran, weil die SU dort niemals eine Politik der Zusammenarbeit mit den imperialistischen Befehlsmächten von ihnen forderte, und weil sie auf ihr „Recht“ als Befehlsmacht verzichtete und Korea räumte.

Wenn die SU in Deutschland die latenten revolutionären Kräfte unterstützt hätte wie in Korea, statt Deutschlands Werktätige als Kriegsschuldige verantwortlich zu machen und im Bunde mit den kapitalistischen Siegermächten niederzuhalten und auszuplündern, dann gäbe es heute in Westdeutschland mehr Verteidiger der SU als es Anhänger der Imperialisten in der Ostzone gibt. Das Kräfteverhältnis zwischen den Imperialisten und der proletarischen Revolution wäre jetzt so, daß die SU ihre internationale Pflicht der Hilfeleistung in Korea erfüllen könnte, falls die Imperialisten überhaupt gewagt hätten, zu intervenieren.

Lenin. Der Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus:

Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen entdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernstlichen Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.

Friedrich Engels an August Bebel am 20. 6. 1873:

Man muß sich durch das Geschrei nach „Einigung“ nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwittercharaktere. Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu sehen braucht, um die Unterschiede in viel schärferem Gegensatz wieder herzuzeigen, weil sie sich dann in einem Topf befinden (in Deutschland haben sie ein schönes Exempel an den Leuten, die die Verführung der Arbeiter und Kleinbürger predigen) oder aber Leute, die die Bewegung unbewußt oder bewußt verfälschen wollen. Deswegen sind die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungschreier.

Offene Worte

an Kommunisten

Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik

Anfang Oktober 1949 · Preis -,20 DM

Werte Genossen!

In einer Zeit, in der die gesamte Weltreaktion über das Wahlergebnis des 14. August jubelt und ihr selbst Euch zweifelnd fragt, warum sich die deutschen Arbeiter in steigendem Maße von der KPD abwenden, halten wir als überzeugte Kommunisten es für unsere Pflicht, ein offenes Wort an Euch zu richten.

Das Wahlergebnis

Wenn ihr Euch gegenüber der Sache des Kommunismus wirklich verantwortlich fühlt, dann könnt ihr Euch nach diesem Wahlausgang nicht mit solchen Erklärungsversuchen abfinden, wonach „der anglo-amerikanische Terror“ ufw. daran schuld sein sollte. Illusionen erwecken, das besorgen unsere Klassengegner schon mehr als genug. Uns und unserer Klasse kann nur die volle Erkenntnis der Wahrheit helfen. Nur so können aus der Niederlage die Lehren gezogen werden, deren Anwendung den kommenden Sieg garantiert. Wenn die „Niederländische Volksstimme“ (KPD) vom 20. 8. behauptet:

„Alle Anstrengungen unserer Gegner, der KPD eine Niederlage zu bereiten, wurden zunichte gemacht. Die KPD hat sich in diesem Wahlkampf behauptet“,

So ist das im besten Falle gut gemeint, aber gefährlicher Selbstbetrug. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Tatsache ist, daß die KPD diesmal rund 1,360 Millionen gegenüber 1,635 Millionen Stimmen bei den Landtagswahlen von 1947 erhalten hat. Das ist ein Netto-Verlust von 275 000 Stimmen = 16,8%. Da aber diesmal die Wahlbeteiligung um fast $\frac{1}{3}$ größer war als 1947, hätte die KPD nicht 1,360, sondern 1,946 Millionen Stimmen erhalten müssen, um den schon vorher erreichten Stand zu behaupten. Unter Berücksichtigung der höheren Wahlbeteiligung hat sie also rund 586 000 = 30% Stimmen eingebüßt.

Auch die SPD hat nach dieser Rechnung rund 5% weniger Stimmen erhalten, obgleich sie um netto 842 731 Stimmen zunahm.

Aber eine noch andere Tatsache zwingt zum gründlichen Nachdenken. Bei der Wahl 1947 standen den 9,688 Millionen bürgerlicher Stimmen noch 7,724 Millionen der SPD und KPD gegenüber. Dieses Mal aber zählen die Bürgerlichen 15,531 Millionen gegenüber 8,292 Millionen SPD- und KPD-Stimmen. Das heißt, der prozentuale Anteil der SPD und KPD an den gültigen Stimmen ist von 44,3% auf 35% herabgesunken. Also, die bürgerlichen Parteien haben fast $\frac{2}{3}$ aller Stimmen erhalten.

Wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß der ausgesprochen reaktionäre, neofaschistische Flügel - DKP, DRP und DP - zusammen bereits rund 8600 Stimmen mehr als die KPD erhielten, dann ist daran die Blindheit der kleinbürgerlichen SPD-Führer zu erkennen, die, wie H. Kopf, in diese Wahl noch ein Bekenntnis zu einer „echten Demokratie“ setzen wollen. Und wenn auch die KPD-Führung mit ähnlichen Ausreden und leeren Behauptungen sich selbst und die Arbeiter über die Tatsachen hinwegzutäuschen versucht, so zeigt sich hier eine frappierende Ähnlichkeit mit den Ereignissen vor 1933.

Die Niederlage von 1933

Als bei der Reichstagswahl am 14. 9. 1930 die Nazis von 800 000 auf 6,5 Millionen Stimmen stiegen (während die SPD 5,5 und die KPD 4,5 Millionen erhielten), schrieb die „Rote Fahne“ am 16. 9. 1930: „Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung, was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein.“ Aber bei der nächsten Reichstagswahl am 31. Juli 1932 stieg die KPD um ca. 800 000 Stimmen, die Nazistimmen stiegen um mehr als das Doppelte.

Bei den letzten freien Wahlen am 6. 11. 1932 sanken die Nazistimmen auf 11½ Millionen, während die KPD 6 und die SPD 7,5 Millionen erhielten. Das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ triumphierte noch am 3. Januar 1933: „Dieses 3. Reich in das ewige Nichts gestoßen zu haben durch die eiserne Front, wird eine der größten Taten der deutschen Arbeiterklasse bleiben.“ Die „Rote Fahne“ schrieb noch am 2. Februar 1933: „Hitler regiert, aber der Kommunismus marschiert.“ Am 11. 2. erschien sie zum letzten Mal. Der Faschismus hatte geflegt.

Wie unfähig blind die KPD-Führung den damaligen Ereignissen gegenüberstand, zeigt die Resolution ihrer letzten Partei-Konferenz vom 17. 10. 1932: „Der revolutionäre Aufschwung findet in Deutschland seinen Ausdruck in dem stürmisch wachsenden Widerstand des Proletariats gegen Faschismus und Kapitaloffensive. Der beginnende Rückgang der Hitlerbewegung gibt der KPD die größten Möglichkeiten für die erfolgreiche Durchführung der Aufgabe: die Mehrheit der Arbeiter für den Kampf um die politische Macht zu erobern.“

Schon die von Hindenburg am 2. Dezember 1930 eingefetzte Brüning-Regierung, wie auch alle nachfolgenden bis zur Papen-Schleicher-Regierung, bezeichnete die KPD als „Formen der faschistischen Diktatur“. Sie hatte so oft geschrien: „Der Wolf ist da!“ bis sie niemand mehr ernst nehmen konnte, als es wirklich soweit war. Und dann war es – zu spät.

In Ihrer Not verzweifelnd, aber vergeblich nach einem Ausweg suchend, haben Millionen Proletarier im Herbst 1932 der Konterrevolution ihre Stimme gegeben. 19 Jahre später – am 21. Juni 1941 – mußten sie ihre Fäuste geben zum Kampf gegen die Sowjetunion.

Das war das Resultat einer Politik, für die neben der KPD-Führung die russische KP-Führung mit verantwortlich war. Den gutgemeinten, aber verhängnisvoll wirkenden Ratschlägen der russischen Führung folgend, hatte die KPD seit 1928 jenen ultralinken Kurs betrieben, mit dem sie den immer noch überragenden Einfluß der SPD- und Gewerkschaftsführung auszufalten versuchte. Unter Preisgabe der erprobten leninistischen Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik wurden nicht nur die Führer, sondern auch die Mitglieder als „Sozialfaschisten“ angelobt und damit zur Freude der SPD-Führer der trennende Graben zwischen den Arbeitern der beiden Lager vertieft. Durch die Schaffung sogenannter „Roter“ Betriebsräte und Gewerkschaften wurde es den Gewerkschaftsführern erleichtert, die Gewerkschaften restlos von jeder Opposition zu säubern und völlig aktionsunfähig zu machen. Was die greise Arbeiterführerin Clara Zetkin in ihrem Warnungsbrief an den 9. Parteitag der KPD im Jahre 1924 schrieb, hatte sich traurig erfüllt:

„Die Gewerkschaftsfrage kann für unsere Partei zu einer Frage von Leben und Tod werden.“

So wie die Agrarfrage für Rußland die entscheidende Frage war, die Lenin bis in alle Einzelheiten studieren und mit seiner Partei durchexerzieren mußte, um schließlich siegen zu können, ebenso ist die Lösung der Gewerkschaftsfrage die entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Arbeiter in Deutschland und allen hochentwickelten Industrieländern. Daß die russische KP-Führung, die bis zum Oktober-Sieg so gut wie keine Gewerkschaften kannte, diese Frage schon ganz und gar nicht in einem wesentlich anders entwickelten Lande wie in Deutschland lösen konnte, war gewiß nicht ihre Schuld. Daß sie aber der deutschen Partei ihre Ratschläge aufgezwungen hat, darin liegt der nicht wegzuleugnende Teil ihrer Schuld an der Niederlage von 1933.

Genau so wie heute, hat dann obendrein die Parteiführung die Niederlage abzutreten versucht. Noch am 2. Juni 1933 – nachdem bereits alle deutschen Arbeiterorganisationen von den Nazis zertrümmert waren – schrieb das internationale Parteiorgan, die „Rundschau“: „Nur Kapitulant und Opportunisten können davon reden, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus eine Niederlage erlitten habe.“

Bis heute noch werden die Fehler jener Zeit nur gezwungenermaßen, verkläffelt und nebenbei zugegeben. Aber eine gründliche offene Diskussion innerhalb der Partei wird nicht gewagt. Denn eine solche könnte nur beweisen, daß jene Tausende von Genossen, die sich dem Sozialfaschisten- und RGO-Schwindel damals entgegenstellten, zu Unrecht „hinausgesäubert“ wurden. So wurden die wirklichen Lehren nicht gezogen. So wurde die „Wendung“

des Parteikurses, die erst 1935 in Brüssel erfolgte, nur zu einer Abfrage an den offensichtlich falschen Ultralinks-Kurs, aber nicht zum Ausgangspunkt eines richtigen Weges.

Zwei Jahre nach dem Siege des Faschismus in Deutschland haben die Parteiführer der damals noch bestehenden Komintern das Wesen des Faschismus nur zu erklären versucht und haben ihn als „die Herrschaftsform des am weitesten imperialistischen und chauvinistischen Flügels des Finanzkapitals“ bezeichnet. Sie haben daraus den Schluß gezogen, daß die Arbeiterklasse mit den weniger weit chauvinistischen und imperialistischen Teilen der Bourgeoisie in der berühmten „Volksfront“ gegen den Faschismus zusammen kämpfen könne. Daß sich dieser Kurs noch verhängnisvoller als der Ultralinks-Kurs auswirken mußte, das hat die katastrophale Niederlage der spanischen Revolution, der klägliche Zusammenbruch der „Volksfront-Regierung“ in Frankreich usw. bewiesen. Jetzt zeigen sich seine Folgen besonders kraß in Deutschland.

Die neo-faschistische Gefahr

Genossen!

Wir wissen, wie ungeheuer schwer es für den Arbeiter ist, mit den Problemen fertig zu werden, die hier nur angedeutet, aber nicht entfernt mit der notwendigen Ausführlichkeit beleuchtet werden können. Jedoch die erneut heraufziehende Gefahr des Faschismus zwingt uns und Euch, an die Abwehr zu denken, zu der sich die Führung der Partei wie der übrigen Arbeiterorganisationen genau so unfähig, wenn nicht noch hilfloser zeigt als vor 1933. Dazu gehört, daß wir uns über diese Ursachen des Verfassens klar werden.

Das Anwachsen der DRP in Niedersachsen von 0 auf 8,1%, der RSF von 7653 auf 217627, der Lorispartei von 225000 auf 682000 Stimmen - das alles und noch vieles andere paßt zu der Ankündigung des Nazigenerals Remer: „In zwei Jahren sind wir so weit.“ - Und ob es „so weit“ kommt, das hängt heute noch weniger als 1933 von den Arbeiterführungen als von den Arbeitern selbst ab.

Die Reformisten wieder als Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus

Mit noch größerer Blindheit als nach 1918 betreiben nach 1945 die kleinbürgerlichen SPD- und Gewerkschaftsführer ihre Koalitions- und Arbeitsgemeinschafts-Politik. Ob die SPD inner- oder außerhalb der Bonner Regierung bleibt, ändert nichts an ihrer selbstmörderischen Bereitschaft, alles zur „Wiedergewinnung“ der Wirtschaft beizutragen. Ebenso sind die Gewerkschaftsführer trotz aller Fußtritte des - mit ihrer Hilfe - wiedererklärten Unternehmertums bereit, auf jeden Kampf um die Verteidigung der Arbeiterinteressen zu verzichten, um ja nicht den „Wiederaufbau“ der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft zu gefährden. Offen verkünden die Tarnow, August Schmidt (Bergarbeiterführer), Brauer, Hamburg, daß „zu hohe Löhne“ die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt behindern müssen. Daneben versprechen diese kleinbürgerlichen Kapitalsagenten den Arbeitern, im Parlament und in den Wirtschaftskammern für solche Ziele wie: Vollbeschäftigung, Wohnungsbau, Lastenausgleich usw. zu „kämpfen“. Heute wie vor 1933 sind diese reformistischen Führer unfreiwillige Schrittmacher des Faschismus. Denn je verantwortlicher sie sich für dieses bankrotte Regime einsehen, desto leichter fällt es der offenen Reaktion, sie wieder als schuldig für den Bankrott anzuklagen und damit die Massen für ihre dunklen Zwecke einzufangen.

Wenn bei all dem diese Partei jetzt fünfmal mehr Stimmen erhielt als die KPD, während sie vor 1933 nur 1% bis 1,5mal soviel erreichte, dann ist das die Quittung für die „Volksfront“- und russische Befehlspolitik, durch die der Kommunismus in den Augen der deutschen Arbeiter in der schädlichsten Form kompromittiert wird. Wie unnötig es ist, die russische

Befabungspolitik zu vertreten, haben all die hohen KP-Funktionäre bewiesen, die es vortzogen, in den gegnerlichen Wahlverfammlungen zu ſchweigen und den Gegnern freies Spiel für die Verwirrung der Arbeiter zu laſſen - genau ſo wie in den Nazi-Verfammlungen kurz vor 1933. Es kennzeichnet nur den Tiefſtand der Partei, wenn dann dieſelben Leute in den Parteiverfammlungen jeden gegen die Parteilinie opponierenden Genoffen als Feind der Sowjetunion, Troßkiffen uſw. beſchimpfen und ſich ihre Sporen durch „Säubern“ der Partei von kritiſchen Genoffen zu verdienen ſuchen.

Sowjetifche Außenpolitik - 1917 und heute

Die heutige Außenpolitik der SU ſoll nach der Behauptung der Parteiführung mit den Prinzipien Lenins übereinſtimmen. Inwieweit das der Fall iſt, davon können ſich die KPD-Genoffen am beſten überzeugen an Hand des „Bildungsheft“, das der KPD-Vorſtand zum Beweis für dieſe Behauptung im Februar 1949 herausgab. Aus Lenins „Dekret über den Frieden“ vom 8. 11. 1917 findet ſich dort folgendes, ſehr treffendes Zitat:

„Die Sowjetmacht ſchlägt allen Völkern und Regierungen der kriegführenden Nationen vor, ſofort mit dem Abſchluß eines demokratiſchen Friedens ohne Annektionen und Kontributionen zu beginnen, d. h. eines Friedens ohne Raub fremder Territorien und ohne gewaltſame Herausholung materieller und finanzieller Entſchädigungen aus den beſiegten Staaten.“

Das ſozialiſtiſche Rußland Lenins hat nicht nur in Worten, ſondern in der Tat die Prinzipien des proletariſchen Internationalismus vertreten und damit den Arbeitern der ganzen Welt den grundlegenden Unterſchied zwiſchen ſozialiſtiſcher und imperialiſtiſcher Außenpolitik klargemacht. Obwohl Rußland durch den Raubfrieden von Breſt-Litowſk 1918 ſeine ſämtlichen Weſtprovinzen und Beſſarabien und damit 53% ſeiner an ſich ſchon ſchwachen Induſtriekapazität verloren hatte, hat es den Raubfrieden von Verfaillies 1919 nicht nur abgelehnt, es hat auch „auf alle Reparationsforderungen an Deutschland verzichtet“, obwohl ihm nach § 116 des Verfaillier Vertrages „das formelle Recht auf 132 Md. Goldmark Kontribution zugeſprochen worden war“.

Es gibt unzählige Beweiſe, die kein KPD-Vorſtand widerlegen kann, daß die SU nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr nach Lenins Prinzipien handelt. Nach „Neues Deutschland“, 22. 11. 47 erklärte Sokolowſki (75. Kontrollrats-Sitzung):

„Neue Reparationsliſten, die anſtelle von 1977 Betrieben, die durch die amerikaniſchen und britiſchen Behörden vorher für Reparationen zur Verfügung geſtellt wurden, nur 681 Betriebe enthielten, wurden am 16. 10. 1947 veröffentlicht. Die interallierte Reparationsagentur wurde zur Untätigkeit verurteilt.“

Der Unterſchied zu den Imperialiſten beſteht jezt alſo darin, daß Sokolowſki faſt dreimal ſoviel Betriebe zur Demontage verlangt, wie die gewiß nicht beſcheidenen Imperialiſten, damit die Reparationsagentur ihre „Tätigkeit“ zur Brotloſmachung von Tauſenden deutſcher Arbeiter fortſetzen kann.

Am 18. Juni 1949 erließ der Volksrat in Berlin einen Aufruf an die Deutſchen der Weſtzonen, „den nationalen Widerſtand gegen die Fabrik-Demontage zu intenſivieren“. Der Volksrat behauptet, dieſe Demontagen widerſprächen dem Völkerrecht und dem Potsdamer Abkommen, in welchem die Demontagen

spätestens im Jahre 1947 eingestellt werden sollten, dieses Abkommen sei von der SU „peinlich genau respektiert“ worden.

Abgesehen davon, daß der Raub der Fabriken Raub am zukünftigen Eigentum der deutschen Arbeiter bleibt, ob er vor oder nach 1947 durchgeführt wird, stimmt die Behauptung betreffs der SU nicht. Denn zur selben Zeit, als deutsche Arbeiter wegen Demontageverweigerung bei den Stahlwerken des Hörder Vereins, Dortmund, vor dem englischen Militärgericht standen, befand sich eine russische Kommission zur Beobachtung der Demontage der Krupp-Werke und des Walzwerkes in Essen-Borbeck, zur selben Zeit meldet die Presse den Abschluß der 3jährigen Demontagearbeiten der Werkzeugmaschinen-Fabrik Schieß-Defrieß in Düsseldorf für die UdSSR sowie den vollzogenen Abtransport der Bandeisen-Werke AG. in Dinslaken nach der SU.

Auf der Londoner Konferenz Ende 1947 heißt es im Memorandum Molotows unter Punkt 6:

„Festsetzung der Gesamtperiode, innerhalb derer Deutschland zur Reparationsleistung durch laufende Lieferungen und Dienstleistungen verpflichtet ist, auf 20 Jahre vom Tage der Veröffentlichung der Potsdamer Beschlüsse, also bis 1965.“

Stalin hat am 14.9.1945 im Interview mit dem USA-Senator Claude-Pepper erklärt, daß die Ruhr Deutschland entzogen werden müßte. Und Molotow unterstrich auf der Revolutions-Gedenkfeier am 6.11.1948 nochmals, daß das Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle gestellt werden muß. Kein einziger westdeutscher Kommunist kann gegen die Demontage der Imperialisten konsequent auftreten, wenn er gleichzeitig die Demontage der Russen verteidigen muß.

Diese rücksichtslose russische Reparationspolitik, die den Imperialisten die besten Argumente für ihre Ausplünderung Deutschlands liefert, steht mit Lenins Prinzipien genau so im Widerspruch wie die

Oder-Neiße-Linie und die Vertreibung der Sudetendeutschen.

Der KPD-Vorstand verflucht in dem bereits zitierten „Bildungsheft“ nachzuweisen, daß nicht die SU allein noch die KPD dafür verantwortlich gemacht werden kann. Um zu erklären, wie die Idee der Oder-Neiße-Linie entstanden ist, wird gesagt:

„Um die Differenzen zwischen der reaktionären polnischen Emigrantenregierung und der SU zu einem Ausgleich zu bringen, fand in Moskau im Oktober 1944 eine Konferenz statt, über die St. Mikolajczyk in seinen Memoiren folgendes berichtet: Churchills Miene erhellte sich zusehends. „Ich sehe hier eine Möglichkeit zur Verständigung“, rief er glücklich. „Für das im Osten verlorene Gebiet wollen wir Polen mit Ostpreußen und einem Teil Schlesiens entschädigen. Alle seine Wünsche sollen befriedigt werden.“

Wie der KPD-Vorstand weiter erklärt, „bestimmten die Staatsoberhäupter Englands und der Sowjetunion gemäß diesem Vorschlag auf der Krim-Konferenz, daß Polen einen wesentlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten soll“. So wurde dann in Potsdam die Oder-Neiße-Linie als „vorläufige Grenze von den 3 Großmächten festgelegt“.

Churchill und Truman - die lachenden Dritten

Die Imperialisten haben dieser „Grenzregelung“ natürlich ebenso begeistert zugestimmt wie dem Potsdamer Abkommen, das ihnen die Möglichkeit gab, Deutschland als lästigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszufalten, die deutsche Wirtschaft durch Demontagen und Kontrollvorschriften lahmzulegen und der deutschen Arbeiterklasse unter dem Zwang des Besatzungsregimes die Hände weiter gefesselt zu haben, damit sie mit der allein kriegsschuldigen Kapitalistenklasse nicht abrechnen konnte.

Daß aber die Haltung der Vertreter eines sozialistischen Arbeiterstaates bei diesem Geschäft mit den Interessen aller Arbeiter in gar zu offenem Widerspruch stand, das scheint sogar dem KPD-Vorstand irgendwie gedämmert zu haben, wenn er nach Entschuldigungsgründen suchend weiter erklärt: „Die SU hat sich erst 2 Jahre nach Churchill, Roosevelt und Truman offiziell(?) auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt. Stalin erklärte erst am 23. Oktober 1946, d. h. 3 Tage nach den Wahlen in Berlin, bei denen die Argumente von Hitler und Goebbels durch die SPD-Führer Neumann, Reuter, Schumacher usw. wiederholt wurden, die SU betrachte die Grenze als endgültig.“

Ob also die SU für die Oder-Neiße-Linie allein verantwortlich ist, ist nicht die Frage. Daß sie aber der „Idee“ Churchills zugestimmt und nicht erst 2 Jahre später, sondern bereits in Potsdam zusammen mit Roosevelt und Attlee sich auf diese „vorläufige Grenze“ festgelegt hat, das muß auch der KPD-Vorstand schwarz auf weiß geben.

Churchill, dieser verbissenste Gegner der SU und des Kommunismus, hatte gute Gründe, über seine Idee der Oder-Neiße-Linie glücklich zu sein. Er war schon nach dem 1. Weltkrieg von der einzigen Idee besesselt, Deutschland und Rußland unter allen Umständen getrennt zu halten. Er schrieb am 14. April 1919: „Wir können es uns nicht leisten, die ordnungsliebenden Elemente der jetzigen deutschen Demokratie ins bolschewistische Lager zu treiben. Wenn die Regierung Ebert-Scheidemann-Neiske stürzt, so weiß niemand, was an ihre Stelle treten wird. Ein Weg zur Buße steht Deutschland offen, wenn es den Bolschewismus bekämpft und ein Bollwerk dagegen bildet, so ist das der erste Schritt zur Wiedervereinigung der zivilisierten Welt. Uns drohen sehr große Gefahren. Zwei mächtige Zweige der Menschheit, die Slawen und die Deutschen sind ins tiefste Elend getürzt. Es wäre höchst unerwünscht, wenn sie einander in diesem Elend fänden.“

Nach diesem 2. Weltkrieg hätte keine SPD mehr als trennende Barriere ausgereicht. Aber die Oder-Neiße-Linie, der Raub deutscher Provinzen, die Vertreibung von Millionen, von denen fast jeder einzelne zum Propagandisten gegen die Vereinigung der deutschen und der slawischen Werktätigen werden mußte, das mit all den Folgen der russischen Beteiligung an der Besatzung, an den Reparationen, das alles als Zankapfel zwischen die zwei Völkerstämme geworfen - das allein konnte ausreichend erscheinen, um nach 1945 noch einmal zu verhindern, was 1919 schon zu einer weltgeschichtlichen Notwendigkeit geworden war. Das war Churchills glückliche Idee, die aber zur größten Blamage für den gesamten Welt-Imperialismus werden mußte, wenn Rußlands Politik noch von den Leninischen Prinzipien des proletarischen Internationalismus geleitet worden wäre.

Genossen!

Wir verstehen sehr gut, warum Ihr trotz all Eurem Zweifel an der russischen Besatzungspolitik in den Parteiveranstaltungen dazu schweigt und Euch nicht dazu entschließen könnt, dagegen aufzutreten. Ihr wißt, daß Ihr Rußland

verteidigen müßt, wo alle Welt zu dessen Sturz rüstet. Das ist völlig richtig. Aber Ihr könnt Rußland und den Kommunismus nicht mit den Waffen einer Politik verteidigen, die sich gegen Euch selbst richtet und Rußland in größte Gefahr bringen muß. Ihr könnt und dürft ebenso wenig auf die Freiheitsphrasen der vereinigten Imperialisten hereinfallen, wie auf das sozialdemokratische Geschwätz vom „Roten Imperialismus“.

Das Ausmaß der Freiheit für die russischen Arbeiter hängt ab von dem Maße, in dem die Produktivkräfte ihres Landes wachsen und dadurch das Leben der Massen verbessern und verschönern können. Das wird schneller zu erreichen sein, wenn Rußland vor feindlichen Angriffen gesichert ist. Es ist letzten Endes nur dadurch möglich, daß sich das sozialistische Gesellschaftssystem in weiteren Ländern durchsetzt. Ebenso wie der Kapitalismus nach seinen entscheidenden Siegen in England und Frankreich zum Weltsystem werden mußte, ebenso kann auch der Sozialismus niemals „in einem Lande“ allein aufgebaut und gesichert werden. Auch der Sozialismus muß sich ausbreiten und zum Weltsystem werden. Das hat nichts mit Imperialismus zu tun. Aber das muß klar ausgesprochen werden, denn mit den inhaltlosen Parolen von der Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens der 2 Systeme können die Arbeiter nur verwirrt, die Imperialisten aber niemals von ihrem Vernichtungswillen abgelenkt werden.

Gefahren für die Sowjetunion!

Wie kann die SU am besten verteidigt werden, durch Mitwirkung deutscher Arbeiter oder durch deutsche Demontagen?

Nachdem die Imperialisten mit ihren „friedlichen Marshallplänen“ das Gegenteil vom Gewollten erreicht haben, nachdem die wiederhergestellte und teilweise gesteigerte Produktionskraft Europas keine genügend großen Absatzmärkte mehr finden kann, bleibt ihnen heute - ebenso wie ehemals dem hungrigen Nazi-Deutschland - keine andere Aussicht als eine noch größere Weltwirtschaftskrise und kein anderer Ausweg als der Verzweiflungskampf um den „Lebensraum“, d. h. gegen Rußland. So steht die ganze heutige Welt vor der Alternative:

Sozialismus oder Untergang in die Barbarei!

So steht Rußland, das heute auf keinen einzigen Verbündeten aus dem imperialistischen Lager mehr hoffen kann, vor dem entscheidenden Problem, das deutsche, wie das ganze westliche Proletariat als seinen treuesten und zuverlässigsten Bundesgenossen zu gewinnen.

Dazu muß die SU bereit sein, die deutschen Arbeiter endlich als Bundesgenossen zu behandeln und darf ihnen nicht in der Rolle des Eroberers gegenüberreten.

Als England im Jahre 1920 unter dem wachsenden Druck seiner Arbeiter die Invasionsversuche gegen Rußland einstellen mußte, konnte Lenin mit vollem Recht feststellen: „Ihre eigenen Arbeiter fallen den Imperialisten in den Arm, wenn sie ihn gegen uns erheben wollen.“

Nun fragt Euch selbst, Genossen, ob Stalin heute daselbe behaupten kann. Ihr kennt die Stimmung der deutschen Arbeiter, die in den sinkenden Wahlziffern der KP ihren Ausdruck fand. Daraus müßt Ihr - wenn Ihr Rußland und den Kommunismus wirklich verteidigen und zum Siege verhelfen wollt - nicht nur mit dem Herzen, sondern auch mit klarem Verstand die Konsequenzen ziehen. Ihr könnt dann nicht länger eine Politik stillschweigend hinnehmen, die nachgewiesenermaßen die Mehrzahl der deutschen Arbeiter zu erbitterten Feinden Rußlands und willfähigen Werkzeugen der Konterrevolution machen muß. Ihr müßt von Euren Parteiführern verlangen, daß sie aufhören, Euch eine Politik als 100%ig richtig zu predigen, die sie selber gegenüber dem Klaffgegner nicht zu vertreten wagen.

Nur wenn Ihr ohne Rücksicht auf die Maßnahmen, die Euch jene Bürokraten androhen, Eure Kritik zum Ausdruck bringt und eine

Änderung der verhängnisvollen russischen Besatzungspolitik verlangt, könnt Ihr Eure wirkliche Pflicht als Kommunisten erfüllen und dafür sorgen, daß der Kommunismus, der heute vielen deutschen Arbeitern als Schreckgespenst erscheint, wieder zu einer werbenden Kraft in Deutschland wird.

Wenn schließlich von der Parteiführung gesagt wird, daß die Einstellung der Reparationen den Wiederaufbau der kriegsgefährdeten Sowjetwirtschaft erschwere oder unmöglich mache, so trifft in Wirklichkeit das genaue Gegenteil zu. Wenn nämlich die Ruten, wie es ihre Pflicht als Vertreter eines Arbeiterstaates gewesen wäre, den deutschen Arbeitern ihrer Zone erklärt hätten: Wir lehnen die Methoden der Imperialisten ab, wir machen die Befestigung Eures Landes nicht mit, wir überlassen es Euch, mit Euren Reaktionen fertig zu werden und aus Eurer Wirtschaft herauszuholen soviel Ihr könnt, um Euch selbst und uns in unserem Wiederaufbau zu helfen, dann hätten die Arbeiter der Ostzone den Beweis dafür gehabt, daß sie von den Russen wie gleichwertige Bundesgenossen und nicht wie befehlsverpflichtete Verfallenen behandelt werden. Dann hätte es keiner Henneoxes bedurft, und die Russen selbst hätten in freiwilliger Arbeit ungleich mehr erhalten als mit dem jetzigen Zwang. Dann hätte Rußland in Westdeutschland ebensoviele Freunde gehabt wie es sich jetzt durch sein Mitmachen bei der Besatzungspolitik erbitterte Feinde geschaffen hat. Dieses Beispiel hätte genügt, um auch die übrigen Besatzungsmächte zum Abzug zu zwingen und die Einheit Deutschlands herzustellen. Ein so wiederhergestelltes Deutschland wäre sicher nicht mehr als Bollwerk für die Churchill's zu gebrauchen.

Aber Genossen, wir müssen mit dem rechnen, was ist und nicht mit dem, was sein könnte. Das zwingt uns, über die Ursachen klar zu werden, die der falschen Politik der Russen zugrundeliegen. Sie haben als erste den Sozialismus in Ihrem Lande unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen und dank der überragenden Führung des Internationalisten Lenin zum Siege führen können. So ist es verständlich, daß die jetzige russische Führung - deren Selbstbewußtsein durch den siegreich geführten Krieg noch zusätzlich gestärkt ist - davon überzeugt ist, den Sozialismus auch in den Ländern des Westens zum Sieg führen zu können. Aber damit steht sie vor Problemen, für deren Lösung die Erfahrungen unmöglich ausreichen können, die sie sich innerhalb Rußlands - so groß es auch ist - aneignen konnte. Es liegt nicht etwa an besonders schlechten Eigenschaften Stalins, daß er Lenins internationale Prinzipien preisgab. Die speziellen Bedürfnisse Rußlands - das drei Jahrzehnte in völliger Isolation innerhalb einer feindlichen Umwelt schwer kämpfen mußte - zwangen nicht direkt zur Einhaltung und zum Ausbau einer international ausgerichteten proletarischen Politik. Hierzu kam der Zusammenbruch der Hoffnungen, die nicht nur die russische Führung, sondern das ganze Volk auf die Durchbrechung ihrer Isolation durch die deutschen Arbeiter gesetzt hatte. So ist das Bestreben, selbst stark genug zu werden und dazu die eigenen nationalen Interessen voranzustellen, nur zu verständlich, aber mußte eben zur Preisgabe der Prinzipien des proletarischen Internationalismus führen.

Mit dieser Politik nationaler Beschränkung konnte Rußland mehr schlecht als recht auskommen, solange es noch unüberbrückbare Gegensätze im imperialistischen Lager gab. Aber nach dem Sieg über Deutschland stand Rußland einer geschlossenen Front aller Imperialisten gegenüber, die zum Entscheidungskampf mit den Kräften des Sozialismus rüsten. Daß die Imperialisten sich von vornherein darüber im klaren waren, hat schon die erste Außenminister Konferenz in London im September 1945 bewiesen. Aber den Arbeitern der Welt konnte diese grundlegende Veränderung nach dem 2. Weltkrieg nicht klar werden, solange ihnen die „Einigkeit der 3 Großen als einzige Garantie des Friedens“ von den Russen selbst vorgegaukelt wurde. Den Churchill und Genossen hat diese, den Tschudin widersprechende Parole ebensoviele genützt als sie Rußland selbst geschadet hat.

Aber nun, wo es darauf ankam, die Arbeitermassen der einzelnen Länder und vor allem in dem entscheidend wichtigen Deutschland als Bundesgenossen zu mobilisieren, mußten sich die nationalbefrähnte russische Politik und die zu selbständigem Denken und Handeln unfähige KPD-Führung als die größten Hindernisse erweisen.

Die Arbeiter in Deutschland (wie in anderen Ländern) als Bundesgenossen für Rußland zu gewinnen, das setzt voraus, ihnen den Weg zum Sozialismus zu zeigen, den sie aufgrund der tatsächlich in Deutschland gegebenen Bedingungen gehen müssen, um ihre eigenen unmittelbaren Interessen zu verteidigen.

Diese Aufgabe kann keiner Parteiführung irgendeines Landes durch die russische Führung abgenommen werden. Wohin ein derartiger Versuch führen muß, das hat die Niederlage in Deutschland 1933 und das Scheitern der spanischen Revolution unwiderleglich gezeigt.

Die politische Diskussion und Wendung der KPD-Führung 1945

Diese teuer bezahlten Lehren haben in der deutschen Partei nach dem Kriege immerhin soviel gewirkt, daß hier die Frage nach dem eigenen Weg aufgeworfen wurde. In dem ersten Aufruf der KPD nach 1945 wurde die „Sozietisierung“ Deutschlands abgelehnt, und in der gemeinsamen Erklärung des KPD- und SPD-Zentralvorstandes hieß es: „Die Einheitspartei soll selbständig und unabhängig sein. Es ist ihre Aufgabe, ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziellen Bedingungen zu entwickeln. Sowohl bei der Verwirklichung des Programm-Minimums als auch des Programm-Maximums soll sie von den Besonderheiten der Entwicklung unseres Volkes ausgehen, einen eigenen Weg einschlagen.“

Wenn jetzt nach 4 Jahren von den Verfassern dieser Erklärung der „besondere Weg“ ebenso verflucht wie damals gefeiert wurde, dann beweist das nur, daß es ihnen zumindest anfangs nicht etwa an richtiger Einsicht und gutem Willen, aber immer mehr an der Fähigkeit zum Herausfinden und Aufzeigen des richtigen Weges der deutschen Arbeiter zum Sozialismus gefehlt hat. Die Russen konnten ihnen wohl das Amt von Parteiführern geben - nicht aber den dazu erforderlichen Verstand.

So hat die deutsche Arbeiterklasse eine Führung, die keine Führung ist und die ihr mit ihren Kreuz- und Querprüngen jeden Tag mehr im Wege steht.

Wenn die Partei trotz all ihrer schweren Fehler vor 1933 wenigstens noch eine verhältnismäßig starke Wählerchaft aufbrachte, so darum, weil sie offen aussprach, daß Deutschland reif für den Sozialismus und der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht das einzige Mittel zur Lösung sei. Aber mit dem opportunistischen Volksfrontkurs ist die Demokratie oder „Volksdemokratie“ mit all ihren Variationen von der „Demokratisierung der Wirtschaft“, vom „Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften“ usw. zur Hauptlösung geworden. Das ist wiederum sehr wertvolle - wenn auch unfreiwillige - Hilfe für die Kapitalsverteidiger von Schumacher bis Churchill, die unter dem Banner der Demokratie die Massen zum Kreuzzug gegen die SU heranlocken. Das kann ihnen gelingen, solange es keine führende Kraft gibt, die den Arbeitern den Unterschied klar macht zwischen der verlogenen bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die im Faschismus ihr natürliches Ende finden muß und der proletarischen Demokratie, die gestützt auf die Arbeiterräte über die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus führt.

„Alle Macht den Räten!“ war die Losung des kleinen Spartakus-Bundes 1918. Heute ist von einem Räte-Deutschland keine Rede mehr, um so mehr aber von der „Nationalen Front“ mit Einfluß der Unternehmer. Das Wahlprogramm der KPD, das sich wohl gemerkt an „Deutsche Männer, Frauen und Jugend“ in Westdeutschland richtet, beginnt mit dem Satz: „Unser Volk und Vaterland sind in größter Gefahr.“ Und das 101 Jahre nachdem Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ klar und eindeutig sagten: „Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Das gilt doch wohl auch heute noch für kommunistische Parteien in allen kapitalistischen Ländern. Wer in diesen das Vaterland verteidigen will, muß die Arbeiterklasse im Stich lassen, wie die SPD 1914.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Die Gewerkschaftsfrage ist nach wie vor die Schicksalsfrage der KPD. Noch im Dezember 1931 wandte sich Thälmann in der „Internationale“ gegen die Tatsache, daß Einheitsfront-Angebote von oben an bezirkliche ADGB-Führungen gemacht werden könnten. Damals galt es als Fehler, Einheitsfront zu machen. Heute wird die Einheit um jeden Preis zur Richtschnur der angeblich kommunistischen Gewerkschaftsarbeit. Ulbricht sagte am 29. 8. 1945 in Halle auf einer Gewerkschafts-Konferenz: „Früher gab es in Deutschland eine revolutionäre Gewerkschafts-Opposition. Heute gibt es keine Gewerkschafts-Opposition oder -Fraktionen und soll es auch nicht geben.“ Zwei Jahre später, im September 1942, muß der KPD-Vorstand in seiner Erklärung zur politischen Lage feststellen, daß sich „die Mitglieder der SPD verhältnismäßig diszipliniert gegenüber den Anweisungen ihrer Parteiführung zeigen. Bezeichnend dafür ist die in vielen Städten durchgeführte Fraktionsarbeit der Sozialdemokraten bei gewerkschaftlichen Wahlen“.

Während also die SPD mit disziplinierter Fraktionsarbeit die Kommunisten aus den Gewerkschafts- und Betriebsfunktionen herausbugliert (bei Krupp hat sie es z. B. völlig geschafft), folgen die Kommunisten, um der sogenannten Einheit willen, der Losung Ulbrichts, der dadurch heute unfreiwillig, ebenso wie vor 1933, den Reformisten dabei hilft, die Gewerkschaftspositionen von Kommunisten zu säubern. Ulbrichts gewerkschaftsfeindliche RGO von vor 1933 und seine heutige Fraktionsabstinenz sind nur die beiden Seiten einer Münze, die eine falsche ist und innerhalb der Gewerkschaften nicht nutzbringend angelegt werden kann: Woran das liegt, scheint der KPD-Vorstand zu ahnen, der in seiner Erklärung eingeleitet: „Der Gewerkschaftsbewegung Westdeutschlands fehlt ein klares gewerkschaftliches Programm.“ D. h. auf deutsch, daß die einzig dafür Verantwortlichen, die kommunistischen Gewerkschaftler, ihr kein solches geben können.

Bis Ende 1923 waren die deutschen Kommunisten zur Aufstellung eines solchen Programms imstande und haben immer größere Massen von Gewerkschafts-Mitgliedern dafür gewonnen. So wählten z. B. die Berliner Eisenbahner viermal hintereinander eine kommunistische Ortsverwaltung und an eine UGO war damals nicht zu denken. Bei den Metallarbeiter-Verbandstagswahlen in Berlin 1923 standen 22 000 SPD- 56 000 KPD-Stimmen gegenüber. Die Holzarbeiter Berlins schickten zu gleicher Zeit 15 kommunistische und 1 sozialdemokratische Delegierten zu ihrem Verbandstag. Daß der Fraktionskampf die Gewerkschaften nicht schwächt, beweist die Tatsache, daß beim Kappstich 1920, als der schärfste Fraktionskampf zwischen Kommunisten und Reformisten ausgefochten wurde, die bürgerliche „Vollständige Zeitung“ zugab, daß sich „gegen den Willen der deutschen Gewerkschaften keine Regierung auch nur 24 Stunden halten“ könne. An der damaligen politischen Fraktionsarbeit hat Walter Ulbricht nie teilgenommen. Für ihn heißt Fraktionsarbeit: RGO und darum Gewerkschaftsspaltung.

Aber die Dinge haben ihre eigene Logik. Eine Partei, die freiwillig auf Fraktionsarbeit verzichtet, verzichtet damit auch auf ihre führende Rolle in der

Arbeiterbewegung. Denn wo anders sonst als gerade in den Gewerkschaften - wo sich die Arbeiter sammeln, die die erste Stufe des Klassenbewußtseins erreicht haben - kann der Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ausgefochten werden? Auf die Schaffung von strikt organisierten Fraktionen zu verzichten, heißt auf die Schaffung des Kerns verzichten, um den herum sich überhaupt nur eine wirkliche Gewerkschaftseinheit bilden und im Kampf bewähren kann, heißt darüber hinaus, den reformistischen, christlichen und gelben Gewerkschaftspaltern die Bahn zur Vernichtung der Gewerkschaften frei zu machen. Das ist zwar nicht die Absicht, aber das unvermeidliche Ergebnis der heutigen KPD-Gewerkschaftspolitik.

Wie blind die KPD den Gewerkschaftsproblemen gegenübersteht, beweisen unzählige Beispiele. So erklärt sie sich mit den Gewerkschaftsforderungen zur Bundeswahl nach Vollbeschäftigung usw. einverstanden und erwähnt dabei, daß die „Mitbestimmung der Gewerkschaften“ dafür Voraussetzung sei. Damit unterstützt sie faktisch die hohlen Phrasen der Reformisten, bei denen sich jeder alles oder nichts denken kann, statt klar und eindeutig zu sagen, daß kein Bundestag, kein kapitalistisches, sondern nur noch ein sozialistisches Räte-Deutschland die Vollbeschäftigung gewährleisten kann.

Welch heillooses Durcheinander die Parteiführung beherrscht, hat auch der Fall Max Reimanns gezeigt. Er wurde verurteilt, weil er mehr oder weniger offen, aber ganz mit Recht, die Bonner Typen als Quislinge bezelohnete. Aber noch ehe er seine Strafe verbüßte, lädt der „Volksrat“ dieselben Quislinge nach Braunschweig zu einem Treffen ein, um mit ihnen gemeinsam für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu wirken.

Zu solchen und ähnlichen Krampfmethoden (Nadolny, Nauheimer Kreis) ist eine Parteiführung gezwungen, die sich mit ihrer Politik den Zutritt zu der einzig entscheidenden Kraft, zur deutschen Arbeiterklasse, mit jedem Tage mehr verbaut. Einer solchen Führung bleibt nur übrig, sich durch fortgesetzte „Säuberungen“, durch Hinauswurf aller kritisch eingestellten Genossen am Ruder zu halten. Aber damit wird jedes Leben in der Partei erstickt. Viele Stimmen verzweifeln mit den Füßen ab und laufen davon. Und das alles in einer Zeit, in der die Konterrevolution fleberhaft rütet.

Für den Wiederaufstieg der kommunistischen Bewegung in Deutschland!

Genossen! So schwer auch die Fehler waren und immer noch sind, wir werden sie am besten beseitigen helfen, wenn wir zu einer Kraft werden, die es besser machen kann. Der Kapitalismus wankt seinem Grabe zu. Er wird wieder Millionen mit hineinreißen, wenn ihm nicht die Möglichkeit dazu genommen wird. Auf den deutschen Kommunisten lastet eine schwere Verantwortung. Gelingt es, die deutschen Arbeiter trotz des lähmenden Einflusses ihrer Führungen zum Kampf für ihre eigenen Interessen in Bewegung zu bringen, dann hat der Weltkapitalismus keine Aussicht mehr, sein Spiel noch einmal zu gewinnen.

Von der Haltung eines jeden von Euch hängt es ab, ob der Kommunismus durch die jetzige falsche Politik der Parteiführung auch weiterhin in den Augen der deutschen Arbeiter diskreditiert werden kann, oder ob die deutsche Arbeiterkraft durch eine zielklare, den Grundthesen von Marx und Lenin entsprechende Politik zum Kampf für ihre eigenen Interessen und damit für den Sieg des Kommunismus in Deutschland und in der Welt gewonnen werden kann.

Genossen! Ihr müßt Euch entscheiden, ehe es wieder zu spät ist. Die Disziplin zur Partei ist Pflicht. Aber

höher als die Disziplin gegenüber einer unfähigen Parteiführung steht die Verantwortung gegenüber dem Schicksal der Arbeiterklasse!